

This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + Refrain from automated querying Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

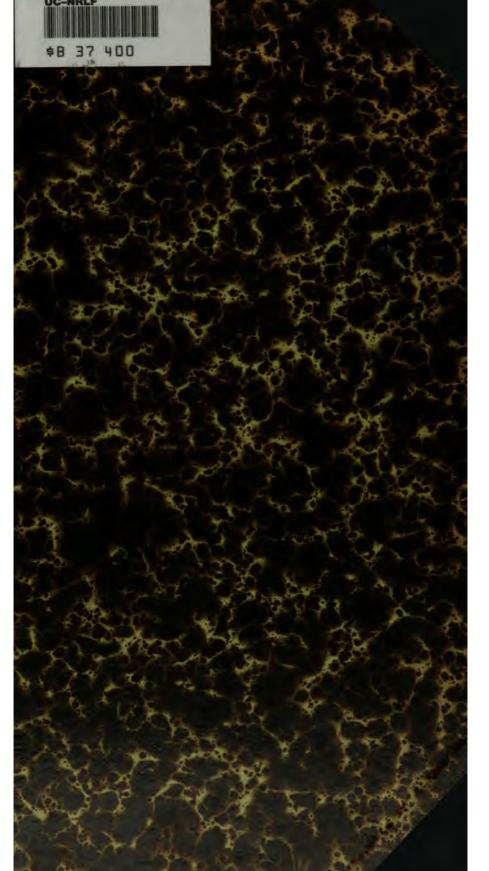
Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

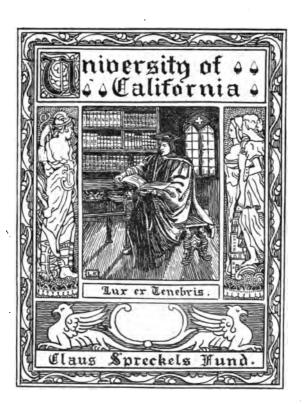
Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

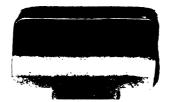
- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + Beibehaltung von Google-Markenelementen Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter http://books.google.com/durchsuchen.







. . . · •



Bestimmungen

über

Münzwesen, Staatspapiergeld und Staatsschuld

in

Gesterreich.

Bur den amtlichen Gebrauch zusammengestellt

non

Dr. S. Bitter v. S. Sankiewicz, Ministerialrath im t. t. Finanzministerium.

TOCHANK- Hankle Vez

Mit statistischen Baten über Ausmünzung und Staatsschuld.



Wien, 1887.

Druck und Perlag der kaiserlich-königlichen Dos- und Staatsdruckerei.

HG959

SPRECKELS

as vorliegende handbuch enthält die geltenden Bestimmungen über das Münzwesen, das Staatspapiergeld und die Staatsschuld in Oesterreich nach dem authentischen Texte und will das mühevolle nicht immer zum erwünschten Ziele führende Aufsuchen dieser Borschriften in den amt-lichen Bublicationen und Registraturen womöglich entbehrlich machen.

Ausgehend von dem kaiserlichen Batente vom 19. September 1857, welches die Hauptbestimmungen zur Regelung des Münzwesens in Desterreich aufgestellt, dem Gesetze vom 5. Mai 1866, welches die Staatsnoten geschaffen hat, und dem Gesetze vom 24. Decemster 1867, mit welchem die Umwandlung der verschiedenen Titel der allgemeinen Staatsschuld in eine einheitliche Rentenschuld angeordnet wurde, habe ich in drei Abtheilungen die auf das österreichische Münzwesen, das Staatspapiergeld und die Staatsschuld sich beziehenden, den bezeichneten Grundgesetzen die Ende 1886 nachgesolgten, wie auch die denselben vorausgegangenen Normen, insoferne solche noch in Krast bestehen, oder, wenn auch außer Wirksamkeit gesetzt, das Berständnist der giltigen Bestimmungen erleichtern, zusammengestellt.

Wohl wäre eine ftreng suftematische Bearbeitung des Materials dem mit dem Gegenstande noch nicht vertrauten Leser wünschenswerther gewesen; dem amtlichen Gebrauche aber, für welchen die Arbeit zunächst als hilfs- und Nachschlagebuch dienen sou, dürfte die gewählte Form besser angemessen sein. Nebrigens wird das Studium der behanbelten Borschriften auch dem mit der Materie weniger Bertrauten durch
das beigesügte aussührliche Inhaltsverzeichnis, das alphabetische Sachund dronologische Zahlen-Register, sowie durch die in den Noten beigefügten Erläuterungen, Bemerkungen und erklärenden hinweisungen
auf Barallelstellen erleichtert.

Wien im Janner 1887.

Inhalts-Verzeichniß.

1. Munzwesen.	æaita
Kaiserliches Patent vom 19. September 1857, womit Bestimmungen zur Regu- lirung des Münzwesens aus Anlah des Münzvertrages vom 24. Jänner	Seite
1857 erlassen werden	1
Kaiserliches Patent vom 27. April 1858, womit die Verhältnisse des Münz- versehres und die Anwendung der neuen österr. Währung auf die Rechts- verhältnisse geregelt werden	10
F. M. Erlaß vom 30. Juni 1858, Z. 3109-F. M., betreffend allgemeine Bor- schriften für die öffentlichen Cassen, Aemter, dann Rechnungs- und Con- trolsbehörben in Beziehung auf das neue Münzgeset	17
F. M. Erlaß vom 28. Jänner 1866, Z. 157-F. M., über die Verpadung der nach dem kais. Patente v. J. 1857 ausgeprägten Münzen	26
F. M. Erlaß vom 13. März 1879, Z. 1374-F. M., betreffend die Berrechnung ber Silbermünzen	55
F. M. Erlaß vom 1. August 1886, Z. 3335-F. M., betreffend das Verbot der Annahme von Levantinerthalern	56
Kaiserliche Berordnung vom 21. October 1860, wegen Ausprägung von Kupfersscheidemünzen zu vier Kreuzern öfterr. Währung	27
Gefet vom 1. Juli 1868, wegen Ausprägung neuer Silberscheidemunzen und Einziehung ber Münzscheine	28
F. M. Berordnung vom 16. Juli 1868, Z. 1754-F. M., betreffend die Durch- führung des Gesetzes vom 1. Juli 1868 wegen hinausgabe neuer Silber- scheidemunzen	34
F. M. Erlaß vom 16. Juli 1868, Z. 1754-F. M., über die Verpackung der nach dem Gesetze vom 1. Juli 1868 auszuprägenden Silberscheidemunzen	35
Geset vom 9. März 1870 über die Einführung der Goldmünzen zu 8 fl. und 4 fl	36
F. M. Erlaß vom 23. November 1870, Z. 4349-F. M., betreffend die Bewersthung der Goldmunzen zu 8 fl. und 4 fl. in Silber öfterr. Währung	37
F. M. Erlaß vom 10. Jänner 1879, Z. 240-F. M., über das Minimalgewicht der zu Zahlungen bei I. f. Cassen verwendbaren Goldmünzen	4 6
Berordnung der Ministerien der Finanzen und des Handels vom 27. December 1878, betreffend die Einbehung der Rölle in Gold	38

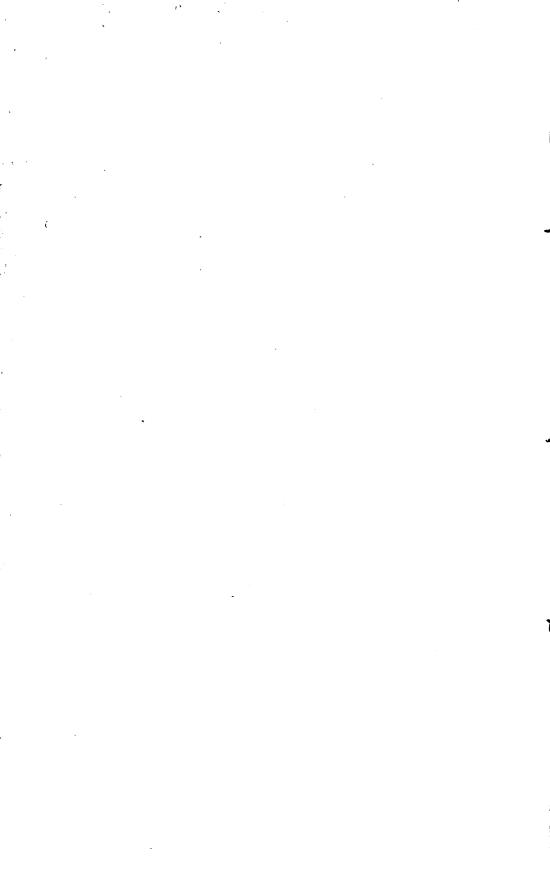
	Ecite
F. M. Erlaß vom 18. Jänner 1879, Z. 1580-F.M., betreffend die Verrechnung ber Differenzen zwischen dem zolltarifmäßigen und dem cassamäßigen Werthe der zu Zollzahlungen verwendeten Goldmunzen	47
F. M. Erlaß vom 7. April 1879, betreffend die Annahme der Franckstücke ausländischen Gepräges	46
F. M. Kundmachung vom 21. April 1879, B. 2233-F. M., betreffend die Aussmünzung einer Geschichtsmunze anläßlich der Feier der silbernen Hochzeit Ihrer t. und k. Majestäten	52
F. M. Erlaß vom 8. October 1858, 3. 51(36, über die Einlösung und den Berfauf bes Golbes und Silbers bei den Ming- und Einlösamtern	53
II. Staatspapiergeld.	
Geseth vom 5. Mai 1866, betreffend die Uebernahme ber Banknoten zu 1 fl. und 5 fl. ö. W. auf ben Staatsschat	57
Kaiserliche Berordnung vom 7. Februar 1856, betreffend die Berzinsung und Rückachlung von Darleihen in der von dem Gläubiger bedungenen Münz- sorte	61
F. M. Erlaß vom 21. Jänner 1867, Z. 54165, womit die Instruction für die Staatsnoten-Verwechslungscassen hinausgegeben wird	69
F. M. Erläke vom 28. August 1870, Z.26436, und 31. Jänner 1883, Z. 281- F. M., betreffend die genaue Ausscheidung der brauchbaren und unbrauchs baren Staatsnoten	89
F. M. Erlaß vom 12. December 1869, Z. 3802-F. M., betreffend die Behandslung beschädigter Staatsnoten und beren Bergütung	79
F. M. Erlaß vom 30. Jänner 1882, Z. 2342, betreffend die Umwechslung unbrauchbarer und Bergütung beschädigter Staatsnoten à 5 fl. (Instruction)	84
F. M. Erlaß vom 10. Mai 1877, Z. 11456, über die Aussertigung förmlicher Befunde Seitens der Commission zur Revision der aus dem Umlause gezogenen Staatsnoten	87
F. M. Erlaß vom 18. August 1882, Z. 25075, betreffend den Borgang ber Cassen bei Annahme zusammengeklebter Staatsnoten à 5 fl	89
F. M. Erlaß vom 5. März 1883, Z. 6620, betreffend die Umwechslung unsbrauchbarer und Vergütung beschäbigter Staatsnoten à 1 fl. (Bestimsmungen)	90
H. M. Erlaß vom 30. Juli 1884, B. 22243, betreffend die Umwechslung unsbrauchbarer und Bergütung beschäbigter Staatsnoten à 50 fl. (Bestimmungen)	91
F. M. Erlaß vom 15. November 1876, Z. 26823, über die Erweiterung der Haftungspflicht des Staatsnoten-Zähl- und Revisionscomité	93
Gefet vom 10. Juni 1868, über die Gebarung und Controle der gemeinsamen schwebenden Schuld	95

III. Staatsschuld.

	Geite
Geset vom 24. December 1867, betreffend die Beitragsleistung der Länder der ungarischen Krone zu den Lasten der allgemeinen Staatsschulb	99
Geset vom 26. Juni 1868, betreffend die Ausgabe neuer Schuldtitel der einsheitlichen Staatsschuld an die Stelle der zur Rückzahlung gelangenden Schuldtitel	106
Geset vom 20. Juni 1868, über die Umwandlung der verschiedenen Schulb- titel der bisherigen allgemeinen Staatsschulb	109
Geset vom 24. März 1870, betreffend bie Durchführungsbestimmungen für bas Geset vom 20. Juni 1868 über bie Convertirung der Staatsschulb .	116
F. M. Kundmachung vom 28. December 1868, Z. 3306-F. M., betreffend die Hinausgabe der Obligationen der einheitlichen Staatsschulb	118
F. M. Kundmachung vom 6. März 1869, Z. 297-F. M., betreffend die Um- wechslung, Zusammen-, Um- ober Auseinanderschreibung der neuen Titel der einheitlichen Staatsschuld, dann die Legalissirung von Zinsenquit- tungen	120
F. W. Kundmachung vom 4. September 1872, Z. 19221, betreffend bie Umwechslung der Titel der einheitlichen Staatsschuld, welche als Cautionen haften, oder auf Corporationen u. dgl. lauten	123
H. M. Erlaß vom 15. Februar 1860, Z. 656-F. M., über ben Borgang bei Umschreibungen und Devinculirungen von Staats-Schulbverschreibungen	124
F. M. Erlaß vom 26. Februar 1860, Z. 656-F. M., betreffend die Durchführung der Allh. Entschließung vom 15. Februar 1860 bezüglich der Umsschreibung und Devinculirung von Staats-Schuldverschreibungen	126
F. W. Berordnung vom 14. Wai 1874, Z. 558-F. M., betreffend die Behörde, an welche Eingaben u. s. w. zum Zwece der Freis, Ums, Zusammens over Auseinanderschreibung von Obligationen auf Namen zu richten sind	131
F. M. Erlaß vom 6. November 1871, Z. 18964, betreffend die Binculirung der von öffentlichen Functionären als Dienstcaution erlegten Obligationen der Staats-Lottvanlehen	132
H. Berordnung vom 31. Jänner 1872, Z. 37974, betreffend die Behand- lung der zu Geschäftscautionen gewidmeten Staats-Schuldverschreibungen auf Ueberbringer, wenn sie für länger als auf die Dauer eines Jahres	
erlegt werden	134
Geset vom 18. März 1876, betreffend die Ausgabe von verzinslichen, 4%gen in Gold verzinslichen Rente-Obligationen	107
F. M. Kundmachung vom 27. Jänner 1877, Z. 710-F. M., betreffend die Um- wechslung, Zusammen-, Um- oder Auseinanderschreibung, dann Ueber- weisung der Zinsenzahlung der Goldrente-Obligationen	138
Gesetz vom 11. April 1881, betreffend die Ausgabe von 5% gen in Noten öfterr. Währung verzinslichen Obligationen	108
F. M. Erläße vom 2. Februar 1874, 3. 30808, und 14. Mai 1874, 3. 5277, betreffend die Einsendung der Interessen-Ausstands-Certificate, beziehungs-weise der mit der Sistirungsclausel zu versehenden Zinsenzahlungsbögen an die Staatsschulden-Casse	140

	Seite
F. M. Erlaß vom 18. Juni 1854, J. 9926-F. M., über die Vorsichtsmaßregeln bei der Zinsenbehebung und Umschreibung von, auf Namen lautenden Staats-Schuldverschungen	142
F. W. Erlaß vom 14. Juli 1869, Z. 1369-F. M., über die Zahlung der Zinsen von Obligationen der einheitlichen Staatsschuld bei Cassen außerhalb Wien	143
F. M. Erlaß vom 9. Juni 1856, B. 8319-F. M., betreffend die Borsicht bei ber Annahme und bem Durchschlagen von Coupons	151
F. M. Kundmachung vom 5. October 1870, Z. 3991-F. M., betreffend die Zahlung der gegen Quittung realisirbaren Zinsen der Lotto-Anlehens-Obligationen von 1854 und 1860 außerhalb Wien	153
F. M. Erlaß vom 7. December 1870, 3. 29055, wegen Aufhebung ber Contirung ber gegen frühere förmliche Ueberweifung bei Cassen außerhalb Wien zahlbaren Coupons ber Lotto-Anlehen von 1854 und 1860	153
F. M. Kundmachung vom 18. Juni 1878, Z. 10382, betreffend die Einlösung der Coupons der Obligationen der einheitlichen Staatsschuld, der Goldzente-Obligationen und der Lottoanlehen von 1854 und 1860	154
F. M. Kundmachung vom 1. October 1880, Z. 28524, betreffend die Ueber- weisung der Zinsenzahlung von Staatsschuldverschreibungen auf Cassen in Bosnien und der Herzegowina	15 5
F. M. Erlaß vom 6. April 1860, Z. 15517, betreffend die Auszahlung übersprungener Zinsen von öffentlichen Obligationen	156
F. M. Erlaß vom 31. März 1867, Z. 12989, über die Berrechnung und Einsendung der von den Steuerämtern und sonstigen Perceptionscaffen realisiten Credits-Effecten	157
F. M. Erlaß vom 4. März 1866, Z. 5785-F. M., über die Annahme von Coupons der Obligationen der allgemeinen Staatsschuld an Zahlungsstatt	162
F. M. Erlaß vom 16. Jänner 1860, Z. 198-F. M., wodurch die Verjährungsseit für die Zinsen von allen öffentlichen Schuldverschreibungen herabsgelest wird	166
F. M. Erlaß vom 11. März 1866, J. 8134, betreffend ben Vorgang ber Cassen bei dem Vorkommen verjährter Coupons von öffentlichen Schulb- verschreibungen	169
Gefet vom 28. März 1875, betreffend bie Berjährung bes aus Staats-Schuld- verschreibungen, welche bem Staatsgläubiger keine Capitalsrücksorberung gewähren, gegen ben Staatsichat zustehenden Berzinfungsanspruches	170
F. M. Erlaß vom 29. Mai 1875, Z. 2233-F. M., betreffend die Ausführung bes Gesets vom 28. März 1875	173
Kaiserliches Patent vom 28. Marz 1803, betreffend die Amortisirung ber auf Ueberbringer lautenden Staats-Schuldverschreibungen	175
Raiserliches Patent vom 16. August 1817, betreffend die Amortisirung der auf Ueberbringer lautenden, nicht rückzahlbaren Staats-Schuldverschreibungen	187
Kaiserliches Patent vom 23. Juli 1819, betreffend die Amortisirung ber auf bestimmte Namen lautenden Staats-Schuldverschreibungen	189
Hoffanzlei-Decret vom 11. November 1836, J. 29406, über das Verfahren hinsichtlich der Ausfertigung neuer Staats-Schuldverschreibungen und die Auszahlung verloster und aufgekündigter Capitalien in Amortisations-fällen	189

	Seite
Hoffammer-Decret vom 31. Juli 1828, 3. 26934, betreffend ben Borgang, wenn zu amortisirende Crebits-Effecten wieder aufgefunden werden	190
F. M. Erlaß vom 21. Jänner 1858, Z. 22139-F. M., über die Unzulässigfigkeit von Berbotsvormerkungen lediglich auf Grundlage der bewilligten Einleitung der Amortisirung von auf Namen lautenden oder vinculirten Obligationen	192
Gesetz vom 2. Juli 1868, wodurch die Zulässigkeit der Amortisirung von Talons aufgehoben wird	193
Berordnung der Ministerien der Justiz und der Finanzen vom 2. Juli 1859, wodurch das Berfahren bei Mittheilung der wegen eines Berbotes, einer Pfändung u. s. w. von öffentlichen Obligationen und den Zinsen derselben erlassenen gerichtlichen Berordnungen an die Cassen und deren vorgesette Behörden geregelt wird	196
Hoffammer-Decret vom 8. Rovember 1832, 3. 47888, über den Borgang der Credits-Cassen bei mündlichen und außergerichtlichen Berbotlegungen .	200
F. M. Erlaß vom 4. December 1866, Z. 47519, über die Birkung von Berboten auf die Berjährung der Zinsen von Staats-Schuldverschreibungen .	201
F. M. Kundmachung vom 24. Mai 1871, Z. 36241, bezüglich ber Ertheilung von Auskünften über den Stand der Bormerkungen auf dem Creditsbuche bei Staats-Creditseffecten	201
F. M. Erlaß vom 26. Februar 1860, 3. 656-F. M., betreffend die Ueber- weisung mehrerer auf Staats-Creditseffecten sich beziehenden Angelegen- heiten an die Direction der Staatsschuld	202
F. M. Erlaß vom 19. October 1871, Z. 3539-F. M., betreffend eine Erweiterung des abministrativen Wirkungskreises der Direction der Staatsschuld	207
Gefet vom 10. Juni 1868, über die Gebarung und Controle der consolidirten Staatsschuld und der nicht gemeinsamen schwebenden Schuld	208
Gesetz vom 13. April 1870, über die Gebarung und Controle der consolidirten Staatsschuld	212
F. M. Kundmachung vom 30. März 1869, Z. 683-F. M., betreffend die Art ber Ausfertigung neuer an Stelle von einzuziehenden, noch unverlosten Obligationen der Lotto-Anlehen von 1854 und 1860 auszugebenden Obligationen	213



Erklärung der Abkürzungen.

a. b. G. B. = allgemeines bürgerliches | h. o. = hierortige. Gefetbuch.

Abi. - Abiat.

a. G. D. = allgemeine Gerichts-Ordnung.

allg. = allgemeine.

MMh. = Allerhöchft.

Art. = Artifel.

Bb. = Band.

Cam. Gef. Berwaltungen = Cameral-Gefällen-Berwaltungen.

Circ. = Circular.

C. M. = Conventions-Munge,

Cred. = Credit.

Fasc. = Fascikel.

F. M. = Finanzministerium (Finangministerial=).

F. M. B. Bl. — Finanzministerial-Berordnungsblatt.

gal. = galizijche.

h. ä. = hierämtliche.

Softr. - Softammer.

Hoffzl. - Hoffanzlei.

3. G. S. = Juftiz-Gefetsammlung.

Just. Min. — Justiz-Ministerium.

t. ung. = foniglich ungarische.

I. f. = landesfürstliche.

R. De. ober n. ö. = nieberöfterreichische.

R. De. Prov. G. - Riederöfterreichische Provinzial-Gefetfammlung.

öft. 28. = öfterreichische Bahrung.

P. G S. — Politische Gesetsammlung.

R. G. Bl. - Reichs-Gefetblatt.

S. = Seite.

U. St. und Bancoschulbencaffa = Universal-Staats- und Bancoschulbencasse.

B. Bl. = Berordnungsblatt.

v. = vom.

v. J. = vom Jahre.

3. = 3ahi.

Berichtigungen und Ergangungen.

S. 13, Zeile 19 von oben lies: Note *) ftatt Note **).

S. 53, Zeile 1 von unten ift beizufügen: Bergleiche auch den F. M. Act Z. 40750 v. J. 1886.

S. 58, Zeile 17 von oben ift nach bem Borte Millionen einzuschalten: Gulben.

S. 66, Zeile 19 von oben lies: 799-F.M. ftatt 779-F. M.

Chronologisches Begister

der in dieser Sammlung angeführten oder citirten Gesetze, Berordnungen, amtlichen Acten 2c.

Durch die fett gebrudten gahlen wird die Seite bezeichnet, auf welcher die betreffende Quelle vollinshaltlich oder im Auszuge abgebrucht ift.

Jahr	Datum	Quelle	Gesch. Bahl	Seite
1705	24. Decemb.	Batent		58
	22. October	Münzpatent		49
	26. Mai	Berordnung		4
1753	12. April	, ,	l –	4
	15. Sept.	Allh. Entschließung	_	49
,,	4. Novemb.	Berordnung		49
	27. Decemb.	,,	_	49 .
1760	27. Sept.	"	-	4
	15. Juni	Batent	_	58
	16. April	Berordnung	1 -	4
	9. Juni	Bofbecret	_	9
1769	22. März	Bofentichließung	_	4
	17. April	Batent	-	49
	1. August		-	58
1775	14. Janner	Münzgeset		4
1782	22. Novemb.	Bofbecret	_	196
	28. April		_	196
"	1. Juni	Batent		58
	12. Janner	,,		49
1787		",		49
	12. April		i –	188
	5. August	Creb. Sofcom. Decret	3.3830	156
	28. März	Batent	_	105, 175, 176
2000		, , , , , , , , , , , , , , , , , , ,	ļ	185, 187, 188
			1	189, 194
	26. April		_	187, 188, 189
1804	25. Mai	Hofdecret		196
1807		Caffen-Inftruction	_	150
	26. Februar	Batent	_	58
1811	20. "	,,	_	3, 58

Jahr	Datum	Quelle	Gesch. Zahl	Seite
1812		Wet & Children affend	0 2024	169
	7. Februar	Act d. Justizhofstelle Bortg. d. Cred. Hoscom.	8. 3838	166
"	18. März	Allh. Entschließung	д. З. 2576	166 , 168
"	25	Hoftammer-Decret	8. 20. 2010	166
"	28. October	Cred. Hofcom. Decret	3. 8348	148
"	21. Novemb.		.j. 0540	169
1812	16. April	Batent	_	58
1814		Bortg. b. Cred. Hofcom.		167
1	3. Juni	Allh. Entichließung	z. 3. 4126	167
",	23. August	Bortg. d. Cred. Hofcom.	0. 70. 1120	167
1815		Hoffammer-Act	3. 4077	166, 167
"	29. März	Batent	J. 2511	187
",	5. April	Allh. Entichliegung	z. 3. 8076	167
",	14. "	Rote b. Creb. Sofcom.	3. 4078	167,
	30. "	Softanglei-Decret	_	167, 168, 171
1816	23. Februar	Boffammer-Decret	3. 2035	156
,,	1. Juni	Baten:	_	58, 62, 187
,,	27. Juli	Boffammer-Decret	3. 30093	3
, ,	29. October	Batent	· —	187, 205
1817		Hoffammer-Act	3. 42429	187
,,	22. Jänner	Batent		204, 205
n	9. März	Bortg. ber Hoftammer	_	167
,,	30. Juni	" "	· —	187
"	8. Juli	Auh. Entschließung	_д . З. 35058	167
,,	15. "	Batent	_	62
"	16. August	"		176, 183, 185, 187, 194
,,	20. "	pofdecret		167, 168, 171
	23. Juli	Batent	_	189
1823			-	3
1824		Hoftammer-Decret		193
"	31. "	HoffrRundmachung		193
	16. April	Sofbecret	8. 5386	155
1825	11. October	Soffr. Circ Decret	8. 33689	197
1826	, "	Hofkammer=Decret	3. 38891 3. 8096	201
1000	28. "	" "	B. 8096	54
1858	26. April	" ",	3. 12321	131
"	29. Mai	" "	3. 16682	130
1000	31. Juli	makent "	8. 26934	190
1829		Batent	0 00007	205
	13. August	Hoffammer=Decret	3. 28367	134 196
1831		Hofbecret	8. 11581	190
1002	22. März 8. Novemb.	Hoffammer-Decret		200
1024	15. Mai	" "	3. 47888 3. 20376	178
1004	24. Decemb.	" "	8. 54225	132
1836	Z. DECEMB.	Hoftammer-Act"	3. 33910	186
		Dolinimer-ster	3. 53206	186
"	29. Jänner	Hoftammer=Decret	3. 2167	132
"	20. Februar	* '	3. 1803	127, 134, 185 ,
"	20. Ocornar	" "	J. 1000	136,
	2. April		3. 14089	131, 180
"	2. april	" "	J. 11000	===, ===
! .	l		l	l

Jahr	Datum	Quelle	Gesch. Zahl	Seite
1836	12. October	Softammer-Decret	3.38841	189
1000	11. Novemb.		3.29406	187, 189
1837	11. Modemo.	Hoftammer=Act	8.48136	202
1091	25 Stationar	Softammer-Danet		
1000	25. Februar	Soffammer-Decret	8.8004	186
1838	1	Bofbecret	8.3337	196
"	23. Juli	Hoffammer=Decret	3.28123	196
	30. "	Münzconvention	<u> </u>	1, 15
1841	1	Batent		62, 64
"	18. October	Hoffammer-Decret	3.40818	180
1842	19. April	Berordnung	_	168
1844	27. Sept.	poftammer-Decret	3.17405	168, 169
1845	29. Mai		Ř. 13455	168
1846		Hoffammer=Act	й. 8030-Р. Р.	191
"	26. Sept.	Muh. Entschließung	1	191
1848		Finang-Ministerial-Act	3.3565-P. P.	105
	_	J	3.1737-F. M.	63
"	7. Februar	Boffammer-Becret "	8.2922	
"			0.2022	180, 181, 182
**	20. April	Uebereinkommen	0 1100 7 75	105, 106
"	21. Mai	Finanz-MinErlaß	8.1193-F. M.	62
"	22. "	~ " " "	3.1090	105
"	2. Juni	Batent		13, 61, 62
"	1. Juli	Finanz-Win.=Erlaß	З. 1036-Г. М.	105
"	16. Sept.	, , ,	3.4988-F. M.	58
1849		Finang-Minifterial-Act	8.8725-F. M.	59
,,	6. Februar			58
•••	24. März	Fin.=Min.=Rundmachg.	3.3773-F. M.	59
"	1. Mai	Finanz=Min.=Erlaß	D.01101. M.	58
"	14. "	Bortg. bes Fin. Min.		206
"	25. Juni	Finanz-MinErlaß	8.7111-F. M.	
"	00		Э. /111-г. м.	60
"	28. "	Batent	_	58
"	29. "	Finanz-MinErlaß	_	58
"	30	" " "	-	58
*	9. Juli	,, ,, ,,	_	58
"	11. "	,, ,,	_	58
,,	20. "	" " "		58
"	7. August	, , ,	3.8764-F. M.	58, 59
,,	18. "		_	58
1850	9. Februar	Gebühren=Gefet		152
"		Finang-MinErlaß	_	58
	16. Juni 6. Juli		З.1360-Г. М.	182
"	22. Sept.			58
"	19. Decemb.	" " "	_	58
1851	IU. Detemb.	Finanz-Ministerial-Act	3.3446-F. M.	116
		Quunitamilietintanet		
"	_	Justiz=Ministerial=Act	8.4543-F. M.	116
"			8.13251-J.M.	121
"	10 0	Finanz-Ministerial-Act	3.4731-F. M.	127
"	19. Februar	Finanz-WinErlaß	_	59
"	11. März		_	59
rr .	21. April	Kaiserliche Berordnung	_	7
"	15. Mai	Batent	_	59
,,	17. "	Finanz-MinErlaß	3.5468-F. M.	140, 163
,,	25. October	" " "	3.35750	121
**	1 :	" " "		i

Jahr	Datum	Quelle	Gesch. Zahl	Seite
1851	23. Decemb.	Finanz=Win.=Erlaß	_	59
1852	ao. Decemo.		8.6443-G. P.	105
1992	0 ~	Finanz-Ministerial-Act	D. 0445-G. F.	105
"	3. Februar		0.4207	155
"	16. März	Finanz-MinErlaß	8.4327	
"	22. "	" " "		59
"	2. April	~. " . a!! a."		58, 59
"	3. Mai	Siebenb. Civil-Proceß-D.	_	198
,,	11. "	Finanz-MinErlaß		59
,,	13. "	,, ,, ,,	3.6217-F. M.	183
,,	23. Juni	JuftMinBerordnung		22
,,	12. Juli	Finanz-MinErlaß	3.9755-F. M.	22
"	31	, , ,		14
	3. August			59
"	16. Sept.	Ungar. Civil-Brozeß-D.		198
"	26. "	Finang-MinErlaß	8.26521	152
"	20. Novemb.			182
1853		Finanz-MinErlaß	3.7727-F. M.	105, 183, 184
	40	-	3.17491-F.M.	105, 105, 104
"	7. Juni	" " "	O. 11401-1.III.	46
"		JustMinErlaß	3.8851	184
"	12. "		D. 0091	58
"	3. August	Finanz-WinErlaß	0 44400 75 14	
"	4. "	Bertrag	8.14183-F.M.	116
"	11. October	Finanz-MinErlaß		59
,,	13. "		3.4006-F. M.	105
1854	-	Finang-Ministerial-Act	3.53469	184
,,		,, ,, ,,	§ 54705	184
,,	_	, , ,	3.55265	184
,,	23. Februar	Finang-MinErlaß	8.3968-F. M.	59
,,	3. März	Allh. Entichliegung	_	112
"	4. "	Finanz-Min -Erlaß	З.4216-F. М.	112
	22. ".	" " "	Ř. 4053-F. M.	59
"	7. April	" " "	3.6173-F. M.	148
"	21. ",	l " " "	8.6105-F. M.	132
"	8. Wai	MUh. Entichließung	J. 0200 1 1 12.	142
"	18. Juni	Finanz-MinErlaß	3.9926-F. M.	122, 124, 142
"	രെ	Batent		122, 124, 142 60, 163
"	26. "			38
"	3. Juli	Allh. Entschließung	R. 12025-F.M.	
"	5. "	Finanz-MinErlaß	O. 12020-1.M.	60
"	5. "	" " "	0 10545 F W	
"	9. "	~: "m: "a"	8.12545-F.M.	100 104
"	13. "	Fin. Min. Rundmachung	3.12919-F.M.	163, 164
"	27. "	Finanz=MinErlaß	3.13725-F. M. 3.13742-F. M.	109
"	29. "	,, ,, ,,	B. 13742-F. M.	39, 46
"	31. August	" " "		60
"	19. Sept.	" " "	8.15290-F.M.	
"	28. "	Muh. Entichließung	д. В. 18059-F. М.	191
",	9. Decemb.	Juft -Min Erlaß	8.23929	183, 186
"	12. "	Erlaß der D. R. C. B.	ያ.8429	184
	26. "	Finang-MinErlaß	Ř. 53702	39, 56
1855		Finang- Minifterial-Act	R. 2139-F. M.	183
		,	3.1187	184
"		" "	3.15013-F.M.	
"		" " "	0.20020	1

Jahr	Datum	Quelle	Gesch. Zahl	Seite
855		Finanz-Winisterial-Act	3.19765-F.M.	191
"	9. Jänner	Finang-DinErlaß	8.89-F. M.	39
,,	26. "	Ministerial-Berordnung	_	183
"	30. "	Finanz-MinErlaß	3.1564-F. M.	59
"	2. März	FinMinBerordnung	§.16333-F.M.	132, 180
"	24. Mai	Finanz=Min.=Erlaß	8.8701-F. M.	143, 144, 145, 146, 163
,,	10. Juni	" " "	8.9437-F. M.	164
,,	10. Juli	, , ,	3.11448-F.M.	59
"	8. Sept.	" " "	§. 15623-F. M.	163
n	18. Decemb.	, , ,	3.21133-F.M.	163
1856	2. Jänner	" " "	. В. 18206-F. М.	163
,,	10. Jänner	, , ,	3.54924	182
"	7. Februar	Raiserl. Berordnung		12,13,58, 61 ,63
,,	26. März	Finang-MinErlaß	8.4839-F. M.	59
"	12. Mai	MUh. Entichließung		45
",	16. "	Kinang-MinErlag	8.5745	123
",	20. "	Fin.=Min.=Kundmachg.	3.7867-F. M.	45
	9. Juni	Finanz-MinErlaß	3.8319-F. M.	148, 151
"	19. Juli	, ,	3.11576-F.M.	151
"	12. Sept.	" " "	3.26632	163
".	24. October	Batent " "	J	53
"	4. Novemb.	Finanz-MinErlaß	3.17833-F.M.	39
"	5. "	, ,	3.12481	180
857	24. Jänner	Münzvertrag "		1, 2, 7, 15, 16, 17 27, 31, 49, 53
ļ	9. März	Finand=Nin.=Erlaß	3.19596-F.M.	68 117
"	14. Juni		3. 1715-F. M.	26, 39
"	30. "	" " "	3.11142	163
"	11. Juli	" " "	3.39633	178
"	07	" " "	3.18690	122
"	19. Sept.	Bafent " "		1, 10, 13, 14, 17 18, 19, 21, 25 26, 27, 36, 41 49, 51, 52, 53
,	6. October	Finanz-MinErlaß	3.3850-F. M.	54 26
,,	8. "		Ä. 3868-F. M.	59
"	29. Novemb.	Fin.=Min.=Berordnung	Ž. 44281	23 , 26
858		Finanz=Ministerial=Act	$\tilde{3}.58743$	185
,,	21. Jänner	Finanz-MinErlaß	Ä. 22139-F.M.	192
"	25. Februar	Staatsmin.=Berordnung	8.3424	192
"	9. April	Finanz-MinErlaß	З.1702-F. М.	19
,,	27. "	Allh. Entschließung		25
"	27. "	Patent	_	10,17,18,19, 22 36, 53, 56, 58
	27. "	Kaiserliche Berordnung	_	59, 67 4
"	28. "	Finanz-MinErlaß	3.2041-F. M.	25
"	30. "		8. 2083-F. M.	9
"	11	" " "	J. = 000 1 . m.	_

Jahr	Datum	Quelle	Gesch. Zahl	Seite
1858	4. Wai	} Finanz-WinErlaß	3.2161-F. M.	59
	04	G	8.2459-F. M.	11
"	1. Juni	FinMinBerordnung	3.2637-F. M.	54
"		Finanz-Min -Erlaß	3.3109-F. M.	
"	30. "		3.5109-r. M.	17, 24, 25
"	12. August	Fin.="Min."Berordnung	3.3836-F. M.	14, 15, 39
"	26. "	gin.=wein.=werdronung	3.21811	163
,,	30. "	Raifert. Berordnung		63
"	1. Sept.	Finanz=MinErlaß	3.4322-F. M.	63
' ,,	3. "	, , ,	3.4368-F. M.	9
"	21. "	Allh. Entichließung	_	39
",	23. "	Finanz-MinErlaß	3.4676-F. M.	39
	8. October	, ,	3.51036	49, 53, 54
"	90	· · ·	3.56557	50
"	00	" " "	0.00001	(- ·
"	97 "	Just.=Min.=Erlaß	8.5286-F. M.	109
"	27. "		3.19246	185
"	12. Decemb.	Finanz-MinErlaß	3.58743	176
"	26. "	Raiserl. Berordnung	_	63
"	26. "	Finanz-MinErlaß	3.6098-F. M.	190
"	30. "	" " "	3.6677-F. M.	39
<i>".</i>	30. "		. 3. 5374-F. М.	15
1859		Finang-Ministerial-Act	8.6334-F. M.	206
	10. Jänner	Finang=Min.=Erlaß	3.6334-F. M. 3.177-F. M.	13
. "	22. "	Gan	3.6302-F. M.	24, 25
"	11. April	Allh. Entschließung	O.0002-1. M.	
"	11. april	Timene Min Culet	2 0000 F M	39, 63
'#	25. "	Finanz-MinErlaß	3.2308-F. M.	163
"	28. "	Raiferl. Berordnung		111
"	29. "	Finanz-MinErlaß	3.2143-F. M.	63
"	29. "	Kaiserl. Berordnung	3.2400-F. M.	113
,,	29. "	Finanz=Min.=Erlaß	8.2406-F. M.	39
",	30. "	" " "	В. 2406-F. М .	39
",	4. Mäi	" " "	Ž.2399-F. M.	111
	1. Juli		3.4093-F .M.	19
"		Berordnung "	3.19131	196, 198, 199,
"	2. "		·	203
,,	7. "	Finanz-MinErlaß	3.3594-F. M .	13
,,	1. August	" " "	3.33834	111
",	21.	" " "	3.5071-F. M.	64
",	28. October	Kundmachung "	_	63
- 1	7. Novemb.		3.6240-F. M.	63
"	12. Decemb.	0 0	3.6651-F. M.	163
"	99	Batent " "	D. 0001-1 . M.	110, 124, 203,
"	23. "	Patetti		204,206,207.
., 1	25. "	Finanz=Min.=Erlaß	3.62251	163
1860		Finanz Ministerial=Act	3.5321-F. M.	126
		Staatssch.=Dir.=Act	3.2515	197
"	4. Jänner	Finanz-MinErlaß	3.161	45
"	14	Allh. Entschließung	D. TOT	159, 166 , 167
"	10		0 100 F M	110 150 100
"	16. "	Finanz=Min.=Erlaß	3.198-F. M.	116, 159, 166 , 169, 171
,,	16. "	" " "	. 3. 2269	186, 180, 207
	31. "		3.6211	22
,, I	O1. "			
"	15. Februar	Allh. Entichließung	——————————————————————————————————————	124 , 126

Jahr	Datum	Quelle	Gesch. Zahl	Seite
1860	15 Sehruar	Finanz-MinErlaß	3.656-F. M.	123, 124 , 126
1000	10. Bestaut	ginung-winetiup	Д. 050-г. м.	128, 132, 200
				207
,,	26. "		8.656-F. M.	124, 126, 132
",	26. "	" " "	8.656-F. M.	184, 198, 199
"	"	" " " .	•	202, 207
,,	26. "	Finanz-MinNote	3.656-F. M.	184
"	10. März	JuftMinErlaß	8.3462	184
"	14. "	Finanz-MinErlaß	8.14937	132, 180
"	15. "	Mih. Entichließung	0 1000 D M	113
"	22. "	Finanz-MinErlaß	8.1079-F. M. 8.1153-F. M.	113
"	24. " 28. "	" " "	8.1155-F. M. 8.1079-F. M.	113 114
"	20. " 2. April	" " "	Q 13513	152
"	o `	" " "	3. 13513 3. 15517	156 , 203
",	0. " 14. "	" " "	3. 1421-F. M.	113
",	19. "	Rundmachung "		63
"	4. Mai	Kinanz-MinErlaß	3.1672-F. M.	63
",	9. "	Verordnung	-	199
"	26. "	Finanz-MinErlaß	3.30942	113
"	2. Juni	" " "	8.30179	206
"	19. "		3.3489 9	132
"	20. "	unt. Min. Erlaß		123
"	26. "	Finanz-MinErlaß	8.2490-F. M. 8.34443	25
"	30. 14. Juli	" " "	8. 34443 9. 41617	113 113
"	21. October	Raiferliche Berordnung	3.41617	7, 25, 27
"	24	Finanz-MinErlaß	3. 4432-FM.	27
"	17. Novemb.		.). 11 02-1m.	32, 60, 68
"	19	Kinanz-MinErlaß	3.4848-F. M.	32
"	9. Decemb.	, , , , ,	8.66554	151
",	10. "	1 " "	3.5176-F. M.	69
1861	8. Jänner	Fin. Min. Entscheibung	3.5321-F. M.	126
"	14. "	Finanz=Min.=Erlaß	3.2096	163
,,	18. "	,, ,, ,,	З.255- F. М.	115
"	18. "	. " . " . "		164
n	22.	Direction d. Staatsschuld	3.2819	176
"	12. Februar	Finanz=Win.=Erlaß	8.3 66 9.2700	176 180
#	13. " 26. "	Staatsgrundgeses	8.3700	57, 204, 205
"	19. März	Finanz-MinErlaß	3.77 11	32, 77
"	9. April	Fin.=Din.=Berordnung	3.5294-F. M.	132, 183, 134
"	30	Kinanz-MinErlaß	3.20959	164
",	14. Juni	" " "	3.2670-F. M.	163
",	15. "	", ", ",	Ř. 2634-F. M.	32
,,	5. Jüli	" " "	$\bar{3}.35137$	32
"	20. "	" " "	3.37661	32
"	11. Decemb.	" " "	3.65186	32
1000	20.	orms" on the state "	Š. 663 07	115
1862	6. Jänner	Allh. Entschließung	0.0407	45
"	15. " 13. M ärz	Finanz-MinErlaß	8.2407	45 123
"	15. murz	n · n n	8.11347	140

Jahr	Datum	Quelle	Gefch. Bahl	Seite
1862	21. März	Finanz WinErlah	8.13025	151
"	18. Juni	1 "	3.32829	32
	18. Juni 17. Juli		3.38389	32
**	6. August	" " "	8.36385	25
n	21. October	" " "	8.2674-F. M.	16, 50
"	30. Rovemb.	11 · · · · II	0.2014 1. M.	158
"		04 - 5 - 4 . II	8.63746	
#	13. Decemb.	Gefet	R. G. Bl. Nr. 89	202
"	13. "	~"	R. G. Bl. Nr. 96	204, 205
"	19. "	Finanzgeset	-	111
,,	23. "	Finanz-WinErlaß	3.6842 9	111, 165
,,	27. "	Gefeg .	_	60, 64
1863		Finanz-Minifterial-Act	3.9867	186
,,			ž.21936	55
"	3. Janner	Uebereinfommen "	.	57, 60, 64, 205
	6	Allh. Entichliegung	_	205
"	6. März	Finanz-WinErlaß	8.33432	13
"		, ,		
"	17. "	" " "	8.57628	119, 179
"	7. Mai 🔻	" " "	8.23181	137
"	17. Juli	,, n, n,	3.27627 3.42599	163
"	4. Sept	" " "	8.42599	13
"	24. October	" " "	8.52041	146
,,	17. Novemb.			32, 67, 97, 113
1864	9. Jänner	Fin. Min. Note	8.1203	184
,,	16	Finanz-MinErlaß	8.62994	164
"	29. Februar	Gefet	- Diozec -	97, 204
	24. Juni	Kinanz-MinErlaß	3.17410	111
"	13. August	Omung-mememp	8.67-F. M.	149
"	19. արհան	~:"m:"65"	9.01-r. m.	164
"	8. Novemb.		0 7400 F W	
"	9. "	Finanz-MinErlaß	8.5400-F. M.	115
"	9. "	Berlautbarung		164
n	6. Decemb.	Finanz=Min.=Erlaß	3.53619	146
1865	26. Jänner	" " "	3.53794	150
"	6. April	,, ,, ,,	8.6417	149
"	12	, , ,	Š. 12287	206
"	1. Sept.		8.34945	149
	20	Batent " "	—	57, 68 205
"	27. October	Geles		204, 210
Ħ	4. Decemb.		3.56900	179
"	9	C	J. 50500	47
1866	45. "	Wünzbertrag	_	
1900	_	Instructionen	_	126, 144, 145,
		- m. m	0.7000	157, 159, 165
**		Finanz-Ministerial-Act	8.7363	170
"	27. Jänner	Finanz=Win.=Erlaß	8.2670	166, 169, 170
"	27. "	,, ,, ,,	3.61066	137, 180, 207 23, 26
"	28. "		3.157-F. М.	23 , 26
"	6. Februar	StaatsminErlaß	Ř.2152	170
••	4. März	Finanz=Min.=Erlaß	3.2152 3.5785-F.M.	162
"	1 a °	Fin MinWeisung	3.5785-F.M.	164 , 165
"	111 "		3.8134	169
"	11. "	Finanz-MinErlaß	D.0194	116
"	24. April	Wefet		
"	24. " 5. Mai	Berordnung		49
"	d. Wat	ઉદ્યા ર	_	57 , 60, 63, 65
	ı	1	1	66, 67, 68

Jahr	Datum	Quelle	Gefch. Bahl	Seite
1000	26. Wai	Gelets		32 , 6 8
1000			9 1020 E M	
"	g. Juni	Finanz-MinErlaß	8.1039-F.M.	16, 50
"	7. Juli	Gefet	0.04000	64 , 65 , 67
"	1. August	Finanz-MinErlaß	3.34830	13
"	25. "	Gefet.		61, 63 , 9 8
"	30. "	Finanz-MinErlaß	3.4628-F.M.	65
,,	14. Novemb.		₿.18645	173
,,	20. "	Finanz-MinErlaß	3.49892	165
,,	4. Decemb.	" " "	Ř. 47519	166, 174, 200,
"		" " "		201
	14	, , ,	3.6868-F.M.	79
"	99 "	" " "	3.7068-F.M.	126, 159
"	OF "	" " "	3.7170-F.M.	65
007	21. "	Nebereintommen"	D. 1110-1.m.	31
867				50
"		Ung. Gesetz-Art. XVI		
"		,,, ,, ,, XII	_	101
,,	8. Jänner	Gefet		98
"	18. "	Finanz-MinErlaß	3.398-F.M.	65
77	21. "	, , , ,	.3.5 4165	69, 71, 85
,,	5. Februar	,, ,, ,,	3.398-F.M.	65
,,	9. "	" " "	R. 799-F. M.	66
"	11. "	Į.	3.481-F. M.	215
	21. "	Fin. Min. Berordnung	8.8499	157, 15 8
"	31. März	Finanz-MinErlaß	3.1 298 9	157
"		Direction d. Staatsich.	8.2216	186
n	8. Juni		.D. 2210	
"	13. "	Bertrag	_	2, 14
"	16. Juli	Gefet		99
"	25. Sept.	Brotocoll	(# () 100E)	99
"	27. October	Geiet	(richtiger 1865)	210
"	3. Novemb.	Finanz=Min.=Erlaß	3.3601-F.M.	159
,,	8. "	" " "	3.39651	161
,,	19. "	Bereinbarung		99
,	16. Decemb.	Finanz-MinErlaß	3.46406	155
,	21. "	Staats-Grundgefet	· –	33,205,209,21
",	24	Gefet	l –	95, 97, 99 , 106
″		1-4		107, 109, 208
			1	209, 211
1	24. "			28, 37
"	94	Finanz-MinErlaß	8.48617	70
868	51. _#	Ung. Geset. Art. VII	10. EOUL	41, 50
1000			8.2808-F.M.	
"	14 000 2	Finanz-WinAct	0.40001.86	193
"	14. März	Reichs-FMErlaß	8.1672- R.F. M .	152
	3. Mai	Øefets		185
"			3.13703	161
"	4. Juni	Finanz=Min.=Erlaß	R. G. Bl. Nr. 54	110 908 919
"	10. "	Gefet	n. w. zi. zi. 34	214
,,	10. "	"	R. G. Bl. Nr. 53	95, 209
	20. "			99, 106, 107,
"	20. "	"		109, 113, 116
			!	118, 152, 157
	I	I	ſ	159, 162, 168

Jahr	Datum	Quelle	Gesch. Zahl	Seite
1868	26. Juni	Gefet		100, 106, 107
	30. "	· =		64
"	1. Juli	"		6,13,15, 28 29,
"	2. 0	n .		30, 34, 35, 10
,,	2. "	"	_	171, 173, 176, 179, 193
	10. "	Finanz-MinErlaß	3.9494	71
"	15. "	" " "	3. 1617-F. M.	152
"	16. "	" " "	3.1754-F.M.	9, 28, 34, 35
"	16. "		3.1754-F.M.	28, 33, 35
"	21. "	FinMinBeisung	3.1511-F.M.	157
"	ໂດຍ "	Finanz-MinErlaß	3.1793-F.M.	159
"	30. "		3.1831-F.M.	79
n	31. August	Kundmachung "	8.2208-F.M.	35
"	26. October	Reichs-FMErlaß	3.5389-	193
"		, ,	RFM.	
"	30. "	Finanz-MinErlaß	3.2840-F.M.	64
#	13. Novemb	Gefet	0.00". 7.75	64
"	20. Decemb.	Finanz=Min.=Erlaß	3.3344-F.M.	16, 19, 47, 49, 51
"	28. "	Rundmachung	3.3306-F. M.	109, 118, 120, 121, 139, 143 146, 149, 153 154, 172, 183
1869		Ung. Gefet Art. XII	·	35, 36, 50
		Finang-Minifterial-Act	З. 738-F.M.	122
# #	_	Reichs-F.=M.=Act	8.6164 RFM.	186
"	_	" " "	3.7373- RFM.	186
	İ	Cimana Ministerial Orat	8.479-F.M.	019
Ħ	<u> </u>	Finanz-Winisterial-Act		213
"	0 0	Rundmachung "	8.954-F.M.	213
**	2. Jänner	seunomacoung	0 007 F M	112
"	6. März	" " " " " " " " " " " " " " " " " " "	3.297-F.M.	120, 122, 123, 138, 142, 208
"	9. "	Reichs=FW.=Erlaß	8.1736- RFM.	122
**	15. "	Rundmachung	3.860	122
,,	24. "	Finanz=Min.=Erlaß	8.674-F.M.	112
"	30. "	Rundmachung	3.683-F.M.	132, 213
,,	2. April	, ,	8.849-F.M. 8.1339-F.M.	112
"	28. "	Finanz-MinErlaß	В. 1339- F. М .	112
"	14. Mai	, , ,	8. 11415	32
"	20. "	Befet "	_	29
"	20. 14. Juli	Finanz-MinErlaß	8.1369-F.M.	120, 139, 143 , 149, 153, 154
	20. "		3.1092-F.M.	206
"	23. August	Reichs-FMErlaß	3.6658-	184
	ہے۔ ا		RFM.	90
"	5. Sept.	Rundmachung	0.11101	32
"	17. "	Just.=MinErlaß	8.11184	186
"	25. Novemb.	Instruction	8.8543- RFM.	74, 80, 83, 86

Jahr	Datum	Quelle	Gesch. Zahl	Seite
1869	12. Decemb.	Finanz-WinErlaß	3.3802-F. M.	79, 84
1870		Finang-Ministerial-Act	3.2860-F. M.	162
,,		" " "	3.5216-F. M.	187
, ,		\	3.1561-F. M.	213
",	2. Jänner	Finang-MinErlaß	3.41265	132
",	20. Februar		3.2669	79
"	9. März	Gefeg ""		2, 7, 8, 12, 16, 19, 36 , 37, 50,
,,	24.	. "	-	51 116 , 185
"	2. April	Rundmachung	_	116
"	13. "	Gefet	- 2 1400 N M	208, 209, 212 , 213
"	21. " 29. "	Rundmachung	8.1466-F. M.	32
"	29. " 23. Juni	"	З. 1539-F. М.	213
"	4. Juli	FinDiinBerordnung	8. 1425-F. M.	116 112
"	40	Finanz-MinErlaß	3.16243	149
" "	177	1	3.10245 3.2965-F. M.	112
"	28. August	" " "	3.26436	70 79 89
",	29	Raiserliche Berordnung	J.20±00	70, 79 , 89 32, 33
"	4. Sept.	Finang-MinErlaß	3.3709-F. M.	112
,,	5. October	Rundmachung	3.3991-F. M.	153
"	22. Novemb.	,,	_	33
"	23. "	Finanz-MinErlaß	3.4349-F. M.	37, 38, 47, 51
"	5. Decemb.	" " "	3.4961-F. M.	186
"	7. "	" " " "	3.29055	153
	15. "	Direction d. Staatsschuld	8.5105	187
1871	_	~. " m" .""	3.5966	132
"	_	Finang-Minifterial-Act	3.35503	191
"		" " "	3.1182-F. M.	208
"		" " "	8.1782-F. M. 8.1882-F. M.	208 208
"	4. März	Finanz-MinErlaß	3.805-F. M.	112
"	115 °	Rundmachung	Д. 605-г. м.	117
"	16. April	"	_	33
",	24. Mai	1	3.36241	201
,,	21. Juni	Finanz-MinErlaß	3.2193-F. M.	112
1 "	23. Juli	Gefet		2, 54
"	9. August	Finanz-MinErlaß	3.2895-F. M.	80
"	11. "		3 . 1414-F. М.	176, 203
"	18. "	Juftiz-MinErlaß	3.9381	176
"	19. "	Finanz-MinErlaß	3.3081-F. M.	112
"	22. "	Allh. Entschließung	0 9499 15 14	207
"	21. Sept.	Finanz-MinErlaß	8.3433-F. M.	112
"	19. Oct.	,, 4 11	§. 3539-F. M.	123, 126, 132, 207
"	6. Novemb.	. " " "	3.18964	126, 129, 182
"	6. "	Rundmachung	R. G. Bl. Nr. 132	117
"	4. Decemb.		_	16
"	15. "	Allh. Entschließung		9
1]		

		,		,
Jahr	Datum	Quelle	Gesch. Zahl	Seite
1071	20 Dagemb	Timana 900in Gintag	O SOME IN	161
1871	30. Decemb.	Finanz-WinErlaß	8.3044-F. M.	
1872	4 0.5	Finanz-Ministerial. Act	8.4860-F. M.	162
"	4. Jänner	Finanz-MinErlaß	8.71-F. M.	112
"	31. "	FinMinBerordnung	8.37974	184 , 135
"	5. März	Finanz-MinErlaß	8.973-F. M.	112
,,	18. "	Gefet ,	_	64
,,	30. "	,,	_	29
,,	26. Mai	Finanz-MinErlaß	3.2200-F. M.	65
,,	20. Juli	, , ,	Ŋ.3216	77
″,	1. August	" " "	8.3381-F. M.	112
	4. Sept.	l " " "	8.19221	121, 128
"	1477	" " "	3.24837	192
1873	14. "	Finang-Ministerial-Act	3.1387	185
1010	91 (\daggers		0.1001	135
"	31. Jänner	Finanz-MinErlaß	8.1777	198
"	3. Februar	Justiz-MinErlaß	3.1288 3.677-F. M.	
"	4. "	Finanz-MinErlaß	8.677-F. M.	112
"	15. "	Rundmachung	8.672-F. M.	9
"	18. "	Finanz-MinErlaß	3.554-F. M.	148
,,	26. "	, , ,,	. 3. 1094-F. М.	112
"	18. März	" " "	R. 1263-F. M.	183
",	12. Juli	, , ,	Ř. 2943-F. M.	185
"	12. "	" " "	3.3295-F. M. 3.3813-F. M.	49, 51 , 52
1	25	Kundmachung "	8 3813-F. M.	117
"	27. October	Finanz-MinErlaß	8.5148-F. M.	112
"	2. Decemb.	Othang- Dein Comp	3.5689-F. M.	112
"	C	Statement ""	D. 5005-F. M.	16
"	- "	Bekanntmachung	-	60
1001	13.	Sefet	0 4050 E W	1
1874		Finanz-Ministe rial-Ac t	3.1250-F. M.	106, 162
"		, , , , , , ,	3.1129	201
"	10. Jänner	Rundmachung	R. G. Bl. Nr. 2	
"	10. "	Finanz-MinErlaß	3.6011-F. M.	16
,,	21. "	,, ,, ,,	3.31441	180
",	2. Februar	,, ,, ,,	§. 30808	189 , 140
,,	7. Mai	Befes	-	123
",	14. "	FinMinBerordnung	8.5277	140, 141
	14 "		3.558-F. M.	126, 181
"	14 "	Finanz-WinErlaß	3.558-F. M.	132
"	17. Juni	· ·	8.2024-F. M.	16, 52
"	25. "	" " "		80, 82, 88, 84
"	20. " 11. Juli	" " "	3.3181-F. M.	
"		" " "	8.17791	117
"	10. August	" " "	3.4274-F. M.	112
"	16. Sept.	" " "	8.4815-F. M.	33
. / <u>/</u>	23. October	~ " m" · " " ·	8.4548-F. M.	52
1875	_	Finanz-Winisterial-Act	8.5536-F. M.	33
"	_	,, ,, ,,	3.1555-F. M.	162
		l	8.5705-F. M.	162
,,	15. Februar	Finanz-MinErlaß	Ř. 34224	15
"	28. März	Gefes	_	168, 170 , 172, . 173, 191
,,	31. "	,,	_	54
		I "	l	19
	l I. Upril	l		110
"	1. April 21. Mai	Finanz-WinErlaß	8.12107	140

Mai " Juni August Sept. October Novemb. Decemb. " Nārz " Juli October Robemb. " Juli October	Finanzgefet Finanz-MinErlaß Finanz Ministerial-Act Geset Finanz-WinErlaß	8. 2233-F. M. 8. 2233-F. M. 8. 1555-F. M. 3. 20754 8. 28476 8. 4884-F. M. 8. 28534 8. 19114 8. 3508-F. M. 8. 324-F. M 8. 1014-F. M. 8. 1420-F. M. 8. 11916 8. 27513 8. 28092 8. 4928-F. M. 8. 26823 8. 27011 8. 1570 8. 29885	170, 172 178, 174, 200, 201, 207 161 80, 82, 83, 84 122 69 140 53, 54 107 2 162 100, 106, 107, 138, 154 33, 36 112 141 70 70 70 112 93 155 201 201
Juni August Sept. October Robemb. Decemb. "" Juli October Robemb. "" Juli October	Finanz-MinErlaß """ Rundmachung Finanz-MinErlaß """ Finanz-MinErlaß Finanz-MinErlaß Finanz-MinErlaß """ Rundmachung Finanz-MinErlaß """ Rundmachung Finanz-MinErlaß	8.2233-F. M. 3.20754 3.23476 3.4884-F. M. 3.28534 3.19114 3.3508-F. M. 3.324-F. M 3.1014-F. M. 3.1420-F. M. 3.11916 3.27513 3.28092 3.4928-F. M. 3.26823 3.27011 3.1570 3.29885	178, 174, 200, 201, 207 161 80, 82, 83, 84 122 69 140 53, 54 107 2 162 100, 106, 107, 138, 154 33, 36 112 141 70 70 70 112 93 155 201
August Sept. October Novemb. Decemb. "" Nārz "" Juli October Novemb. "" Janner	Rundmachung " Finanz-MinErlaß """ FinanzehinErlaß FinanzeMinErlaß FinanzeMinErlaß FinanzeMinErlaß """ """ Rundmachung FinanzeMinErlaß FinanzeMinErlaß	3.20754 3.23476 3.4884-F.M. 3.28534 3.19114	161 80, 82, 83, 84 122 69 140 53, 54 107 2 162 100, 106, 107, 138, 154 33, 36 112 141 70 70 70 112 93 155 201
August Sept. October Novemb. Decemb. "" Nārz "" Juli October Novemb. "" Janner	Rundmachung " Finanz-MinErlaß """ FinanzehinErlaß FinanzeMinErlaß FinanzeMinErlaß FinanzeMinErlaß """ """ Rundmachung FinanzeMinErlaß FinanzeMinErlaß	3.20754 3.23476 3.4884-F.M. 3.28534 3.19114	122 69 140 53, 54 107 2 162 100, 106, 107, 138, 154 33, 36 112 141 70 70 70 112 93 155 201
Sept. October Robemb. Decemb. "" Rarz "" Juli October Robemb. "" Janner	Finanz-MinErlaß """ Finanzgefeß Finanz-MinErlaß Fiuanz MinErlaß Finanz-MinErlaß """ """ Rundmachung Finanz-MinErlaß Finanz-MinErlaß	8.4884-F.M. 8.28534 8.19114	122 69 140 53, 54 107 2 162 100, 106, 107, 138, 154 33, 36 112 141 70 70 70 112 93 155 201
Robemb. Decemb. " März " Suli October Robemb. " Sanner	" " " " " " " " " " " " " " " " " " "	8.4884-F.M. 8.28534 8.19114	140 53, 54 107 2 162 100, 106, 107, 138, 154 33, 36 112 141 70 70 112 93 155 201
Novemb. Decemb. " Rārz " Juli October Rovemb. " Janner	Finanzgejeh " FinanzeMinErlaß FinanzeMinErlaß FinanzeMinErlaß """ """ Rundmachung FinanzeMinErlaß """ Rundmachung FinanzeMinErlaß	8. 19114 3. 3508-F. M. 3. 324-F. M. 3. 1014-F. M. 3. 1420-F. M. 3. 11916 3. 27513 3. 28092 3. 4928-F. M. 3. 26823 3. 27011 3. 1570 3. 29885	53, 54 107 2 162 100, 106, 107, 138, 154 33, 36 112 141 70 70 112 93 155 201
Decemb	Finanzgefet Finanz-MinErlaß Finanz Ministerial-Act Geset Finanz-WinErlaß """ "" "" """ Rundmachung Finanz-WinErlaß Finanz-MinErlaß	3. 3508-F. M. 3. 324-F. M. 3. 1014-F. M. 3. 1420-F. M. 3. 11916 3. 27513 3. 28092 3. 4928-F. M. 3. 26823 3. 27011 3. 1570 3. 29885	107 2 162 100, 106, 107, 138, 154 33, 36 112 141 70 70 112 93 155 201
März "Juli October Rovemb. "" Jänner	Finanz-MinErlaß Finanz Ministerial-Act Geseb Finanz-WinErlaß """ """ Rundmachung Finanz-WinErlaß Finanz-MinErlaß	8. 324-F. M. 8. 1014-F. M. 8. 1420-F. M. 8. 11916 8. 27513 8. 28092 8. 4928-F. M. 8. 26823 8. 27011 8. 1570 8. 29885	2 162 100, 106, 107, 138, 154 33, 36 112 141 70 70 112 93 155 201
Mārz " Juli October Novemb. " Jānner	Finanz Ministerial-Act Gest Finanz-WinErlaß """ """ Rundmachung Finanz-WinErlaß Finanz-WinErlaß	8. 324-F. M. 8. 1014-F. M. 8. 1420-F. M. 8. 11916 8. 27513 8. 28092 8. 4928-F. M. 8. 26823 8. 27011 8. 1570 8. 29885	162 100, 106, 107, 138, 154 33, 36 112 141 70 70 112 93 155 201
Juli October Novemb. " " Jänner	Gefet Finanz-WinErlaß """ "" Rundmachung Finanz-WinErlaß Finanz-MinErlaß	8. 1014-F. M. 3. 1420-F. M. 3. 11916 3. 27513 3. 28092 3. 4928-F. M. 3. 26823 3. 27011 3. 1570 3. 29885	100, 106, 107, 138, 154 33, 36 112 141 70 70 1112 93 155 201
Juli October Novemb. " " Jänner	Finanz-WinErlaß """ """ Rundmachung Finanz-WinErlaß Finanz-WinErlaß	3. 1420-F. M. 3. 11916 3. 27513 3. 28092 3. 4928-F. M. 3. 26823 3. 27011 3. 1570 3. 29885	138, 154 33, 36 112 141 70 70 112 93 155 201
Juli October Rovemb. "" Jänner	""""""""""""""""""""""""""""""""""""""	3. 1420-F. M. 3. 11916 3. 27513 3. 28092 3. 4928-F. M. 3. 26823 3. 27011 3. 1570 3. 29885	33, 36 112 141 70 70 1112 93 155 201
Juli October Rovemb. "" Jänner	""""""""""""""""""""""""""""""""""""""	3. 1420-F. M. 3. 11916 3. 27513 3. 28092 3. 4928-F. M. 3. 26823 3. 27011 3. 1570 3. 29885	112 141 70 70 1112 93 155 201
Juli October Robemb. " " Jänner	nundmachung " Kundmachung " Finanze WinErlah Finanze Winisterial-Act Fine WinEntscheidung	3.11916 3.27513 3.28092 3.4928-F.M. 3.26823 3.27011 3.1570 3.29885	70 70 112 93 155 201
October Robemb. "" "" Jänner	" " " Rundmachung " Finanz. MinErlah Finanz. Ministerial-Act FinKinEntscheidung	3. 27513 3. 28092 3. 4928-F. M. 3. 26823 3. 27011 3. 1570 3. 29885	70 112 93 155 201
Robemb. "" "" Jänner	Kundmachung Finanz. MinErlah Finanz. Ministerial-Act FinMinEntscheidung	8. 28092 8. 4928-F. M. 8. 26823 8. 27011 8. 1570 8. 29885	112 93 155 201
_" Jänner	Finanz-MinErlaß Finanz-Winisterial-Act FinWinEntscheibung	8. 26823 8. 27011 8. 1570 8. 29885	93 155 201
Jänner	Finang-Ministerial-Act FinMinEntscheibung	8.27011 8.1570 8.29885	155 201
" Jänner	FinMinEntscheidung	8.1570 8. 2 9885	201
-	FinMinEntscheidung	. 3 . 2 988 5	
-		8. 29000	(201
. "	Qui-sacu-senunnuanus		90 100 100
	1	8. 710-FM.	38, 108, 109, 188, 152, 154
Februar	Finanz-WinErlaß	3.2202	155
· **	" " "	8.4917	79
Mär _k	" " "	8.1675-F. M.	28, 47
April	" " "	8. 16759 8. 2228-F. M.	135 15
Mai	" " "	8.11456	87
Juni	, " " " '	8.12397	71
Juli	n 11 11 n 11 11	3.3739-F.M.	23, 55, 56, 139
Tecemb.	Fin "Min."Berordnung	3.25368	154
,,	Finanz-MinErlaß	3.5492	151
,,	Gefet	-	64
,,	Uebereinkommen	. —	64
	Staatsvoranschlag .		60
Jänner	Finanz-MinErlaß	3.483-F.M.	160
März	(H = 5 a b 11 11	3.1184-F.M.	15
<i>"</i>	(Sefet	00 M . 001 10+ 07	60
"	Mehereinfommen		64
			28
Mai	1-8		64
,,	Uebereinfommen	·	64
Juni	Gefet	† .	61
	Fin.=Min.=Kundmachung	3.10392	108, 109, 154
"	Gefet	98. 68. 981. 98r. 66	64
"			28, 38
"	1 L/D @1 017	ທ. ໝ. ໝ ເ ນແ. b4	60
	April Mai Juni "	" Uebereinkommen Thril Gefeh Mai Uebereinkommen Juni Gefeh JinMinKundmachung Gefeh	" Uebereinkommen

Jahr	Datum	. Duelle	Gesch. Zahl	Seite
1878	28. Juni	 Lebereinfommen		60
	8. Decemb.	Allh. Entichließung		52
."	10. "	Serbifches Befet	_	47
."	27. "	Finanz-MinErlaß	3.6295-F.M.	16, 88 , 46, 47, 49 56, 120, 164
1879	_	Finanz=Ministerial=Act	8.5176-F.M.	106
"		Finanz-MinErlaß	3.28206	156
n	7. Jänner	Finanz-winEriab	3.23840 8.240-F.M.	45
"	10. "	,, ,, ,,	8.398-F.M.	16,40, 46 ,47,52
"	18. "	" " "	3.1374-F.M.	I
" .	13. März	,, ,, ,,	8.15(4-r.m.	23, 55
"	7. April	~: " m: " a"	8.1580-F.M.	46
"	21. ""	FinMinKundmachung	3.2233-F.M.	9, 52
"	8. Mai	Finanz-MinErlaß	3. 2567-F. M.	40, 56
"	28. Juni	Fin Min Entscheidung	3.11140	196
	5. Sept.	Finanz-MinErlaß	3.9308	46
1880		" " "	. 973-F. М.	33
"	20. Decemb.	" " "	3.38828	172
1881		Ung. Gefeß-Art. VIII		37
"		Staatsvoranschlag		61
"		Finang-Ministerial-Act	3.21787	154
"	12. Jänner	Finanz=Min.=Eríaß	8.6446-F.M.	190, 192
,,	14. "	,, ,, ,,	3.38828	172
,,	26. Februar	Geset " "	R. G. Bl. Nr. 16	37
,,	26. "	,,	R. G. Bl. Nr. 20	28
"	11. April	n n		100, 106, 108 , 109, 222
,,	13. "	FinMinKundmachung	3.2051-F.M.	109
,,	23. Sept.	AFMKundmachung		85
,, \	28. "	Finanx-MinErlaß	3.5023-F. M.	65
,,	1. October	Fin.=Min.=Rundmachung	3.28524	155
,,	1. Novemb.	Finanz-MinErlaß	8.32723	135
,,	6. Decemb.	" " "	З. 6176-F. М.	79, 89
,,	19. "	Instruction	8.4452-R. F. M.	85,89,90,91,92
",	23. ",	Gefet		222, 223, 224
1882		Staatsvoranichlag		61
,,	11. Jänner	Finanz-MinErlaß	3.84-F. M.	13
",	30	" '" "	Ř. 2342	80, 84, 89
"	21. April	Gefeß "		198
	25. Mai		_	38
"	12. August	Finanz=Min.=Erlaß	3.7685	55
"	18	0	3. 25075	89, 90, 92
"	22. Sept.	R.=F.=M.=Kundmachung	J. 20010	91
"	24. "	Finanz=Min.=Erlaß	3.4734-F. M.	65
1883		Othang-wein-Gerap	3.281-F. M.	79, 89, 90
	12. Februar	Bestimmungen "	3.426-R.F.M.	90
"	5. März	Finanz-WinErlaß	3. 6620	80, 90
"	10	Reichs-FMErlaß	3.760-R.F.M.	
"	21. Mai		D. 100-10. F.M.	223
"		Geset Finanz=Min.=Erlaß	3.11663	45
	4. Juli			
"	02 62-4	Cin UBin Bunkanahara	0 00000	1159 100
"	25. Sept. 25. "	FinMinKundmachung	3.29881 R. G. BI.	152, 199 152

Jahr	Datum	Quelle	Gesch. Zahl	Seite
" 1 " 2 " 3 1885 1886	6. Februar 16.	Fin.=Min.=Berordnung Finanz=Min.=Erlaß Gefet R.=FM.=Kundmachung Finanz=Win.=Erlaß Gefet Bestimmungen Finanz=Win.=Erlaß """""" Gefet Staatsvoranschlag Finanz=Winisterial=Act Finanz=Win.=Erlaß	8. 2017 8. 5551 — 8. 1111-F. M. — 3. 1533- R. F. M. 8. 22243 3. 9115 8. 4288-F. M. — — — 3. 40750 8. 3335-F. M. 8. 40567	70 90 224 92 66 222, 223 92 80, 91 159, 160 33 224 28 47 XI 9, 13, 40, 56



I. Münzwesen.

(1) Kaiserliches Patent vom 19. September 1857,

womit für ben gangen Umfang bes Raiferthums Defterreich, Beftimmungen zur Regulirung bes Münzwesens aus Anlaß bes im Reichs-gesehblatte, XXIII. Stud, Rr. 101, Jahr 1857, fundgemachten Münzvertrages ddo. Wien 24. Janner 1857 erlaffen werben.

R. G. Bl. Nr. 169, S. 484; — F. M. B. Bl. Nr. 43, S. 418.

Wir Franz Joseph ber Erste, von Gottes Gnaben Raifer von

Defterreich; König von Hungarn und Böhmen 2c. 2c.

In der Absicht, das Münzwesen Unseres Kaiserthumes in Uebereinstimmung mit dem im Reichs-Gesetz-Blatte, XXIII. Stud, Nr. 101, Jahr 1857, fundgemachten Mungvertrage ddo. Wien 24. Janner 1857*) zu regeln, haben Wir nach Bernehmung Unserer Minister und Anhörung Unseres Reichsrathes für den ganzen Umfang der Monarchie folgende Bestimmungen festzuseten gefunden:

Artikel 1. Die gesetlichen Landesmünzen und die in Gemeinichaft mit ben Staaten bes beutschen Bollvereines festgestellten Bereins-

*) Der Mungvertrag vom 24. Janner 1857 wurde zwischen bem Raiserthum Defterreich und bem Fürstenthum Liechtenstein einerseits und ben burch bie allgemeine Munzconvention vom 30. Juli 1838 unter fich verbundenen deutschen Bollvereinsstaaten andererseits geschloffen.

In diesem Vertrage (Artifel 2) wurde mit Festhaltung der reinen Silber-währung und auf der Grundlage des neuen Pfundes die Münzversassung der ver-tragenden Staaten in der Art geordnet, daß je nachdem in denselben die Thaler-und Groschen- oder die Guldenrechnung mit Hundertheilung oder die Gulden- und Rreuzerrechnung ben Berhältniffen entsprechend ift, oder eingeführt wirb,

entweder ber Dreifig-Thaler-Fuß (an Stelle des bestandenen 14-Thaler-

Fußes) zu 30 Thalern aus bem Pfunde feinen Silbers, ober der Fünfundvierzig-Gulben-Fuß zu 45 Gulben aus dem Pfunde feinen Silbers,

ober der Zweiundfünfzig-und-einhalb-Gulben-Fuß (an Stelle des bestanbenen 241/2 fl.=Fußes) zu 521/2 Gulben feinen Gilbers

als Landesmungfuß zu gelten hat.

Im Artifel 8 wurde bestimmt, daß gur Bermittlung und Erleichterung bes gegenseitigen Bertehres unter den vertragenden Staaten zwei, den im Artifel 2 gedachten Mungfugen entsprechende Sauptfilbermungen unter der Benennung Bereinsthaler werden ausgeprägt werden.

Diesen Bereinsmünzen wurde im ganzen Umfange ber vertragenden Staaten bei allen öffentlichen Caffen und im Privatvertehre unbeschräntte Giltigfeit, gleich

ben eigenen Landesmungen, beigelegt.

Im Artifel 22 wurde bestimmt, daß feiner der vertragenden Staaten berech. tigt ift, Bapiergeld mit Zwangscurs auszugeben ober ausgeben zu laffen, falls nicht münzen werben in Silber, Scheibemünzen aber in Silber und in Rupfer ausgeprägt.

Gold wird als Handelsmunze ausgeprägt.*)

Artikel 2. Allen ferneren Ausmünzungen, einschließlich ber mit ber Jahreszahl 1857 geprägten Münzen, wird das Pfund gleich

500 Grammen zur Grundlage bienen. **)

Dieses Pfund wird auf Unseren Münzstätten als ausschließliches Münzgewicht eingeführt und zu diesem Zwecke in Tausendtheile getheilt. Die Theilung des Tausendtheiles erfolgt in decimaler Abstufung; der zehnte Theil desselben erhält den Namen Af.

Artikel 3. Der Feingehalt aller Münzen wird in $\frac{1}{1000}$ Theilen außsgedrückt. — Bei Bestimmung des Feingehaltes der Silbermünzen ist überall die Brobe auf nassem Wege anzuwenden.

Bei der Bestimmung des Feingehaltes der Golbstüde wird das mit dem Münzvertrage ddo. Wien 24. Jänner 1857 vereinbarte Versfahren angewendet werden.

Artikel 4. Der gesetliche Landesmünzfuß ist der Fünfundvierzig-Gulben-Fuß. ***)

die Einrichtung getroffen ift, bag foldes jeberzeit gegen vollwerthige Silbermungen auf Berlangen ber Inhaber umgewechjelt werben könne.

Laut bes Bertrages vom 13. Juni 1867 (R. G. Bl. Ar. 122, S. 323; F. M. B. Bl. Ar. 33, S. 219) ift das Kaiserthum Desterreich sammt dem Fürstenthum Liechtenstein aus dem beutschen Münzvertrage vom 24. Jänner 1857 ausgeschieden.

In ersterem Bertrage haben sich die vertragenden Regierungen verpslichtet, ben bis zum Schlusse aberes 1867 nach den Bestimmungen des Münzvertrages vom 24. Jänner 1857 geprägten Bereinsthalern und Doppelthalern die ihnen im Artikel 8 des eben genannten Bertrages beigelegte Eigenschaft eines gesetlichen Zahlungsmittels vor dem Ablause des Jahres 1870 nicht zu entziehen, soserne sie nicht in der Zwischenzeit zu einem anderen, als dem bestehenden Münzspsteme übergehen.

Unter denselben Bedingungen haben die vertragenden Staaten die Berbstichtung übernommen, den Umlauf der bis zum Schlusse des Jahres 1867 nach den Bestimmungen des Bertrages vom 24. Jänner 1857 geprägten groben Silbermünzen, soweit solcher zur Belt des Bertragsabschlusses im Privatverkehre unbehindert war, bis zum Ablause des Jahres 1870 nicht zu untersagen.

Sieh' Note *), Seite 15.

*) Sieh' den Art. 20 (Seite 9), und das Geset vom 9. März 1870 (Seite 36).

**) An Stelle dieser Gewichtseinheit ist in Aussührung des Gesets vom 23. Juli 1871 auch für den Münzbetrieb mit 1. Jänner 1876 das Kilogramm = 1000 Grammen getreten. F. M. Erlaß vom 29. December 1875, Z. 3508-F. M.

***) Der Münzsuß wird bezeichnet durch die Anzahl von Stüden der

***) Der Mungfuß wird bezeichnet burch bie Anzahl von Studen ber Sauptrechnungsmunze (gesetliche Munzeinheit), welche aus bem gesetlichen Munzgrundgewichte ausgeprägt werben.

Durch Theilung des gesetlichen Münzgrundgewichtes entstehen die einzelnen gesetlichen Gewichtsgrößen (Schrotte). Das dem Münzspsteme zu Grunde gelegte quantitative Wischungsverhältniß von edlem Wetall und unedler Beimischung

(Legirung) heißt Rorn (Feinheitsgrab).

Der innere (mahre) Werth einer Munze ift der, welcher aus dem Gewichte und dem Feingehalte, d. h. aus dem Schrott und Korn des Metallftudes entsteht; ber außere (zählende) Berth ift aber jener, welcher einem Gelbstude für den Bertehr durch die Prägung beigelegt wird.

Aus einem Pfund feinen Silbers werden fünfundvierzig Gulben geprägt.

Der Gulben (Florenus) ift die öfterreichische Münzeinheit*) und

wird in Sunderttheile, jeder Sunderttheil in Zehntheile getheilt.

Die nach biefem Münzfuße ausgeprägten Münzen werden Münzen "österreichischer Währung" benaunt. **)

*) Friedrich Noback führt in bem Werke "Munz-, Maaß- und Gewichts-buch" (Leipzig 1877, Seite 908) an, daß ber Gulb en ein Quantum von 111/9 Gramm fein Gilber ift im Werthe von:

2 Mart beutsche Reichswährung (die deutsche Mart zu 1/2 Thaler vorige

norddeutsche Bährung gerechnet);

2/8 Thalern oder 20 Silbergroichen vorige nordbeutsche Währung (30-Thaler-Fuß)

11/6 Gulben ober 1 Gulden 10 Rreuzer vorige fübdeutiche Bahrung (521/8.

Gulben-Fuß)

1,17577895 Gulben oder 1 Gulben 17,578 Cents niederlandische Silberm.; 238/81 oder 2,4691358 Franken oder 2 Granken 46,9136 Centimen frangosijches, belgisches, italienisches und schweizer Silberturant;

0,0978979 Pfund Sterling ober 1 Schilling 11,495 Pfennigen Sterling eng-

lifche Bahrung (über beutsche Reichswährung berechnet);

0,6174173 Aubeln ober 61,742 Kopeten russische Silberwährung; 1% Kronen ober 1 Krone 77%. Dere scandinavische (schwebische, norwegische und bänische) Währung (über deuische Reichswährung berechnet);

0,4764262 Dollars ober 47,643 Cents norbameritanifche 38. (ebenjo berechnet); 1,0392154 Compagnie-Rupien oder 1 Compagnie-Rupie 7,529 Beis britifch-

oftinbische Bahrung.

**) Dr. Schäffle fagt in seinem Werke "Das gesellschaftliche System der mensch-lichen Birthschaft" (Tübingen 1873, Seite 227): "Bahrung (Baluta, Standard) ift die gesetliche Allgemeingiltigkeit der Geldstüde oder Geldzeichen, bez. bas Gelb in biefer Eigenschaft. — Richt jede Munze ift auch allgemeines gesetliches Zahlungsmittel oder Bahrung; in Landern mit einfacher Silber-währung find die Goldmungen teine Bahrung, sondern freie Baare. — Bohl aber tonnen bloge Schriftzeichen als Gelbstellvertreter Bahrung werben, wenn fie burch ben fog. Zwangscurs (legal tender) mit ober ohne gesicherte Bareinlösbarfeit zu gesetlichen Bahlungsmitteln erklärt find; ja fie pflegen fo thatfachlich bie einzige Bahrung zu werden und den Bahrungsmunzen die Rolle von Baaren mit wechselnbem Marttpreis (Curs) aufzubrangen. — Erft als Bahrung werden die Geldguter (Mungen) ichlechthin geltend, wirkliches Geld.

Bis gur Ginführung ber öfterreichischen Bahrung lag ber Ausprägung ber öfterr. Silbermungen ber Conventions fuß zu Grunde, nach welchem die folnische feine Mart zu zwanzig Gulben, die Wiener feine Mart zu vierundzwanzig Gulben ausgeprägt wurde. Die Münzeinheit war der Gulben zu 60 Kreuzer. Ein

Conventions- oder Speciesthaler mar 2 Gulben gleich.

Um jebe Ungewißheit darüber zu beheben, welche Münzgattungen bei ben in Conventions-Munge gu leiftenben Bahlungen an die Staatscaffen entrichtet, und ebenfo auch von Privaten angenommen werben muffen, hat die hoftammer mit dem Decrete vom 27. Juli 1816, B. 30093 (P. G. S. Bb. 44, Nr. 99, S. 255) den von Seiner Rajeftat genehmigten Mung-Tarif gur allgemeinen Renntniß gebracht, welcher alle Golb- und Silbermungen, die gefehlichen Umlauf hatten, sammt bem ihnen bet-gelegten, auf ihrem Golb- und Silbergehalte beruhenden Werthe enthielt.

Für das lombardisch-venetianische Königreich wurde das Münz-Patent vom

1. November 1823 (B. G. Gb. 51, Rr. 119, S. 222) erlaffen. Das in Gemäßheit des Patentes vom 20. Februar 1811 (P. G. S. Bd. 36, Rr. 14, G. 51) hinausgegebene Biener-Bahrung-Bapiergelb, welches neben Artikel 5. In österreichischer Währung werden ausgeprägt: Un Landesmünzen:

a) Ameigulbenstücke 221/2 aus einem Pfund feinen Silbers.

b) Einqulbenstücke 45 c) Viertelauldenstücke 180

An Bereinsmünzen: *)

d) Zwei Bereinsthaler- (Drei-Gulben-) Stücke, 15 aus einem Pfund feinen Silbers,

e) Ein Bereinsthaler= (Einundeinhalb=Gulden=) Stücke, 30 aus einem Pfund feinen Silbers.

ber Conventions-Munge im Umlauf mar, murbe im Grunbe ber faiferlichen Berorbnung vom 27. April 1858 (R. G. Bl. Nr. 64, S. 299; F. M. B. Bl. Nr. 18, S. 115) bom 1. Juli 1858 an außer Umlauf gefest.

Bis zu diesem Zeitpuncte mar bas Biener-Bahrung-Papiergelb bei allen Bahlungen, u. zw. bei Bahlungen, bie in Conventions-Münze zu leiften waren, nach bem Berhältniße von 250 fl. Wiener-Bährung zu 100 fl. Conventions-Münze anzunehmen.

In den früheren Jahren wurden "Berzeichnisse über diejenigen fremden Gold- und Gilbermungforten, welche in ben t. t. Erbtonigreichen und Lanbern, nicht allein im Sandel und Bandel, fondern auch bei allen t. t. und gesammten öffentlichen Caffen frei auszugeben und anzunehmen erlaubet worden", fundgemacht. Bei nicht vollhaltigen Mungen murbe beren Devalvationswerth angegeben. Solche Berzeichniffe wurden mit ber Berordnung vom 26. Mai 1746 (Codex austr. V, pag. 221), vom 12. April 1753, und der Hofentschließung vom 22. Marg 1769 (Raiserin Maria Therefia Gesetze Bb. 2, Nr. 260, S. 122; Bb. 5, Nr. 1100, S. 414) befannt gegeben.

Mit ber Berordnung vom 16. April 1766 (Raiferin Maria Theresia Gesete Bb. 5, Rr. 837, S. 30) wurde Folgendes bedeutet: "Nachdem die Sicherheit bes Bublicums allerbings erfobert, daß der Schrott und Korn der aus fremden in die t. t. Erblande einkommenden Gilbermünzsorten von Zeit zu Zeit behörig untersuchet und verläglich ergrundet werde, ob folde nach bem Ronvenzionsmungfuß atturat ausgepräget, mithin ob felben ber Umlauf in ben f. f. Erblanden zu gestatten fei, ober nicht? dergleichen fremde Mungen aber bei dem Biener hauptmungamt fast gar

teinen, ober boch gar feltenen Einfluß haben;

Als werden fowohl alle t. t. Kaffebeamten, als Wechfelnegozianten und Raufleute, überhaupt aber alle bieienigen, welchen bergleichen auswärtige Silbermungen vorkommen, welche etwa von einem neuen Jahrsgang, oder woran sonsten des Kurfes und innerlichen Werths halber ein Zweifel mare, hiemit ermahnet, bag fie von fothanen Munzen bem Biener hauptmunzamt iedesmal, wo nicht eine ganze, boch wenigstens eine halbe Mark zur Untersuchung gegen zu erhalten habende baare Bergutung des vollen Werthe zuzustellen, fich nm fo mehreres angelegen fein laffen, als hiebon die Sicherheit bes allgemeinen Wesens abhangt, und ber Schaben, ben eine unächte, und nicht konvenzionsmäßig ausgeprägte Münze ben Ländern verurfachet, noch in Zeiten abgewendet werden fann.

In der Sammlung der unter ber Regierung der Kaiserin Maria Theresia und des Kaisers Joseph II. ergangenen Berordnungen und Gesete (1740—1789) find verschiedene das Münzwesen betreffende Bestimmungen verlautbart, so z. B. im Bb. 8, Nr. 2220, S. 580 das neue Munggefet für Galizien vom 14. Jänner 1775; im Bb. 4, Nr. 549, S. 34 die Berordnung vom 27. September 1760, betreffend die Einführung ber tupfernen Scheidemungen. Die in den Jahren 1620-1702 in Münzsachen erfloßenen Patente und Berordnungen find im Codex austr. II, pag. 27-46 zu finden. - Sieh' auch Rote **), Seite 49.

^{*)} Bereinsmungen werben nicht mehr geprägt. - Sieh' Note *), Seite 1.

Es werden die unter a), b), d) und e) bezeichneten Münzen $\frac{900}{1000}$ Theile feinen Silbers und $\frac{100}{1000}$ Theile Kupfer enthalten, daher

a) 201/4 Zweigulbenstücke

d) 13½ Zwei-Bereinsthaler= (Drei-Gulben=) ein Pfund wiegen.
e) 27 Ein = Bereinsthaler= (Einundeinhalb= Gulben=) Stücke

Die Biertelgulbenftuce (c) werden 520 Theile feinen Silbers und 480 Theile Kupfer enthalten, daher werden 936/10 Biertelguldenstücke ein Pfund wiegen.

Der Durchmeffer wird bei

a) dem Zweiguldenstücke auf 36 b) dem Einguldenstücke auf 29 c) dem Biertelguldenstücke auf 23 d) dem Zwei=Vereinsthaler= (Drei=Gul= den=) Stücks auf 41 den=) Stücke auf 41

e) dem Ein=Bereinsthaler= (Einundeinhalb= Gulben-) Stücke auf 33

Artifel 6. Bei ber Ausprägung ber Münzen wird unter bem Titel eines sogenannten Remediums an ihrem Gehalte ober Gewichte nichts gekürzt werden.

Soweit eine absolute Genauigkeit bei dem einzelnen Stude nicht eingehalten werden kann, wird eine äußerste Abweichung im Mehr oder

Weniger gestattet, welche bei

- a) dem Zweiguldenstücke 3 im Feingehalt und 3 Taufendtel bes Gewichtes,
- b) dem Einguldenstücke 3 im Feingehalt und 4 Taufendtel des '
- c) dem Biertelguldenstücke 5 im Feingehalt und 10 Taufendtel des Gewichtes,
- d) dem Zwei-Bereinsthaler= (Drei-Gulden=) Stücke 3 im Fein= gehalt und 3 Taufendtel bes Gewichtes,
- e) dem Ein-Bereinsthaler- (Einundeinhalb-Gulben-) Stücke 3 im Feingehalt und 4 Taufendtel bes Gewichtes nicht überfteigen barf.

Artikel 7. Die, laut Artikel 5 auszuprägenden öfterreichischen Landesmünzen werden im Avers Unser Brustbild mit der Umschrift: FRANC. JÖS. I. D. G. AUSTRIAE IMPERATOR, im Revers den kaiserlichen Abler, unter welchem die Werthe 2 Fl. 1 Fl. und 1/4 Fl. stehen werden, mit der Umschrift: HUNG. BOH. LOMB. ET VEN. GAL. LOD. ILL. REX A. A. und ber Jahrzahl ber Ausmünzung führen.

Der Rand wird glatt sein und mit vertieften Buchstaben den Wahlspruch: VIRIBUS UNITIS enthalten.

Artikel 8. Der Avers der Vereinsmünzen wird Unser Brustbild mit der Umschrift: FRANZ JOSEPH I. V. G. G. KAISER V. OESTERREICH führen.

Der Revers wird den kaiserlichen Abler mit der Umschrift für die Zweithalerstücke: ZWEI VEREINSTHALER XV EIN PFUND FEIN, und für die Einthalerstücke: EIN VEREINSTHALER XXX EIN PFUND FEIN, und die Zahl des Jahres, in welchem die Ausmünzung stattgefunden hat, enthalten.

Der Rand wird glatt sein und in vertieften Buchstaben den Wahl-

spruch: MIT VEREINTEN KRAEFTEN führen.

Artikel 9. An Scheibemünzen*) werden ausgeprägt:

Stude zu zehn und zu fünf hunderttheilen in Gilber, und

Stucke zu brei und ein hunderttheilen, und Stucke von fünf Tausendtheilen in Kupfer.

Artikel 10. Die Silberscheidemünze wird derart ausgeprägt, daß fünfhundert Stücke zu zehn Hunderttheilen, und tausend Stücke zu fünf Hunderttheilen ein Pfund feinen Silbers enthalten.

Die Zehnhunderttheilstücke werden mit $\frac{500}{1000}$ aus feinem Silber und mit $\frac{500}{1000}$ aus Kupfer, die Fünfhunderttheilstücke mit $\frac{375}{1000}$ aus feinem Silber und mit $\frac{625}{1000}$ aus Kupfer bestehen.

Es werden daher 250 Zehnhunderttheilstücke und 375 Fünf-

hunderttheilstücke ein Bfund wiegen.

Die Abweichung der Silberscheibemunze im Mehr oder Weniger darf im Feingehalte nicht $\frac{5}{1000}$, im Gewichte aber nicht $\frac{10}{1000}$ übersteigen.

Der Durchmesser wird bei dem Zehnhunderttheilstücke auf 18,

bei dem Fünfhunderttheilstücke auf 16 Millimeter festgesett.

Der Avers wird Unser Brustbild mit der Umschrift: FRANZ JOSEPH I. V. G. G. KAISER V. OESTERREICH, der Revers die Aufschrift "10" beziehungsweise "5", die darüber schwebende österreichische Kaiserkrone, die Umschrift: "SCHEIDEMUNZE" und die Jahrzahl der Ausprägung von einem Lorbeers und Palmenzweige umgeben enthalten. Der Rand wird gerippt sein.

Artikel 11. Bei der Ausprägung der Kupferscheidemunze wird das Pfund Kupfer in Sinhundertfünfzig Hunderttheile ausgeprägt.

Die nach der Bestimmung bes Artifels 9 geprägten Silberscheidemungen sind noch im Umlaufe, werben aber von ben Cassen nicht wieder ausgegeben.

^{*)} Bergleiche bas Gefet vom 1. Juli 1868 (Seite 28), wegen Ausprägung. neuer Scheidemungen.

Scheibemungen als Gegensat zu Curant= (groben) Munzen find zu Bahlungen im kleinen Berkehre und zur Ausgleichung bestimmt, und werben nach einem leichteren Munzfuß als bem Landesmunzfuß ausgeprägt.

Die Rupferscheibemungen bestehen aus: Dreihunderttheilstuden,

Ginhunderttheilstücken, Fünftausendtheilstücken.

Der Durchmesser bes Dreihunderttheilstückes wird auf 25, bes Einhunderttheilstudes auf 19 und bes Fünftausendtheilstudes auf

17 Millimeter festgesett.

Der Avers der Rupfermunzen trägt den gefrönten faiferlichen Abler mit der Umschrift: K. K. ÖESTERREICHISCHE SCHEIDE-MUNZE. — Der Revers enthält in einem Eichenfranze die Bahl ber Hunderttheile "3", "1" ober "510", barunter die Jahrzahl ber Ausmünzung. Der Rand wird glatt sein.*)

Artikel 12. Durchlöcherte ober sonst anders als durch ben gewöhnlichen Umlauf am Gewichte verringerte, sowie verfälschte Müng- und Scheidemungftucke find weber bei ben Staats- und öffentlichen Caffen, noch im Privatverkehre als Zahlung anzunehmen.

Artikel 13.**) Es werden folgende Münzen in Gold ***) ausgeprägt:

- 1. Die Rrone zu 1 50 bes Pfundes feinen Golbes,
- 2. die halbe Krone zu 100 bes Pfundes feinen Golbes.

Artikel 14. Die Krone und die halbe Krone werden "Bereinsgoldmünzen" benannt.

Das Mischungsverhältniß ber Bereinsgolbmunze wird auf 900 1000 Gold und $\frac{100}{1000}$ Rupfer festgesett. Es werden deinnach 45 Kronen und 90 halbe Kronen ein Pfund wiegen.

Der Durchmeffer wird für die Krone auf 24 Millimeter, für die

halbe Krone auf 20 Millimeter festgesett.

Der Avers wird Unser Bruftbild mit der Umschrift: FRANZ

JOSEPH I. V. G. G. KAISER V. OESTERREICH tragen.

Der Revers wird den Namen der Münze und die Jahrzahl der Ausmünzung in einem offenen Kranze von Gichenlaub mit ber Umschrift oben VEREINSMÜNZE unten — bei den Kronen 50 EIN PFUND FEIN, bei den halben Kronen 100 EIN PFUND FEIN enthalten. Der

**) Die Artikel 13-18 sind mit dem Gesetze vom 9. März 1870 (fieh'

Seite 36) aufgehoben worben.

^{*)} Bergleiche die kais. Berordnung vom 21. October 1860 (Seite 27). — Diese Dreikreuzerstücke sind nie ausgeprägt worden. — Das frühere Aupfermunzshstem beruhte auf der kais. Berordnung vom 7. Apirl 1851 (R. G. Bl. Nr. 125,

^{****)} Diese Goldmungen werden im Münzvertrage vom 24. Jänner 1857 (Artifel 18) ausdrücklich als Bereins-Handels munzen bezeichnet, und wird bemerkt, daß der Silberwerth der Bereinsgoldmunzen im gemeinen Berkehre lediglich durch das Berhältniß des Angebotes zur Nachfrage bestimmt wird, ihnen daher die Eigenschaft eines die landesgesetliche Silberwährung vertretenden Zahlmittels nicht beigelegt werden barf. - Sieh' Rote *), Seite 19.

Rand wird glatt sein, und in vertiefter Schrift den Wahlspruch: MIT VEREINTEN KRAEFTEN enthalten.

Artikel 15. Die Abweichung im Wehr ober Weniger darf bei der Ausprägung der Vereinsgoldmünzen, unter Festhaltung des im Artikel 6 ausgesprochenen Grundsates, bei dem einzelnen Stücke im Feingehalte nicht mehr als $\frac{2}{1000}$, im Gewichte nicht mehr als $2\frac{1}{2}$ Tausendtel betragen.

Artikel 16. Die Bereinsgoldmünze hat nicht die Eigenschaft eines die gesetliche Silberwährung vertretenden Zahlmittels; daher ist Niemand verpflichtet, sie anstatt der gesetlichen Silbermünzen anzunehmen.

Ueber die Annahme ber Bereinsgolbmunzen bei den Staatscaffen ermächtigen Wir Unsern Finanzminister, die dem Münzvertrage vom

24. Janner 1857 entsprechenden Anordnungen zu treffen.

Artikel 17. Als vollwichtig werden nur folche Bereinsgoldsmünzen gelten, welche das Normalgewicht von $\frac{1}{45}$ beziehungsweise $\frac{1}{90}$ bes Pfundes mit der gestatteten Gewichtsabweichung von $2\frac{1}{2}$ Tausendtel (Passirgewicht) haben, vorausgesetzt, daß auch diese zugestandene Gewichtsabweichung nur durch den gewöhnlichen Umlauf entstanden ist.

Vereinsgoldmünzen, die von dem Normalgewichte um mehr als $2\frac{1}{2}$ Tausendtel desselben abweichen, dürfen von Unseren Cassen und von, unter besonderer Aufsicht des Staates stehenden öffentlichen Anstalten, namentlich von Gelds und Creditanstalten und Banken nicht wieder ausgegeben, sondern müssen zum Umschmelzen an Unsere Münzsämter abgegeben werden.

Bei Annahme solcher nicht vollwichtigen Golbstücke werben die Staatscassen für jedes an dem Normalgewichte von $\frac{1}{45}$ beziehungsweise $\frac{1}{90}$ Pfund sehlende $\frac{1}{10}$ Tausendtheil des Pfundes (AB) einen entsprechens den Werthabzug mit Zuschlag eines Betrages von $\frac{1}{2}$ Procent des Cafs

fencurses für Umprägungstoften eintreten laffen.

Vereinsgoldmünzen, bei denen mehr als fünf Tausendtel von dem Normalgewichte von $\frac{1}{45}$ beziehungsweise $\frac{1}{90}$ Pfund abgehen, werden, sobald sie bei den Staatscassen zum Vorschein kommen, entweder gegen Erstattung des Goldwerthes unter Abzug von $\frac{1}{2}$ Procent für die Umprägungskosten zurückgehalten, oder den Betheiligten nur zurückgegeben, nachdem sie durch Einschnitt oder auf andere Weise zum Umlauf als Münzen unfähig gemacht worden sind.

Artikel 18.*) Zur Erleichterung der Rechnung nach Kronenwerth wird die Krone in zehn Theile unter der Benennung "Kronzehntel" mit weiterer decimaler Abstusung eingetheilt.

^{*)} Die Artifel 13-18 find mit dem Gefete vom 9. Marg 1870 (fieb' Seite 36) aufgehoben worden.

Artikel 19. Es werden die sogenannten Levantiner Thaler mit bem Bildniffe der Raiferin Maria Therefia glorreichen Andenkens und mit der Jahreszahl 1780 im bamaligen Schrott und Korn, wie bisher zwölf Thaler aus 1 Wiener Mart (0.561288 Pfund) feinen Silbers in bem Feingehalte von 13 Loth 6 Gran (883'/5) als Handelsmünze ausgeprägt.*)

Artifel 20. Auch werben bie öfterreichischen Ducaten, wie bisber 81 189 Stud aus einer Wiener Mark (0.561288 Pfund) feinen Goldes in bem Feingehalte von 23 Karat 8 Gran (9861/6) als Handelsmünze ausgeprägt. **)

Artikel 21. Alle Münzstücke, beren Ausprägung mit diesem Batente angeordnet ist, mit alleiniger Ausnahme der Levantiner Thaler, werben im Ringe geprägt und ihre Ginfaffung befteht auf beiben Seiten aus einem flachen Stäbchen, beffen inneren Umfang ein Berlenfreis (Perle an Perle anliegend) berührt.

Alle Münzstücke werden die Bezeichnung der Münzstätte, und zwar ben Buchstaben: A für Wien, B für Kremnig, E für Karlsburg, M für Mailand, und V für Venedig aufweisen. ***)

Artikel 22. Vom 1. November 1857 angefangen, werden andere als die in diesem Patente aufgeführten Münzen von Unseren Münzstätten nicht mehr ausgeprägt. Es bleibt jedoch vorbehalten, die in den Artikeln 5 und 13 bezeichneten Münzstücke zur Erinnerung an geschichtliche Ereigniffe ober für besondere Zwecke mit einem Stampel, ber von Uns von Fall zu Fall genehmigt werden wird, ausprägen zu lassen. †)

Artifel 23. Die im gesetzlichen Umlaufe befindlichen Münzen haben barin fo lange zu verbleiben, bis Wir in Betreff berfelben im Einklange mit ben Bestimmungen bes Münzvertrages weitere Berfügungen darüber erlassen. ++)

Absat der Bezordnung vom 16. Juli 1868, Z. 1754-F. M. (Seite 34).

†) Sieh' die Kundmachung vom 21. April 1879, Z. 2233-F. M. (Seite 52).

††) Mit dem F. W. Erlaße vom 30. April 1858, Z. 2083-F. M. (R. G. Bl. Ar. 67, S. 301; F. M. B. Bl. Ar. 18, S. 116) wurden mehrere Münzen und Scheidemünzen der Wiener- und Cond.-Währ. mit Ende October 1858 außer Umlauf gesett, und mit dem Erlaße vom 3. September 1858, B. 4368-F. M. (B. Bl. Nr. 41, S. 295) die Richthinausgabe ausländischer Münzen angeordnet. Sieh' auch Note †), Seite 13.

^{*)} Bergleiche den F. M. Erlaß vom 1. August 1886, Z. 3335-F. M. (Seite 56). **) Sieh' Note **), Seite 49.

^{***)} Die Bezeichnung der Müngftätten wurde mit dem Hofd. vom 9. Juni 1766 (Kaiserin Maria Theresia Gesetse Bb. 5, Nr. 847, S. 58) angeordnet.
Laut der Kundmachung des F. M. vom 15. Februar 1873, Z. 672-F. M.
(R. G. Bl. Nr. 22, S. 119) haben Seine Majestät mit der Allh. Entschließung vom 15. December 1871 zu genehmigen geruht, daß, da im Umfange der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Lander nur Gine einzige Mangftatte, namlich bas Sauptmunzamt in Bien besteht, vom Jahre 1872 angesangen beim Hauptmunzamte in Bien sämmtliche Munzen ohne den Munzbuchstaben A geprägt werden. Bezüglich der Bezeichnung der t. ungarischen Munzstätten sieh' den letten

Die Verhältnisse des Münzverkehrs und die Anwendung der neuen Währung auf die Rechtsverhältnisse werden von Uns durch besondere Anordnungen festgestellt werden. 1)

Artikel 24. Unser Minister ber Finanzen ist mit ber Vollziehung

bes gegenwärtigen Patentes beauftragt.

Gegeben in Unserem Lustschlosse zu Laxenburg am neunzehnten Monatstage September im Eintausend Achthundert siebenundfünfzigsten, Unserer Reiche im neunten Jahre.

Franz Joseph m. p.

Graf Buol-Schaueustein m. p.

Freiherr von Brud m. p.

Auf Allerhöchste Anordnung: Ranfonnet in. p.

1) Kaiferliches Patent vom 27. April 1858, woburch die Berhältniffe bes Müngverkehres und die Anwendung der neuen öfterreichischen Bährung auf die Rechtsberhältniffe geregelt werden.

R. G. Bl. Rr. 68, S. 293; — F. M. B. Bl. Rr. 18, S. 109.

Bir Frang Joseph ber Erfte, von Gottes Gnaben Raifer von

Defterreich; Ronig von hungarn und Bohmen 2c. 2c.

Im Verfolge zum Artikel 23 Unseres Patentes vom 19. September 1857, Nr. 169 des Reichs-Gefeh-Blattes, finden Wir, nach Vernehmung Unserer Minister und Anhörung Unseres Reichsrathes, die Verhältnisse des Münzverkehres und die Anwendung der neuen österreichischen Währung auf die Rechtsverhältnisse für den ganzen Umfang Unseres Reiches, durch folgende Bestimmungen zu regeln:

- §. 1. Der mit Unserem Patente vom 19. September 1857, Mr. 169 des Reichs-Gesels-Blattes, angeordnete Landes-Münzfuß, nach welchem 45 Gulden aus Einem Pfunde feinen Silbers unter der Benennung "öfterreichische Währung" geprägt werden, hat vom 1. November 1858 angefangen der alleinige gesetzliche Münz- und Rechnungsfuß und die Grundlage der ausschließenden gesetzlichen Landeswährung (Valuta) des gesammten Kaiserthumes zu sehn. Von diesem Zeitpuncte an haben alle anderen Währungen außer Kraft zu treten.
- §. 2. Bom 1. November 1858 an werden alle Staats-Einnahmen und Ausgaben in Unserem Reiche, soweit dieselben nicht in einer bestimmten Münzsorte gebühren, auf die neue österreichische Währung gesetzt, und alle Rechnungen Unserer öffentlichen Cassen und Aemter nur in dieser Währung gesührt werden.
- §. 3. Vom 1. Jänner 1859 an sind alle Bücher und Rechnungen der Gemeinden, sowie der unter besonderer Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Bereine und Anstalten für öffentliche Zwecke, namentlich Banken, Geld= oder Creditanstalten, Eisenbahn-Unternehmungen u. dgl. in der öfterreichischen Währung zu führen. Die politischen Behörden haben durch die gesetzlich eingeräumten Berwaltungsmaßregeln für die Handhabung dieser Bestimmung zu sorgen.

§. 4. Werben vom 1. November 1858 an, in Gesetzen, Berordnungen, öffentlichen Bekanntmachungen oder Verfügungen öffentlicher Behörden, Gelbbeträge ohne Benennung einer bestimmten Münzsorte oder Währung angegeben, so sind dieselben stets in österreichischer Währung zu verstehen.

Dieses gilt auch hinsichtlich der gerichtlichen Erkenntnisse, die in burgerlichen Rechtsangelegenheiten über ein von dem 1. November 1858

an bei Bericht angebrachtes Rlagebegehren ober Besuch erfließen.

Bezüglich ber Erkenntniffe über die bor biefem Tage eingebrachten Ragen ober Gesuche, ist sich nach ben bisherigen gesetzlichen Anordnungen zu richten.

In Ansehung ber Rechtsgeschäfte, welche vom 1. November 1858 an geschlossen werden, tritt, wenn keine bestimmte Währung benannt ist, die gesetliche Bermuthung für die österreichische Währung ein, soferne nicht durch rechtskräftige Beweise die Absicht, sich einer anderen Währung zu bedienen, dargethan wird.

§. 5. Alle Berbindlichkeiten, welche auf einem, vor dem 1. November 1858 begründeten Privatrechtstitel beruhen und auf eine der nachbenannten Währungen (Baluten) lauten, aber erst nach diesem Zeitpuncte zur Erfüllung kommen, sind in der neuen österreichischen Währung nach solgendem Maßstade zu leisten:

100 fl. Conventions=Münze (20 fl.=Fuß) mit	105 fl.
100 " sogenannte Wiener-Währung mit	42 "
100 " sogenannte Reichs-Währung (24 flFuß) mit .	
100 " Lire Austriache mit	35 "
100 " polnische Währung des Krakauer Gebietes mit	25 "

Berbindlichkeiten in jenen älteren Währungen (Baluten), deren Berhältniß zu dem 20 fl.=Fuße oder zu der Lira Austr. gesetzlich festgestellt ist, sind nach diesem Verhältniße und nach obigem Waßstabe zu der neuen Währung, in letzterer zu erfüllen.

Durch eine besondere Kundmachung werden Reductions-Tabellen über das Verhältniß der bisherigen Währungen zur neuen öfterreichischen Währung veröffentlicht werden, welche in allen Fällen, in denen eine Umsetzung der einen dieser Währungen auf die neue vorzunehmen ift, zur Richtschnur zu dienen haben werden. *)

^{*)} Die Reductionstabellen über das Berhältniß der nachbenannten Bährungen:

der Conventions-Münze (bes 20 fl.-Fußes),

ber fogenannten Wiener-Bahrung,

ber sogenannten Reichs-Bahrung (bes 24 fl.-Fußes),

ber Lira Austriaca,

ber polnischen Bahrung bes Rrafauer Gebietes,

zur neuen österreichischen Währung wurden mit dem F. M. Erlaße vom 21. Mai 1858, Z. 2459-F. M. (R. G. Bl. Ar. 81, S. 347; F. M. B. Bl. Ar. 23, S. 145) zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

§. 6. Auf alle, die Staatsschuld betreffenden Verbindlichkeiten ist, vom 1. November 1858 angefangen, der im §. 5 angeordnete Maßstab anzuwenden. Nach demselben Maßstabe sind vom 1. November 1858 an auch alle übrigen Verbindlichkeiten des Staates und alle Leistungen an den Staat zu erfüllen, in solange die Ziffer dieser Verbindlichkeiten oder Leistungen nicht durch Gesetze oder Verordnungen in der österreichischen Währung festgesetzt wird.

In gleicher Beise sind alle jene nicht dem Staate, sondern öffentlichen Fonden oder Anstalten, Gemeinden oder anderen moralischen oder phhsischen Personen gedührenden oder von ihnen zu leistenden Zahlungen zu behandeln, bei welchen der nach dem 31. October 1858 zur Anwendung gelangende Verpflichtungsgrund auf einem Gesetze oder einer Berordnung beruht.

- §. 7. Die Gigenschaft ber Golbstüde bes bisherigen inländischen Gepräges als gesetzliche Landesmünze und ber gesetzliche Umlauf von Goldmünzen ausländischen Gepräges, in soferne er bisher gestattet war, hat vom 1. Juli 1858 an aufzuhören. *)
- §. 8. Bahlungen, welche aus einem, vor bem 1. November 1858 entstandenen Rechtstitel in einer bestimmten Zahl ausdrücklich bedungener Goldstücke gebühren, sind in diesen Stücken zu leisten.

Bahlungen, welche aus einem, vor dem 1. Juli 1858 entstandenen Rechstitel "in Golb" oder "in einer bestimmten Sorte Goldmunzen" gebühren, sind in Gemäßheit der bisher bestehenden gesetlichen Bestimmungen zu leisten.

§. 9. Zahlungen, welche in einer bestimmten Sorte ausländischer Silbermunzen gebühren, muffen auch nach dem 1. November 1858 in derselben geleistet werden.

Bahlungen, welche auf Darleihen beruhen, die in Folge der kaiserlichen Verordnung vom 7. Februar 1856 [Nr. 21 des Neichs-GesetBlattes]**) in einer bestimmten inländischen Silbermünz-Sorte oder im Allgemeinen in klingender Münze zu verzinsen und zurückzuzahlen sind, müssen nach dem gesetzlichen Werthe der bedungenen Münze beim Abschlusse des Vertrages und nach dem, im §. 5 dieses Patentes bestimmten Maßstade in der neuen österreichischen Währung berechnet, und vom 1. November 1858 an, entweder in Silbermünzen der neuen österreichischen Währung,
oder in Münzen älteren Gepräges nach dem in diesem Patente sestgestellten
Werthe derselben geseistet werden.

Im lomb.-venet. Königreiche, in welchem die kais. Verordnung vom 7. Februar 1856 keine Anwendung hat, ist mit den, von dem 1. November 1858 an zu leistenden Zahlungen ebenfalls nach diesen Anordnungen vorzugehen.

^{*)} Bergleiche bas Gesetz vom 9. März 1870 (Seite 36). **) Sieh' Seite 61.

- §. 10. Alle auf die sogenannte Bankvaluta lautenden, sowie auch alle Zahlungen, bei welchen in Folge des Patentes vom 2. Juni 1848 und der kaiserlichen Verordnung vom 7. Februar 1856*) die Noten der privilegirten österreichischen Nationalbank im vollen Nennwerthe der Conventions-Münze angenommen werden müssen, können bis auf weitere Verfügung noch fortan auf diese Weise geleistet werden.
- '§. 11. Alle nach einem anderen, als bem im Patente vom 19. September 1857 angeordneten Münzsuße ausgeprägten inländischen Silbersmünzen und Scheidemünzen, welche gegenwärtig gesetzliche Geltung haben, sind, sobald es thunlich und angemessen erscheint, durch besondere Bersordnungen Unseres Finanzministers einzuberusen und außer Umlauf zu setzen. **)

Der gesetliche Werth der Levantiner Thaler und der bisher gestattete gesetzliche Umlauf ausländischer Silbermünzen hat vom 1. November 1858 an aufzuhören. ***)

§. 12. Bom 1. November 1858 an haben nachbenannte Münzsforten bis zu dem Zeitpuncte, an welchem eine jede derselben außer Umlauf geset wird, †) im nachstehenden gesetlichen Werthe der öfterreichischen

*) Sieh' Seite 61, und Note **), Seite 62.

**) Sieh' die Note ††), Seite 9.

***) Sieh' ben F. M. Erlaß vom 1. August 1886, B. 3335-F. M. (Seite 56).

†) Die unter Post 1—10 bieses Baragraphs angeführten Münzen sind bisher nicht außer Umlauf gesetzt worden. Selbe müssen daher in dem angegebeneu Werthe von Jedermann bei Zahlungen angenommen werden.

Mit bem F. M. Erlaße vom 11. Jänner 1882, 3. 84-F. M. (F. M. B. Bl. Rr. 1, S. 3) wurden die k. k. Staatscentralcasse, die Landeshauptcassen, die Finanzelandescassen, die Landeskablämter, endlich die Steueramter ermächtigt, diese Münzen nach dem gesetlich sestgeitellten Werthe gegen Silbermungen österr. Währung umzuwechseln, wobei die in Silbermunzen nicht auszahlbaren Beträge in Scheidemunzen österr. Währung zu begleichen sind.

Die eingewechselten Mungen werden an die Staatscentralcasse abgeführt,

und bon biefer die Umichmeljung in Müngen öfterr. Bahrung veranlagt.

Bezüglich ber unter Post 11 angeführten Münzen sieh' ben Art. IV bes Gesetzes vom 1. Juli 1868 (Seite 28).

Die Einziehung der Conventions-Münz-Zweikreuzer- und der Centesimischie wurde mit dem F. W. Erlaße vom 10. Jänner 1859, Z. 177-F. M. (R. G. Bl. Rr. 12, S. 14; F. M. B. Bl. Rr. 3, S. 11), und der Conventions-Wünz-Einskreuzer und Einhaldkreuzer mit dem F. W. Erlaße vom 6. März 1863, Z. 33432 (R. G. Bl. Rr. 26, S. 187; F. M. B. Bl. Rr. 11, S. 99) angeordnet.

Rach der Bestimmung der F. M. Erläße vom 7. Juli 1859, 8. 3594-F. M. (R. G. Bl. Nr. 124, S. 353; F. M. B. Bl. Nr. 38, S. 296) und vom 4. September 1863, 3. 42599 (R. G. Bl. Nr. 77, S. 317; F. M. B. Bl. Nr. 40, S. 254) waren gedachte Münzen vom 1. Jänner 1860, beziehungsweise vom 1. October 1863 an nur als Rupsermateriale nach dem Gewichte zu dem hiefür besonders sestgespeten Preise und bei den hiezu ermächtigten Cassen und Aemtern anzunehmen.

Mit bem F. M. Erlaße vom 1. August 1866, 3. 34830 (R. G. Bl. Ar. 95, S. 233; F. M. B. Bl. Ar. 34, S. 178) wurde die Einlösung der außer Umlauf gesetzen Kupferscheidemunzen als Kupfermaterial nach dem Gewichte bei den

betreffenden Aemtern bis auf Beiteres eingestellt.

Währung zu gelten, und muffen in biefem Werthe von Jedermann angenommen werben.*)

1. Das 2 Gulbenftud oder Scudo . 2 fl., 10 hundertthei	le
2. " 1 " " 1/2 " . 1 " 5 "	
3. " 1/8 " Bwanziger	
alteren Genrages 91/0 Roth fein	
ftuck und die 1/2 Lira	
6. Das 1/12 Gulbenftück ober 5 Kreuzer	
und die 1/4 Lira	
3.	
jagi 1848, 1849	
Rupferscheibemunzen.	
12. Das 2 Kreuzerstück	
15. " ½ Kreuzer= und 1 Centenmostud — " 0.5 "	

- §. 13. In soweit die auf Silbermünze nach dem Conv.= (20 fl.=) Fuße lautenden Roten der priv. öfterr. Nationalbank nach den bestehenden Gesehen statt baren Geldes angenommen werden mussen, sollen sie dis zu ihrer Einziehung für den Betrag, auf welchen sie lauten, nach dem Maßstabe von 105 fl. öfterr. W. für 100 fl. im Conv.= (20 fl.=) Fuße Geltung in öfterr. W. haben.
- §. 14. Die Unnahme der zu Folge Unseres Patentes vom 19. September 1857 ausgeprägten Bereinsmünzen (Ein= und Zwei=Bereinsthaler=Stüde) bei allen Staats-, Gemeinde-, Stiftungs- und anderen öffentlichen Cassen, sowie im Privatverkehre, namentlich auch bei Bechselzahlungen zu ihrem vollen Werthe von 1½ fl., beziehungsweise 3 fl. öfterr.

^{*)} Wit dem F. M. Erlaße vom 12. August 1858, Z. 3836-F. M. (R. G. Bl. Nr. 119, S. 442; F. M. B. Nr. 38, S. 264) wurde ein ergänztes Verzeichniß sämmtlicher, vom 1. November 1858 an, als gesehliche Zahlmittel in österr. Bährung geltenden Münzgattungen zur allgemeinen Kenntniß gebracht. Dieses Verzeichniß hat jedoch, was die in der III. Colonne angeführten "Münzen der mit Oesterreich zu einem Münzvereine verbundenen Staaten" anderstaten der Markenses vom 12 August 1867 (Note *) Seitel und seinen

Diese Berzeichniß hat jedoch, was die in der III. Colonne angeführten "Münzen der mit Oesterreich zu einem Münzvereine verbundenen Staaten" andelangt, durch das laut Bertrages vom 13. Juni 1867 [Note *), Seite 1] ersolgte Ausscheiden Desterreichs aus dem deutschen Münzvertrage eine Aenderung erlitten. Bergleiche auch die Note *), Seite 15; und den Absah 3, Seite 40.

**) Sieh F. M. Erlaß vom 31. Juli 1852 im R. G. Bl. Nr. 158, S. 723.

Währung, darf von Niemand, und selbst bann nicht verweigert werden, wenn die Zahlungsverbindlichkeit auf eine bestimmte Sorte österr. Landes-münzen lautet. Auf Bereinsmünze lautende Zahlungsverbindlichkeiten müssen in Bereinsmünze geleistet werden.

- §. 15. Die in Gemäßheit bes Münzvertrages vom 24. Sänner 1857 ausgeprägten Gin= und Zwei-Bereinsthaler=Stücke berjenigen Staaten, welche an diesem Bertrage Theil genommen haben, ober bemselben beigetreten sind, werden ben Gin= und Zwei-Bereinsthaler= Stücken inländischen Gepräges in jeder Beziehung gleichgestellt.
- §. 16. Die von den Staaten des deutschen Zollvereines gemäß der Münzconvention vom 30. Juli 1838 in der Eigenschaft einer Bereins-munze disher ausgeprägten Zwei-Thaler-Stücke (3½ fl.-Stücke des 24½ fl.-Fußes) werden Zwei-Bereinsthaler-Stücken inländischen Gepräzges in jeder Beziehung gleichgestellt. *)
- §. 17. Den im Bierzehn-Thaler-Fuße ausgeprägten Thalerstücken der an dem Münzvertrage vom 24. Jänner 1857 betheiligten Staaten wird die unbeschränkte Giltigkeit im Werthe von $1^{1/2}$ fl. öfterr. Währung gleich den öfterr. Landesmünzen im ganzen Umfange des Kaiserthumes zugestanden.
- §. 18. Niemand ist verpflichtet, die Zahlung eines Betrages, welcher den Werth eines 1/4 fl. erreicht oder übersteigt, in Scheidemünze anzunehmen. Dagegen darf die Annahme der inländischen Scheidemünze nicht verweigert werden, wenn die zu leistende Zahlung weniger als 1/4 fl. beträgt, oder wenn ein geringerer Betrag als der eines 1/4 fl. zu begleichen ist. **)
- S. 19. Unser Finanzminister hat die Cassen zu bestimmen, bei welchen die österr. Scheidemunzen gegen Landesmunze auf Berlangen umgewechselt werden, wenn die zum Austausch bestimmte Summe bei der Silberscheidemunze nicht weniger als 40 fl., bei der Rupferscheidemunze nicht weniger als 10 fl. beträgt. ***)

*) Aus Anlaß ber Außercurssetzung ber Zwei-Thalerstücke beutschen Gepräges im deutschen Reiche wurde mit dem F. M. Erlaße vom 23. April 1877, B. 2228-F. M. (F. M. B. Bl. Rr. 7, S. 36) bebeutet, daß diese Münzen ebenso wie die Drittel-Thalerstücke, welche als gesetzliches Zahlungsmittel nie zugelassen waren, bei den k. k. Cassen nicht angenommen werden dürsen.

Mit dem F. M. Erlaße vom 9. März 1878, 3. 1184-F. M. (F. M. B. Bl. Ar. 4, S. 14) wurde in Erinnerung gebracht, daß Einsechstel-Thalerstäde deutschen Gepräges laut des dem Erlaße vom 12. August 1858, 3. 3836-F. M. beigefügten Berzeichnißes als gesehliches Zahlmittel nicht zugelassen waren, daher, nachdem sie mit 1. März 1878 im deutschen Reiche außer Eurs geseht worden sind, um so weniger bei den k. k. Cassen angenommen werden dürsen.

Nach der Bestimmung des F. M. Erlaßes vom 15. Februar 1875, Z. 34224 (F. N. B. Bl. Ar. 2, S. 7) sind Kronenthaler deutschen Gepräges (= 2 st. 30 st. ö. B.) und C. M. Speciesthaler süddeutschen Gepräges (= 2 st. 10 st. ö. B.) von den I. f. Cassen nicht anzunehmen.

**) Bergleiche die gegenwärtig geltende Bestimmung im Art. X bes Gesetzes

vom 1. Juli 1868 (Seite 30).

***) Diese Cassen wurden mit dem F. M. Erlaße vom 30. December 1858,
B. 5374-F. M. (R. G. Bl. v. J. 1859, Nr. 5, S. 3; F. M. B. Bl. v. J. 1859,
Nr. 2, S. 8) namhaft gemacht.

- §. 20. Die in Gemäßheit bes Mungvertrages vom 24. Janner 1857 von den Staaten, die an demfelben Theil genommen haben, ober bemfelben beigetreten find, ausgeprägten Kronen und Salben Kronen werben ben Bereinsgoldmungen inlandischen Geprages fowohl bei ben Staatscaffen als im allgemeinen Berkehre in jeder Beziehung gleichgestellt, bergeftalt, daß zwischen ihnen und ben Bereinsgoldmungen inlandischen Gepräges ein Unterschied nicht gemacht werden barf. *)
- §. 21. Es ift ben unter besonderer Aufficht bes Staates stehenben öffentlichen Anftalten, namentlich ben Gelb- und Creditsanftalten und Banten nicht geftattet, für irgend eine von ihnen ju leistende Bahlung bie Wahl berselben in Silber ober in Gold nach einem in Boraus bestimmten Werthverhaltniße zu dem Silber sich zu bedingen. **) Der diesem Berbote zuwider bedungene Borbehalt der Bahl zwischen Gold und Silber ift ungiltig, und es ift die Bahlung in der gefettlichen Landeswährung zu leiften.
- §. 22. Unfer Finangminifter ift ermächtiget, im Ginvernehmen mit bem Sandelsminister:
- 1. Den Werth zu bestimmen, über welchen hinaus in Unferem Reiche umlaufende Gold- und Silbermungen ausländischen Bepräges in Rahlung weder gegeben, noch angenommen werden dürfen.
- 2. Diejenigen im Betriebe bes Staates befindlichen Bertehrs- und Bewerbsanftalten, bei welchen in Butunft Golbftude in- und auslandischen Gepräges ausnahmsweise als Zahlung zuzulassen find, und ben Werth, zu welchem fie anftatt ber Silbermunze als Rahlung angenommen werden, zu bestimmen. ***)
- §. 23. Unfere Minister ber Finangen und ber Justig find mit ber Bollziehung bes gegenwärtigen Patentes beauftragt.

Gegeben in Unferer Saupt= u. Residenzstadt Wien am 27. April im Eintausend achthundert achtundfünfzigsten, Unserer Reiche im zehnten Jahre.

Frang Joseph m. p.

Graf Buol-Schauenftein m. p., Freiherr von Brud m. p., Graf Rabasby m. p. Auf Allerhöchfte Anordnung: B. Ranfonnet m. p.

^{*)} Mit ber Rundmachung vom 10. Janner 1874 (R. G. Bl. Rr. 2, S. 5; F. M. B. Bl. Rr. 2, S. 5) hat bas F. M. die Befanntmachung bes beutschen Reichstanzlers vom 6. December 1873, betreffend die "Augercurssetzung der bis jum Intrafttreten bes Münzgesetzes vom 4. December 1871 geprägten Goldminzen ber deutschen Bundesstaaten" verlautbart, und mit dem Erlaße vom 10. Jänner 1874, Z. 6011-F. M. (F. M. B. Bl. Ar. 2, S. 7) die t. t. Cassen und Einhebungsämter angewiesen, derlei Münzen vom 20. Jänner 1874 ab nicht weiters in Zahlung

amter angewiesen, derlet Wangen vom 20. Janner 1874 ab nicht weiters in Jahung zu nehmen. Sieh auch das Geset vom 9. März 1870 (Seite 36).

***) Ausgehoben mit Geset vom 9. März 1870 (Seite 36).

****) Die Bestimmung des Cassawerthes verschiedener ausländischer Silberund Goldmünzen erfolgte mit den F. W. Erläßen vom 21. October 1862, 3. 2674-F. M. (F. M. B. BI. Rr. 45, S. 279), vom 6. Juni 1866, 3. 1039-F. M. (F. M. B. BI. Rr. 27, S. 150), vom 20. December 1868, 3. 3344-F. M. (seite 49), und vom 17. Juni 1874, 3. 2024-F. M. (F. M. B. BI. Rr. 22, S. 121).

Bergleiche die F. M. Erläße vom 27. December 1878, 3. 6295-F. M. (Seite 38), und vom 10. Jänner 1879, 3. 240-F. M. (Seite 46).

(2) f. M. Erlaß vom 30. Juni 1858, J. 3109-F. M.

Allgemeine Borschriften für die öffentlichen Caffen, Aemter, dann Rechnungs- und Controlsbehörden in Beziehung auf das neue Münzgefes. *)

F. M. B. Bl. Nr. 29, S. 183.

Zur Durchführung ber aus Anlaß bes Münzvertrages vom 24. Jänner 1857 erflossenen Allerhöchsten Patente vom 19. Septemsber 1857 und 27. April 1858 [F. M. B. Bl. Nr. 48 v. J. 1857, und Nr. 18 v. J. 1858] **) werden im Einverständnisse mit der Obersten Rechnungs-Controlsbehörde den öffentlichen Cassen, Aemtern, dann Rechnungs- und Controlsbehörden im Allgemeinen solgende Bestimsmungen vorgezeichnet:

§. 1.

Landesmünzfuß unter der Benennung öfterreichische Währung.

Der mit dem kaiserlichen Patente vom 19. September 1857 angeordnete Landesmünzsuß unter der Benennung "österreichische Währung" hat vom 1. November 1858 angefangen der alleinige gesetzliche Münz- und Rechnungssuß, und die Grundlage der ausschließenden gesetzlichen Landeswährung (Valuta) des gesammten Kaiserstaates zu sein.

§. 9.

Bezifferung ber Empfänge und Ausgaben in öfterreichisiger Bahrung.

Vom 1. November 1858 angefangen sind alle Staats-Einnahmen und Ausgaben, soweit dieselben nicht in einer bestimmten Münzsorte gebühren, auf die neue österreichische Währung zu setzen und alle Rechnungen der össentlichen Cassen und Aemter in dieser Währung zu sühren. Sbenso haben alle cassamtlichen Aussertigungen auf österreichische Währung zu lauten. Von dem odigen Zeitpuncte angesangen, hat daher die Ausmittlung und Anweisung der Empfangs- und Aussgadsgebühren in österreichischer Währung zu ersolgen. In soserne es sich um Gebühren handelt, welche auf eine frühere Währung lauten, hat ihre Umrechnung auf österreichische Währung einzutreten.

^{*)} Jene Baragraphe bieses Erlages, welche nur Uebergangsbestimmungen enthalten, werden nicht abgebruckt.

§. 12.

In ber Liquidationsclausel ist die liquide Summe in öfterreichischer Bährung anzusegen.

Bei den Liquidirungen ist von dem liquidirenden Beamten die liquide Summe auf dem betreffenden Documente wie bisher, jedoch in österreichischer Währung ersichtlich zu machen. Hat die Leistung in Folge einer besonderen Verordnung in bestimmten Münzsorten zu erfolgen, so muß dieser Umstand von der Liquidatur auf dem Zahlungs-bocumente ausdrücklich bemerkt werden.

Es ift insbesondere die Pflicht der auszahlenden Beamten, wahrsgenommene Unrichtigkeiten, welche in der Berechnung des auszufolgens den Betrages stattgefunden haben, zur Berichtigung anzuzeigen.

§. 13.

Behandlung von Cassa - Anweisungen ohne Bestimmung einer Geldwährung.

Vom 1. November 1858 angefangen werden die Cassa-Verordnungen der Behörden zur Vollziehung von Empfängen oder Ausgaben auf österreichische Währung lauten. Werden in denselben Geldbeträge ohne Bestimmung einer bestimmten Münzsorte oder Währung angegeben, so sind dieselben stets in österreichischer Währung zu verstehen (§. 4 des kais. Patentes vom 27. April 1858) und somit auch in dieser Währung in den Liquidations- und Contobüchern einzustellen.

Drängt sich jedoch der Cassa ober dem Amte durch den Inhalt der Beilagen der Anweisungs-Verordnung oder durch andere Umstände bezüglich der Münzsorte oder Währung ein gegründeter Zweisel auf, so hat die Cassa oder das Amt die Anweisung vor ihrer Realissirung unverzüglich und wo möglich auf kurzem Wege zur Behebung des Zweisels vorzulegen.

§. 19.

Münzen, welche bei Zahlungen gefetliche Geltung haben.

Außer den im Artikel 5 und 9 des kais. Patentes vom 19. September 1857 und den in den §§. 12, 14 in 17 des kais. Patentes vom 27. April 1858 genannten Silber-Scheides und Aupfermünzen dürfen von den Cassen und Aemtern keine anderen bei Zahlungen angenommen und zu Zahlungen verwendet werden, mit Ausnahme der Fälle, in welchen die Verwendung anderer Münzgattungen mittelst besonderer Verordnungen vorgezeichnet ist.

§. 21.

Bereinsgoldmünzen (Rronen und Salbe Rronen).

Rücksichtlich ber Annahme und des Caffa-Curfes der Bereinsgoldmünzen inländischen Gepräges und der denselben nach §. 20 des kais. Patentes vom 27. April 1858 gleichgestellten Bereins-Goldmünzen ausländischen Gepräges (Kronen und Halbe Kronen) ist sich nach den jeweiligen besondern Anordnungen zu benehmen. *)

§. 22.

Evidenzhaltung und Berrechnung ber Bereinsgoldmungen.

Ueber die einem Cassencurse unterliegenden Goldmünzen (Kronen und Halbe Kronen) ist eine Vormerkung zu führen, in welcher die Versrechnungszweige, welchen diese Münzen angehören, aufzuführen sind.

Die eben erwähnten Goldmungen sind bei Empfängen und Aussgaben mit jenem Werthe in österreichischer Währung zu berechnen und in die Journale einzustellen, welchen ihr Cassencurs zur Zeit des Empfanges oder der Ausgabe bezeichnet.

Die Gattung und Stückahl dieser Münzen ist in der Textcolonne der Journale, ihr Werth in österreichischer Währung dagegen in der Geldcolonne der Journale aufzuführen.

Mit Schluß eines jeden Monats ist dem Journale eines jeden Verrechnungszweiges, in welchem Empfänge und Ausgaben in berlei Münzen vorgefallen sind, ein Ausweis nach dem Muster C anzusschließen.

^{*)} Mit dem F. M. Erlaße vom 9. April 1858, Z. 1702-F. M. (R. G. Bl. Nr. 54, S. 285; F. M. B. Bl. Nr. 14, S. 87) wurde, unter Borbehalt des jederzeitigen Herabsehalt der Werthe, gestattet, daß "Kronen" und "Halbe Kronen" bis einschließlich 31. October 1858 zu allen Zahlungen an k. k. Cassen und Einshebungs-Aemtern in dem Werthe von 13 fl. 6 kr. und bezüglich 6 fl. 33 kr. C. M. verswendet werden können.

Das Berhältniß bes inneren Berthes der "Krone" zu dem des kais. Ducaten wurde angegeben: 1 Krone = $2, \frac{3.0.5}{10.00}$ Ducaten; 1 Ducaten = $0, \frac{3.0.40}{10.00}$ Krone

Bom 1. Juli 1859 an wurde der Werth der "Krone" und "Halben Krone" bei Zahlungen au Staatscaffen mit 13 fl. 50 fr., beziehungsweise mit 6 fl. 75 fr. festgestellt. F. M. Erlaß vom 1. Juli 1859, Z. 4093-F. M. (R. G. V. V. Nr. 116, S. 271; F. W. B. Bl. Nr. 34, S. 176).

Mit dem Erlaße vom 20. December 1868, 3. 3344-F. M. (F. M. B. Bl. Nr. 49, S. 313) wurde bedeutet: daß die Krone mit 13 fl. 95 tr. ö. B. zu berechnen ist. (Sieh' Seite 49.)

Bergleiche das Geset vom 9. März 1870 (Seite 36), wonach die Bestimmungen des kais. Patentes vom 19. September 1857, wegen Ausprägung der "Kronen" und "Halben Kronen" außer Kraft getreten sind. Diese Münzen kommen im Berkehre nicht mehr vor, und werden auch im amtlichen Cursblatte der Biener Börse (Geset vom 1. April 1875, Kr. 67, R. G. Bl.) nicht notirt.

Mufter C.

Nachweisung

Empfang						Ausgabe					
Journ. Art.	Datum	Caffacuts per	ganze Kron.		Betrag	Journ. Mrt.	Datum	Caffacurs per 1/1 Krone	S ganze Kron. Pa halbe Kron.	Betro	ıg
8	Reft mit 1 185				1932 2 104 8	2	2 10 St. ¹ / ₁ R r	13 10	10 .	181	
	— 10 — 12 St. ½ 2 r				157 2	15	4 St. ¹ / ₁ Rt		4.	52	40
38	— 14 — 8 St. ¹ / ₂ Kr Empfang .	- - -	188	_	52 4 2246 6	9	2 St. ¹ / ₁ &r 26.20 3 " ¹ / ₂ " . 19.65	. . 	2 8		4
	Ausgabe . Reft .	- - -	-	_	229 2 2017 4	-	Ausgabe .		16 8	229	25
40	— 15 — Münggewinn u. 3w.: b. 122 ¹ / ₁ Kt. · 1610.40 " 64 ¹ / ₂ " · 422.40 2032.80	13 2	ı	Ì			— 21 — 7 © t. ¹ /, £ t	18 20	7 .	92	40
	26	. .	6		79 2	0	27 4 St. ½ R r		4	26	40
100	8 St. ¹ / ₁ Ar. . 105.60 3 " ¹ / ₂ " . 19.80 Empfang .	- - -	┝	_	125 4 2237 4	-	Ausgabe .	- - -	7 4	118	80
	Ausgabe .		7		118 8			- -			
	Reft mit 81 185 .	$\left \cdot \right $	129	63	2118 6						

Anmerkung. Rach obigem Beispiele ist ber Cassencurs am 15. — auf 18 st. 20 kr. erhöht worden. Bei eingetretener Heradminderung des Cassencurses ist der Müngderlust in der Ausgabe auf ähnliche Art ersichtlich zu machen. Ist eine Aenderung des Cassencurses am 1. — eingetreten, so bildet der ermittelte Münzgewinn oder Münzverlust die erste Empfangs- oder Ausgabspost nach dem Cassarete.

Bei dem Cassaschlusse des Tages, auf welchen ein neuer Cassencurs folgt, ist der Bestand dieser Münzen zu erheben, die mit Rücksicht auf den neuen Cassencurs sich ergebende Werthsdifferenz zu berechnen und der entfallende Gewinn als Münzgewinn, der sich darstellende Berlust hingegen als Münzverlust in dem betreffenden Berrechnungs-

zweige in Empfang und beziehungsweise Ausgabe zu ftellen.

Bei Abfuhren von derlei Goldmunzen, welche von der, die Abfuhr leistenden Cassa vor dem Eintritte eines neuen Cassencurses abgesendet wurden, jedoch bei der Cassa, an welche die Absuhr gerichtet ist, erst nach dem Eintritte des neuen Cassencurses einlangen, ist von der letztern Cassa auf dem betreffenden Gegenscheine die mit Rücksicht auf den neuen Cassencurs sich darstellende Differenz ersichtlich zu machen und zur Herstellung der Cassarichtigkeit dei der Journalissrung der Absuhr der erhobene Gewinn als Münzgewinn, der entsallende Verlust hingegen als Münzverlust besonders in Empfang und beziehungsweise Ausgabe zu stellen.

§. 23.

Behandlung nicht vollwichtiger Bereinsgoldmünzen.

Da der Artikel 17 des kais. Patentes vom 19. September 1857 die Schwere der Bereinsgoldmünzen bestimmt, so muß die Cassa oder das Amt, wenn Zahlungen oder Absuhren in Gold geleistet werden,

gleich bei ber Uebernahme diese Goldstücke genau abwägen.

In Betreff der Behandlung der nicht vollwichtigen Bereinsgolds münzen ist sich nach dem 3. und 4. Absate des erwähnten Artikels 17 zu benehmen, es sind diese Goldmünzen im Falle ihrer Annahme nur mit ihrem gehörig ermittelten Werthe in die Geldcolonne der Journale einzustellen und es ist der Betrag, welcher nach Absat 4 als Goldwerth erstattet worden ist, unter der Rubrik "Geldverwechslung" in Ausgabe, und die eingegangene Goldmünze mit demselben Betrage und auf diesselbe Rubrik in Empfang zu stellen.

Uebrigens sind die nicht vollwichtigen Vereinsgoldmunzen von den Cassen und Aemtern abgesondert aufzubewahren und nicht mehr auszugeben, sondern behufs der Umprägung bei der ersten Gelegenheit in Absuhr zu bringen und in den betreffenden Gegenscheinen gehörig

ersichtlich zu machen.

§. 24.

Golbstücke in- und ausländischen Gepräges, welche bei ben im Betriebe des Staates befindlichen Verkehrs- und Gewerbsanstalten ausnahmsweise als Zahlung zugelassen werben.

Bezüglich der Berechnung und Behandlung jener Golbstücke insund ausländischen Gepräges, welche bei den im Betriebe des Staates befindlichen Verkehrs und Gewerbsanstalten ausnahmsweise als

Zahlungzugelassen werden (§.22, Abs. 2 des kais. Pat. vom 27. April 1858), wird für die betheiligten Cassen eine eigene Weisung erfolgen. *)

§. 25.

Sonstige Goldmünzen, bann Silbermünzen, welche außer gesetzlichen Umlauf treten.

Die Golbstücke bes bisherigen inländischen Gepräges, beren Eigenschaft als gesetliche Landesmünze mit 1. Juli 1. I. aufzuhören hat, und die gleichzeitig außer gesetlichen Umlauf tretenden Goldmünzen ausländischen Gepräges (§. 7 des kais. Patentes vom 27. April 1858), ferner die Levantiner Thaler, und die mit 1. November 1858 außer gesetlichen Umlauf tretenden ausländischen Silbermünzen (§. 11 des obigen Patentes) sind für den Fall ihres ausnahmsweisen Borkommens von den Cassen und Aemtern mit dem bisherigen tarismäßigen Werthe, umgerechnet auf österr. Währung nach dem Maßstade von 100 fl. C. M. (20 fl. Fuß) zu 105 fl. österr. Währung, einzustellen und zu verrechnen.

§. 26.

Behandlung burchlöcherter und falfcher Münzen.

Durchlöcherte, oder sonst anders als durch den gewöhnlichen Umlauf, z. B. durch Beschädigung, Beschneidung, Negung u. s. w., am Gewichte verringerte, sowie verfälschte **) Münz= und Scheidemunz=Stücke dürfen bei den Staats= und öffentlichen Cassen als Zahlung nicht angenommen werden.

Münzen, gegen welche der Verdacht entsteht, daß sie falsch ober verfälscht seien, sind jedoch, wie bisher, zurückzubehalten. Es ist dem Ueberbringer ein Empfangschein, in welchem sie nicht als falsch oder verfälscht, sondern als einem Anstande unterliegend zu bezeichnen sind, zu ertheilen, und es ist zugleich ohne Verzug die Anzeige an die vorgesette Behörde zu erstatten. Der Uebernehmer haftet unbedingt für jede unechte Münze.

§. 27.

Einsadirung ber Münzen.

Bezüglich der Sortirung, Einzählung und Aufbewahrung der Münzen wird sich auf die bestehenden Borschriften mit dem Bemerken bezogen, daß die Aufbewahrung, Einsackirung und Nachweisung der Zwanziger älteren Gepräges (§. 12, Z. 4 des kais. Patentes vom 27. April 1858) abgesondert von den Zwanzigern neueren Gepräges

^{*)} Sieh' Note ***), Seite 16.

**) Mit dem F. M. Erlaße vom 31. Jänner 1860, Z. 6211 (F. M. B. Bl. Nr. 8, S. 63) wurde bedeutet: daß Münzfalsificate, wenn sie nicht im Sinne des F. M. Erlaßes vom 12. Juli 1852, Z. 9755-F. M., beziehungsweise der Berordnung des Justizministeriums vom 23. Juni 1852 (R. G. Bl. Rr. 136, S. 667) an die Gerichtsbehörden eingesendet werden jollen, nicht mehr dem F. M. vorzulegen, sondern unmittelbar an das hauptmünzamt zu leiten sind.

zu geschehen hat. Auf den Spitzetteln ist nach dieser Unterscheidung die

Gattung der Zwanziger stets deutlich ersichtlich zu machen.

In Betreff der Einsackrung der Münzen des neuen Münzsystems haben die Bestimmungen der Verordnung vom 29. November 1857, Z. 44281 (B. Bl. Nr. 54) zur Richtschnur zu dienen. *)

§. 28.

In ben Journalen hat die Colonne für Bargeld auf öfterreichische Währung zu lauten.

Vom 1. November 1858 angefangen hat bei den Aemtern und Cassen für Bargeld nur eine Gelbcolonne mit der Abtheilung für Gulden und Kreuzer, und zwar nur für österr. Währ.zu bestehen.**) In der Kreuzercolonne können die 5/10 Reukreuzer mit dem Ansahe 1/2 kr. eingestellt werden.

§. 29.

Journalisirung der Obligationen und sonstigen Werths= papiere nach dem Nennwerthe.

Die bei einigen Fonden und Verrechnungszweigen für Obligationen und sonstige Werthspapiere bisher üblich gewesene Colonne für Conventions-Münze und Wiener-Währung ist aufzulassen und es sind vielmehr vom 1. November 1858 angefangen alle öffentlichen Obligationen bloß in einer Colonne nach dem Nennwerthe zu verrechnen. Dieß gilt auch von Privatschuldverschreibungen.

Dagegen sind die auf öffentliche Obligationen und Privatschuldverschreibungen Bezug nehmenden Zinsen und allfälligen Capitalszahlungen und die betreffenden baren Empfänge, gehörig umgerechnet auf österreichische Währung, in der letztern Währung zu leisten, mithin auch in der Geldcolonne der österreichischen Währung zu verrechnen. 1)

§. 32.

Behandlung unzahlbarer Kreuzerbruchtheile.

Wenn bei der Einnahme die wirkliche Einnahmsgebühr mehr als $\frac{5}{10}$ ($\frac{1}{2}$) Neukreuzer, jedoch weniger als 1 Neukreuzer 2) beträgt, so ist die Partei gehalten, 1 Neukreuzer zu erlegen, und es ist auch 1 Neukreuzer in der Rechnung einzustellen.

Wenn hingegen bei der Ausgabe die wirkliche Gebühr mehr als $\frac{5}{10}$ ($\frac{1}{2}$) Neukreuzer, jedoch weniger als 1 Neukreuzer beträgt, so ist der Partei nur $\frac{5}{10}$ ($\frac{1}{2}$) Neukreuzer zu erfolgen und in Ausgabe zu stellen.

^{*)} Sieh' den F. M. Erlaß vom 28. Jänner 1866, 3. 157-F. M. (Seite 26).

**) Bergleiche die F. M. Erläße vom 13. Juli 1877, 3. 3739-F. M., und vom 13. März 1879, 3. 1374-F. M. (Seite 55).

Ebenso sind Bruchtheile unter $^5/_{10}$ $(^1/_2)$ Neukreuzer bei dem Empfange mit $^5/_{10}$ $(^1/_2)$ Neukreuzer einzuheben, bei der Ausgabe aber unberücksichtigt zu lassen. 3

1) F. M. Erlaf vom 22. Jänner 1859, J. 6302-F. M.

F. M. B. BI. Nr. 5, S. 24.

Es wurde in Anregung gebracht, daß durch die im §. 29 der allgemeinen Cassavrschriften in Beziehung auf das neue Münzgesetz, vom 30. Juni 1858, B. 3109 - F. M., angeordnete Verrechnung der öffent-lichen Obligationen und der Privat-Schuldscheine der verschiedenen Wäh-rungen in je einer Colonne nach dem Nennwerthe, einerseits die Aus-weisung des Obligationsstandes, andererseits die Summirung der Preuzer beirrt wird.

Hierüber wurde bemerkt, daß auch bei der bis Ende October 1858 üblich gewesenen Verrechnung der öffentlichen Obligationen, wegen der Verschiedenartigkeit des Zinssußes, in der Geld-Colonne der Journale der reele Werth der Obligationen nicht dargestellt war.

Eine Umrechnung ber einzelnen Obligationen auf einen bestimmten Binsfuß berfelben Währung wurde mit einer unverhältnißmäßigen Mühe verbunden fein.

Es ist kein überwiegender Grund vorhanden, eine Abanderung der im §. 29 der allgemeinen Cassavorschriften in Beziehung auf das neue Münzgeset, wegen Verrechnung der öffentlichen Obligationen und Privat=Schuldverschreibungen ohne Unterschied der Währungen enthaltenen Bestimmung, im Allgemeinen anzuordnen.

Um übrigens in der Colonne der öffentlichen Obligationen und der Privat-Schuldscheine die Summirung der Kreuzer ohne Anftand bewerkstelligen zu können, wird im Vernehmen mit der Obersten Rechnungs-Controls-Behörde bestimmt, daß die Kreuzer der auf die früheren Währunsgen lautenden Werthpapiere, in Decimalbrüche eines Guldens der älteren Währung umgerechnet und sonach journalisitt und vorgeschrieben werden.

Es würde beispielsweise eine auf 5 fl. 40 fr. lautende Obligation mit 5 fl. 66'6 fr. anzuseten sein.

Bur Geschäftserleichterung, namentlich bei Scontrirungen, erscheint es zwedmäßig, daß auf den Werthpapieren an einem passenden Orte der Nominalbetrag unter Beifügung der auf einen Decimalbruch umgerechneten Kreuzer (Hunderttheile) mit rother Tinte ersichtlich gemacht werde.

Eine Ausnahme von dem Grundsate der Journalistrung der Werthpapiere nach dem Nennwerthe hat im Sinne des vorletten Absates des §. 10 der erwähnten allgemeinen Cassavorschriften bei den in den cumulativen Waisencassen erliegenden Privat-Schuldscheinen einzutreten. Die letteren erliegen nämlich in den genannten Cassen als bares Geld, wornach es zweckmäßig erscheint, die Umrechnung des Capitals (nebst den Zinsen) auf österreichische Währung vorzunehmen und sonach die weitere Vorschreibung und Journalisirung zu pflegen.

Bezüglich der bei den Steuerämtern als gerichtlichen Depositenämtern erliegenden Pretiosen kann es keinem Unstande unterliegen, den Berth, auf österreichische Bährung umgerechnet, anzusehen.

Wit bem F. M. Erlaße vom 26. Juni 1860, 3. 2490-F. M. (F. M. B. Bl. Nr. 35, S. 256) wurde unter Bezugnahme auf die Erläuterung vom 22. Jänner 1859, 3. 6302-F. M. im Bernehmen mit dem Ministerium des Innern und mit dem Ministerium für Cultus und Unterricht, sowie im Einverständniße mit der Obersten Rechnungs-Controls-Behörde erklärt: daß sowohl bei den Staats-Einnahms- und Ausgabszweigen, als auch bei den Fonden die Effecten der schwebenden Schuld (namentlich auch die Partial-Hypothekar-Anweisungen) und die Bechsel, auf österr. Währung umgerechnet, in der Gelbcolonne der Journale; die sonstigen Brivat-Schuldverschreibungen, Sparcassacher und Industries Effecten aber, gleichfalls auf österreichische Währung umgerechnet, in der Colonne "Obligationen" zu verrechnen sind.

Bergleiche auch den unter Note 3 angeführten F. M. Erlaß vom 6. August 1862, B. 36385.

2) F. M. Erlaß vom 28. April 1858 (J. 2041-F. M.).

Benennung ber hunderttheile, in welche ber Gulben öfterreichifcher Bahrung getheilt wirb. R. G. Bl. Rr. 65, S. 300; — F. M. B. Bl. Rr. 18, S. 116.

Seine k.k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 27. April 1858 Allergnädigst anzuordnen befunden, daß die Hundertstheile, in welche ber Gulben österreichischer Währung zu Folge des Artikels 4 des Allerhöchsten Patentes vom 19. September 1857 getheilt wird, in deutscher Sprache die Benennung "Neukreuzer" und in italienischer Sprache die Benennung "Soldi Austriaci" zu erhalten haben. *)

3) F. M. Erlaß vom 6. August 1862, B. 36385.

F. M. B. Bl. Nr. 34, S. 216.

Im Vernehmen mit der Obersten Rechnungs-Controls-Behörde wird angeordnet, daß in den Journalen und Gegendocumenten der Cassen und Aemter Preuzerbruchtheile, insoferne sie nicht im Sinne des §. 32 der in Beziehung auf das neue Münzgesetz erlassenen allgemeinen Vorschriften vom 30. Juni 1858, 3. 3109-F. M., als halbe oder ganze Neukreuzer in Rechnung zu bringen sind, lediglich mit $\frac{5}{10}$ kr. einzustellen, oder wenn der Bruchtheil kleiner als $\frac{5}{10}$ kr. ist, ganz wegzulassen sind.

Bugleich wird mit Rudlicht auf die Bestimmungen des F. M. Erlaßes vom 22. Jänner 1859, B. 6302-F. M., beigefügt, daß nach demselben Grundsat auch bei der Umrechnung der Kreuzer von Obligationen älterer Währung auf Decimalbeträge vorzugehen ist.

^{*)} Gegenwärtig wird die Benennung "Areuzer" gebraucht. Bergleiche bie fais. Berordnung vom 21. October 1860 (S. 27).

(3) J. M. Erlaß vom 28. Janner 1866, J. 157-F. M.

Berpadungsweise ber nach ben Bestimmungen bes Allerhöchsten Patentes vom 19. September 1857 ausgeprägten Müuzen.

F. M. B. Bl. Nr. 8, S. 51.

Um den Bedürfnissen des Verkehrs in Absicht auf die Verpackung der nach dem Allerhöchsten Patente vom 19. September 1857 außegeprägten Münzen zu entsprechen, wird in theilweiser Aenderung der Bestimmungen vom 29. November 1857, Z. 44281 (B. Bl. Nr. 54) angeordnet, daß von den Münzämtern und Staatscassen von nachstehenden Silbermünzen in Einen Gelbsack bei Absuhren folgende Posten, wohl sortirt, zu geben sind:

a) an Zwei-Thalerstücken wie bisher . . 200 Stück = 600 fl.

- d) "Sin-Guldenstücken entweder . . . 500 " = 500 "

 1000 " = 1000 "
- ober 1000 " = 1000 " e) " Ein-Viertelgulbenstücken, wie bisher 2000 " = 500 "

Hiernach ift sich auch bei ber Hinausgabe von Silbergeldposten an Parteien zu benehmen, während die Annahme von Zahlungen in Silberstücken ohne Rücksicht auf die Berpackungsweise zu erfolgen hat.

Auf kleinere Beträge als 200 Stück Zwei-Thalerstücke (Doppels Bereinsthaler), 400 Stück Sin-Thalerstücke (Bereinsthaler), 500 Zweis Gulbens, 500 Gulbens und 2000 Viertelgulbenstücke, hat die vorsstehende Verpackungsnorm keine Anwendung.

Much bleiben die sonstigen Bestimmungen ber bezogenen Ber-

ordnung vom 29. November 1857, 3. 44281 in Kraft. 1)

1) Diefe in Rraft gebliebenen Bestimmungen lauten:

In Ginen Gelbfad find bei Abfuhren nur nachstehende Bosten zu geben:

A. In Silbermungen:

f) Un Levantiner= oder Maria Theresia-Thalerstücken . 500 Stud

D. In Goldmüngen: *)

a) Kronen **) 500, b) Halbe Kronen 1000, c) Ducaten (einfache) 1000 Stüd.

Im Schlußsage des F. M. Erlaßes vom 29. November 1857 ist angeführt, daß durch benselben die F. M. Erläße vom 14. Juni 1857, B. 1715-F. M., und vom 6. October 1857, B. 3850-F. M. (F. M. B. Bl. Nr. 26, S. 238 und Nr. 47, S. 463) entsprechend abgeändert werden. ***)

^{*)} Die sub B und C bieses Erlages angeführten Silber- und Rupfer- Scheibemungen sind nicht mehr im Umlauf.

^{**)} Sieh' Note *), Seite 19.

***) Diese Erjäße, welche nur während der Uebergangsperiode Gestung hatten, find nunmehr ganz außer Birksamkeit getreten.

(4) Kaiserliche Verordnung vom 21. Actober 1860, wegen Ausprägung von Aupferscheibemünzen zu vier Kreuzern öfterreichischer Währung.

R. G. Bl. Nr. 230, S. 352; — F. M. B. Bl. Nr. 53, S. 345.

In der Absicht, dem Bedürfnisse des Kleinverkehres in Uebereinstimmung mit dem im Reichs-Gesets-Blatte (Kr. 101 v. J. 1857) kundsgemachten Münzvertrage ddo. Wien 24. Jänner 1857 abzuhelfen, habe Ich, nach Vernehmung Meiner Winister und nach Anhörung Meines Reichsrathes folgende Bestimmungen sestzuseben gefunden:

Erstens. Nebst den mit Meinem Patente vom 19. September 1857, Nr. 169 des Reichs-Gesetz-Blattes, eingeführten Aupserscheidesmünzen,*) werden Stücke zu vier Areuzern österreichischer Währung in Aupfer für alle Aronländer, mit Ausnahme des lombardisch-venetianisichen Königreiches giltig, ausgeprägt.

Zweitens. Die Ausprägung dieses Münzstückes hat im Einstlange mit dem Eingangs erwähnten Münzvertrage und nach der Bestimmung Meines Patentes vom 19. September 1857 stattzusinden. Es wird demnach das Gewicht der Vierkreuzerstücke nach dem Vershältnisse von Einhundertfünfzig Areuzern auf ein Pfund Kupfer 0.0266 Pfund betragen und es gehen fünfundzwanzig Stück dieser Münze auf einen Gulden österreichischer Währung.

Drittens. Der Durchmesser bes Vierkreuzerstückes wird auf 27 Millimeter festgesetzt.

Der Avers desselben trägt den gefrönten kuiserlichen Abler mit der Umschrift: K. K. OESTERREICHISCHE SCHEIDEMÜNZE.

Der Revers enthält in einem Cichenfranze die Zahl der Areuzer "4", darunter die Jahreszahl der Ausmünzung. Der Rand wird alatt sein.

Viertens. Sine Abbildung der neuen Kupferscheidemunze liegt bei.

Fünftens. Der Leiter Meines Finanzministeriums ist mit der Bollziehung dieser Anordnung beauftragt, und wird den Beginn der Hinausgabe der neuen Münze mittelst besonderer Kundmachung zur allgemeinen Kenntniß bringen.**)

Wien, ben 21. October 1860.

Franz Joseph m. p.

Graf von Rechberg m. p.

von Plener m. p.

Auf Allerhöchste Anordnung: Freiherr von Ranfonnet m. p.

^{*)} Sieh' Artikel 11, Seite 6.

**) Mit dem F. M. Erlaße vom 24. October 1860, Z. 4432-F. M. (R. G. Bl. Nr. 231, S. 355; F. M. B. Bl. Nr. 53, S. 346) wurde bekannt gegeben, daß mit der Linausgabe der Bierkreuzerstücke in Wien am 27. October 1860 begonnen wird.

(5) Gefet vom 1. Juli 1868,*)

wodurch das Ministerium der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zum Abschlusse eines Uebereinkommens wegen Ausprägung neuer Scheibemünzen und Einziehung der Münzscheine mit dem Ministerium der Länder der ungarischen Krone ermächtigt wird.

R. G. Bl. Nr. 84, S. 247; — F. M. B. Bl. Nr. 28, S. 200.

Mit Zustimmung beider Häuser Meines Reichsrathes finde Ich zu verordnen, wie folgt:

Das Ministerium der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder wird ermächtigt, mit dem Ministerium der Länder der ungarischen Krone das nachfolgende Uebereinkommen wegen Ausprägung neuer Scheidemünzen und Einziehung der Münzscheine abzuschließen.

Artikel I. Auf Grund des Artikels XII des Boll- und Handelsbündnisses, welches zwischen den beiden Theilen der Monarchie zu Stande gekommen ist, **) wird im gegenseitigen Einvernehmen festgeset,

*) Sieh' die Durchführungsverordnung vom 16. Juli 1868, . 3. 1754-F. M. (Seite 34), und ben F. M. Erlaß vom 16. Juli 1868, B. 1754-F. M (Seite 35).

**) Der Art. XII bes Gesethes vom 24. December 1867 (R. G. Bl. v. J. 1868,

Nr. 4, S. 7; F. M. B. Bl. Nr. 3, S. 17) lautet:

"Die öfterreichische Währung bleibt bis zu ihrer gesetzlichen Aenderung bie gemeinsame Landeswährung; es werden jedoch den beiderseitigen Bertretungen baldigst gleichartige Vorlagen zur Einführung der Goldwährung gemacht werden, wobei die Grundsäte der Pariser Münz-Conferenz möglichst zur Geltung zu bringen sein werden.

Jebem der beiden Theile bleibt es überlassen, auch Scheibemünzen von und unter 10 Areuzern prägen zu lassen, die auch in dem anderen Ländergebiete zur Circulation zugelassen werden. Ueber Feingehalt und Gewicht dieser Scheidemünze und über die höhe des von jedem Theile auszumünzenden Betrages wird zwischen ben beiden Ministerien das Einvernehmen gepstogen werden."

Auf Grund dieses Artifels wurde mit dem Gesetze vom 16. April 1878 (R. G. Bl. Nr. 55, S. 135; F. M. B. Bl. Nr. 14, S. 89) die Vermehrung der Kupferscheidemunge um 500.000 fl. in der Art festgesetzt, daß hievon 10.000 fl. in Ginshalbtreuzerstüden, der Rest von 490.000 fl. in Einkreuzerstüden ausgeprägt werde.

Der Art. XII bes gegenwärtig in Kraft stehenden Zoll- und Handelsbündnißes vom 27. Juni 1878 (R. G. Bl. Nr. 62, S. 147; F. M. B. Bl. Nr. 17, S. 99) lautet:

"Die bestehende österreichische Bahrung bleibt bis zu ihrer gesehlichen

Menderung die gemeinsame Landeswährung.

Den beiderseitigen Vertretungen werden balbigst gleichartige Borlagen gemacht werden, welche geeignet sind, die Biederherstellung metallischer Circulation

Jebem der beiben Theile bleibt es überlassen, auch Scheibemunzen von und unter zwanzig Kreuzern prägen zu lassen, die auch in dem anderen Gebiete zur Circulation zugelassen werden. Ueber Feingehalt und Gewicht dieser Scheibemunze und über die Höhe des von jedem Theile auszumunzenden Betrages kann nur im Einverständniße beider Legislativen entschieden werden."

Auf Grund dieses Artikels und der Gesetze vom 26. Februar 1881 (R. G. Bl. Ar. 20, S. 34; F. M. B. Bl. Ar. 11, S. 37), und vom 10. März 1885 (R. G. Bl. Ar. 92, S. 215; F. M. B. Bl. Ar. 16, S. 111) wurde die Vermehrung der Kupferbaß eine neue Silberscheibemünze im Betrage von 12 Millionen Gulben zu bem Zwecke geprägt werden soll, um die Münzscheine 1) gänzlich aus dem Umlause zurückzuziehen. Von den obigen 12 Missionen werden 70 Percent, das ist 8,400.000 Gulben, für Rechnung der im Reichserathe vertretenen Königreiche und Länder, und 30 Percent, das ist 3,600.000 Gulden, für Rechnung der Länder der ungarischen Krone entfallen.

Artitel II. Jedes der beiden Ministerien wird die von demselben auf obige Art einzuziehenden 2) und unbrauchbar gemachten Münzscheine von Zeit zu Zeit an den Reichs-Finanzminister abliefern und von demsselben den Ersah in Staatsnoten erhalten.

Sollte nach vollendeter Operation sich herausstellen, daß ein Theil der ausgegebenen Münzscheine vernichtet worden sei, so wird der dadurch entstandene Gewinn den beiden Finanzverwaltungen im Ber-

hältniß wie 70: 30 zufallen.

Art ikel III. Der ungarische Finanzminister behält sich vor, an Kupfermünzen von Bier- und Einkreuzerstücken den Betrag von 300.000 Gulben prägen zu lassen, welcher Betrag in den im Artikel I festgesetzten 3,600.000 Gulben inbegriffen ist.

Artikel IV. Die Sechskreuzerstücke mit der Jahreszahl 1848 und 1849 werden nach bewirkter Einlösung der Münzscheine, oder wenn der Fortgang der Münzung es gestatten sollte, auch früher in der Art durch die neue Scheidemünze ersett, daß die bei den Cassen des Staates einstließenden Sechser nicht mehr ausgegeben, sondern an die Münzstätten abgeliefert werden. *) Die hiezu nothwendig werdenden Silberscheides

scheibemunze um 1,500.000 fl., beziehungsweise um zwei Millionen in der Art festgesetzt, daß von der ersten Summe 30.000 fl. in Einhalbkreuzerstücken, der Rest von 1,470.000 fl. in Einkreuzerstücken auszuprägen war.

Im Art. III bes Gesetzes vom 10. Marz 1885 wurde angeordnet, daß die Ausprägung in Einkreuzerstüden zu erfolgen hat, daß es jedoch dem Winisterium der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder vorbehalten bleibt, nach Maßgabe des Bedarfes die Prägung eines Theiles auch in Studen zu einem halben Kreuzer vornehmen zu lassen.

In beiben Gesetzen murbe ausgesprochen, bag von den Gesammtbeträgen an neuen Rupserscheidemungen 70 Bercent für Rechnung ber im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, und 30 Percent für Rechnung ber Länder ber

ungarifden Rrone entfallen.

Mit bem Gesetze vom 30. März 1872 (R. G. Bl. Nr. 44, S. 111; F. M. B. Bl. Nr. 12, S. 109), mit welchem ber Finanzminister ermächtigt wurde, einen Betrag von 715.121 fl. 10 fr. in Silberscheibemunze nach ben Bestimmungen

^{*)} Mit dem Gesete vom 20. Mai 1869 (R. G. Bl. Nr. 75, S. 325; F. M. B. Bl. Nr. 21, S. 114) wurde der Finanzminister ermächtigt, auf Rechnung der zweiten Hälfte jenes Betrages von neuer Silberscheidemunze, welche für die zur Einziehung gelangenden Sechskreuzerstücke mit der Jahreszahl 1848 und 1849 im Sinne des Artisels IV des Gesets vom 1. Juli 1868 auszuprägen ift, schon berzeit einen Betrag von fünf Millionen Gulben in neuer Scheldemunze ausprägen zu lassen und in Umlauf zu sehen.

münzen sind in den (Artifel I) erwähnten 12 Millionen nicht einbegriffen. Auch bei dieser Operation bleibt das Verhältniß von 70:30 maßgebend.

Artikel V. Die neuen Silberscheibemünzen werden in Stücken zu zwanzig und zu zehn Kreuzern (Hunderttheilen eines Gulbens) derart ausgeprägt, daß 375 Zwanzigkreuzerstücke und 750 Zehnkreuzerstücke ein Münzpfund seinen Silbers enthalten.

Der f. f. Finanzverwaltung wird es anheimgestellt, auch Fünfstreuzerstücke, wovon 1500 Stücke ein Münzpfund Feinsilber enthalten,

ansprägen zu laffen.

Artikel VI. Die Zwanzigkreuzerstücke werden mit 500/1000 aus feinem Silber und mit 500/1000 aus Kupfer, die Zehnkreuzerstücke aus 400/1000 feinem Silber und 600/1000 Kupfer, die Fünskreuzerstücke aus 850/1000 feinem Silber und 650/1000 Kupfer bestehen.

Es werden daher 187. 3wanzigfreuzerstücke, 300 Zehnkreuzer-

ftücke und 525 Fünfkreuzerstücke ein Münzpfund wiegen.

Artikel VII. Der Durchmesser wird bei den Zwanzigkreuzerstücken 21, bei den Zehnkreuzerstücken 18 und bei den Fünfkreuzerstücken 14 Millimeter betragen.

Artikel VIII. Bei Ausprägung dieser Silberscheibemünzen wird unter dem Titel eines Remediums an ihrem Feingehalte oder Gewichte nicht gefürzt werden. Soweit aber eine absolute Genauigkeit bei den einzelnen Stücken nicht eingehalten werden kann, wird eine äußerste Abweichung im Mehr oder Weniger gestattet, welche bei dem Zwanzigskreuzerstücke 5/1000 im Feingehalte und 10/1000 im Gewichte, dem Zehnkreuzerstücke 10/1000 im Feingehalte und 15/1000 im Gewichte, dem Fünskreuzerstücke 15/1000 im Feingehalte und 20/1000 im Gewichte nicht übersteigen darf.

Artikel IX. Nach Ablauf jedes Jahres hat jede der beiden Regierungen der anderen einen Ausweis über die im Laufe desselben vorgenommenen Ausmünzungen mit Angabe der Münzsorten, des Feingehaltes und des Gewichtes mitzutheilen.

Artikel X. Die beiderseitigen Regierungen verpslichten sich, diese Scheidemünze nach ihrem Nennwerthe bei allen öffentlichen Cassen bis zum Betrage von fünf Gulben in Zahlung und bei den als Ber-wechslungscassen fungirenden Landeshauptcassen im Wege der Ber-wechslung unbeschränkt anzunehmen. 3) Hinsichtlich des Privatverkehres

bes Gesets vom 1. Juli 1868 ausprägen zu lassen und hinauszugeben, wurde zugleich bedeutet:

[&]quot;Für die eingegangenen oder noch eingehenden Sechstreuzerstücke mit der Jahreszahl 1848 und 1849 darf eine Prägung neuer Scheidemünze im Sinne des Artitels IV des Gesetzs vom 1. Juli 1868 nur noch insoweit vorgenommen werden, als die Gesammtsumme der bei den Cassen der im Reichsrathe vertretenen Königereiche und Länder eingelösten Sechstreuzerstücke die Summe von 18,200.000 fl. übersteigt."

wird festgeset, daß in Silberscheidemunze mehr als zwei Gulben, in Aupfers munze mehr als fünfzig Areuzer Niemand anzunehmen gehalten sein soll.

Auf durchlöcherte ober sonst auf andere Weise, als durch den gewöhnlichen Umlauf an Gewicht verringerte, sowie auch auf verfälschte Münzstücke hat die Verbindlichkeit der wechselseitigen Annahme keine Anwendung.

Artikel XI. Gegenwärtig werben die neuen Ansmünzungen von Kremnitz und Carlsburg in Gemäßheit des zwischen beiden Regierungen im Jahre 1867 getroffenen Abkommens von dem General-Probiramte in Bien geprüft, wobei sich das ungarische Finanzministerium vorbehalten hat, daselbst einen Beamten anzustellen, wenn dieß nöthig werden sollte. Es ist daher eine weitere gegenseitige Controle hinsichtlich der Beschaffensheit der zu prägenden Scheidemünzen vor der Hand nicht nothwendig.

Sollte die königlich ungarische Regierung zur Controlirung der neuen Münzungen ein eigenes Probiramt in Ungarn errichten, dann haben die in dem deutschen Münzvertrage von 1857 enthaltenen Cautelen zur gegenseitigen Controle hinsichtlich des Feingehaltes und des Gewichtes der Münzen überhaupt in Anwendung zu kommen. *)

Artikel XII. Sollte die Einziehung der jest zu prägenden Scheidemunzen von beiden Regierungen nach getroffenem Uebereinstommen gleichzeitig vorgenommen werden, so hat dieß für Rechnung Beider in jenem Berhältnisse stattzusinden, nach welchem die Aus-

prägung geschah.

Aber auch ohne vorläufiges Einverständniß bleibt jeder der beiden Regierungen die Einziehung der von ihr geprägten Münzen, die sich durch die sprachliche Berschiedenheit der Aufschriften ohnehin vollständig unterscheiden, unbenommen; nur ist wenigstens ein Jahr vor dem zur Einziehung bestimmten Termine der anderen Regierung Mittheilung zu machen. Für jene Regierung, welche eine solche Maßregel vornimmt, erlischt die Verbindlichkeit, die von der anderen Regierung geprägten Scheidemünzen im Nennwerthe anzunehmen.

Laxenburg, ben 1. Juli 1868.

Franz Ivseph m. p.

Auersperg m. p.

Breftel m. p.

*) Der bezügliche Artifel 12 bes Münzvertrages lautet:

[&]quot;Die vertragenben Regierungen werben bie neu ausgegebenen Bereinsmungen gegenseitig von Beit zu Beit in Bezug auf ihren Feingehalt und auf ihr Gewicht prüfen lassen und von den Ausstellungen, die sich dabei etwa ergeben, einander Mittheilung machen.

Für den unerwarteten Fall, daß die Ausmünzung der einen oder der andern der betheiligten Regierungen im Feingehalte oder im Gewichte den vertragsmäßigen Bestimmungen nicht entsprechend besunden würde, übernimmt dieselbe die Verdindlichkeit, entweder sofort oder nach vorangegangener schiederichterlicher Entscheidung sammtliche von ihr geprägte Vereinkmünzen desjenigen Jahrganges, welchem die sehlerhafte Ausmünzung angehört, wieder einzuziehen."

1) Die Hinausgabe von Münzscheinen, um beren Einziehung es sich hier handelt, wurde mit der kaiserlichen Verordnung vom 17. Nosvember 1860 (K. G. Bl. Nr. 256, S. 435; F. M. B. Bl. Nr. 57, S. 375) angeordnet: "um bei den (damaligen), den Umlauf der Scheidesmünze störenden Verhältnissen des Silberagio dem dringenden Bedürfsniße des Kleinverkehres die erforderliche Abhilse zu verschaffen."

Diese Münzscheine lauteten auf den Betrag von 10 Kreuzern 6. W. und wurden in demselben bei allen Zahlungen unter Ginem Gulden von den öffentlichen Cassen angenommen. *)

Im Absah 3 ber berufenen kaiserlichen Berordnung wurde angesordnet, daß die Gesammtsumme der nur nach Maßgabe des strengsten Berkehrsbedürfnißes in Umlauf zu setzenden Münzscheine zwölf Millionen Gulben nicht zu überschreiten hat.

Nach der Bestimmung des F. M. Erlaßes vom 19. November 1860, B. 4848-F. M. (R. G. Bl. Nr. 257, S. 436; F. M. B. Bl. Nr. 57, S. 376) wurde mit der Hinausgabe der Münzscheine zu zehn Kreuzern am 22. November 1860 begonnen.

Laut ber F. M. Erläße vom 15. Juni 1861, Z. 2634-F. M. (R. G. Bl. Nr. 64, S. 424; F. M. B. Bl. Nr. 28, S. 156) und vom 18. Juni 1862, Z. 32829 (R. G. Bl. Nr. 39, S. 89; F. M. B. Bl. Nr. 27, S. 163) sind neue Ausgaben von Münzscheinen verfügt worden, welche gegen die abgenützten Münzscheine der früheren Ausgaben umges wechselt wurden.

Mit dem Gesetze vom 17. November 1863 (R. G. Bl. Nr. 98, S. 362; F. M. B. Bl. Nr. 53, S. 307) wurde der Betrag der Münzsscheine auf vier Millionen beschränkt, jedoch mit dem Gesetze vom 25. Mai 1866 (R. G. Bl. Nr. 64, S. 163; F. M. B. Bl. Nr. 25, S. 125) gestattet, die Hinausgabe dieser Scheine nach Maßgabe des Bedürfnißes wieder bis auf den Betrag von zwölf Millionen Gulben ö. W. zu erhöhen.

2) Der Termin zur Einlösung der Münzscheine zu 10 Kreuzern und der Silberscheidemünze zu 6 Kreuzern C. M. mit der Jahreszahl 1848 und 1849 wurde wiederholt verlängert. F. M. Kundmachungen vom 5. September 1869, und vom 21. April 1870, Z. 1466-F. M. (R. G. Bl. v. J. 1869, Kr. 146, S. 522; F. M. B. Bl. Kr. 35, S. 201, und R. G. Bl. v. J. 1870, Kr. 62, S. 118; F. M. B. Bl. Kr. 18, S. 89).

Mit der kaiserlichen Berordnung vom 29. August 1870 (R. G. Bl. Nr. 108, S. 237; F. M. B. Bl. Nr. 34, S. 173) wurde der Ein-

lösungstermin bieser Scheine und Münzen in bem bisherigen Umlausswerthe bis einschließlich 30. September 1870 festgestellt, und zugleich die
Ungiltigkeit der Münzscheine vom 1. October 1870 an ausgesprochen.
Ferner wurde bedeutet, daß die gedachten Silberscheidemunzen vom
1. October 1870 an nur mehr gegen Vergütung des Materialwerthes in
Silber von dem k. k. Hauptmunzamte in Bien und von den Einlösungscassen dei den Punzirungsämtern in Linz, Prag, Prakau, Lemberg, Graz,
Vergenz und Triest zur Einlösung werden übernommen werden.

Auf Grund der kais. Verordnung vom 29. August 1870 hat das F. M. im Einvernehmen mit dem k. ung. Finanzministerium für die außer Curs gesehten Silberscheidemünzen zu sechs Kreuzern C. M. mit der Jahreszahl 1848 und 1849, den Einlösungswerth in Noten mit acht Kreuzern österr. Währung für je Ein Stüd dieser Münzen sestgesetzt. Es blieb jedoch den Parteien unbenommen, die Einlösung dieser Münzen auch sernerhin dei den Einlösämtern, gegen Vergütung des Materialswerthes in Silber, zu verlangen. F. M. Kundmachung vom 22. Novemsber 1870 (R. G. Bl. Nr. 134, S. 285; F. M. B. Bl. Nr. 42, S. 203).

Laut Kundmachung des Gesammtministeriums vom 16. April 1871 (R. G. Bl. Nr. 27, S. 45; F. M. B. Bl. Nr. 15, S. 69) hat der Reichsrath der durch die kaiserliche Verordnung vom 29. August 1870 getroffenen Verfügung, wodurch mit Beziehung auf den §. 14 des Grundsgeses über die Reichsvertretung vom 21. December 1867 (R. G. Bl. Nr. 141) ein letzter Termin für die Einlösung der Münzscheine und der Silberscheideidemünzen zu sechs Kreuzern C. M. sestgestellt wurde, die versfassungsmäßige Genehmigung ertheilt.

*) Mit dem F. M. Erlaße von 19. März 1876, Z. 1014-F. M. wurde sämmtlichen Finanz-Landesbehörden bebeutet: daß die Steuersämter die Silberscheidemünze nur dis zum Betrage von fünf Gulden in Bahlung anzunehmen verpflichtet und berechtigt sind, daß es ihnen aber keineswegs zukommt, diese Scheidemünzen im Wege der Verwechslung von Parteien aufzunehmen, ferner daß es im Interesse des öffentlichen Verkehrs keinem Anstaude unterliegt, daß auch die Steuerämter nach Zulässigsteit ihres Vorrathes an Silberscheidemünze diese auch im Verwechslungswege an Parteien verabsolgen, und zwar auch in kleineren Beträgen als zu 100 fl. *)

^{*)} Sieh' ben F. M. Erlaß vom 16. Juli 1868, Z. 1754-F. M. (Seite 35). Rleine Posten können in zu versiegelnde Sade von Packpapier verpadt werden. F. M. Act Z. 5536-F. M. v. J. 1875.

Das F. M. hat mit dem Erlaße vom 16. September 1874, 3. 4815-F. M. sämmtliche Finanz-Landesbehörden beauftragt, die unterstehenden Organe anzuweisen, den die Berwechslung in Scheidemünze wünschenden Parteien mit möglichster Coulance entgegenzukommen. Diese Bestimmung wurde mit dem F. M. Erlaße vom 10. März 1880, 8. 973-F. M. in Erinnerung gedracht. — Start abgenützte und beschäbigte Scheidemünzen sind von den I. f. Cassen und Aemtern nicht in Berkehr zu seben, sondern abzuführen. F. M. Erlaß vom 5. October 1884, 3. 4288-F. M.

(6) F. M. Perordnung vom 16. Juli 1868 (J. 1754-F. M.), betreffend die Durchführung des Gefetes vom 1. Juli 1868 wegen Sinausgabe neuer Silberscheidemunzen.

R. G. Bl. Nr. 108, S. 317; — F. M. B. Bl. Nr. 34, S. 225.

In Ausführung des Gesetzes vom 1. Juli 1868*) wegen Ausprägung neuer Silberscheidemunzen und Einziehung der im Umlaufe befindlichen Münzscheine, beziehungsweise auch der Silbersechstreuzerstücke mit der Jahreszahl 1848 und 1849 wird verordnet:

I. Es werden neue Silberscheidemunzen, und zwar in Stücken zu Zwanzigs und zu Zehnkreuzer österr. Währung derart ausgeprägt, daß 375 Zwanzigkreuzerstücke und 750 Zehnkreuzerstücke ein Münzpfund feinen Silbers enthalten, — die Zwanzigkreuzerstücke werden aus 500/1000 fein Silber und 500/1000 Kupfer und die Zehnkreuzerstücke aus 400/1000 fein Silber und 600/1000 Kupfer bestehen und hiernach 187.5 Stück zu Zwanzigkreuzer und 300 Stück zu Zehnkreuzer ein Münzpfund wiegen.

II. Der Durchmeffer Diefer Silberscheidemungen wird bei ben Awangigfreugerstüden 21 und bei ben Rehnfreugerstüden 18 Willimeter

betragen; ber Rand berfelben glatt fein.

III. Diese neuen Silberscheidemünzen werden: im Avers das Brustbild Sr. k. k. Apostol. Majestät mit der Umschrift: FRANC. JOS. I. D. G. AVSTRIÆ IMPERATOR, im Revers: den kaiserl. Abler, welcher im Brustschilde statt des Wappens den Betrag des Münzstückes, nämlich die Zahl 20, beziehungsweise 10, in arabischen Ziffern auszgedrückt enthält, dann als Fortsehung die Umschrift: HVNGAR. BOHEM. GAL. LOD. ILL. REX A. A. und die Jahreszahl 1868 führen.

IV. Vom Tage der Kundmachung dieser Berordnung werden andere, als die oben bezeichneten Silberscheidemunzen nicht mehr geprägt.

Die neuen Scheidemunzen werden bei allen öffentlichen Cassen nach ihrem Nennwerthe bis zum Betrage von fünf Gulden in Zahlung und bei den als Berwechslungscassen fungirenden Landes-Hauptcassen im Wege der Berwechslung unbeschränkt angenommen.

Im Privatverkehre ist Niemand gehalten mehr als zwei Gulben in Silberscheidemünze, oder mehr als fünfzig Areuzer in Aupferscheide=

münze anzunehmen.

Diese Berbindlichkeit zur Annahme erstreckt sich jedoch nicht auf burchlöcherte ober sonst anders als durch den gewöhnlichen Umlauf am

Gewichte verringerte, bann falsche ober verfälschte Münzstücke.

V. Auf Grund bes mit dem Gesehe vom 1. Juli 1868 (R. G. Bl. Nr. 84) genehmigten Uebereinkommens wird die königlich ungarische Regierung ebenfalls derlei Silberscheidemünzen zu Zwanzig-und zu Zehn-kreuzer, welche im Gewichte und Feingehalte den oben im Art. Langeführten Silberscheidemünzen ganz gleich sein werden, dann Kupferscheidemünzen

^{*)} Sieh' Seite 28.

zu 4 Kreuzer und zu 1 Kreuzer, und zwar alle diese Sorten mit ungarischem Gepräge ausgeben, bezüglich deren für die öffentlichen Cassen und im Privatverkehre in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern laut Art. X des Gesetzes vom 1. Juli 1868 (R. G. Bl. Ar. 84) die gleiche Annahms-Verpflichtung besteht.

VI. Die Silberscheibemünzen mit ungar. Gepräge werden: im Avers das Brustbild Sr. k. k. Apost. Majestät mit der Umschrift: FERENCZ JÓZSEF A. CSÁSZÁR, MAGYARORSZÁG AP. KIRÁLYA, im 20 10 Revers: in der Witte KRAJCZÁR, beziehungsweise KRAJCZÁR, darunter die Jahreszahl mit der Umschrift VÁLTÓ PÉNZ und die ungarischen Aupserscheibemünzen im Avers: das ungarische Wappen mit der Umschrift: MAGYAR KIRÁLYI VÁLTÓ PÉNZ, im Revers die Zahl 4, beziehungsweise 1, in arabischen Zissern von einem Eichenstranze umgeben und darunter die Jahreszahl zeigen. 1)

Auch wird jede Münzsorte ungar. Gepräges mit dem Zeichen der Münzstätte K. B. (Körmöczbánya, Krennit) und Gy. F. (Gyulafehérvár, Carlsburg) versehen sein.

1) J. M. Kundmachung vom 31. August 1868 (B. 2208-F. M.), betreffend bie neuen Gilbericheibemünzen mit ungarifchem Gepräge. R. G. Bl. Rr. 125, S. 877; — F. D. B. Bl. Rr. 37, S. 287.

Mit Beziehung auf den Absat VI der Berordnung vom 16. Juli 1868 wird in theilweiser Modificirung dieses Absates bekannt gegeben, daß die Silberscheidemünzen mit ungar. Gepräge im Avers: das Brustbild Sr. k. k. Apostolischen Majestät mit der Umschrift: FERENCZ JÓZSEF A. CSÁSZÁR, MAGYARORSZÁG AP. KIRÁLYA, im Revers: in der Witte KRAICZÁR, beziehungsweise KRAICZÁR, darunter die Jahredzahl und die Umschrift: MAGYAR KIRÁLYI VÁLTÓ PÉNZ enthalten werden.*)

(7) F. M. Erlaß vom 16. Juli 1868, B. 1754-F. M. Berpadungsweise ber nach bem Gesete vom 1. Juli 1868 auszuprägenben Silberscheidemänzen.

F. M. B. Bl. Nr. 34, S. 228.

Um hinsichtlich der in Folge des Gesetzes vom 1. Juli 1868 . auszuprägenden Silberscheideminzen den Verkehr zwischen dem k. k. Hauptminzamte und den k. k. Cassen und zwischen den letzteren unterzeinander zu erleichtern, wird verordnet, daß bei Absuhren von den Zwanzigkreuzerstücken 2500 Stücke oder 500 st. 1) und von den

^{*)} Die Bestimmungen über Wappen und Aufschriften auf den in kön. ung. Münzstätten geprägten Wünzen sind mit dem Gesehartikel XII vom Jahre 1869 (Landesgeseh-Sammlung v. J. 1869, S. 169) abgeändert worden.



Zehnkreuzerstücken 1000 Stücke ober 100 fl. in Ginen Gelbsack verpackt werben.

1) Mit dem F. M. Erlaße vom 19. März 1876, Z. 1014-F. M. (F. M. B. Bl. Ar. 8, S. 48) wurde zur Erleichterung des Berkehres mit den Zwanzigkreuzerstücken bestimmt: daß künftighin auch die Zwanzigkreuzerstücke in Beträgen zu 100 fl. in Einen Geldsack verpackt werden.

(8) Gefet vom 9. März 1870, über bie Einführung neuer Goldmünzen.*)

R. G. Bl. Nr. 22, S. 40; — F. M. B. Bl. Nr. 10, S. 35.

Mit Zustimmung beider Häuser bes Reichsrathes finde Ich ans zuordnen, wie folgt:

Mit dem Tage der Wirksamkeit dieses Gesetzes treten die Artikel 13, 14, 15, 16, 17, 18 und die letzte Alinea des Artikels 1 des kaiserslichen Patentes vom 19. September 1857 (R. G. Bl. Nr. 169), dann §. 7, §. 20 und §. 21 des kaiserlichen Patentes vom 27. April 1858 (R. G. Bl. Nr. 63) außer Kraft.**)

Statt ber mit den erwähnten gesetzlichen Bestimmungen eingeführten Goldmünzen (Kronen und halbe Kronen) werden Goldmunzen zu Ucht Gulden gleich Zwanzig Franken in Gold, Bier Gul-

ben gleich zehn Franken in Gold geprägt werden.

Die Goldmünzen zu Acht Gulben werden 21 Millimeter im Durchmesser, 6.45161 Grammen im Gewichte und neun Zehntheile Feinhalt, d. i. neun Zehntheile Gold und Einen Zehntheil Kupfer, die Goldmünzen zu Vier Gulben werden 19 Millimeter im Durchmesser, 3.22580 Grammen im Gewichte und neun Zehntheile Feinhalt, d. i. neun Zehntheile Gold und Einen Zehntheil Kupfer enthalten.

Es werden daher auf das Münzpfund ober halbe Kilogramm, bestehend aus neun Zehntheilen Gold und Einem Zehntheile Kupfer, 77½ Stücke zu Acht Gulben, 155 Stücke zu Vier Gulben gehen.

Die Aversseite dieser Goldmünzen wird Mein Brustbild mit der Umschrift: FRANCISCUS. JOSEPHUS. I. D. G. IMPERATOR. ET. REX., die Reversseite den kaiserlichen Abler mit der Umschrift: IMPERIUM AUSTRIACUM., zu beiden Seiten des Ablers die Werthbezeichnung, und zwar: auf der linken Seite 8 FL. auf der rechten Seite 20 FR., beziehungsweise 4 FL. — 10 FR. und unter dem kaiserlichen Abler die Jahreszahl der Ausprägung tragen.

Der glatte Rand wird in vertiefter Schrift die Worte: VIRIBUS

UNITIS enthalten.

^{*)} Bezüglich der Ausprägung gleicher Goldmünzen in Ungarn sieh' den Gesetartikel XII vom Jahre 1869 (Seite 50).

**) Sirh' Seite 1 und 10.

Die Abweichung in mehr ober weniger barf bei ber Ausprägung weber im Gewichte, noch im Feinhalte zwei Tausenbtheile überschreiten.

Bis zur Sinführung ber im Artikel XII bes Gesehes vom 24. December 1867 (R. G. Bl. Nr. 4 v. J. 1868) in Aussicht genommenen Goldwährung bleibt ber Annahmswerth bieser Goldmünzen dem freien Uebereinkommen überlassen.

Der Finanzminister ist mit ber Durchführung Dieses Gesetzes

Franz Joseph m. p.

Sainer m. p.

Breftel m. p.

1) Gefet vom 26. Februar 1881,

betreffend bie gulaffige Abweichung im Feingehalte bei ber Ausprägung ber Golbmungen gu Acht Gulben und gu Bier Gulben.

R. G. Bl. Nr. 16, S. 29; - F. M. B. Bl. Nr. 9, S. 33.

Mit Bustimmung beider Hauser bes Reicherathes finde Ich anguordnen, wie folgt:

Die Abweichung im Feingehalte bei ber Ausprägung ber Golbmunzen zu Acht Gulben und zu Bier Gulben darf fortan Ein Tausendtheil nicht überschreiten.*) — Hiedurch tritt die entgegenstehende Bestimmung bes Gesehes vom 9. März 1870 (R. G. Bl. Nr. 22) außer Wirksamkeit.

Der Finanzminister ist mit ber Durchführung bieses Gesehes betraut.

fcang Joseph m. p.

Zaaffe m. p.

Dunajewsti m. p.

(9) F. M. Erlaß vom 23. November 1870, B. 4349-F. M.**) Bewerthung ber Goldmünzen zu Acht Gulben ober Zwanzig Franes, bann zu Bier Gulben ober Zehn Francs, in Silber öfterr. Währung.

F. M. B. H. Rr. 43, S. 212.

Vom 1. December 1870 an sind bei den in Silber fälligen Zahlungen an k. k. Cassen die auf Grund des Gesetzes vom 9. März 1870 ausgeprägten Goldmünzen zu Acht Gulden (gleich Zwanzig Franken) mit Acht Gulden zehn Kreuzer in Silber ö. W., und jene zu Vier Gulden (gleich Zehn Franken) mit Vier Gulden fünf Kreuzer in Silber österr. Währung zu bewerthen. 1)

Bis auf Beiteres können die in Rede stehenden Goldmunzen bei Zahlungen ber k. k. Cassen an Parteien nur dann verwendet werden,

**) 3m B. Bl. ist irrig bie Bahl 3149-F. M. angegeben, Sieh' Rote B, Seite 51 .

^{*)} Die gleiche Bestimmung enthält der ung. Gesehartikel VIII vom Jahre 1881 (Landesgeseh-Sammlung v. J. 1881, S. 38).

wenn die Parteien mit der Annahme jener Müngen und mit der oben festgeseten Bewerthung einverstanden find.

Dieselbe Bewerthung und der gleiche Vorgang hat auch bezüglich

ber gleichartigen Goldmünzen ungarischen Gepräges zu gelten.

1) Mit bem F. M. Erlage vom 18. Märg 1877, B. 1675-F. M. wurden fammtliche Finang-Landesbehörden beauftragt, die Caffen, bei welchen laut Kundmachung des F. M. vom 27. Jänner 1877, 8. 710-F. M. (F. M. B. Bl. Ar. 24, S. 5) die Coupons der Golds rente-Obligationen ober die Binfen ber auf Namen lautenden Goldrente-Obligationen zur Rablung gelangen können, anzuweisen, daß die Zwanzig-Franken oder österr.=ung. 8 fl.=Bolbstücke bei Auszahlung obiger Zinsen an die Parteien nur mit 8 fl. ö. 28. Gold zu rechnen und bem entsprechend in ber besonders zu eröffnenden Gold-Colonne bes Credit-Journales in Ausgabe zu journalifiren find.

Da jedoch mit dem Erlaße vom 23. November 1870, Z. 4349-F. M. die Bewerthung ber Goldmungen ju 8 fl. ober 20 Francs mit 8 fl. 10 fr. Silber fixirt murde, fo ift ber verbleibende Reftbetrag von 10 fr. per Stud im Finang-Ctat-Journale gur Laft ber allgemeinen

Caffenverwaltung als Mung-Berluft in Ausgabe zu ftellen.

(10) Verordnung der Ministerien der Finanzen und des Handels vom 27. December 1878 (J. 6295-F. M).,

betreffend die Onrchführung des allgemeinen Zolltarifes für das öfterreichisch-ungarische Bollgebiet vom 27. Juni 1878 (R. G. Bl. Rr. 67) über die Einhebung der Zölle in Gold.

R. G. Bl. Nr. 142, S. 455; *) — F. M. B. Bl. Nr. 45, S. 525.

Im Einvernehmen mit den königlich ungarischen Ministerien der Finanzen und des Handels werden zur Durchführung der Bestimmung des Artikels XIII des allgemeinen Zolltarifes für das österreichisch= ungarische Zollgebiet vom 27. Juni 1878 [R. G. Bl. Nr. 67], **) betreffend die Ginhebung der Gin- und Ausfuhrzölle, bann bes Bag-, Siegel- und Zettelgelbes in Golbmunge, folgende Anordnungen aetroffen:

1. Die Ein- und Ausfuhrzölle, dann das Wag-, Siegel- und Rettelgeld sind vom 1. Fänner 1879 angefangen in Goldmunge ***) ober

****) Im Grunde der Allerhöchsten Entschließung vom 3. Juli 1854 wurde mit dem F. M. Erlaße vom 5. (im R. G. Bl. ist unrichtig angeführt das Datum vom 4.) Juli 1854, B. 12025-F. M. (R. G. Bl. Nr. 160, S. 644; F. M. B. Bl. Nr. 52, S. 383) angeordnet, daß vom 1. August 1854 an, die Ein-, Aus-

^{*)} Die mit # - # bezeichneten Abfațe find im R. G. Bl. nicht abgebrudt. **) Un die Stelle bes Gefetes vom 27. Juni 1878, betreffend ben allgemeinen Bolltarif des öfterreichisch-ungarischen Zollgedietes, ist das Geset vom 25. Mai 1882 (R. G. Bl. Nr. 47, S. 119; F. M. B. Bl. Nr. 16, S. 103) getreten.
Die Artisel XIII und XIV des Gesets vom 27. Juni 1878 entsprechen wörtlich den Artiseln XIV und XV des Gesets vom 25. Mai 1882.

Silber mit einem Aufgelbe zu entrichten, das nach dem Monatsburchschnittscurse der 20-Francsstücke (8-Guldenstücke) an der Wiener Börse im vorausgegangenen Monate im Verhältniße zum Monatsdurchschnittscurse des gemünzten Silbers von Monat zu Monat festgesetzt und verlautbart wird.

Gleiches gilt bezüglich der Sicherstellungen der genannten Zoll-

und Nebengebühren, die in Barem geleiftet werden.

2. Als eine Zahlung in Gold wird nur jene angesehen, welche in den in beiliegender Tabelle A aufgeführten Goldmünzen nach dem dort

angegebenen Werthe geleiftet wird.

Diese Goldmünzen sind auch zu Zahlungen an Parteien, welche im Bollverfahren in Goldmünze zu leisten sind, zu verwenden und müssen von den Parteien zu dem angegebenen Werthe angenomsmen werden. 1)

Die Zulassung anderer, als der in der Tabelle benannten Gold-

münzen zu Zollzahlungen bleibt vorbehalten.

Es dürfen nur vollwichtige Goldmünzen angenommen werden. Rücksichtlich der annehmbaren Minimalgewichte derselben hat die erwähnte Tabelle zur Richtschnur zu dienen.

Mit bem F. M. Erlaße vom 23. September 1858, Z. 4676-F. M. (R. G. Bl. Nr. 161, S. 520; F. W. B. Bl. Nr. 45, S. 339) wurden in Folge All. Genehmigung vom 21. September 1858 die Zollämter ermächtigt, die auf österr. Währung lautenden Banknoten vom 1. November 1858 angefangen bei Zollzahlungen anzusnehmen. Mit dem F. M. Erlaße vom 30. December 1858, Z. 6677-F. M. (F. M. B. Bl. v. J. 1859 Nr. 1, S. 4) wurde die Annahme der auf Conv. Münze lautens

ben Banknoten bei Bollzahlungen vom 1. Janner 1859 gestattet.

In Folge der Allerhöchsten Entschließung vom 11. April 1859 hat das F. M. mit dem Erlaße vom 29. April 1859, B. 2406-F. M. (R. G. Bl. Nr. 70, S. 185; F. M. B. Bl. Nr. 20, S. 91) angeordnet, daß die Ein-, Aus- und Durchssülle, dann das Wags-, Siegels und ZettelsGeld vom Tage, an welchem die bezügliche Weisung den Zollämtern zugekommen ist, ausschließend in Silbersmünze oder in verfallenen Coupons des Nationalanlehens (sieh Note **), Seite 163) einzuheben sind.

Als zur Annahme geeignet wurden jene Silbermunzen erklärt, welche nach dem der F. M. Verordnung vom 12. August 1858, J. 3836-F. M. [sieh' Note*), S. 14] beigefügten Berzeichniße unter lit. A und B als gesetzliche Münzsforten im Reiche galten. Die Gebarung mit diesen Münzen war mit dem F. M. Erlaße vom 30. April 1859, J. 2406-F. M. (H. W. B. Bl. Ar. 20, S. 92) geregelt.

Sieh' auch bie Note ***), Seite 16.

A. Tabelle

über Bewerthung und Minimalgewicht *) der zu Bollzahlungen verwendbaren Goldmünzen.

		Wer in G		Mir	imalgen	oicht
Boft±Rr.	Benennung der Münze	per 1 St	c .	für 1 Stüd		ganze Iten
gog.		fī.	łr.	Gramm	Stild	Gramm
1	Desterr. und ung. Dukaten	4	74	3.487	1.000	3487
2	Goldstücke, öst. u. ung. à 8 fl	8		6.440	50 0	3220
3	"""à4"···	4		3·2 20	1.000	322 0
4	20-Francstüde französischen, belgis schen, italien., schweizerischen, rumänischen u. fürstlich Wonaco' schen Gepräges	8	•	6·440	5 00	3220
ŏ	10-Francftüde franzöß, belg., ital., schweiz. und rumänischen Ge- präges	4	٠	3 ·220	1.000	3220
6	5-Francstüde französ, belg., ital., ichweiz. u. rumän. Gepräges	2		1.600		
7	20-Markstücke	9	88	7·95 0	500	3975
8	10-Markstücke	4	94	3·975	1.000	3975
9	5=Marfftücke	2	47	1.987	2 000	3975

3. Zu Zahlungen in Silber bürfen nur die im beigeschlossenen Berzeichnisse B benannten Silbermünzen mit dem dort angegebenen Cassenwerthe angenommen und gegeben werden. **)

Alle bisherigen Bestimmungen über bie Gerwendbarkeit auslänbischer Silbermungen zu Zahlungen werden hiermit außer Birksam-

feit gefett. ***)

^{*)} Sieh' den F. M. Erlaß vom 10. Jänner 1879, J. 240-F. M. (Seite 46).
**) Bergleiche die F. M. Erläße vom 8. Wai 1879, J. 2567-F. M., und vom 1. August 1886, J. 3335-F. M. (Seite 56).
***) Sieh' Note *), Seite 15; und Note *), Seite 16.

B. Verzeichniß

der zur Bollzahlung zugelassenen Silbermungen.

I. Inländische Münzen, an nach dem kaiserlichen Kat 19. September 1857, bes weise dem ungarischen artikel VII vom Jahre	ente '1 ziehur Gesetz	vom 1gs= =	II. Şulänbifche Münzen ber (währung	Convent	ion§=
Benennung	Weri öft.		Benennung	Wertl öft.	
	fî.	fr.		Ħ.	fr.
2 fl.=Stüd	2 1 	25	20 frStüd älteren Ge- präges		10 5 35 34 17 8 ¹ / ₂ 5 30 12 55

Das Aufgeld ift von jedem Betrage, welcher in Goldmunze zu leisten ift, jedoch nicht in Goldmunge entrichtet wird, zu berechnen und

in Silber einzuheben.

Bruchtheile eines Kreuzers, welche sich bei der Berechnung des Aufgeldes ergeben, find nach ber Bestimmung im Artikel XIV bes Eingangs bezogenen Gefetes zu behandeln. * Bur Erleichterung in ber Berechnung des Aufgeldes dient die beigeschlossene Tabelle. **)

^{*)} Diese 8 Seiten in quarto umfassende Tabelle C wird hier nicht abgebruckt. In berselben ist das Aufgeld (Agio) für 1 bis 99 Kreuzer, für 1 bis 100 Gulben, dann für die Hunderte von Gulben bis Tausend Gulben unter Zugrundelegung des Curses von 1 bis 20 Percent berechnet. Da gegenwärtig dieses Percent iberschritten ist, so mussen in dieser Tabelle zwei Zissernansätze gefunden und addirt werben.

Das für jeden Monat festgesette Aufgeld ist in den Amtsräumen öffentlich zu verlautbaren, * ferner in den während des Monats zur Berwendung gelangenden Registern, Journalen, Gebarungsausweisen

u. bal. ersichtlich zu machen. *

4. Zur Ausgleichung von Reftbeträgen unter 25 Kreuzern tann sowohl bei ber Ausgabe, wie bei ber Einnahme Scheidemunze öfterreichisch-ungarischen Gepräges nach dem vollen Nennwerthe verwendet werden. Es gilt dieß jedoch nur von der Gesammtsumme der für jede Expedition in klingender Münze zu leistenden Zahlung.

* 5. In den Registern sind die nach dem Tarife entfallenden Gebühren ohne Rücksicht auf die Baluta, in welcher die Zahlung geleistet wird, jedoch getrennt nach Gold und Papier einzustellen und gleichmäßig in die Journals zu übertragen. Es entfallen zum Beispiele

nach bem Tarife an Zoll 51 fl. 70 fr.

Würde nun die Zahlung bei einem Aufgelde von 15 Percent in Silber geleistet, so entsiele an Aufgeld (für 51 fl. 85 fr.) 7 fl. 78 fr. in Silber, oder würden 50 fl. in Gold gezahlt, so betrüge das Aufgeld (für 1 fl. 85 fr.) 28 fr. in Silber; es hätte daher die Partei im ersteren Falle 59 fl. 63 fr. in Silber, im zweiten Falle 50 fl. in Gold und 2 fl. 13 fr. in Silber und in beiden Fällen überdieß 15 fl. 64 fr. in Papier zu zahlen.

Der Betrag des entrichteten Aufgelbes ist, wenn die Waarenerklärung schriftlich eingebracht wurde, in beiden Exemplaren der ämtlichen Ausfertigung, bei mündlichen Erklärungen aber in einer der ohne Aufschrift vorhandenen Rubriken des betreffenden Registers und in der ber Partei auszufolgenden ämtlichen Ausfertigung einzustellen.

In den den Parteien auszufolgenden ämtlichen Ausfertigungen ist das jeweilige Agio, wenn ein Aufgeld entrichtet wurde, auch in

Bercenten ausgebrückt, stets beutlich anzusepen.

Das wirklich erhobene Gold, Silber und Papier wird in bem Cassastands-Ausweise und in ber nach Absat 7 bieser Berordnung zu

führenden Nachweisung ersichtlich gemacht.

Wird zur Rechnungsprobe das wirklich erhobene Gold nach dem Monatscurse des Aufgeldes in Silber umgerechnet oder umgekehrt das eingehobene Silber durch Abzug des eingehobenen Aufgeldes auf Gold reducirt und auf die Eingänge in Papier Rücksicht genommen, so müssen der tägliche Cassa und der Registerabschluß der Tageseinnahme bis auf verschwindend kleine Bruchtheile miteinander übereinstimmen.

6. In dem Haupt-Empfangsjournale werden die Tagesergebniffe

nach den Registerabschlüssen eingestellt.

Bur Herstellung der täglichen Rechnungsrichtigkeit in Absicht auf die Baluta wird in dem Hauptjournale, beziehungsweise im Etatjournale jener Betrag in Gold, welcher in Silber mit Aufgeld eingehoben wurde, in Ausgabe gestellt, dagegen der in Silber mit Aufgeld ein-

gehobene Betrag in Empfang genommen.

In dem Hauptjournale können auch ferner in der Aubrik "zussammen" die in klingender Münze eingegangenen Beträge mit den in Bankvaluta eingenommenen Beträgen vereint nachgewiesen werden; dagegen müssen in dem Cassaks-Ausweise, und in der nach Absak 7 dieser Berordnung zu führenden Nachweisung an jedem Tage die in Gold, Silber und Scheidemünze, dann die in Bankvaluta eingehobenen Beträge abgesondert ausgewiesen erscheinen. In dem von den aussübenden Aemtern zu führenden Ctat-Subjornale für das Zollgefälle sind die Empfänge und Ausgaben in klingender Münze, gesondert nach Gold und Silber, und abgesondert von den Empfängen und Ausgaben in Bankvaluta zu verrechnen.

7. Ueber die täglichen Einnahmen an Gebühren, welche in Goldsmünze zu entrichten sind, und über die mit dem Schluße jedes Tages vorhandenen Beträge an Golds, Silbers und Scheidemünzen und Papier ist nach dem beigeschlossenen Formulare D eine Nachweisung zu führen, in welcher auch die in Anerkenntnissen vorhandenen geborgten Beträge ersichtlich zu machen sind.

Diese Nachweisung ist bei Cassa-Scontrirungen, sowie bei ben vorgeschriebenen monatlichen Amtsuntersuchungen zu prüfen und zu

bestätigen und monatlich mit ben Bollrechnungen einzusenben.

Diese Nachweisungen sind, nachdem sie vom Landes-Rechnungsbepartement benützt und beamtshandelt worden sind, mit den Zollregistern für den betreffenden Wonat an das Fach-Rechnungsdepartement III des Finanzministeriums einzusenden.

8. Die eingegangenen Gold- und Silbermünzen sind so oft als möglich, und mit Beachtung der etwaigen Silberzahlungen an die im Auslaude exponirten Beamten und Angestellten, dann der bevorsstehenden Rückzahlung barer Zollsicherstellungen jederzeit abzuführen.

Bei Geldabfuhren sind in dem, in doppelter Aussertigung einzusendenden Gegenscheine die Gold-, Silber- und Scheidemünzen abgesondert ersichtlich zu machen, und ein von der Casse mit der Empfangsbestätigung versehenes Exemplar desselben ist der laut vorstehendem Absah 7 zu führenden Nachweisung beizuschließen.

(5.) Bare Sicherstellungen sind in der Regel in gleicher Baluta, in welcher sie erlegt wurden, zurückzustellen. Die Zurückstellung einer in Gold geleisteten Sicherstellung in gleicher Münze bei einem anderen Amte, als demjenigen, bei dem der Erlag stattsand, kann jedoch nur dann geschehen, wenn das Amt mit Goldmünzen derselben Art versehen ist.

18... für das Bollgefäll eingeflossenen Geträge an Cold-, Silber- und Scheidemünzen und Papier. (Agio 15 Percent.) D. Machweisung

					_			-
6 5		£ 32		2 -		Post		-
Somit ver Einnahme 5. Fainer	Ausgabe: 5. Fänner	3. <i>"</i>		1879 1. Jänner 2. "		und Tag	Monat	22
Somit verbleibt Rest ahme Einnahme- Anner Register Bormert-Reg.	Abfuhr Laut Gegenschein	Bebengebühren Bebengebühren Einnahme-Reg.	Begleitschein= Ausfertigungs-Reg.	Einnahme-Reg.		Gattung Gattung	3	33
75 1		1 34 73	ш.	21		bon Nr.		
99 ·		75 75	11	ಜ಼ .		bis Nr.	ଜ	
355 88	•	5 72 1615 75 28	100	51 730	71.	Gold	Expedition	4
78 22	•	45 88	16	ಜ್ಞ <u>ಹ</u>	Ťr.	₽	tion	
. 42	•	18) 202 15 1817 28	•	15	7º.	Papier		
. 63	•	15	52	\$ \$ \$	Ť.			_
486	•) 1817 28	748	67	77.	Gejam Tage einna	mt= \$=	5
63	•	. ພ	. 14	49	fr.	einna	hme	
	1422 1400	1000 28	52 748 14 344	50	ī.	বা০জ	300	9
		•	•	•	Ħ.	6	ଞ	
69 510	11 6 9 1100	708	458	22_	11.	Silber	գիլութ ։	7
50	• •	25	75		Ħ.		bes s	
23 42	223 200	708 25 202 16	5	15 77	11.	Papier: und Scheibe= münzen	Tages	œ
16 73	. 16	16 •	23	77	Ťť.	münzen	anif	
114 553	2814 2700	1910 28	807	67	fî.	3u\ammen	Mit Schluß bes Tages find vorhanden	9
16 23	16 • •	41	98	67 77	řr.	men)en	

Ist das Amt mit Goldmünzen derselben Art nicht versehen, so hat die Zurückerstattung in anderen zulässigen Goldmünzen (Beilage A) und wenn beim Amte überhaupt keine Goldmünzen sieh vorsinden, die Partei aber die sofortige Rückerstattung wünscht, in Silber mit dem laufenden Aufgelde stattzusinden.

* Bei Zurückerstattung von bei einem Amte der anderen Reichshälfte erlegten baren Zollsicherstellungen ist eine Ausgleichung zwischen

beiden Theilen des Reiches nicht nothwendig. *

9 (6). Die Bestimmungen über die Zulässigeit der Unnahme gewisser Werthpapiere als Zollsicherstellungen bleiben unberührt.*) Doch ist bei Feststellung des Annahmewerthes solcher Werthpapiere in der Art vorzugehen, daß der in Kapieren nach dem jeweiligen Tagescurse angebotene Werth, zuzüglich der bis zum Erlagstage darauf haftenden fälligen und allenfalls nicht behobenen und auch nicht verjährten Zinsen in Noten nach dem am Erlagstage bestehenden Durchschnittscurse von Geld und Waare der 20-Francisstücke zu berechnen ist.

Die Partei ist verpflichtet, den Tagescurs, falls er dem Amte nicht bekannt ist, authentisch, das ist durch Vorweisung des Amtsblattes

oder des Curszettels der Börse nachzuweisen.

Die in Werthpapieren geleistete Sicherstellung wird stets von dem Erlagsamte an Denjenigen, der dieselbe erlegte, rückerstattet.

- 10 (7). Kückzahlungen von ungebührlich geleisteten Beträgen (Guthabungen) sind in derselben Valuta zu leisten, in welcher sie gezahlt wurden. Kann die Partei nicht nachweisen und kann auch aus den ämtlichen Vormerken nicht erhoben werden, in welcher Valuta die Zahlung geleistet wurde, so wird der Betrag in Silber mit jenem Aufgelbe rückerstattet, welches zur Zeit des Erlages, eventuell bei creditirten Gebühren zur Zeit der Creditirung, bestand.
- 11 (8). Die unter der Wirksamkeit des neuen Tarifes creditirten Bölle sind in Gold oder in Silber mit jenem Aufgelde zu zahlen, welches zur Zeit der Creditirung bestand.

^{*)} Die mit der Allerhöchsten Entichließung vom 12. Mai 1856 (F. M. Kundmachung vom 20. Mai 1856, J. 7867-F. M. — R. G. Bl. Ar. 86. S. 307; F. M. B. Bl. Ar. 23, S. 137) versuchsweise gestattete, mit dem F. M. Erlaße vom 4. Jänner 1860, J. 161 (R. G. Bl. Ar. 8, S. 7; F. M. B. Bl. Ar. 2, S. 8) ncch während weiterer zwei Jahre im Grundsaße aufrecht erhaltene Creditirung fällige. Einfuhrzollbeträge wurde mit der Allerhöchsten Entschließung vom 6. Jänner 1862 (F. M. Erlaß vom 15. Jänner 1862, J. 2407 — R. G. Bl. Ar. 6, S. 15; F. M. B. Bl. Ar. 4, S. 19) desinitiv genehmigt.

Mit dem F. M. Erlaße vom 7. Jänner 1879, J. 23840 (F. M. B. Bl. Ar. 5, S. 57) wurden an Stelle der mit dem Erlaße vom 20. Mai 1856, J. 7867-F. M.

Mit dem F. M. Erlaße vom 7. Jänner 1879, 3. 23840 (F. W. B. Bl. Nr. 5, S. 57) wurden an Stelle der mit dem Erlaße vom 20. Mai 1856, 3. 7867-F. M. mitgetheilten Formulare für Hypothefar-Cautions, Creditspapier-Berpfändungs- und Solidarhaftungs-lukunden bei Bollborgungen neue Formulare vorgeschrieben, und mit dem F. M. Erlaße vom 4. Juli 1883, 3. 11663 die Berthpapiere namhaft gemacht, welche außer den im §. 137 Uhs. b der Jolls und Staatsmonopolsordnung, dann im §. 7 Abs. a des obgedachten F. M. Erlaßes vom 15. Jänner 1862, 3. 2407 ausgeführten Werthpapieren zur Leistung der Zollsicherstellung zuzulassen sind.

12. Bezüglich der Uebernahme, Sortirung, Verwahrung und Abfuhr der eingegangenen Gold- und Silbermünzen ist sich nach den bestehenden Vorschriften zu benehmen.

Eine Berwechslung dieser Münzen ist den Zollbeamten nicht

gestattet, und wird als schweres Dienstesvergeben bestraft.

Die gleiche Strafe trifft benjenigen Beamten, ber sich erlaubt, mit den eingegangenen Gelbern zu agiotiren. *

1) Das F. M. hat mit dem Erlaße vom 5. September 1879, B. 9308 über die Anfrage einer Finanz-Landesdirection bemerkt: daß im Reisenden verkehr nach dem F. M. Erlaße vom 29. Juli 1854, B. 13742, Punct 4 (F. M. B. Bl. Ar. 60, S. 436) es keinem Anstande unterliegt, einen Mehrbetrag in Goldmünzen durch Rückftellung von kleineren Goldmünzen, sofern sie vorhanden sind, oder von Silber mit Ausgeld ausgleichen zu lassen.

Es muß jedoch dieser Borgang bei mündlichen Erklärungen [F. M. Erlaß vom 7. Juni 1853, §. 3 lit. a) zum §. 63 ber B.- und St.-Monopols- ordnung (R. G. Bl. Nr. 104, S. 522)], welche im Reisendenverkehr die Regel sind, in der Anmerkung zur bezüglichen Einnahme-Registerpost, ferner in der gemäß der Berordnung vom 27. December 1878 zu sührenden Nachweisung D, sowie in der Münzliste des betreffenden Tages ersichtlich gemacht und entsprechend controlirt werden.

(11) f. M. Erlaß vom 10. Janner 1879, B. 240-F. M. Minimalgewicht ber Golbftude.

3. M. B. Bl. Nr. 8, S. 65.

Das in der Tabelle A zu der Berordnung der Ministerien der Finanzen und des Handels vom 27. December 1878 über die Einshebung der Zölle in Gold *) für ein Stück und für ganze Posten sests gesetzte Minimalgewicht der dort aufgeführten österreichischen und ungarischen, französischen, belgischen, italienischen, schweizerischen, rumänischen und fürstlich Monaco'schen, dann deutschen Goldstücke wird hiermit für alle Fälle des Borkommens dieser Münzen bei k. k. Cassen vorgezeichnet.

(12) F. M. Erlaß vom 7. April 1879, B. 1580-F. M., betreffend die Annahme ber Zwanzig-Francksstüde fürftlich Monaco'schen Gepräges.

F. M. B. Bl. Nr. 25, S. 198.

Mit Bezug auf die Berordnung vom 27. Dezember 1878 (R. G. Bl. Nr. 142), womit die 20-Francsstücke fürstlich Monaco' schen Gepräges gleich den 20-Francsstücken französischen, belgischen,

^{*)} Sieh' Seite 38.

italienischen, schweizerischen und rumänischen Gepräges als zu Zollzahlungen verwendbar erklärt wurden; wird hiermit auch verfügt, daß die 20-Francsstücke fürstlich Monaco'schen Gepräges von allen Staatscassen mit dem Minimalgewichte und zu dem Cassencurse, welcher für die 20-Francsstücke französischen, belgischen, italienischen, schweizerischen und rumänischen Gepräges sestgestellt ist, regelmäßig anzusnehmen sind.*)

(13) F. M. Erlaß vom 18. Jänner 1879, J. 398-F. M. Berrechnung ber Differenzen zwischen bem zolltarismäßigen und bem eassamäßigen Werthe ber zu Bollzahlungen verwendeten Goldmünzen. F.W. B. Bl. Rr. 9, S. 69.

Im Einvernehmen mit dem k. k. Obersten Rechnungshose für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder wird bestimmt, daß vom 1. Jänner 1879 angesangen die Disserazen, welche sich zwisschen dem mit der Verordnung der Ministerien der Finanzen und des Handels vom 27. December 1878, 3. 6295-F. M. **) sestgesetzten Werthe der zu Zahlungen verwendbaren Goldmünzen und dem in den F. W. Verordnungen vom 20. December 1868, 3. 3344-F. M., 1) und vom 23. November 1870, 3. 4349-F. M. ***) bezeichneten Werthe derselben dei den Absuhren an die Ländercassen, beziehungsweise Staatsscentralscasse herausstellen, im Finanzetat, außerordentliches Bedeckungscapitel 19 (Zoll) unter einem besonderen Titel 2 †) "als Einnahme aus der Tarisirung der zu Zollzahlungen verwendbaren Goldmünzen" zu verrechnen sind. ††)

Diefe Gebarung ift in ber entfprechenden Colonne des Finanzetat=Subjournales für das Zollgefälle und des Haupt-Empfangs-journals in Empfang zu stellen und in den in duplo auszufertigenden Gegenscheinen die Differenzen nach den einzelnen Münzgattungen gleichsfalls ersichtlich zu machen.

Den Unterschied zwischen dem zolltarif- und dem caffamäßigen Werthe der gedachten Goldmünzen zeigt die folgende Tabelle.

^{*)} Serbische Goldmünzen zu 20 und 10 Dinare (Francs) sind laut Gesets vom 10/22. December 1878 nach demselben Systeme, wie es mit dem am 23. Decemser 1865 in Paris zwischen Frankreich, Belgien, Italien und der Schweiz abgeschloßenen Münzvertrage geregelt wurde, ausgeprägt. Deren Berwendbarkeit zu Zollzgahlungen ist bis jest nicht ausgesprochen worden.

^{**)} Sieh' Seite 38. Bergleiche F. M. Erlaß vom 10. Jänner 1879 (S. 46). ***) Sieh' Seite 37.

^{†)} Gegenwärtig "Titel 3" laut Boranschlags für das Jahr 1886 (R. G. Bl. Nr. 59, S. 177; F. M. B. Bl. Nr. 14, S. 87).

^{††)} Bergleiche ben F. M. Erlaß vom 18. März 1877, B. 1675-F. M. (Seite 38), in Betreff ber Verrechnung ber 8 fl.-Golbstüde, welche zur Einlösung ber Zinsen von Golbrente-Obligationen verwendet werden.

Vergleichungs - Cabelle des zollfarifmäßigen und des cassamäßigen Silberwerthes der zu Bollzahlungen verwendbaren Goldmünzen.

Bezeichnung ber Münze	Tarifinäßi ger Werth für ZoII- zahlungen per Stück	dgi- gen	Caffa- mäßiger Werth	12) 13) 13)	Differenz per Stück	eng.	Sarifm per Post	äßiger Wei Betrag	Berth ag	Tarifmäßiger Werth Cassamäßiger Werth per Betrag per Betrag	ißiger Wer Betrag	derth)	Differenz per Post	enz ioft
	fí.	fr.	Ñ.	łr.	Ñ.	łr.	" C.u.	Ñ.	řr.		fl.	Ħ.	Ñ.	Ťr.
Desterreichische und ungarische Ducaten	4	74	4	80	•	6	1000	4740		1000	4800	٠	60	
Golbstücke österreichische und ungarische Goldstücke à 8 st	o o .		%	10	•	10	500	4000	•	500	4050	•	50	
Goldstücke öfterreichische und ungarische Goldstücke à 4 fl	4	•	*	σı	:	5	1000	4000	•	1000	4050	•	50	
20-Francsstüde, französische, italienische, belgische, schweizerische, rumanische monaco'iche	∞	•	&	10	•	10	500	4000	•	500	4050		50	_
10-Francsstüde, französische, italienische, belgische, schweizerische, rumanische, monaco'sche	4	•	44	57	•	<u>o</u>	1000	4000	•	1000	4050		50	
5-Francsstücke, französische, italienische, belgische, schweizerische, rumanische,					,									
monaco'stipe	20	•	×	2.5	•	2.5	2000	4000	•	2000	4050	٠	50	
20-Markftüde	9	&	10	•		12	500	4940		500	5000		60	
10-Markftide	*	94	51	•	•	6	1000	4940	•	1000	5000		60	
5-Markstüde	100	47	100	50	•	లు	2000	4940	•	2000	5000	·	60	_

. 74 fr. öfterr. 28.

1) Bezüglich ber Bewerthung ber Goldmungen erfloßen:

A. J. M. Erlaß vom 20. December 1868, J. 3344-F. M. *) F. W. B. Bl. Rr. 49, S. 318.

Bom 1. Janner 1869 an werben für die nachbenannten Goldsmungen die hier folgenden Werthbestimmungen in Silber ö. B. eintreten.

Es ist zu	bered	hnen:	ber	Dı	ıcaten	**)		zu	4	fl.	80	fr.	in	Silber
die Aro ne				•			•	,,	13	,	95	,,	,,	,,
das Zwanzig=F1	canker	ıstück						r	8	,,	_	,,	n	,,
das Zwanzig=Li	restüd	ŧ.						,,	8	,,			,,	
der Sovereign								"	10	"	8	н	,	*
der Halb=Imper	rial			•				"	8	"	26	"	*	н
Gold-Theilstücke	ober	Biel	jache	der	felben	find	im	B	erhi	iltn	ıiße	zu	ber	echnen.
				_								-		-

Bei Ausgleichungen mittels Scheibemunge find zu berechnen:

awei Francs au

0													- 1	
ein Franc zu														
0.20 Leauc In		•		•			•	•		•	18	,,	"	"
0.50 " "	•										7	H	"	n

^{*)} Die Beftimmungen bes Erlaßes vom 20. December 1868, 3. 3344-F. M. wurden, was die Franck-(Lire-) Stlide betrifft, mit Erlaß vom 12. Juli 1873, (sieh' Seite 51) abgeändert. Belangend den Werth der Ducaten, so besteht der Erlaß vom 20. December 1868 in Araft. (Sieh' die Tabelle Seite 48). Die übrigen in diesem Erlaße angesührten Münzen werden gegenwärtig von den Staatscassen nicht angenommen. Bergleiche die F. M. Berordnung vom 27. December 1878 (Seite 38).

In dem Artikel 18 des Minzvertrages vom 24. Jänner 1857 (fieh' Seite 1) wurde bestimmt: daß die vertragenden Staaten außer den "Kronen" und "Halben Kronen" andere Goldmünzen werden nicht ausprägen lassen. Ausnahmsweise hat sich Desterreich vorbehalten, Ducaten in disheriger Weise dis zum Schluße des Jahres 1865 auszuprägen. Laut Erlaßes des Ministeriums des Aeußeren und der Finanzen vom 24. April 1866 (R. G. Bl. Nr. 52, S. 133) ist die kalferlichsösterr. Regierung mit den übrigen im Münzvertrage betheitigten Regierungen über nachstehende Aenderung des zweiten Absatzes des Artikels 18 übereingekommen:

"Der Termin, bis zu welchem es Desterreich vorbehalten bleibt, Ducaten in ber bisherigen Beise auszupragen, wird bis zum Schluße bes Jahres 1870

^{**)} Die Ausprägung der Ducaten und das gesetlich zulässige Calo (Abgang) im Berkehre waren mit dem Münzpatente vom 22. October 1735 (Codex austr. IV, pag. 885); der Alh. Entschließung vom 15. September 1755, kundgemacht mit der Berordnung vom 4. November 1755; der Berordnung vom 27. December 1755 (Codex austr. V, pag. 1073 und 1085); den Patenten vom 17. April 1771, 12. Jänner 1786, und 18. Jänner 1787 (Kaiserin Maria Theresia Gesets Bb. 6, S. 339, — Kaiser Josef II. Gesets Bb. 11, S. 316, Bb. 14, S. 222) geregelt. In Artisel 20 des kais. Patentes vom 19. September 1857 (sieh Seite 9)

Im Artifel 20 bes kais. Patentes vom 19. September 1857 (sieh' Seite 9) ist ber Feingehalt bes Ducaten angegeben. Rach der Bestimmung des F. M. Erlaßes vom 8. October 1858, J. 51036 (F. M. B. Bl. Rr. 49, S. 382) ist ein Münzpfund (= 500 Grammen) seinen Goldes = 145·2594 Stüd Ducaten. Aus einem Kilogramm (= 1000 Grammen) seinen Goldes werden daher 290·5188 Stüd Ducaten geprägt. Die zulässige Fehlergrenze beträgt sowohl im Gewichte als im Feingehalte je Ein Tausendtheil. Das Minimalgewicht des Ducaten beträgt 3·487 Gramm (sieh' Tabelle A, Seite 40).

Hierburch werden die bezüglichen Bestimmungen der Berordnung vom 21. October 1862, B. 2674-F. M. (B. Bl. Nr. 45, S. 279) und vom 6. Juni 1866, B. 1039-F. M. (B. Bl. Nr. 27, S. 150), dann des Erlaßes vom 20. October 1858, B. 56557, soweit sie die Tarisirung der hier erwähnten Münzen betreffen, außer Kraft gesetzt.

verlängert." — Diese Beschränkung ist mit bem Austritte Desterreichs aus bem beutschen Münzvertrage (sieh' Seite 2) entfallen, und werben gegenwärtig bei bem Wiener Hauptmünzamte "Ducaten" auf Berlangen ber Parteien, sowie zu Zahlungen bei der Golbeinlösung geprägt (sieh' Seite 54, Abs. 1).

In ben ungarischen Munzstätten können Ducaten geprägt werben. Der §. 3 bes Gesehartikels VII v. J. 1868, über die Form, den inneren Gehalt und das Gewicht ber in den k. ung. Munzämtern zu prägenden Geldmunzen (Landesgesetz-Sammlung für die Jahre 1865/67 und 1868, Peft 1872, Seite 75) bestimmt:

"Der Durchmesser bes Ducatens wird auch fernerhin 19.75 Millimeter, der Feingehalt $\frac{986\%}{1000}$, das Gewicht aber $815\frac{25}{201}$ Richtpsennig sein."

Die weiteren Bestimmungen bieses Gesets, welche auf die außere Form ber in Ungarn zu prägenden Minzen sich beziehen, sind mit dem Gesetztiel XII v. J. 1869 (Landesgeset-Sammlung v. J. 1869, S. 169) theilweise abgeändert worden.

Die im Grunde dieses letzten Gesetartikels, im Sinne des Artikels XII des im XVI. Gesegartikel vom Jahre 1867 enthaltenen Zoll- und Handelsbündnisses sischen Poll- und Handelsbundnisses sausgeprägten "Zehn-Francs-Ducaten" und "Zwanzig-Francs-Ducaten", im Werthe von 4 Gulden und 8 Gulden ö. B. sind mit den obbesprochenen, nach dem Geles-Artikel VII v. J. 1868 geprägten Ducaten nicht zu verwechseln.

Die ung. 10- und 20-Francs-Ducaten entsprechen, was Feingehalt, Gewicht und Durchmesser anbelangt, vollkommen ben im Grunde des Gesetz vom 9. März 1870 (sieh' Seite 36) ausgeprägten öfterr. Golbmunzen zu 4 fl. und 8 fl. ö. 28.

In ben von der Biener Börsetammer ausgegebenen "Bebingungen für den handel in Effecten, Devifen und Baluten ", Wien 1886, sind im §. 17 (Seite 32) für den Berkehr in Baluten folgende Bestimmungen enthalten:

"Als Münzducaten gelten blinkende Ducaten kais. öfterr. Gepräges mit der Juhreszahl des laufenden oder auch des nächstfolgenden Jahres. Solche Ducaten müssen überdieß, um als Wünzducaten lieferdar zu sein, ein Winimalgewicht von 3487 Gramm per 1000 Stück haben. Randducaten können auch weniger wiegen als 3487 Gramm per 1000 Stück, doch ist der Gewichtsabgang zu vergüten. Die Stücke müssen von kais. öfterr. Gepräge und als Münze gut erhalten sein.

Defterr.-ungar. 8 fl.- und 20 Francs-Stücke (ober biesen gleichwerthige Goldmüngen, welche in die lateinische Münzconvention aufgenommen wurden) sind, eine Münzsorte für die andere, auch halbe Stücke (4 fl. - ober 10 Francs-Stücke) je 2 für ein ganzes lieferbar. Bei den übrigen Goldsorten sind 1/2 und 1/2 etilde, wo sie vorkommen, und zwar je 2 halbe ober 4 Biertel für 1 ganzes Stück lieferbar.

Ein Mehrgewicht wird nicht vergutet, ebenso wird ein Gewichsabgang von weniger als einem vollen halben Gramm nicht beruchigt; beträgt ber Gewichts-

Die in den eitirten Berordnungen enthaltene Tarifirung der übrigen hier nicht erwähnten Münzsorten bleibt aufrecht, wiewohl der Annahmswerth der Krone auf 13 fl. 95 kr. erhöht ift.

B. F. M. Erlaß vom 12. Juli*) 1873, B. 3295-F. M.

F. M. B. Bl. Nr. 26, S. 174.

Mit dem Erlaße vom 23. November 1870 wurde der Caffencurs für die Goldmünzen öfterr.-ungar. Gepräges zu Acht Gulden (gleich Zwanzig Franken) mit 8 Gulden 10 Kreuzer ö. W. in Silber, und für jene zu Vier Gulden (gleich Zehn Franken) mit 4 Gulden 5 Kreuzer ö. W. in Silber festgesetzt. **)

Um den Cassencurs der französischen, belgischen, italienischen und schweizerischen Franken-Goldstüde, welche den bezeichneten österr.-ungar. Goldstüden an Feingehalt und Gewicht vollkommen gleich sind, mit dieser Tarifirung in Uebereinstimmung zu bringen, wird für dieselben, in Absänderung der bezüglichen Bestimmung des Erlaßes vom 20. Decemsber 1868, B. 3344-F. M., von nun an folgende Bewerthung in Silber ö. B. sestgeset: Für das Zwanzig Frankenstüd mit 8 st. 10 kr. ö. B. in Silber, für das Zehn Frankenstüd mit 4 st. 5 kr. ö. B. in Silber und für das Fünf Frankens-Goldstüd mit 2 ft. 2½ kr. ö. B. in Silber.

abgang ein volles halbes Gramm ober mehr, so ist derselbe vom Lieferer dem Uebersnehmer zu vergüten, wobei für jedes fehlende volle halbe Gramm:

bei Randbucaten		
" 8 fl und 20 Francs-Stüden	. 31/400 " 20 Francs,	
" 20 Lei= ober 20 Dinar=Stüden	· 81/400 " "	
" 20 Markftücken	. 1/16 ", 20 Martftücks,	
" russ. Imperials		
" engl. Sovereigns	. 1/16 " Sovereigns	
"türk. Goldlire	. 2/89 einer türk. Gold-Lira.	18
zu dem bedungenen Preise zu verguten ift		

*) 3m B. Bl. ift irrig bas Datum "12. Juni" angegeben.

Bon ben mit Geset vom 9. Marz 1870 (sieh' Seite 36) eingeführten Goldmünzen zu 8 fl. und 4 fl. in dem Feingehalte von 900 Tausendtheilen gehen 77½ Stüde zu 8 fl. und 155 Stüde zu 4 fl. auf das Münzpfund. Es entsprechen dieselben nach Feingehalt und Gewicht vollkommen den französischen 20- und 10- Französischen. Nach dem Patente vom 19. September 1857 (sieh' Seite 1) wird das Münzpfund seinen Silbers mit 45 fl. ö. W., und das Münzpfund 1/10 legirten Münzssliders mit 40½ fl. ö. W. ausgeprägt.

Wird nun das Werthverhältniß des Silbers zum Golde mit $1:15^{1}/_{3}$ angenommen (dieses altaccreditirte Verhältniß liegt auch der französischen Doppelwährung zu Grunde), so stellt sich das Münzpfund Feingold $=45\times15^{1}/_{2}=697^{1}/_{3}$ s. B., und das Münzpfund $^{3}/_{10}$ legirten Münzgoldes $=40^{1}/_{2}\times15^{1}/_{2}=627^{3}/_{4}$ s. B. Nun-werden, wie erwähnt, aus einem Münzpfunde $^{3}/_{10}$ legirten Goldes $^{771}/_{3}$ Achtguldeu- oder 155 Viergulden-Stlick geprägt, es stellt sich sonach der 627.75

Gulbenwerth eines Achtgulbenftudes = $\frac{627.75}{77.5}$ = 8 ft. 10 fr. ö. 28., und eines

Biergulbenstüdes = $\frac{627.75}{155}$ = 4 ft. 5 fr. ö. 28.

Mit bem F. M. Erlage vom 23. October 1874, B. 4548-F. M., (F. M. B. Bl. Nr. 31, S. 161) wurde Folgendes bebeutet:

"Mit Bezug auf den Erlaß vom 12. Juli 1873, Z. 3295-F. M., womit angeordnet wurde, daß die französischen, belgischen, italienischen und schweizerischen Goldstüde per zwanzig Franken, zehn Franken und sünf Franken bei Bollzahlungen zu dem jeweilig sestgeseten Cassencurse angenommen werden dürsen, wird hiermit verfügt, daß die erwähnten Goldstüde mit dem in eben jenem Erlaße fizirten Minimalgewichte*) und zu dem jeweilig sestgestellten, zulet mit dem Erlaße vom 12. Juli 1873, Z. 3295-F. M. normirten Cassencurse von allen Staatscassen regelmäßig anzunehmen sind. — Diese Anordnung hat ihre Anwendung auch auf die Franken-Goldstüde Rumäniens zu sinden, sür welche hiermit das gleiche Minimalgewicht und der gleiche Cassencurs, wie sür die betreffenden Münzen der obgenannten Staaten vorgezeichnet wird."

C. J. M. Erlaf vom 17. Juni 1874, I. 2024-F. M.

F. M. B. Bl. Rr. 22, S. 121.

Im Sinvernehmen mit dem k. ung. Finanzministerium wird als Cassenscurs der deutschen Reichsgoldmünzen folgende Bewerthung in Silber ö. B. sestgestellt: für das 20-Markstüd 10 fl. ö. B. in Silber, für das 10-Markstüd 5 fl. ö. B. in Silber, für das 5-Markstüd 2 fl. 50 kr. ö. B. in Silber.

(14) F. M. Kundmachung vom 21. April 1879, B. 2233-F. M. F. W. B. B. H. Ar. 28, S. 212.

Seine k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 8. December 1878 aus Anlaß der Feier der silbernen Hochzeit Ihrer k. und k. Majestäten die Ausprägung einer Geschichtsmünze bei dem k. k. Haupt-Münzamte in Wien allergnädigst zu genehmigen und zu bestimmen geruht, daß diese Geschichtsmünze für die ganze Monarchie zu gelten habe. Dieselbe ist in Silber in der Größe und nach dem Feingehalte der Zweiguldenstücke (Artikel 22 des kaiserlichen Patentes vom 19. September 1857, R. G. Bl. Nr. 169) ausgeprägt und von allen Staatscassen mit dem Betrage von zwei Gulden öfterr. Währ. in Rahlung zu nehmen.

Die Ausstattung ist folgende: Der Avers zeigt das Kopfbild Ihrer Majestäten. Die Figur auf der Reversseite ist der römischen Mythologie entnommen und stellt eine schützende, Glück und Segen bringende

sogenannte Fortuna regia bar.

Die Umschriften lauten: Auf der Aversseite: Franc. Jos. I. D. G. Austr. Imp. Et. Hung. Rex Ap. Elisabetha Imp. Et. Reg. Auf der Reversseite: Quintum. Matrimonii. Lustrum. Celebrant XXIV. Aprilis. MDCCCLXXIX. In Randschrift ist zu lesen: Zwei Gulden. XLV. Két Forint.

^{*)} Abgeändert mit Erlaß vom 10. Jänner 1879 (Seite 46).

(15) f. M. Erlaß vom 8. October 1858, J. 51036.

Bestimmungen über die Einlösung und den Bertauf des Goldes und Silbers bei den t. t. Münz- und Einlösungsämtern, dann über die Prägung ber Medaillen.

F. M. B. Bl. Rr. 49, S. 382.

In Folge des Münzvertrages vom 24. Jänner 1857 und des Allh. Münzpatentes vom 19. September 1857, und vom 27. April 1858*) werden zum Behufe der Golds und Silbereinlösung, dann des Berkaufes von Fein-Gold und Fein-Silber, sowie auch in Betreff der Prägung von Medaillen, Aenderungen in dem bisher beobachteten Bersfahren hinsichtlich des Gewichtes, des Preises, dann der Probenstörneradnahme nothwendig, welche in den nachstehenden Bestimmungen zum einschlägigen Benehmen für die Münzsund Einlösungsämter vorsgezeichnet sind, und vom 1. November 1. J. angesangen, in Wirksamskeit zu treten haben.

Obschon in Folge des kaiserlichen Patentes vom 24. October 1856 (R. G. Bl. Ar. 52 v. J. 1857) die Verpflichtung zur Ablieferung des bei dem Berg= und Waschwerks=Betriebe gewonnenen Goldes und Silbers in die Aerarial-Einlösung aufgehoben, und somit der Kauf und Verkauf des Goldes und Silbers gänzlich frei gegeben ist, 1) werden nach den folgenden Bestimmungen**) die bisher bei den Münz= und Einlösungsämtern bestehenden Einlösungs= und Verkaufspreise im Ganzen belassen, und nur, wo es bei der Umrechnung die nothwendige Abrundung erheischt, Etwas ermäßiget oder beziehungsweise erhöht. 2)

1) Im Art. VI des Patentes vom 24. October 1856 ift angeführt: baß die bisherigen Bestimmungen, wonach es allen Parteien freisteht, Goldund Silber in Barren, in Münzen, in Bruch= und Fadengold und Silber, zur Ausmünzung in gesehlich gangbare Münzen oder zur Berwechslung mit solchen gegen die hiefür vorgezeichneten Gebühren an die f. k. Münzämter abzugeben, durch dieses Patent unberührt und unverändert bleiben.***)

^{*)} Sieh' Seite 1 und 10.

^{**)} Die berufenen Bestimmungen dieses Erlaßes behandeln: I. die Gold- und Silber-Einlösung. II. Berkauf von Fein-Gold und Fein-Gilber. III. Prägung der Medaillen. Die Bestimmungen zu II und III gehören nicht in den Rahmen dieser Zusammenstellung. Die Bestimmungen zu I sind die auf den §. 1, Absat 2, welcher lautet: "Bei der Zahlung mit Goldmünzen sind die Ausgleichungsbeträge unter einer halben Goldstone und beziehungsweise unter einem s. ducaten in Silber- und Scheidemünzen; bei der Zahlung mit Silbermünzen in Scheidemünzen zu berichtigen", mit dem F. M. Erlaße vom 1. November 1875, 3. 19114 (sieh' Seite 54) abgeändert. — Bezüglich der Kronen sieh' Note *), Seite 19.

^{***)} Die Prägung der Biertels, sowie der Eins und Zweis Gulbenftude für Private wurde im J. 1879 bis auf weiteres eingestellt. Es ift bemnach auch die Einlösung bes Silbers in Barren gegen diese Münzen [sieh' Tarif A, a) Seite 55], nicht gestattet.

2) F. M. Erlaf vom 1. November 1875, B. 19114,

an bas t. t. Sauptmungamt in Wien.

In Durchführung des Gesetzes vom 23. Juli 1871 [R. G. Bl. v. J. 1872, Nr. 16]*) und auf Grund des Gesetzes vom 31. März 1875 [R. G. Bl. Nr. 62]**) wird Folgendes bestimmt:

Bom 1. Jänner 1876 an ift sowohl bei ber Ausmünzung als auch im Berkehr mit Barteien bas metrische Gewicht in Anwendung zu bringen.

Demgemäß erfahren bie mit ber Berordnung vom 8. October 1858, B. 51036 mobificirten Bestimmungen folgende Abanderung.

I. Golb: und Gilber-Ginlöfung.

- 1. Bei der Gold- und Silber-Einlösung hat wie bisher der Grundsatz zu gelten, daß die Zahlung des freien Bergütungsbetrages des Goldes mit Goldmünzen [Franz Joseph d'ors oder Ducaten] ***) und jener des Silbers mit Silbermünzen österr. Währung oder mit Levantiner Thalern zu geschehen hat. Die Ausgleichungsbeträge sind auf die bisher sibliche Weise zu berichtigen. †)
- 2. Die Einlösung des Goldes, göldischen und weißen Silbers im Großen ober als Tiegelgut hat nach bem Tarif A stattzufinden.

Größere Münzen= Parthien sind im Sinne der Berordnung vom 1. Juni 1858, B. 2637-F. M. ††) al marco einzulösen und daher ebenfalls nach Tarif A zu behandeln.

3. Bezüglich ber Abnahme ber Probeftuckhen von ben gur Ginlösung gelangenben Boften haben folgende Bestimmungen zu gelten:

Bon jeder Goldpost, die probirt werben muß, ift ein Probestüdchen von 0'002 Kilogramm abzunehmen, welches bei Posten von 0'5 Kilogramm und barunter nach vollendeter Probe wieder zur Einlösungspost zurüdzuslegen ist. Bon jeder göldischen oder weißen Silberpost, die probirt werden muß, ist ein Probestüdchen von 0'0045 Kilogramm abzunehmen.

4. Die Gold- und Silber-Ginlösung im Kleinen (Handkauf) hat nach dem Tarif B stattzufinden.

Einzelne Münzen sind nach ben von Fall zu Fall erscheinenden Balvations=Tabellen abzüglich bes Schlagsab=Brocentes einzulöfen.

Für jedes einer Goldmunge fehlende 0.0001 Rilogramm find rund 14 fr. in Abzug zu bringen.

*) Dieses Geset enthält die neue Maß- und Gewichtsordnung.

**) Diefes Gefes betrifft die Umwandlung der in den gesetlichen Borschriften vorkommenden Maß- und Gewichtssätz in metrisches Maß und Gewicht.

^{***)} Bon bem Hauptmungamte in Wien werben auch viersache Ducaten verabfolgt. Der Bergütungsbetrag ist mit dem Hofteb. vom 28. October 1826, Z. 8096 bestimmt.

^{†)} Sieh' Note **), Seite 53.
††) Mit dieser Berordnung (F. M. B. Bl. Nr. 25, S. 161) wurde die Einslösung aller bis einschließlich des Jahres 1856 ausgeprägten inländischen Münzen bei den Golds und Silber-Einlösungs und Münzämtern gegen die im Patente vom 19. September 1857 angeordneten Münzen tarismäßig al marco gestattet.

A. Tarif für die Gold: und Gilber-Ginlöfungspreife, wenn das Gold und Gilber im Großen eingeliefert wird.

Gold. Der Preis für bas feine Rilogramm Gold ift 1395 fl. öfterr. Bahrung in Gold mungen. Abzug 1/2 0/0 für Brägkoften. *)

In folgenden Fällen ift außer den Brägtoften noch die Scheibegebühr von 2 fl. b. 28. für jedes robe Rilogramm in Abzug zu bringen:

1. wenn bas eingelieferte Gold unter 0.900 fein befunden wird,

2. wenn bas eingelieferte Gold zwar einen höheren Feingehalt als 0'900 hat, bas beigemengte Silber hingegen die Scheibekoften bedet, und

3. wenn bas eingelieferte Golb im Feingehalt unter 0.9861/, befunden wird, und bie Bergutung bafur in Ducaten geleiftet werben foll.

Für eine Golbprobe find 50 fr. und für eine gölbische Silberprobe 80 fr. qu entrichten.

Silber. Der Preis fur bas feine Rilogramm Silber ift 90 fl. öfterr. Währung in Silbermungen.

Die Vergütung des Silbers wird nach Verlangen geleistet, entweder: a) in Zwei- oder Einguldenstücken ö. W. gegen Abzug von 1% für Prägkosten, oder b) in Levantiner Thalern gegen Abzug von 1½% für Prägkosten.

Für eine Silberprobe find 30 fr. ju entrichten.

Auch wird Jenen, die größere Mengen an Gold oder Silber liesern, freigestellt, gegen Entrichtung der angeführten Scheide- und Probegebühren das geschiedene Gold und Silber in natura zu verlangen.

(16) F. M. Erlaß vom 13. Juli 1877, J. 3739-F. M. F. W. B. Bl. Rr. 14, S. 114.

Im Einvernehmen mit dem k. k. Obersten Rechnungshose wird bestimmt, daß vom 1. August 1877 an in den Cassa-Journalen Gold und Silber getrennt verrechnet, beziehungsweise für die Goldgebarung eine besondere Colonne eröffnet werde.**) * Die Rechnungs-Departements haben in den Avisi über commissionelle Gebarungen Gold, Silber und Noten genau zu specificiren. *

(17) F. M. Erlaß vom 13. März 1879, B. 1374-F. M., betreffend die Berrechnung der Silbermünze.

F. M. B. Bl. Nr. 22, S. 192.

Wit Kücksicht darauf, daß gegenwärtg Silbermünze zum Theil auch bei solchen Zahlungen zur Berwendung kommt, welche nicht gebührmäßig in Silber zu leisten sind, wird angeordnet, daß in allen Fällen, in welchen bei Zahlungen und Verwechslungen ganz oder zum

^{*)} Mit dem F. M. Erlaße vom 12. August 1882, Z. 7685 wurden die Prägkoften bei 8 fl.-Goldstüden auf 0.3% herabgesett.

^{**)} Die Staatscentralcaffe führt feit 1864 in ben Journalen für Gold, Silbermunzen und Bantvaluta getrennte Colonnen. F. M. Act &. 21936 v. J. 1863.

Theile Silbermünze an Stelle von Bankvaluta ausgegeben wird, der ganze Betrag in den Caffajournalen in der Notencolonne einzuftellen ist. 1)

Bahlungen dagegen, welche in Folge gesetlicher ober vertragsmäßiger Berbindlichkeit in Silbermunze zu erfolgen haben, find in

gleicher Weise, wie bisher, in der Silbercolonne zu verrechnen.

In analoger Beise ist die Verrechnung jener Empfangsposten vorzunehmen, welche ganz ober zum Theile in Silbermünze bestehen.

Hinsichtlich der Depositengebarungen ist die bisherige Art der Journalisirung beizubehalten und werden auch die Bestimmungen der Berordnung vom 27. December 1878, Z. 6295-F. M. in Betreff der Berrechnung der Zollgebarungen durch diese Berordnung nicht berührt.

1) Mit bem F. M. Erlaße vom 26. December 1854, 3. 53702 (F. M. B. Bl. v. J. 1855, Nr. 1, S. 1) wurde mit Rücksicht auf die das maligen Baluta-Berhältnisse angeordnet, daß in den Journalen der Cassen und Aemter abgesonderte Colonnen für "Silbermünze" und "Bants valuta" eröffnet werden, daß in Gold vorkommende Empfänge und Außgaben in der Silbergeldcolonne ersichtlich zu machen, jedoch in der Gegenstandscolonne die bezüglichen Goldmünzen genau aufzusühren, schließelich daß die Scheidemünzen in die Colonne der Bankvaluta aufzusnehmen sind.

Bergleiche ben F. M. Erlaß vom 13. Juli 1877 (Seite 55).

(18) J. M. Erlaß vom 1. August 1886, J. 3335-F. M.

Berbot ber Annahme von Levantinerthalern (Maria Theresienthalern).

F. M. B. Bl. Nr. 31, S. 151.

Aus Anlaß vorgekommener Fälle wird mit Bezug auf §. 11 des kais. Patentes vom 27. April 1858 in Erinnerung gebracht, daß Levantiner (Maria Theresien-) Thaler keinen gesetzlichen Umlaufswerth besitzen, daher weder bei Einhebung der Zölle, 1) noch bei irgend einer anderen an Staatscassen zu leistenden Zahlung angenommen werden dürfen.*)

1) Mit dem F. M. Erlaße vom 8. Mai 1879, B. 2567-F. M. (F. M. B. Bl. Ar. 31, S. 219) wurde in Erinnerung gebracht, daß gemäß Punct 3 der Verordnung vom 27. December 1878**) Levantinersthaler bei Einhebung der Zölle nicht in Zahlung angenommen werden bürfen.

^{*)} Bis zum 30. October 1858 wurden biese Thaler mit dem gesetslichen Werthe von 2 fl. C. M. an den f. f. Cassen angenommen.

**) Sieh' Seite 38.

II. Staatspapiergeld.

(19) Gefet vom 5. Mai 1866,

betreffend die Uebernahme der Bauknoten ju 1 fl. und ju 5 fl. öfterr. Bährung auf den Staatsichas.

R. G. Bl. Rr. 51, S. 131; — F. W. B. Bl. Rr. 20, S. 109.

Um den Staat in die Lage zu setzen, den durch die äußeren Berwicklungen und Kriegsbedrohungen gesteigerten Anforderungen an die Finanzen in einer Beise Genüge zu leisten, daß einerseits Meinen Bölkern eine Bermehrung der Steuerlasten nicht aufgebürdet werde, andererseits die disherigen, mit großen sinanziellen und volkswirthschaftlichen Opfern erzielten Erfolge in Andahnung einer sesten Landeswährung thunlichst erhalten bleiben, sinde Ich mit Beziehung auf §. 9 des zwischen der Staatsverwaltung und der privilegirten österreichischen Nationalbank am 3. Jänner 1863*) abgeschlossenen Uebereinkommens nach Anhörung des Ministerrathes und auf Grund Meines Patentes vom 20. September 1865**) anzuordnen, wie folgt:

I. Die nach §. 9 bes gebachten Uebereinkommens und nach §. 12 ber Statuten der privilegirten öfterreichischen Nationalbank diesem Institute nur vorläufig noch belassene Ermächtigung, Noten zu 1 fl. und 5 fl. öfterr. Währ. im Umlause zu halten, wird mit dem Tage der Beröffentlichung dieses Gesetzes eingestellt und es werden die Bank-noten dieser Kategorien zu Lasten der Staatsverwaltung übernommen.

In Folge bessen verlieren, vom Tage der Beröffentlichung dieses Gesetzes angefangen, diese Werthzeichen zu 1 fl. und zu 5 fl. ihre Eigenschaft als Banknoten. Die privilegirte österreichische Nationalbank wird der Verbindlichkeit enthoben, dieselben einzulösen, sie ferner als eine Schuld der Nationalbank auf ihren Büchern zu führen und in die öffentlichen Nachweisungen des Banknotenumlauses einzubeziehen.

Dagegen werben biese Noten zu 1 fl. und zu 5 fl. kraft des gegenwärtigen Gesetzs als Staatsnoten erklärt, bis zu ihrer durch den Staat vorzunehmenden Einziehung im Umlause zu Lasten des Staates erhalten, und von allen landesfürstlichen Cassen und Aemtern bei allen Zahlungen, die nicht in Folge besonderer gesetzlicher Bestimmungen in klingender Münze entrichtet werden müssen, an Zahlungsstatt in ihrem

^{*)} Sieh' Seite 60.

**) Mit dem faif. Patente vom 20. September 1865 (R. G. Bl. Ar. 89, S. 303) wurde die Birksamkeit des durch das kais. Patent vom 26. Februar 1861 kundgemachten Grundgesetzes über die Reichsvertretung sistirt.

Nennwerthe angenommen und auch bei allen Zahlungen bes Staates, bei benen nicht ausdrücklich die Leiftung in Kingender Münze festgesetzt ift, an Zahlungsstatt im Nennwerthe gegeben.*)

Deßgleichen ist kraft des gegenwärtigen Gesetzs, jedoch unbesschadet der in der kaiserlichen Berordnung vom 7. Februar 1856, Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 211) und in dem Batente vom 27. April 1858,

Bur Berminberung der Bankozettel wurden im Grunde Patentes vom 26. Februar 1810 (B. G. S. Bb. 33, Mr. 23, S. 123) "Einlösungsscheine" von einer eigenen Behörde ("Bereinigte Einlösungs- und Tilgungs- Deputation", zusammengeset aus Deputiten der Stände aller Provinzen, mit Zuziehung von Deputitren aus den handelsgremien der ansehnlichken handelspläse) ausgegeben; und mit dem Patente vom 20. Februar 1811 (P. G. Sb. 36, Nr. 14, S. 51) die Umwechslung der Bankozettel gegen "Einlösungsscheine" angeordnet.

Im Grunde des Patentes vom 16. April 1813 (P. G. S. Bd. 40, Nr. 37, S. 77) wurden 45 Millionen Gulben "Anticipations-Scheine" in Umlauf gesett, welche in 12 Jahren aus bem Ertrage der Grundsteuer zu tilgen waren.

Mit dem Catente vom 1. Juni 1816 (B. G. S. Bb. 44, Rr. 70, S. 190) wurde verordnet: daß das im Umlaufe befindliche Papiergeld (Einlösungs- und Antiscipations-Scheine) einzuziehen und die Geld-Circulation auf die Grundlage der conventionsmäßig ausgeprägten Metallmunze zurückzuführen ist.

Die Einlojung des Papiergelbes wurde der neu gegründeten "Brivilegirten Nationalbant" übertragen. Die von der Bant ausgegebenen "Bantnoten" wurden als ein von den Gesehen anerkanntes Zahlungsmittel erklärt. [Sieh' Note *), S.62.]

Die Gintofung bes gebachten Papiergelbes gegen Banknoten war im Jahre 1848 noch nicht vollftanbig burchgeführt.

B. In den Jahren 1848 bis 1853 wurden von der Finanzverwaltung theils

mit, theils ohne Amangecurs ausgegeben:

Die Spercentigen "Casse Anweisungen" zu 30, 60, 90, 300, 600 und 900 fl. [F. M. Erlaß vom 16. September 1848, §. 4988-F. M. (P. G. Sb. 76, Nr. 116, S. 293)]; die Ihercentigen "Casse Anweisungen" zu 1000, 500, 100, 50, 20, 10 und 5 si. [F. M. Erläße nom 6. Februar, 1. Mai, fais. Katent vom 28. Juni, F. M. Erläße vom 29. und 30. Juni, 9., 11. und 20. Juli, 7. und 18. August 1849 (R. G. Bl. Kr. 118, S. 117; Kr. 236, S. 278; Kr. 296, S. 469; Kr. 298, S. 471; Kr. 300, S. 473; Kr. 303, S. 475; Kr. 304, S. 476; Kr. 319, S. 519; Kr. 323, S. 522; Kr. 332, S. 536; Kr. 350, S. 607; Kr. 367, S. 651); vom 16. Juni und 22. September 1850 (K. G. Bl. Kr. 241, S. 977, und Kr. 364, S. 1625); vom 2. April 1852 (K. G. Bl. Kr. 81, S. 359); vom 3. August 1853 (K. G. Bl. Kr. 157, S. 957)]; schließlich die "Reichsschaft die ine", welche zu 1000, 500 und 100 sl. ausgegeben wurden [F. M. Erläße vom 16. Juni und 19. December 1850 (K. G. Bl. Kr. 241, S. 977, und Kr. 469, S. 2044)]. Rach der Bestimmung diese letzteren Erlaßes wurden Reichsschaft mit dem Aussertigungstage vom 1. Jänner 1851, und

^{*)} Mit biefem Gefege ift bas Staatspapiergelb in Defterreich wieber eingeführt worben.

A. Das erste Papiergeld, welches in Desterreich erschien, waren die in Folge Patentes vom 15. Juni 1762 (Codex austriacus VI, pag. 302) am 1. Juli 1762 ausgegebenen "Bankozettel", so genannt, weil sie von dem mit dem Patente vom 24. December 1705 (Codex austriacus III, pag. 497) errichteten Biener Stadt-Banko hinausgegeben wurden. Die Modelle dieser zu 5, 10, 25, 50 und 100 st. (zusammen im Betrage von 12 Millionen Gulden) ausgegebenen Bankozettel sind dem ersteren Patente beigegeben. Mit dem Patente vom 1. August 1771 und mit dem Patente vom 1. Juni 1785 (Kaiser Joseph II. Gesetze Bd. 9, S. 269) wurde die Hinausgabe von 12, beziehungsweise von 20 Millionen "Bankzettel" in Stüden zu 5, 10, 25, 50, 100, 500 und 1000 Gulden angeordnet.

Reichs-Gesetz-Blatt Ar. 63 enthaltenen Beftimmungen, Jebermann ausnahmslos verpflichtet, biefe Roten ju 1 fl. und ju 5 fl. nach bem vollen Rennwerthe in Rahlung anzunehmen.

II. Die Roten ju 1 fl. und ju 5 fl. werben unter bie Ueberwachung ber Commission zur Controle ber Staatsschuld gestellt; Diefelbe hat die Umlaufsmenge diefer Werthzeichen am Uebernahmstage

zwar in Rategorien von 1000, 500 und 100 fl. mit breipercentiger Berginjung, und in Rategorien von 50, 10, 5, 2 und 1 fl. ohne Berginfung ausgegeben. Auf die hinausgabe ber Scheine per 50 fl. bezieht fich ber F. M. Erlaß vom 19. Februar 1851 (R. G. Bl. Rr. 49, S. 145), und auf jene zu 10 und 5 fl. der F. M. Erlaß vom 11. März 1851 (R. G. Bl. Rr. 60, S. 194).

Laut der Kundmachung des Finanzministeriums vom 24. März 1849, B. 3773-F. M. gesangten in Ungarn "Anweisungen auf die Landeseinkunste des Königreiches Ungarn" zu 5, 10, 100 und 1000 st. zur Ausgabe. Wit dem F. M. Erlaße vom 7. August 1849, 3. 8764-F. M. (R. G. Bl. Nr. 350, S. 607) wurde der Zwangscurs diefer Unweisungen, sowie ber gu 1 fl. und 2 fl auch auf bie an Ungarn

angrenzenben Rronlander ausgebehnt.

Bezüglich ber Einziehung der Reichsschaft abscheine ersloßen: das kais. Patent vom 15. Mai 1851 und der F. M. Erlaß vom 23. December 1851 (R. G. Bl. Vr. 118, S. 381, und Nr. 261, S. 661), die F. M. Erläße vom 22. März, 2. April, 11. Wai und 3. August 1852 (R. G. Bl. Nr. 75, S. 341; Nr. 81, S. 359; Nr. 107, S. 467; Nr. 165, S. 733). — Wit dem F. W. Erlaße vom 11. October 1853 (R. Bl. Nr. 217, S. 1139) wurden die verzinslichen kicksschaftscheine von den der Nr. 21853 und 1855 u Sahren 1852 und 1853 gu 1000, 500 und 100 fl. einberufen und an beren Stelle unverzinstliche gu 1000 und 100 fl. ausgegeben.

C. Rach der Bestimmung bes mit dem &. M. Erlage vom 23. Februar 1854 3. 3968-F. M. (R. G. Bl. Rr. 45, S. 223; B. Bl. Rr. 16, S. 115) mit der Direc-tion der Nationalbant über die Regulirung der Geldverhaltniffe geschloffenen Uebereinkommens, wurde das gesammte, mit Zwangscurs im Umlaufe befindliche Staatspapiergelb an bie priv. öfterr. Rationalbant übertragen und nach Maggabe bes Begehrs von derfelben in Banknoten umgewechselt, wogegen die k. k. Staatsverwaltung fich verpflichtete, alle mit bem Umwechelungsgeschäfte verbundenen Auslagen ber Bant zu verguten.

Der Borgang bei ber Umwechslung bes Staatspapiergeldes gegen Banknoten wurte geregelt mit den F. M. Erläßen vom 22. Marz 1854, g. 4053-F. M.; 27. Juli 1854, J. 13725-F. M. (F. M. B. Bl. Nr. 25, S. 175, und Nr. 59, S. 433); vom 30. Janner 1855, B. 1564-F. M.; 10. Juli 1855, B. 11448-F. M. (F. M. B. Bl.

Nr. 8, S. 77, und Nr. 36, S. 290'.

Mit dem F. M. Erlaße vom 26. März 1856, J. 4839-F. M. (R. G. Bl. Rr. 39, S. 169; F. M. B. Bl. Rr. 14, S. 79) wurde, unter genauer Specificirung ber feit bem Jahre 1848 vom Staate ausgegebenen Gelbzeichen, ber 30. September 1856 als letter Termin zur Einlösung berjelben festgestellt. Nachträglich wurde mit ber kais. Berordnung vom 27. April 1858 (R. G. Bl. Rr. 64, S. 299; F. M. B. Bl. Rr. 18, S. 115) gestattet, daß die Umwechslung der verschiedenen, seit dem Jahre 1848 vom Staate hinausgegebenen, vom Finanzminifter bereits einberufenen Geldzeichen, jedoch nur noch bis 1. Juli 1858 von ihm bewilligt werbe.

Mit dieser Berordnung wurde auch die Einziehung bes Biener-Bahrung-Papiergelbes mit Ende Juni 1858 angeordnet. (Sieh' Seite 4.) Die zur Umwechslung diefes Geldes berufenen Landesbauptcaffen wurden mit dem F. M. Erlaße vom 4. Mai 1858, Z. 2161-F. M. (F. M. B. Bl. Nr. 19, S. 121) ermächtigt, Wiener-Bahrung-Bapiergelb gegen Conventions-Munze (beziehungsweise Banknoten) bis

Ende October 1858 einzulöfen.

D. Die Einziehung ber im Jahre 1849 (F. Dt. Act &. 8725-F. M.) in Ungarn ausgegebenen Mungicheine au 10 Rreuger murbe mit bem &. M. Erlage vom 8. Ccgenau zu erheben, und monatlich einen Ausweis über ben jeweiligen Umlauf berfelben, welcher ben Betrag von 150 Millionen Gulben öfterr. Währ. nicht überfteigen barf, 2) zu veröffentlichen.

III. Die privilegirte österreichische Nationalbank wird kraft dieses Gesetzes verpflichtet, bas Aequivalent für die vom Staate übernommene Verbindlichkeit zur Einlösung der Noten zu 1 fl. und zu 5 fl. bis

tober 1857, 3. 3868-F. M. (R. G. Bl. Nr. 188, S. 526; F. M. B. Bl. Nr. 47,

S. 465) mit Ende April 1858 verfügt.

Die im Grunde des F. M. Erlages vom 25. Juni 1849, Z. 7111-F. M. (R. G. Bl. Nr. 287, S. 359) emittirten (beutschen) Mungscheine zu 6 und 10 Kreuzer C. M. wurden in den Jahren 1853 und 1854 aus dem Bertehre gezogen.

E. Mit bem taif. Patente vom 26. Juni 1854 (R. G. Bl. Rr. 158, S. 635; 3. D. B. Bl. Rr. 52, G. 385) murbe die Aufnahme eines Anlebens jum Behufe ber Burudführung ber Landeswährung auf Metallmährung angeordnet, wonach im Grunde der Erläße vom 5. Juli und 31. August 1854 (R. G. Bl. Nr. 159, S. 637, und Mr. 223, S. 925) die gesammte Schuld bes Staates an die Bank sentstanden im Laufe ber Jahre theils aus effectiven Darleben an ben Staat, theils aus ber Ginlösung ber berichiebenen vom Staate ausgegebenen Gelbzeichen gegen Bantnoten (fieh' C. G. 59)] bis auf ben Betrag von 80 Millionen Gulben C. D. hatte getilgt werden follen.

Laut des zwijchen der Staatsverwaltung und der priv. öfterr. Nationalbank im Grunde bes Gefeges vom 27. December 1862 getroffenen Uebereinkommens vom 3. Janner 1863 (R. G. Bl. v. J. 1863, Rr 2, S. 95) betrug die Schulb des Staates an die Bant am 29. November 1862 noch 221,768.734 fl. 24 fr. In diesem Uebereinkommen wurde die Art ber Begleichung diefer Schuld bis auf ben Betrag von 80 Millionen Gulben festgestellt. Die Art ber Tilgung ber verbliebenen 80 Millionen Gulben ö. 28. ift mit den Gesehen vom 27. Juni 1878 (R. G. Bl. Rr. 64, S. 156 und Nr. 65, S. 157; F. M. B. Bl. Nr. 17, S. 108 und 109), wodurch die Regierung ber im Reichsrathe vertretenen Ronigreiche und Sander ermächtigt wurde, mit ber ungarifchen Regierung, sowie mit der priv. öfterr. Nationalbant in Betreff ber Schulb von Achtzig Millionen Gulben ö. 28. ein Uebereinkommen zu treffen, und dem mit der Nationalbant geschlossenen Uebereinkommen vom 28. Juni 1878 (R. G. Bl. Nr. 82, S. 296; F. M. B. Bl. Nr. 22, S. 246) geregelt worden.

F. Da die im Grunde der kais. Berordnung vom 17. November 1860 außgegebenen Münzscheine bereits eingelöst find (fieh' Seite 28), so bilben bie mit bem Gesetze vom 5. Mai 1866 geschaffenen Staatsnoten gegenwärtig bas einzige im Bertehre befindliche Staatspapiergeld.

G. Bon der österreichischen und von der ungarischen Finanzverwaltung werden nach Bedarf verzinsliche, nach einer im Boraus bestimmten Frift im vollen Nennwerthe einzulojenbe "Schaticheine" ausgegeben. — Bezüglich ber in Defterreich (ohne Zwangscurs) ausgegebenen Schapscheine fei hier Folgendes bemerkt:

Laut ber im nichtamtlichen Theile ber Wiener Zeitung vom 31. Janner 1875 enthaltenen Mittheilung wurden im Grunde des Artikels I des Gesess vom 13. December 1873 (R. G. Bl. Rr. 162, S. 695; F. M. B. Bl. Rr. 42, S. 272), betreffend bie Benützung des öffentlichen Credites jur Beschaffung der Mittel für bie Forderung bes Gifenbahnbaues und für Errichtung von Borichugcaffen "Schasfdeine" im Betrage von 25 Millionen emittirt.

Diese (steuerfreien) Scheine, ddo. 1. Februar 1875, lauteten auf den Ueberbringer, und waren mit 5 Bercent verginst. Deren Ginlofung erfolgte im Sahre 1878. (Staatsvoranschlag für das Jahr 1878 im R. G. Bl. Nr. 27, S. 84; F. M. B. Bl. Nr. 6, S. 42.)

Mit Gefet vom 30. März 1878 (R. G. Bl. Nr. 27, S. 63; F. M. B. Bl. Dr. 6, S. 21) wurde der Finanzminister ermächtigt, zur Stärfung der Gelbbestände zum Gesammtbetrage der unter Mitwirkung der Commission zur Controle der Staatsschuld erhobenen Umlaufssumme der Noten zu 1 fl. und 5 fl. dem Staate sofort in Banknoten höherer Appoints zu leisten.*)

IV. Der Zeitpunct und die Art der Einlösung der Staatsnoten zu 1 fl. und zu 5 fl. wird durch ein besonderes Geset bestimmt werden.

Mein Finanzminister ist mit dem Bollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

Wien, am 5. Mai 1866.

Franz Joseph m. p.

Graf Belcrebi m. p.

Graf Larifd-Moenich m. p.

Auf Allerhöchste Unordnung: Bernhard Ritter v. Meger m. p.

1) Kaiserliche Berordnung vom 7. Jebruar 1856,

womit angeordnet wird, daß die Darleiben, welche nach der Annbmachung der gegenwärtigen Berordnung in flingender Münze gegeben werben, von dem Schuldner, wenn fich der Gländiger die Berzinfung und Inrückzahlung in der gegebenen bestimmten Münzsorte ober boch in flingender Münze bedingt, auf die bedungene Beise zu verzinsen und zurückzahlen seien, daß es aber in Ansehung der Zahlungen jeder anderen Art bei den Bestimmungen bes Patentes vom 2. Juni 1848, Rr. 1157 der Justig-Geseh-Sammlung, zu verbleiben habe.

R. G. Bl. Nr. 21, S. 111.

Um die, mit dem Patente vom 2. Juni 1848 ausgesprochene Berbindlichkeit zur Annahme der Roten der priv. öfterr. Nationalbank bei allen Zahlungen, einer Beschränkung, so weit es die gegenwärtigen Umstände zulassen, zu unterziehen, sinde Ich, nach Bernehmung Meiner Minister und Anhörung Meines Reichsrathes, anzuordnen, daß die Darsleihen, welche nach der Kundmachung der gegenwärtigen Berordnung in klingender Münze gegeben werden, von dem Schuldner, wenn sich der Gläubiger die Berzinsung und Zurückzahlung in der gegebenen bestimmten Münzsorte oder doch in klingender Münze bedingt, auf die bedungene Weise zu verzinsen und zurückzubezahlen sind, ohne daß der Schuldner die bemerkte Berbindlichkeit des Gläubigers zur Annahme der Banknoten sür

ber Staatscentralcasse ben Maximalbetrag von 20 Millionen Gulben burch nach Bebarf hinauszugebende, längstens brei Jahre laufende, steuerfreie, mit 5 Percent verzinsliche Schapscheine zu beschaffen.

Die im Grunde dieses Gesetzes ausgegebenen Scheine, ddo. 1. Mai 1878, im Gesammtbetrage von 20,600.000 st. wurden im Jahre 1881 eingelöst. (Staatsvorsanschlag für das Jahr 1881 im R. G. Bl. Ar. 51, S. 201; F. M. B. Bl. Ar. 25, S. 139.)

Die Einlösung ber im Grunde bes Gesetzes vom 11. Juni 1878 (R. G. Bl. Rr. 52, S. 126; F. M. B. Bl. Ar. 13, S. 85) emittirten, steuerfreien, mit 5 Percent verzinslichen Schatzscheine im Betrage von 10 Millionen erfolgte im Jahre 1882. (Staatsvoranschlag für das Jahr 1882 im R. G. Bl. Ar. 33, S. 89; F. M. B. Bl. Rr. 9, S. 59.)

^{*)} Sieh' Art. III des Gesetzes vom 25. August 1866 (Seite 65).

sich geltend machen kann; wogegen es in Ansehung ber Zahlungen jeder anderen Art, bis zur gänzlichen Aufhebung bes Zwangscurses, bei den Bestimmungen des Patentes vom 2. Juni 1848 zu verbleiben hat.*)

frang Joseph m. p.

Graf Busi-Schauenstein m. p. Freiherr von Brud m. p. Freiherr von Brud m. p. Auf Auerhochte Anordnung: Mansaunet m. p.

.

*) Bur Klarstellung dieser Bestimmung wird Folgendes angesührt: Der, gemäß dem Patente vom 1. Juni 1816 (P. G. S. Bd. 44, Nr. 71, S. 199) ins Leden gerusenen "privilegirten österreichtichen Kationalbant", deren Statuten mit dem Patente vom 15. Juli 1817 (P. G. Bd. 45, Nr. 103, S. 213) genehmigt wurden, wurde in dem ganzen Umsange der österr. Monarchie das ausschließende Recht eingeräumt, Banknoten auszusertigen und auszugeben, "welche im Umlause als ein durch die Gesetze begünstigtes Zahlungsmittel bestehen, und zu deren Annahme zwar im Privatversehre kein Zwang stattsindet, die jedoch bei allen öffentlichen Cassen nach ihrem Rennbetrage sur Conventions-Wünze angenommen werden müssen," anderereits wurde der Bank die Berpssichtung auserlegt, "die Banknoten auf jedesmaliges Berlangen des Ueberbringers jogleich in Conventions-Wünze nach ihrem vollen Rennwerthe auszubezahlen". (§§. 16 und 17 der Statuten.)

Die gleichen Bestimmungen sind auch in den §§. 14 und 15 der mit dem Patente vom 1. Juli 1841 (P. G. S. Bb. 69, Nr. 79, S. 161) aus Anlaß der Erneuerung des Bank-Privilegiums genehmigten Statuten enthalten.

Mit dem F. M. Erlaße vom 21. Mai 1848, 3. 1193-F. M. (J. G. S.

Rr. 1152, S. 635) wurde Folgendes bedeutet:

"Biewohl bie österreichische Nationalbant wirksame Borkehrungen getroffen hat, bamit die Berwechslung ihrer Noten ohne Unterbrechung stattfinde, und wiewohl in Kurzem eine Bermehrung der Münzborräthe zu erwarten ist, so haben doch die Ereignisse der neuesten Zeit einen unerwarteten, so sturmischen Andrang bei den Berwechslungscassen, und einen so raschen, jede Berechnung überschreitenden Münzeluß verursacht, daß der Ninisterrath nach reiser Erwägung aller Berhältnisse bie unbedingte Nothwendigkeit anerkannt hat, eine vorübergehende Maßregel zu ergreifen, um einer bedenklichen Störung des Gelbumlauses zu begegnen.

Die Nationalbant wurde biefem ju Folge ermächtigt, eine zeitweilige Be-

schränkung in der Umwechslung ihrer Noten eintreten zu laffen.

Bugleich wird festgesett, daß Jebermann verhalten seyn soll, die Noten der privilegirten österreichischen Nationalbant bei allen Zahlungen nach ihrem vollen Nennwerthe anzunehmen. Gebührt die Zahlung in einer bestimmten Münzsorte, so ist sie nach der Wahl des Schuldners in dieser Münzsorte, oder nach deren Werthe zur Zeit der Zahlung in Banknoten zu leisten.

Doch hat sich diese lettere Bestimmung bloß auf diejenigen Zahlungen zu beziehen, welche in Gold- ober ausländischen Silbermunzen gebühren. Für alle anderen Rahlungen gilt ber rücksichtlich ber Annahme ber Banknoten nach ihrem

vollen Rennwerthe ausgesprochene Grundsat.

Diese Borschrift hat nur einstweisen, und so lange als die gegenwärtigen außerordentsichen Umstände dauern, zu gelten, und es wird, wenn solche nicht vor dem Zusammentritte des ersten Reichstages wieder außer Anwendung gesett worden sehn sollte, eine der ersten Aufgaben des Ministerrathes sehn, dem gedachten Reichstage die erforderlichen Gesesvorschläge zur Feststellung dieses Gegenstandes vorzulegen."

Diese einstweilige Berfügung wurde mit bem taiserlichen Patente vom 2. Juni 1848 (3. G. S. Rr. 1157, S. 638) genehmigt; zugleich wurde die Nationalbant, welche bisher statutenmäßig zur Ausgabe von Noten im Betrage von 5, 10,

2) Mit Beziehung auf bas Gesetz vom 5. Mai 1866 wurde mit dem Gefete vom 25. August 1866, in Artifel II (R. G. Bl. Rr. 101, S. 239; F. M. B. Bl. Rr. 35, S. 181) angeordnet, bag auf Rechnung

25, 50, 100, 500 und 1000 Gulben berechtigt mar [§. 45 bes Reglements (B. G. S. Bb. 45, Rr. 104, S. 231)], ermächtigt, Roten zu Einem und zu Zwei Gulben auszugeben. F. M. Act 8. 1737-F. M. v. 3. 1848.
Diefer im Jahre 1848 eingeführte Zwangscurs wurde mit der vorerwähnten

taiferlichen Berordnung vom 7. Februar 1856 theilweife eingeschränkt.

Mit ber faif. Berordnung vom 30. August 1858 (R. G. Bl. Rr. 131, S. 461; F. M. B. Bl. Rr. 40, S. 283), betreffend die Durchführung bes Mungvertrages vom 24. Janner 1857 mit Beziehung auf die priv. öfterr. Nationalbant, wurde bestimmt: daß die Rationalbant vom 1. November 1858 an nur auf öfterr. Bahrung lautenbe Koten zu 1000, 100 und 10 Gulben ausgeben barf (g. 1); ferner murbe biefer Bant bie Berpflichtung auferlegt, ihre auf öfterr. Bahrung lautenben Roten auf Berlangen ber Inhaber bei ihrer Hauptcasse in Wien jeberzeit gegen vollwerthige Silbermunge einzulöfen (§. 2).

Nach ber weiteren Bestimmung bieser kais. Berordnung waren die auf Conv.-Munge lautenden Noten zu 1000, 100, 50 und 10 Gulden im Laufe des Jahres 1859 außer Umlauf zu bringen, und die auf Conv.-Munge lautenden Roten zu 5, 2 und 1 Gulden auf den Betrag von höchstens 100 Millionen Gulden herabzuminbern (§§. 6 und 7).

Die Rundmachung ber Nationalbant in Betreff ber Sinausgabe ber auf öfterr. Bährung lautenden Banknoten zu 10, 100 und 1000 Gulden, sowie die Beschreibung berselben wurde mit dem F. M. Erlaße vom 1. September 1858, B. 4322-F.M. (R. G. Bl. Nr. 133, S. 463; F. M. B. Bl. Nr. 41, S. 287)

befannt gegeben.

Mit ber kais. Berordnung vom 26. December 1858 (R. G. Bl. Nr. 244, S. 721; F. M. B. Bl. v. J. 1859, Rr. 1, S. 1) wurde fur die Einberufung und bas Aufhoren bes Umlaufes ber auf Conv.-Munge lautenben Noten gu 5. 2 und 1 Gulden der 31. December 1859 festgesett [mit den Rundmachungen der Nationalbant vom 28. October 1859 und vom 19. April 1860, befannt gegeben mit den F. M. Erläßen vom 7. November 1859, 3. 6240-F.M. und vom 4. Mai 1860, H. 1672-F.M. (R. G. Bl. v. J. 1859, Ar. 204, S. 562; F. M. B. Bl. Ar. 57, S. 429 und R. G. Bl. v. J. 1860, Ar. 116, S. 229; F. M. B. Bl. Ar. 27, S. 207) bis 30. Juni, beziehungsweise 31. December 1860 verlangert]; zugleich murde die Nationalbant ermächtigt, in dem Dage, als fie ihre auf Conv. Munze lautenden Noten gu 5, 2 und 1 Gulben einzieht, auf 1 Gulben öfterr. Bahrung lautenbe Noten bis jum Betrage von 100 Millionen Gulben hinauszugeben.

Schließlich murbe bestimmt, daß bis zur ganglichen Tilgung ber Roten gu 1 fl. ofterr. Babrung bie an bie ofterr. Rationalbant übergebenen Staatsguter gur gesonderten vollftanbigen Bededung zu bienen haben, und bag bie Erträgniffe und ber Erlös biefer Guter gur Tilgung ber Roten gu 1 fl. öfterr. Bahrung ausichließlich zu verwenden find. Die Noten gu 1 fl. öfterr. Bahrung waren übrigens in allen Beziehungen den Roten zu 1000, 100 und 10 fl. öfterr. Bahrung gleichzuhalten.

Mit Rücksicht auf die im Jahre 1859 eingetretenen friegerischen Beihältnisse wurde laut F. M. Erlaßes vom 29. April 1859, Z. 2143-F. M. (R. G. Bl. Nr. 69, S. 185; J. M. B. Bl. Nr. 20, S. 91) mit ber Allh. Entschließung vom 11. April 1859 bie Nationalbant von ber ihr im §. 2 ber tais. Berordnung vom 30. August 1858 auferlegten Verpflichtung, ihre auf östert. Währung lautenden Noten, auf Berlangen ber Inhaber bei ihrer hauptcaffe in Bien jederzeit gegen vollwerthige Gilbermunzen bar einzulösen, zeitweilig enthoben.

Im Grunde ber kaij. Berordnung vom 29. April 1859 (R. G. Bl. Nr. 68, S. 184; F. M. B. Bl. Nr. 20, S. 90) hat die Rationalbant Roten zu 5 fl. ausbes mit bem Gesetze vom 7. Juli 1866 (R. G. Bl. Nr. 89, S. 217) im Befammtbetrage von 200 Millionen Gulben eröffneten Credites, bis jum Betrage von 90 Millionen Gulden öfterr. Bahrung förmliche Staats=

gegeben, für welche bie ber Bant übergebenen Staatsichuldverschreibungen bes neu aufgenommenen Anlehens von 200 Millionen Gulben öfterr. Bahrung als Bebedung zu dienen hatten. Diese Noten waren den Roten zu 1 fl. in allen Beziehungen gleich= zuhalten. — Die Kundmachung ber Nationalbant in Betreff der Ausgabe dieser Noten zu 5 fl. öfterr. Bahrung und die Beschreibung derfelben wurde mit dem F. M. Erlaße vom 21. August 1859, Z. 5071-F.M. (R. G. Bl. Ar. 153, S. 449; F. M. B. Bl.

Mr. 45, S. 347) bekannt gegeben.

In ben, bem Gefete vom 27. December 1862 (R. G. Bl. v. J. 1863, Rr. 2, S. 95; F. M. B. Bl. v. J. 1863, Rr. 2, S. 7), in Betreff ber Abschließung eines Uebereinkommens mit ber öfterr. Nationalbant, beigegebenen Statuten bieser Bant, nach deren Inhalte (§. 1) das mit dem Patente vom 1. Juli 1841 der Nationalbank gewährte Brivilegium, welches bis Ende December 1866 dauern follte, geandert und bis zum letten December 1876, eventuel bis Ende des Jahres 1877 verlängert wurde, war zwar im §. 12 die Beftimmung enthalten, daß die Noten ber Bant, welche auf teinen niedrigeren Betrag als 10 fl. lauten butfen, bem Ueberbringer auf Berlangen zahlbar find, es wurde jedoch in dem, dem obberufenen Gefete beigegebenen, Seite 60 unter E. ermahnten Uebereinkommen festgestellt (§. 9): daß die Rationalbant vorläufig ermächtigt bleibt, Roten ju 1 fl. und 5 fl. im Umlaufe zu halten, und (g. 11) bag bie Bieberaufnahme ber Gilbergahlangen burch bie Bant erft im Jahre 1867 zu erfolgen hat.

Dieje lettere Bestimmung ift jedoch nicht zur Ausführung gelangt.

Die Statuten ber Nationalbant vom Jahre 1862 murben mit bem Gefete vom 30. Juni 1868 (R. G. Bl. Nr. 83, S. 246; F. M. B. Bl. Nr. 28, S. 199), dem H. M. Erlaße vom 30. October 1868, 3. 2840-F. M. (R. G. Bl. Rr. 146, S. 427; F. M. B. Bl. Rr. 43, S. 289), bem Gejetze vom 13. November 1868 (R. G. Bl. Rr. 149, S. 433; F. M. B. Bl. Rr. 44, S. 295) und dem Gesete vom 18. Marz 1872 (R. G. Bl. Rr. 31, S. 89; F. M. B. Bl. Rr. 10, S. 99) theilweise geandert. Aber weder bei diefer Gelegenheit, noch aus Anlag der Berlängerung des Bant-Privilegiums, welche im Grunde ber Gefete vom 20. December 1877 (R. G. Bl. Nr. 114, S. 230; F. M. B. Bl. Nr. 23, S. 197), vom 29. März 1878 (R. G. Bl. Nr. 23, S. 59; F. M. B. Bl. Nr. 5, S. 17) und vom 22. Mai 1878 (R. G. Bl. Nr. 42, S. 119; F. M. B. Bl. Nr. 11, S. 79), laut der zwischen der t. t. Regierung und der priv. öfterr. Nationalbank getroffenen Uebereinkommen vom 30. December 1877 (R. G. Bl. Ar. 121, S. 239; F. M. B. Bl. Ar. 24, S. 201), vom 30. März 1878 (R. G. Bl. Ar. 26, S. 61; F. M. B. Bl. Ar. 5, S. 18), vom 29. Mai 1878 (R. G. Bl. Ar. 47, S. 123; F. M. B. Bl. Ar. 12, S. 83) bis Ende März 1878, Ende Mai 1878 und schließlich bis Ende Juni 1878 erfolgte, wurde der Bank die Berpflichtung zur Aufnahme der Bargahlungen auferlegt.

In den, dem Gesetze vom 27. Juni 1878 (R. G. Bl. Nr. 66, S. 159; F. M. B. Bl. Nr. 18, S. 111), betreffend bie Errichtung und das Privilegium der öster.ungar. Bant, beigegebenen Statuten ift im Artitel 83 bestimmt: bag die öfter.-ungar. Bank [mahrend der Dauer ihres Privilegiums (d. i. bis Ende December 1887)] verpflichtet ift, bie von ihr ausgegebenen Roten bei ihren hauptanftalten in Bien und Budapest sofort auf Berlangen gegen gesetliche Munze einzulösen; im §. 111 wird jedoch ausgesprochen: "Insolange ber Zwangscurs ber Staatsnoten nicht in beiben Theilen des Reiches aufgehoben ist, sind und bleiben die Bestimmungen der Statuten ber öfter.-ungar. Bant (Artitel 83), betreffend die Ginlofung ihrer Roten gegen

gcfegliche Munge, juspendirt." Diefelben Bestimmungen find auch in bem neuen, bem Reichsrathe vorgelegten Gefegentwurfe, betreffend die Berlangerung des Bant-Brivilegiums enthalten. Rur ift in dem Artikel 83 des Gesehentwurfes nach dem Worte "Münze" eingefügt: "öfterr. Bahrung".

noten zu 1 fl. und zu 5 fl. nach Bedarf angefertigt, und vom 1. September 1866 angefangen in Umlauf gesetzt werden.*)

Im Artifel III des Gesetzes vom 25. August 1866 wird bestimmt, daß die fraft des Gesetzes vom 5. Mai 1866 als Staatsnoten erklärten Roten der öfterr. Rationalbank zu 1 st. österr. Währung ddo. 1. Jänner 1858, und zu 5 st. österr. Währung ddo. 1. Mai 1859 vom 1. Jänner 1867 angefangen einzuziehen und an ihre Stelle förmliche Staatsnoten gleicher Appoints hinauszugeben sind.**)

Wit ben F. M. Erläßen vom 18. Janner 1867 und 5. Februar 1867, B. 398-F. M. (R. G. Bl. Ar. 15, S. 27 und Nr. 28, S. 74; F. M. B. Bl. Nr. 5, S. 41, und Nr. 7, S. 50) wurden die in der Serienbezeichnung der Staatsnoten à 5 fl. vorgenommenen Veränderungen verlautbart.

Mit dem F. M. Erlaße vom 27. December 1866, Z. 7170-F. M. (R. G. Bl. Nr. 175, S. 507; F. M. B. Bl. v. J. 1867, Nr. 2, S. 17) wurde die Beschreibung der, auf Grund obiger Geset, vom 1. Jänner 1867 an, ausgegebenen Staatsnoten zu Einem Gulden öfterr. Währung zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Laut J. M. Erlages vom 28. September 1881, 3. 5023-F. M. (R. G. Bl. Rr. 111, S. 357; J. M. B. Bl. Rr. 43, S. 261) hat das k. und k. Reichs-Finanzministerium vom 1. October 1881 an Staatsnoten zu 5 Gulben neuer Form mit dem Datum "1. Jänner 1881" in Umlauf gesett, dagegen die Einberufung und Einziehung der Staatsnoten zu 5 Gulben mit dem Datum "7. Juli 1866" verfügt. Diesem Erlage ist die bezügliche Kundmachung, sowie die Beschreibung der neuen Noten zu 5 st. d. B. v. J. 1881 beigegeben.

Rach der Bestimmung dieser Kundmachung wird vom 1. Jänner 1886 bis

Nach der Bestimmung dieser Kundmachung wird vom 1. Jänner 1886 bis letzen December 1887 die Umwechslung der einberusenne Staatsnoten nur über förmliche, an das t. und t. Reichs-Finanzministerium in Wien zu richtende, gestempelte Gesuche gestattet. Bom 1. Jänner 1888 an werden die einberusenen Staatsnoten zu 5 st. d. B. mit dem Datum "7. Juli 1866" weder eingelöst noch umgewechselt werden.

Laut F. M. Erlaßes vom 24. September 1882, B. 4734-F. M. (R. G. Bl. Nr. 136, S. 541; F. M. B. Bl. Nr. 43, S. 475) hat das k. und k. Reichs-Finanz-ministerium, vom 6. October 1882 an, Staatsnoten zu 1 sl. österr. Währung neuer Form mit dem Datum "1. Jänner 1882" in Umlauf gesetzt, und die Einberufung und Einziehung der Staatsnoten zu 1 sl. ö. W. mit dem Datum "7. Juli 1866" angeordnet. Diesem Erlaße ist die dießbezügliche Kundmachung, sowie die Beschreibung der neuen Noten zu 1 fl. ö. W. d. 1882 beigegeben.

bung der neuen Noten zu 1 fl. ö. W. v. J. 1882 beigegeben.
Nach der Bestimmung dieser Kundmachung wird die Umwechslung der einderusenen Staatsnoten zu 1 fl. ö. W. dom 1. Jänner 1887 dis letzten Juni 1888 nur über förmliche an das k. und k. Reichs – Finanzministerium in Wien zu richtende, gestempelte Gesuche gestattet. Nach dem 30. Juni 1888 werden diese Noten weder eingelöst noch umgewechselt werden.

Bezüglich ber Staatsnoten zu 50 fl. fieh' die Note *), Seite 66.

**) Mit dem F. M. Erlaße vom 26. Mai 1872, Z. 2200-F. M. (H. W. B. Bl. Nr. 19, S. 155) wurde erinnert: daß die Umwechslung der zu Staatsnoten erklärten Banknoten zu 1 fl. und 5 fl. nur bis 31. December 1872 über förmliche, an das k. und k. Reichs-Finanzministerium zu richtende Gesuche erwirkt werden kann.

^{*)} Mit dem F. M. Erlaße vom 30. August 1866, Z. 4628-F. M. (R. G. Bl. Nr. 102, S. 245; F. M. B. Bl. Nr. 36, S. 189) wurde die Beschreibung der Staatsnoten zu fünf Gulden österr. Währung, welche im Grunde der Gesetze vom 5. Mai, 7. Juli und 25. August 1866, vom 1. September 1866 angesangen, mit dem Datum "7. Juli 1866" außgegeben wurden, besannt gegeben.

Die weiteren Artifel bes Gesetes vom 25. August 1866 lauten:

IV. Für den Fall, als in Durchführung der Bestimmungen der Art. II und III des gegenwärtigen Gesets eine Ueberfüllung des Berstehres mit Staatsnoten zu 1 st. und 5 fl. eintreten sollte, wird Mein Finanzminister ermächtigt, statt Noten kleinster Kategorie auch Staatsnoten in Appoints zu 25 fl. und 50 fl. unter Einhaltung der für die Emission von Staatsnoten überhaupt vorgezeichneten Maximalgrenze in Umlauf zu sehen.*)

V. Für die nach den vorangehenden Artikeln II, III und IV zu emittirenden förmlichen Staatsnoten gelten bezüglich der allgemeinen Berpflichtung zu ihrer Annahme an Zahlungsstatt dieselben Bestimmungen, welche mit dem Gesetz vom 5. Mai 1866 (Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 51) für die als Staatsnoten erklärten Noten der österreichischen Nationalbank zu 1 fl. und 5 fl. erlassen worden sind.

Demnach find die förmlichen Staatsnoten, welche fraft dieses Gesetzes hinausgegeben werden, von allen landesfürstlichen Cassen und Aemtern bei allen Zahlungen, die nicht in Folge besonderer gesetzlicher Bestim-

bei allen Zahlungen, die nicht in Folge besonderer gesetzlicher Bestimmungen in Kingender Münze entrichtet werden mussen, an Zahlungsstatt in

*) Mit bem F. M. Erlaße vom 9. Februar 1867, Z. 779-F. M. (R. G. Bl. Nr. 32, S. 91; F. M. Bl. Nr. 8, S. 53) wurde zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß vom 4. Februar 1867 angefangen auch Staatsnoten zu fünfzig Gulsben öfterr. Währung innerhalb der für den Umlauf der Staatsnoten festgesetzen Mazimalsumme werden hinausgegeben werden; zugleich wurde die Beschreibung dieser das Datum "25. August 1866" tragendem Noten bekannt gegeben.

Mazimaljumme werden hinausgegeben werden; zugleich wurde die Beschreibung dieser das Datum "25. August 1866" tragenden Noten bekannt gegeben.

Laut F. M. Erlaßes vom 14. Mai 1884, Z. 1111-F.M. (R. G. Bl. Ar. 64, S. 183; F. M. B. Bl. Ar. 17, S. 103) hat das k. u. k. Keichs-Finanzministerium die hinausgabe neuer Staatsnoten zu 50 sl. österr. Währ. mit dem Datum "1. Jänner 1884", vom 23. Mai 1884 angesangen, und die Einderusgung und Einziehung der Staatsnoten zu 50 sl. mit dem Datum "25. August 1866" angeordnet. Diesem Erlaße ist die bezügliche Kundmachung, sowie die Beschreibung der Staatsnoten zu 50 sl. ö. W. v. J. 1884 beigegeben.

Nach ber Bestimmung bieser Kundmachung werden, vom 1. Juni 1886 angesfangen, die einberufenen Staatsnoten a 50 fl. ö. W. mit dem Datum "25. August 1866" von den landesfürstlichen Cassen und Aemtern der österreichisch-ungarischen

Monarchie nicht mehr in Bahlung genommen.

Kon diesem Termine an werden diese einberusenen Staatsnoten auf Berlangen der Parteien in den im Reichsrathe vertretenen Königzeichen und Ländern nur mehr bei der t. f. Staats-Centralcasse (Verwechslungs-Abtheilung) in Wien, serner bei den Landeshaupt- und Finanz-Landescassen (Wien ausgenommen), dann bei den Landes-Zahlämtern, in den Königreichen und Ländern der ungar. Krone aber nur mehr bei der königl. ungar. Staats-Centralcasse in Budapest und bei der königl. ungar. Staats-Hauptcasse in Agram, dann bei den sonstigen vom k. k. österreichischen und vom königl. ungar. Finanzministerium allensalls besonders noch bestimmten Cassen und Aemtern, worüber eventuell eine specielle Berlautbarung erlassen werden wird, zur Umwechslung angenommen.

Bom 1. Juni 1888 bis 31. Mai 1889 wird die Umwechslung diefer einberufenen Staatsnoten nur mehr über förmliche, an das t. und t. Reichs-Finang-

minifterium in Wien zu richtende geftempelte Befuche geftattet.

Rach dem 31. Mai 1889 werden die einberufenen Staatsnoten zu 50 Gulben ö. W. mit dem Datum "25. August 1866" weder eingelöst noch umgewechselt werden.

ihrem Rennwerthe anzunehmen und auch bei allen Zahlungen des Staates, bei denen nicht ausdrücklich die Leistung in klingender Münze festgesetzt ist, an Zahlungsstatt im Rennwerthe zu geben; deßgleichen ist, unbeschadet der in der kaiserlichen Berordnung vom 7. Februar 1856 (Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 21) und in dem Patente vom 27. April 1858 (Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 63) enthaltenen Bestimmungen Jedermann ausnahmslos verpslichtet,*) die Staatsnoten nach ihrem vollen Rennwerthe in Zahlung, beziehungsweise von der privilegirten österreichischen Nationalbank dei Umwechslung ihrer Noten, dann dei Einziehung der einzelnen Gattungen oder einer ganzen Auslage von Banknoten (§§. 15 und 18 der Statuten dieses Institutes, R. G. Bl. Nr. 2 vom Jahre 1863) anzunehmen.

Die allgemeine Berpflichtung zur Annahme an Zahlungsstatt in vollem Rennwerthe verbleibt den, die Firma der Nationalbank tragenden, nach Artikel III des gegenwärtigen Gesehes zur Einziehung bestimmten Noten zu 1 fl. und 5 fl. bis 31. December 1868.

VI. Die nach Artikel II zu emittirenden Staatsnoten im Betrage von 90 Millionen Gulben, Die in Gemäßheit des Gesetes vom 5. Mai 1866 als Staatsnoten erflärten Noten ber öfterreichischen privilegirten Nationalbant im Betrage bon 150 Millionen Gulben, beziehungsweise bas nach Artitel III biefes Gefetes burch ihren Umtausch sich ergebende Aequivalent in Staatenoten, bann bie von ber öfterreichischen Nationalbant in Gemäßheit bes Gesetes vom 7. Juli 1866 (Reichs-Gesets-Blatt Rr. 89) por= schußweise entnommene, innerhalb eines Jahres, eventuell nach Artikel II Dieses Gesets burch Staatsnoten zu ersetende Summe von 60 Millionen Gulben werben mit ben vom Staate hinausgegebenen, burch bas Befes vom 17. November 1863 (Reichs-Gefets-Blatt Mr. 98) auf einen Marimal-Umlauf von 100 Millionen Gulben begrenzten Bartial-Supothekar-Anweisungen berart in Berbindung gebracht, daß die Summe ber auf Laften bes Staates circulirenden Geldzeichen und jene ber im Umlauf befindlichen Bartial-Sppothetar-Anweisungen ausammen ben Betrag von 400 Millionen Gulben im Maximum nicht überschreiten barf, zugleich aber ber Kinanzminister ermächtigt wird, für den Kall, als der Umlauf ber Bartial-Supothetar-Anweisungen unter bas für biese Effectengattung vorgezeichnete gesetliche Maximum fintt, den Abgang an Bartial-Subothetar-Anweisungen burch eine entsprechende Erhöhung bes Staatsnoten= umlaufes zu erfeten, mabrend für den Kall ber zunehmenden Rachfrage nach Bartial-Sypothekar-Unweisungen im Berhältniße bes innerhalb ibres aufrecht bleibenden Maximums von 100 Millionen Gulben fteigenben Absabes, ber Staatsnoten-Umlauf entsprechend zu verringern fein wird.

Durch diese Regelung des Berhältnises zwischen Staatsnoten und Partial-Hypothekar-Unweisungen bleiben die für Lettere durch die Einverleibung des Phandrechtes in die öffentlichen Bücher eingeräumten Sicherstellungen auf die Aerarial-Saline in Gmunden (das k. k. obderennsische Salzkammergut mit allen seinen Zugehörungen), auf die Aerarial-

^{*)} Sieh' §. 10, Seite 13.

Saline Sallein und auf Die Aerarial-Saline Auffee (bas t. f. fteirische Salztammergut mit feinen Bugehörungen) volltommen unbeirrt. *)

VII. Die Staatsnoten find als im Umlaufe befindlich anzusehen, sobald bieselben von ber Staatscentralcaffe, sei es durch Dotirung anderer Staatscaffen, fei es burch Sinausgabe an Barteien an Bablungsftatt, in Ausgabe gestellt worden find.

Demnach find bloge Staatsnoten-Referven, welche bei ber Staatscentralcaffe Behufe seinerzeitiger Berausgabung ober Umtausches gegen unbrauchbar geworbene ober außer Bertehr gefeste Staatenoten in Borrath gehalten werben, als nicht im Umlaufe befindlich zu betrachten, und ift bemnach bas gefetliche Maximum ber Umlaufsmenge zu berechnen.

Das Gleiche gilt für die Berechnung der nach Artikel II des Gesebes vom 5. Mai 1866 (Reichs-Gefet-Blatt Rr. 51) mit einem Maximal-Betrage von 150 Millionen Gulben festgeseten Umlaufsmenge ber als Staatenoten erklarten Roten zu 1 fl. und 5 fl. hinfichtlich ber in Gemagheit bes Uebereinkommens vom 3. Juli 1866 bei ber öfterreichischen National= bant erliegenden Referven biefer Notengattungen.

VIII. Die in ben Artikeln VI und VII biefes Gesetzes vorgezeichnete Maximalgrenze ber in Werthzeichen bestehenden schwebenden Schuld ift im Kalle ber Berftellung eines gesicherten Friedenszustandes unüberschreitbar und mird bei bem Rutreffen diefer Boraussehung eine weitere Bermehrung ber Berthzeichen auf Grund Meines Batentes bom 20. September 1865 nicht erfolgen. **)

In biefes Maximum find auch diejenigen Betrage, welche ber Staat jur Linderung ber Rriegscalamitaten oder gur Befampfung bes Rothftandes einzelner Ländertheile in der nächsten Uebergangsperiode in Form von Borfcuffen ober Darleben an Ginzelne ober an Corporationen in Staatenoten zu verabreichen in die Lage tommen follte, einzubeziehen.

Die Bestimmungen über die successive Fundirung, beziehungsweise Tilgung ber Staatsnoten werben mit einem besonderen, ehethunlichft gu erlaffenben Befete feftgeftellt werben.

IX. Bezüglich ber Münzscheine bleiben die Bestimmungen ber faiferlichen Berordnung vom 17. November 1860 (R. G. Bl. Nr. 256) und des Gesetzes vom 25. Mai 1866 (R. G. Bl. Nr. 64) aufrecht. ***)

X. Die Commission zur Controle ber Staatsschuld wird bezüglich ber im Artikel I biefes Gefehes vorgesehenen Emission von Staatsschulbverschreibungen ihr Umt handeln und insbesondere die zu emittirenden Effecten contrasigniren.

Diefelbe wird ferner ben Umlauf ber bermalen noch in Form von Banknoten bestehenden Staatsnoten, sowie die successive Auswechslung derselben mit formlichen Staatsnoten und überhaupt die Emission diefer Letteren, sowie die Einhaltung ber in biesem Besete vorgezeichneten Maximal=

^{*)} Sieh' §. 5, Seite 101; und Note 1, Seite 102. **) Sieh' Note **), Seite 57. ***) Sieh' Note 1, Seite 32.

grenze ber in Berthzeichen bestehenden fowebenden Schuld und bas Berhältniß diefer Letteren zu den im Umlaufe befindlichen Bartial-Sypothekar-Anweisungen überwachen und endlich monatlich einen Ausweis über die noch im Umlaufe befindlichen Staatsnoten ju 1 fl. und 5 fl. ber Bantnotenform, über bie Menge ber in Umlauf gefetten formlichen Staatsnoten und über ben Umlauf ber Bartial-Spothetar-Unweisungen, sowie über die Gesammtsumme aller drei Rategorien in der Beise veröffentlichen, baß bie in ber Staatscentralcaffe ober in ben Bantcaffen lediglich gur Sinausgabe bereit gehaltenen Effecten, im Sinne bes Artitels VII biefes Gesetzes, nicht als im Umlaufe befindlich gerechnet werben.*)

(20) F. M. Erlaß vom 21. Jänner 1867, B. 54165, an die Brafidien fammtlicher Finang-Landesbehörden.

Um dem Bedürfniße nach Auswechslung der im Umlaufe befindlichen Staatsnoten gegen geringere ober höhere Noten dieser Urt, dann ber unbrauchbar gewordenen Staatsnoten gegen brauchbare zu entiprechen, findet fich bas Finanzministerium veranlaßt, mit bem Berwechslungs- und Umwechslungsgeschäfte in Beziehung auf Staatsnoten fämmtliche Landeshauptcaffen**) in berfelben Art zu betrauen, wie bieß bezüglich der Münzschein-Verwechslung zufolge des Finanzministerial-Erlaßes vom 10. December 1860, 3. 5176-F. M. ***) angeordnet wurde.

Bum Behufe der Regelung des Berwechslungsgeschäftes nach aleichen Grundsäten murbe die mitfolgende Instruction vorgezeichnet. 1)

Diese Instruction ist der Landeshauptcasse zur genauen Richtschnur bei der Vollziehung der Staatsnoten-Verwechslung und der sich hieraus ergebenden Verrechnung mitzutheilen und hierbei zugleich zu bedeuten, daß Abfuhren in vollständigen Theilpacketen zu 100 Stuck geleiftet werden konnen, daß es jedoch nicht gestattet ist, Packete von unbrauchbaren Staatsnoten burch Zuhilfenahme von brauchbaren zu ergänzen.

1) Instruction

für bie als Staatenoten-Berwechelungecaffen beftellten Abtheilungen ber Lanbescaffen.

Dotationen ber Bermechelungscaffen.

Die ju bem Bermechslungsgeschäfte erforberlichen Berlage an Staatsnoten werben ben Lanbescaffen von der Staatscentralcaffe, allen

*) Sieh' §. 17, Seite 97. **) Mit bem F. M. Erlaße vom 24. October 1875, 3. 4884-F. M. wurde geftattet: daß bas Steueramt in Bielig an jedem Freitage unbrauchbar geworbene Staatsnoten gegen brauchbare, und Staatsnoten höherer Rategorie gegen Staatsnoten niederer Rategorie umwechseln barf.

^{***)} Laut Diefes Erlages maren die Landeshaupt- und die Sammlungscaffen mit bem Ber- und Umwechslungsgeschäfte betraut. Gegenwärtig fungiren als Berund Umwechslungs-Caffen die Landeshaupt- und Landescaffen [ausichließlich Bien, fieh' Rote *), Seite 70]), dann die Landeszahlämter und das Steueramt in Krafau.

übrigen mit bem Staatsnotenverwechslungs-Beschäfte betrauten Caffen burch bie Landescaffe bes betreffenben Rronlandes zugefenbet werben, baber bezüglich ber Dotirung ber Landescaffen fich die Finang-Landesbehorben an bas Finanzministerium, die übrigen Caffen aber an die betreffende Finang=Landes=Direction zu wenden haben.

Die n. ö. Landeshauptcaffe*) tann im Falle dringenden Bedarfes in bem bisherigen Bege ber Berwechslung die erforberlichen Roten bei ber

Staatscentralcaffe fich verschaffen.

§. 2.

Allgemeiner Grundfat bei ber Annahme und hinausgabe von Staatenoten.

Die von den Parteien übernommenen Staatsnoten find erft nach genauer Brufung und erlangter Ueberzeugung ihrer Echtheit und Boll= gähligkeit bes angegebenen Betrages gegen neue Staatsnoten berfelben Rategorie ober Staatsnoten anderer Appoints zu verwechseln, wobei gur Bermeibung etwaiger Frrungen in ber Studzahl ober Rategorie ber binaus zu gebenden Staatsnoten der Bermechslungscaffe zur Pflicht gemacht wird, jede ber bermalen beftehenden oder fünftig noch einzuführenden Rategorien mahrend ber Manipulation in ben Amtsstunden in abgesonderten Fächern bes Cassepultes zu halten; bie an die Partei zu erfolgenden Staats= notenbetrage find zuerft für fich auf bem Manipulationstische abzugablen.

Die einfliegenden Staatsnoten find, infolange ihre Abnütung noch unbedeutend ift, gur neuerlichen Sinausgabe geeignet; ** gerriffene und beichmutte Staatenoten find nicht wieber in Umlauf zu fegen.

§. 3.

Behandlung ber gur Bieberhinausgabe nicht geeigneten Staatsnoten.

Die als zerrissen oder beschmutt zur Wiederhinausgabe nicht ge= eigneten Staatsnoten find in Badete & 100 Stud zu sammeln, jedes Badet ift mit einer minbeftens 21/2 Boll breiten Schleife von ftartem Papier gu umgeben, welche mit ber Aufschrift "Unbrauchbare Staatsnoten" und ber Bezeichnung ber Caffe, bei welcher fie eingelöft wurden, auf eine deutliche und leicht leferliche Beife zu verfeben ift; jedes biefer Badete ift von bem für die Richtigfeit haftungspflichtigen Caffabeamten zu übergablen und die Schleife mit feiner vollen Namensunterschrift zu bezeichnen. ***)

^{*)} Die Bermechelungs-Geschäfte wurden im Grunde &. M. Erlages vom 26. October 1876, B. 27513 an die Staatscentralcaffe übertragen. Aus diesem Anlage ift mit bem F. M. Erlage vom 30. October 1876, B. 28092 eine besondere Inftruction für die Staatscentralcaffe in Bezug auf die Berwechslung und Umwechslung von Staatsnoten und Scheibemunze hinausgegeben worden, welche mit ber F. M. Berordnung vom 6. Februar 1884, B. 2017 ergänzt wurde.

**) Diese Bestimmung wurde wiederholt in Erinnerung gebracht. Sieh' den F. M. Erlaß vom 28. August 1870, B. 26436 (Seite 79).

^{***)} Aus Anlag eines speciellen Falles hat bas &. D. mit bem Erlage vom 31. December 1867, 3. 48617 bedeutet: daß im Sinne bes &. 3 alle an die Berwechs-

Außerbem ist jedes Packet à 100 Stück an zwei bestimmten, nicht zu wechselnden Stellen mit einem Hohleisen zu durchschlagen,*) je 10 solcher Packete à 100 Stück sind in eine mit der Unterschrift des überzählenden Beamten verschene Spange zu geben, durch die Durchschlagslöcher aller 10 Packete, welche selbstverständlich auf einander passen müssen, ist eine Spagatschnur zu ziehen, zu knüpsen, und die beiden Enden derselben sind auf der rückwärtigen Seite der Spange, wo sich nicht die Ausschrift und Unterschrift des Beamten besindet, mit dem Amtssiegel der betressenden Casse anzusiegeln.

§. 4.

Bermahrung ber als unbrauchbar bezeichneten und burchichlagenen Staatsnoten.

Die burchschlagenen und gesiegelten Staatsnoten-Bundel à 1000 Stud sind bis zu ihrer Abfuhr unter vorschriftsmäßiger Gegensperre gleich ben übrigen Cassevorrathen aufzubewahren.

lungs-Abtheilung zur Berwechslung gelangenden Staatsnoten, wenn selbe sich auch unter den Spangen irgend einer ärarischen Casse befinden, zu überzählen und mit den Spangen der Berwechslungs-Abtheilung, welche Spangen die volle Namensunterschrift des für die Richtigkeit haftenden Cassebannten zu tragen haben, zu versehen sind.

Ueber eine Anfrage hat bas F. M. mit bem Erlage vom 10. Juli 1868, 3. 9494 bemerkt: daß im Sinne ber mit dem Erlaße vom 21. Janner 1867, 3. 54165 hinausgegebenen Instruction für die Staatsnoten-Berwechslungscassen bie von den verschiedenen Caffen und Aemtern an die Landeshauptcaffen gelangenden Abfuhren in Staatsnoten à 1 fl. und a 5 fl. nur bann einer neuerlichen genauen Abzählung zu unterziehen sind, wenn die bezüglichen Padete mit "brauchbare Staatenoten" bezeichnet find, mahrend die abgenütten, zur weiteren Sinausgabe nicht mehr geeigneten Staatsnoten à 1 fl. und à 5 fl., wenn folche in Bunden gu 10 Badeten à 100 Stud zusammengestellt find, nicht neuerdings zu überzählen, sondern unter ber Originalverpadung und haftung bes auf ben bezüglichen Spangen burch seine eigene Unterschrift ober Stampiglie ersichtlich gemachten Gingablers an bie Staatscentralcaffe abzugeben find. Sammtliche Aemter haben baber die brauchbaren Staatsnoten von ben unbrauchbaren auszuscheiden, felbe genau als folche zu bezeichnen und separirt zu packetiren, außerbem aber die als unbrauchbar bezeichneten Staatsnoten nach §. 3 obiger Instruction an zwei nicht zu wechselnden Stellen burchzuschlagen und in der vorgeschriebenen Berpadung jur Abfuhr gu bringen.

*) Das F. M. hat mit bem Erlaße vom 4. Juni 1877, Z. 12397 zur Erzielung eines gleichmäßigen Borganges bei bem Durchschlagen ber Staatsnoten angeordnet, daß die unbrauchbaren Staatsnoten, und zwar:

Die Staatsnoten à 1 fl. obers und unterhalb der Queripangen, d. h. in der Mitte der oberen und unteren Hälfte je einmal, — die 5 fl.-Staatsnoten rechts und links der Querspange, d. h. in der Witte der rechten und linken Hälfte je einmal, — die 50 fl.-Staatsnoten aber auf der rechten und linken Hälfte je zweimal von jenen Cassen und Aemtern durchschlagen werden, welche die Staatsnoten als unbrauchbar ausscheiden.

Bei den Staatsnoten zu 50 fl. sollen übrigens die Durchschläge nicht die Köpfe der Figuren treffen. Auch haben sich nach und nach sämmtliche Cassen und Aemter mit Durchschlagseisen von gleichem Durchmesser und zwar von einem Centi-

meter zu berfeben.

§. 5.

Brufung ber Echtheit ber Staatsnoten.

Die Staatsnoten find in Beziehung auf die Schtheit in berselben forgfältigen Beise zu prufen, wie dieß bezüglich ber Banknoten angeordnet ift.

§. 6.

Berfahren bei Bortommen unechter Staatsnoten.

Jede Staatsnote, welche als falfcherkannt wurde, ist ohne Erfat zurudzubehalten, nöthigenfalls ein Protocoll über ben Ursprung aufzunehmen.

§. 7.

Recepissirung falicher Staatsnoten.

hierüber hat die Caffe ber betreffenden Partei ein Recepiffe nach bem Formulare A auszufertigen, zu welchem Behufe die Caffen mit einer genügenden Anzahl gedruckter Recepiffe von Seite der F. L. Directionen zu versehen sind.

§. 8.

Abgabe ber Falfificate.

Alle bei ben Berwechslungscassen vorkommenden falschen Staatsnoten (es mögen darüber bereits Beschreibungen bestehen oder nicht), sind im Bege bes betreffenden Finanz-Landes-Directions-Präsidiums von Fall zu Fall mit aller Beschleunigung dem Finanzministerium*) vorzulegen.

§. 9.

Bergütung ober Richtvergütung ber Falfificate.

Bon der Entscheidung des Finanzministeriums über die Bergütung ober Richtvergütung eines Falsisicates wird die Casse durch das betreffende Finanz-Landes-Directions-Bräsidium verständiget.

Der für ein Falsissicat bewilligte Ersat ist an die betreffende Partei gegen Rückstellung des mit ihrer Empfangsbestätigung versehenen Recepissica aus der Dotation der Verwechslungscasse zu leisten, und es ist das Recepisse sammt der bezüglichen Verordnung der Finanz-Landes-Direction statt Barem bei der nächsten Absuhr von unbrauchbaren Staatsnoten an die Landescassen, resp. Staatscentralcasse in Absuhr zu bringen.

Im Falle der Richtvergütung eines Falsificates ist auf dem betreffenden Recepisse statt der Empfangsbestätigung der Bartei von Seite der Berwechslungscasse beizusepen: "das k. k. Finanzministerium hat für diese falsche Staatsnote von . . fl. keine Bergütung gewährt."

Borftehende Erklärung ift mit bem Datum zu versehen, mit der Unterschrift der beiben Casse-Oberbeamten zu bekräftigen und das also bestätigte Recepisse ift ber Bartei wieder auszuhändigen.

§. 10.

Mustunfte an Barteien über Staatenotenfalfificate.

Bei Beanständung von Staatsnotenfalsificaten sind den betreffenden Varteien alle erforderlichen Auskunfte bereitwillig zu ertheilen.

^{*)} Gegenwärtig t. u. t. Reichs-Finanzministerium. Sieh' &. 1, S. 95.

Formulare A. *)

M (6).

Gefertigte Casse bestätiget, von (herrn Johann Müller) eine beanftandete Staatsnote von (fünf) Gulben zurück behalten zu haben, wegen welcher sich über die Entscheidung des hohen t. t. Finanzministeriums **) in (30) Tagen hierorts wieder anzufragen sein wird.

Bon ber f. f. .

am (11. Mai) 18(67).

(Die Bergütung mit fünf Gulben empfangen am 14. August 1867.

(R. N. Caffier.)

Johann Müller.)

(N. N. Controlor.)

Formulare B. *)

ad §. 12.

M (15).

Gefertigte Caffe bestätiget, von (Herrn Josef Bagner) als beschädigt, jeboch ohne Bergütung, übernommen zu haben:

(zwei Stud Staatsnoten à Fünf Gulben)

worüber fich hierorts binnen (14) Tagen anzufragen fein wirb.

Bon der f. t.

am (12. Juni) 18(67).

(Die Bergütung mit neun Gulben empfangen am 20. Juli 1867.

(R. N. Caffier.)

Joseph Wagner.)

(N. N. Controlor.)

^{*)} Bergleiche die Formulare Seite 81.
**) Sieh' §. 3, Seite 80, §. 4, Seite 81, und §. 9, Seite 86.

§. 11.

Beschäbigte Staatsnoten.*)

Alle Staatsnoten, welche in der Art beschädigt find, daß an denselben irgend ein wesentlicher Bestandtheil fehlt, welcher vielleicht später beigebracht, eine Theilvergütung begründen könnte, sind zur sogleichen Bergütung nicht geeignet.

§. 12.

Deren Recepiffirung.

Solche Staatsnoten find von den Cassen den Parteien gegen Recepisse abzunehmen. Hierbei haben die Cassen sich der ihnen durch die F.L. Directionen zuzusendenden gedruckten Recepisse nach Formulare B zu bedienen, und dieselben ordentlich und beutlich auszufüllen.

§. 13.

Deren Ginfenbung.

Die beschäbigten Staatsnoten sind wochentlich von der betreffenden Casse mit einer Consignation, in welcher die Recepisse-Nummer, der Name der Partei, die Anzahl der Stücke, die Kategorie, welcher sie angehören, genau ersichtlich zu machen sind, dem Finanzministerium, *) u. z. von der n. ö. Landescasse** unmittelbar, von den Landescassen der übrigen Länder aber im Wege der vorgesetzten Finanz-Landesbehörde Behuss der Theilzahlungsbemessung vorzulegen.

§. 14.

Deren Couvertirung.

Die beschädigten Noten sind in abgesonderte, mit der Confignation übereinstimmend bezeichnete Couverts zu legen, und biese wieder in ein Hauptcouvert einzuschließen.

§. 15.

Beschäbigte Staatenoten find nicht aufzukleben. Beschädigte Staatenoten find nicht aufzukleben.

§. 16.

Theilzahlungen, beren Erfolgung und Berrechnung.

Die in Erledigung des Finanz-Landes-Directions-Berichtes angewiesene Theilzahlung ift der betreffenden Partei gegen Einziehung des Recepisses und ihre auf demselben beizusügende Bestätigung über den Empfang des entsallenden Betrages aus der Dotation der Verwechslungscasse zu bezahlen.

Sowohl das eingezogene Recepisse, als die Finanz-Landes-Directions-Berordnung sind statt Barem bei der nächsten Absuhr von aus dem Umlauf gezogenen Staatsnoten an die Landescasse, beziehungsweise Staatscentralcasse in Absuhr zu bringen.

^{*)} Bergleiche die Instruction vom 25. November 1869 (Seite 80). **) Bergleiche Note*), Seite 70.

§. 17.

Berlorenes Recepiffe.

Benn einer Partei das ihr von der Berwechslungscaffe ausgefertigte Recepiffe über falsche ober beschädigte Staatsnoten in Berluft geräth, so darf unter keiner Bedingniß ein Duplicat ausgestellt werden, sondern die Partei hat auf ihre Kosten die Amortisirung des Recepisses zu erwirken.

Die Cassen sind gehalten, über die von ihnen sowohl über Falstsicate, als über beschädigte Staatsnoten ausgefertigten Recepisse eine Vormerkung zu führen.

§. 18.

Journalifirung bes Bermechelungegeschäftes.

Der in ber Verwechslungscasse vorhandene Geldvorrath bilbet einen Theil des allgemeinen Cassebstandes der betreffenden Casse und wird somit im Conto-Corrente in Evidenz gehalten.

Ueber die eigentliche Gestion ber Verwechslungscasse aber ist ein Subjournal nach dem Formulare C zu führen, dessen Resultat selbstwerständlich wie bei den übrigen Verwaltungszweigen in den Conto-Corrente einzubeziehen ist.

§. 19.

Berrechnung ber Dotationen.

Die den Landescassen behufs der Dottrung ihrer eigenen Berswechslungsabtheilung und der mit der Staatsnotenverwechslung betrauten Steuerämter zukommenden Dotationen in neuen Staatsnoten find in dem Subjournale (§. 18) in Empfang zu stellen.

Ebenso sind auch die in Absuhr gebrachten unbrauchbaren burchsichlagenen Staatsnoten und die eingelöften Recepisse über die als zur Bergütung geeignet anerkannten Falsificate, sowie die Theilzahlungen für beschädigte Staatsnoten als Absuhr in dem Subjournale in Ausgabe zu verrechnen.

Bezüglich ber Caffesicherheit sowohl ber zu übernehmenden, als abzuführenden Staatsnoten=Quantitäten ift sich genau an die bestehenden allgemeinen Borichriften zu halten.

§. 20.

Avisi.

Ueber jede von der Staatscentralcasse bewerkstelligte Staatsnotens Sendung an eine Landescasse wird dem Rechnungsdepartement der betrefssenden Finanz-Landes-Direction die Mittheilung durch das Finanzministerials Rechnungsdepartement zugehen; dagegen hat aber auch das Rechnungsbepartement der Finanz-Landes-Direction jede an die Staatscentralcasse gemachte Absuhr in unbrauchbaren, aus dem Verwechslungsgeschäfte herzührenden Staatsnoten dem Finanzministerial-Rechnungsdepartement in instructionsmäßigem Wege mitzutheilen.

Verwechslungs-Cassejournal für den Monat (Mai 1867.)

						T ~	~~
				н.		Jou	rn.=Art.
		hiervon die nevige ausgave 10.004. Caffareft 189.996	Summe bes Empfanges . 200.000 100.000	Dotation von ber Staats Central's 200.000 100.000	97. 992 ai 1867.		Empfang
		189.99	200.00	200.00			1
	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	99.998	100.	100.	<u>:</u>	Gulben-Stfide	Staatsnoten à
			8			T OF	noten
		· ·		· .		² 2	n à 500
		a '	70	<u> </u>		-	8
		10.014	700.000	700.000] =	Betrag
		$\cdot \mid \cdot$				#	6
				<u> </u>			
CO	. ∞			-		-	rn.=Art.
8 Abjuhr an bie Staats-Centralcaffe		Baut Bbg. u. 1 Stud Recepiffe.	bewilligten Bergutung eines Fal-		27. 90 ai 1867.	-	rnArt.
Abjuhr an die Staats-	Abfuhr an do., bie bem Joseph Bagner mit Fin. Win. Bbg. vom 1867, 8. bewilligte Thilablung Laut Bbg. u. 1 Stild Receptife.	Laut Bbg. u. 1 Stud Recepiffe.	bewilligten Bergutung eines Fals		27. 97 ai 1867.	Jou	N 11 8 8 a 5 e 1
Abjuhr an die Staats-Centralcasse 10.000 .	Abfuhr an do., bie bem Joseph Bagner mit Fin. Win. Bbg. vom 1867, 8. bewilligte Thilablung Laut Bbg. u. 1 Stild Receptife.	Lincates	bewilligten Bergütung eines Fal-		27. 9R ai 1867.	Jou	N 11 8 8 a 5 e 1
Abjuhr an die Staats-Centralcasse. Summe.	Abfuhr an do., bie bem Joseph Bagner mit Fin. Win. Bbg. vom 1867, 8. bewilligte Thilablung Laut Bbg. u. 1 Stild Receptife.	Laut Bbg. u. 1 Stud Recepiffe.	bewilligten Bergütung eines Fal-		27. SR ai 1867.	-	N 11 8 8 a 5 e 1
Abjuhr an die Staats-Centralcasse 10.000 .	Abfuhr an do., bie bem Joseph Bagner mit Fin. Win. Bbg. vom 1867, 8. bewilligte Thilablung Laut Bbg. u. 1 Stild Receptife.	Laut Bbg. u. 1 Stad Recepiffe.	bewilligten Bergütung eines Fal-		27. 9R ai 1867.	Jou	Etaatsnote 1 5
Abfuhr an die Staats-Centralcasse 10.000	Abfuhr an do., bie bem Joseph Bagner mit Fin. Min. Bbg. bom		bewilligten Bergutung eines Fal's		27. 98 a i 1867.	Jou	Staatsnoten à grads a be 1 5 5 50

Behandlung von zur Bermechelung eingelegten größeren Partien in Staatenoten.

Die Berwechslung von Staatsnoten hat in der Regel alsogleich, und die Ueberzählung ber eingelegten in Gegenwart der Parteien stattzufinden.

Läßt aber ber Drang ber Geschäfte die alsogleiche ftüdweise Ueberzählung und Brüfung größerer Partien von zur Berwechslung gelangenben Staatsnoten nicht zu, so sind ben Parteien über die beigebrachten Staatsnoten juxtirte Recepisse*) nach bem mit dem Finanz-Ministerialerlaße vom 19. März 1861, B. 7711 **) für die Münzscheinverwechslung

S. 83) werden hier jene Bestimmungen angeführt, welche analog auch auf das Berfahren bei der Umwechslung, Revision und Absuhr der unbrauchbaren Staatsnoten

Unwendung zu finden haben.

1. Die Ueberzählung und die Brüfung der Cotheit der zum Umtausche besteinmten Summe hat stud weise und in Gegenwart der Partei, welche die Mung-

scheine überbracht hat, stattzufinden.

2. Läßt der Drang der Geschäfte die alsogleiche stüdweise Ueberzählung und Prüfung größerer Partien von zum Umtausche gesangenden Wänzscheinen nicht zu, so sind den Parteien über die beigebrachten Münzscheine juztirte Recepisse nach beisolgendem Ruster auszusertigen und die Parteien wegen Behebung des Aequivalents in Banknoten oder in neuen Wänzscheinen auf den nächsten, längstens aber auf den fünsten Tag zu bestellen.

Es ist jedoch darauf zu sehen, daß in diesen Fällen von den Parteien die Badchen der eingelegten Münzscheine mit Spangen und sämmtliche Bäcken mit einem Umschlage versehen, und daß auf den Spangen die Beträge und die Namen der Parteien, auf dem Umschlage dagegen die Anzahl der Bäcken und der Gesammt-

werth ber Dungscheine erfichtlich gemacht werben.

Bon bem Borhanbensein bieser Erfordernisse und ber Anzahl ber Badchen ift sich in Gegenwart ber Parteien von zwei Beamten der übernehmenden Casse gemeinschaftlich die Ueberzeugung zu verschaffen und es sind die gedachten, im Einklange mit dem Befunde an die Parteien zu erfolgenden jugtirten Recepisse von beiden Beamten zu unterfertigen.

Die Blanquetten zu ben jugtirten Recepissen sind von den Oberbeamten den mit dem Berwechslungsgeschäfte betrauten Beamten in gebundenen Heften zu ersolgen, und es ist stets auf der Jurta, übereinstimmend mit dem Recepisse, die Partei mit

ben betreffenden Gelbbetragen erfichtlich zu machen.

Die eingelegten Münzscheine sind in ein Tagebuch einzutragen und von den übernehmenden Beamten unter ihrer gemeinschaftlichen Sperre aufzubewahren. — Am

^{*)} Mit dem F. M. Erlaße vom 20. Juli 1872, 3. 3216 (F. M. B. Bl. Nr. 27, S. 227) wurde Folgendes bedeutet: "Im Bernehmen mit dem k. k. Obersten Rechenungshofe für die im Reichsrathe vertretenen Länder wird verfügt, daß vom 1. September 1872 angesangen die Recepisse über die von Parteien bei k. k. Cassen zur Unwechslung erlegten abgenützen und undrauchbar gewordenen Staatsnoten, sowie die juxtirten Hefte, deren Ausschnitt diese Recepisse bilden, als streng verrechendare Drucksorten zu behandeln sind. Es ift ferner ein besonderes Augenmert darauf zu richten, daß diese Recepisse, sobald sie von der Partei gegen Uebernahme der neuen Staatsnoten an die Casse rückgeskellt werden, auch sogleich vorschriftsmäßig durchschlagen werden. Endlich ist dei allen mit der Staatsnoten-Berwechslung betrauten Cassen in dem für den Parteienzutritt bestimmten Locale mittelst einer in die Augen fallenden Ausschlich einer war geben, daß die gedachten Empfangsbestätigungen nur dann Getung haben, wenn bieselben von 2 Cassabenen unterserigtsind."

***) Aus dem F. R. Erlaße vom 19. März 1861, 3. 7711 (F. R. B. Bl. Rr. 15,

porgezeichneten Mufter auszufertigen und die Barteien wegen Behebung bes Mequivalentes auf ben nächften, langftens aber auf ben zweiten Tag au bestellen. Es find bieffalls dieselben Borfichten gu beobachten, welche mit dem obbezeichneten F. M. Erlaße für die Mungscheine angeordnet worden find.

Tagesschlusse ist die Bergleichung der Anzahl der Packete und ihrer Beträge mit den Register-Juxten, sowie mit dem Tageduche vorzunehmen, die richtige Gebarung zu constatiren und die Bestätigung hierüber von beiden übernehmenden Beamten im Tageduche beizusügen. — Die stückweise Uederzählung und Brüsung der eingelegten Münzscheine ist innerhalb der anberaumten Frist von zw ei Cassedennten gemeinschaftlich vorzunehmen. Bei entdeckten Abgängen, Falsssicaten aber Augenzen ist der Anzunehmen. ober Augungen ift ber Befund von diefen Beamten auf ben Spangen erfichtlich gu machen und mit ihren Namensfertigungen zu bestätigen, und es ift hierauf bei ben Abrechnungen mit ben Barteien gehörig Rudficht zu nehmen.

Für als unecht beanständete Mungscheine find ben Parteien eigene Empfangsbestätigungen mit der Andeutung auszustellen, bis zu welchem Zeitpuncte die Rach-

frage, ob eine Bergütung bewilligt wurde, gestellt werden tann.

Die als unecht beanständeten Mungicheine find der vorgefesten Behörde zur weiteren Beranlassung vorzulegen und in einer abgesonderten Bormertung in Evidenz zu halten. — Die Auszahlung ber für bie eingelegten und anstandslos befundenen Münzicheine gebührenden Beträge in Banknoten ober neuen Münzscheinen an die Parteien darf nur gegen Einziehung ber erfolgten Recepisse stattfinden, welche sodann burchzuschlagen und ber Register-Jurta beizulegen find.

In Berlust gerathene Recepisse mussen borerst amortisirt werden. Sobald ein Recepissenheft ausgeschrieben ist, kommt dasselbe sammt den dazu gehörigen, von den Parteien eingezogenen und durchgeschlagenen Ausschnitten den Oberbeamten zurückzustellen, welche dafür an die betheiligten Beamten ein neues heft zu erfolgen haben. Ueber die Recepissenhefte ift von dem Controlor eine Borschreibung zu führen, worin die Ausfolgung der neuen, sowie Rudftellung der verbrauchten Recepisse durch gegenseitige Fertigung zu bestätigen ift.

Bei den wochentlichen und unvermutheten Scontrirungen ift fich von der ordnungsmäßigen Gebarung mit biefen Recepiffenheften die Ueberzeugung zu verschaffen.

5. Die auf die vorgezeichnete Beise angefertigten Bacete mit abgenützten Münzscheinen sind langstens mit Schluß eines jeben Monats abzuführen und von ber zu ihrer Uebernahme berufenen Casse, wenn die Siegel auf den Kreuzspangen unverletzt und überhaupt an den äußeren Werkmalen kein Anstand wahrnehmbar ist, sogleich uneröffnet als Abfuhr abzuquittiren.

Diese Abquittirung entbindet jedoch die abführenden Cassen und die einzählenden Beamten nicht von der Haftung für die Unrichtigkeiten, Abgange oder Falfificate, welche bei der burch die Staats-Credits- und Central-Hosbuchaltung unter Intervenirung ber Direction der Staatsichulb vorzunehmenden Revision der

Mungichein-Badete entbedt werden follten.

Bu biefer commiffionellen Revision wird ber gebachten Hofbuchhaltung ein Termin von langstens vier Wochen vom Tage des Empfanges eingeraumt und es wird Sorge der Casse sein, die Abfuhren so einzurichten, daß der Regressual-Unipruch gegenüber den Einzählern gehörig gewahrt werde, ohne ihre Hoffnung auf einen zu langen Termin auszudehnen. Hiernach hat auch die Staats-Centralcaffe die von den verschiedenen Abfuhren herruhrenden, sammt den aus der eigenen Gebarung von Parteien übernommenen und in gleicher Beise zu beamtshandelnden abgenützten, zur Tilgung bestimmten Münzscheine, allmonatlich und nöthigenfalls auch mehrmal im Monate, mittelft eines in duplo verfagten, mit ben Journals-Ginftellungen im Einklange stehenden Berzeichnißes unter Intervenirung eines Caffebeamten und gegen Empfangsbestätigung an die Revisionscommission abzugeben.

(21) f. M. Erlaß vom 28. August 1870, J. 26436, an fammtliche Finang-Landesbehörben.

Bei ber Revifion ber aus bem Umlaufe gezogenen Staatsnoten wurde neuerdings die Wahrnehmung gemacht, daß von den Cassen und Aemtern ber im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länber Staatsnoten als unbrauchbar aus bem Umlaufe gezogen werben, welche füglich noch burch längere Reit im Verfehr verwendet werben könnten.

Demgemäß wird die t. t. . . . beauftragt, in diefer Beziehung

unverweilt das Nöthige zu veranlassen.

Nachdem bie in Diefer Richtung bisher erlassenen Weisungen, namentlich die h. o. Erläße vom 30. Juli 1868, B. 1831-F. M. 1) und vom 20. Februar 1870, 3. 2669 3) nicht den erwünschten Erfolg gehabt haben, so ist den gablenden Beamten zu bedeuten, daß in weiters porkommenden Fällen die hieran Schuldtragenden mit empfindlichen Gelbstrafen werden belegt werben.

- 1) Mit bem F. M. Erlage vom 30. Juli 1868, 3. 1831-F.-M. wurden die Finang-Landesbehörden beauftragt, barauf hinzuwirken, bag von den unterftebenden Aemtern und Caffen nicht noch brauchbare unabgenütte Staatsnoten gur Umwechslung und Tilgung abgegeben werben.
- 2) Das F. M. hat mit der Verordnung vom 20. Februar 1870, B. 2669 bie Finang-Landesbehörden angewiesen, ben unterftebenden Caffen, welche mit ber Ausscheidung und Abfuhr ber abgenütten Staatsnoten betraut find, neuerlich einzuscharfen, baß fie bei Ausscheidung unbrauchbarer Noten die nöthige Genquigkeit beobachten, und nicht folche Roten, welche fich zur Bieberhinausgabe noch gang mohl eignen, zur Tilgung in Abfuhr zu bringen.

Gleichen Inhalts find bie, an fammtliche Finang-Landesbehörden ergangenen &. M. Erläße vom 28. Februar 1877, B. 4917, vom 6. December 1881, B. 6176-F. M., vom 31. Jänner 1883, B. 281-F. M.

(22) J. M. Erlaß vom 12. December 1869, J. 3802-F. M. Behandlung beschädigter Staatsnoten und beren Bergütung. F. M. B. Bl. Rr. 43, S. 248.

Im Vernehmen mit dem Reichs-Finanzministerium und mit Austimmung ber Staatsschulben = Controlscommission bes Reichsrathes wurde unter theilweiser Modificirung bes Erlages vom 14. December 1866, 3. 6868-F. M. *) beschloffen, das Bemeffungs- und Vergütungs-

Derlei beschädigte Noten sind zu burchschlagen und im Bege ber Landeshaupt-

caffe an die Staatscentralcaffe einzusenben.

^{*)} Diefer, im F. M. B. Bl. Rr. 52, S. 291 verlautbarte F. M. Erlaß lautet: "Die I. f. Caffen find ermächtigt, für bei ihnen vortommende beschädigte förmliche Staatsnoten die volle Bergütung zu leiften, wenn der Context der Noten unverletzt geblieben ist und nur Keinere Stude der Randeinfassung fehlen.

Noten, an welchen mehr als ein Stud ber Ranbeinfaffung fehlt, find bem Finanzminifterium zur Bemeffung ber zu leiftenben Bergutung vorzulegen."

geschäft beschäbigter Staatsnoten vom 1. Janner 1870 angefangen, ben Lanbeshauptcaffen in Ling, Salzburg, Innsbruck, Graz, Klagenfurt, Laibach, Triest, Zara, Prag, Brünn, Troppau, Lemberg und Czernowit, bann bem Steuer- und Sammelamte in Rrakau*) zu übertragen.

Der hierbei zu beobachtende Vorgang ist diesen Cassen durch die nachstehende, vom Reichs-Finanzministerium verfaßte Instruction vom 25. November 1869, B. 8543-R. F. M. 1) vorgezeichnet worden. **)

1) Instruction

für bie mit ber Bergütung beichäbigter formlicher Staatsnoten betrauten Caffen unb

§. 1.

Bemeffunge=Magftab.

Rum Behufe ber Bemeffung ber Bergutung für beschäbigte Staatsnoten werden die Staatsnoten zu 50 Gulben in 200, jene zu 5 Gulden in 100 und die Roten gu 1 Bulben in 20 gleiche Felber getheilt.

Die Gintheilung ber Staatsnoten in diese Felder geschieht burch Auflegen von Negen, welche in vieredige Rahmen gefpannt und fo conftruirt find, daß ber innere Umfang bes Rahmens ben Drud ber Staatsnote genau umgrenzt, ***) und bag bie bon Oben nach Unten und bon ber linken zur rechten Seite in gleichweiten Rwischenraumen gezogenen Fäben die im ersten Absahe bieses Baragraphes erwähnte, je nach ber Rategorie der Staatsnote verschiedene Unzahl von Feldern bilden.

Berechnung bes Abzuges für fehlende Theile.

Rebes Reld, beffen Raum burch die unter bas Net gelegte Staatsnote nicht volltommen ausgefüllt wirb, ift bei ben Staatsnoten zu 50 Gulben mit 25 Rreugern, bei ben Staatsnoten zu 5 Gulben und jenen zu 1 Gulben mit 5 Rreugern von dem gangen Nominalbetrage der Note in Abzug zu bringen. †)

Behandlung von in burchgeschlagenem Buftanbe überreichten Staatsnoten.

Staatsnoten, welche von Parteien in bereits durchgeschlagenem Ruftande überreicht werben, find nicht sogleich zu verguten. Die Bartei ift in diesem Falle zu vernehmen, ob sie und warum die Durchschlagung selbst vorgenommen hat, ober (im Falle der Berneinung diefer Frage) von wem fie die durchgeschlagene Note erhalten hat.

Das darüber aufgenommene, gehörig gefertigte Protocoll ist sammt den betreffenden Staatsnoten an das Reichs-Finangminifterium vorzulegen.

^{*)} Mit bem F. M. Erlaße vom 9. August 1871, Z. 2895-F. M. (F. M. &. Bl. Nr. 29, S. 150), wurde das Bemeffungs- und Bergutungsgeschäft auch an das Steueramt in Raguja fibertragen.

^{**)} Sieh' die F. M. Erläße vom 30. Jänner 1882, Z. 2342, vom 5. März 1883, Z. 6620, und vom 30. Juli 1884, Z. 22243 (Seite 84, 90, 91).

***) Bergleiche den F. M. Erlaß vom 9. August 1875, Z. 20754 (Seite 84).

†) Sieh' die geänderte Fassung des Ş. 2 im F. M. Erlaße vom 25. Juni 1874, 2. 3181-F. M. (Seite 83).

Formulare A ad §§. 3, 4 unb 5.

№	
Gefertigte Caffe beftätiget, von (Wilhelm Fischer) als beschäbigt,
jedoch ohne Bergutung übernommen zu	
(1 Staatsnote à 1 fl. und 1 Staatsnote	à 5 fl.), worüber sich in (14) Tagen
anzufragen sein wird.	
Von der	
am	18
(Die Bergütung mit	N. N. Cassier.
empfangen am1	8 N. A. Controlor.
Wilhelm Fischer.)	
Formulare	R
•	
Endesgefertigte (r) bestätiget, vor	
infür überreichte	Stücke beschäbigte Staatsnoten,
zusammen perben Vergür	tungsbetrag von
erhalten zu haben.	
am	18
	N. N.

§. 4.

Behandlung jener Staatsnoten, bezüglich welcher ein Zweifel über die Echtheit obwaltet, ober bei welchen ber Bemessungs - Maßstab nicht angewendet werden kann.

Förmliche Staatsnoten, über beren Echtheit ein Zweifel obwaltet, ober beren Beschädigungsart die Anwendung des im §. 1 aufgestellten

Bemessungs-Maßstabes nicht zulässt, wie z. B. aufgeklebte, in Fette, Del ober Säuren getauchte voer bamit übergossene, verkohlte ober von Mäusen in unmeßbare Theile zernagte u. s. w. Staatsnoten sind an das k. und k. Reichs-Finanzministerium vorzulegen. *)

§. 5.

Die in den §§. 3 und 4 erwähnten Staatenaten sind den Parteien gegen Recepisse abzunehmen, in besondere Couverts und diese in ein Hauptcouvert einzulegen und wöchentlich mit einer Consignation einzusenden, in welcher die Recepisse-Nummer, der Rame der Partei, die Anzahl der Stüde, die Kategorie, welcher sie angehören, oder der Rennwerth berselben, übereinstimmend mit den Angaben auf den einzelnen Couverts, ausgeführt sind.

§. 6.

Bann bie Bemessung und Auszahlung ber Bergutungsbetrage vorzunehmen ist. Die Bemessung und Auszahlung ber Bergutung hat in ber Regel

fogleich zu erfolgen.

Sollte aber bieß mit Rudficht auf ben Andrang der eigentlichen Cassegeichäfte nicht möglich sein, so sind den Parteien für die überreichten beschädigten Staatenoten Recepiffe auszufolgen und ist die Bemessung innerhalb der nächsten 24 Stunden vorzunehmen.

§. 7.

Behandlung ber ber Bergütungsbemessung unterzogenen, beschädigten förmlichen Staatsnoten.

Die ber Bergütungsbemessung unterzogenen, beschäbigten förmlichen Staatsnoten sind mit einem runden Hohleisen an zwei Stellen burchzuschlagen und die von je einer Partei überreichten Stäcke sammt der von der Partei untersertigten Empfangsbestätigung über den erhaltenen Bergütungsbetrag in ein besonderes Couvert zu legen, auf dessen Rückseite ersichtlich zu machen ist: die fortlausende Nummer des Couverts, der Rame der Partei, die Anzahl der Stücke und der Gesammt-Rennwerth derselben, dann der sur jede Kategorie der Noten geleistete Bergütungsbetrag.

Den Couverts ist ein Berzeichniß beizulegen, welches zu enthalten hat: bie fortlaufende Nummer jedes Couverts, die Stückahl und den Nennwerth der in jedem Couvert enthaltenen Staatsnoten, den Namen und Wohnort der Partei, dann den Betrag der geleisteten Bergütung.

Dieses Berzeichniß ist mit bem Datum und ber Unterschrift ber Oberbeamten und jenes Beamten zu versehen, welcher die Bemessung vorgenommen hat.

Die einzelnen Couverts sammt dem Verzeichniße find in ein Hauptscouvert einzuschließen, welches wohl zu versiegeln ist und auf der Rückeite außer der Adresse zu enthalten hat: den Namen des absendenden Amtes

^{*)} Sieh' den F. M. Erlaß vom 25, Juni 1874, Z. 3181-F. M. (Seite 83). **) Sieh' den F. M. Erlaß vom 9. August 1875, Z. 20754 (Seite 84).

ober ber Casse, die Gesammt-Stückahl und den Gesammt-Rennwerth der eingeschlossenn Staatsnoten, dann den Gesammt-Bergütungsbetrag.

§. 8.

Einsenbung berfelben.

Mit biesem Bergütungs-Betrage sind bie beschädigten Staatsnoten separat in berselben Beise, wie die zur Berwechslung gebrachten abgenübten Staatsnoten abzuführen.

3. 9

Berrechnung ber ausgezahlten Bergütungsbeträge.

Die abgeführten, beschädigten Staatsnoten sind von ben bemessen ben Cassen und Aemtern mit bem dafür geleisteten Bergütungsbetrage im Conto-corrente-Journale in Ausgabe zu stellen.

§. 10.

Einbringung bon Erfagen aus Uebergahlungen.

Etwaige Ueberzahlungen werden der Casse oder dem Amte, wo die Bemessung erfolgte, im Berrechnungswege zur Last geschrieben, wie es bei Falsificaten oder bei Abgängen an Absuhren der Fall ift.

(23) F. M. Erlaß vom 25. Juni 1874, B. 3181-F. M. Mönderung der Instruction für die mit der Bemessung und Bergütung beschädigter förmlicher Staatsnoten betrauten Cassen und Nemter.

F. M. B. Bl. Rr. 22, S. 122.

Das Reichs-Finanzministerium hat sich bestimmt gefunden, die Instruction für die mit der Bemessung und Bergütung beschädigter förmlicher Staatsnoten betrauten Cassen und Aemter v. J. 1869*) in nachstehender Weise abzuändern:

Der §. 2 dieser Instruction hat nunmehr zu lauten:

"Jebes Feld, bessen Raum durch die unter das Netz gelegte Staatsnote nicht wenigstens bis zur Hälfte ausgefüllt wird, ist bei den Staatsnoten zu 50 fl. mit 25 Kreuzern, bei den Staatsnoten zu 5 fl. und jenen zu 1 fl. mit 5 Kreuzern von dem ganzen Nominalbetrage der Note in Abzug zu bringen. Fehlende Theile, welche an den Berührungspuncten von zwei oder mehreren Feldern liegen, sind nicht mit den für die einzelnen Felder entfallenden Theilbeträgen zu veranschlagen, sondern mit jenem Betrage in Abzug zu bringen, welcher den sehlenden Theilen zusammengenommen entspricht."**)

Es sind ferner von nun an solche Staatsnoten, aus welchen Streifen herausgeschnitten, oder welche aus zwei oder mehreren Streifen zusammengesett sind, im Sinne des §. 4 der Instruction zur Vergütungs=

bemessung dem Reichs-Finanzministerium vorzulegen.

^{*)} Sieh' Seite 80.

^{**)} Bergleiche den F. M. Erlag vom 9. August 1875, 3. 20754 (Seite 84).

(24) F. M. Verordnung vom 9. August 1875, B. 20754, betreffend eine Erläuterung zur Instruction über die Bergütung beschäbigter Staatsnoten.

F. M. B. Bl. Nr. 26, S. 151.

Von Seite bes Reichs-Finanzministeriums wurde dem t.t. Finanzministerium die Mittheilung gemacht, daß die mit der Vergütung beschädigter Staatsnoten betrauten Cassen und Aemter die der Theilzahlungs-Bemessung unterzogenen beschädigten Staatsnoten mit Verzeichnissen einsenden, in welchen nebst den übrigen im §. 7 der mit dem Erlaße vom 12. December 1869, J. 3802-F. M.*) hinausgegebenen Instruction vorgeschriebenen Angaben auch die Stückzahl, der Nennwerth und der Vergütungsbetrag der in je einem Couvert enthaltenen Staats-noten angeführt wird.

Es tomme nun sehr häufig vor, daß unter einer Post eine größere Anzahl von Staatsnoten einbezogen wird, für welche die Vergütungsbeträge zwar getrennt nach den einzelnen Kategorien, jedoch nur sum-

marisch zur Verrechnung gelangen.

Da jedoch die summarische Angabe der Bergütungsbeträge die Ueberprüfung der Theilzahlungs-Bemessungen bedeutend erschwert und verzögert, erscheint es angezeigt, daß die bemessenden Organe die für jede einzelne beschädigte Staatsnote bemessene Vergütung auf derselben an einer geeigneten Stelle, womöglich am oberen Kande der Aversseite, beutlich sichtbar machen.

Die betreffenden Organe werden angewiesen, sich hiernach in Hin-

funft zu benehmen.

Ferner wird mit Beziehung auf den 2. Absat des §. 1 der vorangeführten Instruction, und die mit dem Erlaße vom 25. Juni 1874, B. 3181-F.M.**) mitgetheilte Abänderung des §. 2 dieser Instruction darauf ausmerksam gemacht, daß nur der innerhalb des regelrecht aufgelegten Netrahmens befindliche Theil einer beschädigten Staatsnote den Gegenstand der Bemessung eines Abznges zu bilden, somit jener äußere Theil der Staatsnote, welcher unter den Stahlrahmen fällt, bei dieser Bemessung ganz außer Anschlag zu bleiben hat.

(25) F. M. Erlaß vom 30. Jänner 1882, B. 2342. Umwechslung unbrauchbarer und Bergütung beschäbigter Staatsnoten. F. W. B. Bl. Rr. 4, S. 19.

Aus Anlaß der Hinausgabe der Staatsnoten à 5 fl. in neuer Form wurden die für die Umwechslung unbrauchbarer, beziehungsweise für die Vergütung beschädigter Staatsnoten bestehenden Vorschriften theilweise abgeändert, und ist den betheiligten I. f. Cassen und Aemtern der von

^{*)} Sieh' Seite 79. **) Sieh' Seite 83.

benselben bei den erwähnten Amtshandlungen in Hinkunft zu beobsachtende Vorgang durch die nachstehende, von dem k. und k. Reichsstinanzministerium versaßte neue Instruction vom 19. December 1881, B. 4452-R. F. M. 1) vorgezeichnet worden.

1) Instruction

für bie mit ber Umwechslung unbrauchbarer, beziehungsweise mit ber Bergütung beich abig ter Staatsnoten betrauten Caffen und Memter mit besonberer Rudfichinahme auf bie neuen Staatsnoten ab fl., ddo. 1. Jänner 1881.

A. Umwechslung unbrauchbarer Staatsnoten.

§. 1. Der Borgang bei ber Umwechslung ber für ben allgemeinen Berkehr unbrauchbar geworbenen Staatsnoten à 5 fl., ddo. 1. Jänner 1881, ist verschieden, je nachdem die Unbrauchbarkeit berselben burch Abnützung ober mit Absicht herbeigeführt wurde.

§. 2. Durch Abnützung unbrauchbar gewordene, jedoch in allen Theilen vollständige Staatsnoten sind — soserne über beren Echtheit kein Zweisel besteht, — von den mit der Umwechslung der Staatsnoten betrauten I. s. Cassen und Aemtern unter Beobachtung der Bestimmungen der vom bestandenen k. k. Finanzministerium am 21. Jänner 1867, 3. 54165*) erlassenen Instruction gegen Staatsnoten derselben Kategorie, oder Staatsnoten anderer Appoints mit dem vollen Kominalbetrage umzuwechseln und hierbei die etwa darunter besindlichen brauchbaren Roten behns weiterer Berwendung genau auszuscheiden.

§. 3. Die unbrauchbaren Staatsnoten I. Emission sind von benen ber II. Emission zu trennen und in abgesonderten Padeten, bezie=

hungsweise Bunden gur Tilgung abzuführen.

- §. 4. Staatsnoten zu 5 fl., ddo. 1. Jänner 1881, aus deren Beschaffenheit selbst sich ergibt, daß dieselben mit Absicht einer Beränderung unterzogen wurden, dürsen nach der Bestimmung des Absabes 4 der Kundmachung des k. und k. Reichs-Finanzministeriums vom 23. September 1881 [R. G. Bl. Nr. 111 und B. Bl. Nr. 43]**) von den Staatscassen und Aemtern in Zahlung nicht angenommen werden, sondern sind durch dieselben an die k. und k. Reichs-Centralcasse in Wien behufs Prüfung der Echtheit und deren Umwechslung gegen Ersat der Erzeugungs- und Manipulationskossen und von dem Umwechslungsbetrage bei Uebersendung desselben durch die Reichs-Centralcasse in Abzug gebracht werden.
 - B. Bergütung beschäbigter Staatsnoten.
- §. 5. Beschädigte Staatsnoten, an welchen einzelne Theile des Randes, der Zeichnung oder des Schriftfelbes fehlen, werden nur mit jenem Betrage eingelöst, welcher auf die unversehrt vorhandenen Theile der Staatsnote entfällt. Staatsnoten, welche derart beschädigt sind, daß

^{*)} Sieh' Seite 69. **) Diese Kundmachung betrifft die Hinausgabe der Staatsnoten zu 5 st. österr. Währung neuer Form mit dem Datum 1. Jänner 1881, sowie die Beschreibung dieser Noten.

nur auf einer Seite (der beutschen ober der ungarischen) einzelne Theile des Gesammtbildes sehlen, sind so zu behandeln, als ob diese Theile auf

b eiben Seiten der Staatsnote abgängig wären.

S. 6. Zum Behuse ber Bemessung ber Bergütung für beschäbigte Staatsnoten à 5 fl., ddo. 1. Jänner 1881, wird das Format berselben in 100 gleiche Felber getheilt. Die Eintheilung in diese Felber geschieht durch Auslegen von Netzen, welche in rechtedige Rahmen gespannt und so construirt sind, daß der innere Umfang des Rahmens das Format der Staatsnote genau umgrenzt und dieses durch horizontal und vertical gezogene Fäden in je 10 gleich weite Ubstände getheilt wird, wodurch 100 gleichsormige viereckige Felder gebildet werden.

§. 7. Jedes Feld, bessen Raum durch die unter das Netz gelegte Staatsnote à 5 fl. nicht wenigstens bis zur hälfte ausgefüllt wird, ist mit fünf Kreuzern von dem ganzen Nominalbetrage der Staatsnote in Abzug zu bringen. Fehlende Theile, welche an den Berührungspuncten von zwei oder mehreren Feldern liegen, sind nicht mit den für die einzelnen Felder entfallenden Theilbeträgen zu veranschlagen, sondern mit jenem Betrage in Abzug zu bringen, welcher den sehlenden Theilen zusammen-

genommen entspricht.

§. 8. Der erfolgte Bergutungsbetrag ift auf jeber Seite ber be- schädigten Staatsnote — womöglich auf ber oberen Salfte — beutlich

erfichtlich zu machen.

§. 9. Staatsnoten, welche von Parteien in bereits durchgeschlagenem Zustande überreicht werden, sowie Staatsnoten, über deren Echtheit ein Zweisel obwaltet oder deren Beschädigungsart die Anwendung des im §. 7 ausgestellten Bemessungsmaßtabes nicht zulässt, wie z. B. ausgestebte, verstohlte, durch Fäulniß zerstörte, mit Fett, Del oder Säuren übergossene oder von Mäusen in unmeßbare Theile zernagte, dann solche Staatsnoten, aus welchen Streisen heransgeschnitten, oder welche aus zwei oder mehreren Streisen zusammengesetzt sind, sind in der, in den §§. 3 und 5 der vom k. und k. Reichs-Finanzministerium unterm 25. November 1869, B. 8543-R. F. M. erlassenen Instruction vorgeschriebenen Weise — jedoch von den Staatsnoten der I. Emission getrennt — dem Reichs-Finanzministerium vorzulegen.*)

§. 10. Die in den §§. 6, 7, 8, 9 und 10 der erwähnten Inftruction enthaltenen Bestimmungen in Betreff des Termines, binnen welchem die mit der Vergütung beschädigter Staatsnoten betrauten Cassen und Uemter die Bemessung und Auszahlung der Vergütungsbeträge vorzunehmen haben, dann in Betreff der Behandlung der, der Vergütungsbemessung unterzogenen beschädigten Staatsnoten, sowie in Betreff der Einsendung derselben und der Verrechnung der ausgezahlten Vergütungsbeträge, endslich in Betreff der Einbringung von Ersähen aus Ueberzahlungen, sinden auch rücksichtlich der Noten à 5 fl., ddo. 1. Jänner 1881, volle Anwendung.

^{*)} Bezüglich der Noten, aus welchen Streifen herausgeschnitten sind, in Erinnerung gebracht mit Erlaß v. 20. December 1886, Z. 40567 (B. Bl. Nr. 48, S. 210).

(26) S. M. Erlaß vom 10. Mai 1877, B. 11456.

F. M. B. Bl. Nr. 8, G. 40.

In Abänderung der Form, in welcher die von der Commission zur Revision der aus dem Umlaufe gezogenen Staatsnoten bei den commissionellen stückweisen Revisionen erhobenen Anstände bisher aussgesertiget wurden, hat sich das Neichs-Finanzministerium bestimmt gefunden, die gedachte Commission zu beauftragen, vom Monate Mai I. I. an über die von derselben erhobenen Anstände förmliche Besunde nach den nachstehenden drei Formularien auszusertigen*) und dieselben unter Zulegung der betreffenden Spangen Behufs der weiteren Bersügung dem Reichs-Finanzministerium vorzulegen.

Diesen Befunden wird je nach der Beschaffenheit des Anstandes auch der Befund der Commission zur Prüfung beanständeter Staatsnoten, beziehungsweise der Entscheidung des Reichs-Finanzministeriums über die Bergütung der beschädigten Staatsnoten beigefügt und die Beranlassung getroffen werden, daß dieselben sodann sammt den dazu gehörigen Spangen im Wege des t. k. Finanzministeriums den betheilig-

ten f. f. Casseorganen zukommen.

Hormulat A.
Caffe, aus beren Abfuhr der Anftand herrührt
Befund Ur.
Unter ber zuliegenden Spange wurde von ber gefertigten Com
mission am unten bezeichneten Tage ein Bugang von Stud Staatsnote_ zu Gulben beanständet.
Wien, amten18
Bon der Commission zur Revision der aus dem Umlaufe gezogener Staatsnoten.
Commissionsseiter.
Commissãr.

^{*)} Die hier abgedrucken Formulare sind der mit dem Erlaße des k. und k. Reichs-Finanzministeriums vom 10. März 1883, Z. 760-R. F. M. hinausgegebenen "Instruction für die Commission zur Revision der aus dem Umlause gezogenen Staatsnoten" entnommen. Dieselben sind, dis auf einige Worte, gleichlautend mit den im Jahre 1877 vorgeschriebenen Formularen.

Formular B.

Caffe, aus deren Abfuhr der Anstand herrührt	
Befund Ur	
Unter der zuliegenden Spange wurde mission am unten bezeichneten Tage Gulben beanständet.	
28ien, amten18	······
Bon ber Commission zur Revision ber aus Staatsnoten.	dem Umlaufe gezogenen
Commissioneleiter.	Commissär.
Obige als unecht beanständete	Stud Staatsnote
Bulben murbe bon ber gefertigten	Commission als
mittelst erzeugte &	alsificat erkannt.
23 ien, amten 18	S
Bon ber Commission zur Prüfung bean	ftändeter Staatsnoten.

	•
Formular C.	
Caffe, aus deren Abfuhr der Anftand herrührt	
Befund Ur	
Unter der zultegenden Spange wurde	
Gulben beanftanbet.	vejaguoigie Stuutonote zu
Wien, amten18	
Bon ber Commission zur Revision der aus Staatsnoten.	
Commissionsleiter.	· Commissär.
Für obigeStüd beschäbigte Staatsnote	311 Gulben
wurde die Bergitung bewilliget mit Bien, amten18	ulden Areuzer.
Bom Staatsnoten-Ate	lier.

(27) F. M. Erlaß vom 18. August 1882, I. 25075.

Borgang der f. f. Finanzeassen und Aemter bei Annahme zusammengeklebter Staatsnoten à 5 fl. II. Emission.

F. M. B. Bl. Nr. 89, S. 459.

Im Vernehmen mit dem k. und k. Reichs-Finanzministerium wird sämmtlichen k. k. Finanzcassen und Aemtern in Betreff der Annahme zusammengeklebter Staatsnoten à 5 fl. II. Emission Folgendes zur

genauen Beobachtung vorgezeichnet:

Busammengeklebte Staatsnoten à 5 fl. II. Emission bürfen von den k. k. Finanzcassen und Aemtern nur dann als Zahlung oder zur Berwechslung mit dem vollen Nominalbetrage angenommen werden, wenn dieselben mit einem seinen Seidenpapiere oder einem sonstigen durchsichtigen Stoffe auf der einen oder der anderen Seite in der Weise zusammengeklebt sind, daß mit voller Sicherheit constatirt werden kann, daß diese Noten in allen Theilen vollständig und echt sind.

Die auf eine andere Art zusammengeklebten Staatsnoten à 5 st. II. Emission hingegen sind als beschädigt zu behandeln und nach der Bestimmung des §. 9 der mit dem h. v. Erlaße vom 30. Jänner 1882, B. 2342*) verlautbarten, von dem k. und k. Reichs-Finanzministerium versaßten Instruction ddo. 19. December 1881, B. 4452-R. F. M. in der vorgeschriebenen Beise zur Bemessung der Vergütung dem Reichs-Finanzministerium vorzulegen.

(28) A. Erlaß vom 31. Jänner 1883, B. 281-F. M.,

an fammtliche Finang-Landesbehörben.

Nach einer Eröffnung des Reichs-Finanzministeriums hat die Revisionscommission für die aus dem Umlause gezogenen Staatsnoten in den in letzter Zeit eingelangten Absuhren unter den unbrauchbaren und durchgeschlagenen Staatsnoten à 1 fl. I. Emission auch Staatsnoten à 1 fl. II. Emission vorgesunden, aus deren Beschaffenheit sich ergibt, daß sie entweder gar nicht, oder nur kurze Zeit im Verkehre waren.

Da burch einen solchen Vorgang einerseits die Manipulation bei der genannten Commission erschwert wird, indem die zur Tilgung gelangten Staatsnoten I. und II. Emission behufs Regelung des Staatsnotenumlauses getrennt in Evidenz gehalten werden müssen, anderseits die Erzeugungskosten in ungerechtsertigter Weise erhöht werden, erhält die k. . mit Bezug auf die h. v. Erläße vom 6. December 1881, 3.6176-F. M. und 28. August 1870, 3.26436**) den Auftrag, die unterstehenden Cassen und Aemter neuerlich und zwar in nachdrücklichster Weise zu verhalten, daß die Bestimmung des §. 2 der Instruction des

^{*)} Sieh' Geite 84.

^{**)} Sieh' Seite 79.

Reichs-Finanzministeriums vom 19. December 1881, Z. 4452-R.F.M.,*) in Betreff der genauen Ausscheidung der brauchbaren von den unbrauchsaren Noten strengstens eingehalten werde, daß sonach die wenig abgenützen, solglich noch brauchbaren Staatsnoten II. Emission überhaupt nicht durchgeschlagen, sondern zu Zahlungen beziehungsweise zu Ueberschußabsuhren verwendet, und daß weiters die unbrauchbaren Staatsnoten I. und II. Emission im Sinne des §. 3 der erwähnten Instruction getrennt zur Absuhr gebracht werden.

1) Die Finanz-Lanbesbehörden wurden mit dem F. M. Erlaße vom 16. Februar 1884, B. 5551 angewiesen, die Cassen und Aemter zur Beobachtung der Bestimmungen des F. M. Erlaßes vom 31. Jänner 1888, B. 281-F. M. nachdrücklichst zu beauftragen.

(29) f. M. Erlaß vom 5. Mär; 1883, J. 6620.

Umwechslung unbrauchbarer und Theilvergütung beschäbigter Staatsnoten à 1 fl., ddo. 1. Jänner 1882.

8. 101. 18. 181. 9tr. 7, S. 74.

Aus Anlaß der Hinausgabe der Staatsnoten à 1 fl. in neuer Form wurden die für die Umwechslung unbrauchbarer, beziehungs-weise für die Vergütung beschädigter Staatsnoten bestehenden Vorsichriften theilweise geändert, und ist den betheiligten l. f. Cassen und Aemtern der von denselben bei den erwähnten Amtshandlungen in Hinkunft zu beobachtende Vorgang durch die nachstehenden, von dem k. und k. Reichs-Finanzministerium versaßten Bestimmungen vom 12. Februar 1883, Z. 426-R. F. M. 1) vorgezeichnet worden.

1) Beftimmungen

für bie Umwechslung unbrauchbarer und bie Theilvergütung befcabbigter Staatsuoten à 1 fl., do. 1. Januer 1882.

Die unterm 19. December 1881, B. 4452-R. F. M., *) "für die mit der Umwechslung unbrauchbarer, beziehungsweise mit der Bergütung beschädigter Staatsnoten betrauten Cassen und Aemter mit besonderer Rücksichtnahme auf die neuen Staatsnoten à 5 fl., ddo. 1. Jänner 1881, "erlassen Infruction hat auch rücksichtlich der Umwechslung unbrauchbarer und der Theilbergütung beschädigter Staatsnoten à 1 fl., ddo. 1. Jänner 1882 mit nachstehendem Zusaße zum §. 2 und den weiters angedeuteten Uenderungen der §§. 4, 6 und 7 Anwendung zu finden.

Bu g. 2. Busammengeklebte **) Staatsnoten à 1 fl. II. Emission, ddo. 1. Jänner 1882 bürfen von den Cassen und Aemtern nur dann als Bahlung ober zur Umwechslung mit dem vollen Rominalbetrage angenommen werden, wenn dieselben mit einem seinen Seidenpapiere ober

^{*)} Sieh' Seite 85.

^{**)} Sieh' ben F. M. Erlaß vom 18. August 1882, B. 25075 (Seite 89).

einem sonstigen durchsichtigen Stoffe auf der einen oder der anderen Seite in der Beise zusammengeklebt sind, daß mit voller Sicherheit constatirt werden kann, daß diese Noten in allen Theilen vollständig und echt sind.

Die auf eine andere Art zusammengeklebten Staatsnoten à 1 fl. II. Emission, ddo. 1. Jänner 1882 sind als beschäbigt zu behandeln und nach der Bestimmung des §. 9 der oben erwähnten Instruction vom 19. December 1881, B. 4452-R. F. M., in der vorgeschriebenen Weise zur Bemessung der Vergütung dem Reichs-Finanzministerium vorzulegen.

Bu §. 4. Staatsnoten zu 1 fl., ddo. 1. Jänner 1882, aus beren Beschaffenheit selbst sich ergibt, daß dieselben mit Absicht einer Veränderung unterzogen wurden, dürsen nach der Bestimmung des Absates 4 der Kundmachung des k. und k. Reichs-Finanzministeriums vom 22. September 1882 [R. G. Bl. Ar. 136 und B. Bl. Ar. 43] *) von den Staatscassen und Aemtern in Zahlung nicht angenommen werden, sondern sind durch dieselben an die k. und k. Reichs-Centralcasse in Wien behufs Prüssung der Schteit und deren Umwechslung gegen Ersat der Erzeugungs- und Manipulationssossen einzusenden. Diese Kosten werden mit fünf Kreuzern per Stück berechnet und von dem Umwechslungsbetrage bei Uebersendung desselben durch die Reichs-Centralcasse in Abzug gebracht werden.

Bu §. 6. Zum Behuse ber Bemessung ber Bergütung für beschäbigte Staatsnoten à 1 st., ddo. 1. Jänner 1882 wird das Format berselben in 20 gleiche Felber getheilt. Die Eintheilung in diese Felber geschieht durch Auslegen von Nepen, welche in rechtedige Rahmen gespannt und so construirt sind, daß der innere Umfang des Rahmens das Format ber Staatsnote genau umgrenzt und dieses durch horizontal und vertical gezogene Fäden in 20 gleich große vierectige Felber getheilt wird.

Bu §. 7. Jedes Feld, beffen Raum durch die unter das Net gelegte Staatsnote à 1 fl., ddo. 1. Jänner 1882 nicht wenigstens dis zur Hälfte ausgefüllt wird, ist mit fünf Kreuzern von dem ganzen Nominalbetrage der Staatsnote in Abzug zu bringen. Fehlende Theile, welche an den Berüh-rungspuncten von zwei oder mehreren Feldern liegen, sind nicht mit den für die einzelnen Felder entfallenden Theilbeträgen zu veranschlagen, son-dern mit jenem Betrage in Abzug zu bringen, welcher den sehlenden Theilen zusammengenommen entspricht.

(30) S. M. Erlaß vom 30. Juli 1884, B. 22243.

Umwechslung unbranchbarer und Theilvergütung beschäbigter Staatsnoten à 50 fl., ddo. 1. Zänner 1884.

F. Mt. 18. 191. Nt. 31, €. 356.

Aus Anlaß ber Hinausgabe ber Staatsnoten à 50 fl. in neuer Form wurden von dem k. und k. Reichs-Finanzministerium die nach-

^{*)} Diese Aundmachung betrifft die Hinausgabe der Staatsnoten zu 1 ft. öfterr. Währung neuer Form mit dem Datum 1. Janner 1882, sowie die Beschreibung dieser Noten.

stehenden Bestimmungen vom 21. Juni 1884, Z. 1533-R. F. M. 1) für die Umwechslung unbrauchbarer und die Theilvergstung beschädigter Staatsnoten à 50 fl., ddo. 1. Jänner 1884 verfaßt, nach welchen die betheiligten landesfürstlichen Cassen und Aemter in Hinkunft bei den erwähnten Umtshandlungen vorzugehen haben.

1) Bestimmungen

für. bie Umwechslung unbrauchbarer und bie Theilvergutung beschäbigter Staatsnoten & 50 ft., dao. 1. Sanuer 1884.

Die unterm 19. December 1881, B. 4452-R. F. M., *) "für bie mit ber Umwechslung unbrauchbarer, beziehungsweise mit der Bergütung beschädigter Staatsnoten betrauten Cassen und Aemter mit besonderer Rücksichtnahme auf die neuen Staatsnoten à 5 fl., ddo. 1. Jänner 1881", erlassene Instruction hat auch rücksichtlich der Umwechslung unbrauchbarer und der Theilbergütung beschädigter Staatsnoten à 50 fl., ddo. 1. Jänner 1884 mit nachstehendem Zusats zum §. 2 und den weiters angedeuteten Aenderungen der §§. 4, 6 und 7 Unwendung zu sinden.

Bu §. 2. Busammengeklebte **) Staatsnoten à 50 fl. II. Emission, ddo. 1. Jänner 1884 bürfen von den Cassen und Aemtern nur dann als Bahlung oder zur Umwechslung mit dem vollen Rominalbetrage angenommen werden, wenn dieselben mit einem seinen Seidenpapiere oder einem sonstigen durchsichtigen Stoffe auf der einen oder der anderen Seite in der Weise zusammengeklebt sind, daß mit voller Sicherheit constatirt werden kann, daß diese Roten in allen Theilen vollständig und echt sind.

Die auf eine andere Art zusammengeklebten Staatsnoten a 50 fl. II. Emission, ddo. 1. Jänner 1884 sind als beschädigt zu behandeln und nach der Bestimmung des §. 9 ber oben erwähnten Instruction vom 19. December 1881, B. 4452-R. F. M. in der vorgeschriebenen Weise zur Bemessung der Vergütung dem Reichs-Finanzministerium vorzulegen.

Bu §. 4. Staatsnoten à 50 fl., ddo. 1. Jänner 1884, aus beren Beschaffenheit sich ergibt, daß dieselben mit Absicht einer Beränderung unterzogen wurden, dürsen nach der Bestimmung des Absates 5 der Kundsmachung des k. und k. Reichs-Finanzministeriums vom 9. Mai 1884 [R. G. Bl. Nr. 64 und V. Bl. Nr. 17] ***) von den Staatscassen und Aemtern in Zahlung nicht angenommen werden, sondern sind durch dieselben an die k. und k. Reichs-Centralcasse in Wien behufs Prüsung der Echtheit und deren Umwechslung gegen Ersat der Erzeugungs- und Manipulationskossen einzusenden. Diese Kosten werden mit zehn Kreuzern per Stück berechnet und von dem Umwechslungsbetrage bei Uebersendung desselben durch die Reichs-Centralcasse in Abzug gebracht.

^{*)} Sieh' Seite 85.
**) Sieh' den F. M. Erlaß vom 18. August 1882, Z. 25075 (Seite 89).

^{***)} Diese Kundmachung betrifft die Hinausgabe ber Staatsnoten zu 50 fl. öfterr. Währung neuer Form mit dem Datum 1. Janner 1884, sowie die Beschrei-bung dieser Noten.

Bu §. 6. Zum Behufe der Bemessung ber Bergütung für beschädigte Staatsnoten à 50 st., ddo. 1. Jänner 1884 wird das Format berselben in 200 gleiche Felder getheilt. Die Eintheilung in diese Felder geschieht durch Auflegen von Netzen, welche in rechtedige Rahmen gespannt und so construirt sind, daß der innere Umfang des Rahmens das Format der Staatsnote genau umgrenzt und dieses durch horizontal und vertical gezogene Fäden in 200 gleich große vieredige Felder getheilt wird.

Bu §. 7. Jebes Feld, bessen Raum durch die unter das Netz gelegte Staatsnote à 50 fl., ddo. 1. Jänner 1884 nicht wenigstens bis zur Hälfte ausgefüllt wird, ist mit fünf und zwanzig Kreuzern von dem ganzen Rominalbetrage der Staatsnote in Abzug zu bringen. Fehlende Theile, welche an den Berührungspuncten von zwei oder mehreren Feldern liegen, sind nicht mit den für die einzelnen Felder entsallenden Theilbeträgen zu veranschlagen, sondern mit jenem Betrage in Abzug zu bringen, welcher den sehlenden Theilen zusammengenommen entspricht.

(31) F. M. Erlaß vom 15. November 1876, B. 26823.

Erweiterung ber haftungspflicht bes Staatsnoten-Bähl- und Revisionscomité.

F. M. B. Bl. Nr. 30, S. 178.

Im Einvernehmen mit dem Reichs-Finanzministerium wurde dem Staatsnoten-Buhl- und Revisions-Comité, welches nach der bisherigen Instruction nur für die Bollzähligkeit der Staatsnoten in den gesiegelten Bunden à 1000 Stücke zu haften hatte, von nun an auch die Haftung für die Bollzähligkeit der Staatsnoten in den einzelnen Packeten à 100 Stücke auferleat.

Diese Haftung bezieht sich gegenüber der Reichs-Centralcasse auf alle drei Staatsnoten-Rategorien, nämlich auf die 1 fl., 5 fl. und 50 fl. Staatsnoten, gegenüber allen anderen Cassen aber nur auf die 1 fl. und 5 fl. Staatsnoten, da die Staatsnoten zu 50 fl. von der Reichs-Centralcasse, wie bisher, unter ihrer eigenen Haftung weiter begeben werden.

Gleichzeitig hat das Reichs-Finanzministerium, im Interesse einer rascheren und leichteren Cassamanipulation, sowie zur Berhütung von Irrungen bei berselben, die Verfügung getroffen, daß die Packete ber 1 fl. und 5 fl. Staatsnoten künftig vom genannten Comité unter Kreuzspangen gelegt werden.

Die Hinausgabe der 1 fl. und 5 fl. Staatsnoten unter Kreuzband erfolgt, sobald der derzeitige Borrath an, mit einfachen Querspangen versehenen Staatsnoten dieser zwei Kategorien aufgebraucht

sein wird.

Die erweiterte Haftungspflicht des Staatsnoten = Zähl- und Revisions = Comité hat nur bezüglich der unter Areuzband gelegten Staatsnoten = Packete einzutreten.

Reclamationen, welche die Bollzähligkeit ganzer, unter dem Siegel des Staatsnoten-Zähl-Comité gelegter Bunde oder einzelner Kreuzband-Packete mit Staatsnoten zu 1 fl. und 5 fl. bestreiten, bedürsen zu ihrer Annahme und Berücksichtigung des Nachweises, daß die behaupteten Mängel in dem Bunde oder Packete bereits zu der Zeit enthalten waren, als diese unter unverletztem Verschlusse des Comité vom Reclamanten oder dessen Bevollmächtigten übernommen worden sind.

Dieser Nachweis kann in vollkommen beruhigender und überzeugender Weise nur dadurch geliesert werden, daß die Partei sogleich nach Uebernahme eines Staatsnoten-Bundes oder Kreuzband-Packetes die stückweise Abzählung unter Intervention der betreffenden Zahlstelle im Locale derselben vornimmt.

Um in dieser Beziehung einen gleichmäßigen Vorgang zu erzielen, sowie um ungerechtfertigte Reclamationen hintanzuhalten, werden für die unterstehenden Cassen und mit Geld manipulirenden Aemter nachsstehende Weisungen erlassen:

- 1. Die Ausfolgung von Bunden zu 1000 Stück Staatsnoten à 1 fl. oder 5 fl. unter dem Siegel des Staatsnoten-Zähl- und Revissions-Comité, oder von Packeten zu 100 Stück Staatsnoten à 1 fl. oder 5 fl. unter dem vom genannten Comité angelegten Areuzbandverschlusse an die Parteien darf nur mit der Aufforderung geschehen, daß diese sich von der Bollzähligkeit der Bunde, beziehungsweise Packete durch Abzählung im Cassalocale vor dem Verlassen dese seine Acclasmation eines Cassaorganes zu überzeugen haben, widrigens eine Reclasmation nicht angenommen wird.
- 2. Sind von einer Cassa oder einem Amte aus einem Packete, welches sich unter dem Kreuzbandverschlusse des Staatsnoten-Zähl- und Revisions-Comité befindet, Theilzahlungen zu leisten, so muß das Packet vom manipulirenden Cassabeamten noch vor der Ausfolgung einer Theilzahlung eröffnet und vollständig durchgezählt werden.
- 3. Sollte in dem einen, wie im anderen Falle constatirt werden, daß ein Backet nicht vollzählig ist, so muß das Packet von einem, vom Cassavorstande eigens hiezu zu bestimmenden Cassabeamten nochmals durchgezählt, sodann der Befund zu Protokoll genommen, von den betheiligten Cassabeamten, und im Falle ad 1 auch von der Partei, unter Angabe ihrer Adresse, unterfertigt, und dieses Protokoll nebst der Kreuzspange des beanständeten Packetes im vorgeschriebenen Wege dem Reichs-Kinanzministerium vorgelegt werden.
- 4. Die Kreuzspangen solcher zu Theilzahlungen verwendeten Staatsnoten-Packete, deren Bollzähligkeit constatirt wurde, sind zur Bermeibung von Frrungen in Stücke zu zerreißen.

(32) Gefet vom 10. Juni 1868,

über die Gebarung und Controle der gemeinsamen schwebenden Schuld. R. G. Bl. Rr. 58, S. 165; — F. M. B. Bl. Rr. 20, S. 145.

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes*) finde Ich zu verordnen, wie folgt:

- A. Ueber die Gebarung ber gemeinsamen ichwebenben Staatsichulb.
- §. 1. In Folge ber im §. 5 bes Gesets vom 24. December 1867 [Reichs-Gesets-Blatt 1868, Rr. 3]**) ausgesprochenen gemeinsamen Haftung wird die Gebarung der in Geldzeichen bestehenden schuld dem Reichs-Finanzministerium anvertraut.
- §. 2. Die mit der Erzeugung und Ueberwachung der Staatsnoten und Münzscheine, mit der Bertilgung der in Folge der Abnützung eingezogenen und mit der Einlösung der außer Umlauf gesetzten Geldzeichen, sowie mit der geschäftlichen Behandlung dieser Operationen verbundenen Auslagen und Entlohnungen, werden in dem Berhältniße von 70 Percent durch die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder und von 30 Percent durch die Länder der ungarischen Krone getragen.
- §. 3. Für das laufende Jahr wird der Finanzminister der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder 466.000 fl. und der ungarische Landes-Finanzminister 200.000 fl. zur Deckung dieser Aus-lagen dem gemeinsamen Finanzminister gegen Verrechnung erfolgen.
- §. 4. In welcher Weise für die Zukunft der Beitrag dieser Ausgaben präliminirt und in welcher Weise darüber Rechnung gelegt werden wird, dieß wird auf Grund eines zwischen beiden haftenden Theilen vorläufig zu erzielenden Uebereinkommens durch die Gesetzgebung später sestgesetzt werden.***)

Im österr. Staatsvoranschlage für das Jahr 1887 ist unter dem Titel "Berwaltungsauslagen für die gemeinsame schwebende Schuld" von dem Gesammterforderniße pr. 708.000 st. für Erzeugung, Druck, Ansertigung, Revision und Tilgung der Staatsnoten, der Theilbetrag von 70 Percent mit 495.600 st. eingestellt.

Unter dem Titel "Berwaltungsauslagen für die nicht gemeinsame schwebende Schuld" ist der Betrag von 12.500 st. für Erzeugung von Partial-Hypothekar-Unweisungen und für Buchzinsen aus den Zinsenabrechnungen mit der das Partial-Hypothekar-Unweisungs-Geschäft besorgenden öst.-ung. Bank präliminirt. Sieh' Note *), S. 106.

^{*)} Die zweite Lesung fand im Abgeordnetenhause am 23. Mai 1868 statt. (Stenographische Protocolle über die Sitzungen des Abgeordnetenhauses des Reichstathes, I. Session, Bb. 3, Seite 3452—3462.)

^{**)} Sieh' Seite 99.

^{***)} Die Regelung dieser Angelegenheit mittelst Gesets ift disher nicht ersolgt. Der dem §. 4 entsprechende §. 19 des XLVI. ungar. Gesetartikels (Landessgeschlammlung für die Jahre 1865/67 und 1868, Pest 1872, S. 283) lautet: "Die Gedarungstosten der schwebenden Schuld werden künftig auf Grund des Boranschlages der Controls-Commissionen in den Budgets der betressenden Gesetzebungen aufgenommen; und wird über die Berwendung dieser Auslagen die Rechnung den Gontrols-Commissionen vorgelegt, welche dieselbe sodann ihren betressenden Gesetzebungen unterbreiten."

§. 5. In Folge der zeitweise nothwendigen Umgestaltung der Staatsnoten und Münzscheine erwächst dem Staate dadurch ein Gewinn, daß die außer Umlauf gesetzten Geldzeichen in der Regel nicht sämmtlich

eingelöst werben.

Der auf diesem Wege dem Staate zusließende Gewinn wird in Hinkunft als Fond zur Verminderung der Erzeugungs- und Ausstattungskoften der Geldzeichen dienen. Sobald ein solcher Fond geschaffen ift und so lange in demselben für die Manipulationskoften der Geldzeichen ein genügender Betrag vorhanden ist, hat die Beitragsleistung der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder und der Länder der ungarischen Krone zu den Manipulationskosten zu unterbleiben.

§. 6. Wenn in diesem Fonde bei Gelegenheit der Fundirung der Geldzeichen irgend ein Betrag übrig bleiben sollte, so wird derselbe mit 70 Percent den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern und mit 30 Percent den Ländern der ungarischen Krone gebühren.

B. Ueber die Controle der Gebarung der gemeinsamen schwebenden Staatsschulb.

- §. 7. Zur Controle der Gebarung der gemeinsamen schwebenden Schuld wählen sowohl der Reichsrath für die in demselben vertretenen Königreiche und Länder, als auch der ungarische Reichstag für die Länder der ungarischen Krone je eine besondere, aus sechs Mitgliedern und drei Ersahmitgliedern bestehende Controlcommission.
- §. 8. Die Mitglieber der Commission des Reichsrathes werden auf die ganze Dauer des Mandates des Hauses der Abgeordneten gewählt, und setzen auch im Falle der Auslösung des Abgeordneten-hauses, oder wenn dessen Functionsdauer erlischt, ihre Wirksamkeit so lange fort, bis der neuerdings versammelte Reichsrath neue Wahlen vornehmen kann.
- §. 9. In die Controlcommission des Reichsrathes werden zwei Mitglieder und ein Ersatmitglied aus dem Herrenhause, vier Mitglieder und zwei Ersatmitglieder aus dem Hause der Abgeordneten gewählt.
- §. 10. Die Commission des Reichsrathes wählt aus ihrer Mitte ihren Präsidenten und bessen Stellvertreter durch absolute Stimmenmehrheit.
- §. 11. Wenn ein Mitglieb ber Commission aufhört, ein Mitglieb bes Reichsrathes zu sein ober mittlerweile sein Mandat zur Commission nieberlegt ober dauernd verhindert ift, seine Functionen in derselben auszuüben, so wird an dessen Stelle ein Ersamitglied einberufen.

In diesem Falle hat das betreffende Haus durch Neuwahl die

gesetzliche Anzahl ber Ersatmitglieder zu ergänzen.

Austretende Mitglieder sind wieder wählbar. Ist der Präsident oder dessen Stellvertreter neu zu wählen, so ist nach §. 10 dieses Gesehes vorzugehen. §. 12. Sämmtliche Mitglieder der Commission bes Reichsrathes

üben ihr Umt unentgeltlich aus.

Diejenigen Commissionsmitglieber aus dem Reichsrathe, beren Wohnfit außerhalb Wien gelegen ift, haben für die nöthigen Bu- und Rückreisen Anspruch auf Reisevergütung nach dem für bie Mitalieder des Abgeordnetenhauses festgesetten Magitabe.

- §. 13. Die Mitglieder ber Commission bes Reichsrathes können wegen der in der Ausübung biefes ihres Berufes geschehenen Abstimmungen und gemachten Aeußerungen niemals zur Berantwortung gezogen werben.
- §. 14. Bur Beschluffähigkeit ber Commission bes Reichsrathes ift außer dem Bräfidenten ober seinem Stellvertreter die Anwesenheit von mindeftens brei Mitgliedern nothwendig.
- §. 15. Nach erfolgter Wahl bes Präfibenten und feines Stellvertreters ift die Commission constituirt.
- §. 16. Jede Commission verzeichnet die bezüglich ihrer Wirksamteit gemeinsam getroffene Bereinbarung in ihr eigenes Protofoll.

§. 17. Aufgabe der Controlcommissionen ist:

a) mit Anwendung richtiger Controlprincipien darüber zu wachen, baß die Summe ber in Umlauf gesetten Geldzeichen, also ber Staatsnoten und Münzscheine, das durch beide Legislativen festgesette Maximum nicht überschreite;

b) zu controliren ben Vorrath und die Erzeugung der Staatsnoten und Münzscheine, *) sowie die Vertilgung der aus dem Umlaufe

gezogenen Geldzeichen:

c) barüber zu machen, daß das im §. 5 des Gefetes vom 24. De= cember 1867 (Reichs-Gesetz-Blatt 1868, Nr. 3) zwischen ben Partial-Hypothekar-Anweisungen und den Staatsnoten bestimmte Verhältniß aufrecht erhalten bleibe; **)

d) die Hinausgabe ber Partial-Hypothekar-Anweisungen in der burch die Gesetze vom 17. November 1863, R. G. Bl. Nr. 98, und vom 29. Februar 1864, R. G. Bl. Nr. 19 ***) vorgeschriebenen

Art zu controliren;

e) über ben Stand ber im Umlaufe befindlichen Partial-Hypothekar-Anweisungen, Staatsnoten und Münzscheine nach Schluß eines jeden Monats einen Ausweis im amtlichen Theile der Wiener Zeitung zu veröffentlichen. Der im §. 5 dieses Gesetzes in Aussicht genommene Fond wird

ebenfalls unter die Controle der Commission gestellt.

§. 18. Alle Erläße bes Reichs-Finanzministeriums, mit welchen bie Anfertigung ober Sinausgabe von Staatsnoten ober Münzscheinen

^{*)} Die Mungicheine find aus bem Bertehre gezogen (fieh' Seite 28).

^{**)} Sieh' Seite 99. ***) Sieh' Rote *) B, Seite 204.

verfügt wird, erforbern, um giltig sein, die Gegenzeichnung ber beiben

Commissionen.

Solche Erläße bürfen baher ohne biese Gegenzeichnung bei perfönlicher Verantwortung und Haftung der betheiligten Organs ber Verwaltung für keinen Fall in Vollzug gesetzt werden.*)

- §. 19. Jebe Commission übt die Gegensperre zur Hauptreserve der Staatsnoten und der Münzscheine, sowie zum Depot des zu deren Erzeugung nothwendigen Papieres.
- §. 20. Das Reichs-Finanzministerium und seine untergeordneten Organe sind verpflichtet, über alle in ihren gesetzlichen Birkungskreis gehörigen Agenden einer jeden Controlcommission unmittelbar und zu jeder Zeit die erforderliche Ausklärung zu ertheilen, die Bücher und Rechnungen zur Einsicht offen zu halten, Revisionen zu gestatten und die zur Controle nothwendigen Mittheilungen und Nachweisungen rechtzeitig zu geben.
- §. 21. Jede Commission ist daher berechtigt, alle zur Erfüllung ihrer Berpslichtungen erforderlichen Verfügungen jederzeit vom Reichs-Finanzminister in Anspruch zu nehmen.
- §. 22. Jede Commission ist ermächtigt, dem Reichs-Finanzminister die ihr nothwendigen Hilfsarbeiter zu bezeichnen und dieselben in Anspruch zu nehmen.
- §. 23. Jede Commission hat über ihr Borgehen, so oft sie es angemessen erachtet, jedoch alljährlich mindestens Siumal, einen besons beren Bericht an die betreffende Legislative zu erstatten und Anträge zu stellen.
- §. 24. Der Geschäftsverkehr der Controlcommission des Reichsrathes ist auf jenen mit dem Reichsrathe, mit dem Reichs-Finanzminister, dem Finanzminister der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder und deren untergeordneten Organen und mit der ungarischen Controlcommission beschränkt.
- §. 25. Dieses Geset tritt mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit.
- §. 26. Der Finanzminister ift mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

Schönbrunn, am 10. Juni 1868.

Franz Joseph m. p.

Auersperg m. p.

Breftel m. p.

^{*)} Dieselbe Bestimmung enthielt bas, zum Zwede der Ausstührung des Art. X bes Gesets vom 25. August 1866 (sieh' Seite 68) erlassene Gesets vom 8. Jänner 1867, R. G. Bl. Ar. 12, S. 23; F. M. B. Bl. Ar. 4, S. 37.

III. Staatsschuld.

(33) Gefet vom 24. December 1867,

wodurch das Ministerium der im Reicherathe vertretenen Rönigreiche und Länder ermächtigt wirb, mit bem Minifterium ber Länder ber ungarifden Krone ein Uebereintammen in Betreff ber Beitragsleifinng ber letteren zu ben Lasten ber allgemeinen Staatsschulb abzuschließen.

R. G. Bl. v. J. 1868, Nr. 3, S. 4; — F. M. B. Bl. Rr. 3, S. 14.

Mit Zustimmung beiber Säuser Meines Reichsrathes*) finde Ich zu verordnen, wie folgt:

Mit Bezug auf das Gesetz vom 16. Juli 1867 [R. G. Bl. Rr. 97]**) und bas über bie Verhandlungen ber entfendeten Deputationen errichtete Schlufprotofoll vom 25. September 1867, ***) dann in Folge der getroffenen Bereinbarung zwischen den verantwortlichen Ministerien ber im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder und der Länder ber ungarischen Krone vom 19. November 1867 wird das Ministerium ermächtigt, bas nachfolgenbe Uebereinkommen in Betreff ber Beitragsleiftung der Länder der ungarischen Krone zu den Lasten der allgemeinen Staatsschuld abzuschließen.

- §. 1. Bom Jahre 1868 angefangen leiften bie Länder ber ungarischen Krone zur Bedeckung der Zinsen für die bisherige allge-meine Staatsschuld einen bauernden, einer weiteren Aenderung nicht unterliegenden Jahresbeitrag von 29,188.000 Gulben, barunter in Klingender Münze 11,776.000 Gulben.
- §. 2. Es wird zugleich vereinbart, daß bis zum 1. Mai 1868 eine Gefetesvorlage jur verfaffungsmäßigen Behandlung eingebracht werde, wodurch die bermal bestehenden verschiedenen Schuldtitel in möglichst umfaffender Beise in eine einheitliche Rentenschuld umgewandelt und die Belaftung der Finanzen mit Capitalsrückzahlungen möglichst vermindert werde. †) Bas die Capitalsrückzahlung von jenen Schuldtiteln betrifft, die ihrer Ratur nach zur Umwandlung in diese

^{*)} Die Berhandlung fand im Abgeordnetenhause am 12., 13. und 21. December 1867 ftatt. (Stenographische Brotocolle über die Sitzungen des Abgeordnetenhauses bes Reichsrathes, I. Session, Bb. 2, S. 1725-1739, S. 1780-1805 und S. 1960).

^{**)} Das Gefet vom 16. Juli 1867 betrifft die Entfendung einer Deputation bes Reichsrathes zur Berhandlung mit bem ungarischen Reichstage.

^{***)} Diefes Brotocoll ift im 2. Bande ber ftenographischen Sigungsprotocolle bes Abgeordnetenhauses, I. Session, S. 1767 abgebruckt. †) Sieh' das Geset vom 20. Juni 1868 (Seite 109).

einheitliche Rentenschuld nicht geeignet find, so ift im gesetlichen Wege festzustellen, daß die zu diesen Rückahlungen erforderlichen Geldmittel jährlich durch die Ausgabe von Obligationen der fünftigen einheitlichen Rentenschuld aufgebracht,*) und daß die durch diese Geldbeschaffung hervorgehende Mehrbelastung von den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern übernommen und von den Ländern der ungarischen Rrone hiezu nur ein figer jährlicher Beitrag von Giner Million Gulben öfterr. Währung B. B. und 150.000 Gulben in klingender Münze geleistet werde; bagegen haben aber auch alle burch biefe Tilaungen in Wegfall tommenden Intereffen, sowie die von den Coupons und Lotteriegewinnften ber Staatsschuld zu entrichtenben Steuern ben im Reichsrathe vertretenen Ländern zu Gute zu kommen.

Obige 150.000 fl. in Silber aber find zur Amortisation bes mit ber allgemeinen öfterreichischen Bobencrebitanftalt contrabirten und nabezu zur Sälfte auf ungarischen Cameralgutern intabulirten Domanenanlehens bestimmt, **) beffen Berginfung in dem im §. 1 festgesetzten

firen Jahresbeitrage begriffen ift.

Nach vollständiger Entlastung der ungarischen Cameralgüter von diesen Anlehens-Intabulationen ist deßhalb die Zahlung dieser 150.000 fl. Silber einzustellen und hat auch nach planmäßiger Tilgung ober früherer Burudjahlung bes gangen Unlebens ber jährliche fire Beitrag zu ben Zinsen sich um den auf Ungarn entfallenden Antheil an der Berzinsung. des Domänenanlehens zu vermindern.

Die in den ungarischen Cassen angelegten Cautionen und Depositen werden seinerzeit von der ungarischen Finanzverwaltung zurückgezahlt werden. Die dafür entfallenden Zinsen sind aber in den fixen Jahresbeiträgen von 29,188.000 fl. enthalten und werden, sofern die Rahlung

in Ungarn geschieht, in diese Summe eingerechnet werden.

- §. 3. Es wird ausdrücklich festgesett, daß die Herstellung bes Gleichgewichtes zwischen ben Ginnahmen und ben Erforderniffen ben leitenden Grundsat der beiden Finanzverwaltungen zu bilden habe. Sollte demungeachtet die Kinangleitung einer der beiden Reichshälften in die Lage kommen, die Bedeckung ihres Bedarfes ober ihrer Beitragspflichten aus den regelmäßigen Einnahmsquellen nicht aufbringen zu können, so liegt ihr die Beschaffung der hiezu nöthigen außerordentlichen Auflüsse auf eigene Kosten ob. ***)
- §. 4. In Fällen, wo im Interesse ber gesammten Monarchie außerorbentliche Auslagen, und insbesondere zur Bedeckung solcher Beburfnisse zu bestreiten kommen, welche im Sinne ber pragmatischen Sanction zu den gemeinschaftlichen Angelegenheiten gehören, und es fich als zwedmäßig herausstellen follte, hiefur ein neues Unleben auf gemeinschaftliche Rechnung im Sinne des §. 3 des Gesetzes, betreffend

^{*)} Sieh' das Geset vom 26. Juni 1868 (Seite 106). **) Sieh' Note 2, Seite 116. ***) Sieh' die Geset vom 18. März 1876 u. 11. April 1881 (Seite 107 u. 108).

Die allen Ländern ber öfterreichischen Monarchie gemeinsamen Ungelegenheiten, und ber §§. 56 und 57 des ungarischen Gesetartikels XII 1867, mit Buftimmung ber beiben Legislationen (Reichsrath und Reichstag) zu contrahiren, werben bie Binfen, und falls eine Capitalsrudzahlung bedungen sein sollte, auch diese zwischen den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern und den Ländern der ungarischen Rrone in dem zur Zeit der Contrabirung des Unlebens bestehenden Beitrageverhältniße zu ben pragmatischen Ungelegenheiten zu theilen fein.

§. 5. Die in Staatsnoten und Münzscheinen bestehende schwebende Schuld von zusammen 312 Millionen Gulben wird unter die solibarische Garantie beider Reichstheile gestellt. *)

Da ferner die auf den Salinen Emunden. Aussee und Hallein einverleibten Hypothefarscheine im Betrage von 100 Millionen Gulben, 1) für deren Zinsen und Amortisation der Antheil Ungarns bereits unter ben in den §§. 1 und 2 festgesetten firen Jahresbeitragen begriffen ift, mit dem Umlaufe der Staatsnoten in der Art in Berbindung gebracht find, daß die Summe der Sppothekarscheine und der Staatsnoten zusammengenommen 400**) Millionen Gulben nicht übersteigen barf, Dabei aber innerhalb diefer Maximalgränze die jeweilige Verminderung im Stande der Hypothekarscheine durch Staatsnoten in der Circulation zu ersetzen ist, so wird diese Garantie der beiden Reichstheile auch auf die aus diesem Verhältniße hervorgehende eventuelle Vermehrung der Staatsnoten ausgedehnt. ***)

Jebe anderweitige Vermehrung der in Staatsnoten ober Mungscheinen bestehenden schwebenden Schuld, sowie die Magregeln zu ihrer

**) Gegenwärtig 412 Millionen mit Rücksicht auf die Bemerkung in der Note*).

Sowie der fige Beitrag Ungarns zur Berzinsung der Staatsschulb nicht dadurch vermindert werden kann und darf, daß statt eines Theiles der Salinenscheine unverzinsliche Staatsnoten ausgegeben werden, ebenfo findet das Gleiche im umgetehrten Falle ftatt, wenn die Staatsnoten fich vermindern, die Salinenscheine fich vermehren follten. Endlich tritt bas Gleiche auch in dem Falle ein, wenn feinerzeit von den Rosten der Fundirung jener wenigen Millionen eine Sprache sein follte, welche aus der Vermehrung der Staatsnoten in Folge Verminderung der Salinenscheine entstehen sollten." (Stenographische Protocolle über die Sitzungen des Herrenhauses des Reichsrathes, IV. Session, Bb. 1, S. 445).

^{*)} Bergleiche den Artifel II des Gesetzes vom 1. Juli 1868 (G. 29). Gegenwartig beträgt die ichwebende Schuld 312 Millionen Gulben in Staatsnoten.

^{***)} Bei der Berathung des §. 5 im Herrenhause am 20. December 1867 hat der Berichterstatter Freiherr von Hock in seiner Rede Folgendes demerkt:
"Bei der Berechnung des Beitrages zur Berzinsung der Staatsschuld ist auch auf die Zinsen der Stallnenscheine Rücksicht genommen worden. In dem Verlichen Ungarn für die Berzinsung der Staatsschuld überhaupt leistet, leistet es auch welchen Ungarn für die Berzinsung der Staatsschuld überhaupt leistet, leistet es auch einen Beitrag für die Berzinsung dieser Salinenscheine. Ebenso ist der fize Beitrag Ungarns zur Amortisation der Staatsschuld für die g.sammte Staatsschuld, also auch für jenen Bestandtheil derselben ausgesprochen, welcher in diesen Salinenscheinen besteht. Wenn nun daher die Summe der Salinenscheine sich im Laufe der Zeit dadurch ändern sollte, daß ein Theil der Salinenscheine aus dem Bertehre guruchsließt und ftatt derselben Staatsnoten ausgegeben werden mussen, jo tritt dasselbe Berhältniß auch hinsichtlich solcher mehr ausgegebener Staatsnoten ein.

fünftigen Fundirung, können nur im gegenseitigen Einvernehmen der beiden Ministerien und unter Genehmigung der beiden Legislativen (Reichsrath, Reichstag) stattfinden.

§. 6. Beiben Reichstheilen ift es freigestellt, ihren Beitrag zu ben Binsen ber Staatsschuld durch Amortisirung von Schuldverschrei-

bungen ober Capitalsrudzahlung in Barem zu vermindern.

Der dem effectiven Zinsengenusse (§. 2) der getilgten Schuldverschreibung entsprechende Betrag wird in diesem Falle von der Leistungsschuldigkeit der tilgenden Finanzverwaltung in Absall gebracht.

§. 7. Was die Verbindlichkeiten anbelangt, die aus den, den Eisenbahngesellschaften zustehenden vertragsmäßigen Garantien hervorzgehen, so sind dieselben von derjenigen Reichshälfte, auf deren Terristorium die betreffende Eisenbahn liegt, zu tragen, wohingegen dieser Reichshälfte auch die Rückzahlungen zugewiesen werden, welche etwa von der betreffenden Gesellschaft auf die die die nun erhaltenen Vorschüsse werden, geleistet werden.

In Betreff ber, beibe Reichshälften durchschneidenden Gisenbahnen, namentlich ber Südbahn, der Staatsbahngesellschaft und der zu erbauens den Kaschaus Oberberger Bahn, dann der Donaus Dampfschifffahrtsgesellschaft soll ein besonderes Uebereinkommen getroffen werden.

- §. 8. Eine besondere Liquidirungscommission wird eingesett zur Prüfung und Richtigstellung der Activa der Centralfinanzen, welche mit Ausschluß der jedem der beiden Theile zustehenden Steuerrückstände und der im vorhergehenden Paragraphe erwähnten Forderungen an die Eisenbahngesellschaften zunächst zur Deckung der am letzten December 1867 bereits fälligen und noch nicht behobenen Zinsen und Capitalsstückzahlungen bestimmt sind.
- §. 9. Sowohl die durch den Reichsrath vertretenen Länder, als auch die Länder der ungarischen Krone verpflichten sich, zur Deckung ihrer Beiträge für die Staatsschuld jeden Monat eine Quote ihrer Monatseinnahmen in Absuhr zu bringen, welche zu diesen in demsselben Verhältniße steht, wie die Summe jener Beiträge zu der Gesammtsumme des Ausgabenbudgets des betreffenden Jahres.

Sollte die Gesammtsumme der monatlichen Quoten die Summe jener Beiträge nicht erreichen, so verpflichten sich jene Länder, die Differenz ohne Rücksicht auf ihre Sinnahmen vollständig und in solchen Zeiträumen abzuführen, daß der gemeinsame Finanzhaushalt nicht ins Stocken geräth.

Wien, am 24. December 1867.

Frang Joseph m. p.

- Beuft m. p. Taaffe m. p. John m. p. Becke m. p. Hye m. p. Auf Allerhöchste Anordnung: Bernhard Ritter von Weyer m. p.
- 1) Die Partial=Hppothekar-Anweisungen, beren Formulare hier abgebruckt ist, sind im Jahre 1848 geschaffen worden, und hat das

OSSE WASSE.	
Serie Ar. 4,024**	1000 #1.
Partial-Hypothekar-Anweisung.	veisung.
Die k. und k. Reichs-Central-Casse in Wien zahlt in Gemüssteit des g. 5 des Gesetzes vom 24. December 1867, R. G. Bl. 1868 At. 3, dem Ueberbringer dieser Partial-Hyposthekar-Anweisung	denukhjeit des §. 5 des Gelehes ebringer deser Partial-Hypos
nach de Anonaten vom untenstehenden Cage an gerechnet Causend Gulden österr. Währung in Stacksnoten.	ierr. Währung in Staatsnoten.
Wien, am188	
Bur Die	SAT OF
Staatsfaulden-Control-Commiffion des Reidsrathes.	k. u. k. Reichs-Central-Caffe.
Prafibent:	Director:
Mitglied: Grempel	Ausgegeben durch die öser. Bant.
Diefe Atwerlung fann, infoferne nicht eine Menderung des Sinsfußes einertitt, gweinnal, je auf 6 Montee prolongirt und der Sinteinbertag nom Beginn der neuen feißt bei der Sampt- oder Sinteinfall der ößters richtischungartischen Sonrtool-Schrieh abgus fernung der beide Proper und der Sinteinfall der Burterung hat, behoben werden. Inde Vollant von 18 Montein, vom Ansfeldungstage gerechnet, erligt die weitere Derinfung, für Control-Schrieh ohne Montein, nom Ansfeldungstage gerechnet, erligt die weitere Ober Derinfung. Stat Control-Schrieh ohne Munefung werden feine Sinfen gegaßt. Sällige Anweifungen ohne Control-Schrieh ohne Vanneifungen Sinfen gegaßt. Sällige Anweifungen fonnen nicht anschlieft werden.	s cintritt, zweimat, je auf 6. Monate Hompt- ober Aveiganfialt der öfter- tusfellungstage gevechnet, erliftet dagu e Jinjen gezahlt. Hillige Umweifungen jen aber nicht vergätet. Controli-Scheine
3 Perrent.	

Tür Control-Scheine ohne Beibringung der Anweisung werden keine Binsen gezahlt.

Hit die zweite Prolongirung der Partialigkpothekargen dertrols-en die gegen Albtengengen de gennung die gegen de gennung die gegen de gegen gegen gegen gegen de geg 2. Confrol-Schrin.

Für Control-Scheine ohne Beibringung der Unweisung werden keine Binsen gezahlt.

zurden die erste Prolongirung der Partial-Bypothekar-Umweisung wurden die sechte Prolongirung gegen Abtrennung dieses Control-Scheines mit 15 ft. gezahlt. 1. Confrol-Schein.

...881 nad ,naicu

...... den, den, 1881......... 1881....

Scheines mit 15 fl. gezahlt.

8%

4,024*

Ωr.

A. Mr. 4,024*

gestellten, mit dem Gesetze vom 17. Aovember 1863 (A. G. Bl. Ar. 98) bestimmten Summe. Gmunden, Hallein und Auffee laut Kypothekar-Derschreibung vom 4. Upril 1862 sicher-Diese Partial-Hypothekar-Unweisung bildet einen Cheil der auf den Staats-Salinen

ten haupt- und Sweiganstalten beforgt. Die Ausgabe wird von der öfterreichisch-ungarischen Bank durch ihre hiezu bestimm-

gen gegen neue erfolgt bei derjenigen Anstalt der österreichisch-ungarischen Bank, bei welcher sie hinausgegeben worden find. Die Umwechslung gegen neue findet jedoch nur so lange flatt, als die k. k. finanz-Die Einlösung oder die Umwechslung der verfallenen Partial-Hypothekar-Unweisun-

verwaltung solche nicht einstellt.

einem Jahre zur Einlösung beigebracht werden, widrigens das ihr eingeräumte Syppothekarrecht erlischt. Die bare Einlösung wird aber, ungeachtet der Erlöschung des Sppothekar-Reichsgesethblattes veröffentlicht worden, muß die Partial-Hypothekar-Unweisung binnen rechtes, nicht beirrt. Sobald die ganzliche Einziehung der Partial-Hypothekar-Unweisungen im Wege des Finanzministerium mit dem Schreiben vom 22. Mai 1848, Z. 1090 (P. G. S., Bd. 76, Rr. 70, S. 219) sämmtlichen Länder-Präsidien die Kundsmachung der österr. Nationalbank mitgetheilt, in welcher zur Kenntniß gebracht wird, daß die Nationalbank mit der Hinausgabe der Partials Hypothekar - Anweisungen am 15. Mai 1848 beginnen wird.

Dieser Kundmachung lag das zwischen der f. k. Finanzberwaltung und der Direction der priv. öfterr. Nationalbank am 20. April 1848 (F. M. Act B. 3565-P. P.) geschloßene Uebereinkommen zu Grunde.*)

In der oberwähnten Kundmachung war bezüglich der Berzinsung

ber Anweisungen Folgendes bestimmt:

"Diese, auf die k. k. Saline Gmunden**) speciell versicherten Anweisungen lauten über 50, 100, 500 und 1000 fl., werden nach 4, 8 und 12 Monaten fällig, auf 4 Monate vorhinein, und zwar nach Berschiedenheit der Verfallszeit, mit 5, $5^{1}/_{2}$ und $6^{0}/_{0}$ verzinset; nach der Verfallszeit, wenn es der Gläubiger verlangt, in neue umgewechselt, oder, gleich den Coupons, bar eingelöst, oder beh allen landesfürstlichen Cassen anstatt baren Geldes angenommen."

Diese letzte, mit dem F. M. Erlaße vom 1. Juli 1848, 3. 1036-F. M. (P. G. S. Bb. 76, Nr. 90, S. 260) neuerlich ausgesprochene Begünstigung wurde mit F. M. Erlaß vom 17. Mai 1853, 3. 7727-F. M. (N. G. Bl. Nr. 95, S. 495) ausgehoben, und angeordnet: daß die Anweisungen entweder gegen bares Geld oder gegen neue Hypothetar-Anweisungen nur bei derjenigen Bankcasse umzwechseln sind, bei welcher sie hinausgegeben wurden; ferner wurde bedeutet: daß die Amortisirung der in Verlust gerathenen Partial-Hypothetar-Anweisungen unter Beodachtung derjenigen Vorschriften zu dewirken ist, welche für die Amortisirung der, auf Ueberbringer mit einer bestimmten Zahlungsfrist lautenden Staatspapiere in dem Allerhöchsten Patente vom 28. März 1803 (Nr. 599 der Just. Ges. Sammlung) erlassen worden sind.***)

Der Zinsfuß ber vom 1. Juni 1853 an zur Ausgabe gelangten Anweisungen mit der Verfallfrift von 4 Monaten wurde mit dem F. M. Erlaße vom 18. Mai 1853, Z. 17491-F. M. (R. G. Bl. Nr. 94, S. 494) von 5 auf 4½ Percent herabgesetzt. Im Grunde des F. M. Erlaßes vom 13. October 1853, Z. 4006-F. M. (R. G. Bl. Nr. 202, S. 1075) gelangten vom 20. October 1853 an, 5% ige Partial-Hypothekar-Anweisungen mit einer sechsmonatlichen Versallszeit zur Ausgabe.

***) Sieh' Scite 175.

^{*)} Das zweite auf die Ausgabe der Hppothekar-Anweisungen Bezug habende Uebereinkommen wurde mit der österr. Nationalbank am 3. Februar 1852 (F. M. Act Z. 6443-G. P.) geschlossen, und am 23. Februar 1852 unterzeichnet.

^{**)} Nach dem Uebereinkommen vom Jahre 1848 diente als Sicherstellung "die Saline Gmunden, d. i. die Salzberge in Hallstadt und Jicht sammt den daselbst aufgestellten Maschinen und Sohlenleitungen zu Pfannhäusern in der Hallstadt, Ischl und Ebensee, dann den dazu gehörigen Gebäuden."

In bem Uebereinkommen bom 3. Februar 1852 wurde die Sicherstellung auch auf die Aerarialsalinen in Ausse und hausgebehnt.

Seit dieser Zeit ist der Zinsssus dieser Auweisungen wiederholt erhöht und herabgesetzt worden. Gegenwärtig werden mit 3 Percent verzinsliche Partial-Hypothekar-Anweisungen zu 50, 100, 500, 1000, 5000 und 10.000 fl. mit einer sechsmonatlichen Bersallfrist ausgegeben.

Die halbjährigen Binfen werden bei ber Ausgabe der Partei vor-

hinein gezahlt. *)

(34) Gefet vom 26. Juni 1868,

betreffend die Ausgabe neuer Schuldtitel der einheitlichen Staatsschuld an die Stelle der zur Rückzahlung gelangenden Schuldtitel der bisherigen Staatsschuld.

R. G. Si. Nr. 74, S. 224; — F. M. B. Bi. Nr. 24, S. 171.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich zu verordnen, wie folgt:

§. 1. In Ausführung bes §. 2 bes Gesetes vom 24. December 1867**) sind für alle seit dem 1. Jänner 1868 zur Rückzahlung bereits gelangten ober noch serner gelangenden verzinslichen Capitalien der allgemeinen Staatsschuld Obligationen der durch das Geset vom 20. Juni 1868 creirten, nicht rückzahlbaren einheitlichen Staatsschuld, und zwar in einem solchen Betrage auszugeben,***) daß der auf die neuen Obligationen nach Abzug der 16percentigen Steuer entfallende Zinsenbetrag genau dem für die rückgezahlten Obligationen effectiv, das ist nach Abzug der entfallenden Steuer zu entrichtenden Zinsenbetrage gleichkommt.

Die Berzinsung dieser neu auszugebenden Obligationen hat mit bem Tage zu beginnen, an welchem die Berzinsung der betreffenden

alten Schuld erlischt.

*) Die Berwaltung der gemeinsamen schwebenden Schuld (Staatsnoten) und der nicht gemeinsamen schwebenden Schuld (Partial-Hypothekar-Unweisungen) gehört in den Bereich des k. und k. Reichs-Kinanzministeriums.

Die Abrechnung mit der öfterr. ung. Bant erfolgt in der Regel monatlich. §§. 9—11 des Uebereinkommens v. J. 1848, und F. W. Act B. 5716-F. M. v. J. 1879. Parrial-Hypothekar-Andeisungen, welche längstens binnen 90 Tagen zur Rüdzahlung fällig werden, sind zur Escomptirung bei der öfterr. ung. Bank geeignet.

Die Rechnungscontrole bezüglich der Berwaltungskoften für die gemeinsame schuld [fieh' Rote ***), Seite 95] und bezüglich der Gebarung mit den Partial-Hypothekar-Anweijungen, nämklich bezüglich des von der Bank commissions- weise (§. 9 des Uebereinkommens v. J. 1848) beforgten Partial-Hypothekar-Anweizungsgeschäftes, z. B. Zinsenberechnungen u. s. w., und bezüglich der Berwaltungskoften wird von dem k. und k. gemeinsamen Obersten Rechnungshofe geübt. F. M. Act 3. 1250-F. M. v. J. 1874.

^{***)} Sieh' Seite 99.

***) Diese zum Zwede der Einlösung der gezogenen Lose vom Jahre 1854, 1860 und 1864, dann der Como-Rentenscheiner. jährlich außgegebenen Obligationen werden "Tilgung drente "genannt im Gegensatzur "Desicitrente", welche zur Deckung des Abganges, der sich bei Bergleichung der präliminirten Staatseinnahmen mit den Staatsaußgaben allensalß ergibt, emittirt wird. (Sieh' die Geseh vom 18. März 1876 und vom 11. April 1881, Seite 107 und 108.)

- §. 2. Dieses Geset ist nur für bas Jahr 1868 giltig.*)
- §. 3. Der Finanzminister ist mit ber Ausführung bieses Gesetzes beanftragt.

Ischl, am 26. Juni 1868.

Franz Joseph m. p.

Auersperg m. p.

Breftel m. p.

(35) Geset vom 18. März 1876,

betreffend die Ansgabe von verzinslichen Rente-Obligationen der im Reichsvathe vertretenen Königreiche und Länder.

R. G. Bl. Rr. 35, S. 83; — F. M. B. Bl. Rr. 9, S. 53.

Mit Zustimmung beider Häuser bes Reichsrathes **) finde Ich anzuordnen, wie folgt:

Artikel I. Der Finanzminister wird ermächtigt, zur Bedeckung des Abganges an den Staatseinnahmen im Jahre 1876, soweit hiefür nicht schon durch Artikel VIII des Finanzgesetzes vom 26. December 1875 (R. G. Bl. Nr. 159) Borsorge getroffen erscheint, ferner zum Behuse

In ben Finanzgesehen für die Jahre 1869—1874 ist in einem besonderen Artikel eine mit dem §. 1 des Gesehes vom 26. Juni 1868 gleichlautende Bestimmung, bezüglich der Ausgabe der "Tilgungsrente", enthalter.

Im Art. V bes Finanzgeleßes für das Jahr 1876 (R. G. Bl. v. J. 1875, Ar. 159, S. 391; F. M. B. Bl. Nr. 36, S. 207) ift ber Betrag ber Obligationen, welche auszufertigen und dem Finanzminister für die im Laufe des Jahres 1876 zur Rückzahlung fällig werdenten Capitalien der allgemeinen Staatsschuld zu übergeben sind, zissermäßig angegeben.

Der Artitel V der Finangesetze für die Jahre 1877—1886 lautet:

"Für die im Laufe des Jahres 18.. zur Andzahlung fällig werdenden Capitalien der allgemeinen Staatsschuld können, in Ausstührung des §. 2 des Geftes vom 24. December 1867 (R. G. Bl. Nr. 3 ex 1868), Obligationen der durch das Gesehvom 20. Juni 1868 (R. G. Bl. Nr. 66) creixten, nicht rückzahlbaren einheitlichen Staatsschuld, und zwar in demjenigen Betrage ausgegeben werden, welcher ersorberlich erscheint, damit durch die Veräußerung derselben die zur Rückzahlung jener Capitalien nothwendigen Geldmittel beschafft werden.

ju übergeben."

Der zweite Absat bieses Artitels V ift in bem Finangesete für bas Jahr

1875 nicht angeführt.

**) Die Berhandlung fand im Abgeort netenhause am 1. März 1876 statt. (Stenographische Protocolle über die Sitzungen des Abgeordnetenhauses des Reichsrathes, VIII. Session, Bd. 5, S. 6742—6759.)

^{*} Der §. 2 war in der Regierungsvorlage nicht enthalten. Bergleiche die Berhandlung im Abgeordnetenhause des Reichstrathes am 17. Juni 1868. (Steno-graphische Protocolle über die Sitzungen des Abgeordnetenhauses des Reichstrathes, IV. Session, Bd. 3, S. 4010—4012.)

ber Betheiligung bes Staates an Eisenbahn-Unternehmungen burch Begebung von, sei es in Gold, sei es in Silber ober in Noten öfterreichischer Währung verzinslichen Rente-Obligationen, einen Betrag
von achtundvierzig Millionen Gusben öfterreichischer Währung zu
beschaffen.

Artikel II. Die im Artikel I bezeichneten Rente-Obligationen bilden eine besondere Schuld der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, welche in ein eigens hierfür aufzunehmendes*) Rentenbuch eingetragen wird und unter die gesetliche Ueberwachung der Staatssschulden-Controlcommission des Reichsrathes gestellt ist. Die Obligationen werden mit jährlich vier vom Hundert des Rominal-Capitales verzinst. Die Zahlung der Zinsen, welche von jeder Steuer frei sind, erfolgt in jener Währung, auf welche die ausgegebenen Obligationen lauten.

Im Falle der Ausgabe von in Gold verzinslichen Obligationen erfolgt die Zahlung der vierpercentigen Zinsen in Goldmünzen zu acht Gulden und zu vier Gulden österreichischen oder ungarischen Gepräges oder in gleichwerthigen Goldmünzen des Auslandes.

Artikel III. Der Finanzminister ist mit dem Bollzuge bieses Gesetzes beauftragt. **)

Wien, am 18. März 1876.

Frang Joseph m. p.

Auersperg m. p.

Bretis m. p.

(36) Gefet vom 11. April 1881,

betreffend die Ermächtigung der Regierung zur Ausführung einer Creditoperation behufs Dedung des voraussichtlichen Abganges des Jahres 1881.

R. G. Bl. Nr. 33, S. 69; — F. M. B. Bl. Nr. 13, S. 43.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes***) finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§. 1. Die Regierung wird ermächtigt, zur Deckung bes im Jahre 1881 voraussichtlich sich ergebenden Abganges einen Betrag von fünfzig Millionen Gulden österreichischer Währung durch Begebung von Obligationen einer, mit fünf vom Hundert in Noten österreichischer Währung verzinslichen, nicht rückzahlbaren steuerfreien Schuld zu beschaffen, eventuell solange diese Begebung nicht stattgefunden hat, die

*) Soll richtiger lauten "aufzulegendes".

**) Sieh' die F. M. Rundmachungen vom 27. Jänner 1877, 3. 710-F. M. und 18. Juni 1878, 3. 10382 (Seite 138 und 154).

^{18.} Junt 1878, B. 1982 (Sette 188 und 184).

**** Berhandelt im Abgeordnetenhause am 8. April 1881. (Stenographische Protocolle über die Sizungen des Abgeordnetenhauses des Reichsrathes, IX. Session, Br. 5, S. 4752—4772.)

nöthigen Beträge im Wege einer im Laufe bes Jahres 1881 rudzuzahlenden schwebenden Schulb aufzubringen.

- §. 2. Diese in Noten verzinsliche Rentenschuld ber im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder wird in ein eigenes hierfür aufzulegendes Schuldbuch eingetragen und unter die gesetzliche Ueberwachung der Staatsschulden-Controlcommission des Reichsrathes gestellt.
- §. 3. Dieses Gesetz tritt mit bem Tage ber Kundmachung in Wirkamkeit.
- §. 4. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes wird ber Finanzminister beauftragt. 1)

Wien, am 11. April 1881.

Frang Joseph m. p.

Zaaffe m. p.

Dunajewsti m. p.

1) F. M. Kundmachung vom 13. April 1881 (B. 2051-F. M.) R. G. Bl. Rr. 89, S. 128; — F. W. B. Bl. Rr. 18, S. 78.

Die Obligationen ber mit bem Gesetze vom 11. April 1881, R. G. Bl. Rr. 33, creirten f. k. österreichischen mit fünf Percent in österreichischer Währung verzinslichen steuersreien Staatsrenten-Anleihe werden in Ueberbringer-Appoints zu 100 st., 200 ft., 1000 st. und 10.000 ft. österr. Währ. hinausgegeben; die Ausfertigung auf Namen erfolgt über alle Beträge, welche durch 100 ohne Rest theilbar sind.

Bezüglich der Umwechslung der Obligationen der fünfvercentigen Rotenrente untereinander, deren Zusammenlegung, Ums oder Ausseinanderschreibung, dann bezüglich der Ueberweisung der Zinsenzahlung bei diesen Obligationen finden die hinsichtlich der 4percentigen Goldrentes Obligationen geltenden Vorschriften [Kundmachungen vom 27. Jänner 1877, R. G. Bl. Rr. 8, B. Bl. Rr. 2 und vom 18. Juni 1878, R. G. Bl. Rr. 58, B. Bl. Rr. 22]*) die entsprechende Unwendung.

(37) Gefet vom 20. Juni 1868,

über die Umwandlung der verschiedenen Schuldtitel der bisherigen allgemeinen Staatsschuld. **)

R. G. Bl. Rr. 66, S. 195; — F. M. B. Bl. Rr. 22, S. 157.

In Ausführung ber Bestimmungen bes §. 2 bes Gesets vom 24. December 1867 in Betreff ber Beitragsleiftung ber Länder ber

*) Sieh' Seite 138 und 154.

**) Sieh' die F. M. Kundmachung vom 28. December 1868 (Seite 118). Um das Staatsschulbenwesen zu vereinsachen, und zugleich den Besitzern öfterr. Staatspapiere Gelegenheit zur Umgestaltung des Capitals auf öfterr. Bähr. zu geben, hat das F. M. bereits im Grunde Allh. Genehmigung mit dem Erlaße vom 26. October 1858, Z. 5286-F. M. (R. G. Bl. Kr. 190, S. 596; F. M. B. Bl. Kr. 53, S. 455)

ungarischen Krone zu Lasten der allgemeinen Staatsschuld, finde Ich mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes*) zu verordnen, wie folgt:

§. 1. Sämmtliche Gattungen der fundirten allgemeinen Staatsschuld, mit alleiniger Ausnahme der im §. 2 dieses Gesetzes aufgeführten, werden in eine Spercentige einheitliche Schuld umgemandelt, die mit einer Steuer von 16 Percent, welche nicht erhöht werden kann, belastet wird. Die Zahlung der Zinsen dieser Convertirungsschuld wird in Staatsnoten oder in klingender Münze erfolgen, je nachdem die Zinsen der convertirten Schuldtitel in Noten oder in klingender Münze bezahlt wurden. Erfolgt die Zahlung in Gold, so ist das 20-Frankenstück gleich 8 Gulden österr. Währung zu berechnen. **)

§. 2. Ausgenommen von der Convertirung find:

1. Die Lottoanlehen ber Jahre 1839, 1854, 1860, 1864, bas Steueranlehen vom Jahre 1864, bann die Como-Rentenscheine; 1)

2. das bei der allg. Bodencreditanstalt contrahirte Anlehen; 2)

3. die noch in Wiener Währung verzinsliche Staatsschulb, in Betreff welcher eine besondere gesetzliche Bestimmung vorbehalten bleibt;***)

4. die Schuld des Staates an die Grundentlastungsfonde;

5. die Schuld an die Nationalbant; †)

6. die Prioritätsschuld der bestandenen Wien = Gloggniger Gisenbahn; 2)

7. die unverzinsliche Schuld.

eine freiwillige Convertirung aller Staatsobligationen, welche nicht in klingender Münze, mit weniger als 5 Percent verzinslich und nicht verslosbar waren, in Staatsobligationen auf österr. Währung mit 5 Percent Berzinsung eröffnet.

Die allmälige Umwandlung aller nicht in Berlofungen begriffenen Staatsschuldverschreibungen in solche, die auf öfterr. Währung lauten und zu fünf Percent verzinslich sind, war auch im §. 6 bes tail. Patentes vom 23. December 1859

[sieh' Note *), Seite 204] in Aussicht genommen.

*) Berhandelt im Abgeordnetenhause am 3.—6. Juni 1868. (Stenographische Protocolle über die Sigungen des Abgeordnetenhauses des Reichsrathes, IV. Session,

Bd. 3, Seite 3621—3798.)

In dem S. 3786 baselbst abgedruckten Ausweise sind 31 Kategorien von, zur Convertirung bestimmten Staatsschuldverschreidungen, mit einer Berzinsung von 1, 184, 2, 2142, 3, 3145, 3143, 3142, 3345, 4, 4142, 5 und 6 Percent aufgeführt. Das Zinsenersorderniß für diese Schuldverschreidungen ist mit 103,239.913 fl. und nach Abzug der Iperentigen Einsommensteuer pr. 5,656.139 fl. mit dem Kettobetrage von 97,583.780 fl. angegeben. Die convertirte Staatsschuld wird mit einem Capital von 2.035,654.700 fl. in österr. Währung berechnet, und sind die hiervon entsallenden Spercentigen Zinsen nach einem 16percentigen Abzuge mit 86,258.473 fl. bezissett. — Sieh' Beilage zum F. At. B. Bl. v. J. 1869, Nr. 1.

**) Sieh' Note 1, Seite 38.

***) Der Capitalienstand dieser aus 7 Kategorien von Schuldverschreibungen bestehenden Schuld ist im Staatsvorauschlage unter dem Titel "ältere consolidirte Staatsschuld" angeführt.

+) Sieh' Rote *) lit. E, Seite 60.

§. 3. Die Umwandlung geschieht in der Beife, daß an neuen

Schuldtiteln in öfterreichischer Bahrung erfolgt werben:

Für je 100 fl. Sperc. Metalliques oder die übrigen mit 5 Percent Conv.-Dunge in Papier verzinslichen Anlehen . . . 100 fl. - tr. für alle anderen in Conventions-Münze Papier verzinslichen, nicht verlosbaren Obligationen jener Betrag, welcher im Berhaltniße ihres Binsfußes zu jenem ber Spercentigen Metalliques entfällt; für je 100 fl. 5 Percent öfterreichische Bahrung . . . 95 " — " für je 100 fl. 5 Bercent öfterreichische Bahrung vom für je 100fl. bes Convertirungsanlebens vom Jahre 1849, des Anlehens vom Jahre 1851 S. B., des Silberanlehens vom 1. Februar 1854, der beiden englischen Unleben und bes Silberanlehens vom Jahre 1865 115 " — " für je 100 fl. des Silberanlehens vom Jahre 1864 . . 110 " — "

- §. 4. Von den Zinfen der von der Convertirung ausgenommenen Lottoanleben ber Jahre 1854 und 1860, bann bes Steueranlebens vom Jahre 1864, sowie von den Entschädigungsrenten für aufgehobene Gefälle ist eine Steuer von 20 Bercent bes Nominalbetrages jeder Binfenrate einzuheben, wogegen der bisherige Abzug der Ginkommenfteuer entfällt. **)
- §. 5. Die vom Tage ber Wirksamkeit biefes Gefetes an fällia werbenden Zinsen (Coupons) von den zur Convertirung bestimmten Staatsschulden (§. 3) werden bis zur Durchführung berselben mit jenem Betrage ausbezahlt, welchen der Befiger des betreffenden Schuld-

gelegten Sereene, ohne Kuchter auf die Ergenigalt des Deligets und die Hole des Zinsbetrages, zu bemessen und in Abzug zu bringen ist. Die Modalitäten der Durchsührung dieser kais. Verordnung wurden mit den F. M. Erläßen vom 4. Mai 1859, Z. 2399-F.M., 1. August 1859, Z. 33884 (R. G. V. V. V. S. 191; F. W. B. Bl. Kr. 21, S. 95; — F. W. B. Bl. Kr. 41, S. 316) und vom 21. März 1860, Z. 16109 (F. M. B. Bl. Kr. 20, S. 162) bekannt gegeben. In dem Finanzgesehe vom 19. December 1862 (R. G. Vl. Kr. 101. S. 313; F. M. B. Vl. Kr. 58, S. 433) Artikel V lit. g wurde die von den Jinsen der Staatse, offentlichen Fonds- und ständischen Obligationen bisher mit füns Percent zu entrich-

tende Gintommenfteuer auf fieben Bercent erhöht.

Die Bestimmungen gur Bollziehung biefer Anordnung find in ben &. D. Erläßen vom 23. December 1862, 3. 68429 (F. M. B. Bl. Rr. 60, S. 481), 24. Juni 1864, 3. 17410 (F. M. B. Bl. Rr. 32, S. 273) enthalten.

^{*)} Diefes Anleben mar eintommenfteuerfrei. **) Mit der kais. Berordnung vom 28. April 1859 (R. G. Bl. Nr. 67, S 183; F. M. B. Bl. Nr. 20, S. 89) wurde angeordnet, daß nach dem 30. April 1859 von ben fällig werbenden Binfen von Staats-, öffentlichen Fonds- und ftandischen Obligationen, mit Ausnahme derjenigen, die aus Anlehen herrühren, bei beren Aufnahme bie Steuerbefreiung zugesichert wurde, die Einkommensteuer nicht mehr auf Grundlage von Bekenntnissen, sondern gleich unmittelbar durch die zur Auszahlung der Zinsen berufenen I. f. Cassen, mit dem für die dritte Classe des Sinkommens festgeleten Bercente, ohne Rücksicht auf die Eigenschaft des Besitzers und die höhe des

titels nach erfolgter Convertirung zu erhalten haben wird. 4) Die Verslosung, beziehungsweise ber Rückfauf der zur Convertirung bestimmten Anlehen, hat sogleich aufzuhören.

- §. 6. Dieses Geset tritt mit bem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit.
- §. 7. Mit dem Bollzuge dieses Gesetzes ist Mein Finanzminister beauftragt. *)

Schönbrunn, am 20. Juni 1868.

Franz Joseph m. p.

Anersperg m. p.

Breftel m. p.

- 1) A. Die letzte Ziehung der unverzinslichen Schuldverschreibungen des Staatslotto-Anlehens vom 16. April 1839 hat am 1. December 1878 stattgesunden.
- B. Im Grunde ber Allh. Genehmigung vom 3. März 1854 wurde mit dem F. M. Erlaße vom 4. März 1854, B. 4216-F. M. (R. G. Bl. Nr. 55, S. 245; F. M. B. Bl. Nr. 20, S. 143) ein Staats-Anlehen für ben Betrag von 50 Millionen Gulben C. M. in Staatsschuldverschreis

Mit der F. M. Kundmachung vom 12. November 1876, Z. 4928-F. M. (A. G. Bl. Rr. 136, S. 294; F. M. B. Bl. Rr. 31, S. 183) wurde bedeutet: daß die dei der Convertirung der allgemeinen Staatsschulb vorkommenden Auf- und Hinauszahlungen kunftighin von der Partei zu dem Durchschnittscurse, welcher in dem amtlichen Cursblatte der Wiener Börse von dem der Convertirung vorausgegangenen Tage für die betreffende Staatsschuld-Kategorie notirt erscheint, zu leisten, beziehungsweise

anzusprechen find.

^{*)} Da die Convertirung der verschiedenen Schulbtitel der alten Staatsschuld beinahe vollständig durchgeführt ift, so werden die auf diesen Gegenstand Bezug nehmenden Bestimmungen nur dem Titel nach angeführt:

Rundmachung der Direction der Staatsschuld vom 2. Jänner 1869 (Beilage zum F. M. B. Bl. Nr. 1 v. J. 1869); F. M. Kundmachung vom 2. April 1869, 8. 849-F. M. (F. M. B. Bl. Nr. 15, S. 81), betreffend die Ermächtigung der Bertreter gebundener Capitalien zur Vornahme der Convertirung der bezüglichen Staatsschuldverschreibungen nach den diehsfalls im Algemeinen geltenden Bestimmungen; F. M. Berordnung vom 4. Juli 1870, 3. 1425-F. M. (F. M. B. Bl. Nr. 28, S. 153), betreffend die Convertirung von Dienstrautions-Obligationen; F. M. Erläße vom 24. März 1869, 3. 674-F. M., 28. April 1869, 3. 1339-F. M., 17. Juli 1870, 3. 2965-F. M., 4. September 1870, 3. 3709-F. M., 4. März 1871, 3. 805-F. M., 21. Juni 1871, 3. 2193-F. M., 19. August 1871, 3. 3081-F. M., 21. September 1871, 3. 3433-F. M., 4. Jänner 1872, 3. 71-F. M., 5. März 1872, 3. 973-F. M., 1. August 1872, 3. 3381-F. M., 4. Februar 1873, 3. 677-F. M., 26. Februar 1873, 3. 1094-F. M., 27. October 1873, 3. 5148-F. M., 2. December 1873, 3. 5689-F. M., 10. August 1874, 3. 4274-F. M., 27. März 1876, 31. 420-F. M., (F. M. B. Bl. v. 3. 1869 Nr. 11, S. 50, Nr. 17, S. 92; v. 3. 1870, Nr. 29, S. 157, Nr. 35, S. 178; v. 3. 1871, Nr. 8, S. 28, Nr. 23, S. 102, Nr. 30, S. 158, Nr. 34, S. 176; v. 3. 1872, Nr. 1, S. 37, Nr. 7, S. 64, Nr. 26, S. 222; v. 3. 1873, Nr. 4, S. 31, Nr. 7, S. 46, Nr. 38, S. 258, Nr. 40, S. 265; v. 3. 1874, Nr. 26, S. 140; v. 3. 1876, Nr. 8, S. 47), betreffend die Feststellung der Eurse sürze sürze sie der Convertirung der Staatsschuld.

Mit der F. M. Aundmachung vom 12. November 1876, B. 4928-F. M. (Nr. C. 2024) v. 1226 S. 2024. S. 2

bungen im Wege einer freiwilligen Einzeichnung am 7. März 1854 eröffnet und am 17. besselben Monats geschlossen.

Die bezüglichen Bestimmungen biefes Erlages lauten:

"Die Staatsschuldverschreibungen bieses Anlehens sind über ben Betrag von 250 fl. C. M. ausgestellt, lauten auf ben Ueberbringer, und werden jährlich am 1. April mit vier Percent verzinset. Zum Behufe ber Zinsenbehebung ist jeder Staatsschuldverschreibung eine entsprechende Anzahl von Coupons beigegeben." (§. 3.)

"Die Rückzahlung dieses Anlehens erfolgt innerhalb 50 Jahren, vom 30. Juni 1855 bis 31. December 1904, und zwar mittelft der Gewinne, welche nach Maßgabe des beigefügten Verlosungs-Planes*) auf

bie verlosten Staatsschuldverschreibungen entfallen." (§. 4.)

"Bum Behuse ber Verlosung werden sämmtliche Staatsschuldverschreibungen in 4000 Serien getheilt, beren jede 50 Nummern, von 1 bis 50 fortlaufend, in sich begreift." (§. 5.)

"Am 2. Jänner und 1. Juli jeden Jahres erfolgt die Ziehung so vieler Serien, als der in dem Berlosungs-Plane angegebenen Anzahl von Staatsschuldverschreibungen entspricht. Am 1. April und 1. October jeden Jahres werden die Gewinne gezogen, welche auf die in den verlosten Serien enthaltenen Nummern entfallen. Die Auszahlung des Gewinnes**) ersolgt am 30. Juni und rücksichtlich der im October gezogenen Gewinne am 31. December des nämlichen Jahres." (§. 6.)

C. Mit Bezug auf die kais. Verordnung vom 29. April 1859 (R. G. Bl. Nr. 68, S. 184; F. M. B. Bl. Nr. 20, S. 90), mit welcher zur Deckung des, durch den Krieg nothwendig gewordenen, außerordentslichen Aufwandes ein Anlehen von 200 Millionen Gulden in öfterereichischer Währung angeordnet, dessen Begebung jedoch einer späteren Zeit vorbehalten wurde, und im Grunde der Allerhöchsten Entschließung vom 15. März 1860, mit welcher die Begebung des Anlehens in der Form von fünspercentigen, mit Gewinnen durch Verlosung rückzahlbaren Schulbverschreibungen genehmigt wurde, hat das Finanzministerium mit dem Erlaße vom 22. März 1860, B. 1079-F. M. (R. G. Bl. Nr. 71, S. 127; F. M. B. Bl. Nr. 16, S. 121) das gedachte Staatsanlehen zur freiwilligen Betheiligung mittelst Einzeichnung ausgelegt.***)

*) Der Berlosungs-Plan, welcher auch auf jeber Staatsschuldverschreibung abgebruckt ift, ift im R. G. Bl. v. J. 1854, Nr. 55, S. 250—252 zu finden.

^{**)} Rach der Bestimmung des Gesetses vom 20. Juni 1868 (R. G. Bl. Nr. 67, S. 196; F. M. B. Bl. Nr. 22, S. 159) ist von den Gewinnsten bei Losen von Staats-lotterien eine Gebühr von 20 Percent des Gewinnstes nach Abzug des Nominalbetrages des Loses zu entrichten. Ein Zuschlag zu dieser Gebühr wird nicht berechnet

^{***)} Aus Anlaß der Durchführung dieses Anlehens wurden für die Anlehenscassen besondere Belehrungen mit den F. M. Erläßen vom 24. März 1860, 8. 1153-F.M., 14. April 1860, 8. 1421-F.M., 26. Mai 1860, 8. 30942, 30. Juni 1860, 8. 34443 und 14. Juli 1860, 8. 41617 (F. M. B. Bl. Ar. 16, S. 132, Ar. 21, S. 165, Ar. 30, S. 228, Ar. 36, S. 259, Ar. 37, S. 263) ertheist.

Die bezüglichen Bestimmungen biefes Erlages lauten:

"Die Schuldverschreibungen sind auf den Ueberbringer über Beträge von 500 fl.*) und 100 fl. ausgestellt, und jährlich mit fünf vom Hundert verzinset. Zu diesem Behuse wurden vorläufig jeder Schuldverschreibung 60 halbjährige Coupons beigegeben, welche am 1. Mai und 1. November eines jeden Jahres zahlbar sind. Rach Ablauf von 30 Jahren werden gegen Beibringung der noch nicht verlosten Schuldverschreibungen neue Schuldverschreibungen mit Coupons hinausgegeben." (§. 3.)

"Die Rückzahlung dieses Anlegens erfolgt durch Verlosung innershalb eines Zeitraumes von 57 Jahren, von 1861 bis 1917, mittelst der in dem beigesügten Plane **) enthaltenen Gewinne, dergestalt, daß die außegelosten Schuldverschreibungen zu 500 fl. stets mit den vollen Gewinnstebeträgen, die außgelosten Schuldverschreibungen zu 100 fl. hingegen stets mit dem fünsten Theile der, planmäßig auf die gezogenen Nummern entfallenden Gewinne dem lleberbringer der Schuldverschreibung bezahlt werden." (§. 4.)

"Es sind baher zum Behuse ber Berlosungen sämmtliche Schuldver- schreibungen bieses Unlehens in 20.000 gleiche Serien, jede in dem Betrage

von 10.000 fl. mit 20 fortlaufenden Rummern, eingetheilt.

Von den Schuldverschreibungen zu 100 fl. erhalten je fünf Stücke zusammen die gleiche Gewinnstnummer und unterscheiden sich untereinander noch durch fünf besondere Abtheilungszahlen, welche unterhalb der Gewinnstnummer angebracht sind. Bon den Schuldverschreibungen zu 100 fl. werden keinesfalls mehr als 500.000 Stücke hinausgegeben. Eine Umstellung von größeren Schuldverschreibungen in kleinere und umgekehrt sindet nicht statt. Bei den Schuldverschreibungen zu 100 fl. gehört auch die Abtheilungszahl zu den wesentlichen Merkmalen derselben." (§. 5.)

"Zwei Mal im Jahre, nämlich am 1. Februar und 1. August, werden so viele Serien zur Zurückahlung verloset, als der beigefügte Plan enthält. Drei Monate nach jeder Serienziehung, nämlich am 1. Mai und 1. November, erfolgt die Ziehung der Gewinnstnummern, und nach Verlauf von weiteren drei Monaten, nämlich am 1. August und 1. Februar, die Ausbezahlung der Gewinne. Fällt auf diese Tage ein Sonn- oder Feiertag, so wird die Verlosung, rücksichtsweise Ausbezahlung, am nächstsolgenden Werktage vorgenommen." (§. 6.)

Die erste Serienziehung fand am 1. August 1860 statt.

"Mit dem Tage, an welchem die Berlosung der Gewinne erfolgt, erlischt die Berzinsung der gezogenen Schuldverschreibung, und es muffen daher bei der Hinausbezahlung der Gewinne alle, am Tage der Berlosung

**) Der Ziehungsplan ift im R. G. Bl. v. J. 1860, Nr. 71, S. 132 und im F. M. B. Bl. Nr. 16, S. 126 zu finden. Derselbe ist auch auf den Losen abgebruckt.

^{*)} Um geäußerten Wünschen zu entsprechen, hat das F. M. mit dem Erlaße vom 28. März 1860, Z. 1079-F. M. (F. M. B. Bl. Ar. 18, S. 149) die Ausgabe von Staatsschulbverschreibungen in Stücken zu 1000 st. mit halbjährigen Coupons zu 25 fl. und mit zwei Gewinn-Nummern, welche einer und berselben Serie angehören, verfügt.

noch nicht fällig gewordenen Coupons mit der Schuldverschreibung selbst zurückgestellt werden, widrigens der Gesammtbetrag der abgängigen, noch nicht fällig gewordenen Coupons von dem auszuzahlenden Betrage in Abzug gebracht wird." (§. 7.)

D. Im Grunde bes Gesetzes vom 17. November 1863 (R. G. Bl. Nr. 98, S. 362; F. M. B. Bl. Nr. 53, S. 307) wurde im Jahre 1864 ein unverzinsliches, innerhalb 55 Jahren rückahlbares Prämienanlehen von 40 Millionen Gulden öfterr. Bährung aufgenommen. F. M. Kundsmachung vom 5. Februar 1864, B. 565-F. M.

Es wurden emittirt 200.000 Pramienscheine zu 100 fl. und 200.000 Bramienscheine mit zwei trennbaren Abtheilungen zu je 50 fl.

Sowohl die Prämienscheine zu 100 fl., als auch die Prämienscheine mit zwei Stücken zu 50 fl. sind in Serien von 100 Rummern 1 bis 100 eingereiht. Der ganze Betrag ist daher in 4000 gleiche Serien 1 bis 4000 eingetheilt. Serien und Rummern werden in derselben Ziehung unmittelbar auseinander folgend nach beigesetztem Plane verlost. Fällt der Ziehungstag auf einen Sonn= oder Feiertag, so wird die Ziehung am nächsten Wochen=tage vorgenommen. Die letzte Ziehung wird am 1. December 1918 vorgenommen werden.

Als Ziehungstage find in den Anlehensjahren mit fünf Ziehungen der 1. März, 15. April, 1. Juni, 1. September und 1. December; in den Jahren mit vier Ziehungen der 1. März, 1. Juni, 1. September und 1. December; in den Jahren (1884—1894) mit drei Ziehungen der 1. März, 1. Juni und 1. December; in den Jahren (1895—1918) mit zwei Ziehungen der 1. Juni und 1. December bestimmt. Die planmäßig gezogenen Prämien werden drei Monate nach der Ziehung von der Staatsschulbencasse ausbezahlt.

E. Das laut F. M. Erlaßes vom 9. November 1864, 3. 5400-F. M. (F. M. B. Bl. Nr. 53, S. 397) aufgenommene Darlehen im Betrage von 25 Millionen ist im Jahre 1871 getilgt worden.

Dieses, sowie das im Grunde der kais. Berordnung vom 18. Jänner 1861 (R. G. Bl. Nr. 10, S. 55; F. M. B. Bl. Nr. 4, S. 23) aufgenommene Anlehen von 30 Millionen Gulden wurde "Steueranlehen" aus dem Grunde genannt, weil die Schuldverschreibungen zu 1000 fl., 500 fl. und 100 fl., welche aus fünf Theilschuldverschreibungen zu 200 fl., 100 fl. und 20 fl. bestanden, im Laufe der darauffolgenden fünf Jahre als Zahlung bei allen, nicht in klingender Münze zu entrichtenden I. f. Steuern und Abgaben im vollen Nominalbetrage verwendet werden konnten. F. M. Erläße vom 18. Jänner 1861, B. 255-F. M., vom 20. December 1861, B. 66307 (F. M. B. Bl. Nr. 4, S. 24; und Nr. 55, S. 305), und vom 10. Jänner 1862, B. 796.

F. Aus Anlaß ber im Jahre 1851 erfolgten Ginlösung ber Maisland-Monza-Como-Gisenbahn burch ben Staat hat bas Aerar die auf bieser Bahn bestandene Berpflichtung ber planmäßigen Ziehung ber Mailands Como-Rentenscheine übernommen.

Diese Rentenscheine, welche in der Anzahl von 144.000 Stück emittirt wurden, sind in 40 Serien, von denen jede 360 Stück Rentenscheine enthält, eingetheilt. Jährlich kommt eine Scrie zur Berlosung, welche mit Gewinnsten verbunden ist. F. M. Acten B. 3446-F. M. und B. 4543-F. M. v. J. 1851.

Die lette Ziehung biefer Scheine findet am 2. Jänner 1888 ftatt.

- 2) Im Grunde bes Gesetzes vom 24. April 1866 (R. G. Bl. Nr. 47, S. 127; F. M. B. Nr. 19, S. 105) wurde gegen Verpfändung des unbeweglichen Staatseigenthums ein Darlehen von 60 Millionen Gulben in Silbermünze öfterr. Währung aufgenommen. Die Rückahlung dieses Anlehens erfolgt in halbjährigen Annuitätraten, deren letzte auf den 1. Juli 1912 fällt.
- 8) Im §. 9 bes mit der Direction der Wien-Gloggniger Eisenbahn am 4. August 1853 (F. M. Act B. 14183-F. M. v. J. 1853), in Betreff der Ueberlassung dieser Bahn in das Eigenthum der Staatsverwaltung, abgesichlossenen Bertrages hat der Staat die fundirte 5% ige Schuld dieser Bahn übernommen.

4) Gefet vom 24. Mär; 1870.

betreffend bie Durchführungsbeftimmungen für bas Gefet vom 20. Juni 1868, R. G. Bl. Rr. 66, über bie Umwanblung ber verfciebenen Schulbtitel ber bisherigen allgemeinen Staatsschulb.

R. G. Bl. Rr. 37, S. 63; — F. M. B. Bl. Rr. 14, S. 53.

Mit Bustimmung ber beiben Häuser bes Reichsrathes finde Ich zu verordnen, wie folgt:

§. 1. Der Finanzminister wird ermächtigt, in Durchführung bes Gesetzes vom 20. Juni 1868, R. G. Bl. Rr. 66,*) für die einzelnen zur Convertirung bestimmten Schulbgattungen einen Zinsentermin als den letzen festzusehen, an welchem noch auf Grund der disherigen alten Schuldtitel eine Zinsenzahlung geleistet wird, so zwar, daß die nach diesem Termine fällig werdenden Zinsen der alten Schuldtitel gegen deren Coupons oder gegen deren bezügliche Quittungen von der Staatscasse nicht mehr realisitt und die gedachten Coupons auch nicht mehr als Zahlung für landesfürstliche Steuern und Abgaben angenommen werden.

Die weitere Berzinsung wird nur auf Grund der neuen Schuldtitel geleistet; es hat sich jedoch die Berzinsung der neuen Schuldtitel an die zuletzt behobenen Zinsen der alten Schuldtitel zu reihen, wobei jedoch die gesetzlichen Bestimmungen über die Berjährung der Zinsen der Staatsschuld, R. G. Bl. v. J. 1860, Nr. 21,**) aufrecht erhalten bleiben.

Die Festsehung des letten Zinsenzahlungstermines für eine bestimmte Schuldgattung hat der Finanzminister sechs Monate vor dem Eintritte dieses Termines durch das Reichsgesethlatt kund zu machen; auch liegt demselben ob, die Verlautbarung durch die amtlichen Landeszeitungen und nach Umständen auch durch ausländische Zeitungen zu veranlassen. ***)

^{*)} Sieh' Seite 109. **) Sieh' Seite 166.

^{***)} Mit den F. M. Kundmachungen vom 2. April 1870 (R. G. Bl. Nr. 38, S. 65; F. M. B. Bl. Nr. 14, S. 55), vom 23. Juni 1870 (R. G. Bl. Nr. 84,

§. 2. Ist bezüglich einer ober mehrerer Schuldgattungen in Gemäßheit bes §. 1 ein letter Zahlungstermin auf Grund der alten Obligationen sestgeset worden, so hat bezüglich des Amortisiungsverschrens in allen Fällen, in welchen nach den bestehenden Amortisiungsvorschriften für den Beginn der Amortisiungskrift der Zeitpunct der Fälligkeit des letten, der Obligation anhastenden Coupons maßgebend zu sein hätte, nicht der bemerkte Zeitpunct, sondern der Tag der Fälligkeit dessenigen Coupons, welcher vom Finanzminister als der lett zahlbare erklärt worden ist, als Beginn der Amortisiungssprift zu gelten, sosen nicht nach Beschaffenheit des Falles ein früherer Beginn dieser Frist bereits eingetreten ist, und es hat die Amortisiungssprift sowohl für die Oblization, als auch für sämmtliche derselben noch anhastenden, vermöge der Erklärung des Finanzministers nicht mehr realisierderen Coupons von dem erwähnten Fälligkeitstage an zu laufen.

Betrifft das Amortisirungsversahren nur die Coupons eines in dem vorhergehenden Absate bezeichneten Schuldtitels, so hat für die Amortisirung aller nach dem seftgesetzten Zinsenzahlungstermine verfallenden Coupons die Frist von einem Jahre, sechs Bochen und drei Tagen, von

bem erwähnten Termine angefangen, zu gelten.

Erfolgt die Einleitung des Amortistrungsversahrens nach dem Eintritte des festgesetzen letten Zinsenzahlungstermines, so ist die Amortistrungsfrist, sowohl für die Schuldtitel, als auch für die Coupons vom Tage der Aussertigung des Edictes zu berechnen.

§. 3. Die Theilschuldverschreibungen zu 2½ fl. und zu 10 fl. öfterr. Währung, welche aus Anlaß der Unificirung der Staatsschuld ausgegeben wurden, bilben keinen Gegenstand einer gerichtlichen Amortifirung.

§. 4. Die von den Parteien zur Convertirung beigebrachten Schuldtitel millen mit allen unch dazu gehörigen Linfengungnst erentuell mit

titel muffen mit allen noch dazu gehörigen Zinsencoupons, eventuell mit ben bieselben vertretenden Amortisirungs-Ertenntnissen, belegt fein. *)

Für fehlende, nicht amortisirte Coupons haben die Parteien den Barersat in dem im §. 5 des Gesetzes vom 20. Juni 1868 bestimmten Ausmaße zu leisten.

Ueber die Zahlung wird ben Parteien eine Quittung ausgefertigt.

*) Gilt auch bei Um-, Zusammen- und Auseinanderschreibungen. F. M. Erlaß vom 9. März 1857, Z. 19596-F. M. (F. M. B. Bl. Ar. 12, S. 89).

E. 179; F. M. B. Bl. Ar. 26, S. 145), vom 15. März 1871 (R. G. Bl. Ar. 20, S. 39; F. M. B. Bl. Ar. 10, S. 33), vom 6. November 1871 (R. G. Bl. Ar. 132, S. 352; F. M. B. Bl. Ar. 40, S. 211) wurde für die einzelnen zur Convertirung bestimmten Gattungen der allgemeinen Staatsschuld ein letzter Zinsentermin, nach welchem noch auf Grund der alten Schuldtitel eine Zinsenzahlung geleistet werden konnte, sessenze 1872.

Bezüglich der der Convertirung unterliegenden Kategorien von Staats-Obligationen, welche als Militär-Heiratscautionen gewidmet waren, wurde mit den F. M. Kundmachungen vom 25. Juli 1873, J. 3813-F. M. (K. G. V. Nr. 134, S. 565; F. M. B. V. Ar. 30, S. 213), und vom 11. Juli 1874, J. 17791 (K. G. V. Nr. 105, S. 373; F. M. B. V. Ar. 24, S. 129) bestimmt, daß die im Lause des Monats December 1874 sälig werdenden Zinsen die letzten sind, welche noch auf Grund der alten Schuldritel ausdezahlt werden.

Gegen Beibringung dieser Quittung wird nach Maßgabe der mit berselben zugleich präsentirten Coupons ober der in Rechtstraft erwachsenen Amortisations-Ersenntnisse der Rückersat der bezüglichen Barzahlung an die Partei geleistet.

- §. 5. Ansuchen und Bestätigungen ber Parteien aus Anlaß ber Convertirung von bei Baisencassen, Stener= und öffentlichen Depositenämtern erliegenden Staatsschuldverschreibungen find stempelfrei, und aus Anlaß der Erhebung gegen Redeponirung onm Behuse der Convertirung sind Zählgelder nicht zu entrichten.
- §. 6. Die Minifter ber Finanzen und ber Justig find mit bem Bollzuge bieses Gesetes beauftragt.

Dfen, am 24. März 1870.

frang Joseph m. p.

Sainer m. p.

Serbft m. p.

Breftel m. p.

(38) F. M. Kundmachung vom 28. December 1868 *) (B. 3306-F. M.),

betreffend die hinausgabe ber Obligationen ber einheitlichen Staatsidiuld.

R. G. Bl. Nr. 158, S. 453; — F. M. B. Bl. Nr. 50, S. 817.

§. 1. Die in Ausführung des Gesetzes vom 20. Juni 1868, R. G. Bl. Nr. 66, auszugebenden Obligationen der einheitlichen Staatsschuld werden, je nach Wahl der Bezugsberechtigten, entweder auf den Ueberbringer oder auf bestimmte Namen ausgestellt.

Die auf Ueberbringer lautenden Obligationen werden in Appoints von 50, 100, 1.000, 10.000 fl., jene auf Namen über jeden durch 50

ohne Rest theilbaren Betrag ausgefertigt.

Ueber die in Obligationen nicht begleichbaren Capitalsbeträge werden Theilschuldverschreibungen zu 10 fl. und 2 fl. 50 fr. auf den Ueberbringer lautend ausgegeben, welche in der erforderlichen Anzahl

gegen Obligationen umgewechselt werden.

Bei Capitals-Ausgleichs-Beträgen unter 2 fl. 50 fr. österr. Währ. steht es der Partei frei, entweder die zur Erhaltung einer Theilschuldverschreibung erforderliche Aufzahlung zu dem Curse, welcher von Zeit
zu Zeit von dem Finanzministerium bestimmt werden wird,**) zu leisten,
oder die Barausgleichung zu einem 2% niederen Curse als der oberwähnte anzusprechen, lettere jedoch nur dann, wenn der zu begleichende
Betrag mindestens 40 fr. erreicht. Beträgt er weniger, so hat die Partei
entweder die Aufzahlung zu leisten, oder auf den Ausgleichsbetrag zu
verzichten.

^{*)} Im F. M. B. Bl. ift irrig bas Datum "25. December" angegeben. **) Sieh' letten Absat ber Note*), Seite 112.

Die Obligationen sind von ber k. k. Direction der Staatsschuld ausgestellt und von der Staatsschulden-Control-Commission des Reichsrathes contrafignirt. *) — Formularien der Obligationen und der Theil= schuldverschreibungen folgen unten. **)

§. 2. Die Obligationen von 50 fl. werben ganzjährig, alle übrigen

halbiähria verzinst.

Die Zinstermine find bei ben in Noten verzinslichen Obligatio= nen: 1. Februar und 1. August, oder 1. Mai und 1. November.

(Bei den 50 fl. Obligationen: 1. August oder 1. November.) Bei den in klingender Münze verzinslichen: 1. Janner und 1. Juli oder 1. April und 1. October.

(Bei den 50 fl. Obligationen: 1. Juli oder 1. October.)

Die Zinsen von den Theilschuldverschreibungen werden erst bei Umwechslung derselben in ganze Obligationen bezahlt.

- §. 3. Die auf Ueberbringer lautenden Obligationen sind mit Coupons und Talons versehen, die Zinsen der auf Namen lautenden Obligationen werden gegen stempelfreie Quittungen bezahlt.
 - §. 4. Die Coupons werben bezahlt:

a) bei ber k. k. Staatsschuldencasse in Wien; ***)

b) bei den k. k. Landeshauptcassen in Linz, Salzburg, Prag, Brünn, Troppau, Graz, Klagenfurt, Laibach, Innsbruck, Triest, Zara, Lemberg und Czernowitz, bei bem f. f. Steuer= und Sammelamte in Arakau, bei den k. k. Steuerämtern in Görz, Varenzo und Bregenz, bann, in Folge Zustimmung bes f. ungar. Ministeriums, bei ben t. ungar. Caffen in Ofen, Pregburg, Debenburg, Kaschau, Temesvar, Agram, Hermannstadt und Klausenbura.

Bei allen unter b) genannten Cassen und Aemtern erfolgt die Bahlung im Falle einer vorangegangenen förmlichen Ueberweifung derselben unmittelbar, sonst aber, wenn die Zinsen nicht länger als ein Jahr fällig find, gegen frühere 14tägige, und wenn dieselben über ein Jahr fällig find, gegen frühere 30tägige Un-

melbung und Hinterlegung der Coupons. †)

c) Bei sammtlichen f. f. und f. ungarischen Steueramtern von ben in der Verwahrung berfelben befindlichen neuen Obligationen gegen frühere förmliche Ueberweisung der Zinsenzahlung. ++)

Bei den Caffen und Aemtern, welche die Coupons realifiren, werden auch die Talons behufs der Umwechslung gegen neue Coupons= bogen übernommen.

**) Die Formularien find hier nicht aufgenommen.

***) Das Berfahren hierbei regelt ber an die Staatsschulbencasse gerichtete F. M. Erlaß vom 17. März 1863, Z. 57628.

†) Sieh' die unter den Rummern 52—57, 60—62 (Seite 143—153 und

156-162) angeführten Bestimmungen. +†) Auch bei den Aemtern in Bosnien und der Hercegowina (fieh' Seite 155).



^{*)} Sieh' das Geset vom 10. Juni 1868 (Seite 208).

Die Zinsenquittungen von den auf bestimmte Namen lautenden Obligationen (Erlags= und Rentenscheinen über Militär-Heirats=Caustionen) werden bei den oben unter b) und c) genannten Cassen und Aemtern nur gegen frühere förmliche Ueberweisung, sonst aber auss

schließend bei der Staatsschuldencasse in Wien bezahlt. *)

§. 5. Die Coupons der neuen Staatsschuldverschreibungen, welche in klingender Münze verzinslich sind, werden bei Zollzahlungen, dann für alle anderen landesfürstlichen Steuern und Abgaben und die dazu gehörigen landesfürstlichen Zuschläge (mit Ausschluß der Landese, Grundentlaftungse und Gemeinde-Zuschläge), die in Noten verzinslichen Coupons aber nur für die erwähnten nicht in klingender Münze zu entrichtenden Abgaben unter den gesetzlichen Vorsichten statt baren Geldes in Zahlung angenommen. **)

§. 6. Die bestehenden, auf die Creditspapiere des Staates Bezug nehmenden Gesetze und Verordnungen über die Verjährung, Zinsenerlöschung bei erreichter Capitalshöhe, gerichtliche Vormerkung und Amortistrung, finden auch auf die neuen Staatsverschuldverschreibungen

volle Anwendung. ***)

Ueber die Umwechslung der neuen Schuldtitel untereinander, beren Zusammenlegung, Um- oder Auseinanderschreibung werden die Bestimmungen später bekannt gegeben werden. +)

(39) F. M. Kundmachung vom 6. Mär: 1869 (B. 297-F. M.), betreffend die Umwechslung der neuen Titel der einheitlichen Staatssichuld untereinander, deren Zusammenlegung, Ums oder Auseinanderschreibung, dann betreffend die Legalistung von Zinsenquittungen.

R. G. Bl. Nr. 29, S. 113; - F. M. B. Bl. Nr. 10, S. 45.

Mit Bezug auf die Kundmachung des Finanzministeriums vom 28. December 1868, R. G. Bl. Nr. 158, ++) wird Nachstehendes bekannt

gegeben:

§. 1. Die aus der Convertirung der Staatsschulb hervorgegansgenen neuen Schuldtitel auf Ueberbringer werden auf Verlangen in gleichartige, auf bestimmte, nicht singirte Namen lautende Staatsschuldverschreibungen, und ebenso Obligationen auf Namen in Obligationen auf Ueberbringer oder andere nicht singirte Namen umgeschrieben, bei gleicher Gattung (in Noten verzinslich) — in klingender Münze verzinslich) und gleichen Verzinslungsterminen zusammengeschrieben, oder auch auseinandergeschrieben, jedoch nicht in kleinere Veträge als

***) Sieh' die unter den Nummern 64—77 (Seite 166—201) angeführten Normen.

††) Sieh' Seite 118.

^{*)} Sieh' den F. M. Erlaß vom 14. Juli 1869, Z. 1369-F. M. (Seite 143). **) Bergleiche die Berordnung vom 27. December 1878 (Seite 38).

^{†)} Sieh' bie unter ben Nummern 39-51 (Ceite 120-142) angeführten Bestimmungen.

100 fl., indem als Regel zu gelten hat, bag aus folchen Anlägen

Obligationen zu 50 fl. nicht ausgegeben werden bürfen.

Deßgleichen werden Obligationen auf Ueberbringer zu 50 fl., 100 fl. ober 1000 fl., wenn sie in der erforderlichen, der gleichen Gattung und den gleichen Berzinsungsterminen angehörenden Anzahl beigebracht werden, gegen Ueberbringer-Obligationen in höherem Betrage; ferner Ueberbringer-Obligationen zu 1000 fl. und 10.000 fl. gegen gleichartige Obligationen von geringerem Betrage, jedoch nur dis zur Grenze von 100 fl. umgewechselt. Abgenützte, beschädigte oder mit beschädigten Couponsbogen belegte Obligationen werden gegen neue Schuldtitel umgetauscht.

In allen, in diesem Paragraphe vorgesehenen Fällen muß, wenn eine die freie Disposition mit der Obligation behindernde Vormerkung haftet, die Berechtigung dazu, das vorangedeutete Versahren mit den

Obligationen zu verlangen, urtundlich nachgewiesen werden. *)

Bei der Umwandlung der Obligationen auf Namen ift der legalifirte Giro der auf den Obligationen intestirten Eigenthümer, nach Umständen die urkundliche Nachweisung des Ueberganges des Eigensthums an den Umwandlungswerber erforderlich. **)

Die Legalisirungen der Giri auf den Staatsschuldverschreibungen, dann die zur Umschreibung eventuell beizubringenden Urkunden, unter-

liegen bem gesetlichen Stempel.

§. 2. In den im §. 1 vorgesehenen, nachstehend nicht ausdrücklich ausgenommenen Fällen, haben die Parteien für jedes Stück, welches ihnen in Folge ihres Anspruches für die eingelegten Obligationen erfolgt wird, eine Blanquettengebühr zu entrichten, deren Ausmaß durch Kundmachung der Direction der Staatsschuld bekannt gegesben wird. 1)

Gebührenfrei werden Obligationen nur dann hinausgegeben, wenn es sich um den Umtausch von Stücken zu 50 fl. auf höhere Beträge, oder um die Vinculirung oder Devinculirung von als Caution im Interesse des Aerars oder eines vom Aerar dotirten öffentlichen Fondes erlegten Obligationen handelt. 2)

§. 3. Die Obligationen, welche die Parteien dem im §. 1 angebeuteten Verfahren zu unterziehen wünschen, sind erforderlichen Falles mit Consignation und unter Anschluß aller nöthigen Behelse in Wien bei der Staatsschuldencasse zu überreichen. — Außerhalb Wien können dieselben behufs der Zustellung an die Staatsschuldencasse bei allen im §. 4 der Kundmachung vom 28. December 1868 angeführten Cassen und Aemtern eingegeben werden.

^{*)} Die Devinculirung einer öfterr. Obligation, welche mit einem ausländischen Fibeicommißbande behaftet ist, kann nur auf Grund eines Erkenntnißes bes Wiener Landesgerichtes erfolgen. F. M. Erlaß vom 25. October 1851, B. 35750, und Just. Min. Act J. 13251-J. M. v. J. 1851. **) Vergleiche den F. M. Erlaß vom 4. September 1872, J. 19221 (Seite 123).

§. 4. Da die Staatsverwaltung für die Echtheit der Unterschriften auf den Zinsenquittungen nicht haftet, können die zum Bezuge der Zinsen von den auf Namen lautenden Obligationen Berechtigten verlangen, daß die Zahlung nur entweder gegen ihre legalisirten Zinsenquittungen, oder gegen Borweisung der Staatsschuldverschreibung selbst zur Ersichtlichmachung der Zahlung auf derselben geleistet werde. Das bezügliche Ansuchen ist mündlich oder schriftlich unter Vorlage der Staatsschuldverschreibung bei der Cassa oder dem Amte, bei welchem dieselbe verzinst wird oder verzinsbar gemacht werden will, oder Falls die Obligation nicht vorgelegt wird, mittelst schriftlichen Gesuches mit legalisirter Unterschrift bei der k. k. Direction der Staatsschuld vorzubringen.

Das Ansuchen wird auf dem Creditsbuche vorgemerkt und übt diese Bormerkung ihre Wirkung so lange, als nicht ein in gleicher Weise vorzubringender Widerruf Seitens des Bezugsberechtigten oder

die Umschreibung der Staatsschuldverschreibung erfolgt.

Die Legalifirungen der Zinsenquittungen und die bezüglichen Gesuche unterliegen dem gesetzlichen Stempel.*)

1) Laut Kundmachung der Direction der Staatsschuld vom 15. März 1869, Z. 860**) beträgt die Blanquettengebühr per Stüd 20 Kreuzer, und ist dieselbe auch dann einzuheben: 1. wenn für amortisirte Obligationen andere Staatsschuldverschreibungen ausgegeben werden; 2. wenn nach Maßgabe des F. M. Erlaßes vom 27. Juli 1857, Z. 18690***) für, mit nicht dazu gehörigen Couponsbogen belegte Obligationen, andere verkehrs-mäßige Schuldtitel verabsolgt werden.

2) F. M. Kundmachung vom 2. September 1875, B. 23476. F. W. B. G. Nr. 27, S. 155.

Mit Beziehung auf die Aundmachung vom 6. März 1869, 8. 297-F. M. wird bekannt gegeben, daß die Staatsschulden-Casse ermächtigt ist, in den Fällen, wenn die Binculirung von Obligationen der einsheitlichen Staatsschuld auf den Betrag von 50 fl., 150 fl., 250 fl. u. s. f. für eine Dienst= oder Geschäftscaution, Stiftung, Airche oder dergleichen beansprucht wird, der Gesammtbetrag der zu diesem Zwecke beigebrachten Obligationen aber den zu vinculirenden Betrag um 50 fl. übersteigt, behufs der Ausgleichung Eine Ueberbringer-Obligation zu 50 fl. unter Einhebung der Blanquettengebühr hinauszugeben.

Im Uebrigen bleiben bie Bestimmungen ber Eingangs angeführten

Kundmachung vom 6. März 1869 unberührt.

***) Mit diesem an die Staatsschulbencasse ergangenen Erlaße wurde der Borsgang bei der Umwechslung von Obligationen, welche mit einem unrichtigen Coupons-

bogen belegt find, geregelt.

^{*)} Sieh' den F. M. Erlaß vom 18. Juni 1854, Z. 9926-F. M. (Seite 142).

**) Dieser Kundmachung liegt der Erlaß bes k. und k. Reichs-Finanzministeriums vom 9. März 1869, Z. 1736-R. F. M. (F. M. Act Z. 738-F. M. v. J. 1869) zu Grunde.

(40) S. M. Kundmachung vom 4. September 1872 (B. 19221),

betreffend die Erlänterung und theilweise Abänderung der Bestimmungen der Kundmachung des Finanzministerlums vom 6. März 1869, bezüglich der Umwechslung der neuen Titel der einheitlichen Staatssichned, welche als Cautionen zn öffentlichen Zweden haften oder auf Corporationen, Kirchen, Stiftungen u. dgl. Lauten.

R. G. Bl. Nr. 136, S. 428; — F. M. B. W. Rr. 31, S. 268.

Das Alinea 4 des S. 1 der Kundmachung des k. k. Finanzministeriums vom 6. März 1869*) wird bahin erläutert und abgeändert, daß der legalifirte Giro der auf den Obligationen intestirten Eigenthümer nicht erforderlich ift : wenn es fich um die Devinculirung von zu öffentlichen Zwecken (Cautionen) vinculirten Obligationen handelt, der Cautionant zugleich der Eigenthümer der zu devinculiren= ben Obligation nach beren Intestation und dem Stande bes Creditsbuches ift, aus ber Devinculirungsbewilligung ber hierzu competenten Behörde ausdrücklich zu entnehmen ist, daß die Devinculirung über das Ansuchen des Cautionanten selbst bewilligt wurde, und wenn die Vornahme der Devinculirung innerhalb der Frift von fechs Monaten, vom Datum der Devinculirungsbewilligung, beansprucht wird; ferner, wenn behufs der Umschreibung von auf autonome politische Körperschaften (Länder, Gemeinden), auf Rirchen, Stiftungen u. bgl. lautenden Obligationen die Ceffion der competenten Bertreter der autonomen politischen Rörperschaft, Rirche, Stiftung 2c. auf ber ihr gehörigen Obligation felbst aufgetragen, das Siegel beigedruckt ift und zur Umschreibung der Obligation auch die Zustimmung der Tutelarbehörde, soweit eine solche erforderlich ift, **) beigebracht wird.

Es ist aber auch in diesen Fällen ber legalisirte Giro zu beanspruchen, wenn der Cautionant oder die Körperschaft, Kirche, Stiftung ausdrücklich begehrt hat, daß die Devinculirung, beziehungsweise Umschreibung, nur gegen ihren legalisirten Giro vorgenommen werde. Ueber berartige Begehren ist analog nach §. 4 der Finanzministerials

Rundmachung vom 6. März 1869 zu verfahren.

Im Sinne der Erläße des k. k. Finanzministeriums vom 15. Festruar 1860, §§. 2, 3 und 7, und vom 19. October 1871***) ist für die vorerwähnten Cautions-Devinculirungen die Staatsschuldencassa, dagegen für die Umschreibungen der auf Corporationen u. s. w. sautenden Obligationen die Direction der Staatsschuld competent.

^{*)} Sieh' Seite 120.

**) Dießbezügliche Bestimmungen sind enthalten in den F. M. Erläßen vom 16. Mai 1856, 3. 5745 (F. M. B. Bl. Nr. 22, S. 132); vom 13. März 1862, 3. 11347 (F. M. B. Bl. Nr. 14, S. 73); der Verordnung des Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 20. Juni 1860 (R. G. Bl. Nr. 162, S. 278)); dem Geset vom 7. Mai 1874, §§. 38—60 (R. G. Bl. Nr. 50, S. 101).

***) Sieh' Seite 124 und 207.

(41) F. M. Erlaß vom 15. Februar 1860 (J. 656-F. M.), Borgang bei Umichreibungen und Devineulirungen von Staats-Schulbverschungen.*)

R. G. Bl. Ar. 41, S. 78; — F. M. B. Bl. Ar. 11, S. 79.

Auf Grund der Allerhöchsten Entschließung vom 15. Februar 1860 werden in Gemäßheit des Allerhöchsten Patentes vom 23. December 1859 [R. G. Bi. LXIV. Stück, Nr. 226, B. Bi. Nr. 64, Seite 481] **) zur Vereinfachung des Geschäftsganges bei Umschreibungen und Devinculirungen von Staats-Schuldverschreibungen, nachstehende Bestimmungen zur allgemeinen Kenntniß gebracht:

1. Die Umschreibung der Staats-Schuldverschreibungen, welche auf einen freien Namen lauten, wird von der Universals Staatsschuldencasse in Wien auf jeden beliebigen Namen vorgenommen, wenn auf der Cession oder dem Giro der Name Desjenigen unterschrieben erscheint, auf den die Obligation lautet. Eine Prüfung der Echtheit der Unterschrift und eine Haftung für die Echtheit sindet nicht statt.

Das Ansuchen um die Umschreibung kann mittelft bloßer Anmeldung und Ueberreichung der Staats-Schuldverschreibung bei der Universal-Staatsschuldencasse in Wien, oder bei den Credits-

abtheilungen in den Kronländern gestellt werden. 1)

Will sich der Eigenthümer einer auf einen freien Namen lautenden Staats-Schuldverschreibung gegen die Gefährdung seines Eigenthums sichern, so hat er, unter Vorlage derselben bei der Unisversal-Staatsschuldencasse oder bei einer der Creditsabtheilungen in den Kronländern, im Sinne des F. M. Erlaßes vom 18. Juni 1854 [R. G. Bl. Nr. 150] ***) die Vormerkung in den Creditsbüchern zu verlangen: daß eine Umschreibung dieser Obligation nur gegen seine legalisirte Unterschrift auf einen andern Namen stattsinden könne. Die vollzogene Vormerkung wird auf der Obligation selbst ersichtlich gemacht. 2)

2. Die Staats-Schuldverschreibungen, welche nicht auf einen freien Namen lauten, können nur dann umgeschrieben werden, wenn die Partei urkundlich nachweiset, daß sie das Eigenthum der Staats-

Schuldverschreibung erworben habe.

Die Bewilligung zur Umschreibung bleibt bem Fin anzmin issterium bloß bei jenen Staats-Schuldverschreibungen vorbehalten, welche auf eine ausländische Körperschaft, Gemeinde, Stiftung oder Anstalt lauten; daher in einem solchen Falle die Umschreibung nur bei dem Finanzministerium augesucht werden kann. 8)

Die Bewilligung zur Umschreibung aller anderen, nicht auf einen freien Namen lautenden Staats-Schuldverschreibungen wird der Dir ec-

^{*)} Sieh' den F. W. Erlaß vom 26. Februar 1830, Z.656-F. M. (Seite 126). **) Sieh' Note 1, Seite 203.

^{***)} Sieh' Seite 142.

tion der Staatsschuld übertragen und ist bei dieser schriftlich, ober bei einer der Creditsabtheilungen in den Kronländern schriftlich oder mündlich anzusuchen.

In jedem Kalle sind von der Partei die Urkunden über das von ihr erworbene Eigenthum der Staats-Schuldverschreibungen beizu-

bringen.

Gegen die abweisliche Entscheidung der Direction der Staatsschuld steht der Recurs an das Finanzministerium offen.

3. Bu ben, nicht auf freien Namen lautenden Staats-Schuldverschreibungen gehören:

a) die sogenannten Haupt-Obligationen; 4)

b) biejenigen Staats-Schuldverschreibungen, welche als bas Eigenthum eines Minderjährigen ober Curanden ausdrücklich bezeichnet sind:

c) alle Staats-Schuldverschreibungen, welche auf den Namen einer inländischen Körperschaft, Gemeinde oder Stiftung, oder auf eine von den Behörden verwaltete oder unter deren Schupe stehende Anftalt lauten:

d) alle vinculirten (mit einem haftungsbande versehenen) Staats=

Schuldverschreibungen;

- e) diejenigen Staats-Schuldverschreibungen, auf welchen eine, die freie Verfügung ihres Eigenthümers hemmende gerichtliche Berordnung erfichtlich gemacht, ober der Universal-Staatsschulbencasse oder den Creditsabtheilungen in den Kronländern bekannt gegeben wurde.
- 4. Die Zustimmung zur Devinculirung von Staats-Schuldverschreibungen ist bei berjenigen Behörde anzusuchen, auf deren Beranlassung dieselben vinculirt wurden.
- 5. Die im §. 4 erwähnte Behörde wird wenn sie die angesuchte Bustimmung zu ertheilen findet - dieselbe entweder in einer besonderen Urkunde oder mittelst Indorfirung auf der Staats-Schuldverschreibung unter Beidrückung des Amtsfiegels, erklären; und bie Universal-Staatsschuldencasse wird gegen die, bei ihr selbst ober bei einer der Creditsabtheilungen erfolgende bloße Anmeldung und Uebergabe der behördlichen Zuftimmung die Devinculirung vornehmen.

6. Wenn die Partei außerhalb Wien und in einem Orte domicilirt, in welchem teine Creditsabtheilung besteht, so wird die Behorde, welche die Zustimmung zur Devinculirung zu ertheilen berufen ift, auf Ansuchen der Partei veranlassen, daß die Devinculirung vorgenommen, und die bevinculirten Staats-Schuldverschreibungen ihrem Eigenthumer übermittelt werben.

7. Sollen vinculirte Staats-Schuldverschreibungen auf Berlangen eines Andern, als bes in ber Staats-Schuldverschreibung genannten Eigenthumers devinculirt werden, fo haben die für die Umschreibung angeordneten Bestimmungen (g. 2) zu gelten.

- 8. Staats-Schuldverschreibungen, welche zwar als Caution zu bienen haben, aber ohne mit dem Haftungsbande versehen zu sein, bei ber Universal-Staatsschuldverschreibungen Gmpfangschein hinterlegt sind, wie z. B. die Staats-Schuldverschreibungen der Verlosungsanlehen von den Jahren 1834, 1839 und 1854, werden als vinculirte Staats-Schuldverschreibungen, und deren Erfolglassung als Devin-culirung behandelt.
- 1) Nach der Bestimmung des §. 1 der mit dem F. M. Erlaße vom 23. December 1866, 3. 7068-F. M. hinausgegebenen "Instruction II für die Landeshauptcassen in Bezug auf die Staatsschuld" haben vom 1. Jänner 1867 an die bei den Landeshauptcassen bestandenen Ere ditsa betheilungen aufgehört zu fungiren, und es werden alle, auf die allgemeine Staatsschuld Bezug nehmenden Geschäfte von den Landeshauptcassen uns mittelbar besorgt. Sieh' Note †), Seite 159.

Ebenso find vom 1. Jänner 1867 an die Steuerämter in Betreff der Interessenweisung und Zinsensistirung, sowie auch rücksichtlich der Umschreibung, Convertirung und Berwechslung von Obligationen mit der Staatsschulbencasse in directen Geschäftsverkehr getreten. §. 12 der mit dem obberusenen F. M. Erlaße hinausgegebenen "Instruction III für die Steuerämter und sonstigen Pereptionscassen und Aemter in Bezug auf die Staatsschuld." Bergleiche auch den Absah 3 des F. M. Erlaßes vom 19. October 1871, R. 3539-F. M. (Seite 207).

2) Die Bornahme ber Umschreibung ber auf freien Ramen lautensben Obligationen, welche in Folge einer legalifirten Ceffionserklärung umgeschrieben werben bürfen, liegt im Wirkungskreise ber Staatsschulbenscasse. F. M. Entscheibung vom 8. Jänner 1861, B. 5321-F. M.

3) Bergleiche die F. M. Erläße vom 19. October 1871, B. 3539-F. M. (Seite 207), und vom 14. Mai 1874, B. 558-F. M. (Seite 131).

- 4) Unter "Haupt-Obligationen" sind solche Obligationen zu verstehen, welche aus auf Ueberbringer lautenden Obligationen entstanden sind, und auf den Namen eines Privaten lauten, der nicht als ein Mindersjähriger oder Eurand ausdrücklich bezeichnet ist. F. M. Act 3. 5321-F. M. v. J. 1860.
 - 5) Sieh' den F. M. Erlaß vom 6. November 1871, 3.18964 (Seite 132).

(42) f. M. Erlaß vom 26. februar 1860, B. 656-F. M.

Durchführung ber Allerhöchsten Entschliefung vom 15. Februar 1860, bezüglich ber Umschreibung und Devineulirung von Staatsschulbverschreibungen.

F. M. B. Bl. Nr. 12, S. 89.

In Folge der, mit dem Finanzministerial-Erlaße vom 15. Februar 1860*) veröffentlichten Allerhöchsten Entschließung vom 15. des-

^{*)} Sieh' Seite 124.

selben Wonats, haben in dem bisherigen Verfahren bei Umschreibung und bei Devinculirung von Staatsschuldverschreibungen *) nachstehende Aenderungen einzutreten:

1. Die Creditsabtheilungen übernehmen alle Staatsschuldversschreibungen, welche ihnen von Parteien zur Umschreibung übergeben werden.

Die auf einen freien Ramen lautenben Staatsschulbverschreibungen find an die Universal-Staatsschulbencasse, alle anderen aber unmittelbar an die Direction der Staatsschulb einzusenden.

Die Einsendung ist durch eine vorläufige Anzeige (das sogenannte Aviso-Schreiben) der Universal-Staatsschuldencasse und beziehungs-

weise der Direction der Staatsschuld bekannt zu geben.

2. Auch die von den Parteien den Creditsabtheilungen zur De vinculirung übergebenen Staatsschuldverschreibungen sind anzunehmen.

Ist die Partei, welche um die Devinculirung einschreitet und der in den Staatsschuldverschreibungen genannte Eigenthümer eine und dieselbe Person, so werden die Staatsschuldverschreibungen an die Universal=Sta atsschuldencasse, im entgegengesetzten Falle hingegen an die Direction der Staatsschuld übermittelt.**)

3. Damit die Universal-Staatsschulbencasse die Devinculirung von Staatsschuldverschreibungen vornehmen könne, bedarf sie in der Regel nicht eines Auftrages der Direction der Staatsschuld, es genügt hierzu die Zustimmung der jenigen Behörde, welcher die unmittelbare Verwaltung des durch die Caution sichergestellten Fondes oder Administrationszweiges zusteht.

Diese Zustimmung darf selbstverständlich erst dann ertheilt werben, nachdem die Behörde die Ueberzeugung erlangt hat, daß das Berhältniß, auf Grund dessen die Caution geleistet wurde, aufgelöst und die Partei aus diesem Berhältniße zu keiner Leistung verpflichtet,

oder die schuldige Leistung in anderer Weise gesichert sei. 1)

**) Bergleiche die Noten 1-4, Seite 126.

4. Wird die Zustimmung der Behörde in einer besonderen Urkunde (Devinculirungs-Urkunde) ausgesprochen, so müssen in derselben alle Merkmale der zu devinculirenden Staatsschuldverschreibungen genau aufgeführt sein. Der Partei wird deßhalb, wenn sie bei der Beshörde die Zustimmung zur Devinculirung ausucht, zu bedeuten sein, daß sie — wenn sie die Staatsschuldverschreibungen nicht vorlegt — die Werkmale derselben deutlich und richtig angebe.

^{*)} Wit dem Hofted. vom 20. Februar 1836, Z. 1805 wurden sämmtlichen Cameral-Gefällen-Berwaltungen, Directionen und Gubernien die Bestimmungen, betreffend die Vinculirungen und Devinculirungen der Obligationen für öffentliche Zwede und das Versahren hierbei, bekannt gegeben. Im F. W. Acte Z. 4731-F. M. v. J. 1851 erliegt eine Zusammenstellung der älteren, auf die Vinculirung und Devinculirung der Staats-Schuldverschreibungen Bezug habenden Vorschriften.

5. Wird die Bustimmung zur Devinculirung nur auf ber zu bevin culiren den Staatsschuldverschreibung indorsirt, so genügt die einfache Erklärung: "daß diese Staatsschuldverschreibung bevinculirt werden könne".

6. Sowohl die in einer besonderen Urkunde als die mittelst bloßer Indorsirung ausgesprochene Zustimmung muß die Angabe enthalten: auf wessen Ansuchen die Devinculirung stattfinden soll. Uebrigens ist die zustimmende Erklärung in allen Fällen von dem Borstande der Behörde und einem zweiten Beamten derselben zu fertigen und mit dem ämtlichen

Siegel zu versehen.

7. Glaubt die Creditsabtheilung ober die Universal=Staatsschulben=casse die Schtheit der von der Behörde abgegebenen Zustimmungs=Erklärung beanständen zu sollen, so hat sich die Creditsabtheilung, bevor sie die Staatsschuldverschreibungen zur weiteren Umtshandlung einsendet, unmittelbar, die Universal=Staatsschuldencasse aber im Wege der Creditsabtheilung an die betreffende Behörde zu wenden.

Diese Vorsicht ist namentlich in jenen, wohl nur seltenen Fällen zu beobachten, in welchen die Partei die Devinculirung bei der Creditsabtheilung eines Kronlandes begehrt, in dem die, ihre Devinculirungs-

auftimmung ertheilende Behörde nicht ihren Umtsfit hat.

8. Wenn eine Partei wegen Devinculirung der auf ihren Namen lautenden Staatsschuldverschreibungen die im §.6 des Finanzministerials Erlaßes vom 15. Februar I. I., 3. 656-F. M. [V. VI. Nr. 11, Seite 79]*) zugestandene Vermittlung ansucht, und wenn die um Versmittlung angegangene Vehörde ihren Amtssit in Wien hat, so bedarf es keiner Devinculirungssurfunde oder Indorsirung der Devinculirungszustimmung. Die Behörde hat dagegen mittelst eines Decretes—welches in Beziehung auf das Wesen und auf die Beglaubigungsförmslichseiten mit einer Devinculirungszurfunde übereinstimmen muß—die ihr unterstehende Casse zu beauftragen: daß sie der UniversalsStaatsschuldverschreibungem nehst allfälligem Zinsenausstande übersnehme. Das erwähnte Decret ist der UniversalsStaatsschuldverschreibungem nebst allfälligem Zinsenausstande übersnehme. Das erwähnte Decret ist der UniversalsStaatsschuldverasschuldencasse

9. Lauten hingegen die zu bevinculirenden Staatsschuldverschreibungen nicht auf den Namen der Partei, welche um die Devincuslirung eingeschritten ift, so hat sich die vermittelnde Behörde immer an die Direction der Staatsschuld, und zwar mit der ausdrücklichen Erklärung zu wenden: daß sie gegen die Devinculirung der (mit allen Merkmalen genau zu bezeichnenden) Staatsschuldverschreibungen nichts

zu erinnern habe.

10. Wenn der Amtssitz der vermittelnden Behörde sich in Niederösterreich, außer Wien befindet, so hat sie sich entweder an

^{*)} Sieh' Seite 124.

bie Universal-Staatsschulbencasse ober an die Direction der Staatsschuld zu wenden, je nachdem der in den Staatsschuldverschreibungen genannte Eigenthümer selbst, oder ein Dritter die Devincu-

lirung erwirken will.

11. Ist endlich der Amtösit der vermittelnden Behörde außershalb Niederösterreich gelegen, so hat sie in allen Fällen sich nur an die Creditäabtheilung ihres Kronlandes zu wenden, welche nach Maßgabe der, in den Absätzen 3 und 10 enthaltenen Unterscheidung, die Staatöschuldverschreibungen mit den bezüglichen Urfunden entweder an die Universal-Staatöschuldencasse oder an die Direction der Staatöschuld leiten wird. Die Behörde hat übrigens auch in den, im Absatz 10 und 11 bemerkten Fällen die im Absatz 9 erwähnte Erklärung in ihrem Ansuchen oder Auftrage beizusügen.

12. In allen Fällen, in welchen die Devinculirung durch die Vermittlung der Behörde veranlaßt wird, erhält diese die haftungsfreien Staatsschuldverschreibungen entweder von der Universal-Staatsschulden-casse unmittelbar, oder auf Anmelden der jener Behörde unterstehenden Casse (in dem Absah 11 bemerkten Falle) im Wege der Credits-

abtheilung.

13. Die Zinsen von Staatsschuldverschreibungen, die aus Anlaß ihrer Umschreibung ober Devinculirung neu ausgesertigt wurden, wers den — wenn die Partei nicht ausdrücklich etwas Anderes verlangt — sortan bei jener Casse erhoben, bei welcher sie vor der Umschreibung oder Devinculirung erhoben wurden. Die Universal-Staatsschuldencasse

wird baher gleichzeitig die Zinsenüberweisung veranlassen.

14. Wird die Devinculirung von Verlosungs-Anlehens-Obligationen vom Jahre 1834, 1839 ober 1854*) verlangt, welche bei der Universal-Staatsschulbencasse gegen Empfangschein hinterlegt sind, so kann die Devinculirung nur dann wirklich vorgenommen werden, wenn der Empfangschein an die Universal-Staatsschulbencasse zurückgestellt wird. Die bloße Bewilligung zur Devinculirung ist von der Zurücksstellung des Empfangscheines unabhängig.

15. Bei den, im Absate 14 angeführten Obligationen, sowie bei allen, auf Ueberbringer lautenden Staatsschuldverschreibungen ist nur derzenige als ihr Eigenthümer zu betrachten, der in dem Empfangschein, oder in dem, der Staatsschuldverschreibung indorsirten Cautionsbande

als Eigenthümer bezeichnet ift.

16. Eine Umschreibung ober Devinculirung von Staatsschuldverschreibungen kann im Interesse der Parteien nicht vorgenommen werden, wenn der Eigenthümer derselben durch eine noch nicht widerrusene gerichtliche Verordnung in der Verfügung mit seinen Staatsschuldverschreibungen beschränkt ist.

^{*)} Die Lotto-Anlehen der Jahre 1834 und 1839 find bereits getilgt; dagegen find die Lotto-Anlehen der Jahre 1860 und 1864 zugewachsen. Bergleiche den F. M. Erlaß vom 6. November 1871, 3. 18964 (Seite 132).

17. Wird die Devinculirung nicht im Interesse einer Partei, sondern im Interesse des vercautionirten Fondes zum Behuse der Beräußerung der Staatsschuldverschreibungen verlangt, so sind dieselben immer an die Direction der Staatsschuld zu leiten.

1) Hofkr.-Bekret vom 29. Mai 1828 (B. 16682), an fämmtliche Läuberfiellen, goll-Gefällen-Berwaltungen und Directionen. B. G. S. Bb. 56, Ar. 58, S. 121.

Man hat zur Bereinsachung der Geschäfte beschlossen, die Erkenntniß über die Devinculirung der von Gesällsbeamten eingelegten Cautionen den Gesälls-Administrationen und Directionen zu überlassen, unter deren Leitung das Gesäll steht, zu bessen Sicherheit die Caution haftet.

hierbei wird gur Richtschnur vorgeschrieben:

1. Die Behörde, welche die Devinculirung bewilligt, haftet für die Folgen derfelben.

2. Keine Caution barf bevinculirt werben, wenn sich die Behörde nicht von der vollkommenen Rechnungsrichtigkeit, und zwar — da bei Gefällen eine Caution für mehrere Gefälle und selbst für mehrere Dienste haften kann — in Beziehung auf alle Rechnungen und Gelder, zu deren Sicherheit die Caution haftet, durch Einvernehmen der Rechnungs- und Buchhaltungsbehörden, die es betrifft, dann derjenigen Behörden, welche unmittelbar die Gebarung des Cautionanten zu überwachen und die ihm auferlegten Ersähe hereinzubringen haben, vollkommen überzeugt hat.

3. Wenn der Beamte, um bessen Cautionsdevinculirung es sich handelt, früher in anderen Provinzen als in derzenigen seiner letzten Anstellung oder bei anderen Gefällen in einem verrechnenden Dienste gestanden ist; so ist bei Bewilligung der Devinculirung auf diesen Umstand der

geborige Bedacht zu nehmen.

4. Begen unbedeutenden Ersägen, welche den Betrag von einigen Gulden nicht übersteigen, ist zwar die Devinculirung nicht zu verweigern, aber in keinem Falle darf die freigeschriebene Obligation, oder bei sichorischen Cautionen die Bewilligung zu deren Extabulirung hinausegegeben werden, bevor nicht der ganze Ersat vollständig geleistet ist.

5. Die Freischreibung darf nur auf Ankuchen des Cautionanten selbst, oder desjenigen, dem er hierzu die ausdrückliche Bollmacht extheilt hat, oder an den die Obligation ordnungsmäßig cedirt ist, oder auf Einschreiten der Abhandlungsbehörde, oder derjenigen Partei, die sich durch die gerichtliche Einantwortung oder mittelst einer anderen gerichtlichen Urtunde als rechtmäßiger Eigenthümer der Caution ausweiset, geschehen.

6. Waltet gegen die Devinculirung kein Auftand ab, fo ist die Gefällenbehörde ermächtigt, die Freischreibung selbst zu veranlassen und hat sich mit denjenigen Stellen in Correspondenz zu sehen, denen die Ereditscassen unmittelbar unterstehen, welche die Devinculirung zu peran-

laffen haben.

(43) Sofkr.-Becret vom 26. April 1828 (B. 12321),

an fammtliche Lanberftellen.

Den Credits-Caffen unterfagte eigenmächtige Bineulirung öffentlicher Staats-Obligationen zu Privatzweden.

B. G. S. Bb. 56, Nr. 36, S. 101.

Aus Anlag eines vorgetommenen Falles, daß eine öffentliche Staats-Obligation als Caution für einen im Privatdienst befindlichen Beamten eigenmächtig vinculirt worden ift, und da durch eine solche unbefugte Binculirung öffentlicher Staats-Obligationen jum Behufe von Brivat-Dienstverhältnissen die politischen Behörden nicht allein in offenbare Schwierigkeiten, sondern auch in mancherlei Unannehmlichkeiten verwickelt werden können, indem es für dieselben außerst schwer ift, in vorkommenden Devinculirungsfällen solcher zu Brivatzwecken vinculirten Obligationen über die Authenticität der von dem Cautionanten bierwegen beigebrachten Behelfe und über die von ihrer Seite in Erfüllung gebrachten oder nicht erfüllten, der Cautionsleiftung jum Grunde liegenden Verbindlichkeiten ein sicheres Urtheil zu fällen, und da dieses nebftbem ein Geschäft ift, zu welchem bie politischen Behorben, als solche eigentlich nicht berufen sind, so halt man es für nöthig anzuordnen: daß fünftig bei teiner Creditscaffe öffentliche Staats-Obligatignen eigenmächtig zu Privatzwecken vinculirt werden sollen, sondern daß eine solche Binculirung, wenn sie statthaben soll, sowie es bei Berbotsbewilligungen und Amortisationen öffentlicher Staatspapiere ber Fall ift, nur im Wege der betreffenden Gerichtsbehörde bewilliget, und auch nur im gleichen Wege wieder aufgehoben werden durfe.

(44) Hofkr.-Decret vom 2. April 1836, B. 14089,

an die Univ. Staats- und Banco-Schulbencaffe.

Das von berselben bisher beobachtete Versahren, verloste und zur Vinculirung beigebrachte Staatspapiere zurückzuweisen, ist ganz richtig, da der größere Theil dieser verlosten Staatspapiere mit einem den früheren Curswerth nicht erreichenden Gewinne gezogen wird, und daher auch nicht mehr zur Sicherstellung des Aerars bei solchen Cautionserlägen genügt, die gerade mit Kücksicht auf den Curswerth der Staatspapiere angenommen wurden.

(45) f. M. Verordnung vom 14. Mai 1874 (B. 558-F. M.),

hetreffend die Behörde, an welche Eingaben n. f. w. zum Awede ber Srei-, Um-, Zusammen- aber Anseinanberschreibung von Obligationen auf Ramen zu richten find.

R. G. Bl. Nr. 59, S. 181; - F. M. B. Bl. Nr. 17, S. 88.

Vom 20. Juni 1874 angefangen find alle Eingaben, Zuschriften und Sendungen, welche die Frei-, Um-, Zusammen- oder Auseinander-

schreibung von auf Namen lautenden Staatsobligationen betreffen, wenn diese nicht auf den Namen eines Ausländers, einer ausländischen Körperschaft, Gemeinde, Stiftung oder Anstalt lauten, ohne Unterschied, ob die Besorgung des intendirten Geschäftes nach den bestehenden Normen [F. M. Erläße vom 15. und 26. Februar 1860, dann vom 19. October 1871]*) der Staatsschuldencasse oder der Direction der Staatsschuld obliegt, ausschließlich an die Staatsschuldencasse zu richten. 1)

- 1) In dem an die k. k. Direction der Staatsschuld gerichteten F. M. Erlaße vom 14. Mai 1874, B. 558-F.M. ift der von der Staatsschuldencasse und der Direction der Staatsschuld, dann dem Borstande des Fachrechnungs-Departements für die Staatsschuld, dei der Erledigung der Eingaben und der Bornahme der Frei-, Um-, Zusammen- und Auseinandersschreibungen einzuhaltende Borgang umftändlich dargestellt.
- (46) F. M. Erlaß vom 6. November 1871, B. 18964. Bineulirung ber von öffentlichen Functionären als Dieusteantion erlegten Obligationen ber k. k. Staats-Lottoanlehen. F. W. B. Bl. Rr. 40, S. 212.

Die von öffentlichen Functionären, wozu auch die k. k. Notare gehören, **) als Dienstcaution erlegten Obligationen der k. k. Staats= Lottoanlehen sind vom 1. December 1871 angefangen bei der Staats=schuldencasse der sörmlichen Binculirung zu unterziehen. ***)

Bei der Devinculirung solcher Obligationen hat die Partei im Sinne der Verordnung vom 9. April 1861, Z. 5294-F.M.1) nebst der Blanquetten-Sebühr von 10 fr. ö. W. für jedes zu devinculirende Los auch die Kosten für die Druckauflage der neuen Lose zu berichtigen. †)

Hierdurch tritt die Ministerial-Berordnung vom 2. März 1855, R. 16333-F. M. [B. Bl. Ar. 15, S. 139] 2) außer Wirksamkeit.

*) Sieh' Seite 124, 126 und 207.

Die unverzinslichen Bramienscheine des Anlehens vom Jahre 1864 werden bei der Binculirung mit einem Binculirungsstempel, und bei der Befreiung vom Haftungsbande mit einem Devincultrungsstempel versehen.

^{**)} Postmeister sind in Absicht auf ihre Cautionen ebenso zu behandeln wie Staatsbeamte. F. M. Erlaß vom 2. Jänner 1870, Z. 41265. — Die von den Lottos collectanten als Caution erlegten Lose sind zu vinculiren. Act der Direction der Staatsschuld Z. 5966 v. J. 1871.

***) Vergleiche F. M. Erlaß vom 14. März 1860, Z. 14937 (Seite 180).

^{†)} Bei ber Binculirung ber Lofe vom Jahre 1854 und 1860, welche verzinslich sind (sieh) Seite 112), wird das Couponsblatt abgetrennt und vertilgt, auf dem Lose seihe sie entsprechende Vinculirungsclausel (mittelst Stampiglie) von der Staatsschulbencasse auf der Borderseite angesetz. Hoftrd. vom 24. December 1834, 8. 54225, und vom 29. Jänner 1836, 8. 2167; H. W. Erläße vom 21. April 1854, 8. 6105-F. M. (H. W. B. Bl. Nr. 35, S. 258), und vom 19. Juni 1860, 8. 34899. Bei der Devinculirung noch nicht gezogener Lose vom Jahre 1854 und 1860 wird bem vinculirten Effect zwar die Devinculirungsclausel beigesetz, die Partei erhält jedoch ein neugedruckes Los mit Coupons und der früheren Kummernbezeichnung. Sieh' auch die F. M. Kundmachung vom 30. März 1869, 683-F. M. (Seite 213).

1) Mit dem F. M. Erlage vom 9. April 1861, 3. 5294-F. M. (F. M. B. Bl. Rr. 22, S. 123) wurde, ba bie Bermechelung von auf Neberbringer, die Um- ober Auseinanderschreibung von auf Ramen lautenden, fowie die Sinausgabe von neuen Effecten für amortifirte, vinculirte, beschäbigte, abgenütte ober für folche Staatsschuldverschreibungen, welche mit einem unrichtig nummerirten ober beschädigten Coupon berfeben find, einen bebeutenden Roftenaufwand erheischt und die Abnahme einer Gebühr um fo mehr gerechtfertigt ift, als diefer Aufwand gunachft nur im Intereffe der Bartei veranlaßt wird und eine Berpflichtung jur unentgeltlichen Bornahme biefer Amtehandlungen nicht besteht, - angeordnet: daß zur theilweisen Dedung Diefes Aufwandes fünftighin in der Regel eine Gebühr von gehn Neufreugern *) für jebe Staatsichuldverichreibung, die im Bege ber Berwechslung, ber Um= ober Auseinanderschreibung, ober für andere oben ermabnte Credits-Effecten hinausgegeben wird, im Borhinein an bie Universal-Staatsschuldencaffe zu entrichten fei.

Bon ber Entrichtung biefer Gebühr tritt eine Befreiung nur in folgenden Fällen ein:

1. wenn für mehrere, auf Ueberbringer lautende Staatsichuldverschreibungen eine auf Namen lautende, sogenannte Saupt-Obligation ausgeftellt wird:

2. wenn eine folche Saupt-Obligation nicht fruber als nach Ablauf von zwei Binfenterminen wieber in auf Ueberbringer lautende Obligationen umgewechselt wird, und soferne fich biefe Umwechslung auf die möglichst geringe gur Dedung bes Betrages ber Saupt-Obligation erforberliche Anzahl beschränkt; **)

3. wenn aus Unlag einer, im Intereffe bes Merars ober eines vom Aerar botirten öffentlichen Fondes vorzunehmenden Binculirung einer Staatsschuldverschreibung, oder wenn nach erfolgter Auflassung einer solchen Binculirung eine neue Schuldverschreibung ausgefertigt wird. ***)

Mit bem F. M. Erlage 3. 5294-F. M. wurde ferner bedeutet: daß, wenn für eine amortifirte ober beschädigte Lotto-Anlebens. Staatsiculbberschreibung eine neue hinausgegeben werben foll, mas nur nach vorausgegangener Drudlegung einer, mit ber amortisirten ober beschäbigten in allen Merkmalen übereinstimmenden Staatsichulbverschreibung geschehen tann, die Bartei nebst ber Gebuhr auch die Rosten der Drucklegung, welche ihr bei hinausgabe ber neuen Staatsschuldverschreibung befannt gegeben werben, zu verguten bat.

Studien-und Normalschulfonde. Binculirungen zu Gunften von Stiftungen, Rirchen,

Pfrunden find, wenn Obligationen ausgefertigt werden, nicht gebuhrenfrei.

^{*)} Bergleiche Note 1, Seite 122.

^{**)} Es waren also, wenn 3. B. eine Saupt-Obligation zu 10.600 fl. in Ueberbringer-Obligationen umgewechselt werden sollte, nur 10 Stüde à 1000 st., 1 Stüd zu 500 st. und 1 Stüd zu 100 st. gebührenfrei zu erfolgen. Wünschte die Partei ansiatt einer Obligation zu 1000 st. zehn Stüd zu 100 st., so wäre für 10 Stüd die Gebühr zu entrichten. F. W. Erlaß vom 9. April 1861, Z. 5294-F. M.

**** Bu den vom Aerar dotirten öfsenklichen Fonden gehören nur die Religions.

Schließlich wurde bemerkt: daß die Cassen und Aemter, welche in den Fall kommen, Obligationen umwechseln oder umschreiben zu lassen, den Obligationen, welche zu diesem Behuse an die Staatsschulben-casse eingesendet werden, *) die entfallende Gebühr beizuschließen haben, wenn nicht etwa zugleich Interessen zu erheben sind, aus welchen die Gebühr berichtigt werden kann.

2) Mit diesem Erlaße war angeordnet, daß derlei Obligationen der Lotterie-Anlehen von der Staatsschuldencasse durch die ganze Dauer des Cautionsbandes in Ausbewahrung zu behalten, und nicht mehr, mit der Binculirungs-Clausel versehen, an die Parteien hinauszugeben sind.

(47) F. M. Verordnung vom 31. Jänner 1872 (B. 37974), betreffend die Behandlung der zu Geschäftscautionen gewidmeten Staats-Schuldverschreibungen auf Ueberbringer, wenn sie für länger als auf die Dauer Eines Jahres erlegt werden.

R. G. Bl. Nr. 9, S. 24; — F. M. B. Bl. Nr. 5, S. 53.

Im Vernehmen mit den Ministerien des Innern, der Juftiz, des Handels, des Ackerbaues, für Cultus und Unterricht, dann für

Landesvertheidigung wird verordnet:

Auf Ueberbringer lautende Staatsschuldverschreibungen, welche als Cautionen für vertragsmäßige Lieferungen und Leistungen an die Staatsverwaltung (Geschäftscautionen) gewidmet werden, können, wenn die bezüglichen Verträge auch auf länger als auf die Dauer Eines Jahres abgeschlossen werden, von nun an auch für die ganze Dauer des Vertrages ohne förmliche Vinculirung bei den betheiligten Cassen aufbewahrt werden. Hierwird das Hoffrd. vom 13. August 1830 [N. De. Prov. G. Bb. 12, S. 533]**) aufgehoben und das Hoffrd. vom 20. Februar 1836 [P. G. Sb. 64, S. 395] 2) abgeändert.

Das für den einjährigen Cautionserlag bestehende Verfahren ift somit auch auf die Geschäftscautionen, die für länger als Ein Jahr

erlegt werden, anzuwenden.

**) Mit bem an die n. ö. Landesregierung ergangenen Decrete vom 13. August

1830, B. 28367 hat die Hoffammer Folgendes verordnet:

^{*)} Die Staatsschuldencasse hat die von den Parteien bezahlten Gebühren in den Berwechslungs- und Umschreibungs-Journalen auf der Empfangsseite einzustellen, am Ende einer jeden Woche summarisch in das Haupt-Journal zu übertragen und als zurüdersete Credits-Operations-Auslagen in Empfang zu verrechnen. In derselben Art sind auch die von den Parteien erseten Drucksosten für Lotto-Anlehens-Obligationen zu behandeln. F. M. Erlaß vom 9. April 1861, B. 5294-F. M.

[&]quot;Alle Obligationen, welche zur Sicherstellung des Aerars gegenüber den von Privat-Parteien in was immer für einer Art übernommenen Leistungen pfandweise eingelegt werden, müssen mit dem entsprechenden haftungsbande oder Cautions-Binculum belegt werden. — Ist nun eine solche Obligation gehörig vinculirt worden, so unterliegt es weiter keinem Anstande, daß dieselbe dem Eigenthümer hinausgegeben werde, zumal daß Aerar dadurch, daß es nicht im physischen Besitze des Cautions-Objectes ist, keiner Gesährde ausgesetzt wird, und dadurch überdieß der Bortheil gewonnen wird, daß den Behörden weitläusige Verrechnungen und große Verantwortlichkeiten erspart werden."

1) F. M. Erlaft vom 31. Jänner 1873, J. 1777.

F. M. B. BL Nr. 4, S. 81.

In Erlänterung der Berordung vom 31. Jänner 1872, 8. 37974 wird aus Anlaß vorgesommener Fälle bekannt gemacht, daß nach Sinn und Wortlaut jener Berordnung die förmliche Binculirung der als Cautionen für vertragsmäßige Lieferungen und Leiftungen an die Staatsverwaltung gewidmeten Staatsschuldverschreibungen nicht ausgeschlossen, sondern von dem jedesmaligen Berlangen der zur Berfügung über die Caution berechtigten Berwaltungsbehörde, welchem die k. k. Staatsschuldencassa und die für sie Effecten übernehmenden Cassen und Lemter Folge zu geben haben, abhängig gemacht ist.

2) A. Hofkr.-Decret vom 20. Februar 1836 (J. 1805),

an fämmtliche Länberstellen und Cameral-Gefällen-Berwaltungen. Berfahren bei Binculirungen und Devinculirungen ber bei abgeschloffenen Aerarial-Contracten über Lieferungen und Leiftungen zu erlegenden Cantionen. B. G. S. Bb. 64, Rr. 39, S. 395.

Um die bisher mit den Binculirungen und Devinculirungen der bei abgeschlossen Aerarial-Contracten über Lieserungen und Leistungen zu erlegenden Cautionen verbundenen Weitläusigkeiten zu vermeiden, sindet man sich bewogen zu gestatten, daß bei den auf nicht länger als auf die Dauer Eines Jahres abgeschlossenen berlei Aerarial-Contracten über die von den Contrahenten erlegten Cautionen, wenn sie in, auf Ueberbringer lautenden, zur Annahme als Caution geeigneten Staatspapieren bestehen, mit keinem Haftungsbande versehen, sondern ohne eine solche Vormerkung in den Cassen die zur Erfüllung der Contract-Verbindlichkeit ausbewahrt werden; zugleich aber hierbei zur Sicherheit des Aerars solgende Vedinsgungen zur Beobachtung vorzuzeichnen:

Erstens. Duß der Contrahent mit der Uebergabe des auf den Ueberbringer lautenden Staatspapiers, zugleich eine eigene oder in Beziehung auf die Lizitations-Bedingnisse abgefaßte Bidmungsurkunde ausstellen. *)

Bweitens. Hat die Uebernahme nur bei der, der Cameral- ober politischen Landesstelle unmittelbar untergeordneten Casse, **) gegen einen dem Erleger auszufolgenden Empfangsschein stattzufinden.

Dritt ens. Muffen die übernommenen Bapiere als Depositen verrechnet, und unter ber vorgeschriebenen mehrfachen Sperre forgfaltigst auf-

**) Pacht- und sonstige Cautionen kann auch die im Amtssige der Fina 3-Bezirks-Direction besindliche Finanzcasse übernehmen und ausbewahren. F. M.

Erlaß vom 6. April 1877, 3. 16759.

^{*)} Die Unterschrift der Partei, welche entweder auf Grund eines mit der Finanzverwaltung abgeschlossenn Bertrages, oder in Folge eines bewilligten Berzehrungssteuer-Scredites zum Erlage einer Caution verpstichtet ist, muß auf der von ihr auszustellenden Widmungsurkunde, mit welcher öffentliche auf den Ueberbringer lautende nicht vinculirte Obligationen als Caution bestellt werden, gerichtlich oder notariell legalisit sein. F. M. Erlaß vom 1. November 1881, J. 32723 (F. M. B. VI. Nr. 51, S. 295).

bewahrt, auch muß bei ben Scontrirungen auf das richtige Borhandensein bieser Depositen die größte Ausmerksamkeit verwendet werden.

Biertens. Kann die Zurücktellung an den Erleger nur über Auftrag der vorgesetzten Stelle und gegen Einziehung des Empfangsscheines erfolgen.

Fünftens. Ist die Behörde, welche diesen Auftrag ertheilt, insbesondere dafür verantwortlich, daß die Aussolgung an den Cautionanten oder seine Erben, nur nach voller Ueberzeugung der erfüllten Berbindlichkeit und nach gehöriger Legitimation ertheilt werde.

Sech 8 ten 8. Um zu verhindern, daß nicht bereits amortisirte, oder der Amortisirung nahestehende Staatspapiere als Cautionen ausbewahrt werden, hat die Landesstelle von Biertels zu Bierteljahre einen Ausweis der als Cautionen auf die Dauer Eines Jahres erlegten, auf Ueberbringer lautenden Staatspapiere anher einzusenden, in diesem Ausweise aber nur jedesmal die neuen Erläge, welche im Laufe des Bierteljahres vorgesallen sind, auszunehmen.*)

Sie benten 3. Dasselbe Bersahren hat für diejenigen Staatspapiere ber gedachten Art stattzusinden, welche nach Ausgang des Contractsjahres noch auf die Dauer eines weiteren Jahres für einen neuen, auf diese Beitdauer beschränkten Contract als Caution belassen werden wollen, nur verssteht es sich von selbst, daß in diesem Falle von dem Contrahenten eine neue Widmungsurkunde ausgestellt und eine solche Obligation neuerdings in dem ad 6 vorgeschriebenen Ausweise ausgestührt werden muß, und zu einer solchen längeren Ausbewahrung ein eigener Austrag der vorgesetzten Behörbe erforderlich ist.*)

Achtens. Die auf bestimmte Namen lautenden Staatspapiere müssen auch in Zukunft und bei Contracten auf längere**) Dauer der ordsnungsmäßigen Devinculirung unterzogen werden, welches auch für die länger als Ein Jahr dauernden Contracte bei den auf Ueberbringer lautenden Effecten den Behörden zur unerläßlichen Pslicht gesmacht wird.

B. F. M. Erlaß vom 16. Jänner 1860 (B. 2269), R. G. Bl. Rr. 24, S. 57; ***) — F. W. B. Bl. Rr. 6, S. 37.

Die mit der Verordnung vom 20. Februar 1836, Z. 1805 in den §§. 6 und 7 vorgeschriebenen Ausweise über die als Caution für die Dauer Eines Jahres erlegten, auf Ueberbringer lautenden Staatsschulds verschreibungen sind nur mehr bezüglich der in dem Laufenden Quartale erlegten Effecten dem F. M. zu überreichen. Mit dem Beginne des nächstsfolgenden Quartals hat es von der Borlage abzukommen.

^{*)} Bergleiche den F. M. Erlaß vom 16. Jänner 1860, Z. 2269.

**) Nach dem Driginalacte foll es statt "längere" richtiger lauten "türzere", serner sind nach dem Borte "ordnungsmäßigen" einzuschalten die Borte: "Binculirung und".

***) In R. G. Bl. ist nur Bunct 6 kundgemacht. Sieh' auch Rote *), S. 207.

Die Behörden, welche die Cantionen anzunehmen berufen find, werden aber unter ihrer haftung die nachfolgenden Borfichten genau zu beobachten haben:

- 1. Berzinsliche, auf Ueberbringer lautende Staatsschuldverschreisbungen bürfen nur dann als Caution angenommen werden, wenn sie mit allen zur Zeit der Cautionswidmung noch nicht versallenen Coupons verssehen sind, oder wenn für jeden fehlenden Coupon der seinem Nominalswerthe entsprechende Betrag bar erlegt wird.
- 2. Mit dem Coupon muß auch der dazu gehörige Talon (bie Anweisung zu Coupons) beigebracht werden. Die in dem Talon angegebene Frist zur Erhebung der neuen Coupons darf zur Zeit der Cautionswidmung noch nicht verstrichen, der Talon also noch nicht fällig sein.
- 3. Berginsliche Staatsschuldverschreibungen ohne Talon ober mit einem bereits fälligen Talon durfen nicht als Caution angenommen werden,
- 4. Bon ber im §. 3 enthaltenen Bestimmung tritt eine Ausnahme nur bei jenen Staatsschuldverschreibungen ein, welche ohne einen Talon hinausgegeben wurden. Diese Obligationen dürsen ohne den letzen Coupon nicht angenommen werden. Bezüglich anderer etwa sehlender Coupons ift nach Absat 1 vorzugehen.
- 5. Bei allen mit Coupons und Talon, ober mit Evupons allein versehenen Staatsschuldverschreibungen ist sorgfältig darauf zu achten, daß die Nummern der Coupons und des Talon genau mit jenen der Staatsschuldverschreibungen übereinstimmen und nicht etwa corrigirt seien, widrigens letztere zur Caution nicht geeignet sind.
- 6. Staatsschuldverschreibungen, welche zur Rückahlung verlost werben, können nur dann als Caution angenommen werden, wenn ihnen eine mit dem Umtssiegel der Universal-Staatsschuldencasse versehene und von den beiden Oberbeamten dieser Cassen unterfertigte Bestätigung beiliegt: "daß die Staatsschuldverschreibungen bis zu dem Jahre.... (in welchem sie zur Caution gewidmet werden sollen) nicht in Verlosung gekommen sind."*)
- 7. Die zur Rückahlung verlosbaren Obligationen sind jene des Lotto-Anlehens vom Jahre 1854. **)
- 8. Die vorstehenden Bestimmungen haben nicht bloß nach wirklich abgeschlossenem Contracte, zu bessen Sicherstellung die Caution dienen soll, sondern auch bei licitatorischen oder Offert=Verhandlungen zu gelten, bei welchen die Caution nur eventuell gelegt wird.

S. 155.).

**) Hierher gehören gegenwärtig auch die Lose vom Jahre 1860 und vom Jahre 1864 (sieh' Seite 113, C und Seite 115, D). Sieh' Note 2, Seite 180.

^{*)} Sieh' Rote **), S. 180, und den F. M. Erlaß vom 27. Jänner 1866, 3.61066 (Seite 207). — Bei der Uebernahme oder amtlichen Bersendung von solchen Obligationen ist in der Uebernahmsbestätigung oder in der Correspondenz sedsmal außer der Benennung, dem Datum, der Nummer, dem Zinssuße und dem Betrage der Obligation auch die Zahl der dabei besindlichen Coupons und Tasons anzugeben, und wenn daran keine Coupons oder kein Tason vorhanden wäre, dieß ausdrücklich zu bemerken. F. M. Erlaß vom 7. Mai 1863, Z. 23181 (H. M. B. Bl. Rr. 21, S. 156.).

(48) 5. M. Aundmachung vom 27. Jänner 1877 (B. 710-F. M.). betreffend die Umwechslung ber Obligationen ber Golbrente untereinanber, beren Zusammenlegung, Um- ober Anseinanberschreibung, bann betreffend bie Ueberweisung ber Zinsenzahlung bei biesen Obliaationen.

R. G. Bl. Nr. 8, S. 11;*) — F. M. B. Bl. Nr. 2, S. 5.

§. 1. Die auf Grund bes Gesetzes vom 18. März 1876 (R. G. Bl. Nr. 35; B. Bl. Nr. 9) hinausgegebenen Ueberbringer-Obligationen der Goldrente (Appoints zu 200 fl., 1000 fl. und 10.000 fl.) werden von der k. k. Staats-Schuldencasse auf Verlangen in auf bestimmte, nicht fingirte Namen lautende Schuldverschreibungen und ebenso Obligationen auf Namen in Obligationen auf Ueberbringer ober andere nicht fingirte Namen umgeschrieben, zusammen- ober auseinandergeschrieben, jedoch nur über Betrage, die burch 200 ohne Reft theilbar sind.

Defigleichen werden Goldrente-Obligationen auf Ueberbringer zu 200 fl. und 1000 fl., wenn sie in der erforderlichen Anzahl beigebracht werben, gegen Ueberbringer-Obligationen in höherem Betrage, ferner Ueberbringer-Dbligationen zu 1000 fl. und 10.000 fl. gegen Ueberbringer-

Obligationen in geringerem Betrage umgewechselt.

Abgenütte, beschädigte ober mit beschädigten Couponsbogen belegte

Obligationen werden gegen neue Schuldtitel umgetauscht.

In allen diesen Källen haben die Parteien für jedes Stück, welches ihnen in Kolge ihres Verlangens von der Staats-Schulbencasse für die eingelegten Obligationen erfolgt wird, eine Blanquettengebühr in dem von der t. t. Direction ber Staatsschuld festgesetten Betrage **) zu entrichten; gebührenfrei werden Obligationen nur dann hinausgegeben, wenn es sich um die Binculirung oder Devinculirung von als Caution im Interesse des Aerars ober eines vom Aerar dotirten öffentlichen Kondes erlegten Obligationen handelt.

§. 2. Die hinsichtlich der Effecten der einheitlichen Staatsschuld geltenden Vorschriften [Kundmachung des Finanzministeriums vom 6. März 1869. R. G. Bl. Nr. 29] ***) über die Einreichung der Obligationen zu den im §. 1 gebachten Zwecken, bann fiber ben Rachweis bes Dispositionsrechtes des Umwandlungswerbers finden auf die Gold-

rente-Obligationen die entsprechende Anwendung.

§. 3. Die Zinsen der auf Namen lautenden Goldrente-Obliga-

tionen werden gegen stempelfreie Quittungen bezahlt.

Hinsichtlich der Nichthaftung der Staatsverwaltung für die Echtheit der Unterschriften auf den Quittungen, sowie hinsichtlich der dem Bezugsberechtigten zustehenden Sicherungsmittel gelten die im §. 4 der Rundmachung vom 6. März 1869 enthaltenen Bestimmungen. Die

^{*)} Der mit # — # bezeichnete Absaţ ist im R. G. Bl. nicht abgebruck.
**) Sieh' Note 1, Seite 122.
***) Sieh' Seite 120.

Bahlung der Quittungen erfolgt bei der Staats-Schuldencasse in Wien, tann jedoch unter ben für bie Binfenüberweifung bei ben Effecten ber einheitlichen Staatsschuld festgesetten Modalitäten auf die t. t. Landes-Hauptcaffen, Kinang-Landescaffen und Landes-Rahlämter, bann auf Die f. f. Steueramter ber im Reicherathe vertretenen Ronigreiche und Länder überwiesen werben. *)

- §. 4. Die Coupons der Goldrente-Obligationen werden außer ben auf benfelben angegebenen Bahlftellen **) - bei ben im §. 3 genannten f. t. Caffen und Memtern, jedoch nur unter ben Beschränkungen bezahlt, unter welchen diese Cassen und Aemter zur Zahlung von Coupons der einheitlichen Staatsschuld berufen sind [§. 4 der Kundmachung vom 28. December 1868, und Verordnung vom 14. Juli 1869]. ***)
- * §. 5. Für die Berrechnung der gemäß §§. 3 und 4 stattfindenden Goldzahlungen haben die genannten Caffen und Aemter, sowie die betheiligten Rechnungsbepartements in den betreffenden Büchern (Subjournal, Creditsjournal, Conto-corrente) eine besondere Goldcolonne au eröffnen. †)

Die Verrechnung der Goldzahlungen hat nach den für die Verrechnung der Silberzahlungen geltenden Normen zu geschehen. # ††)

(49) f. M. Erlaß vom 2. februar 1874, J. 30808.

Einsenbung ber Intereffen-Ausstands-Certificate von Seite ber Ländercaffen und ber mit ber Siftirungselaufel zu versehenden gahlungsbogen bon Seite ber Steueramter an Die Staatsichulben-Caffa.

Fr. 997. 98. 981. 98r. 5, G. 17.

Da die Fälle, wo wegen Abganges der Interessen-Ausstands-Certificate von Seite ber Ländercaffen, ober ber mit ber Siftirungsclaufel versehenen Rahlungsbogen von Seite ber Steueramter die regelrechte Abfertigung ber um Freis oder Umschreibung ihrer Obligationen ansuchenden Barteien bei der Staatsschulden-Cassa in unliebsamer Beise verzögert wird, häufig vorkommen, so wird verordnet, daß, wie es schon burch §. 14 +++) ber für bie Ländercaffen und Steueramter aus Anlaß der Unificirung der Staatsschuld hinausgegebenen Instruction B

^{*)} Die Zinsenüberweisung auf die k. ung. Cassen findet nicht statt.

**) Die Zinsenzahlung erfolgt in Berlin und Frankfurt a. M. mit 81/10
(401/2, 405) beutschen Reichsmark in Gold; in Paris, Brüssel und Amsterdam mit 10 (50, 500) Francs in Gold.

^{***)} Sieh' Seite 118 und 143. †) Sieh' F. M. Erlaß vom 13. Juli 1877, 3739-F. M. (Seite 55). ††) Sieh' Note 1, Seite 38.

^{†††)} Der bezogene §. 14 lautet: "Waren die auf Namen lautenden oder vinculirten Obligationen bereits bei der Casse oder dem Amte, wo sie eingereicht werden, verzinslich, so ist die Interessen Bahlung zu sistiren, und kommt der Obligation das Interessen Ausstands-Certificat, oder der mit der Sistirungsclausel versten 2000 von der der der Ausstands-Certificat, febene Bahlungebogen beiguschließen."

hinsichtlich ber zur Convertirung bestimmten Effecten bestimmt war, nunmehr in allen Fällen von den Ländercassen im Einvernehmen mit den bezüglichen Rechnungs-Departements die ersorderlichen Interessens Ausstands-Certificate, von den Steuerämtern aber im Falle, als der Absendungsort und die Zahlstelle identisch sind, die mit der Sistirung zu versehenden Zahlungsbögen immer zugleich mit den zur Um-, Zusammen- oder Freischreibung bestimmten Obligationen an die k. k. Staatsschuldencassa eingesendet werden, und daß in Fällen, wo die Staatsschuldencassa bemüssigt ist, diese Documente von den Länder-cassen oder Steuerämtern abzuverlangen, diesen Ansuchen von den betreffenden Zahlstellen stets ungesäumt Folge gegeben werde. *)

(50) f. M. Verordnung vom 14. Mai 1874, 3. 5277,

womit den Steuerämtern das Berfahren vorgezeichnet wird, welches sie zu beobachten haben, wenn sie in Frei- und Umschreibungs-Fällen nicht in der Lage sind, der Staatsschuldeneasse die mit der Sistirungselausel zu verschenden Zinsen-Zahlungsbögen einzusenden, und wenn sie in die Lage kommen, um Aussertigung von Duplicaten in Berlust gerathener Zinsen-Zahlungsbögen einzuschreiten.

F. M. B. Bl. Nr. 20, €. 105.

Im Nachhange zu der hierortigen Verordnung vom 2. Februar 1874, Z. 30808.**) wird Nachstehendes verordnet:

Wenn ein Steueramt bei Um- oder Freischreibung von auf Namen lautenden Obligationen nicht in der Lage ist, im Sinne der vorcitirten Verordnung zugleich mit den Obligationen oder über nachträgliche Aufforderung der k. k. Staatsschuldencasse den mit der Sistirungsclausel versehenen Zahlungsbogen an diese Casse einzusenden, ***) so hat es in der betreffenden Cosonne der, mit dem Unterricht III für die Steuerämter vom Jahre 1851 †) unter §. 8 vorgeschriebenen Vormerkung lit. C die

^{*)} Mit dem F. M. Erlaße vom 27. October 1875, B. 28534 wurde erinnert, baß bem Ansuchen ber Staatsschulbencasse um Einsendung der Zinsenausstands-Certificate unverweilt nachzukommen ift.

^{**)} Sieh' Seite 139.

^{***)} Mit ber an die Staatsschulbencasse ergangenen Berordnung vom 14. Mai 1874, 3 5277, welche mit dem Erlaße vom 21. Mai 1875, 3. 12107 erläutert worden ist, wurde das Berfahren der Staatsschuldencasse geregelt.

^{†)} Mit dem F. M. Erlaße vom 17. Mai 1851, Z. 5468-F. M. wurden drei Unterrichte herausgegeben (in Galizien, Krakau und der Bukowina mit dem Erlaße vom 12. September 1856, Z. 26632 eingeführt):

I. Für die Universal-Staats- und Banco-Schulbencasse (gegenwärtig "Staatsschulbencasse") in Absicht auf die Zinsenzahlungen bei den Steuer- und gerichtlichen Depositen-Aemtern, dann in Betreff der Bornahme der Umschreibung
oder Berwechslung von Staats-Obligationen auf Anlangen dieser Aemter;

II. für die Credita-Abtheilungen in Absicht auf die Bornahme ber Binfenzahlungen bei ben f. f. Steuer- und gerichtlichen Depositen-Aemtern, bann

erfolgte Interessensistirung und den Abgang des Zahlungsbogens eins zutragen, und diese Zinseneinstellung entweder gleich in dem Umsschreibungs, respective Tisgungsverzeichniße, oder mittelst eines besons deren an die Staatsschuldencasse einzusendenden Certificates ämtlich

zu bestätigen.

Wird bei einem Steueramte um Ausfertigung eines Duplicates bes angeblich in Verlust gerathenen Zinsen-Zahlungsbogens angesucht, so hat sich das Steueramt von der Partei das die Zinsenzahlung begründende Originaleffect vorweisen zu lassen, ferner vorzumerken, daß auf den ursprünglichen Zahlungsbogen teine weitere Zahlung zu leisten und letzterer im Vorsindungsfalle zur Tilgung einzusenden sei, und sohin bei der k. k. Staatsschuldencasse um die Ausfertigung des Duplicats-Zahlungsbogens einzuschreiten.

Insoferne derlei neue Zahlungsbögen (Duplicate) nicht im Sinne bes Gebührengesetzes eigentliche Duplicate, das ist nicht die vollständige und unveränderte Wiederholung des im ursprünglichen Zahlungsbogen Enthaltenen sind, unterliegen dieselben nicht dem in Tarifpost 7 h)

festgesetten Stempel.

Ist das Steueramt zu der Zeit, wo eine Partei um Duplicatsaussertigung ersucht, in Kenntniß, daß der angeblich in Verlust gerathene ursprüngliche Zahlungsbogen sich in den Händen eines Dritten befindet, so hat es dem Ansuchen des Duplicatswerbers keine Folge zu geben, ihm benjenigen, in dessen Händen sich der ursprüngliche Zahlungsbogen befindet, zu bezeichnen, und ihm zu bedeuten, daß er sich mit dem Inhaber des ursprünglichen Zahlungsbogens wegen Rückerlangung desselben auseinanderzuseten habe.

Sowohl in dem Falle der Zinseneinstellung ohne Vorlage des Zahlungsbogens, als der Ausfertigung eines Duplicates desselben, ist der ursprüngliche Zahlungsbogen bei späterem Vorkommen an das

Fach-Rechnungs-Departement I zur Tilgung einzusenden. 1)

1) Mit dem F. M. Erlaße vom 5. Juli 1876, B. 11916 (F. M. B. Bl. Nr. 21, S. 132) wurde bedeutet: daß die in der Verordnung vom 14. Mai 1874, B. 5277 in Betreff der Außfertigung von Duplicaten in Verlust gerathener Zinsen-Zahlungsbögen enthaltenen Bestimmungen im Falle des Verlustes solcher Duplicate auf die Aussertigung von Triplicaten analoge Anwendung zu finden haben.

in Betreff ber auf Anlangen biefer Aemter zu veranlaffenden Umschreibungen und Berwechslungen von Staats-Obligationen;

III. für die k. k. Steuer- und gerichtlichen Depositen-Aemter über das Berfahren sowohl bei der Einleitung und Bornahme von Zinsenzahlungen als auch bei der Beranlassung der Umschreibungen und Berwechslungen der Staats-Obligationen.

⁽Diese Unterrichte sind in der von der Finanz-Landes-Direction für Steiermark herausgegebenen "Chronologischen Sammlung der Borschriften in Finanzangelegenheiten", Jahrgang 1851, S. 996—1022 abgedruckt. Selbe sind auch in Separatabbrücken erschienen.

(51) J. M. Erlaß vom 18. Juni 1854 (J. 9926-F. M.).

Borfichtsmaßregeln bei der Zinsenbehebung und Umschreibung von, auf Ramen lantenden Staats-Schuldverschreibungen.

R. G. Bl. Nr. 150, S. 607; — J. M. B. Bl. Nr. 51, S. 871.

Nachdem die Staatsverwaltung für die Echtheit der Untersichriften auf den Zinsenquittungen und bei den Cessionen von den auf Namen lautenden Staats-Schuldverschreibungen keinerlei Haftung übernimmt, so können die Besitzer solcher Papiere, um sie in die Lage zu setzen, sich gegen Sigenthums- Verletzungen durch allfällige Bersfälschungen ihrer Unterschriften mit Erfolg zu sichern, verlangen:

a) entweder, daß die Zinsenquittungen und die Cessionen von den auf ihren Namen lautenden Staats-Schuldverschreibungen stets

gehörig legalisirt sein müssen;

b) ober, daß bei ber jebesmaligen Zinsenbehebung, nebst ber üblischen Quittung, auch noch bie Staats-Schuldverschreibung selbst

vorgezeigt werden muffe.

Hiernach bleibt es in der Wahl des Eigenthümers solcher Schuldverschreibungen, sich für die eine oder die andere dieser Vorsichtsmaßregeln, oder für keine derselben zu entscheiden und es dann ganz dei der bisherigen Versahrungsweise zu belassen; wünscht er jedoch, sich in einer der angedeuteten Arten sicher zu stellen, so hat er sein Ansuchen darum mündlich oder schriftlich, unter Vorlage der Staatsschuldverschreibung, bei jener Creditscasse vorzubringen, bei welcher die Staatsschuldverschreibung verzinset wird. 1)

Ein solches Begehren wird sodann auf den öffentlichen Crebitsbüchern vorgemerkt und hat die Wirkung, daß, solange kein Widerruf von Seite des Eigenthümers oder die Umschreibung erfolgt,

in dem ersten Falle sub a) die Zinsenbehebungen oder Umschreibungen nur gegen legalisirte Quittungen oder nur in Folge legalisirter Cessions-Erklärungen vorgenommen,

in dem zweiten Falle sub b) aber, daß die Zinsen, nebst der üblichen Quittung, nur gegen jedesmalige Vorzeigung der Staats-

Schuldverschreibung felbst, behoben werden können.

Die Legalifirungen, welche zu dem ausschließenden Zwede der Zinsenbehebung, oder für die auf die Obligationen selbst ausgestellten Cessions-Erklärungen ausgefertigt werden, sind, in gnädigster Berüdssichtigung der oben angeführten Verhältnisse, durch die Allh. Entschließung vom 8. Mai 1854 von der Stempelabgabe befreit worden. *)

1) Mit der an alle Finanz-Landesbehörden ergangenen F. M. Berordnung vom 18. Juni 1854, B. 9926-F. M. wurde Folgendes bebeutet:

"In dem sub b) des Erlaßes vom 18. Juni 1854, B. 9926-F. M. bemerkten Falle (nämlich der Zinsenbehebung gegen Beibringung der

^{*)} Bergleiche ben §. 4, Absah 3 bes F. M. Erlaßes vom 6. März 1869, R. 297-F. M. (Seite 120).

Schuldverschreibung) hat die Liquidatur nebst der gewöhnlichen Zinsenquittung auch noch jedesmal die Schuldverschreibung selbst von der Partei zu übernehmen. Ist die Quittung liquid befunden worden, so wird auf berselben nebst dem üblichen Liquidirungsbefunde auch noch die Borzeigung der Schuldurfunde mit dem einsachen Beisate "Obligation vorgewiesen", dann auf der Rückseite der Schuldverschreibung die genommene Einsicht mit den Worten "Gesehen am " und durch die Unterschrift des Borstehers der Liquidatur oder desjenigen Beamten, welchen derselbe hierzu zu bestimmen sindet, bestätigt, worauf dann die Partei die Schuldverschreibung dem Cassier bei Realistrung der Quittung nicht mehr vorzuzeigen braucht.

Um auch die Credits-Hofbuchhaltung*) in die Lage zu setzen, die aus Anlaß der gegenwärtigen Bestimmungen auf den Liquidationsdückern entstandenen Bormerkungen auch in ihren Büchern aufzutragen, so sind die im Laufe eines Monates auf diese Beise entstandenen Bormerkungen derselben mittelst eigener Uebersichten, welche bloß die Gattung und Rummer der Schuldurkunde, den Capitalsbetrag, das Percent und in kurzen Worten die Bormerkung selbst zu enthalten haben, dann die, in Folge eines etwaigen Widerruses wieder gelöschten derlei Bormerkungen in derselben Art bekannt zu geben.

Sollten viele Parteien um die Einleitung ber sub b) ber Rundsmachung gestatteten Borsichtsmaßregel bitten, so wird zur Erleichterung ber Manipulation die Unschaffung von Stampiglien gestattet."

(52) f. M. Erlaß vom 14. Juli 1869, J. 1369-F. M.

Bestimmungen über die Zahlungen für Conpons und Zinsenquittungen von Obligationen der einheitlichen Staatsschuld bei Cassen und Aemtern ausserhalb Wien, dann über die Borschung der zur Realistrung überwiesenen Conpons.

F. M. B. Bl. Nr. 30, S. 181.

Bur Regelung des Bollzuges der Anordnungen des §. 4 der Rundmachung des k. k. Finanzministeriums vom 28. December 1868**) über die Bezahlung der Coupons und Zinsenquittungen von Obligationen der einheitlichen Staatsschuld bei Cassen und Aemtern außershalb Wien wird im Bernehmen mit dem Reichs-Finanzministerium Rachstehendes bedeutet:

Die Anmeldung und Hinterlegung von noch nicht fälligen Coupons kann auch schon 14 Tage vor ihrer Berfallszeit geschehen, wonach, wenn sich kein Anstand ergibt, die Realissirung am Fälligkeits-

tage stattfinden fann.

Ueber die nach Borschrift des Enlages vom 24. Mai 1855, B. 8701-F. M. 1) zu consignirenden, oder wenn deren weniger als

**) Gieh' Seite 118.

^{*)} Gegenwärtig Fach-Rechnungs-Departement I bes F. M.

10 Stücke sind, mit dem Namen und Wohnort des Ueberreichers zu bezeichnenden Coupons haben die betreffenden Cassen und Aemter den Parteien amtliche Recepisse nach dem unten beigefügten Formulare zu erfolgen. Diese Recepisse sind getrennt für die in Noten und für die in klingender Münze verzinslichen, dann für die nicht länger als ein Jahr und für die länger als ein Jahr fälligen Coupons auszustellen, und stets von zwei Beamten zu unterfertigen. Dieselben haben nur sir die Dauer von 3 Monaten Giltigkeit. Gegen deren Zurückstellung wird binnen 14, beziehungsweise 30 Tagen, wenn kein Anstand obwaltet, die Zahlung geleistet.

Die eingereichten Partien sind nach vorgenommener Zählung der Coupons und Constatirung ihrer richtigen Consignirung, eventuell Bezeichnung mit Namen und Wohnort der Partei, von der Cassa oder dem Amte mit fortlaufenden Nummern zu versehen. Hierüber sind in Uebereinstimmung mit diesen Nummern die Amtsrecepisse auszusertigen, von zwei verantwortlichen Beamten zu unterschreiben und mit dem

Amtssiegel zu versehen. 2)

Die zur Zeit der Hinterlegung nicht länger als ein Jahr fälligen Coupons sind sohin unter Beobachtung der Bestimmungen des bezogesnen Erlasses vom 24. Mai 1855, Z. 8701-F. M. sorgfältig zu prüfen und zu liquidiren.

Rommen hierbei Anstände ober Bebenken vor, so ist sich sogleich an die Staatsschulbencassa, nach Umständen an die Direction ber

Staatsschuld zu wenden.

Ueber die zur Zeit der Hinterlegung länger als neun Monate fälligen Coupons ist ein genaues Berzeichniß zu versassen und an das Fach-Rechnungs-Departement für die Staatsschuld einzusenden, damit dieses Departement bei jenen Coupons, bezüglich deren etwa die Amorstissung eingeleitet ist, die erfolgte Hinterlegung vormerken kann.

Die zur Zeit der Hinterlegung über 1 Jahr fälligen Coupons sind, wie es in Betreff der verlosten Lose im §. 14 der Instruction II vom Jahre 1866 für die Landeshauptcassen außerhalb Niederösterreich in Bezug auf die Staatsschuld vorgezeichnet erscheint, vor ihrer Realisirung an die Staatsschuldencassa zur Liquidirung einzusenden.*) Diese Cassa wird die Amtshandlung vornehmen und die Coupons durchs

^{*)} Nach der Bestimmung des berusenen §. 14 sind die Lose von der Landescasse vor ihrer Realisirung an die Staatsschulbencasse zur Liquidirung einzusenden. Diese hat die ordnungsmäßige Liquidirung des Loses vorzunehmen, dasselbe sogleich durchzuschlagen und mittelst eines eigenen Tilgungsjournals, jedoch ohne weitere Berrech nung dem Fach-Rechnungs-Departement I des F. M. zu übergeben, der Landescasse aber statt des Loses eine ämtliche Zahlungsanweisung zuzusertigen, auf welcher alle Merkmale des Loses, dann der auf dasselbe entsallende Capitalsund Gewinnstbetrag mit Buchstaben und Lissen ausgebrückt, serner die davon zu entrichtende Bercentual- und Stempelsteuer, sowie die hinauszuzahlenden Ausgleichungszinsen unter Bezeichnung der entsprechenden Berwaltungsperiode, und endlich auch der einzuhebende Ersabetrag für etwa abgängige Coupons ersichtlich aemacht werden.

geschlagen mittelft eines eigenen Journals, jedoch ohne weitere Berrechnung dem Fach-Rechnungs-Departement für die Staatsschuld übergeben, dem einsendenden Organe (Cassa oder Amt) aber eine amtliche Bahlungsanweisung zufertigen, auf welcher die Merkmale der Coupons und die hiefür hinauszuzahlenden Beträge unter Bezeichnung der Berwaltungsperiode ersichtlich sein werden. Die nach Maßgabe solcher Zahlungsanweisungen gezahlten Beträge sind dann unter Anschluß der Bahlungsanweisung und des rückzunehmenden Amtsrecepisses entsprechend zu beausgaben.

Den Cassen und Aemtern, welche derlei hinterlegte Coupons zu realisiren haben, wird strengstens zur Pflicht gemacht, die vorgeschriesbenen Verzeichnisse über die länger als 9 Monate, beziehungsweise länger als 1 Jahr fälligen Coupons an die oben bezeichneten Organe (Fach-Rechnungs-Departement für die Staatsschuld, Staatsschuldenscassa) längstens innerhalb acht Tagen nach ihrer Hinterlegung einzusenden, indem sie sonst für einen, durch eine Amortisirung dem Staate oder dem Hinterleger der Coupons erwachsenen Schaden unnachsichtig zu haften haben.

Bei der Realisirung der Coupons, wobei gleichfalls die Bestimmungen des vorerwähnten Erlaßes vom 24. Mai 1855, Z. 8701-F. M. zu beobachten kommen, ist das dafür ausgestellte Amtsrecepisse einzuziehen, durchzuschlagen und mit den ebenfalls gehörig durchzuschlagens den Coupons als Beilage des Credits- (Sub-) Journales, in welchem

die geleistete Zahlung verrechnet wird, zu behandeln.

Melbet fich eine Partei erft nach brei Monaten, vom Tage ber Ausfertigung des Amtsrecepiffes gerechnet, um die Bezahlung ber hinterlegten Coupons, ober geht ihr das Recepiffe verloren, ober wird dasselbe wesentlich beschädigt beigebracht, so hat sich die Partei an die Direction der Staatsschuld zu wenden. Diefe Direction tann — bei bem Verlufte ober ber wesentlichen Beschädigung des Recepisses erft nach Ablauf von drei Monaten vom Tage seiner Ausfertigung — die nachträgliche Realifirung ber Coupons bewilligen, wenn dieselben weder verjährt noch amortifirt find, und die Ibentität des Zahlungswerbers mit dem Hinterleger der Coupons ober die Rechtsnachfolge bes Bahlungswerbers gegenüber bem Hinterleger bargethan wird. diesen Fällen hat die der Cassa oder dem Amte intimirte Bewilligung ber Direction ber Staatsschuld nebst bem Recepisse, eventuell bei bem Berlufte ober ber wesentlichen Beschäbigung besselben, ber Quittung bes Zahlungswerbers über ben Betrag der Coupons eine Beilage bes Credits= (Sub=) Journales zu bilben.

Was die Vorschreibung der gegen frühere förmliche Ueberweisung außerhalb Wien zahlbaren Coupons betrifft, werden rücksichtlich der Landeshauptcassen die Rechnungs-Departements der Finanz-Landes-behörden — in Abänderung des §. 3 der Instruction V vom Jahre 1866, für diese Departements in Bezug auf die Staatsschuld — dann

bie übrigen im §. 4 unter b und c der eingangserwähnten Kundmachung vom 28. December 1868*) genannten Aemter von der Contirung der bezüglichen Coupons in förmlichen Creditsbüchern enthoben und hiermit angewiesen, über solche Obligationen lediglich genaue Bormerkungen zu führen, wodurch die stattgefundene Ueberweisung und die der Auszahlung der Coupons etwa entgegenstehenden Hindernisse in Evidenz geshalten werden. — In diesen Bormerkungen ist unter strengster Verpslichtung zum Ersatz jeder aus der Unterlassung der Nachschau erwachsenden Doppelzahlung, und zwar Seitens der Rechnungs-Departements vor der Liquidirung, und Seitens der bemerkten Aemter vor der Zahlung der als überwiesen präsentirten Coupons nachzusehen, ob die Zahlung dersselben keinem Anstande unterliege.

Formular.

Amts=Recepisse Nr.

Unmerkung. Die Parteien haben biesen Empfangschein wohl zu verwahren, weil bie Realisirung ber zur Zahlung eingereichten Effecten nur gegen Borweisung besselben erfolgen kann.

1) Die bezügliche Bestimmung bes F. M. Erlaßes vom 24. Mai 1855, Z. 8701-F. M. [F. M. B. Bl. Nr. 28, S. 223]**) lautet:

"Die zur Bahlung überbrachten Coupons müssen, sind es weniger als zehn, Stück für Stück am Rücken ben Bor- und Bu-Ramen und ben Wohnort bes Ueberbringers, beutlich geschrieben, enthalten; sind es aber zehn Stück und barüber, mittels einer nach bem unten folgenden Muster versaßten, mit bem beutlich geschriebenen Namen und Wohnorte bes Ueberbringers versehenen Consignation der nach Capitals-Rategorien arithmetisch geordneten ***) Coupons, eingereicht werden.

^{*)} Sieh' Seite 118. Bergleiche auch Nummer 57, Seite 153.

) Im Auszuge hier aufgenommen. Sieh' auch Note), Seite 163.

***) Diese Bestimmung wurde in Erinnerung gebracht mit den F. M. Circ.Erläßen vom 24. October 1863, Z. 52041, und 6. December 1864, Z. 53619.

Formular.

Consignation

über 45 Stück Spercentige Binsencoupons der **G**bligationen des National-Anlehens.

R at e gorie ber	der Coupons /			
Staatsschulb- verschreibung	Rummer	Berfallszeit	Betrag	
beclipteroung			fî.	fr.
1000	1328 3780 78910	1. Juli 1855 "	25 25 25	•
3 Stück à	25 fl		75	·
500	3950 7390 10560 12735	" " "	12 12 12 12	30 30 30 30
4 Stüd à	12 fl. 30 fr	!	50	
100	7975 10 99 5 34875	" "	2 2 2	30 30 30
3 Stild à	2 ft. 30 fr		7	30
20	35 Stüd à	30 fr	17	30
	Recapitulation:			
	3 Strict 4 " 3 " 35 " 45 Strict	à 25 fl. à 12 ,, 30 fr. à 2 ,, 30 ,, à ,, 30 ,, Summe	75 50 7 17 150	30 30
den 3. Juli 1855.				
Carl Duber				

wohnhaft

Schlecht geschriebene ober unrichtig abgesaßte Consignationen sind zurückzuweisen. — Die Cassa prüft sodann genau und unter eigener Berantwortlichkeit die Coupons, ob sie echt, nicht radirt oder corrigirt, dann ob sie bereits verfallen und zugleich nicht länger als seit Einem Jahre verfallen sind. Hierauf hat der zur Liquidirung dieser Coupons berusene Beamte, wenn Alles in Ordnung besunden wurde, je den Coupon, ohne Unterschied, ober mit oder ohne Consignation überreicht worden ist, mit seiner Namensschiffre und dem Operations-Datum zu versehen.

Ist den Coupons eine Confignation beigegeben, so sind sie mit derfelben zu incontriven und bei richtigem Besund ist die Totalsumme, unter Beisügung der Unterschrift bes manipulirenden Beamten, auf der Consignation mit Buchstaben auszudrücken. Ueberhaupt ist hierbei keine Borsicht außer Acht zu lassen, welche auf die Sicherheit des Aerars und der haftenden Beamten abzielt. — Bei der Einlösung hat der Cassier zu sehen, ob die Coupons und die Consignation mit der Namenschiffre des liquidirenden Beamten versehen sind, ob die consignirten Coupons nach Stückachl und

liquidirte Betrag nicht etwa von der Partei abgeändert worden ist. Ergeben sich Anstände, so darf die Einlösung nicht früher Statt finden, als die Andersen befattigt find

Nummer mit der Confignation übereinstimmen und ob in der letteren ber

Bedenten beseitigt find.

Gleich nach geleisteter Zahlung, die der Cassier in seiner Strazza mit genauerAngabe der etwa in Bank-Baluta gezahlten Ausgleichungsbeträge anzumerken hat, sind die Coupons; wenn jedoch eine Consignation hierüber vorliegt, nur diese von dem Cassier mit seiner Namenschiffre zu bezeichnen, mit dem Hohleisen ohne Verletzung der wesentlichen Merkmale zu durchschlagen,*) und unmittelbar dem Journalisten zu übergeben, welcher bei Versassung der Zurechnungs-Consignation auch auf die in Bank-Valuta zur Auszahlung gediehenen Ausgleichungszinsen Beträge Mücklicht zu nehmen und sich von der Richtigkeit der constgnieren Beträge durch Collationirung der Consignationen mit der Strazza des Cassiers, täglich die Ueberzeugung zu verschaffen hat."

Sieh' auch ben F. M. Erlaß vom 9. Juni 1856, Z. 8319-F. M. (Seite 151).

^{*)} Mit dem F. M. Erlaße vom 18. Februar 1873, Z. 554-F. M. (F. M. B. BI. Nr. 7, S. 45) wurde bedeutet: "Die Staats-Schuldencasse, sowie alle übrigen zur Annahme von Zinsencoupons der allgemeinen Staatsschuld behufs Einlösung oder als Zahlung berusenen k. k. Aemter und Cassen sind verpflichtet, die bei ihnen eingelangten Zinsencoupons gleichsörmig an der, für den Beschauer linken Seite des den Zinsenbetrag in Zissen enthaltenden Mittelseldes, die Coupons der einheitlichen Staatsschuld daher ungefähr bei dem Borte: "Abzug" mit dem Hohleisen durchzuschlagen. Das Fachrechnungs-Departement I ist beauftragt, über die genaue Besolgung dieser Vorschrift zu wachen, und im Falle der Außerachtlassung derselben die Anzeige an das F. M. zu erstatten."

Die Credits-Hofcommission hat mit Decret vom 28. October 1812, 8. 8348 angeordnet: daß die Cassiere bei sämmtlichen Creditscassen, sobald sie eine Interessenquittung ausgezahlt haben, solche mit einem eigens dazu bestimmten scharfen Eisen in der Mitte, jedoch an einem nicht beschriebenen Orte durchzuschlagen, und erst nachher an den Journalisten abzugeben haben. Dieselbe Bestimmung ist auch im F. M. Circ.-Erlaße vom 7. April 1854, B. 6173-F. M. enthalten.

2) F. M. Erlaß nom 12. Inli 1870, B. 16243, an jämmiliche Finang-Kanbeskehörben.

Rach bem gegenwärtigen Berrechnungs-Spsteme bestehen bei ben Landeshauptcassen keine besonderen Creditsabtheilungen mehr,*) und bildet die Gebarung der Staatsschuld, so wie jede audere etatmäßige Gebarung einen integrirenden Theil der Cassagebarung, welche bei den unvermutheten Scontrirungen in ihrer Gesammtheit der Brüsung unterzogen wird.

Unter diesen Umständen erscheinen die mit den h. o. Erläßen vom 13. August 1864, 3. 67-F. M. und 1. September 1865, 3. 34945 **) angeordneten abgesonderten Coupons-Revisionen nicht mehr nöthig und haben dieselben in der Folge zu unterdleiben. — Die Auslassung dieser abgesonderten Coupons-Revisionen kann jedoch nur unter der Bedingung ersolgen, daß die Scontrirungs-Commissionen bei den gewöhnlichen unvermutheten Scontrirungen in die Lage gesetzt sind, auf Grund eines genau ermittelten Standes der vorhanden sein sollenden Coupons die Revision der wirklich vorhandenen Coupons vorzunehmen.

Um biefen Bwed zu erreichen, find:

- 1. Die mit dem Finanzminist.-Erlaße vom 28. December 1868***) sub §. 4 lit. b mit der Einlösung der Coupons betrauten Cassen und Aemter zu verhalten, über die zufolge des F. M. Erlaßes vom 14. Juli 1869, B. 1369-F. M. ausgefertigten Recepisse, welche den Parteien wegen 14- oder 30tägiger Anmeldung und Deponirung der Coupons eingehändigt werden, eine genaue Bormertung, getrennt nach ihrer Berzinsung in Noten und Silber zu führen, worin die während der Jahresdauer fortstausenden Nummern und der Ausstellungstag der Recepisse, der Name der Partei, die Anzahl und der Betrag der deponirten Coupons, die Anmelbungsfrist, und endlich der Tag der wirklich geleisteten Bahlung in Evidenz gehalten werden.
- 2. Sind die das Recepife gegenseitig fertigenden verantwortlichen Beamten zu verpflichten, sich stets von der richtigen Eintragung der Recepisse zu überzeugen und haben für diese Richtigkeit im Sinne ihrer Hafftungspflicht verantwortlich zu bleiben.
- 3. Sind die betreffenden Scontrirungs-Commissionen anzuweisen, bei jeder Scontrirung aus dieser Bormerkung die deponirten und noch nicht gezahlten Coupons zu erheben, sich von dem Borhaudensein berselben durch ihre genaue Ueberzählung die Ueberzeugung zu verschaffen, hierüber eine abgesonderte Liquidations-Nachweisung zu versassen und dem Scontrirungsoperate anzuschließen.

**) Sieh' Seite 118.

^{*)} Sieh' Note 1, Seite 126.
**) Mit dem F. M. Erlaße vom 13. August 1864, Z. 67-F. M. wurde augeordnet: bei dem Credits-Wötheilungen in wiederkehrenden Zeiträumen mittest unvermutheter Rebissionen commissionell zu constatiren, ob die sämmtlichen, zur Zeit der Ziquidirung eingelangten Coupons auch wirklich vorhanden sind. Der bei diesen Revissonen einzuhaltende Vorgang wurde mit den F. W. Circ.-Erläßen vom 6. April 1865, Z. 6417, und vom 1. September 1865, Z. 34945 vorgezeichnet.

In bem Falle, als feine beponirten Coupons vorhanden fein follten, ift eine negative Liquidations=Rachweisung beizuschließen.

Burben fich bei biefer Untersuchung Zweifel ober Bebenken ergeben, fo find diefelben in dem dieffälligen Berichte besonders zu bemerten und mit einem besonderen Berichte gur Kenntnig bes Finangminifteriums zu bringen, bamit die erforberlichen Bortehrungen zur Sicherftellung bes Merare ohne Bergug getroffen werben tonnen. Die Scontrirung ber beablten Coupons ift wie bisher nach ben bestehenden Borschriften vorzunehmen.

- 4. Saben die Oberbeamten der Landeshauptcaffen wie bisher nach ben Bestimmungen bes &. M. Erlages vom 26. Janner 1865, 3. 53794 *) bie interne Controle sowohl über bie bezahlten als auch über bie dep o= nirten Coupons immer ftrenge im Auge gu behalten und fich bon ber ordnungsmäßigen Gebarung mit biefen Effecten ftets bie Ueberzeugung gu verschaffen.
- 5. Saben die betreffenden Rechnungsbepartements ber Finang-Landesbehörden bei ber Brufung ber Scontrirungsoperate ber genannten Caffen ftrenge barauf zu feben, bag rudfichtlich ber gegen Recepiffe gur Rahlungserwirtung hinterlegten Coupons jedesmal die Liquidations= Nachweisung mit ber gehörigen Bestätigung bes richtigen Besundes, ober

*) Mit bem an sammtliche Finang-Landesbehörden (mit Ausnahme von Wien) ergangenen F. M. Erlaße vom 26. Sanner 1865, 8. 53794 wurde Folgendes bedeutet:

"1. Bereits in ber Caffa-Instruction vom Sahre 1807 murte vorgezeichnet. bag bie ben Caffieren zu erfolgenden Gelbverlage nur mit Rudficht auf bas wirtliche Erforderniß zu bemeffen; bag Berlagserganzungen nur nach erlangter Ueberzeigung von ber richtigen Berwendung tes früher gegebenen Berlags zu bewert-ftelligen; und daß die Handcassen der Cassiere mindestens Einmal in jeder Woche eindringlich zu scontriren seien. (§g. 38, 42, 43, 71 und 72.) Diese Bestimmungen find ben Cassa-Oberbeamten gur genauesten Darnach-

achtung erneuert mit ber Beisung in Erinnerung zu bringen, baß unter ihrer ftrengen Berantwortung sofort auch bie Berläge ber, mit ben Creditszahlungen betrauten Beamten, nur auf den wirklichen Bedarf zu beschränken und deren Ber-

lagsgebarungen ber forgfältigften Ueberwachung zu unterziehen find.

2. Die bei der Creditsabtheilung burch ben Caffier ober einen anderen Beamten zur Auszahlung gelangenben Coupons find mit jedem Tagesichluffe bis zur Absendung gehörig burchgeschlagen unter Gegensperre in Aufbewahrung zu nehmen.

3. Die an die Creditsabtheilung gelangenden Coupons, sowie die Binfenquittungen, find ftete unverweilt in Empfang zu ftellen und haben nicht in die Sande bes bei ber Crediteabtheilung mit ben Creditszahlungen betrauten Beamten ju gelangen. Bugleich find biefe Burechnungs-Documente bis ju ihrer Abfenbung gleichfalls unter ber Gegensperre und haftung ber Oberbeamten aufzubewahren.

4. Die zur Ginlofung von Coupons berufenen Steueramter und Caffen find ftrenge ju verhalten, Die Coupons ftets burchjuschlagen. In Fällen von Augerachtlaffungen find gegen bie betheiligten Organe angemeffene Orbnungeftrafen au verhangen und benfelben nachbrudlich zu bedeuten, bag fie - wenn eine Defraubation burch bie Richtbeobachtung biefer Borschrift möglich geworben ift - für ben entstandenen Schaben verantwortlich bleiben. Die Aufbewahrung ber Coupons hat and bei biefen Memtern und Caffen unter Gegensberre Statt zu finden."

bie negative Anzeige, daß teine berlei Coupons bei ber Scontrirung vorhanden waren, vorliegt.

3) Mit bem F. M. Erlage vom 3. December 1877, 3. 5492 (F. M. B. Bl. Nr. 22, S. 194) wurde Folgendes bedeutet:

"Da wiederholt die Wahrnehmung gemacht worden ift, daß Caffen und Aemter unterlaffen haben, über die von ihnen eingelösten ober in Rahlung genommenen Staatsichulb-Coupons, wenn diefelben langer als neun Monate, aber noch nicht ein Sahr fällig find, im Sinne ber Berordnung vom 14. Juli 1869, B. 1369-F. M. ein genaues Berzeichniß zu verfaffen und längstens innerhalb acht Tagen an bas Ministerial = Fach= rechnungs-Departement I für die Staatsschuld einzusenden, um hierdurch ber etwaigen Amortisirung solcher Coupons vorzubeugen, wird die angeführte Boridrift sammtlichen betheiligten Caffen und Aemtern biermit behufs genauester Darnachachtung in Erinnerung gebracht."

(53) f. M. Erlaß vom 9. Juni 1856, J. 8319-F. M. Borficht bei ber Annahme und bei bem Durchschlagen von Coupons.

F. M. B. Bl. Nr. 26, S. 178.

Coupons, deren Randeinfassung nicht vollständig vorhanden ift. bürfen ohne besondere hierortige Ermächtigung nicht ausgezahlt und auch nicht an Zahlungsstatt angenommen werden, wenngleich sonst die

Coupons zur Annahme an Zahlungsftatt geeignet find. *)

Sämmtliche Caffen, welche Coupons einlösen, ober — insofern bieß zulässig ift — an Zahlungsstatt annehmen, werden angewiesen, bie Coupons fo durchzuschlagen, daß hierdurch die innerhalb ber Randeinfassung liegende Flache und zwar vorzugsweise die Stampiglie ber Coupons getroffen, jedoch teines ber wesentlichen Merkmale berselben (die Nummer, der Betrag und das Jahr bes Anlehens) verlett werde. **) - Die Universal-Staatsschulbencasse ist beauftragt. jeden Fall, in dem diese Borschrift nicht genau beobachtet worden ift, bem Kinanzministerium zur nachdrücklichen Ahndung anzuzeigen.

^{*)} Nur eine augenfällige Beschädigung der Kandeinsassung rechtfertigt die Zurückweisung. F. M. Circ.-Erlaß vom 19. Juli 1856, Z. 11576-F. M. Die zur Einlösung oder an Zahlungsstatt überreichten Coupons sind vor der Durchschlagung genau zu prüsen. Sollte dessen ungeachtet in einzelnen Fällen erst nacher die Unannehmbarkeit der Coupons (z. B. weil selbe über Ein Jahr verfallen, oder beschädigt sind) wahrgenommen werden, so sind solche Coupons nicht mehr der Bartei auszusolgen, sondern dasür nur Recepisse auszustellen, und die durchgeschlagenen Coupons unter Anzeige des Sachverhaltes der Finanz-Landesbehörde vorzusegen. F. M. Erläße vom 9. December 1860, Z. 66554 (F. M. B. Bl. Kr. 63, S. 407), und vom 21. März 1862, Z. 13025 (F. M. B. Bl. Kr. 14, S. 75).

***) Sieh' Rote *), Seite 148.

(54) f. M. Erlaß vom 2. April 1860, J. 13513.

F. M. B. Bl. Nr. 21, S. 167.

Die Interessen von öffentlichen Obligationen, welche auf Kirchen, geistliche Stiftungen, Pfründen u. dgl. lauten, sind in Zukunft gegen Quittungen zu erfolgen, welche von dem Vorsteher der Kirche oder der kirchlichen Pfründe, zu deren freien oder belasteten Eigenthume eine solche Obligation gehört, vorschriftsmäßig ausgestellt und mit dem Sigille der bezüglichen Kirche oder Pfründe bekräftiget sind.

Die Mitfertigung solcher Quittungen durch die Batronats-Reprä-

sentanten und Kirchenväter ist nicht mehr erforderlich. 1)

1) Mit bem Erlaße vom 14. März 1868, B. 1672-R. F. M. wurde der Finanz-Landes-Direction in Lemberg bedeutet: daß die von den Bezirksämtern beforgte Coramifirung der Quittungen über Interessen der Gemeinde-Obligationen mit Kückicht auf die nunmehr den Gemeinden fiber-lassen selbständige Verwaltung des Gemeindevermögens zu entfallen hat.

(55) Auszug aus dem Gebührengesetz vom 9. Februar 1850.

Earifpost 48 lit. h: Empfangsscheine über die Zinsen jener Staats-Schuldverschreibungen und der ihnen gleichgehaltenen Obligationen, bei deren Herausgabe den Zinsenquittungen die Stempelfreiheit ausdrücklich zugesichert wurde. Ferner die Quittungen über die Zinsen der mit Coupons versehenen Staats-Schuldverschreibungen in den Fällen, in welchen die Coupons nach den bestehenden Vorschriften eingezogen und die Interessen nur gegen Quittungen ersolgt werden.*)

Die Zinsen der auf Namen lautenden Goldrente=Obligationen werden gegen stempelfreie Quittungen bezahlt. (F. M. Aundmachung vom 27. Jänner 1877, R. G. Bl. Nr. 8, Seite 11, §. 3, al. 1.)

Die Zinsen der zu Militär-Heirathscautionen gewidmeten Staatsschuldverschreibungen werden auf Grund je Eines Zahlungsbogens gegen Eine stempelfreie Quittung erfolgt. (F. M. Kundmachung vom 25. September 1883, R. G. Bl. Ar. 154, Seite 473, §. 14.)

Die Zinsen ber in Einem Rentenscheine aufgeführten als Militärs Deirathscaution gewidmeten Grundentlastungs-Obligationen werden gegen Eine stempelsreie Quittung ersolgt. (F. M. Kundmachung vom 25. September 1883, R. G. Bl. Ar. 155, Seite 491, §. 12, al. 1.)

(Sind die gesetlichen Bedingungen ber Stempelfreiheit nicht vorhanden, so tritt die Stempelpslicht der Interessenquittungen im Sinne bes F. M. Circ.-Erlages

bom 26. September 1852, 3. 26521 ein.)

^{*)} Mit dem F. M. Erlaße vom 15. Juli 1868, 3. 1617-F. M. (F. M. B. Bl. Nr. 32, S. 218) wurde bebeutet: "In Folge der Bestimmungen der §§. 1 und 5 des Gesegs vom 20. Juni 1868 (N. G. Bl. Nr. 66; sieh' Seite 109) hat bei den zur Convertirung bestimmten und nicht durch den §. 2 des genannten Gesesse ausdrücklich ausgenommenen Staatsschuldverschreibungen die Stempelpslicht der Zinsenquittungen von nun an aufzuhören."

(56) F. Al. Kundmachung vom 5. Actober 1870 (A. 3991-F. M.), betreffend die Rahlung der gegen Quittung realifixbaren Ziusen der Lotto-Anlehens-Obligationen von 1854 und 1860 außerhalb Wien. 4)

8. E. Be. 182. [S. 271; — H. W. B. Bl. Nr. 20, S. 191.

Das Finanzministerium sindet sich bestimmt, zu versügen, daß die gegen Quittung zahlbaren Zinsen von den Lotto-Anlehens-Obligationen der Jahre 1854 und 1860, dieselben mögen auf Namen vinculirt oder gegen Erlagscheine bei der Staatsschuldencasse deponirt sein, gleichwie dieß bei den auf Namen lautenden Obligationen der einheitlichen Staatsschuld der Fall ist, fortan nicht allein bei der k. k. Staatsschuldencasse in Wien, sondern auch nach vorangegangener förmslicher Ueberweisung bei allen im §. 4, Absah d) und c) der Verordnung vom 28. December 1868*) genannten Cassen und Aemtern, somit bei sämmtlichen k. k. Landeshauptcassen, jene zu Wien ausgenommen, bei dem k. k. Steuer- und Sammelamte in Krakau, dann in Folge Zustimmung des königlich ungarischen Finanzministeriums bei den königslich ungarischen Cassen in Ofen, Preßburg, Debenburg, Kaschau, Temesvär, Agram, Hermannstadt und Clausenburg, endlich bei sämmtlichen k. k. und k. ungarischen Steuerämtern bezahlt werden dürfen.

(57) f. M. Erlaß vom 7. Becember 1870, B. 29055.

Aufhebung der Contirung der gegen frühere förmliche Ueberweisung bei Cassen und Aemtern außerhalb Wien zahlbaren Coupons der Lotto-Aulehen von 1854 und 1860.

F. W. B. Bl. Rt. 46, S. 233.

Mit dem F. M. Erlaße vom 14. Juli 1869, Z. 1369-F. M.**) wurde rücksichtlich der, gegen frühere förmliche Neberweisung außerhald Wien zahlbaren Coupons der einheitlichen Staatsschuld die Contirung in förmlichen Creditsbüchern aufgehoben und wurden die bezüglichen Rechnungs-Departements und Aemter lediglich angewiesen, genaue Vormerkungen zu führen, wodurch die stattgefundene Ueberweisung und die der Auszahlung der Coupons etwa entgegenstehenden Hindernisse in Evidenz gehalten werden. Das k. k. Finanzministerium sindet sich bestimmt, diese Verfügung nun auch auf die gegen frühere förmliche Neberweisung bei Cassen und Aemtern außerhald Wien zahlbaren Coupons der Lotto-Ansehn von 1854 und 1860 auszudehnen und demzusolge die Rechnungs-Departements der Finanz-Landesbehörden, beziehungsweise die übrigen Cassen und Aemter von der Führung sörmslicher Creditsbücher über solche Coupons zu entheben, wobei jedoch auch für diese Fälle die genaueste Darnachachtung des Schlußabsabses des Erlaßes vom 14. Juli 1869 zur Pflicht gemacht wird.

^{*)} Sieh' Seite 118. **) Sieh' Seite 143.

(58) F. M. Kundmachung vom 18. Juni 1878 (B. 10382),

betreffend die Einlösung ber Coupons ber Obligationen ber einheitlichen Staatsichulb, der Goldrente-Obligationen und der Obligationen ber Lotterie-Anlehen vom Jahre 1854 und 1860.

Ma G. Bl. Nr. 58, S. 189;*) — F. M. B. Bl. Nr. 22, S. 241.

Die Einlösung der Coupons der Obligationen der einheitlichen Staatsschuld und ber auf Grund bes Gesetzes vom 18. Marg 1876 **) hinausgegebenen Goldrente-Obligationen wird fünftighin unter den mit §. 4 der Kundmachung vom 28. December 1868***) beziehungsweise §. 4 ber Kundmachung vom 27. Jänner 1877 +) für bie Einlösung folcher Coupons bei den dort bezeichneten t. k. Landescaffen festgesetzten Modalitäten auch bei sämmtlichen f. f. Steuerämtern ber im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder stattfinden. 1)

Unter benfelben Modalitäten werben fortan die Coupons ber Lotterie-Anlehens-Obligationen der Jahre 1854 und 1860 auch bei den in der oben erwähnten Kundmachung vom 28. December 1868 bezeichneten f. f. Landescaffen und bei fammtlichen f. f. Steuerämtern der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder eingelöst merden.

*Der mit der Verordnung vom 2. December 1877, 3. 25368 (B. Bl. Nr. 22, S. 194) erweiterte Wirkungsfreis der f. f. Landes= hauptcasse Brag bezüglich der nicht länger als ein Jahr fälligen Staats= schuld-Coupons wird bis auf Weiteres aufrecht erhalten. ††)

Die zur Ginlösung der Staatsschuld-Coupons berufenen f.f. Caffen und Steuerämter haben hierbei die Verordnung vom 14. Juli 1869, R. 1369-F. M., †††) gleichviel, ob es sich um Coupons der einheitlichen Staatsschuld oder um Coupons der Goldrente oder der Lottoanleben handelt, auf das Genaueste zu befolgen. *

1) Die k. ung. Staats-Centralcasse in Ofen, die k. Landeshauptcasse in Agram, ferner bie t. ung. Steueramter in Bregburg, Debenburg, Raschau, Temesvar, Rlausenburg und hermannstadt find ermächtigt, bie nicht länger als 6 Jahre fälligen Coupons ber unificirten öfterr. Staats= iculbverfcreibungen auch ohne vorausgegangene formliche Ueberweifung ber Binfen einzulosen, falls biefelben - infoferne fie nicht feit langer als Einem Jahre fällig find - 14 Tage, und wenn fie feit langer als Ginem Sahre fällig find, 30 Tage vorher angemelbet und hinterlegt werden. F. M. Act Z. 21787 v. J. 1881.

^{*)} Die zwischen * — * befindlichen Säpe sind im R.G. Bl. nicht abgebruckt.
**) Sieh' Seite 107.
***) Sieh' Seite 118.

^{†)} Sieh' Seite 138. †) Dieser erweiterte Birkungskreis wurde im Jahre 1886 aufgehoben. +++) Sieh' Seite 143.

(59) J. M. Kundmachung vom 1. October 1880, B. 28524, betreffend die Neberweisung ber Binjenzahlung von Staatsichuld-Berfdreibungen und Barcautionen auf Caffen und Aemter in Bosnien und ber Berzegowina.

3. M. B. Bl. Nr. 36, S. 201.

Fortan können die Zinsen von auf Namen lautenden und von (als Dienstraution, Militär-Heirats-Caution u. f. w.) vinculirten Obligationen der Rotenrente, Silberrente, 1854er und 1860er Lotterieanlehen, sowie der öfterreichischen Goldrente, ferner die Zinsen von Barcautionen — nach vorgängiger Ueberweifung — auch bei der Landes= caffe in Serajevo und bei ben Kreis-Steueramtern: Serajevo, Mostar, Travnik, Banjaluka, Bihac und Dolny-Tuzla erhoben werden, wo diese Rahlungen als commissionsweise Auslagen für Rechnung der t. f. Kinanzverwaltung werden bestritten werden.

Die k. k. Cassen und Aemter haben in solchen Ueberweisungsfällen analog vorzugehen, wie bei Zinsenüberweisungen auf t. ung. Zahlstellen. 1)

1) Die Rinsenüberweisungen finden ftatt, entweder a) vermittelft besonderer Uebermeifungsverzeichniffe, ober b) ohne folche auf Grund ber mit bem Unterrichte fur bie Steueramter v. 3. 1851*) ein=

geführten Intereffenzahlungsbögen.

Die erstere Art ber Ueberweisung findet im Sinne ber mit dem Hofbecrete vom 16. April 1824, B. 5386 hinausgegebenen Instruction **) (§§. 9, 11, 13, 17, 19 und 20) und ber Erläuterung berfelben vom 16. Marg 1852, B. 4327 bei allen jenen f. f. Caffen Anwendung, mit benen nach bem früheren, bis jum Sahre 1867 beftandenen Caffa-Syftem fog. Creditsabtheilungen verbunden waren, mithin bei fammtlichen f. f. Landeshaupt-, Finanglandes-Caffen und f. f. Landeszahlämtern, bann ber t. ung. Staatscentralcaffe.

Die zweite Ueberweisungsart fteht bei ben f. f. Steuerämtern ***)

und ben f. ung. Steuerämtern †) in Uebung.

*) Sieh' Note †), Seite 140.

***) Das Sauptsteueramt in Arakau ist aus ber baselbst bestandenen Landeshauptcasse, bei welcher eine Creditsabtheilung fungirte, hervorgegangen. (F. M. Erlaß vom 16. December 1867, B. 46406; F. M. B. Bl. Rr. 41, S. 251). Im Jahre 1876 wurde jedoch die Ginleitung getroffen, daß die Binsenüberweisung an biefes Steuer-

^{**)} Außer dieser, ben Borgang ber Cassen regelnden Instruction, sind mit bem Hoffrd. vom 16. April 1824, B. 5386 (P. G. S. Bb. 52, Rr. 43, S. 194) "Bestimmungen, nach welchen die Intereffen der Staatsobligationen auch bei den Creditscaffen in den Provingen bezogen werden fonnen," gur allgemeinen Renntnig gebracht worden.

mutbe jedoch die Einiertung gertoffen, dus die Infeinadeinersang un die einer amt mittelft Zahlungsbögen, wie bei jedem anderen Hauptsteueramte, vollzogen werde. F. M. Erlaß vom 16. November 1876, Z. 27011.

†) Bei der Landeshauptcasse in Hermannstadt, und den Landes-Filialcassen in Presburg, Debenburg, Kaschau und Temesvar sungirten bis zum Jahre 1867 Creditsabtheilungen. An die Stelle dieser Cassen sind t. ung. Steuerämter getreten. Mit bem F. M. Erlaße vom 3. Februar 1877, Z. 2202 wurde die Ueberweifung der Rinfen an biefe Steueramter mittelft fog. "Ueberweisungeverzeichniffe" abgeftellt und

(60) f. M. Erlaß vom 6. April 1860, J. 15517.

Auszahlung übersprungener Zinfen von öffentlichen Obligationen.

F. M. B. Bl. Nt. 22, S. 170.

Uebersprungene Interessen von öffentlichen Obligationen sind künftig ohne höhere Bewilligung auszuzahlen, *) wenn die bezüglichen Obligationen bei der mit der Zahlung betrauten Casse vorgewiesen und bezüglich jener Zinsen, welche gegen Bollmacht oder gegen amtliche oder gerichtliche Legitimation erhoben werden, insbesondere auch eine, auf die übersprungenen Zinsen ausdrücklich lautende Bollmacht oder Legitimation beigebracht wird.

Aber auch die Vorweisung der Obligation ist nicht erforderlich, wenn dieselbe auf einen Fond, eine Anstalt, eine moralische Person u. s. w. lautet, oder wenn die Zinsen derselben nur gegen legalisirte Quittungen ausgefolgt werden dürfen, da in diesen Fällen der Bezugssberechtigte gegen etwaige Eingriffe dritter Versonen durch die Erfors

derniffe der Zinsen=Quittungen geschütt ift.

An die Direction der Staatsschuld sind also die Parteien nur dann zu verweisen, wenn in Fällen, wo die Obligation vorzuweisen wäre, letztere aus irgend einem Grunde nicht beigebracht werden kann und es wird in solchen Fällen von der Direction der Staatsschuld zu untersuchen sein, ob der angegebene Grund, aus welchem die Obligation nicht vorgewiesen werden kann, die Zahlung der übersprungenen Zinsen rechtfertige.

Es wird übrigens ben liquidirenden Cassabeamten wie bisher obliegen, jedesmal, wenn Interessen-Quittungen unrichtige Interessen-Ausstände enthalten, d. i. wo sich die Termine an die früheren, bereits bezahlten, nicht anschließen, diese Interessen-Quittungen nicht zu liquibiren, sondern den Parteien mit der einsachen Bemerkung: "Interessen-

Ausstand unrichtig" zurückzustellen.

bie Staatsichulbencasse beauftragt, auch biesen Aemtern gegenüber durchgängig bie

Bermenbung von "Binfenzahlungsbogen" einzuführen.

In derselben Art haben die Landescasse und die Aemter in Bosnien und der Herzegowina vorzugehen. Ueber die Art der Verrechnung der dahin überwiesenen Kinsenzahlungen sind im F. M. Acte B. 28206 v. J. 1879 die näheren Daton enthalten. In diesem Acte ist auch der Vorgang dei den Zinsenüberweisungen an die Cassen und Aemter in Bosnien und der Herzegowina umständlich dargestellt.

Sowohl die k. k. Steueramter, als auch die k. ung. Steueramter haben in Fallen, wo Ansuchen um Ueberweisung der Zinsen an ein anderes Steueramt oder eine Casse dei ihnen eingebracht werden, die Ueberweisung nicht selbst vorzunehmen, sondern die mit den Sistirungsclauseln versehenen Zahlungsbögen stets unmittelbar an die k. k. Staatsschulbencasse unter Namhaftmachung der gewünschten neuen Zahlstelle einzusenden, wonach die Staatsschulbencasse selbst die Zinsonüberweisung vorzunehmen hat.

^{*)} Nach den Bestimmungen der Decrete der Credits-Hoscommission vom 5. August 1802, Z. 3830, und der Hoffammer vom 28. Februar 1816, Z. 2036 konnten übersprungene Zinsen nur über Bewilligung der Hoffammer ersolgt werden.

(61) f. M. Erlaß vom 31. März 1867, J. 12989.

Berrechnung und Ginfenbung ber von ben Steuerämtern und sonftigen Bereeptiondenffen und Aemtern realistren Credits. Effecten.

F. M. B. Bf. Nr. 15, S. 88.

Biele Steuerämter und Perceptions-Cassen benehmen sich bei Berrechnung und Einsendung der realisirten Credits-Effecten nicht im Sinne der dießfälligen Instructions-Bestimmungen.

Man findet baber nachstehende Vorschriften in Erinnerung zu

bringen:

1. Alle vorkommenden Credits-Empfänge und Ausgaben sind in die nach der Verordnung vom 21. Februar 1867, Z. 8499 1) abge-

fondert zu legenden Subjournale einzutragen.

Die Schlußsummen dieser monatlich und selbstverständlich an jedem Scontrirungstage abzuschließenden Subjournale kommen mit Schluß eines jeden Monates, respective an jedem Scontrirungstage in das Credits-Journal einzustellen, dessen Ergebniß sodann erst in das Kinanz-Etat-Journal*) zu übertragen ist.

2. Die Obligations-Interessen sind mit ben wirklich, d. i. nach Abzug der Einkommensteuer 2) bezahlten Beträgen zu verrechnen. Die Einkommensteuer nebst Zuschlag ist am Schluße des Monates für ein jedes Subjournal summarisch zu ermitteln, auf jedem Subjournale, und zwar abgesondert für den Dienst der Vorjahre und für den laufenden Dienst ersichtlich zu machen, und im Credits-Journale als solche in den einschlägigen Colonnen abgetheilt nach den Subjournalen in Empfang, sowie gleichzeitig in Ausgabe zu stellen.**)

3. Die Ergebnisse der Subjournale über die eingehenden Theilsschuldverschreibungen der Steueranlehen ***) sind im Credits-Journale nicht in der Obligationscolonne, sondern in der Colonne "In Bank-

valuta" einzustellen.

Diese Beftimmung murbe mit bem F. M. Erlage vom 3. November 1867,

R. 3601-F. M. (Abjag 4) abgeandert. Diefer Abjag lautet:

***) Sieh' Note *), Seite 164.

^{*)} Im §. 5 ber "Justruction II für die Landeshauptcassen außerhalb RieberDesterreich in Bezug auf die Staatsschulb", und der "Instruction III für die k. k.
Steuer- und sonstigen Berceptionscassen und Aemter in Bezug auf die Staatsschulb"
(b. 3. 1866) wurde angeordnet, daß die von diesen Organen zu führenden CreditsJournale als Subjournale des Finanz-Etat-Journals zu betrachten sind.

[&]quot;Die Landeshauptcassen, die Steuerämter und alle mit Creditszahlungen betrauten Organe haben die Creditsgebarungen im Credits-Journale zu sammeln und unter Anschluß der Subjournale (nach Schuldsategorien) die Summe nicht wie bisher in das Etal-Journal der Finanzverwaltung, sondern unmittelbar in das Contocorrente-Journal einzustellen."

^{**)} Der Absat 3 ber F. M. Weisung vom 21. Juli 1868, B. 1511-F. M. (F. M. B. Bl. Nr. 22, S. 158) sautet: "Da die von den Zinsen nach dem Gesetze vom 20. Juni 1868 abzuziehende Steuer in der Bedeckung nicht mehr besonders ersichtlich gemacht wird, so hat die Verrechnung der Einkommensteuer in den Creditsund beziehungsweise Sud-Journalen der Cassen und Aemter dei allen, nach dem gedachten Gesetze vorkommenden Zinsenzahlungen künftig zu entsallen."

4. Die Beilagen der Subjournale des Credits-Journales sind in nach den Subjournalen, zu welchen sie gehören, abgesons derten wohlversiegelten Packeten einzusenden, und die Packete mit der Schuldgattung, der Anzahl der Beilagen und dem durch diese repräsentirten, im Subjournale verrechneten Bestrage, dann mit dem Namen des einsendenden Amtes zu bezeichnen. Werden mehrere einzelne versiegelte Packete in einem Hauptsumschlage eingesendet, so ist auf letzterem die Anzahl der Packete und deren Gesammt-Werth anzugeben.

5. Die Journale dürfen nicht in die Beilagenpackete eingeschloffen

werden, sondern sind abgesondert mitzusenden.

6. Das Credits-Journal sammt den Subjournalen und den dazu gehörigen Beilagenpacketen sind nicht direct an das Finanzministerials Rechnungsdepartement, sondern an das Rechnungsdepartement der Finanzs Landesbehörde zu senden.

7. Die bezahlten Interessen von Grundentlastung & Dblisgationen find nicht in das Creditsjournal einzubeziehen, sondern im

Conto-corrente-Journale zu verrechnen.

1) A. F. M. Erlaft vom 21. Februar 1867, B. 8499. Fournalifirung ber von ben Caffen und Aemtern realifirten Staats-Creditseffecten. F. W. B. Bl. Ar. 9, S. 61.

Biele Steueramter haben die realifirten Effecten verschiebener Staatsschuld-Rategorien in einem und bemselben Subjournale des Credits-

journales verrechnet.

Man findet deßhalb die Borschrift des §. 6 der Instructionen für die Steuerämter und sonstigen Perceptionscassen und Aemter, dann für die Landeshauptcassen außerhalb Riederösterreich in Bezug auf die Staatsschuld in Erinnerung zu bringen, wonach die vorkommenden Creditsgebarungen in nach den Schuldkategorien und der Gattung der realisirten Effecten (Coupons, Quittungen, Lose 2c.) abgesonderte Subjournale des Creditsjournales aufzunehmen sind.

Aus beiliegendem Berzeichniß*) find jene (im Inlande) verzinßelichen Staatsschuld-Kategorien zu entnehmen, von welchen Zinsenzahlungen bei den Steuer- und Gefällsämtern vorgekommen find, oder vorkommen können. In einem und demselben Subjournale dürfen nur Zahlungen hinssichtlich der unter Einer Bostnummer dieses Berzeichnisses angeführten

Schuldfategorien aufgenommen werden.

Jedes Subjournal selbst ist für die Quittungen und Coupons getrennt zu verfassen.

B. Mit dem F. M. Erlaße vom 30. November 1862, Z. 63746 (F. M. B. Bl. Nr. 56, S. 411) wurde, um für die Zukunft den Betrag

^{*)} Dieses Berzeichniß ist hier nicht aufgenommen, weil die in demselben angeführten Staatsschuld-Kategorien durch Convertirung bis auf einige erloschen find. Bergleiche auch Note *), Seite 160.

ber rudftanbigen Binfen von öffentlichen Schuldverschreibungen verläßlich ermitteln zu tonnen, angeordnet: bie bom 1. Janner bis 31. December eines jeben Jahres verfallenen und bezahlten Binfen für jebes einzelne Jahr in Evideng zu halten, ju welchem Zwede in ben Journalen sowohl für bas jeweilig laufenbe Sonnenjahr, als auch für jebes ber früheren Jahre besondere Rubriten zu eröffnen find. *)

Da in Folge ber mit bem F. Dt. Erlage vom 16. Janner 1860 (R. G. Bl. Nr. 21) fundgemachten Allerhöchsten Entschliegung vom 14. Sanner 1860 **) die Rinsen nach sechs Sahren vom Berfallstage verjahren, fo tommt beispielsweise bie Journalerubrit für bie im Jahre 1880 verfallenen Rinfen mit Ablauf des Rahres 1886 in Abfall.

2) F. M. Erlaß vom 23. Juli 1868, J. 1793-F. M. F. M. B. Bl. Nr. 33, S. 222.

Aus Anlag eines vorgekommenen Kalles wird bestimmt, daß im Sinne der Bestimmung bes §. 1 bes Gesetes vom 20. Juni 1868 ***) bie Rinfenquittungen von ben gur Convertirung beftimmten Staatsiculbverschreibungen fünftig auf ben nach Abzug ber Steuer resultirenben Rinfenbetrag (Netto-Binfenbetrag) ju lauten haben.

Berben jedoch von Parteien auf ben gangen Binfenbetrag ausgeftellte Quittungen gebracht, fo find biefe beghalb nicht gurudzumeifen, fondern von der Caffe oder dem Umte auf den Netto-Rinfenbetrag richtig zu ftellen, auf welchen letteren Betrag auch die Liquidirung zu geschehen hat.

3) A. F. M. Erlaß vom 3. Detober 1884, 3. 9115,

an fammliche Finaug-Banbesbeborben.

Instructionsmäßig †) sind die Credits-Subjournale der Ländercassen ohne Beilagen, jene ber Steueramter aber mit allen bagu gehörigen Beilagen (Quittungen, Coupons 2c.) von ben Rechnungs-Departements ber

^{*)} An die Stelle der mit diesem Erlage vorgeschriebenen Journal-Formulare find die Mufter getreten, welche den, in der Rote +) [fieh' unten] angeführten Inftructionen beigegeben find.

^{**)} Sieh' Seite 166. ***) Sieh' Seite 109.

^{†)} Aus Anlaß ber Regelung bes Berrechnungswesens wurden mit bem F. M. Erlage vom 23. December 1866, B. 7068-F. M. nachftebenbe auf bie Staatsichulb Bezug habende Inftructionen hinausgegeben:

I. Instruction für die k. k. (Universal-) Staatsschulbencasse. II. Instruction für die Landeshauptcassen außerhalb Rieberösterreich (gegenmartig Landeshauptcaffen, Finang-Landescaffen und Landeszahlamter) in Bezug auf die Staatsichulb.

III. Instruction für die t. f. Steueramter und sonstigen Berceptionscaffen und

Aemter in Bezug auf die Staatsschulb. IV. Instruction für die t. f. Landes-Creditscaffen in Innsbrud, Rlagensurt, Krakau, Laibach, Lemberg, Dfen und Salzburg. V. Instruction für bie Rechnungs- (Controls-) Departements ber leitenden

Finang-Landesbehörden in Bezug auf die Staatsschuld.

Finanz-Landesbehörben mittelst eines in duplo auszufertigenden Musweises (Aviso) an das Fachrechnungs-Departement für die Staatsschuld einzusenden, daselbst zunächst von der Credits-Abtheilung zu übernehmen, und von dieser die den Creditsjournalen zu entnehmenden Credits-Subjournale an die verschiedenen Fachabtheilungen zu vertheilen.

Ein Pare bes gebachten Ausweises ist mit der Uebernahmsbestätigung versehen an das betreffende Finanz-Rechnungs-Departement zurückzusenden, das andere aber nach Beisetzung der Bestätigung der Fachsabtheilungen bezüglich der übernommenen Subjournale in der Credits= Abtheilung auszubewahren.

Die fragliche Consignation wird aber, wie zur h. o. Kenntniß gebracht wurde, nur von einigen Finanz-Rechnungs-Departements in richtiger Erkenntniß des eigenen Interesses als Uebergeber ganz zwedmäßig in der Weise angesertigt, daß in derselben außer der Bezeichnung der Cassen und Schuldgattungen auch noch nach Empfang und Ausgabe die Journals-summen, dann die Werthe der beigeschlossenen Coupons-Packete angeführt erscheinen, während in den Consignationen der anderen Finanz-Rechnungs-Departements neben den verzeichneten Cassen nur die Stückahl der Journale und Packete ausgenommen wird.

In diesem letzteren Falle ift nun die Credits-Abtheilung des Fachrechnungs-Departements für die Staatsschuld genöthigt, die Confignationen nach den vorstehend gegebenen Andeutungen selbst zu versassen und mittelst dieser sodann die Uebergabe der Credits-Subjournale an die Fachabtheilung zu bewirken.

Um nun einerseits bie ohnehin start belastete Credits-Abtheilung bes gebachten Fachrechnungs-Departements von dieser Arbeit zu entheben, und um andererseits für die Finanz-Rechnungs-Departements ein Sicherstellungsmittel gegen allfällige Reclamationen zu schaffen, erhält die Direction den Auftrag, dem unterstehenden Rechnungs-Departement das beifolgende Formulare *) für die erwähnten Uebergabs-Consignationen vorzuzeichnen.

VI. Instruction für das Credits-Rechnungs- und das Fachcontrols-Departement des Finanzministeriums (gegenwärtig "Fach-Rechnungs-Departement I des F. M. für die Staatsschuld").

Mit dem Finanzministerial-Erlaße vom 29. Jänner 1878, 8. 483-F. M. (F. M. B. Bl. Nr. 2, S. 7), wurde das aus Anlaß der Regelung des Staats-Rechenungs- und Controldienstes im Jahre 1866 (B. Bl. N. 48, S. 270) errichtete Rechenungs-Departement 4 "für das Creditswesen und die Staatsschulb" ausgelöst, und wurden die Geschäfte dieses Departements an das Fachrechnungs-Departement I des F. M. übertragen.

In dem vorangeführten Erlaße vom 3. October 1884, g. 9115 ift der §. 14 ber Instruction V berufen.

^{*)} Dieses Formular ift hier nicht abgebruckt. In bemselben sind soigende Schuldtategorien angeführt: 4·20/0 Rotenrente, 50/0 steuerfreie Rotenrente, Silberrente, Goldrente, Lotto-Anlehen v. J. 1854 und 1860, Hoftammer-Obligationen. Auch ift für die Militär-Heirathscautionen eine besondere Aubrit eröffnet.

B. Mit bem an sämmtliche Finanz-Behörben ergangenen F. M. Erlaße vom 8. November 1867, Z. 39651 wurde bedeutet: daß die Scontrirungsoperate der Cassen und Aemter zur Constatirung der darin vorkommenden Creditägebarungen an das Fachrechnungs-Departement I nicht einzusenden sind, da die bei den Rechnungs-Departements der Finanz-Landesbehörden zurückleibenden Conto-corrente-Journale*) die jeweilige vorschriftsmäßige Grundlage für die bezügliche Prüfung der gedachten Scontrirungsoperate bilben.

(62) F. M. Erlaß vom 19. Juni 1875, B. 1555-F. M.,

an fammtliche Finang-Landesbehörden.

Im Vernehmen mit dem k. k. Obersten Rechnungshofe und dem k. und k. Reichs-Finanzministerium wird Folgendes angeordnet.

Die in den Kronländern bei den Finanzcassen und den mit Credits-Jahlungen betrauten Organen vorgefallenen Credits-Gebarungen, betreffend die fundirte Staatsschuld, sind vom 1. Juli 1875
angefangen nicht mehr für Rechnung der Reichs-Centralcasse, wie dieß
mit dem F. M. Erlaße vom 30. December 1871, Z. 3044-F. M. angeordnet wurde, sondern für Rechnung der Staatsschuldencasse contocorrente-mäßig zu verrechnen und sonach die dießfälligen Avisi sammt
den dazu gehörigen Special-Ausweisen monatlich von den betreffenden
Fin.-Rech.-Departements, statt an das F. M. Rechnungs-Departement 3
an das F. M. Rechnungs-Departement 4**) unmittelbar einzusenden.

Die documentirten Credits-Journale haben selbstverständlich auch fernerhin allmonatlich direct an das F. M. Rechnungs-Departement 4**) zu gelangen. In gleicher Weise ist die Gebarung bezüglich der nicht gemeinsamen schwebenden Schuld (Cautionen und nicht gerichtliche Depositen), welche bisher laut des F. M. Erlaßes vom 4. Juni 1868 3.13703***) für Rechnung der Reichs-Centralcasse vollzogen wurde, vom 1. Juli 1875 an zu behandeln und von den Finanz-Rechnungs-Departements sonach auch an das F. M. Rechnungs-Departement 4**) im Avisowege unmittelbar zu überrechnen.

Die documentirten Monats-Journale bezüglich der Cautionen und nicht gerichtlichen Depositen sind jedoch von den Finanz-Rechnungs-

) Gegenwärtig Fachrechnungs = Departement I bes Finanzministeriums. Sieh Note +), Seite 159. *) Mit dem F. M. Circ.-Erlaße vom 4. Juni 1868, B. 13703 wurde

^{*)} Sieh' Note*), Seite 157.

^{***)} Mit dem F. M. Circ. Erlaße vom 4. Juni 1868, B. 13703 wurde bebeutet: "Rachdem die Gebarung der Barcautionen und nicht gerichtlichen Depositen als Theil der schwebenden Staatsschuld seit 1. Jänner 1868 in den Bereich des Reichs-Finanzministeriums gehört, so sind von diesem Zeitpuncte auch die Casse Journale diese Berrechnungszweiges nicht mehr als Sud-Journale des hierzeitigen Finanz-Etats, sondern lediglich als jene des Conto-corrente-Journals zu behandeln, beziehungsweise deren Schlußergebnisse nur in das letztere (Conto-corrente-Journal) einzubeziehen und sonach an das Rechnungs-Departement der Reichs-Centralcasse aussisteren."

Departements auch fernerhin an das Rechnungs-Departement des k. und k. Reichs-Finanzministeriums, insolange die Fach-Controle hierüber von demselben thatsächlich besorgt wird,*) direct einzusenden.

Rückführungen bei der Staatsschuldencasse, insoserne solche die dießseitigen Finanzcassen oder Verwaltungszweige betreffen, werden in Hintunft von dem F. M. Rechnungs-Departement 4**) auf die betheiligeten Rechnungs-Departements unmittelbar im Avisowege zurücküber-rechnet werden. — Hiervon ist das dortämtliche Rechnungs-Departement zur Darnachachtung in die Kenntniß zu sehen. 1)

1) Die Grundsäte des von dem Fachrechnungs-Departement I und dem Rechnungs-Departement 3 des Finanzministeriums, bann dem Rechnungs-Departement des k. und k. Reichs-Finanzministeriums, sowie von der Staats-Centralcasse, der Staatsschulbencasse und der Reichs-Centralcasse einzuhaltenden Berrechnungsmodus, hinsichtlich der Beiträge der beiden Reichshälften zur fundirten und nicht gemeinsamen schwebenden Staatsschuld, sind in dem F. M. Acte B. 1555-F. M. v. J. 1875 niedergelegt.

(63) f. M. Erlaß vom 4. März 1866 (B. 5785-F. M.),

über die Annahme von Coupons der Obligationen der allgemeinen Staatsschuld an Zahlungsstatt von Seite der die landesfürstlichen Steuern und Abgaben einhebenden Cassen und Aemter.

R. G. Bl. Nr. 27, S. 82; — F. M. B. Bl. Nr. 12, S. 67.

Bur Erleichterung der Steuerzahlung und der Realistrung der

Zinsen der allgemeinen Staatsschuld wird Folgendes festgesett:

Vom 1. April 1866 angefangen sind die landesfürstlichen Cassen und Aemter, dann die für Rechnung des Staates Abgaben einhebenden städtischen Steuerämter ermächtigt, von bekannten Steuerpflichtigen fällige Coupons von Obligationen der allgemeinen Staatsschuld (mit Ausschluß der Montes und Grundentlastungsschuld) als Zahlung von allen, nicht in klingender Münzezu entrichtenden landessfürstlichen Steuern und Abgaben und den dazu gehörigen landessfürstlichen Zuschlägen mit den nach Abzug der gesetzlichen Einkommensteuer ***) sich ergebenden Beträgen anzunehmen, wenn diese die zu zahlende Steuerns oder Abgabenschmen nicht übersteigen, und die Coupons nicht länger als Ein Jahr fällig sind. 1)

Ausgeschlossen von der Zahlbarkeit mittelst Coupons bleiben die Landes-, Grundentlastungs-, Communal- und wie immer gearteten nicht landesfürstlichen Zuschläge, auch wenn sie mit der landeskürst-

lichen Abgabe vereint einzuheben sind.

^{*)} Bergleiche die F. M. Acten: 33, 2860-F. M. v. J. 1870, 4860-F. M. v. J. 1872, 1250-F. M. v. J. 1874, 5705-F.M. v. J. 1875, und 324-F. M. v. J. 1876.

^{**)} Sieh' Note **), Seite 161.

^{***)} Bergleiche bie §§. 1 unb 4 bes Gefetes vom 20. Juni 1868 (Seite 109).

Bei Verwendung von weniger als 10 Stück Coupons derselben Schuldgattung als Zahlung ift auf der Rückseite eines jeden Coupons der Vor- und Zuname und der Wohnort des Zahlenden deutlich beizuseten.

Bei Verwendung von 10 oder mehr Stück Coupons derselben Schuldgattung als Zahlung sind von der Partei nach den Schuldgattungen [Nationalanlehens-, Convenzions-Münze-Anlehens-, österr. Währungs-, Lottoanlehens-Obligationen zu 5 Percent, 4½ Percent u. s. w.]*) gesonderte, mit dem deutlich geschriebenen Vor- und Zunamen und dem Wohnorte der Partei versehene Consignationen, in welchen die Coupons nach ihren Beträgen arithmetisch aufgesührt erscheinen, beizubringen. — Die zufolge der Kundmachung des F. M. vom 13. Juli 1854 [R. G. Bl. Nr. 184] **) gestattete gleichartige Verwendbarkeit der Nationalanlehens-Coupons auch zur Begleichung der in klin-

1. die nicht länger als Ein Jahr verfallenen Coupons von derlei, auf Ueberbringer lautenden Obligationen bei allen Landeshauptcassen auf bloßes Anmelden bezahlt, und von allen I. f. Cassen und Aemtern als Steuerzahlung angenommen;

^{*)} Die hier angeführten Obligationen find bis auf die Lottoanlehens-Obligationen in Schuldverschreibungen ber einheitlichen Staatsschuld umgewandelt worden (sieh' §. 1, Seite 110). Bergleiche auch ben §. 5, Seite 120.

^{**)} Laut F. M. Kundmachung vom 13. Juli 1854, Z. 12919-F. M. (R. G. Bl. Nr. 184, S. 757; F. M. B. Bl. Nr. 55, S. 412) wurde, um die Zinsenbehebung von jenen Staatsschuldverschreibungen, welche sur das mit dem tais. Patente vom 26. Juni 1854 (sieh' Seite 60, E) eröffnete Staatsanlehen hinausgegeben wurden, thunlichst zu erleichtern, angeordnet: daß

^{2.} die gegen Quittung zahlbaren Zinsen von berlei, auf Namen lautenden Obligationen bei der Staatsschuldencasse in Wien, sowie bei allen Landeshauptcassen gegen vorläufige Ueberweisung auf die Letteren, und insofern derlei Staatsschuldeverschreibungen auf moralische Personen, als: Gemeinden, Stiftungen, Körpersschaften, Krchen, Pjarren, Shulen u. s. w. lauten, oder ingerichtlicher Aufbewahrung sich befinden, auch bei allen Steuerämtern bezahlt werden.

Der bei der Auszahlung der fälligen Zinsen des gedachten Anlehens, welches kurzweg "National-Anlehen" genannt wurde, und bei dem Vorsommen von derlei Toupons als Steuerzahlung zu beobachtende Vorgang wurde mit den H. M. Erläßen vom 24. Mai 1855, B. 8701-F. M. (sieh Seite 146), vom 8. September 1855, B. 15623-F. M. und vom 18. December 1855, B. 21133-F. M. (F. M. B. Bl. Nr. 45, S. 347 und Nr. 61, S. 528); vom 2. Jänner 1856, J. 18206-F. M. (V. Bl. Nr. 1, S. 2); vom 30. Juni 1857, B. 11142 (B. Bl. Nr. 29, S. 268); vom 25. April 1859, B. 2308-F. M., vom 12. December 1859, B. 6651-F. M. und vom 25. December 1859, B. 62251 (R. G. Bl. Nr. 66, S. 181; Nr. 200, S. 609; Nr. 62, S. 421; F. M. B. Bl. Nr. 20, S. 87; Nr. 61, S. 464; Nr. 63, S. 478); vom 14. Jänner 1861, B. 2096 und vom 14. Juni 1861, B. 2670-F. M. (B. Bl. Nr. 6, S. 37; Nr. 27, S. 150); vom 17. Juli 1863, B. 27627 (B. Bl. Nr. 33, S. 221) genau vorgezeichnet.

Im Nachhange zu dem gedachten Erlaße vom 24. Mai 1855 wurde mit der F. M. Berordnung vom 26. August 1858, B. 21811 (F. M. B. Bl. Ar. 43, S. 305) gestattet: daß die Steuerämter, mit Ausnahme jener am Siße einer Landes-Haupt-(Landes-Filial-)Casse, die Coupons von den, in ihrer gerichtlichen Aussendrung besindlichen, auf Ueberbringer lautenden National-Anlehens-Obligationen, mit Ausnahme jener von Obligationen zu 20 fl., über Anlangen der Parteien realsstren. Es war jedoch in diesen Fällen vorerst die sormliche Ueberweisung der Linsenzahlung zu veransassen, und hierbei nach dem Erlaße vom 17. Mai 1851, 3. 5468-F. M. (in Galizien, Krasau und der Bukowina nach dem Erlaße vom 12. September 1856,

gender Münze abzustattenden Abgaben (Zölle) und die mit dem Finanzministerial-Erlaße vom 18. Jänner 1861 (R. G. Bl. Nr. 11),
beziehungsweise der Kundmachung dieses Ministeriums vom 8. November 1864 (Wiener Zeitung vom 9. November) den Besitzern von
Theilschuldverschreibungen der Anlehen von den Jahren 1861 und
1864*) bezüglich ihrer Verwendbarkeit zur Zahlung von allen, nicht in
Kingender Münze zu entrichtenden landesfürstlichen Steuern und Abgaben eingeräumten Begünstigungen bleiben selbstverständlich aufrecht.

1) A. F. M. Weisung vom 4. März 1866, J. 5785-F. M. F. W. B. B. Br. 12, S. 69.

In Durchführung des Erlaßes von gleichem Datum und Bahl über die Annahme von Coupons der allgemeinen Staatsschuld an Zahlungs=
ftatt von Seite der, die landesfürftlichen Steuern und Abgaben einheben=
ben Cassen und Aemter werden die betreffenden Organe zur genauesten Beob=
achtung der in jenem Erlaße vorgezeichneten Buncte aufgesordert und den=
selben wegen der besonderen Wichtigkeit des Gegenstandes noch folgende
Erläuterungen und Bestimmungen zur Darnachachtung bekannt gegeben.

1. Die Unnahme der Coupons an Bahlungsftatt ift durch eine vorausgegangene förmliche Ueberweisung ihrer Bahlung an die Casse ober bas Umt, wo sie an Bahlungsftatt abgegeben werden wollen, nicht bedingt.

2. Das Coupons an Zahlungsstatt übernehmende Amt hat unter eigener Berantwortung sorgfältig zu prüsen, ob die Coupons echt, nicht radirt ober corrigirt, ob dieselben, so serne es sich nicht um National-Anslehens-Coupons à 30 kr. C. W. handelt,**) welche keine Nummern haben, gehörig nummerirt, endlich ob sie bereits fällig und nicht seit länger als einem Jahre fällig geworden sind.

Befteht bezüglich eines Coupons in ber einen ober andern diefer

Beziehungen ein Unftand, fo ift feine Unnahme zu verweigern.

Ift den Coupons eine Consignation beigegeben, so ist dieselbe mit ben Coupons zu incontriren. Unleserlich geschriebene ober unrichtig abgefaßte Consignationen sind nicht anzunehmen.***)

Im Nachhange zu bem vorerwähnten Erlaße vom 13. Juli 1854 wurde mit dem F. M. Erlaße vom 10. Juni 1855, Z. 9437-F. M. (F. M. B. Bl. Nr. 30, S. 246) erklärt, daß unter den Steuern im weitesten Sinne des Wortes, zu deren Bahlung die Coupons des National-Anlehens verwendet werden können, auch die Bölle zu verstehen sind.

Bergleiche die Berordnung vom 27. December 1878 (Seite 38). *) Staatsschuldverschreibungen der Steueranlehen (sieh' Seite 115, E) kannen nicht mehr vor.

^{**)} Obligationen zu 20 fl. werden nicht mehr ausgegeben. ***) Sieh' Note 1, Seite 146.

- 3. Die Cassen und Aemter haben eine besondere Ausmerksamkeit barauf zu verwenden, daß die Coupons nur mit den, nach Abzug der gesetzlichen Einkommensteuer sich ergebenden richtig en Beträgen, im Sinne des F. M. Erlaßes vom 23. December 1862, Z. 68429,*) an Zahlungsstatt angenommen werden.
- 4. Es ist streng darauf zu sehen, daß die Coupons, beziehungsweise bie Consignationen mit Bor= und Zunamen und Wohnort der bekannten zahlenden Partei bezeichnet sind, damit bei allfälligen Unrichtigkeiten nach= träglich die Ausgleichung veranlaßt werden könne.

Als bekannt ist eine Partei dann anzusehen, wenn die Joentität der Person, deren Name auf den Coupons oder Consignationen geschrieben ist, mit derzenigen, welcher die Abstattung der Steuer oder Abgabe zu bescheinigen ist, für die Casse oder das Amt nach den Steuerbocumenten nicht zweiselshaft erscheint.

Bur weiteren Sicherung bes obigen Zwedes haben die Cassen und Aemter auch in den Bescheinigungen, welche sie über derartige Steuernsoder Abgaben-Bahlungen aussertigen, jedesmal anzuseten, welcher Betrag mittelst Coupons und welcher in Barem abgestattet wurde.

5. Bei richtigem Besunde der Coupons und beziehungsweise der Consignationen hat die übernehmende Casse oder das Amt den entsprechenden nach Abschlag der Einkommensteuer sich ergebenden Betrag in Empfang zu stellen, die Coupons sogleich, jedoch ohne Berletzung ihrer wesentlichen Merkmale, durchzuschlagen, in die Berwahrung unter Gegensperre zu nehmen und an jedem Schlußtage mit den wirklich verrecheneten Beträgen derart in die, für die Creditszahlungen vorgeschriebenen Burechnungsverzeichnisse, **) nach Schulbgattungen getrennt, einzutragen, daß zuerst die einzeln als Steuern- und Abgaben-Zahlung eingegangenen Coupons nach Kategorien arithmetisch geordnet in das Zurechnungsverzeichnis mittelst Steuern- oder Abgaben-Zahlung eingetragen, sodann die unter Beigabe von Consignationen überbrachten gleichartigen Coupons angereiht werden und zum Schluße das Zurechnungsverzeichnis sum- mirt wird.

^{*)} Mit dem F. M. Erlaße vom 20. November 1866, Z. 49892 (F. M. B. Bl. Rr. 46, S. 253) wurde bekannt gegeben, daß Tabellen über die Beträge, mit welchen die Coupons der Staatsschuldverschreibungen nach Abzug der 7% igen Einkommensteuer sieb? Note **), Seite 111] als Zahlung von den, die l. f. Steuern und Abzaden einhebenden Cassen und Aemtern anzunehmen sind, in Druck gelegt wurden und dem Cassen und Aemtern zukommen werden.

Gegenwärtig tritt die Rothwendigkeit einer besonderen Berechnung der Einkommensteuer bei den Obligationen der einheitlichen Staatsschuld nicht ein. Bezüglich ber Lose sieh' §. 4 bes Gesetze vom 20. Juni 1868 (Seite 109).

^{**)} Die an Zahlungsstatt angenommenen Coupons werden, ebenso wie die bar eingelösten, in den besonderen Creditssournalen verrechnet. [§. 6 der in der Note †), Seite 159 erwähnten Instructionen II und III.] Es sind daher die Absäte 6—12 der Weisung vom 4. März 1866, Z. 5785-F. M., über die Behandlung der Zurechnungsverzeichnisse, außer Kraft getreten und werden hier nicht angesührt.

(64) J. M. Erlaß vom 16. Jänner 1860 (J. 198-F. M.),

....

wodurch die Berjährungszeit für die Zinfen von allen öffentlichen Schuldverschungen herabgefest wird.

M. G. Bl. Nr. 21, S. 50; — F. M. B. Bl. Nr. 5, S. 81.

Seine k.k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 14. Jänner 1860 zu bestimmen geruht: daß die Versjährung der Zinsen von allen öffentlichen Schuldverschreibungen, welche erst nach dem Tage der Kundmachung dieser Verordnung, als dem Beginne der Wirksamkeit derselben, fällig werden, nach Verstreichung eines Zeitraumes von sechs Jahren, vom Zeitpuncte der Fälligkeit an gerechnet, einzutreten hat.*)

Auch diejenigen Zinsen von öffentlichen Schuldverschreibungen, beren Berjährung vor dem Zeitpuncte, an welchem die gegenwärtige Vorschrift verbindliche Kraft erlangt, bereits begonnen hat, und nach den bisherigen Gesetzen nicht schon vor Ablauf von sechs Jahren vollendet ist, verjähren, von diesem Zeitpuncte angefangen, binnen sechs Jahren.

Hierdurch tritt die Bestimmung der Allerhöchsten Entschließung vom 1. Jänner 1812, J. G. S. Nr. 982, 1) womit die Berjährungsfrist der Zinsen von öffentlichen Schuldverschreibungen auf dreißig Jahre seitgesetzt wurde, außer Kraft.

1) Nach dem Inhalte des in der J. G. S. Nr. 982 enthaltenen Hoffr.-Decretes vom 25. März 1812 haben Seine Wajestät anzuordnen geruht:**) "daß auf die vom 1. Jänner 1812 an versallenen, und künstig versallenden Interessen öffentlicher Schuldverschreibungen der §. 1480 ***) des a. b. G. B. keine Anwendung haben solle; sondern daß in Hinsicht der Interessen von verzinslichen Staats-Papieren, sowie in Hinsicht des Stamm-Capitals selbst, erst nach Verstreichung eines Zeitraumes von dreißig Jahren die Verjährung einzutreten habe."

Die Bestimmung, daß in hinsicht bes Stamm. Capitals selbst bie Berjährung nach Verstreichung eines Zeitraumes von breißig Jahren ein-

bas Recht felbst wird burch einen Nichtgebrauch von breifig Jahren verjährt."

^{*)} Sieh' ben F. M. Erlaß vom 4. December 1866, 3. 47519 (Seite 201). Bergleiche den F. M. Erlaß vom 27. Jänner 1866, 3. 2670 (Note 1, Seite 170).

**) Tiesem Hofte.-Decrete liegt die Alh. Entschließung vom 18. März (nicht 1. Jänner) 1812 zu Grunde, welche über den a. u. Bortrag der Eredits Commission vom 7. Februar 1812 ersloß. Das Original der gedachten Alh. Entschließung erliegt z. B. 2576 v. J. 1812 im Hofte. Acte B. 4077 v. J. 1815, Fasc. 6. B/4 Cred. im Archiv des k. und k. Reichs-Finanzministeriums. — Die Credits-Commission hat im obbezogenen Bortrage die Gründe, welche mit Kücksicht auf die tamaligen Creditsberhältnisse gegen die Ausdehnung der Bestimmungen des Z. 1480 a. b. G. B. auf die öffentlichen Staatsschuldverschreibungen sprachen, umständlich auseinandergesett.

***) Der §. 1480 des a. b. G. B. lautet: "Forderungen von rückständigen jährlichen Abgaben, Insen, Kenten oder Diensteisstungen erlöschen in drei Jahren;

gutreten habe, murbe mit ber Allerhochften Entschliegung vom 3. Juni 1814 *) aufgehoben.

In Folge ber Allh. Entschließung vom 5. April 1815**) wurde biefer Grundsat mit bem Hoftzl.-Decrete vom 30. April 1815 (3. G. S. Rr. 1149) und wiederholt mit bem Hof-Decrete vom 20. August 1817 [3. G. S. Nr. 1364] ***) als Norm fundgemacht. Das lettere Decret lautet im Muszuge: "Bei ber ferner zu beobachtenben Bochften Entschließung bom 5. April 1815 (Rr. 1149), nach welcher bei ben Staatsichulben, fo lange beren Burudzahlung fiftirt ift, †) weber in Ansehung bes Capitals felbft, noch bes Rechts, laufende Binfen zu fordern, eine Berjährung burch ben breifigjahrigen Beitverlauf Blat greifen tann, wird für bie Falle, in welchen es fich um die Anwendbarkeit bes Berjährungsrechtes auf Bingrudftanbe aus bem Titel bes verftrichenen breifigiahrigen Reitverlaufes ober eines unbehobenen Binfenanwachses, welcher bem Capitale felbft gleichkommt, fragen follte, festgesett: bag nur die einzelnen verfallenen Intereffen-Raten, jebe für fich berechnet, in breißig Jahren verjährt werben fonnen; woraus bann folgt, bag bas Recht, neue Binfen gu verlangen, immer offen bleibe, auch bann, wenn die Rudftande nach bem §. 1335 des bürgerliches Gefetbuches, ber allerdings in Sinsicht des Total-Betrages rudftanbiger Binfen auch bei Staatsglaubigern anwendbar ift, die Höhe des Capitals bereits erreicht hatten." ††)

Die in biesem Decrete neuerlich ausgesprochene Bestimmung, betreffs Berjahrung ber einzelnen Binfenraten, ift mit ber eingangs angeführten Allerhöchsten Entschließung vom 14. Janner 1860 abgeandert worden. Diefer Entichließung gemäß tritt gegenwärtig die Berjährung ber Binfen von Staats-Dbligationen nach feche Jahren ein.

Die weitere Anordnung bes Hofdecretes vom 20. August 1817, wonach bei eingetretener Berjährung bas Recht auf neue Binfen immer

ber Credits-Sofcommiffion bom 23. Auguft 1814.

ber hoffammer vom 9. Marg 1817 erfloßene Allh. Entichliegung vom 8. Juli 1817, welche im Softr. Acte & 35058 v. J. 1817 aufbewahrt wirb, ju Grunde. †) Gegenwärtig fteht bem Besiger öfterr. Staatsichuldverschreibungen lebiglich

++) Der §. 1335 bes a. b. G. B. lautet: "Hat ber Gläubiger ohne gerichtliche Einmahnung die Zinsen bis auf ben Betrag ber Hauptschuld steigen lassen, so erlischt bas Recht, von dem Capitale weitere Zinsen zu fordern. Bon dem Tage der erhobenen Rlage tonnen jedoch neuerdings Binfen verlangt werden."

^{*)} Diefe Allh. Entschließung erging über ben a. u. Bortrag ber geheimen Credits-Hoscommission vom 4. Marz 1814. Selbe erliegt z. 3. 4126 v. 3. 1814 in bem unter Rote **), Seite 166 angeführten Hosftr. Acte 3. 4077 v. 3. 1815.

**) Die Allh. Entschließung vom 5. April 1815 erstoß über den a. u. Vortrag

Der Inhalt diefer Allh. Entschließung, welche im Hoffr. Acte 3. 8076 v. J. 1815 im Archiv bes f. und f. Reichs-Finangministeriums erliegt, murbe mit ber Rote der Credits Hofcommission vom 14. April 1815, B. 4078 der Hossaustei mitgetheilt, von welcher hierauf das Decret vom 30. April 1815 kundgemacht wurde.

****) Dem Hofdecrete vom 20. August 1817 liegt die über den a. u. Bortrag

das Recht auf ben fortlaufenben ginfengenuß zu, außer es wäre in ber Schuldverichreibung die Rudzahlung bes Capitals ausbrudlich, ober in Form bes Lotteriegewinnftes wirtfam, ausgesprochen.

offen bleibt, ist mit dem Gesetze vom 28. März 1875, R. G. Bl. Nr. 49, S. 126*) abgeändert worden.

Was schließlich die Anwendbarkeit des §. 1335 des a.b. G. B. auf die unbehobenen (gegen Quittung behebbaren) Zinsen von Staatsobligationen, **) in welcher Beziehung das erläuternde Hoffr.-Decret vom 27. September 1844, Z. 17405 [J. G. S. Nr. 833] ***) erging, betrifft, so wird der gedachte Paragraph in den höchst seltenen Fällen der

*) Sieh' Seite 170.

**) Mit dem Hoffr.-Decrete vom 29. Mai 1845, B. 13455 (Rr. 890 der J. G. S.)

wurde Folgendes bedeutet:

"Ueber die Art, wie der §. 1335 des bürgerlichen Gesethuches und die in der Allerhöchsten Entschließung vom 18. März 1812 (Ar. 982 der J. G. S.) ausgesprochene Berjährung der einzelnen Zinstaten bei den auf bestimmte Gläubiger lautenden Schuldverschreibungen des Staates nebeneinander anzuwenden sind, sindet man der Landesstelle zu bemerken, daß die gegen Coupons zahlbaren Zinsen der auf leberbringer lautenden Staats-Schuldverschreibungen zwar der erwähnten Berziährung, jedoch keineswegs der Borschrift des §. 1335 des bürgerlichen Gesehbuches unterliegen."

***) Das Hofte. Decret vom 27. September 1844, B. 17405 lautet im Auszuge:
"hinsichtlich der Zinsen aller Gattungen von Schuldverschreibungen des Staates und der öffentlichen Fonde ist zu Folge der Verordnungen vom 30. April 1815, Rr. 1149, 20. August 1817, Rr. 1364 und 19. April 1842, Rr. 607 der J. G. S. seftgeset:

1. Daß bei Staatsschulben, so lange beren Zurudzahlung sistirt ist, weber in Ansehung des Capitales jelbst, noch des Rechtes laufende Zinsen zu fordern, eine Berjährung für diesen Zeitraum Plat greifen könne, sondern nur die einzelnen verfallenen Zinsen-Naten, jede für sich berechnet, und zwar erst nach dreißig Jahren verjähren.

2. Daß ber §. 1335 bes bürgerlichen Gesetbuches, wornach für ben Fall, wenn ber Gläubiger bie Zinsen bis auf ben Betrag ber hauptschulb steigen läßt, bas Recht weitere Zinsen zu forbern, erlischt, auch bei Staalsgläubigern anwendbar ift.

3. Daß das Recht, neue Zinsen zu fordern, immer offen bleibt, auch dann, wenn die rückftändigen nach dem §. 1335 des bürgerlichen Gesetzbuches die Höche des Capitales bereits erreicht hatten.

4.....

Ueber die Art, wie nun diesem gemäß der §. 1335 und die Berjährung der einzelnen Zinsen-Raten bei den auf bestimmte Gläubiger lautenden Schuldverschreibungen anzuwenden sind, findet die f. f. allgemeine Hoffammer zu bemerken, daß, weil die Borschrift des §. 1335 und die Berjährung auf wesentlich verschiedenen Grundlagen beruhen, die eine die andere nicht nothwendig ausschließe, sondern beide hinsichtlich aller Schuldverschreibungen, die zu 31/2, 4, 41/2 und 5 vom Hundert verzinstlich sind, nebeneinander in Anwendung kommen.

Denn der §. 1335 bewirkt nur den Berlust der Zinsen von dem Zeitpuncte an, wo dieselben die Capitalshöhe erreichen, bis zu jenem, wo sie neuerlich gesordert werden.

Baren nun seit bem Berfallstage ber einzelnen burch die Borschrift bes §. 1335 nicht getroffenen Zinsen-Raten dreißig Jahre abgelaufen, so verjähren diese Raten gleich anderen Zinsen, da sie durch die Borschrift bes §. 1335 in ihrer Natur und Besenheit nicht geandert worden sind.

Benn baher jum Beispiele von einer fünfprocentigen Schuldverschreibung bie Zinsen vom Jahre 1823 bis zum Jahre 1858 nicht behoben, und erst in diesem Jahre gefordert würden, so sind bem Gläubiger nur fünfzehnjährige Zinsen auszu-

Hemmung oder Unterbrechung der Zinsenverjährung (§§. 1494 und 1496 a. b. G. B.) wohl angewendet werden konnen; in ben Fällen jedoch, wo die Berjährung der laufenden Zinsen binnen sechs Jahren thatsächlich eintritt, bleibt der g. 1335 außer Betracht, weil bei ber gefürzten Berjährungsfrift (und bem gegenwärtigen Ringfuße ber Staatsichulb) ein Unmachfen ber Rinfen bis zur Capitalssumme unmöglich ift, ebenso wie dieß nach ben früheren Normen bei 3percentigen Staatspapieren ber fall mar. *)

(65) f. M. Erlaß vom 11. März 1866, J. 8134.

Borgang der Caffen und Aemter bei dem Bortommen verjährter Conpons bon öffentlichen Schuldverschreibungen.

F. M. B. Bl. Mr. 13, S. 81.

Mit Beziehung auf die Berordnung vom 16. Jänner 1860, 3. 198-F. M.**) und auf bie Belehrung vom 27. Janner 1866. 3. 2670 1) werben die sammtlichen mit der Zahlung von Zinfen der öffentlichen Schuld betrauten Cassen und Aemter, mit Ausnahme der Universal-Staatsschuldencaffa, welcher eine Ueberstämpelung für biefe Fälle besonders vorgezeichnet worden ift, hiermit angewiesen, verjährte Coupons im Falle ihres Bortommens, als zu einer Bergütung nicht

bezahlen, weil die Zinsen für die Jahre 1843 bis 1858 burch die Borschrift bes §. 1335, und überdieß die Binfen für die erften funf Jahre, 1823 bis 1827, durch die dreißigjahrige Berjahrung erloschen find, und wenn von einer Schulbverfchreibung zu fünf Procent durch 50, zu viereinhalb durch 5229, zu vier durch 55, und zu dreieinhalb Procent durch 584/2 Jahre die Zinsen nicht behoben, sondern erst nach dieser Reihe von Jahren gefordert würden, so sind dem Gläubiger gar keine versallenen, sondern nur bie vom Tage ber Anmeldung laufenben neuen Binfen auszuzahlen, weil die bis zur Sohe des Capitalsbetrages reichenden Rinfen durch bie breißigjährige Berjährung bereits ganz erloschen find.

Bei den zu drei vom hundert oder zu einem noch geringeren Dage verzinslichen Schuldverschreibungen aber fonnen der §. 1335 und die breißigjahrige Berjährung, den Fall einer Unterbrechung der Letteren ausgenommen, nebeneinander nicht in Anwendung kommen, weil bei diefen Schuldverschreibungen die Berjährung der einzelnen Binfen-Raten icon vor dem Beitpuncte, wo diefelben die Capitalshobe

**) Sieh' Seite 166.

erreichen, eintritt, und also der §. 1335, den Fall einer Unterbrechung der Ber-jährung ausgenommen, seine Wirksamkeit nicht äußert."

*) Die Erreichung der Capitalshöhe bei 3%gen Staatspapieren hätte erst nach 33½ Jahren eintreten können, und ware nur dann möglich, wenn man bie für die erften 31/2 Jahre entfallenden Binfenbetrage, welche bie Partei zu fordern nicht berechtigt, und die Staatsschulbencaffe zu zahlen nicht verpflichtet ift, hiernach Binsenbetrage, welche zu Recht nicht bestehen, zum Zwede ber Schaffung ber Binsenausstands-Forderung (?) in der Höhe bes Capitalsbetrages als existent betrachtete. Gin folder Borgang murbe bem Bortlaute bes hofft. Decretes bom 27. September 1844, B. 17405 (fieh' Seite 168) und ber Bestimmung bes hofbecretes vom 21. Rovember 1812 (3. G. S. Nr. 1016, — Originalact 3. 3838 v. 3. 1812 erliegt im Fasc. 23 in der Registratur bes f. f. Dbersten Gerichtshofes) widersprechen, wonach die Binfenverjährung unterbrochen sein muß, damit bie Forderung von rudftandigen Capitals-Binfen bis zur Capitals-Summe, wobon ber §. 1335 handelt, fich vermehren fonne.

geeignet, jederzeit einfach den Parteien zurückzustellen, vorher jedoch zur Hintanhaltung von Mißbräuchen oder Irrungen, auf der Vordersfeite mit dem Worte "verjährt" in rother Tinte deutlich zu übersschreiben.*)

1) Mit bem F. M. Erlaße vom 27. Jänner 1866, Z. 2670 [F. M. B. Bl. Nr. 8, S. 52]**) wurde Folgendes bedeutet:

"Wit Beziehung auf die Berordnung vom 16. Jänner 1860, 8. 198-F.M. werden die mit der Zahlung von Zinsen der öffentlichen Schuld betrauten Organe ausmerksam gemacht, daß mit 21. Jänner 1866 alle Zinsen von öffentlichen Schuldverschreibungen als verjährt zu betrachten und nicht mehr zu bezahlen sind, welche vor dem 21. Jänner 1860 fällig geworden sind, und daß vom 21. Jänner 1866 an alle Zinsen als verjährt zu betrachten sind, welche vom Tage, an welchem die Zahlung begehrt wird, zurückgerechnet, bereits länger als sechs Jahre fällig waren.

Es bürfen baher z. B. Zinsenquittungen über Zinsen, welche am 21. Jänner 1860 fällig geworden sind, am 21. Jänner 1866 nicht mehr realisirt, deßgleichen Coupons vom 1. April 1860 am 1. April 1866 nicht mehr gezahlt werden u. s. w. Es versteht sich übrigens von selbst, daß die Berjährung in dem Momente unterbrochen wird, in welchem die Partei durch Ueberreichung des Coupons, der Zinsenquittung, der Amortisirungs-Documente oder durch eine dahin zielende Eingabe die Interessenzahlung begehrt."

(66) Gefet vom 28. März 1875, ***)

betreffend die Berjährung des aus Staats-Schuldverschreibungen, welche bem Staatsglänbiger keine Capitalsrückforderung gewähren, gegen den Staatsschap zustehenden Berzinsungsanspruches.

R. G. Bl. Nr. 49, S. 126; — F. M. B. Bl. Nr. 9, S. 65.

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathest) verordne Ich, wie folgt:

§. 1. Der aus ben Staats-Schulbverschreibungen, in welchen eine Verpflichtung zur Capitalsrückzahlung nicht ausgebrückt, ober bezäuglich welcher diese Verpflichtung aufgehoben ift, gegen den Staatssichat zustehende Anspruch auf Verzinsung des Schuldcapitals erlischt,

*) Die Staatsschulbencasse bedient sich hierbei einer besonderen Stampiglie F. M. Act 3. 7363 v. J. 1866.

^{**)} Mit bem Staatsministerial-Erlaße vom 6. Februar 1866, B. 2152. wurden die Präsiden sämmtlicher Länderstellen (excl. Dalmatien) verständigt: daß die Bestimmungen des F. M. Erlaßes vom 16. Jänner 1860 auch auf die Zinsen ber Grundentlastungs-Obligationen Anwendung finden.

^{***)} Bergleiche ben Erlaß vom 29. Mai 1875, Z. 2233-F. M. (Seite 173).
†) Ter Motivenbericht zu diesem Gesethe ist unter Nr. 181 der Beilagen zu den stenographischen Protocollen des Abgeordnetenhauses, VIII. Session, Bd. 2, Seite 1683 abgedruckt. Die zweite Lesung des Gesehentwurfes im Abgeordnetenhause fand am 11. Februar 1875 statt. (Stenographische Protocolle über die Sizungen des Hauses des Keichsrathes, VIII. Session, Band 4, Seite 3886.)

nach ben Vorschriften des bürgerlichen Rechtes über die Verjährung, und zwar bei Staats-Schuldverschreibungen, welche auf Namen lauten, und vinculirt sind, in dreißig Jahren, und gegen die im §. 1472 des a. b. G. B. aufgeführten begünstigten Personen in vierzig Jahren; hingegen bei Staats-Schuldverschreibungen, welche auf Ueberbringer lauten, in dreißig Jahren.

In Ansehung der Berjährung der einzelnen Zinsenraten bleiben bie bisherigen Normen, insbesondere der Finang-Ministerialerlaß vom

16. Jänner 1860 (R. G. Bl. Nr. 21) in Geltung. *)

- §. 2. Die Berjährungsfrist beginnt bei auf Namen lautenden und bei vinculirten Schuldtiteln mit dem Fälligkeitstage der ersten aus dem Staatsschaße nicht mehr behobenen Zinsenrate, bei auf den Ueber-bringer lautenden Schuldtiteln mit dem Fälligkeitstage der, auf den letzten von der Finanzverwaltung zu dem Schuldtitel hinausgegebenen Zinsencoupon, nächstfolgenden Zinsenrate.
- §. 3. An Stelle ber gerichtlichen Klage (§. 1497 a. b. G. B.) unterbricht ben Lauf ber Verjährung die Vorweisung des Schulbtitels bei ber zur Hinausgabe neuer Coupons zuständigen Staatscasse zur Erwirlung der durch §. 4 des Gesehes vom 2. Juli 1868 [K. G. Bl. Nr. 88] **) normirten Anmerkung, die Ueberreichung des wenngleich nicht von dem Schulbtitel selbst begleiteten Anlangens um Umschreibung oder um Zinsenssührlüssigmachung an eine der mit der Verwaltung der Staatsschuld betrauten Behörden, 1) endlich die Ueberreichung des Gesuches um Einleitung der Amortisirung des Schulbtitels bei dem competenten Gerichte. Jeder dieser Schritte muß, um die Verjährung wirksam zu unterbrechen, binnen sechs Jahren vom Tage des ersten Einschreitens zur Zinsenerhebung, beziehungsweise zur Erhebung eines neuen Couponbogens geführt haben.
- §.4. Das Hoffanzlei-Decret v. 30. April 1815 (Nr. 1149 J. G. S.) und das Hofbecret vom 20. August 1817 [Nr. 1364 J. G. S.],***) soweit dieses die Unverjährbarkeit des Zinsenbezugsrechtes ausspricht, sind aufgehoben.
- §. 5. Dieses Geset hat auch auf jene Fälle, in welchen die im §. 2 desselben für den Beginn der Verjährungsfrist bestimmten Termine schon vor dem Zeitpuncte seines Wirksamwerdens eingetreten sind, Anwendung zu finden. Jedoch ist die Verjährungsfrist, wenn sie hiernach vor dem 1. Jänner 1881 ihr Ende erreichen würde, erst als an dem 1. Jänner 1881 verstrichen, anzusehen. 2)

^{*)} Die Berufung des F. M. Erlaßes vom 16. Jänner 1860 (sieh' Seite 166) an dieser Stelle beweist, daß, ungeachtet des Erlöschens des Anspruches auf Berzinsung des Schuldeapitals wegen Ablauses der 30- ober 40 jährigen Zeitperiode, der Anspruch auf die in die letzten Jahre dieser Periode fallenden noch under jährten Zinsen ausrecht bleibt. — Siehe Note *), Seite 169.

^{**)} Sieh' Scite 193. ***) Sieh' Seite 167.

§. 6. Der Minister ber Finanzen und ber Justiz sind mit bem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

Wien, am 28. März 1875.

Franz Joseph m. p.

Auersperg m. p.

Glaser m. p.

Bretis m. p.

1) F. M. Kundmachung vom 29. Mai 1875 (B. 2233-F. M.).

R. G. Bl. Nr. 85, S. 211; — F. M. E. Bl. Nr. 17, S. 107.

Unter ben im §. 3 bes Gesetzes vom 28. März 1875 (R. G. Bl. Nr. 49) erwähnten, mit der Verwaltung der Staatsschulb betrauten Behörben sind ausschließlich zu verstehen:

- 1. Die f. f. Staatsichulbencaffe,
- 2. die f. f. Direction der Staatsschuld,
- 3. das t. t. Finanzministerium und
- 4. die im §. 4, lit. b) und c) ber Kundmachung bes Finanzministeriums vom 28. December 1868*) genannten Cassen und Aemter hinsichtlich der Staatsschuldverschreibungen, deren Zinsen auf dieselben förmlich überwiesen sind.

2) F. M. Erlaß vom 20. December 1880, J. 38828.

F. M. B. VI. v. J. 1881, Nr. 2, S. 4.

Das Gesetz vom 28. März 1875 (R. G. Bl. Ar. 49, B. Bl. Ar. 9, S. 65) über Verjährung bes aus Staats-Schuldverschreibungen, welche dem Staatsgläubiger keine Capitalsrücksorderung gewähren, gegen den Staatsschatz zustehenden Verzinsungsanspruches, bestimmt im §. 5, daß dieses Gesetz auch auf jene Fälle Anwendung zu sinden hat, in welchen die im §. 2 desselben für den Beginn der Versährungsfrist bestimmten Termine schon vor dem Zeitpuncte seines Wirksamwerdens eingetreten sind. Jedoch ist die Verzährungsfrist, wenn sie hiernach vor dem 1. Jänner 1881 ihr Ende erreichen würde, erst als am 1. Jänner 1881 verstrichen anzusehen.

Die f. f. Cassen und Aemter, auf welche die Berzinsung älterer Staatsschuldverschreibungen überwiesen ist, werden erinnert, die Bestimmungen des citirten Gesetzes im Auge zu behalten, und von jedem Falle, daß aus einer Staatsschuldverschreibung, welche gemäß den Bestimmungen des citirten Gesetzes verjährt zu sein scheint, ein Berzinsungsanspruch erhoben wird, nach der Beschaffenheit des Falles unter Borlage der Obligation an die Direction der Staatsschuld Anzeige zu erstatten. **)

^{*)} Sieh' Seite 118.

^{**)} Wit bem F. M. Erlaße vom 14. Jänner 1881, Z. 38828 wurde die Staatsschuldencasse angewiesen, Obligationen, deren Berzinsungsanspruch erloschen ift, nicht nur mit der Berjährungs-Stampiglie zu versehen [fieh' Note *), Seite 170], sondern auch zu durchschlagen und sodann den Parteien zurüczustellen.

(67) f. Al. Erlaß vom 29. Alai 1875, B. 2233-F. M.,

betreffend die Ausführung und analoge Anwendung des Gesets vom 28. März 1875 über die Berjährung des ans Staats-Schuldverschreibungen, welche dem Staatsgläubiger keine Capitalsrückorderung gemahren, gegen ben Staatsichas anftehenden Berginfungsaufpruches.

F. M. B. Bl. Nr. 17, S. 108.

In Folge bes Gesetzes vom 28. März 1875*) find die Fragen. ob die Berjährung bes aus Staats-Schuldverschreibungen, welche dem Staatsaläubiger feine Capitalsrückforderung gemähren, gegen ben Staatsichat zustehenden Verzinsungsanspruches für unterbrochen ober gehemmt zu halten sei, foferne bas citirte Befet felbst hierüber feine Bestimmung enthält, nach ben Normen bes allgemeinen burgerlichen Gesetbuches zu entscheiden. 1)

Wenn es sich um Inhaberobligationen handelt, ift hierbei auf persönliche Eigenschaften und Verhältnisse des Inhabers keine Rücksicht

zu nehmen. **)

Die im §. 3 des citirten Gesetes aufgeführten Unterbrechungsacte, mit Ausnahme ber Borweisung bes Schuldtitels zur Anmerkung, fowie die Bestimmungen diefer Berordnung finden auf die ruckaahlbaren Titel der Staatsschuld hinsichtlich der Verjährung der Ansprüche auf Capital und Zinsen sinngemäße Anwendung.

In fernerer analoger Anwendung bes citirten Gesetzes auf die Berjährung der einzelnen Zinsenraten von Staats-Schuldverschreibungen haben an Stelle der Verordnung vom 14. November 1866, R. 18645 B. Bl. Nr. 44, S. 232 Anhang], ***) welche hiermit aufgehoben wird,

nachstehende Bestimmungen zu gelten.

Den Lauf der Berjährung der einzelnen Zinsenraten unterbricht:

1. Die Vorweisung des Schuldtitels bei ber zur hinausgabe neuer Coupons zuständigen Staatscasse zur Erwirkung der durch & 4 bes Gesetzes vom 2. Juli 1868+) normirten Anmerkung hinsichtlich der neu hinauszugebenden, im Zeitpuncte ber Vorweisung bes Schulbtitels nicht bereits verjährten Coupons;

2. die Ueberreichung bes wenngleich nicht von bem Schuldtitel felbst begleiteten Ginschreitens um Umschreibung ober um Binsenflussigmachung an eine ber mit ber Berwaltung ber Staatsschuld betrauten Behörden ++) hinfichtlich ber im Zeitpuncte ber Ueberreichung nicht bereits verjährten Zinsenraten, ferner bas wenngleich nicht von bem

***) In diefer Berordnung war das Ansuchen um Amortisirung der Coupons

als Unterbrechungsgrund ber Berjährung anerkannt.

^{*)} Sieh' Seite 170.

^{**)} Der Grund, warum bei Inhaberpapieren auf die persönlichen Berhältnisse bes Inhabers teine Rudficht zu nehmen ist, ist der, daß bei Inhaberpapieren dem Staate nicht ein bestimmter Gläubiger gegenüber steht, daher auch von persönlichen Berhaltniffen und Eigenschaften besfelben nicht die Rede fein fann.

^{†)} Sieh' Seite 193. · ††) Sieh' Note 1, Seite 172.

Coupon ober ber Zinsenquittung begleitete Anmelden des Anspruches auf eine Zinsenrate bei einer jener Behörden hinsichtlich der angemeldeten nicht bereits verjährten Zinsenrate;

3. die Ueberreichung bei dem competenten Gerichte — des Gesuches um Einleitung der Amortisirung eines Inhaber-Schuldtitels hinsichtlich der auf Grund desselben erst hinauszugebenden, im Zeitpuncte der Gesuchsüberreichung nicht bereits verjährten Coupons — ferner des Gesuches um Einleitung der Amortisirung eines auf Namen Lautenden oder vincusirten Schuldtitels, wenn nebst der Einleitung der Amortisirung vom Gerichte auch das Verbot der Zinsenzahlung bewilligt wird, hinsichtlich der im Zeitpuncte der Gesuchsüberreichung nicht bereits verjährten Zinsenraten — endlich des Gesuches um Einleitung der Amortisirung eines Coupons hinsichtlich der betreffenden nicht bereits verjährten Zinsenrate.

Im Uebrigen haben bezüglich der Unterbrechung und der Hemmung der Verjährung der einzelnen Zinsenraten die Normen des allsgemeinen bürgerlichen Gesethuches in demselben Umfange wie für den Verzinsungsanspruch an sich zu gelten. Hierdurch bleibt die Verordnung vom 4. December 1866, Z. 47519*) unberührt, da während eines administrativen Aerarialverbotes das Zinsensorderungsrecht an sich nicht ausgeübt werden kann. (§. 1478 a. b. G. B.)

Sowohl wenn es sich um die Verjährung des Verzinsungsanspruches, als wenn es sich um die der einzelnen Zinsenraten handelt, wird die Entscheidung der Hemmungsfragen ohne Unterschied der Direction der Staatsschuld, die Entscheidung der Unterbrechungsfragen aber gleichfalls dieser Behörde für die Fälle, welche zu juridischen Bedenken Anlaß geben, vorbehalten.**)

1) Der im §. 1475 bes a. t. G. B. ****) erwähnte Aufenthalt außer ber Provinz u. z. hinsichtlich ber gesammten österr. ung. Monarchie, sowie Bosniens und der Herzegowina kann, wegen der freien Ueberweisbarkeit der Zinsen der Staatsobligationen innerhalb dieses gesammten Gebietes, auf die Berjährung des Berzinsungsanspruchs oder der einzelnen Zinsen raten nicht bezogen werden. [Sieh' Note *), Seite 139.]

^{*)} Sieh' Seite 201.

^{**)} Mit bem Erlaße vom 29. Mai 1875, Z. 2233-F. M. wurde ber Direction ber Staatsichuld bebeutet: daß Fälle, in welchen die hemmungsgründe bes §. 1496 a. b. G. B. in Frage kommen, bem F. M. zur Enticheibung vorzulegen sind.

^{***)} Der §. 1475 bes a. b. G. B. lautet: "Der Aufenthalt bes Eigenthumers außer der Provinz, in welcher sich die Sache befindet, steht der ordentlichen Erstung und Berjährung insoweit entgegen, daß die Zeit einer willführlichen und schuldsofen Abwesenheit nur zur Hälfte, solglich Sin Jahr nur für sechs Monate gerechnet wird. Doch soll auf kurze Zeiträume der Abwesenheit, welche durch kein volles Jahr ununterbrochen gedauert haben, nicht Bedacht genommen, und überhaupt die Zeit nie weiter als dis auf dreißig Jahre zusammen ausgebehnet werden. Schuldbare Abwesenheit genießt keine Ausnahme von der ordentlichen Berjährungszeit."

(68) Kaiserliches Patent vom 28. März 1803.

J. G. S. Nr. 599; — B. G. S. Bb. 19, Nr. 88, S. 81.

Um die Anstände zu beheben, welche sich wegen Amortisirung solcher Staatspapiere ergeben können, die auf den Ueberbringer lauten, wollen Wir zur Richtschnur der Gerichtsbehörden und Nachachtung der Parteien folgende Vorschriften festsetzen:

- 1. Ueber alle inländischen Staatspapiere,*) welche nicht auf einen bestimmten Namen ausgestellt sind, sondern nur auf den Ueberbringer mit einer bestimmten Zahlungsfrist lauten (worunter vorzüglich die Loose der Bergwerks-Producten-Berschleiß-Directions-Lotterie, und ein großer Theil der Obligationen der Wiener Stadt-Banco-Lotterie nebst den dießfälligen Interessen-Coupons gehören), sollen bei den öffentlichen Staats-Cassen feine die Zahlung zur Verfallszeit hemmende Amortisationen, oder gerichtlichen Verdote Wirkung haben, weil es die Eigenschaft dieser Staatspapiere mit sich bringt, daß jeder Ueberbringer derselben als der wahre Eigenstümer angesehen werde. 1)
- 2. Damit jedoch in Fällen, wo ein solches Staatspapier durch irgend einen Zufall bei der Verfallzeit nicht dargebracht werden könnte, dem Eigenthümer**) ein Mittel verbleibe, zu der ihm gedührenden Zah-lung zu gelangen; so erlauben Wir in dieser Hinficht: daß über solche auf den Ueberbringer lautende öffentliche Staatspapiere 2) noch fernere Amortisations-Schicte, jedoch nur dergeftalt ausgesertiget werden, daß die gesehliche Amortisation erst nach Einem Jahre, sechs Wochen, drei Tagen von dem wirklichen Zahlungstage der Obligation, des Looses, oder des Coupons an, und wenn diese Sdicts-Ausfertigung erst nach solchem Zahlungstage angesucht worden wäre, von dem Tage dieser Ausfertigung an gerechnet, ihre Wirklung haben könne. Wo hingegen
- 3. nach dem in dem ersten Absatze enthaltenen Grundsate, des ausgesertigten Amortisations-Sdictes ungeachtet, solche für verloren geachtete Staatspapiere, wenn dieselben vor Ausgang der im zweiten Absatze bestimmten Frist beigebracht werden sollten, bei den Cassen an den Üeberbringer unausgehalten werden ausgezahlt werden.
- 4. Die Ausfertigung eines solchen Amortisations-Schictes ift von nun an bei keiner anderen Gerichtsbehörde als den Rieder-Defter-

^{*)} Das Staatspapiergelb und die Noten der österr.-ung. Bank können nicht amortifirt werben.

^{**)} Bei dem Ansuchen um Amortisirung einer auf Ueberbringer lautenden Staatsschuldverschreibung ist der Amortisirungswerber nicht verpslichtet, den Nachweis zu liesern, daß er im Besipe des in Berlust gerathenen Effectes sich befand.

[[]In bem Entwurfe ber neuen Civilprocehorbnung (Nr. 331 der Beilagen zu ben stenographischen Protocollen bes Abgeordnetenhauses. — IX. Session handeln die §5. 655—667 von der Amortisirung der Urkunden. — Der 2. Absah des §. 660 lautet: "Das Gericht kann anordnen, daß die Boraussehungen, von denen die Bulässigteit der Einleitung der Amortisirung abhängt, glaubhaft gemacht werden."

reichischen Landrechten anzusuchen, d) welchen allein die dießfällige Ausfertigung und nach Verlauf der gesetzlichen Frist, das Armortisationss-Erkenntniß eingeräumt wird. Und sollen die bereits kundgemachten, von anderen Gerichtsbehörden ausgesertigten Amortisationssedicte, oder die schon ergangenen Amortisationsserkenntnisse nur in so fern Kraft haben, daß die darin angekündete Amortisrungsfrist erst nach dem in dem gegenwärtigen Patente bestimmten Zeitraum von Einem Jahre, sechs Wochen, drei Tagen nach dem eingetretenen Zahlungstage der Urkunde ihre Wirkung erreichen könne.

5. *)

1) Die österr. Gesetzebung über die Amortisirung der Staatsschuldeffecten auf Ueberbringer geht von dem Grundsatz aus, "daß nach der Natur dieser Staatspapiere jeder Ueberbringer derselben als der wahre Eigenthümer anzusehen sei, "**) und läßt in Consequenz dessen die Amortisirungseinleitung gänzlich unwirksam sein, wenn vor Ablauf der Amortisirungsfrist, welche niemals früher als mit der Fälligkeit des Effectes oder des dazu gehörigen letzten Coupons beginnt, das Papier zur Realisirung, beziehungsweise zur Erhebung eines neuen Couponsbogens präsentirt wird.

Diesem Grundsatz entsprechend, hat das F. M. mit dem an die Direction der Staatsschuld gerichteten Erlaße vom 11. August 1871, B. 1414-F. M. ***) Folgendes bedeutet:

"Das F. M. findet sich nach gepflogenem Vernehmen mit jenem der Justiz bestimmt, unter Aushebung der bezüglichen Bestimmung des h. ä. Erlaßes vom 12. December 1858, 3. 58743, dann der provisorischen Ansordnung der k. k. Direction, welche dieselbe in dem mit h. ä. Erlaße vom 12. Februar 1861, 3. 3866 zur Kenntniß genommenen Berichte vom 22. Jänner 1861, 3. 2819 zur Anzeige brachte, zu verfügen, daß es von der Richtverwechslung von Schuldtieln auf Ueberdringer, in Ansehung deren die Einleitung der Amortisirung oder die Invigilirung im Ereditssuche vorgemerkt ist, sosort abzukommen habe, †) daß aber solche im Wege der Verwechslung einlangende, dann Schuldtitel, hinsichtlich deren erst,

**) Vergleiche §§. 1 und 3 bes Patentes vom 28. Marz 1803 (Seite 175), §. 2 bes Patentes vom 16. August 1817 (Seite 187), und §. 3 bes Gesets vom 2. Juli 1868 (Seite 193).

†) Mit dem F. W. Erlage vom 12. December 1858, Z. 58743 wurde bie Staatskoulbencasse beauftragt: wenn Ueberbringer-Obligationen, rücssichtich welcher die Amortistrung eingeleitet wurde, während der Amortistrungsfrist zur Umwechs-

^{*)} Der Punct 5 bieses Patentes, welcher sich auf die Lose der Bergwerks-Broducten-Berschleiß-Directions-Lotterie bezog, ist, da diese Lose bereits eingelöst sind, hier nicht aufgenommen.

^{***)} Mit bem Just. Min. Erlaße vom 18. August 1871, 3. 9381 wurde dem k. k. L. Landesgerichte in Bien (im Bege des Oberlandesgerichtes) der F. W. Erlaß vom 11. August 1871, 3. 1414-F. M. mit dem Beistugen zugemittelt: daß durch diese Berfügungen die Berpsiichtung des k. k. Landesgerichtes, von der Einleitung der Amortisierung auch dei Inhaberpapieren die Staatsschuldencasse und die Direction der Staatsschuld in Kenntniß zu sehen, unberührt bleibe. [Sieh Rote *), Seite 185].

nachbem sie schon in die Verwechslungscaffe eingelangt waren, die Vormerkung der Einleitung der Amortisirung oder der Invigilirung beansprucht wird, nicht mehr an Parteien hinauszugeben, sondern sofort der Tilgung zuzusühren seien.

Damit nun biefe geanberten Berfugungen ohne Gefahrbung berechtigter Intereffen burchgeführt werben tonnen, bat bie Staatsichulbencaffe bezüglich aller Crebitseffecten auf Ueberbringer, welche gur Bermechslung ober Umschreibung auf Ramen eingereicht werben, vorerft im Creditsbuche nachzusehen, ob nicht die Einleitung ber Amortifirung ober die Invigilirung vorgemerkt ift, ferner ben Umftand bes erfolgten Erlages in bie Bermechelungscaffe, sowie ber ftattgehabten Biederhinausgabe aus berfelben iederzeit im Creditsbuche ersichtlich zu machen. Begen ber Bichtigkeit ber strengen Ausführung biefer Anordnungen bat die t. t. Direction felbft mittelft einer Scontrirung ber Bermechslungscaffen und Rachicau in ben Creditsbuchern zu erheben, ob die erforberliche Erfichtlichmachung bes Erlages gehörig gepflogen fei, beziehungsweife bei mahrgenommenen Mängeln die nachträgliche Erfichtlichmachung einzuleiten, eventuell wenn Effecten, bezüglich beren die Ginleitung ber Amortifirung ober Invigilirung vorgemertt ift, fich in ben Bermechelungecaffen befanden, beren Tilgung ju veranlaffen, in hintunft aber beggleichen mittelft zeitweiser Scontrirung und ftichprobeweiser Nachschau die bezügliche Gebarung ber Caffe forgfältig zu übermachen, und, falls Nachläffigfeiten in biefer Richtung vortämen, fie unter Namhaftmachung ber schulbtragenben Organe hierher anzuzeigen.

Wird ein Effect, hinsichtlich bessen die Einleitung der Amortisirung vorgemerkt ist, zur Berwechslung oder Umschreibung auf Namen beigesbracht, so hat die Staatsschuldencasse den beanspruchten Act anstandslos vorzunehmen, das Essect der Tilgung zuzusühren und zugleich die Anzeige hiervon an die k. k. Direction zu erstatten, diese aber hat von der ersolgten Präsentation des Essectes zur Berwechslung und Tilgung desselben das Wiener Landesgericht unter Ansührung der Daten des Amortisirungsse Einleitungserkenntnißes zu verständigen.*)

Wenn bezüglich eines zur Verwechslung ober Umschreibung auf Namen eingereichten Effectes die Vormerkung der Invigilirung haftet, so hat die Staatsschuldencasse die Verwechslung oder Umschreibung über Verlangen bekannter Personen anstandslos vorzunehmen, und nur das Vortommen nachträglich unter Angabe des Namens und Wohnortes des Präsentanten der k. k. Polizei-Direction mitzutheilen, beziehungsweise gegensüber unbekannten oder solchen Parteien, welche ihre Jdentität nicht durch der Casse bekannte Versonen auszuweisen vermögen, mit der Vornahme

lung producirt werden, dieselben der Partei unverwechselt mit dem Bedeuten zurudzustellen, daß diese Effecten dem Amortisirungsversahren unterzogen sind.

^{*)} Das Gericht veranlaßt die Einstellung des Amortistrungsversahrens und verständigt hiervon den Amortistrungswerber.

bes beanspruchten Actes bis zum nächsten Tage zuzuwarten, und mittlersweile mit gleichen Angaben die Anzeige an die k. k. PolizeisDirection zu machen, in beiben Fällen aber die Tilgung des invigilirt gewesenen Essetes nach dessen Berwechslung vorzunehmen.

Soll endlich die Vormerkung der Einleitung der Amortisirung oder der Invigilirung bezüglich eines bereits in der Verwechslungscasse erliegenden Effectes gepflogen werden, so hat die k. k. Direction dem Landesgerichte, beziehungsweise der Polizei-Direction mitzutheilen, daß die beanspruchte Vormerkung wegen Vorhandensein des Effectes im Vesitze der Verwechslungscasse und gleichzeitig eingeleiteter Tilgung desselben nicht vorgenommen werden könne, und unter Einem thatsächlich die Tilgung des Effectes anzuordnen.

Indem die k. k. Direction den Auftrag erhält, die dem Vorstehenden entsprechenden Weisungen an die Staatsschuldencasse zu richten, wird diese Casse zugleich auf die genaue Beobachtung der in Ansehung der Invigislirung erstossenen Normalvorschriften der allg. Hoftammer vom 15. Mai 1834, B. 20376, und des F. M. vom 11. Juli 1857, B. 39633*) zu

^{*)} lleber die von der k. k. Polizei-Oberdirection der Hoffammer gemachte Mittheilung, daß eine Person mehrere Coupons verloren habe, hat die Hoffammer mit dem Erlaße vom 15. Mai 1834, Z. 20376 die U. St. und Banco-Schuldencasse beauftragt: "diese Coupons, sobald sie von einer der Casse bekannten Person zur Zahlung beigebracht werden, bei liquidem Besunde ohne Anstand zu realisiren, und hievon der Polizei-Oberdirection die Anzeige zu machen. Sollten aber diese Coupons von einer der Casse unbekannten Person beigebracht werden, so ist das betreffende Individuum um Name, Stand und Bohnort zu befragen, sodann auf den solgenden Tag zu bestellen, inzwischen aber sogleich die Anzeige an die k. k. Polizei-Oberdirection zu machen. Des anderen Tages sind die Coupons, wenn sie liquid besunden werden, ohne Anstand zu realisiren."

Mit bem F. M. Erlaße vom 11. Juli 1857, 3. 39633 wurde ber Staatsschuldencaffe bedeutet: "daß auch auf mundliches Ansuchen von Barteien, welche der Caffe bekannt sind, oder sich über ihre Identität ausweisen, die vorläufige Invigilirung abhanden gefommener, auf Ueberbringer lautender Creditseffecten unter ber Bedingung vorgenommen werden konne, daß fich dieselben unter Ginem an die Polizeis Direction wenden. Gine folche über mundliches Unsuchen vorgenommene vorläufige Invigilirung hat aber, so wie ein mundlicher außergerichtlicher Berbot auf auf Namen lautende Creditseffecten nur 24 Stunden zu gelten, und es ift ber Partei, welche, wie sich von selbst versteht, sämmtliche Merkmale der zu invigilirenden Effecten genau anzugeben hat, allsogleich zu bedeuten, daß sie vor Ablauf der 24stundigen Frift das Befuch um Invigilirung bei ber Caffe ichriftlich anzubringen, und in demfelben gu ertlaren habe, bag fie bereits bei ber Bolizei-Direction in Wien um Bewilligung ber Invigilirung eingeschritten fei. Auf Grundlage einer folden ichriftlichen Angabe hat sodann die vorläufig vorgemertte Invigilirung noch burch weitere 14 Tage gu gelten. Bringt nun in biefem Falle, wie bei allen übrigen befinitiven Invigilirungsvormerfungen eine ber Caffe unbefannte Berfon Die invigilirten Effecten bei, und tann fie ihre Ibentität burch bem Amte befannte Berfonen nicht nachweisen, ift bie Amtshandlung mit einem folchen Effecte auf den nächften Tag hinauszuschieben und mittlerweile hierüber die Anzeige an die t. t. Bolizei-Direction mit dem Unsinnen zu erstatten, in Bezug auf die Richtigkeit der Angaben der Partei die weiteren Nachforschungen zu pflegen, und von dem Resultate die Caffe zeitgemäß in Renntniß au fegen.

erinnern und mit Beziehung auf bas Gefet vom 2. Juli 1868 [R. G. B. Nr. 88]*) auf nachstehende Buncte, welche auch die k. k. Direction nach Maßgabe ihrer Birkenssphäre zu beobachten haben wird, aufmerksam zu machen sein.

Die Invigilirung eines Talons allein ist in hintunst nur dann vorzumerken, wenn wegen der nahe bevorstehenden Fälligkeit desselben oder aus sonstigen Gründen die nicht ohnehin dem Amortisirungsversahren unterzogene Obligation zur Anmerkung für den unmittelbaren Couponsbogens Bezug im Sinne des Gesetzes vom 2. Juli 1868 nicht rechtzeitig mehr beigebracht werden kann; in andern Fällen ist die Partei nach Maßgabe der Umstände unmittelbar oder im Wege der Polizeisdirection auf die, durch besagtes Gesetz gewährte Anmerkung zum unmittelbaren Couponssbogens-Bezuge zu verweisen.

Dagegen hat die Casse, wenn bezüglich einer Obligation, sowie wenn bezüglich eines Talons die Invigilirung vorgemerkt ist, den neuen Couponsbogen, sei es gegen den Talon, sei es gegen Borweisung der Obligation und Ersichtlichmachung auf derselben, bekannten Personen zwar sosort zu ersolgen, jedoch allezeit hiervon nachträglich der Polizei-Direction unter Angabe des Namens und Wohnortes desjenigen, an den der Couponsbogen hinausgegeben wurde, die Mittheilung zu machen, bezies hungsweise gegenüber undekannten Parteien mit der beanspruchten Aussfolgung des neuen Couponsbogens die zum nächsten Tage zuzuwarten, und mittlerweile das vorgekommene Begehren mit gleichen Angaben der k. k. BolizeisDirection anzuzeigen.

Hinsichtlich berjenigen invigilirten Coupons [zu Effecten unter 5000 fl.], **) beren Contirung nur einmal stattfindet, ***) obliegt es dem Fach-Rechnungsdepartement für die Staatsschuld das Borkommen, wenn thunlich, unter Angabe des Namens und Wohnortes der Präsentanten der Coupons, nachträglich der k. k. Polizei-Direction bekannt zu geben.

Endlich wird die k. k. Direction angewiesen, wenn hinsichtlich eines Effectes die Einleitung der Amortisirung und die Invigilirung zu Gunsten verschiedener Bersonen beansprucht werben, der k. k. Polizei-Direction Namen und Wohnort des Amortisirungswerbers bekannt zu geben, zu welchem Ende die Veranlassung zu treffen ist, daß in den d. m. Aeußerungen, welche dieselbe dei Amortisationseinleitungen und Invigilirungen absorbert, in ersterm Falle die etwa vorgemerkte Invigilirung, im zweiten Falle die etwa vorgemerkte Invigilirung, im zweiten Falle die etwa vorausgegangene Amortisirungseinleitung sicher erwähnt werde."

^{*)} Sieh' Seite 193.

^{**)} Staatsobligationen zu 5000 sl. werden gegenwärtig nicht ausgegeben.

***) Das F. M. hat mit dem an die Staatsschuldencasse gerichteten Erlaße vom

17. März 1863, Z. 57628 eine 19 Paragraphe umfassende Belehrung, betressend die Contirung der Coupons, beziehungsweise den Borgang, welcher vor, bei und nach Auszahlung der bei der Staatsschuldencasse überreichten Coupons zu beobachten ist, erlassen. Diese Belehrung wurde mit dem F. M. Erlaße vom 4. Descember 1865, Z. 56900 erläutert.

2) Bu den auf Ueberbringer lautenden Staatspapieren gehören auch bie gegenwärtig im Berfehr befindlichen Schuldverschreibungen ber Lotto-Anleben von den Jahren 1854, 1860 und 1864. *)

Damit die Sicherheit des Staatsschapes durch Amortisirung von derlei Losen, welche als Cautionen ohne Binculirung bei ben Caffen erliegen, nicht gefährbet werbe, wurde mit bem &. M. Erlage vom 14. Marg 1860. B. 14937 (F. M. B. Bl. Nr. 19, S. 151) Folgendes angeordnet:

"f. 1. Ueber alle im Laufe eines Semesters erlegten Lotto-Anlehens-Obligationen oder Antheile berfelben, welche als Coution **) für länger als ein Jahr, ohne wirkliche Binculirung bei ber Cassa, im Sinne bes Decretes ber bestandenen allgemeinen hoffammer vom 7. Februar 1848, 3. 2922 aufbewahrt werben, ***) ift ein Ausweis zu verfaffen, in

v. J. 1863 (Seite 207).

Mit bem &. M. Erlage vom 2. März 1855, R. 16333-F. M. (F. M. B. Bl. Rr. 15, S. 139) wurde bedeutet: daß bei Erlag von Lotto-Anlehens-Obligationen als Caution immer die vorgeschriebene Widmungsurfunde beigebracht werden muß. (Sieh' Note 2, S. 134). Diese Anordnung wurde mit bem an die F. L. Direction in Brag ergangenen Erlage vom 5. November 1856, Z. 12481-F. M. dahin erläutert: "daß die Beibringung der Bidmungeurfunde nur bei einen Effecten nothwendig ift, welche ohne Binculirung bei ben Cassen ausbewahrt werden. Diese Auffassung entspricht bem Hoffr. Decrete vom 18. October 1841, 8. 40818, mit welchem bie Beibringung von Widmungsurfunden in den Fällen, wo bar erlegte Cautionen oder Badien bei bem Staatsichuldentilgungsfonde fruchtbringend angelegt werben, aus dem Grunde abgestellt murde, weil die über den Cautions- oder Badiumserlag bon dieser Casse ausgefertigte Driginal-Empfangsbestätigung die Cautions- oder Babiumswidmung ichon ausbrudlich enthalt."

***) Mit dem F. M. Erlaße vom 13. Februar 1861, Z. 3700 (F. M. B. Bl.

Rr. 10, G. 59) murbe Folgendes bedeutet:

"Rachbem mit bem Erlage vom 16. Janner 1860, B. 2269 (fieb' Seite 136) bie bei ber Unnahme von Staatsichulbverschreibungen ber Lotto-Anlehen als Cautionen zu beobachtenden Borfichten, und mit bem Erlaße vom 14. Marz 1860, B. 14937 die Bestimmungen vorgezeichnet worden sind, welche bezüglich solcher, auch für länger als ein Jahr, gemäß des hftr.-Decretes vom 7. Februar 1848, B. 2922 bei den Cassen als Cautionen erliegenden Lotto-Anlehens-Effecten zu beobachten sind, jo wird ausdrudlich erflärt, daß es von der mit dem Erlaße vom 2. März 1855, 8. 16333-F. M. angeordneten Einsendung ber Lotto-Anlehens-Obligationen an bie Universal-Staats-Schuldencasse abzukommen hat.

Die Eingangs bezogenen Erläße finden auch auf die feither emittirten Obligationen des Lotto-Anlehens vom Sahre 1860 Anwendung.

^{*)} Sieh' Note 1 B, C, D (Seite 112, 113 und 115).

^{**)} Bergleiche ben §. 6 des F. M. Erlages vom 16. Jänner 1860, B. 2269 (Seite 136), in Betreff ber Bestätigung über ten Umftand, bag bie zur Caution gewidmeten Anlehenslose nicht in Berlosung gekommen sind. Aus Anlaß eines speciellen Falles wurde biese Bestimmung mit dem F. M. Erlaße vom 21. Jänner 1874, B. 31441 bahin erläutert: daß beim Erlage bon Anlehenstofen als Dienftcautionen diefe Bestätigung entbehrt werden fann, ba jebe als Dienstcaution gewibmete Obligation an bie Staatsichulbencaffe gur Binculirung gelangen muß, und biefe Caffe nur unverloste Effecten vinculiren fann. Sieh' hoftr. Decret vom 2. April 1836, B. 14089 (Seite 131). Bergleiche auch ben F. M. Erlag vom 27. Jänner 1866, B. 61066

welchem alle wesentlichen Merkmale folder Effecten genau angegeben sein muffen. Diesen Ausweis hat die der Cassa vorgesetzte Behörde unsmittelbar der Staats-Credits- und Central-Hosbuchhaltung einzusenden; jene Behörde ist für die richtige Besolgung dieser Anordnung versantwortlich.

- §. 2. In den Semestral-Ausweis sind auch diejenigen Lotto-Unlehens-Obligationen oder Untheile berselben aufzunehmen, welche nach Ablauf der Haftungsdauer nenerdings auf eine weitere Zeitperiode als Caution belaffen werden wollen.
- §. 3. Die Staats-Credits- und Central-Hofbuchhaltung hat in ben Creditsbüchern bei jedem in bem Ausweise aufgeführten Credits-Effecte lediglich vorzumerken, bei welcher Cassa dasselbe ausbewahrt werde, die geschehene Bormerkung auf dem Ausweise unter amtlicher Fertigung zu bestätigen und den Ausweis an die betreffende Behörde zurückzusenden.
- §. 4. Die in die Creditsbücher eingetragene Bormertung darf nur über Einschreiten berjenigen Behörde gelöscht werden, welche ben Ausweis eingesendet hatte; sie haftet dafür, daß die Löschung erst dann angesucht werde, nachdem der Cautionant seine Berpflichtungen erfüllt ober in anderer Beise Sicherstellung geleistet hat; ober wenn das Cautions-Effect wegen Realifirung des zu leistenden Ersapes veräußert werden soll.
- §. 5. Wenn mahrend ber Zeit, in welcher die Vormerkung in den Creditsbüchern haftet, die Ginleitung zur Amortisirung oder die wirkliche Amortisirung des erlegten Cautions-Effectes angesucht würde; so ift dem n. ö. Landesgerichte, welches sich vorschriftmäßig vor der Erledigung des Geluches an die Staats-Credits- und Central-Hosbuchhaltung wendet, von dieser die bestehende Bormerkung bekannt zu geben.
- § 6. Da burch die vorstehenden Bestimmungen die Gesahr beseitigt wird, daß eine als Caution erliegende Lotto-Anlehens-Obligation oder ein Antheil derselben amortisirt werden könne, so hat es von der in den §§. 6 und 7 des Decretes der bestandenen allgemeinen Hostammer vom 7. Fesbruar 1848, 3. 2922*) enthaltenen Anordnung abzutommen, nach

*) Das Hoffr.-Circ.-Decret vom 7. Februar 1848, Z. 2922 lautet:

Damit aber baburch bie Sicherheit bes Aerars nicht gefährdet werbe, muffen

babei folgende Bedingungen beobachtet werben:

2. Hat die Uebernahme nur bei ber, der Cameral- oder politischen Landesstelle unmittelbar untergeordneten Casse gegen einen dem Erleger auszusiellenden Empfangsschein stattzufinden.

[&]quot;Bur möglichen Bermeibung ber vielen Binculirungen und Devinculirungen ber Schuldverschreibungen und Abiheilungen ber beiden Lotto-Anlehen von den Jahren 1834 und 1839 und ber bamit verbundenen Uebelftande findet man sich bewogen, zu gestatten, daß in Zukunft die vorgenannten Schuldverschreibungen und beren Abiheilungen auch auf die Dauer mehrerer Jahre ohne Binculirung als Cautionen sur das Aerar für Lieferungen, Pachtungen, Leistungen u. s. w. angenommen werden können.

^{1.} Muß der Contrahent bei der Uebergabe der Lose und Losabtheilungen der Lotto Anlehen von den Jahren 1834 und 1839 zugleich eine eigene, oder in Beziehung auf die Licitationsbedingnisse abgesaßte Widmungsurfunde ausstellen.

welcher solche Obligationen ober Antheile berfelben nicht nur in den Ausweis besjenigen Quartals, in dem sie erlegt wurden, aufgenommen, sondern nach dem Ablauf eines jeden halben Jahres mit allen andern, noch aus früheren Jahren herrührenden Effecten dieser Art immer wieder ausgewiesen werden mußten.

- §. 7. Es versteht sich hiernach von selbst, daß kein Ausweis zu verfassen sei, wenn in einem Semester keine Lotto-Anlehens-Obligationen oder Antheile derselben als Caution erlegt wurden. Damit jedoch hinssichtlich bersenigen Effecten dieser Art, welche bis Ende des ersten Semesters 1860 bei den Cassen erliegen werden, der Möglichkeit ihrer Amortisirung begegnet werde, ist der Ausweis über alle daselbst verwahrten Lotto-Anlehens-Obligationen und Antheile derselben zu versassen, abernicht mehr dem Finanzministerium vorzulegen, sondern unmittelbar der Staats-Credits-und Central-Hosbuchaltung*) zu übersenden, welche sofort nach §. 3 dieses Erlaßes Amt zu handeln hat.
- §. 8. Durch die Aushebung der §§. 6 und 7 des oben bezogenen Decretes vom 7. Februar 1848 werden alle übrigen Bestimmungen desfelben keineswegs berührt und sind somit fortan zu beobachten."
- 3) In dem bei dem zuständigen Gerichtshofe **) zu überreichenden. Gefuche um Einleitung des Amortisationsverfahrens hat der Berluftträger

4. Rann die Burudstellung an den Erleger nur über Auftrag der borgesetten

Stelle und gegen Gingiehung bes Empfangsicheines erfolgen.

*) Gegenwärtig Fachrechnungs-Departement I bes F. M.

^{3.} Müssen die übernommenen Papiere als Depositen verrechnet und unter ber vorgeschriebenen mehrsachen Sperre sorgfältigst ausbewahrt werden, auch muß bei den Scontrirungen auf das richtige Borhandensein dieser Depositen die größte Ausmerksamkeit verwendet werden.

^{5.} Ift die Behörde, welche diesen Auftrag ertheilt, insbesondere dafür verantwortlich, daß die Aussolgung an den Cautionanten oder seine Erben nur nach voller Ueberzeugung der erfüllten Berbindlichkeit und nach gehöriger Legitimation ertheilt werde.

^{8.} Hat dasselbe Berfahren endlich für diejenigen Lose und Losabtheilungen stattzufinden, welche nach Ausgang der Contractsjahre noch auf eine weitere Zeitperiode für einen neuen Contract als Caution belassen werden wollen, wobei es sich von selbst versteht, daß in diesem Falle eine neue Widmungsurkunde ausgestellt werden muß."

^{**)} Nach der Bestimmung des §. 32 der Civil-Jurisdictions-Norm vom 20. November 1852 (R. G. Bl. Nr. 251, S. 1081) ist zur Amortisirung der Staatsschuldversschreibungen und der denselben gleichgeachteten Creditspapiere derjenige Gerichtschof 1. Instanz berufen, an dessen Amtssitze die bezüglichen Creditsbucher geführt werden.

Bezüglich der Führung der Creditsbücher für die Aerarial- und Domeftical-Obligationen sind die näheren Bestimmungen mit dem F. M. Erlaße vom 6. Juli 1850, Z. 1360-F. M. (R. G. Bl. Nr. 268, S. 1219) bekannt gegeben worden.

Mit dem F. M. Erlaße vom 10. Jänner 1856, Z. 54924 (R. G. Bl. Ar. 13, S. 37) wurde bedeutet: daß die Creditsbücher und Bormerkungen für sämmtliche, seit dem Jahre 1850 ausgegebene Staatsobligationen, mit Ausnahme der in Folge der Einlösung der Krafauer oberschlesischen Eisenbahn entstandenen Apercentigen Obligationen, dann für die öpercentigen Prioritäts Obligationen der Wien-Glogg-

alle wesentlichen Merkmale bes abhanden gekommenen Effectes genau anzugeben. *)

Wird das Gesuch zur weiteren Beamtshandlung für geeignet befunden, so fragt das Gericht bei ber dießfalls competenten Behörde**) an, ob das in Berlust gerathene Effect unter den im Gesuche angegebenen Merkmalen auf den Creditsbüchern in Borschreibung stehe und noch als

niger Eisenbahn in Wien; für die galizischen Ariegsdarlehens- und Naturallieferungs-Obligationen in Lemberg; für die Apercentigen Prioritätsactien der Krafauer oberschlesischen Eisenbahn in Arafau geführt werden. Die Amortistrung der in Folge der Sinlösung der Arafauer oberschlesischen Sisendahn entstandenen Apercentigen Obligationen ist, ungeachtet die Bücher bei dem Handlungshause E. Heimann in Breslau geführt werden, bei dem t. k. Landesgerichte in Wien zu erwirken.

Bur Amortisirung der Como-Rentenscheine (sieh' lit. F, Seite 115), dann der Staatsschuldverschreibungen des National-Anlehens [sieh' Note**), Seite 163] und der dazu gehörigen Coupons ist ausschließlich das Landesgericht in Wien zuständig. F. M. Erlaß vom 13. Wai 1852, B. 6217-F. M. (N. G. V. V. 123, S. 617), und Berordnung der Ministerien des Janern, der Justiz und der Finanzen vom 26. Jänner 1855, Abjaş 4 (N. G. V. V. 22, S. 222; F. W. Act B. 2139-F. M. v. J. 1855). — Zur Amortisirung der ung. Hossamer-Obligationen und der denselben verwandten Essechen ist das k. ung. Handels- und Wechselgericht zu Budapest berusen. F. M. Erlaß vom 18. März 1873, Z. 1263-F. M. (B. VI. Rr. 8, S. 51).

Bergleiche auch ben §. 6 ber F. M. Kundmachung vom 28. December 1868 (Seite 118), den F. W. Erlaß vom 17. Mai 1853, §. 7727-F. M. (Seite 105), das kaiferliche Patent vom 16. August 1817 (Seite 187), die Note **), Seite 189.

*) Diese Merkmale sind: die Gattung der Obligation, die Nummer, die Serie, das Ausstellungsbatum, der Capitalsbetrag, die Bährung, der Zinssuß. Es ist ferner anzugeden: ob die Obligation auf den Ueberbringer oder auf einen bestimmten Namen und auf welchen lautete; ob ein Talon dazu gehörte; bei einem verlosdaren Effecte: ob dasselbe gezogen war oder nicht, im ersteren Falle mit welchem Gewinnstdetage, und dem Zahlungstage desselben. Bei Losen, welche in Abtheilungen zersallen, muß im Falle der Amortisirung einer einzelnen Abtheilung die Abtheilungsnummer angegeben werden.

Sind mit der Obligation auch Coupons in Berluft gerathen, so ift die Ansahl berfelben und der Berfallstag des ersten und lepten Coupons anzugeben.

Handelt es sich um die Amortisirung von Coupons allein, so sind die Mertsmale der Obligation, zu welcher der Coupon gehörte, anzugeben, serner der Berfallstag eines jeden in Berlust gerathenen Coupons.

Besentliche Merkmale ber Partial-Hppothekar-Anweisungen (sieh' Note 1, Seite 102) sind: ber Ausstellungstag, ber Betrag, ber Serien-Buchstabe, die Nummer, die Berfallszeit, ber Zinsfuß.

Die ben Partial-Sppothekar-Anweisungen beigegebenen Controliceine (fieh' Seite 103) konnen nicht amortisitt werben.

**) Nach den älteren Borschriften waren die Auskünfte bezüglich der Staatsschuldverschreibungen aller Art und deren Coupons bei der Hoftammer einzuholen. Da jedoch die Hoftammer die Zuschriften des Landesgerichtes nur nach Einholung der Aeußerung der Credits-Hofbuchaltung beantworten konnte, so wurde mit dem Just. Min. Erlaße vom 9. December 1854, 8. 23929 zum Zwede der Geschäftsvereinsachung die Einrichtung getroffen, daß vom 1. Jänner 1855 an das k. k. Wiener Landesgericht, wenn es sich um die Amortisirung von bei der U. St. und Bancoschuldencasse haftenden Effecten auf Ueberdring er handelte, die üblichen Anfragen unmittelbar an die Credits-Hofbuchhaltung zu richten, und letztere ebenso ihre Antworten unmittelbar dem Landesgerichte zu ertheilen hatte. Hinsichtlich

unrealifirt aushafte, und wenn es sich um ein verlosbares Papier handelt, ob dasselbe verlost ist.

Lautet die Antwort dahin, daß das Effect nicht mehr hafte, ober daß es bereits behoben sei, so findet das Amortisirungsversahren nicht ftatt.

Bird aber die Anfrage bejaht, fo bewilligt bas Gericht die Ginleitung bes Amortifirungsverfahrens, fertigt bas Amortifirungs-Gbict*)

ber auf Namen lautenden und der vinculirten Obligationen hatte es jedoch bei dem früheren Geschäftszuge zu verbleiben. F. M. Act B. 1187 v. J. 1855.

Von diesen Bestimmungen wurde die gedachte Hofbuchhaltung mit dem Erlase der Obersten Rechnungs-Controlsbehörde vom 12. December 1854, Z. 8429 mit dem Beisügen verständigt: "daß sich bei der Beantwortung der Anfrage lediglich auf die Angabe, ob das zu amortistende Creditseffect unter den von der Partei angegebenen Merkmalen in den Creditsbüchern auch wirklich hafte oder nicht, zu beschränken, und in keine Berichtigung der angegebenen Daten oder in die Rachweisung anderer auf das bezeichnete Effect Bezug nehmenden Verhältnisse einzulassen ist. F. M. Acten 3. 53469, Z. 54705 und Z. 55266 v. J. 1854.

Gegenwärtig ist die Direction der Staatsschuld zur Ertheilung der Auskünfte bezüglich der Staatsschuldverschreibungen aller Art und der Coupons berusen. F.W. Erlaß vom 26. Februar 1860, Abs. 8 (sieb) Seite 202), Note des F.W. an das Justizministerium vom 26. Februar 1860, J. 656-F. M., Just. Min. Erlaß vom 10. März 1860, J. 3462, und Zuschrift des F.W. an das k. k. Wiener Landesgericht vom 9. Jänner 1864, J. 1203. — Mit dem Erlaße vom 23. August 1869, J. 6658-R. F. M. wurde der sormelle Vorgang bei der Veamtshandlung der bei der Direction der Staatsschuld einlangenden Anfragen geregelt.

Ueber die Zuschrift des F.M. vom 17. Mai 1853, Z. 7727-F.M. hat das Just. Min. mit dem an das Oberlandesgericht in Wien gerichteten Erlaße vom 12. Juni 1853, Z. 8851 bedeutet: daß das k. k. Landesgericht die vor der Einleitung des Amortistrungsversahrens und vor der Schöpfung des Amortistrungsverkenntnißes bezüglich der Parrial-Hypothekar-Anweisungen einzuholenden Auskünste, anstatt im Wege des W. M., unmittelbar im Wege des Bankgouverneurs zu verlangen, und die bezüglichen gerichtlichen Berordnungen, anstatt an die Staatsschuldencasse, im Wege des Bankgouverneurs an die Bankcasse zu leiten hat.

[Bei Grundentlastungs-Obligationen ist die Anfrage an die Fonds-Direction bes betreffenden Landes, beziehungsweise an den Landesausschuß zu richten.]

*) Beispielsweise wird hier bas Formulare bes Amortisirungsebictes für nicht verlosbare Staatsschuldverschreibungen angeführt: Bon bem k. k. Landesgerichte in Wien

ift auf Ansuchen hinsichtlich ber angeblich in Berlust gerathenen
in die Aussertigung eines Amortisationsedictes gewilliget worden.

Es wird daher allen Denjenigen, welchen hieran gelegen sein mag, hiermit bekannt gegeben, daß vorgedachte Staatsschuldverschreibung nach Berlauf von vom Versallstage des letzen auf diese Staatsschuldverschreibung hinausgegebenen Interessen-Loupons an gerechnet, vorgedachte Coupon aber nach Berlauf von Einem Jahre, sechs Wochen und drei Tagen, und zwar hinsichtlich

Berlauf von Einem Jahre, sechs Wochen und brei Tagen, und zwar hinsichtlich bereits verfallener Coupons vom Tage dieses Sbictes, hinsichtlich der künftig verfallenden Coupons aber von dem Berfallstage eines jeden einzelnen Conpons an gerechnet, wenn indessen Riemand hierauf hierorts einen Anspruch angemeldet, noch Coupon bei der Casse behoben, noch endlich den Talon oder

aus, veranlaßt beffen Aunbmachung burch Anschlag am Gerichtshause und burch breimalige Einschaltung in dem Amtsblatte der Wiener Zeitung und eventuell in der Landeszeitung, und verständigt hiervon den Gesuchsteller, sowie die betreffende Behörde, an welche die erste Anfrage gerichtet wurde. *) Wenn die Amortisirungsfrist*) abgelausen ist, ohne daß ein An-

die Schuldverschreibung bei der Casse zur Behebung eines neuen Couponsbogens ober aus was immer sonst für einem Grunde beigebracht hätte, für wirklich amortisitt erklärt werden würde.

28ien, am _____ 18____

*) Sieh' Rote **), Seite 183.

Das Justizministerium hat mit dem Erlaße vom 27. October 1858, §. 19246 (Abschrift im F. M. Act §. 58743 v. J. 1858) versügt: "daß das t. t. Wiener Landesgericht die Staatsschuldencasse von der bewilligten Einleitung der Amortistung von auf Ueber drin ger lantenden Staatspapieren ebenso in Renntniß setz, wie dieß nach den bestehenden Borschriften bei der Bewilligung der Einleitung der Amortistrung von auf Ramen lautenden und vinculirten Obligationen stattzusinden hat." Sieh Rote ***), Seite 176.

Mit dem F. M. Erlaße vom 12. Juli 1873, 3. 2943-F. M. wurde der Borgang der Direction der Staatsschuld für die Fälle geregelt, in welchen die derselben zukommenden gerichtlichen Erkenntnisse über die bewilligte Einleitung der Amortisstrung von Effecten der allgemeinen Staatsschuld, eine kürzere als die bei richtiger Anwendung der Amortistrungsnormen zu bemessende Amortistrungsfrist enthalten, oder wenn die Erkenntnisse sehlerhaft abgesatzt sind.

**) Die Amortisirungsfrist umfaßt bei den auf Ueberbringer lautenden Staatsschulbverschreibungen, welche keinen bestimmten Rudzahlungstermin haben, brei Rahre: bei rudgahlbaren, insbesondere verlosbaren Obligationen, bei auf Ramen lautenben, und bei vinculirten Obligationen, sowie bei Coupons und ben Partial-Sypothetar-Anweisungen den Zeitraum von 1 Jahr, 6 Bochen, 3 Tagen. Die Frift beginnt bei nicht rudgahlbaren Effecten mit bem Fälligkeitstage bes letten mit ber Dbligation hinausgegebenen Coupons, bei rudzahlbaren Effecten mit bem Rablungs-, beziehungsweise mit bem gur Gewinnstbebebung bestimmten Tage; bei Coupons mit ihrem Falligfeitstage, und zwar macht es hierbei feinen Unterschieb, ob ein ganger Couponsbogen oder einzelne Coupons, ob Coupons mit oder ohne die Obligation in Berluft gerathen find. Fur jeden Coupon ift fein Falligfeitstermin Beginn ber fur ibn insbesonbere laufenden Amortinrungsfrift. Sind jedoch gur Beit ber Amortifirungseinbringung die als Anfangstermine der Amortistrungsfrift obangeführten Tage bereits verftrichen, fo laufen die Friften, ebenfo wie bei ben auf Ramen lautenben und ben vinculirten Effecten vom Tage ber Ebictsaussertigung. Patente vom 28. Marg 1803 und 16. August 1817 (Seite 175 und 187), und F. M. Act 3. 1387 v. J. 1873.

Bergleiche auch den §. 2 des Gesets vom 24. März 1870 (Seite 116). Die Amortisirungsfrist von 1 Jahr, 6 Bochen und 3 Lagen, vom Edictstage an gerechnet, gilt auch für die Partial-Hypothekar-Anweisungen. Sieh' Note 1, Seite 102.

[Grundentlastungs-Obligationen eines der im Reichstathe vertretenen Königreiche und Länder, welchen auf Ueberbringer lautende Coupons beigegeben sind, werden bezüglich der Amortistrungsfrist so wie auf Ueberbringer lautende Staatspapiere behandelt. Geses vom 3. Rai 1868, R. G. Bl. Rr. 35, S. 69.]

Bei jenen verlosbaren Effecten, welche mit Coupons versehen sind, muß, falls die Amortisirung, bevor das Effect gezogen wurde, eingeleitet wird, das Ratent vom 16. August 1817 (sieh' Seite 187) angewendet werden, und ist auch die Berlosung zu berücksichtigen. Gin schon gezogenes derlei Effect wird als ein Effect, welches mit Coupons nicht versehenwar, zu behandeln sein, weil die nach der Ziehung

ipruch auf das Effect erhoben ober das Berfahren eingestellt worden wäre, *) so wird über neuerliches Ginschreiten des Amortisirungswerbers die neuerliche Auskunft**) bei der vorerwähnten competenten Behörde über den

fälligen Coupons nicht mehr gelten. Seite 14 ber im &. M. Acte 3. 9867 v. J. 1863

erliegenden Aufammenftellung ber Amortifirungsvorschriften.

Bei den Staatsschuldverschreibungen vom Jahre 1860 (sieh' lit. C, Seite 113), welchen, ungeachtet die lette Ziehung erst im Jahre 1917 ersolgt, doch nur 60 halbjährige Coupons beigegeben wurden, weßhalb im Jahre 1890 die noch nicht gezogenen Lose gegen neue Schuldverschreibungen mit Coupons werben ausgewechselt
werden, wird im Edicte ausgesprochen; das diese Schuldverschreibung nach Berlauf
von drei Jahren, vom Versallstage des letten hieran besindlichen Coupons, oder im
Falle der eingetretenen Berlosung nach Ablauf von 1 Jahr, 6 Wochen und 3 Tagen
von dem nach Maßgabe der Ziehung eintretenden Zahlungs-, rücksichtlich Gewinnstbehebungs-Tage an gerechnet, amortisirt werden würde, wenn indessen Riemand
hierauf einen Anspruch angemeldet, noch die Staatsschuldverschreibung dei der betressenden Casse behufs der Behebung des darauf entsallenen Gewinnes oder zur Umwechslung in eine neue solche Staatsschuldverschreibung vorgebracht hätte. ReichsH. M. und Z. 7373-R. F. M. v. J. 1869; Just. Win. Erlaß
vom 17. September 1869, Z. 11184.

*) Ist die Amortisation eingeleitet worden, und zeigt in der Folge der Amortisationswerber an, daß er das verloren geglaubte Effect wieder aufgesunden habe, so kommt es von der Amortisation ab. Weldet sich ein Dritter als Inhaber oder Anspruchnehmer des angeblich verlorenen Effects, so wird der Amortisationswerber von dieser Anmelbung verständigt und das Amortistrungsversahren eingestellt.

Im Grunde der, lauthoftr. Acten 3. 33910 und 53206 v. 3. 1836 durchgeführten Berhandlung hat die Hoffammer mit dem Decrete vom 25. Februar 1837, 3. 8004 die Universal-Staats- und Bancoschuldencasse verständigt: "daß das k. k. Landrecht in Wien, wenn es sich um die Amortisirung von Obligationen auf Ueber- bring er (oder Coupons) handelt, immer vor Schöpfung des definitiven Erkenntnißes über den unveränderten Bestand des für amortisirt zu erklärenden Essectes mit der allg. Hoffammer Rücsprache psiegen; daß ferner daß Landrecht gleichzeitig mit dem zur Bestätigung des unveränderten Bestandes an die Hoffammer zu machenden Einschreiten auch die Verständigung an die Universal-Staats- und Bancoschuldencasse erlassen werde, welche Verständigung als vorläufiges Amortisations-Erkenntniß zu betrachten ist, in Gemäßheit dessen die zu dem von der Hoffammer ersolgten Uustrage mit den für amortisit erklärten Essecte keine weitere Beränderung vorzunehmen ist."

Das Just. Min. hat mit dem Erlaße vom 9. December 1854, 3. 23929 [sieh' Note**), Seite 183] die Anordnung getroffen: daß das t. t. Wiener Landesgericht nach Ablauf der Scictalfrist die bisher üblichen Zuschriften an die U. St. und Bancoschuldencasse auch sernerhin unmittelbar erlasse, und diese Casse (gegenwärtig Staatsschuldencasse) von der erfolgten wirklichen Amortisirung ebenfalls unmittelbar, ohne hierüber dem F. M. eine Mittheilung zu machen, in Kenntniß setze.

Die Direction ber Stautsschuld hat mit Note vom 8. Juni 1867, 8. 2216 an bas k. k. Landesgericht bas Ansuchen gestellt, in ben Berständigungen über die bewilligten Amortisirungseinleitungen und über die wirklichen Amortisirungen ben Namen bes Amortisirungswerbers, bessen Kenntniß ber Staatsschulbencasse unum-

gänglich nothwendig ift, anzugeben.

Bezüglich ber Behandlung der Zuschriften, in welchen das Wiener Landesgericht bei der Direction der Staatsschuld vor der Aussertigung des definitiven Amortisirungserfenntnißes über aus Namen lautende Effecten in dem Falle, wenn nicht bei der Einleitung der Amortisirung das Verbot der Nicht-Umschreibung und Nicht-Bahlung der Zinsen ausgesprochen wurde, nochmals anfragt "ob die Effecten noch auf dem Creditsbuche haften", wurde mit dem an die Direction der Staatsschuld gerichteten F. M. Erlaße vom 5. December 1870, Z. 4961-F. M. das Ents

Umftand eingeholt, ob das nunmehr zu amortisirende Effect noch unbehoben und unverändert aushafte. Wird die Antwort bejaht, fo fertigt das Gericht bas wirkliche Amortifirungserkenntnig aus.*)

(69) Kaiserliches Patent vom 16. August 1817.**)

R. G. S. Nr. 1361; — B. G. S. Bb. 45, Nr. 120, S. 312.

Um in Ansehung jener auf Ueberbringer lautenden Staats-Obligationen, welche entweder feine Termine der Capitals-Rückzahlung haben, oder beren Zahlungstermine auf unbestimmte Zeit verschoben worden find, diejenigen Anstände so viel als möglich zu heben, welche fich gegen die Wirksamkeit ber in Gemäßheit Unserer Patente vom 28, März ***) und 26. Aprill 18031) ausgefertigten Amortisations-Edicte ergeben, verordnen Wir Folgendes:

- §. 1. Die gesetliche Wirkung der Amortisations-Edicte tritt in ben erwähnten Fällen erft nach bren Jahren von dem Tage ein, an welchem der lette der auf die Obligation hinaus gegebenen Interessen= Coupons zur Zahlung fällig wird, und somit die Hinausgabe neuer Coupons Statt zu finden hat, oder wenn die Edicts-Ausfertigung erst nach diesem Verfallstage angesucht, und die Obligation zur Erhebung neuer Coupons noch nicht zur Casse gebracht worden wäre, nach bren Jahren vom Tage diefer Ausfertigung an.
- §. 2. Erst nach Verlauf dieser Frist und hiernach erfolgtem Amortisations-Erkenntniße hat die Aussertigung einer neuen Obligation sammt den Interessen-Coupons, welche sich an die zuletzt verfallenen reihen, Plat zu greifen. +) - Bor Ausgang bes im erften Absate bestimmten Zeitraumes ist jeder Ueberbringer der Obligation als der Eigenthümer anzusehen und zu behandeln.
- §. 3. Die Ausfertigung der Amortisations-Edicte über Obligationen bes mit Patent vom 29. März 1815 eröffneten Unlehens zu fünfzig Millionen Gulden, und über die mit den Batenten vom 1. Junius und 29. October 1816 nen creirten Staats-Obligations-Cathegorien, auch das dießfällige Amortisations-Erkenntniß nach Verlauf der gesetlichen

sprechende verfügt. Die Direction hat im Grunde Diefes Erlages die weiteren Beijungen an die Staatsschulbeneasse und das Fachrechnungs-Tepartement I unterm 15. December 1870, Z. 5105 (F. M. Uct Z. 5216-F. M. v. J. 1870) erlassen. *) Lautet die Antwort dahin, daß das Effect selbst, oder die dazu gehörigen Coupons behoben worden sind, oder daß die Schuldverschreibung beigebracht und

getilgt wurde, fo tann bem Amortifirungsgefuche nicht willfahrt werben.

Bergleiche Note **), Seite 186. **) In der J. G. S. ist das Datum "15. August" unrichtig angegeben. Das kois. Batent vom 16. August 1817 erging über den a. u. Vortrag der Hoffenmer vom 30. Juni 1817, Z. 32404. Dasselbe erliegt im Originale im Hoffe. Acte Z. 42429 v. J. 1817, Fasc. 6A/3 Cred. im Archiv des k. und k. Reichs-Finanzministeriums.

*** Sieh' Seite 175.

†) Sieb' Hoffzl.-Decret vom 11. November 1836, Z. 29406 (Seite 189).

Frist, wird ausschließend den Nieder-Oesterreichischen Landrechten eingeräumt.

§. 4. In Betreff ber über Einlagen zu Staatsanlehen ausgefertigten, auf Ueberbringer lautenben Interims-Scheine gestatten Wir gleichfalls die Aussertigung der Amortisations-Sdicte, und zwar in der Art, daß die gesetliche Amortisation erst nach Einem Jahre, sechs Wochen und dren Tagen von dem Tage an, wo der bestimmte Zeitpunct zur Umwechslung der Interims-Scheine gegen Obligationen anfängt, oder, wenn dieser schon vorüber ist, vom Tage der Aussertigung des Edictes an gerechnet, ihre Wirkung haben könne.

Doch hat, des ausgefertigten Amortisations-Sdictes ungeachtet, wenn der für verloren geachtete Interims-Schein vor Ausgang der Amortisations-Frift bengebracht werden sollte, ben den Cassen die Ver-absolgung der Obligation an den Ueberbringer gegen Zurückstellung des

Interims-Scheines unaufgehalten zu geschehen.

§. 5. In Ansehung der Amortisirung der Interessen-Coupons, so wie in allen übrigen hier nicht ausgebruckten Fällen, hat es ben den Patenten vom 28. März und 26. Aprill 1803 sein unabänderliches Verbleiben.

1) In dem kaiserlichen Patente vom 12. April 1802 (P. G. S. Bb. 17, Nr. 30, S. 93) wurde die Zeitfrist bekannt gemacht, binnen welcher die Zurüdzahlungen aller in verschiedenen fremden Staaten gemachten Anlehen auf gleichförmige Art geleistet werden sollten.

In Ausführung biefer Bestimmung wurden mit dem Patente vom 26. April 1803 (B. G. Bb. 19, Rr. 48, S. 164) die entsprechenben

Unordnungen getroffen. Der Absat 6 biefes Batentes lautet:

6. "Schließlich erklären Wir hiermit, um alle Anstände zu beheben, die sich in Ansehung verlorener oder entwendeter auf den Ueberbringer lautenden Obligationen und Coupons, von den obenbenannten Anlehen bereits ergeben haben und noch ergeben dürften: daß keine die Zahlung zur Versallszeit hemmende Amortisation oder gerichtliches Verbot Wirskung haben, und daher auch auf solche nicht angenommen werden darf, da es die Eigenschaft dieser Papiere mit sich bringt, daß der Ueberbringer berselben als der wirkliche Eigenthümer anerkannt werde.

Damit aber in Fällen, wo eine solche Obligation ober ein Coupon durch irgend einen Zufall ben der Berfallszeit nicht dargebracht werden könnte, den Eigenthümern ein Mittel verbleibe, zur Zahlung zu gelangen, wollen wir gestatten, dass die Wechselhäuser, beh denen die Anlehen aufgenommen worden, auf die beh den Magistraten und Gerichtsbehörden ihres Wohnortes über solche Papiere erwirkten Amortisations-Edicte und Erkenntnisse Rücksicht nehmen mögen; jedoch darf über solche Edicte und Erkenntnisse, in Gleichheit des für inländische Staatspapiere unter dem 28. März 1803*) erlassenen Patentes, die Zahlung an den, der sie erwirkt,

^{*)} Sieh' Geite 175.

nur nach dem Verlaufe von einem Jahre, sechs Wochen und drey Tagen, und zwar nur dann geleistet werden, wenn das für verloren geachtete Papier in der Zwischenzeit nicht von Jemand andern dargebracht worden ist; als in welchem Falle das ausgefertigte Ediet und das geschöpfte Erkenntniß ohne Wirkung sehn, und dem Ueberbringer die Bezahlung nicht aufgehalten werden soll."

(70) Kaiserliches Batent vom 23. Juli 1819.

3. G. S. Nr. 1582; — B. G. S. Bb. 47, Nr. 108, S. 299.

Durch Unsere Patente vom 28 sten März und 26 sten April 1803, bann vom 16 ten August 1817*) haben Wir die Bestimmungen vorgezeichnet, welche bei Amortisirung solcher Staats-Obligationen, die auf Ueberbringer lauten, oder der dazu gehörigen Interessense, zu beobachten sind.

Um nunmehr auch in Ansehung aller berjenigen Gattungen von öffentlichen Credits-Papieren, die auf bestimmte Namen lauten, ein gleichartiges, dem Interesse bes Staats-Credits und der Parteien entsprechendes Verfahren, festzusehen verordnen Wir: **)

(71) Hofkil.-Becret vom 11. November 1836 [J. 29406]. ***) Berfahren hinsichtlich ber Aussertigung neuer Staats-Schuldverschreibungen und die Auszahlung verloster und aufgefündigter Capitalien in Amortisations-Källen.

3. G. S. Nr. 158; - B. G. S. Bb. 64, Nr. 146, S. 883.

Da es ben Ausfertigung neuer Credits-Effecten für gerichtlich amortisirte oder beh barer Berichtigung amortisirter, verloster oder aufgekündigter Capitalien nothwendig ist, daß von den Partenen alle auf die Amortisirung Bezug nehmenden gerichtlichen Documente ausgefolgt werden, so hat die k. k. allgemeine Hoffammer rücksichtlich der beh der Universal-Staatsschulben-Casse, dann den Credit-Cassen in Lemberg, Laibach und Innsbruck anliegenden Capitalien, die Cinrichtung getroffen, daß die Ausfertigung neuer Obligationen, oder die Auszahlung verloster und aufgekündigter Capitalien in Amortisations-Fällen nur gegen Behbringung:

a) des gerichtlichen Decretes über die bewilligte Amortisirung;

b) des gerichtlichen Original-Amortisations-Erkenntnisses;

*) Sieh' Seite 175; Note 1, Seite 188, und Seite 187.

**) In den folgenden drei Puncten des Patentes vom 23. Juli 1819 wird die Competenz der Gerichte in Amortisirungsangelegenheiten der auf bestimmte Namen lautenden Obligationen normirt. Mit Hindlic auf die diehfalls eingetretenen Aenderungen [sieh' Note **), Seite 182] werden diese Normen nicht abgedruckt.

***) Gleichlautend mit dem von der Hosfammer an die Univ.-Staatsschulden-

***) Gleichlautend mit dem von der Hoffammer an die Univ. Staatsschulbencasse ergangenen Decrete vom 12. October 1836, B. 38841, welches gleichzeitig der Hoffanzlei mitgetheilt worden ist. c) einer abgesonderten Empfangsbestätigung, welche an die Stelle der bisher üblichen Reverse *) zu treten hat, und im Falle der Ausfertigung eines neuen Credit-Effectes ungestämpelt seyn kann, im Falle der Auszahlung aber, rücksichtlich des Stämpels, den für die Auszahlung überhaupt bestehenden Vorschriften zu folgen hat, statt zu sinden hat.

Diese brey Documente muffen nebst bem von der vorgesetzten Behörde zu erlaffenden Auftrage dem Journale beygeschloßen werden.

(72) Hofkr.-Decret vom 31. Juli 1828, 3. 26934,

an das gal. Gubernium.

Es ift sich ber Grundsatz gegenwärtig zu halten, daß die Einleitung der Amortisirung einer Öbligation, wenn diese vor geschöpftem Amortisationserkenntniße wieder aufgesunden wird, widerrufen werden könne; daß aber nach bereits geschöpftem Erkenntniße die späterhin wieder aufgesundene Obligation ohne Weiteres cassirt, 1) und an beren Stelle die Ausfertigung einer neuen Obligation veranlaßt werden muß, weil das Amortisationserkenntniß eine gerichtliche Urkunde ist, durch welche die Rullität der allenfalls später aufgesundenen amortisirten Obligation ausgesprochen wird.

1) A. F. M. Erlaß vom 12. Jänner 1881, B. 6446-F. M. an bie t. t. Staatsschulbencasse.

In Abanderung der Borschrift vom 26. December 1858, Z. 60 98-F.M. wird die k. k. Staatsschuldencasse angewiesen, rechtsgiltig amortisirte Ereditse effecten (Obligationen und Coupons), wenn dieselben von einer Partei bei derselben überreicht werden, fortan nicht mehr — gegen Empfangsbestätigung — einzuziehen und der Bertilgung zuzusühren, sondern mit der Clausel: "Ungiltig in Folge Amortisirungserkenntnißes des k. k. _______ Gerichtes ______ vom _____ "

(Unterschriften der Oberbeamten.)

ju verfeben und burchichlagen ber Bartei gurudguftellen.

Die k. k. Staatsschulbencasse wird ermächtigt, sich zur Anbringung der in Rede stehenden Clausel einer Stampiglie zu bedienen. Die Stampiglirung wird auf eine in die Augen springende Weise und derart vorzunehmen sein, daß ein Mißbrauch mit dem amortisirten Effecte unmöglich gemacht wird.

B. Mit dem obberufenen F. M. Erlaße vom 26. December 1858, 3. 6098-F. M. wurde die U. St. und Bancoschuldencasse beauftragt, in

^{*)} In biesem Reverse verpflichtete sich bie Partei für ben allfälligen burch bas amortisirte Effect bem Aerar zugebenden Schaben zu haften.

Fällen, in welchen die Caffe einer Partei epavirte, *) amortifirte ober aus was fonft für einem Grunde ungiltige Creditseffecten gegen Ausfolgung einer Empfangsbeftätigung abnimmt, **) hieruber bem &. M. nicht mehr Bericht zu erstatten, sondern diese Effecten fogleich ber ordnungsmäßigen

*) Seit Jahrhunderten wird an dem Grundfage festgehalten, bag wenn eine juriftifche Berfon zu bestehen aufgehört hat, ihr im fremben Staate befindliches Bermogen von der Regierung biefes fremben Staates als herrenlos eingezogen wird. (Handbuch des in Desterreich-Ungarn geltenden internationalen Privatrechtes, von

3. Frb. Besque von Buttlingen, Bien 1878, S. 343.) In Ausübung biefes Seimfallrechtes (droit d'épave) konnen von der öfter-reichischen Regierung die in Desterreich befindlichen liegenden Guter der ausländischen Körperschaften, Stiftungen u. s. w. eingezogen, dann die auf den Namen solcher Körperschaften (Stiftungen) lautenden Staatsschuldverschreibungen in den Creditsbuchern zur Abidreibung gebracht werden, wenn die Aufhebung ber ausländischen

förperschaftlichen Stiftung gesetlich ausgesprochen wurde. Aenderungen einer ausländischen Körperschaft, Stiftung u. s. w., welche auf ihre Bestimmung, ihren Zwed, ihre Unabhängigteit gerichtet, somit wesentlich sind, werben, wenn auch eine formliche Aushebung nicht ersolgte, hinsichtlich ihrer Folgen ben formlich ausgesprochenen Aushebungen gleichgestellt. Der Biderruf bes auslandischen Aufhebungsgesetzes, sowie spater erfolgte Berftellungen formlich aufgehobener Rörperichaften (Institute), ober ein spateres Zurudtommen auf bas ursprüngliche Befen berfelben werden als neue Errichtungen betrachtet, und konnen früher ausgesprochene Einziehungen, beziehungsweise Abichreibungen, nicht rudgängig machen.

Belangend das Berfahren bei Epavirungen wurde mit ber in ber J. G. S. Nr. 985 kundgemachten Allerhöchsten Entschließung vom 26. September 1846 (Hofkr.

Act 3. 8030 P. P. v. J. 1846) Folgendes angeordnet:

"Mit einer Epavirung darf tunftig in Fallen, welche fich auf die gum deutichen Bunde gehörigen Staaten beziehen, nur dann erft definitiv vorgegangen werden, wenn die allgemeine Hoffammer (jest Finanzministerium) nach Einvernehmung ber hoftammer-Brocuratur (jest Finanzprocuratur) und die geheime Haus-, Hof- und Staatstanzlei (jest Ministerium bes Neußern) und zwei ber Berathung beizuziehende Hofrathe der oberften Juftigftellen (jest Oberften Gerichtshofes) übereinflimmend die Epavirung auszusprechen finden. Wenn eine Uebereinstimmung nicht zu Stande tommt, ift Meine Entschließung einzuholen. Im Falle einer Reclamation gegen eine etwa ichon ausgesprochene Epavirung ift in gleicher Beife vorzugeben."

Mit der Allerhöchsten Entschließung vom 28. September 1854 (F. M. Act 3. 18059-F. M. v. 3. 1854) wurde diefes Berfahren für alle Epavirungefälle ohne

Unterschied vorgezeichnet. — Vergleiche auch die F. M. Acten Z. 15013-F. M. und Z. 19765-F. M. v. J. 1855, Z. 35503 v. J. 1871.
Die Regierung kann, wenn Zweifel entstehen, zur Wahrung der Interessen bes Staatsschaftes verlangen, daß bei der Behebung der Zinsen von in österreichischen öffentlichen Fonds angelegten Capitalien ausländischer Rorperschaften (Institute u. f. w.) authentische Beugniffe über ben ununterbrochenen und unveränderten Fortbestand ber Körperschaft beigebracht werden, und vorläufig die Zinsenzahlung einstellen. Nach bem gegenwärtigen Stande ber Gesetzgebung tann, wenn bas Zeugniß nicht beigebracht wird, auch ohne formlichen Spavirungsausspruch die Lofdung ber Staatsiculbverichreibung nach ber Beftimmung bes Gefetes vom 28. Darg 1875 (fieh' Seite 170) erfolgen.

**) In dem an das gal. Gubernium ergangenen Hoffr.-Decrete vom 22. März 1832, 3. 11581 wurde aus Anlag eines speciellen Falles bedeutet: "daß das producirte Original einer Obligation, über beren Amortistrung bas Erfenntnig bereits geschöpft ift, ber Partei abgenommen werben muß, daß es jeboch bem umsichtigen Ermeffen ber Behörden überlaffen bleibe, in Fallen, wo nicht ber Amortifationswerber, sondern andere Besiger ber wieber aufgefundenen Originalien bereits amorTilgung zuzuführen. Nur bann, wo begründete Reclamationen zu besorgen wären, und wenn Mangels an Blanquetten anstatt bes getilgten Effectes kein anderes Effect ausgesertigt werden konnte, ist dieser Umstand bem F. M. anzuzeigen, und mit der Tilgung bis zur Entscheidung zu warten.

Mit biesem Erlage murbe ferner bas Formular zu den Empfangs= bestätigungen über epabirte und amortisirte Effecten, welche einzuziehen

waren, borgeschrieben.

Diese Einziehung der Effecten gegen Ausstellung der Empfangsbestätigungen ist bezüglich der epavirten Obligationen mit dem F. M. Erlaße vom 17. September 1872, B. 24837, und bezüglich der amortisirten Effecten mit dem F. M. Erlaße vom 12. Jänner 1881, B. 6446-F. M. abgeändert worden.

Nach der Bestimmung des Erlaßes vom 17. September 1872, B. 24837 find epavirte Obligationen mit der Clausel:

	"Rufolge	Berordnung	ზ
vom			für ungiltig erklärt."
			(Unterschriften ber Oberbeamten.)
zu ber	feben, uni	der Partei	zurüdzustellen.*)

(73) F. M. Erlaß vom 21. Jänner 1858, B. 22139-F. M. **)

Unzuläffigkeit der Bornahme von Berbotsvormerkungen auf den Creditsbüchern lediglich auf Grundlage der bewilligten Ginleitung der Amortistrung von auf Ramen lautenden oder vinculirten Obligationen.

F. M. B. Bl. Nr. 6, S. 21.

Man hat die Wahrnehmung gemacht, daß Vormerkungen bes Verbotes wegen Nichtumschreibung von auf Namen lautenden, oder zwar auf Ueberbringer ausgestellten, jedoch vinculirten Obligationen, dann wegen Nichtauszahlung der Interessen oder des Capitals solcher Obligationen auch dann vorgenommen worden sind, wenn lediglich die Einleitung der Amortisirung rücksichtlich solcher Obligationen vom Gerichte bewilligt worden ist. Dieser Vorgang ist in der irrigen Voraus-

*) Es wurde zwar im Erlaße vom 17. September 1872 bemerkt, daß bie epavirten Effecten nicht durchzuschlagen sind. Mit Rudsicht auf die in dem späteren Erlaße vom 12. Jänner 1881, 3. 6446-F. M. (sieh' Note 1 A, Seite 190) angeordnete Durchschlagung amortisiter Effecten dürste auch bei den vorgedachten Obligationen das Durchschlagen einzutreten haben.

**) Das Staatsministerium hat mit ber Verordnung vom 25. Februar 1858, 8. 3424 ben Inhalt dieses Erlaßes sämmtlichen Länderstellen mit dem mitgetheilt, daß die Grundentlastungssonds-Directionen das analoge Versahren den unterstehenden Kondscassen vorzuzeichnen haben.

tisirter Obligationen bieselben nach der Hand produciren, die wieder ausgesundenen Obligationen nicht sogleich zu vertilgen, sondern nach Umständen, wenn sie nämlich ihren Besitzern zur Geltendmachung von Rechten gegen andere Personen ersorderlich sein könnten, bis zum Ausgange des Prozesses als Depositum aufzubewahren, um auf Bersangen den Besitzern, ihren Rechtssteunden oder Gerichtsbehörden die Einsicht gestatten zu können, vorher aber auf der Obligation anzumerken, daß dieselbe zusolge gerichtlichen Erkenntnißes amortisitt sei."

setzung eingehalten worden, daß die Bewilligung der Amortistrungs=

Einleitung die Verbotsbewilligung ipso facto in sich schließe.

Ein solcher Borgang aber ist ungesetzlich, und es hat eine Berbotsvormerkung nur bann und nur in jenem Umfange stattzufinden, wenn und in welchem Umfange dieselbe von der Gerichtsbehörde außebrücklich und speciell bewilligt worden ist. *)

(74) Gefet vom 2. Juli 1868,

wodurch die Buläffigkeit der Amortifirung von Talons aufgehoben wird. **)

R. G. Bl. Rr. 88, S. 265; — F. M. B. Bl. Rr. 30, S. 209.

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes ***) finde Ich zu verordnen, wie folgt:

- §. 1. Talons [Anweisungen auf neu auszustellende Zinsenschupons] sind kein Gegenstand einer Amortistrung;†) das Erlöschen eines Talons wird entweder
 - a) mittelst Amortisirung des Werthpapieres, zu welchem berselbe gehört, ober
 - b) mittelft Anmerkung auf diesem Werthpapiere bewirkt.
- §. 2. Mittelst Amortisirung eines Werthpapieres erlischt die Wirksamkeit des zu demselben gehörigen Talons mit dem Zeitpuncte, in

*) Die Wirkung der Amortisirungseinleitung wird durch deren Zweck bestimmt. Dieser ist aber lediglich darauf gerichtet, daß die Beweiskraft der Urkunde für ersloschen erklärt werde, und die hiervon abhängigen Rechtssolgen eintreten.

Wenn hiernach der Amortisirungswerber die Umschreibung der auf einen bestimmten Namen lautenden Staatsschuldverschreibung, oder die Auszahlung der Interessen oder des Capitals während der Amortistrungsverhandlung hindern will, so erübrigt ihm nichts, als um die Bewilligung des gerichtlichen Verbotes anzusuchen. Ohne ein solches speciell bewilligtes Berbot können die Rechte, welche nach dem Gesehe mit dem redlichen Besitze einer Staatsschuldverschreibung verbunden sind, einem solchen Besitzer derselben nicht verkummert werden.

**) Das Reichs-F. M. hat mit dem Erlaße vom 26. October 1868, 3. 5389-R. F. M. der Direction der Staatsschuld eine Weisung über die Ausschurung des Gesetzes vom 2. Juli 1868 (R. G. Bl. Nr. 88), in Betreff der Nichtamortisirbarkeit der Talons ertheilt. Da diese, 6 Paragraphe umsassende, im F.W. Acte 3.2808-F. M. v. J. 1868 erliegende Weisung nur den internen Borgang der Staatsschuldencasse und des Fachrechnungs-Departements I regelt, so ist dieselbe hier nicht aufgenommen.

***) Die zweite Lesung im Abgeordnetenhause fand am 18. Juni 1868 statt. (Stenographische Protocolle über die Sigungen des Abgeordnetenhauses des Reichs-

rathes, I. Session, Bb. 3, S. 4026.)

†) Die Talons sind laut der dem Hofbecrete vom 31. Jänner 1824 (J. G. S. Nr. 1984) beigegebenen Kundmachung der allg. Hoffammer im Jahre 1824 ein-

geführt worden. Diese Rundmachung lautet:

"Da die zu den Obligationen des Wiener Stadt-Banco-Lotto-Anlehens vom Jahre 1797 ausgegebenen Zinsen-Couponszu Ende gegangen sind, so wird in Folge Hoffr.-Decretes vom 7. Januar 1824 zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die k. k. Staats- und Banco-Schulden-Casse bereits den Austrag erhalten hat, gegen Beibringung der Original-Obligationen halbjährige, von den Oberbeamten der

welchem an die zur Hinausgabe ber neuen Coupons zuftändige Caffe bie Berftanbigung gelangt, bag bie Amortifirung bes Berthpapieres eingeleitet sei, sofern die Hinausgabe ber neuen Coupons in Diesem Reitpuncte nicht etwa bereits geschehen mar.

Lautet das Werthpapier auf Ueberbringer, so find, so lange die Berftandigung von der endgiltigen Amortifirung besfelben der Caffe noch nicht zugekommen ist, die neuen Coupons nicht mehr an den Ueberbringer des Talons, sondern an den Ueberbringer des Werthpapieres, zu welchem ber Talon gehörte, unter Ersichtlichmachung ber Erfolgung auf dem Werthpapiere hinauszugeben.

Lautet bas Werthpapier auf einen bestimmten Namen ober ist basselbe vinculirt, oder ift bereits die Berftandigung von der endgiltigen Amortifirung bes Werthpapieres an die Caffe gelangt, so hat die

ermahnten Caffe mittelft einer Stampiglie unterfertigte Intereffen-Coupons auf weitere gehn Jahre auszufolgen, von welchen ber lette Coupon am 31. December

1832 gur Bahlung verfallen fein wird.

Um aber die Besiger folder Obligationen für die Butunft ber Berpflichtung zu entheben, die Original-Obligationen einzusenden, und ben für fie entstehenden Rostenauswand zu vermindern, ist die Einleitung getroffen worden, daß bei der gegenwärtigen hinausgabe der Interessen Coupons gleichzeitig ein Zinsen-Talon ober eine Anweisung auf bie in ber Folge abermal neu auszustellenden Binfen-Coupons erfolgt wird.

Bei allen jenen Obligationen, welchen Zinsen-Coupons sammt biesem Talon Ein Dal beigegeben worden find, werden bie tunftig wieder auszustellenden Intereffen-Coupons nicht mehr gegen Borwcijung ber Obligationen, sondern einzig und

allein gegen Beibringung biefer erwähnten Anweisung erfolgt werben.

Mit berfelben Birtung wird biefe nun in Ansehung ber Banco-Lotto-Anlebens-Obligationen und ber hinausgabe ihrer Coupons getroffene Einleitung auch bei allen übrigen von ber t. t. Universal-Staats- und Banco-Schulbencasse ausgefertigten und mit Intereffen-Coupons verfebenen Obligationen Statt finden, jobald cs fünftig nothig werden wird, hiersur neue Interessen Coupons zu ersolgen; wo bann zugleich mit den erfolgten Interessen-Coupons auch immer eine Anweisung auf die in der Folge wieder auszustellenden Binsen-Coupons ausgegeben werden mird.

In Ansehung der Amortisation dieser Zinjen-Talons oder Anweisungen auf neu auszustellende Binfen-Coupons ift im Einverstandniße mit der oberften Suftigftelle und ber hofcommission in Justig-Gesetsachen festgesett worden, daß die Amortijation ausschließend nur bei dem Rieder-öfterreichischen Landrechte angesucht werben kann. Die Amortisations-Frist wird für den Fall, daß der Amortisationswerber die Original-Obligation selbst besitzt und dem Gerichte vorzeigt, oder die Einwilligung des Besitzers derselben in die Amortisation des Talons gehörig nachweiset, auf Ein Jahr, feche Wochen und brei Tage, außer diefem Falle aber auf drei Jahre bestimmt; beibes von bem Berfallstage bes letten, mit bem in Berluft gerathenen Talon zugleich ausgegebenen Coupon gerechnet.

Sollte jedoch die Amortisation erst nach dem Verfallstage des letten Coupons angesucht werden, und der Talon zur Erlangung neuer Coupons noch nicht zur Casse gebracht worden sein, so läuft die Amortisationsfrift, nach den eben erwähnten Unterscheidungen, von dem Tage der Edicts-Aussertigung gerechnet.

In allen übrigen Puncten sind auch bei der Amortisirung der Talons die Borschriften der höchsten Patente vom 28. März 1803, Ar. 599 (fieh' Seite 175), und 16. Anguft 1817, Rr. 1361 ber J. G. G. (fieh' Seite 187) zu befolgen."

Hinausgabe neuer Coupons erft zugleich mit jener eines neuen Berth= papieres zu geschehen.

- §. 3. Sind zu einem auf Ueberbringer lautenden Werthpapiere neue Coupons in Gemäßheit des §. 2 hinausgegeben worden, nachdem die Verständigung von der Einleitung und noch ehe jene von der endsgiltigen Amortisirung des Werthpapieres an die Casse gelangt ist, so hat die Hinausgabe dieser Coupons zur Folge, daß das disherige Amortisirungsversahren unwirksam wird; doch kann ein neues Amortissirungsversahren eingeleitet werden, in welchem die Amortisirungsfrist mit Rücksicht auf den Fälligkeitstag des letzen der hinausgegebenen neuen Coupons zu bestimmen ist.
- §. 4. Mittelst Anmerkung erlischt die Wirksamkeit eines Talons badurch, daß bei der zur Hinausgabe neuer Coupons zuständigen Casse unter Vorweisung des Werthpapieres, zu welchem der Talon gehört, die Anmerkung auf diesem Werthpapiere und in dem Creditbuche erwirkt wird, daß die nächste Hinausgabe von Coupons nur gegen neuerliche Vorweisung des erwähnten Werthpapieres erfolgen werde.

Wird die Anmerkung ausgefertigt, so erlischt die rechtliche Birk-samkeit des Talons schon mit dem Zeitpuncte, in welchem das Ansuchen um Beisehung derselben bei der Casse in der bezeichneten Weise gestellt

wurde.

Die Aussertigung ber Unmerkung barf nur bann verweigert werben, wenn zur Zeit ber Borweisung bes Papieres bereits bie Hinausgabe ber neuen Coupons geschehen ober bie Berständigung von der Einleitung ber Amortisirung des Werthpapieres der Casse zugekommen war; der Grund der Berweigerung ist dem Vorweiser des Papieres bekannt zu geben.

- §. 5. Wenn die Wirksamkeit eines Talons durch die nach §. 4 erwirkte Anmerkung erloschen ist, werden die neuen Coupons nicht mehr an den Ueberbringer des Berthpapieres, zu welchem der Talon gehörte, hinausgegeben; in solchem Falle wird auf dem vorgelegten Werthpapiere unter gleichzeitiger Löschung der Anmerkung die Hinausgabe neuer Coupons von der Casse angemerkt.
- §. 6. Die einem Werthpapiere nach §. 4 beigesetzte Anmerkung ist bei einer künftigen Amortisirung desselben nicht weiter zu berückssichtigen, und steht dem Eintritte jener Folgen nicht entgegen, welche mit der Einleitung der Amortisirung oder mit der endgiltigen Amortisisrung des Werthpapieres verbunden sind.
- §. 7. Bereits endgiltig ergangene Erkenntnisse über selbständige Amortistrung von Talons bleiben unberührt; von anhängigen Bershandlungen über berlei Amortistrungen ist sofort abzulassen.
- §. 8. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit.

§. 9. Die Minister der Justiz und der Finanzen sind mit dem Bollzuge dieses Gesetzs beauftragt.

Lagenburg, am 2. Juli 1868.

Franz Joseph m. p.

Auersperg m. p.

Berbit m. p.

Breftel m. p.

(75) Verordnung der Ministerien der Justi; und der Finangen vom 2. Juli 1859 (B. 19131),

wodurch das Berfahren bei Mittheilung der wegen eines Berbotes, einer Pfändung, Einantwortung oder Erfolglassung von öffentlichen Obligationen und den Zinsen derselben erlassenen gerichtlichen Berordnungen an die öffentlichen Cassen und deren vorgesette Behörden geregelt wird.

R. G. Bl. Nr. 120, S. 276; — F. M. B. Bl. Nr. 36, S. 188.

Zur Herstellung eines gleichförmigen Versahrens bei Wittheilung ber gerichtlichen Verordnungen, wodurch ein Verbot, eine Pfändung, Einantwortung oder Erfolglassung von öffentlichen Obligationen oder von Zinsen berselben versügt wird, an die öffentlichen Cassen und deren vorgesette Behörden, sinden die Ministerien der Justiz und der Finanzen die dießsalls bereits sür mehrere Kronländer, insbesondere in den Hofdecreten vom 22. November 1782 (Nr. 102 der J. G. S.), 28. April 1785 (Nr. 415 der J. G. S.), 25. Mai 1804 (Nr. 669 der J. G.), 9. September 1831 (Nr. 2528 der J. G. S.) und 26. Juni 1838 [Nr. 281 der J. G. S.]*) bestehenden vereinzelten Ansordnungen mit Beziehung auf die §§. 455, 1395 und 1396 des allgemeinen bürgerlichen Gesethuches in die nachfolgende Gesammtvorschrift zusammen zu sassen Tage der Kundmachung in allen Kronländern, mit Ausnahme der Militärgrenze, in Wirksambeit zu treten habe.

§. 1. Jede gerichtliche Verordnung, durch welche ein Verbot ober eine Execution (Pfändung, Einantwortung ober Erfolglassung) von öffentlichen, auf bestimmte Namen lautenden oder durch Vinculirung für einen bestimmten Zweck gewidmeten öffentlichen Obligationen **) in Rücksicht des Capitals oder der Zinsen bewilliget oder aufgehoben wird, 1)

^{*)} Der Inhalt bes Decretes ber obersten Justizstelle vom 26. Juni 1838, B. 3337 wurde mit dem Hoffrd. vom 23. Juli 1838, B. 28123 (P. G. S. Bb. 66, Nr. 94, S. 294) sämmtlichen Länderstellen und Cam.-Ges.-Berwaltungen mitgetheilt.

**) Nach der Bestimmung ber §§. 311 u. 340 ber a. G. D. hat der Executions-

^{**)} Nach der Bestimmung der §§. 311 u. 340 der a. G. D. hat der Executionswerber im Executionsgesuche jene Güter des Bestagten "namhast zu machen" (anzuzeigen), woraus er seine Bestiedigung zu erhalten Willens ist. Eine Staatsschuldverschreibung kann nur dann als "namhast gemacht" (angezeigt) gelten, wenn die wesentlichen creditbücherlichen Merkmale ausgeführt werden, durch welche sie sich von andern Staatsschuldverschreibungen bestimmt unterscheidet. F. M. Entscheidung vom 28. Juni 1879, § 11140.

ist vom Gerichte der öffentlichen Casse, bei welcher das Capital angelegt ist, zuzustellen und zugleich der Behörde, welcher die erstere Casse unmittelbar untergeordnet ist, von Amtswegen bekannt zu machen. 3) Ist aber die Zinsen= oder Capitalszahlung auf eine andere Casse, als bei welcher das Capital angelegt ist, überwiesen, so muß dieser Umstand von dem Verbots= oder Executionswerder dem Gerichte bekannt gegeben werden, damit die gerichtliche Vervordnung auch noch jen er Casse zugestellt werden kann; widrigens dieselbe nicht haftet, wenn sie die Zinsen oder das Capital hinausbezahlt hätte, bevor sie in anderem Wege von der gerichtlichen Vervordnung ämtlich in Kenntniß gesetz wurde.

- §. 2. Die Casse hat ungesäumt die gerichtliche Verordnung einste weilen vorzumerken, dieselbe aber erst nach schriftlicher Anordnung der ihr vorgesetzten Behörde in Vollzug zu setzen.*)
- §. 3. Diese Vorschrift hat auf die im §. 1 bezeichneten öffentlichen Obligationen auch dann Anwendung zu finden, wenn dieselben gerichtlich deponirt sind, keineswegs aber auf solche öffentliche Obligationen, die auf Ueberbringer lauten und nicht zu einem bestimmten Zwecke vinculirt sind.
- §. 4. Derjenigen Partei, welche die gerichtliche Bewilligung erwirkt hat, kommt das dieser Bewilligung entsprechende Recht, in der Regel von der Zeit der, an die Casse erfolgten Zustellung der Bewillisgung zu. Dasselbe gilt in dem Falle, wenn derlei Obligationen gerichtlich beponirt sind, auch rücksichtlich der bei einer öffentlichen Casse nicht mittelst Coupons zu erhebenden Zinsen.

In Ansehung der Obligation selbst aber wird das, einer Partei durch die gerichtliche Bewilligung zugesprochene Recht, gleichwie bei gerichtlich deponirten auf Ueberbringer lautenden und nicht vincuslirten Obligationen und bei Coupons, schon von dem Zeitpuncte an erworden, wo das Gesuch um diese gerichtliche Verfügung bei dem Gerichte, in dessen Verwahrung sich diese Depositen befinden, überzreicht oder angebracht worden ist.

Wären Bewilligungen zu Gunsten verschiedener Personen in Ansehung der nämlichen Sache der Casse gleichzeitig zugestellt worden, oder wären Gesuche um gerichtliche Versügung in Ansehung gerichtlich beponirter Obligationen oder Coupons von verschiedenen Personen gleichzeitig bei Gericht überreicht oder angebracht worden, so hat das der Bewilligung entsprechende Recht allen diesen Personen unter sich von der gleichen Zeit an zuzukommen.

§. 5. Durch die vorstehende Bestimmung (§. 4) erscheint zugleich ber §. 537 ber provisorischen siebenbürgischen und ungarischen Civil-

^{*)} Die Staatsschulbencasse wurde seitens der Direction der Staatsschuld beauftragt, in Fällen, in welchen der Bollzugsauftrag binnen vier Wochen nicht eins langt, die Anzeige an die Direction der Staatsschuld zu erstatten. Act der Direction der Staatsschuld, 3. 2515 v. J. 1860. Bergseiche auch Note 2B, Seite 199, und das hoffr.-Circ.-Decret vom 11. October 1825, 3. 33689.

proces-Ordnung vom 3. Mai und 16. September 1852 (Reichs-Gefetz-Blatt Rr. 104 und Rr. 190) in soferne abgeandert, als darin angeordnet mar, daß bei jenen gerichtlich beponirten Staatsvapieren, welche nicht auf Ueberbringer lauten, burch die gerichtlich bewilligte Pfandung auch in Ansehung ber Zinsen bem Rläger bas Pfanbrecht schon von ber Beit an erworben werde, wo das Pfandungsgesuch bei dem Gerichte, in deffen Verwahrung sich die Obligationen befinden, überreicht ober angebracht worden ist.

Alle übrigen in Ansehung ber Pfanbung gerichtlicher Depositen überhaupt und ber bei Gericht beponirten Obligationen insbesondere

bestehenden Vorschriften haben jedoch aufrecht zu bleiben.

1) Wenn es fich um die Zinfen von Dilitär-Beirathscautionen handelt, so sind die Bestimmungen der §§. 5-7 bes Gesetzes vom 21. April 1882 (R. G. Bl. Nr. 123, S. 487; F. M. B. Bl. Nr. 47, S. 491) zu beachten. Dieje Baragraphe lauten:

§. 5. Auf die Rinfen einer Militar-Beirathscaution fann die Execution nur megen folder Berpflichtungen geführt werden, welche mabrend ber Dauer ber Che von beiden Chegatten, nach dem Aufhören ber Che aber von ber den Gatten überlebenden Bitme eingegangen wurden.

Der Execution unterliegt nur ein Drittel biefer Binfen und auch biefes mit ber Beschränkung, bag ein Sahresbezug von 500 fl. frei bleiben muß. Diese Beschräntung fieht jedoch einer Erecution nicht entgegen, welche wegen bes aus bem Gesetze gebührenben Unterhaltes von der Gattin ober von den in der Che, für welche die Caution bestellt wurde, erzeugten Rindern geführt wird.

Begen bes ben Eltern eines ber beiben Chegatten aus bem Gefete gebührenden Unterhaltes tann bie Execution auf die Binfen der Beirats= caution nur mit ber Beschräntung geführt werben, bag hiervon ber Sahres-

betrag von 500 fl. frei bleibt.

§. 6. Die in ben vorstehenden Baragraphen bezeichneten Bezüge fonnen, soweit sie ber Erecution entzogen find, auch nicht durch Sicherungsmaßregeln getroffen werben.

§. 7. Die Anwendung ber §§. 1 bis 6 kann burch ein zwischen bem Executionsführer und bem Executen getroffenes Uebereinkommen weder ausgeschlossen noch beschränkt werben.

Jede ben Beftimmungen biefer Baragraphe miberfprechende Berfügung burch Ceffion, Anweisung, Berpfandung ober burch ein anberes Rechtsgeschäft ift ohne rechtliche Wirkung.

2) A. Das Justizministerium hat mit dem Erlage vom 3. Februar 1873, B. 1288 die genaue Beobachtung der Bestimmungen der Berordnung bom 2. Juli 1859, B. 19131 angeordnet, und auf den F. Di. Erlaß vom 26. Februar 1860, B. 656-F. M. (R. G. Bl. Nr. 53, S. 94; F. M. B. Bl. Nr. 12, S. 92) aufmerkfam gemacht, welcher Die Bestimmung enthält: daß alle burch einen gerichtlichen Berbot, eine

executive ober ficherftellungsweise Pfanbung, ober eine executive Ginantwortung bon Staatsichulbverschreibungen und beren Binfen nothwendig geworbenen Berfügungen in bem Birfungefreise ber Direction ber Staatsichulb liegen.*)

B. Die brei letten Abfate bes &. 9 ber Rundmachung bes Finangminifteriums vom 25. September 1883, 3. 29881 (R. G. Bl. Nr. 154, S. 473; F. M. B. Bl. Nr. 31, S. 281), betreffend bas Berfahren beim Erlage ber zu Militar-Beiratscautionen gewibmeten Obligationen ber allgemeinen Staatsichuld und ber Schuld ber im Reichsrathe vertretenen Ronigreiche und Lander, bei Erhebung ber Binfen von benfelben und bei

Frei- und Umschreibungen solcher Obligationen, **) lauten:

"Gerichtliche Berbote, Pfandungen ober Ginantwortungen in Sinfict auf die als Militar-Beirathscautionen haftenden Staatsobligationen und beren Binfen, ober die Löschungsbewilligungen folder Acte find im Sinne ber Berordnungen ber Centralftellen vom 2. Juli 1859 (R. G. Bl. Nr. 120; B. Bl. Nr. 36) und 9. Mai 1860 [R. G. Bl. Nr. 125; B. Bl. Nr. 29], ***) bann bes Bunctes 2 bes Finanzminifterial-Erlages vom 26. Februar 1860 [R. G. Bl. Nr. 53; F. M. B. Bl. Nr. 12], †) ber Staatsiculdencaffe und ber Direction ber Staatsschuld als ber biefer Caffe unmittelbar vorgesetten Beborbe, bann, foferne es fich um Binfen handelt, bie an eine Landes= ober Steuercasse überwiesen sind, auch dieser Rahl= ftelle zuzustellen.

Die Direction ber Staatsschulb hat bon jeder hinsichtlich einer Militär-Beiratscautions-Obligation ober beren Binfen im Creditbuche

*) Sieh' Bunkt 2, Seite 203.

***) Mit der Berordnung vom 9. Mai 1860 wurde bas Berfahren geregelt, welches in dem Falle einer Berbots- oder Ececutionsführung auf eine, Jemandem

Erachtet die Caffe, daß gegen den Bollzug der Verordnung Anftande beftehen, fo hat fie biefelben unverzüglich ber ihr unmittelbar vorgefesten Behörde

anzuzeigen."

^{**)} Die F. M. Kundmachung vom 25. September 1883, Z, 29881 (R. G. Bl. Nr. 155, S. 491; F. M. B. Bl. Nr. 31, S. 299), betreffend bas Berfahren bei bem Erlage ber zu Militar-Beirathscautionen gewidmeten Dbligationen ber Grundentlaftungefonbe ber im Reichsrathe vertretenen Ronigreiche und Lander, bei Erhebung ber Binfen von benfelben und bei Frei- oder Umschreibungen folcher Obligationen, enthalt bezüglich ber Executionsführung feine besondere Bestimmung.

wider das Aerar oder einen, unter öffentlicher Verwaltung itehenden Fond gebührende Forderung statzusinden hat. Die §§. 2 und 5 dieser Verordnung lauten:
§. 2. "Die Casse hat in jedem Falle auf der gerichtlichen Verordnung selbst sogleich nach ihrem Einlangen den Zeitpunct der an die Casse ersolgten Zustellung (mit genauer Angade von Tag und Stunde), sowie die Geschäftszahl, unter welcher fie im Ginreichungsprotocolle ber Caffe eingetragen murde, anzumerten, und fie zugleich in ihren Buchern auf die vorgeschriebene Beise in Bormertung zu nehmen.

^{§. 5. &}quot;Wird die Zahlung einer solchen Forderung auf eine andere Casse überwiesen, jo muffen diefer Caffe zugleich bei ber leberweifung die in Ansehung biefer Forberung vorgemertten gerichtlichen Berbots- und Erecutionsperordnungen von Amtswegen befannt gegeben werben." +) Sieh' Seite 202.

zu pflegenden außergerichtlichen ober gerichtlichen Bormerkung dem Reichs-Kriegs-Ministerium die Unzeige zu erstatten, welches selbe auf den in den Ucten ausbehaltenen Original-Widmungsurkunden und auf den der Partei abzuverlangenden Abschriften derselben in kurzer Fassung ersichtlich machen läßt.

Defigleichen wird das Reichs-Rriegs-Ministerium jede betreffs Bormerkungen auf Militär-Heiratscautionen ober beren Binsen bloß dort anhängig gemachte Berhandlung der Direction der Staatsschulb mit-

theilen."

C. Bezüglich ber Wirkung ber Berbote auf die Berjährung der Obligationszinsen enthalten die F. M. Erläße vom 4. December 1866, B 47519 (F. M. B. Bl. Ar. 50, S. 284), und vom 29. Mai 1875, B. 2233-F. M. (F. M. B. Bl. Ar. 17, S. 108) besondere Bestim=mungen.*)

(76) Hofkr.-Decret vom 8. November 1832, J. 47888,

an die f. k. N. De. Regierung.

Ueber die anher gestellte Anfrage, wie sich bei mündlichen und außergerichtlichen Verbotlegungen bei Aerarial-Creditscassen benommen werde, wird der k. k. Regierung erinnert:

Die Verbote sind a) mundliche, b) schriftlich außergerichtliche,

c) gerichtliche, und d) administrative.

Bei ben beiben ersteren Arten ist erforderlich, daß die Partei die Hauptmerkmale der Obligation, d. i. die Nummer, das Datum, Perscent, den Capitalsbetrag, den Namen, auf welchen die Obligation lautet,

anzugeben wisse.

Ist die Partei dieß zu thun im Stande, so ist der mündlich ansgemeldete Verbot auf 24 Stunden giltig, dabei muß jedoch der Partei erinnert werden, daß sie vor Ablauf dieser Frist den Verbot schriftlich anzubringen und in demselben zu erklären habe, daß sie bei der betreffens den Gerichtsstelle bereits um gerichtliche Verbotsbewilligung eingesschritten sei.

Der schriftliche außergerichtliche Verbot ist durch 14 Tage giltig. In Ansehung der Berücksichtigung gerichtlicher Verbote dürfte

ohnehin feine Erörterung nöthig fein.

Die sogenannten administrativen Verbote, welche von der, der respectiven Casse vorgesetzten Behörde erlassen werden, haben zum Zwecke, ein Capital immobil zu machen, bis über dessen wirkliche Einziehung entweder von der Behörde selbst, oder von der competenten Gerichtsstelle der desinitive Beschluß gefaßt wird.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen kann die Auszahlung auf bestimmte Namen ausgestellter Obligationen nur an den ursprünglichen

^{*)} Sieh' Seite 201 und Seite 173.

Gläubiger, oder seinen Cessionär, oder an jene Partei erfolgen, welcher die Obligation gerichtlich eingeantwortet wurde. Dasselbe gilt auch von der Umschreibung solcher Obligationen.

(77) F. M. Erlaß vom 4. December 1866, B. 47519. Wirkung von Berboten auf die Berjährung der Zinsen von Staatsschuldverschreibungen.

F. M. B. Bl. Nr. 50, S. 284.

Wenn auf Zinsen von Staatsschuldverschreibungen ein gerichtliches Verbot erwirkt worden ist, steht sowohl dem Cautionsleger, als auch dem Verbotswerber das Recht zu, die Realisirung der Zinsen zu Handen des competenten Gerichtes zu erwirken, um eine Verjährung, bezie-hungsweise die Entwerthung des Pfandes hintanzuhalten. Ist von diesem Rechte kein Gebrauch gemacht und sind die Zinsen mit dem Eintritte des Verjährungstermines noch nicht behoben worden, so ist die Verziährung persect und kann dem Einwande einer durch das Verbot geschehenen Unterbrechung derselben nicht stattgegeben werden. *)

Ein administratives Aerarial-Berbot, d. h. ein durch administrative Verfügung auf die Zinsen von Staatsschuldverschreibungen zu Gunsten des Aerars gelegtes Verbot übt für die ganze Dauer des Versbotes die Wirkung einer Hemmung der Verjährung. **) Damit jedoch in derlei Fällen die seit länger als sechs Jahren fällig gewordenen Zinsen nachträglich bezogen werden können, ist sich unter documentirter Darslegung der stattgehabten Hemmung an die Direction der Staatsschuld um die Verfügung der Anweisung zu wenden. ***)

(78) F. M. Kundmachung vom 24. Mai 1871, J. 36241.

F. M. B. Bl. Nr. 21, S. 94.

Bezüglich der Ertheilung von Auskunften †) über den Stand ber Vormerkungen auf dem Creditsbuche bei Staats-Credits-Effecten,

^{*)} Es macht keinen Unterschied, ob das gerichtliche Berbot (Pfändung) zu Gunsten einer Privatpartei oder zu Gunsten des Aerars versügt wurde. In beiden Fällen wird der Lauf der Zinsenverjährung nicht gehemmt, da die Hemmung der Zinsenverjährung die factische oder rechtliche Unmöglichteit der Ausübung des Zinsenforderungsrechtes zur Boraussehung hat, während es dei der Pfändung der Zinsen zu Gunsten des Aerars der zur Wahrung des dießfälligen ärarischen Interesses der unsenen Behörde nicht nur möglich ist, sondern obliegt, durch rechtzeitige Fortführung der Execution und Erhebung der Zinsen, eventuell Erwirfung des Zinsenerlages zu Gerichtshanden, dem Eintritte der Berjährung vorzubeugen. F. M. Entscheidung vom 3. Jänner 1877, Z. 29885 v. J. 1876.

^{**)} Special-Entscheidungen find in ben F. M. Acten B. 1129 v. J. 1874 und

¹⁵⁷⁰ v. J. 1877 zu finden.

***) Sieh' ben F. M. Erlaß vom 29. Mai 1875, Z. 2233-F. M. (Seite 173).

†) Die allg. Hoftammer hat mit bem Decrete vom 10. October 1826, Z. 38891 der Universal-Staats- und Banco-Schulbencasse bebeutet: daß diese Casse

bie auf Ramen lauten und bei der Staatsschulbencaffe in Wien haften, hat das f. k. Finanzministerium Folgendes verfügt:

Die Abtheilungsvorstände der Staatsschulbencasse sind angewiesen, Demjenigen, der sich durch Borweisung einer auf Namen lautenden Obligation oder durch genaue Angabe ihrer unterscheibenden Merkmale legitimirt, auf mündliche Anfrage mündlich Auskunft darüber zu ertheilen, ob hinsichtlich dieser Obligation im Creditsbuche Vormerkungen haften, oder ob dieselbe nach dem Creditsbuche als unbelastetes Eigenthum erscheine.

Wer eine schriftliche Bestätigung ber mündlich erlangten Ausstunft ober eine genaue Angabe ber etwa haftenden Bormerkungen wünscht, hat sich mittelst schriftlicher Eingabe an die Direction ber Staatsschuld zu wenden.

Dieses schriftliche Einschreiten muß mit einem Stämpel von 50 kr. versehen sein und nebst genauer Angabe der Merkmale der Oblisgation, über welche Auskunft gewünscht wird, soferne ein Anderer einsichreitet als berjenige, auf dessen Namen die Obligation lautet, die Angabe des Grundes, aus welchem das Begehren um Auskunft gestellt wird, dann unter allen Umständen, die bestimmte Erklärung enthalten, daß sich der Anfragende des Rechtes begebe, von der zu ertheilenden Auskunft gegen die Staatsverwaltung irgendwie Gebrauch zu machen.

Dem Gesuche mussen die für die Aussertigung der Auskunft erforderlichen Stämpelmarken, welche nach Absat A, aa der Tarifpost 116 des Gesets vom 13. December 1862, R. G. Bl. Nr. 89, für den ersten Bogen 1 fl., für jeden folgenden Bogen 50 fr. betragen, beigelegt werden.

Dieselben werden der Partei selbstverständlich zurückgestellt, wenn die Direction der Staatsschuld sich veranlaßt finden sollte, die Erstheilung einer Auskunft abzulehnen.

(79) J. Al. Erlaß vom 26. Februar 1860 (B. 656-F. M.). Ueberweisung mehrerer, auf Staatscredits-Effecten fich beziehenden Angelegenheiten an die Direction der Staatsichulb.

R. G. Bl. Nr. 58, S. 94; — F. M. B. Bl. Nr. 12, S. 92.

Das Finanzministerium findet sich bestimmt, nachfolgende auf Staatscredits-Effecten sich beziehende Angelegenheiten an die Direction der Staatsschuld 1) zu überweisen:

ohne Ermächtigung der Hoffammer nicht berufen ift, einer Behörde mündliche Austunft zu ertheilen, oder mit einer Behörde oder Parteien in Correspondenz zu treten. An diesem Grundsatze, welcher aus Anlaß eines speciellen Falles im Hoffr. Acte 3. 48136 v. J. 1837 des Käheren begründet wurde, wird auch gegenwärtig sestgehalten, und werden die ersorderlichen Auskünfte den Behörden und Varteien nicht von der Staatsschuldencasse, sondern von der Direction der Staatsschuld ssied. Februar 1860, J. 656-F. M., Absatz (Seite 203)] ertheilt.

1. Alle Verfügungen, welche auf Einschreiten der Parteien wegen

Entwendung von Staatscredits-Effecten veranlagt werden; *)

2. alle durch einen gerichtlichen Berbot, eine executive ober sicherstellungsweise Pfändung, oder eine executive Einantwortung von Staatsschuldverschreibungen und beren Binsen nothwendig geworbenen Berfügungen; **)

3. der Auftrag wegen Ausfertigung eines neuen Staatscredits-

Effectes an die Stelle eines amortisirten; ***)

4. der Auftrag wegen Auszahlung eines amortisirten, bereits

fälligen Staatscredits-Effectes;

5. die Bewilligung zum Umtausche eines beschädigten Staats= credits-Effectes, insoferne die wesentlichen Merkmale desselben zweifellos erkennbar find;

6. die Bewilligung zum Umtausche einer Staatsschuldverschreis

bung, welcher ein irrig nummerirter Couponsbogen beiliegt; †)

7. die Bewilligung zur Zahlung von Zinsen an den Bevollmächtigten bes Eigenthümers einer, nicht auf freien Namen lautenden Staatsschuldverschreibung, und die Bewilligung zur Bahlung übersprungener Linsen: ++)

8. die Ertheilung von Ausfünften, welche von Behörden ober Parteien über Staatscredits-Effecten in was immer für einer Be-

ziehung verlangt werben; †††)

9. die Beröffentlichung bevorstehender Berlosungen von Staatsschuldverschreibungen oder anderen, vom Aerar gur Rahlung übernommenen Werthspapieren, dann die Beröffentlichung der Ergebniffe ber erfolgten Verlosungen. Bei den unter 1. bis einschließlich 8. aufgeführten Amtshandlungen find die bestehenden Borichriften fortan zu beobachten.

Gegen abweisliche Erledigungen steht den Parteien der Recurs

an das Finanzministerium offen.

1) A. Mit bem faiferlichen Batente vom 23. December 1859 (R. G. Bl. Mr. 226, S. 615; F. M. B. Bl. Mr. 64, S. 481), womit die Tilgung der

***) Sieh' Abjat 3 ber Rote *), Seite 185; Abjat 4 ber Rote **), Seite 186.

Bergleiche Hoffrd. vom 31. Juli 1828, Z. 26934 (Seite 190).

Bezüglich bes Wirfungefreises in Verjährungefragen fieh' Seite 174.

^{*)} Sieh' den F. M. Erlag vom 11. August 1871, Z. 1414-F. M. (Seite 176). **) Sieh' die Berordnung vom 2. Juli 1859, B. 19131, §. 1 (Seite 196) und Ceite 199, Abjat B.

⁺⁾ Sieh' Note ***), Seite 122. +†) Sieh' den F. M. Erlaß vom 6 April 1860, Z. 15517 (Seite 156). +††) Sieh' Note **), Seite 183, und Note †), Seite 201. In den Wirfungstreis der Direction der Staatsschulb gehört ferner die Ertheilung von Bewilligungen: jur Auszahlung ber ginfen von auf Namen lautenben Staatsfchuldverichreibungen gegen legalifirte Quittungen, ober gegen Borweisung ber Staatsschuldverschreibung (fieb' §. 4, Seite 122); zur Umschreibung von Staatsschuldverschreibungen (g. 2, Seite 124); zu Devinculirungen (gg. 1, 2 und 17, Seite 127 und 130); zur Bezahlung der hinterlegten Coupons, im Falle die Bartei erft nach brei Monaten, bom Tage ber Ausfertigung bes Amterecepisses gerechnet, fich melbet, ober bas Recepiffe verloren geht (Seite 145).

Staatsschuld geregelt und eine Staatsschulben = Commission *) eingeset worden ift, wurde angeordnet:

Diese Commission war berusen, in den Stand der Staatsschulb nach den darüber geführten Büchern und Bormerkungen Einsicht zu nehmen, und wenn die Bermehrung der Staatsschuld eintrat, die Eintragung derselben in das Hauptbuch der Staatsschuld, sowie die Erzeugung und Aussertigung der Obligationen zu überwachen (§. 10).

Die Direction ber Staatsschulb hatte der Commission mit Schluß eines jeden Semesters einen umftändlichen und gehörig belegten Bericht über die Angelegenheiten bes Staatsschulbenwesens zuzustellen, nach bessen eindringlicher Prüsung die Commission dem Kaiser einen Bortrag darüber zu erstatten hatte, welcher zur allgemeinen Kenntniß zu bringen war (§. 11).

Die Bestimmungen bes kaif. Patentes vom 23. December 1859 traten mit 1. Jänner 1860 an die Stelle aller früheren Gesetze und Berordnungen über den Tilgungsfond. Der Finanzminister wurde beauftragt, die zur Aussührung dieses Patentes ersorderlichen Einleitungen ungesaunt zu treffen (§. 12).

B. Das Grundgeseh über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 (R. G. Bl. Nr. 20, S. 72) enthielt im letten Absate des §. 10 die Bestimmung: "Die Staatsschulb ift unter Die Controle des Reichsrathes gestellt."

Im Sinne dieses Grundgesets wurde mit dem Gesetze vom 13. December 1862 (R. G. Bl. Rr. 96, S. 293; F. M. B. Bl. Rr. 57, S. 425), über die Controle der Staatsschuld durch den Reichstath, angeordnet: daß der Reichstath eine Commission bestellt, welche aus zehn Mitgliedern zu bestehen hat, von denen jedes der beiden Hausserathes jefünf Mitglieder durch Wahl aus seiner Mitte bestimmt (g. 1).

Diese Commission hatte ihre Birksamteit mit ber Uebernahme ber Geschäfte und sämmtlicher Amtsschriften von ber mit bem Patente vom 23. December 1859 berufenen, nunmehr aufgelöften Staatsschulben-Commission zu beginnen (§. 4).

Mit dem Gesets vom 29. Februar 1864 (R. G. Bl. Ar. 19, S. 127; F. M. B. Bl. Ar. 14, S. 149), in Betreff der Fertigung von Staatsschuldverschreibungen und Partial-Hypothekar-Amweisungen durch die Staatsschulden-Controlscommission des Reichsrathes, wurde die Bestimmung des §. 13 des Gesets vom 13. December 1862 und des Artikels VII des Gesets vom 17. Rovember 1863, wonach die Schuldverschungen von neu ausgenommenen Anleben und neu hinausgegebenen Bartial-Hypothekar-Anweisungen mit der Clausel "für die Staatsschulden-Commission" zu versehen, und mit der Namensstampiglie des Borsissenden und der Namensunterschrift eines der Commissionsmitglieder zu untersertigen waren, dahin abgeändert, daß an die Stelle der Worte: "für die Staatsschulden-Commission" gesetstwurden, und an die Stelle der Unterschrift eines Commissionsmitgliedes die Ausgrückung der Namensstampiglie desselben zu treten hatte.

C. Das Geset vom 27. October 1865 (R. G. Bl. Ar. 107, S. 339; F. M. B. Bl. Ar. 52, S. 426), "über bie Controle der Staatsschulb", enthält solgende Bestimmungen:

^{*)} A. Wit dem kaiserlicken Patente vom 23. December 1859 wurde, anstatt der auf Grund des Patentes vom 22. Jänner 1817 (P. G. S. Bb. 45, Nr. 13, S. 30) bestandenen Commission, welche in die Geschäftsführung und die Operationen bei dem Tigungssonde Einsicht zu nehmen hatte, die Bildung einer aus sieden Mitgliedern bestegenden, dem Kaiser unmittelbar unterstehenden "Staatsschuldens Commission" angeordnet. Der Präsiedent und zwei Mitglieder wurden vom Kaiser aus dem Kreise der Grundbesiger und Capitalisten ernannt; von den übrigen vier Mitgliedern hatte die Rationalbanf zwei, die niederösterreichische Handels- und Gewerbestammer und die Wiener Börsetammer je einen Abgeordneten aus ihrer Mitte zu wählen (§. 9).

§. 1. Die Direction bes allgemeinen Tilgungsfondes*) und ber verzinslichen Staatsschuld foll vom 1. Jänner 1860 an, ben ihrem erweiter= ten Wirfungefreife entsprechenden Ramen "Direction ber Staatefduld" führen.

"Mit Berufung auf Mein Patent vom 20. September 1865, und da es Mein Bille ift, daß eine von der Finanzverwaltung unabhängige Commission ohne Unterbrechung, und zwar bis zu bem Beitpuncte, in welchem die Reactivirung einer aus ber Bahl ber Reichsbertretung hervorgegangenen Staatsichulben-Controlscommission ermöglicht fein wird, die Gebarung im Staatsichuldenwesen übermache, finde 3ch au perordnen:

§. 1. Bur Ausübung ber Controle ber Staatsichuld wird eine Mir unmittelbar unterstehende Commission gur Controle ber Staatsichulb, welche mindestens aus fieben Mitgliedern zu bestehen hat, von Mir berufen und aus ihrer Mitte der Bor-

figende und beffen Stellvertreter ernannt.

Ich behalte mir vor, über Antrag der Commission die Anzahl der Mitglieder mit Rudficht auf die Bestimmung bes §. 1 bes Gesetes vom 13. December 1862

(R. G. Bl. Nr. 96) bis auf zehn zu erhöhen.

§. 4. Die Commission beginnt ihre Birtfamfeit, indem fie die Geschäfte, insbesondere die Controle über die Erfüllung der aus dem mit Meiner Entschließung vom 6. Fänner 1863 genehmigten Uebereinkommen mit ber priv. öfterr. Nationals bant vom 3. Jänner 1863, berfelben und der Finang-Berwaltung obliegenden Berpflichtungen (R. G. Bl. Rr. 2; §. 12), — und fammtliche Amtsichriften von ber nach bem Gefete bom 13. December 1862 berufenen Staatefculben-Controlscommiffion des Reichsrathes übernimmt.

§. 9. Bur Ausübung ihrer Obliegenheiten werben ber mit biefem Befete berufenen Commission alle Rechte und Befugnisse eingeräumt, welche ber Staatsfoulben-Controlscommiffion bes Reichsrathes in bem Bejege vom 13. December 1862, R. G. Bl. Nr. 96 (§§. 10, 11 und 12) eingeräumt worden find."

D. Der §. 22 bes Gejeges vom 21. December 1867 (R. G. Bl. Rr 141, S. 389), wodurch das Grundgejet über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird, lautet: "Die Ausübung der Controle ber Staatsichulb burch bie Bertretungeforper wird burch ein besonderes Gefet bestimmt."

Diefes, gegenwärtig in Rraft ftebende Gefet bom 10. Juni 1868 (R. G. Bl.

Nr. 54) ift Seite 208 abgebruckt.

*) Mit dem Patente vom 22. Jänner 1817 (P. G. S. Bd. 45, Nr. 13, S. 30) wurde im Sinne bes Patentes vom 29. October 1816 (B. G. S. Bb. 44, Rr. 156, S. 369) ber "allgemeine Tilgungsfond", als ein für fich bestehendes Institut, gu bem Zwede errichtet, "um eine regelmäßige und im fteigenben Berhaltnife fortichreitende Berminderung ber verginslichen Staatsichulb zu bewirken."

Bur unmittelbaren Leitung bes Tilgungsfonbes, beffen Ginnahmsquellen in ben §§. 2 und 3 bes gebachten Patentes fpecificirt waren, wurde eine besonbere Direction bestellt, welche halbjährig eine Uebersicht ber burch die Bufluge bes Tilgungefondes eingelöften Obligationen, und ber badurch bewirkten Binfenersparniß zu verfaffen hatte. Diese Ueberficht mar durch ben Drud gur allgemeinen

Renntniß zu bringen (§. 5).

Im §. 6 war bestimmt, daß eine aus Mitgliedern der vereinigten Ginlösungs- und Tilgungs-Deputation und ber priv. Nationalbant zusammengesette Commiffion jahrlich zweimal fich versammeln wird, um in die Geschäftsführung und die Operationen bei dem Tilgungsfonde Ginsicht zu nehmen, und darüber Allerhöchsten Orts Anzeige zu erstatten.

Dem Patente vom 1. October 1829 (P. G. S. Bb. 57, II. Abth. Ar. 113, S. 616), mit welchem die Bufluge bes Tilgungsfondes geregelt murden, ift eine Ueberficht bes Stammvermögens bes allgemeinen Staatsichulden-Tilgungsfondes mit Schluß des Monats September 1829 beigegeben. hiernach betrug das Ber-

- §. 2. Die Obliegenheiten dieser Direction bestehen:
- a) in der Evidenzstellung des dermaligen Beftandes der Staatsschuld;
- b) in der Evidenzhaltung der, auf Grund ber bestehenden ober noch ju erlassenden Gefete erfolgenden Verminderung oder Bermehrung ber Staatsichuld:
- c) in ber Evidenzhaltung ber zu ben vorgeschriebenen Ginlösungen und Rudzahlungen, sowie zur Binfenzahlung der Staatsichuld erforderlichen Gelbmittel:
- d) in ber Beforgung ber Berlosungen der Obligationen ber alteren Staatsschulb und aller jener Staats-Schuldverschreibungen, welche im Wege der Verlofung zur Rückahlung gelangen;

e) in der öffentlichen Bertilgung ber eingelösten Staats-Schulbverschreibungen:

- f) in ber Leitung ber Erzeugung und Ausfertigung aller Staats-Schuldverschreibungen.
- §. 4. Beiters behalten Bir Uns vor, ber Staatsschulben=Direction eine felbständigere Birtfamteit in ber Richtung einzuräumen, um ben Geschäftsgang bei ber Umschreibung und Devinculirung ber Obligationen zu vereinfachen. *)
- B. Auf ben Birtungstreis ber Direction ber Staatsschulb **) haben auch nachstehende Erläße Bezug:

a) F. M. Erlaß vom 2. Juni 1860, J. 30179. F. M. B. Bl. Nr. 32, S. 238.

Aur Bermeidung von Bergögerungen findet man anzuordnen, daß fich die Behörden wegen borfemäßiger Beraugerung von Dienstcautions-

mögen in Staatsichulbverschreibungen 209,963.266 fl. Die Zinsen hiervon betrugen jährlich 7,285.560 fl.

Ueber die Einrichtung bes Tilgungsfondes und beffen Birtfamfeit in ber Zeit vom 1. Marg 1817 bis Ende October 1838 find nahere Daten in dem Berte bes Dr. A. Malinkowski: "Tarftellung der Finanzversaffung Defterreichs", Bien 1840, 2. Bb., S. 46-51 enthalten.

Der letzte am 14. Mai 1849 erstattete a. u. Vortrag bezog sich auf die Gebarung des Tilgungssondes in der Zeit vom 1. Mai bis 30. October 1848. Derselbe wurde mittelst Druck zur allgemeinen Kenntniß gebracht. Ein Druckezemplar erliegt im F. M. Acte Z. 6334-F. M. v. J. 1859.

*) Die weiteren Bestimmungen des kais. Patentes vom 23. December 1859

betreffen: Die Umänderung der Benennung "Depositencasse des Tilgungsfondes" in "Staatsdepositencasse" (§. 3); die Verpstichtung der Finanzverwaltung, das von der Staatsschuben Direction ausgewiesene Erforderniß alljährlich in den Staatsvoranschlag aufzunehmen und sir bessen Bededung zu sorgen (§. 7).

Staatsboranichlag aufzunehmen und fur dessen Bedeaung zu sorgen (z. 1).
Die Staatsdepolitencasse wurde in ihrer Stellung als Staatshauptcasse aufselassen und deren Agenden der Staats-Eentralcasse VI. Abth. zugewiesen. F. M. Erlas vom 12. April 1865, Z. 12287 (B. Bl. Ar. 17, S. 87). Diese II. Abtheilung der Staats-Centralcasse ift in das k. k. Ministerialzahlamt umgewandelt worden. F. M. Erlas vom 20. Juni 1869, Z. 1092-F. M. (B. Bl. Ar. 27, S. 172).
Sieh auch den F. M. Erlas vom 15. Februar 1860 (Seite 124).
***) Bezüglich der Geschäftsbehandlung sieh Note *), Seite 208.

Obligationen zur Dedung von aushaftenden Erfätzen unmittelbar an die Direction der Staatsschuld zu wenden haben.

b) F. M. Erlaß vom 27. Jänner 1866, J. 61066 v. J. 1863. F. W. B. Bl. Rr. 8, S. 52.

Aus Anlaß eines vorgekommenen Falles wird erklärt, daß die Behörden im Sinne des §. 6 der Berordnung vom 16. Jänner 1860, 3. 2269 *) es in der Regel den Parteien zu überlassen haben, sich die dort vorgeschriebene Bestötigung zu verschaffen und beizubringen.

Nur in jenen Fällen, wo es im Interesse der Aerars angedeutet erscheint, wird ausnahmsweise gestattet, diese Bestätigung unmittelbar einzuholen und verordnet, daß in solchen Ausnahmsfällen wegen Erlangung der erforderlichen Auskünfte sich an die Direction der Staatsschuld gewendet werde.

c) Sieh' die F. M. Erläße vom 19. October 1871, Z. 3539-F. M. (Rummer 80), und vom 29. Mai 1875, Z. 2233-F. M. (Seite 173).

(80) F. M. Erlaß vom 19. Actober 1871 (J. 3539-F. M.), betreffent eine Erweiterung bes abministrativen Wirkungsfreises ber f. f. Direction ber Staatsschuld.

R. G. Bl. Rr. 123, S. 330; — F. M. B. Bl. Rr. 37, S. 196.

Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung vom 22. August 1871 wird mit Bezugnahme auf die §§. 1, 2 und 4 des kaiserlichen Patentes vom 23. December 1859, R. G. Bl. Nr. 226, **) dann die F. M. Erläße vom 15. und 26. Februar 1860, R. G. Bl. Nr. 41 und 53 ***) verlautbart, daß vom 1. November 1871 angefangen alle Geschäfte der laufenden Verwaltung der consolidirten Staatsschuld, soweit sie nicht nach den bestehenden Normen schon durch die Staatsschuldencasse abgewickelt werden können, einschließlich die die die nun der Bewilligung des Finanzeministeriums vorbehaltenen Umschreibungen von Staatsschuldverschreis

^{*)} Der §. 6 der Berordnung vom 16. Jänner 1860 (fieh' Seite 136) ist im R. G. Bl. als Absah 1 abgedruckt. Die übrigen Absähe sind im R. G. Bl. nicht enthalten. Dagegen ist im R. G. Bl. nachstehende, in das F. M. B. Bl. nicht aufgenommene Bestimmung angeführt:

[&]quot;Die im Absat 1 erwähnte Bestätigung ist über bloßes Anmelden entweber bei der Universal-Staatsschulbencasse selbst oder bei den Creditsabtheilungen in den Kronlandern zu erlangen.

Bu diesem Behuse hat die Partei nur ein genaues Berzeichniß der als Caution zu widmenden, zur Mückzahlung verloßbaren Staats-Schuldverschreibungen zu überreichen, welches ihr, mit der erforderlichen Bestätigung versehen, von der Universal-Staatsschuldencasse selbst oder unter Bermittlung der Creditsabtheilung, bei welcher das Berzeichniß überreicht wurde, zurückgestellt werden wird."

^{**)} Sieh' Rote 1 A, Seite 203. ***) Sieh' Seite 124 und 202.

bungen, welche auf eine ausländische Körperschaft, Gemeinde, Stiftung ober Anstalt lauten, in erster Instanz von der Direction der Staatssichuld zu besorgen sein werden. *)

Gegen die unmittelbaren Verfügungen der Staatsschuldencasse steht der Recurs an die Direction der Staatsschuld, gegen die Entschei-

bungen der Direction an das Finanzministerium offen.

Durch vorstehende Versügungen wird die, den Staatsgläubigern nach §. 3 der Kundmachung des Finanzministeriums vom 6. März 1869, R. G. Bl. Nr. 29 **) zustehende Besugniß, Obligationen zur Umschreisbung unmittelbar bei der Staatsschuldencasse oder einer der dort bezrusenen Landess oder Steuercassen einzureichen, nicht geändert.

(81) Gefet vom 10. Juni 1868,

über die Gebarung und Controle ber confolibirten Staatsschulb und ber nicht gemeinsamen schwebenben Schulb.

R. G. Bl. Nr. 54, S. 167; — F. M. B. Bl. Nr. 20, S. 148.

Mit Zustimmung beiber Häuser des Reichsrathes***) finde Ich zu verordnen, wie folgt:

A. Ueber die Gebarung der confolidirten Staatsfould. †)

Was die Gebarung und Controle der consolidirten Staatsschuld, sowie die Verwaltungskoften derselben betrifft, so wird das Ministerium für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder ermächtigt, mit dem Ministerium für die Länder der ungarischen Krone das nachsfolgende Uebereinkommen abzuschließen:

§. 1. Da in Gemäßheit des getroffenen Uebereinkommens vom 24. December 1867 ††) die von den im Reichsrathe vertretenen Königzeichen und Ländern und von den Ländern der ungarischen Krone übernommenen Jahresbeiträge zur consolidirten Staatsschuld an das Reichs-Finanzministerium abzuführen sind, so gehört:

a) die Uebernahme, Verbuchung, Verrechnung und die der gesetslichen Bestimmung entsprechende Verwendung dieser Gelbabfuhren zu den Obliegenheiten des Reichs-Finanzministeriums;

b) alle übrigen Dispositionen: als Credits-, Unifications- und Convertirungs-Operationen, sowie alle gesetlich zu treffenden Anordnungen bezüglich der bisherigen consolidirten Staatsschuld

†) Abgeandert mit Gefet vom 13. April 1870 (Seite 212).

tt) Sieh' Seite 99.

^{*)} Ueber die Geschäftsbehandlung bei der Direction der Stoatsschuld sind in den F. M. Acten: Z. 1182-F. M., Z. 1782-F. M., und Z. 1882-F. M. v. J. 1871 besondere Bestimmungen enthalten.

^{**)} Sieh' Seite 120.

***) Die Berhandlung im Abgeordnetenhause des Reichsrathes fand am 23. Mai 1868 statt. (Stenographische Protocolle über die Situngen des Abgeordnetenhauses des Reichsrathes I. Session, 1863, S. 3462—3465.)

gehören in den Birtungstreis des Finanzministeriums der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder.

§. 2. Die mit der Controle der schwebenden Staatsschuld betraute nngarische Controlcommission ist berechtigt, darüber zu wachen, daß die von den Ländern der ungarischen Krone abgeführten Jahresbeiträge

ihrer gesetlichen Bestimmung zugeführt werben.

Die ungarische Controlcommission ist daher berechtigt, so oft als es ihr nothwendig erscheint, beim Reichs-Finanzministerium in die bezüglichen Rechnungen, Vormerkbücher und Cassen Einsicht zu nehmen; das Reichs-Finanzministerium aber ist verpslichtet, der Controlcommission über die Art der Gebarung und Verwendung der oberwähnten Jahresbeiträge erschöpfende Aufklärungen zu geben und die nöthigen Ausweise vorzulegen.

- §. 3. So lange der von den Ländern der ungarischen Krone übernommene Jahresbeitrag zur consolidirten Staatsschuld im Sinne des §. 6 des Gesehes vom 24. December 1867 (Reichs-Gesehes-Blatt 1868, Nr. 3) nicht getilgt sein wird, werden die Länder der ungarischen Krone zur Bedeckung der mit der Verwen dung des Jahresbeitrages verbundenen Auslagen ein mit zwei Drittel Percent des Jahresbeitrages beitrages für das Jahr 1868 bemessenes Pauschale*) jährlich an das Reichs-Finanzministerium abführen.
- §. 4. Falls die beabsichtigte möglichst erschöpfende Convertirung der dermal bestehenden verschiedenen Titel der Staatsschuld in eine Rentenschuld die Auslagen der im Sinne des §. 1 a) erforderlichen Operationen vermindern sollte, wird nach Bollzug dieser Convertirung der im §. 3 festgesetzte Pauschalbetrag im Verhältnisse zu der Abnahme der dießfälligen Ausgaben im Wege des Uebereinkommens sestgesetzt werden.
- §. 5. Die Bebedung der über diesen Betrag an Gebarungsanslagen exforderlichen Geldsumme fällt dem Finanzministerium der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zur Laft.
- B. Heber bie Controle ber confolibirten Staatsiculb und bernicht gemeinfamen ichwebenben Schulb.
- §. 6. In Ausführung bes Artikels 22 des Gesetzes über die Reichsvertretung vom 21. December 1867 [Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 141] **) hat die durch das Gesetz über die Controle der gemeinsamen schwebenden Schuld niedergesetzte Commission des Reichsrathes***) auch die Controle

^{*)} Der Beitrag von 2/8 Percent der Jahresquote von 29,188.000 st. b. i. jährlich 194.500 ft. wird von Ungarn nicht geleistet. Im Sinne des Gesetzes vom 13. April 1870 (sieh' Seite 212) ist an Berwaltungsanslagen für die fundirte Schuld im Staatsvoranschlage für das Jahr 1887 der volle Betrag von 401.900 st. zu Lasten der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Läuder präliminirt.

^{**)} Sieh' lit. D, Seite 205.
***) Sieh' bas Geset vom 10. Juni 1868, B (Seite 96).

über die Gebarung der consolidirten Staatsschuld und der nicht gemeinssamen schwebenden Schuld zu üben.

- §. 7. Die Commission beginnt ihre Wirksamkeit, indem sie die Geschäfte, sämmtliche Amtsschriften und Bücher, dann die Namensstampiglien der bestandenen Staatsschulden Commissionen, endlich die Inventargegenstände von der mit der Verordnung vom 27. October 1867*) (Neichs-Geschuld übernimmt, welche mit dieser Aufgabe ihre Thätigkeit schließt und sich ausschlicht.
- §. 8. Die in dem Gesete über die Gebarung und über die Controle der gemeinsamen schwebenden Schuld in den §§. 13, 20—22 entshaltenen Bestimmungen haben rücksichtlich der consolidirten Staatsschuld und für die nicht gemeinsame schwebende Schuld auch für die Commission, für den Reichsstinanzminister und für den Finanzminister der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, sowie für deren untergeordnete Organe zu gelten.
- §. 9. Den Gegenstand der an diese Commission übertragenen Constrole bilden die gesammte consolidirte Staatsschuld, die nicht gemeinssame schwebende Schuld, dann die Grundentlastungsschulden und die consolidirten garantirten Landesschulden der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder.
- §. 10. Die Commission hat demnach unter Anwendung richtiger Controsprincipien darüber zu wachen:
 - a) daß die bestehende consolidirte Staatsschuld nur im versassungsmäßigen Wege vermehrt oder verändert werde. Im Falle, als das Finanzministerium der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder mit versassungsmäßiger Bewilligung oder eventuell auf Grund des §. 14 des Gesehes vom 21. December 1867 (Reichs-Geseh-Blatt Nr. 141) gegen oder ohne Verpfändung von Creditseffecten oder vom undeweglichen Staatseigenthume mittelst auf kurze oder längere Zeit abgeschlossener Vorschußgeschäfte eine schwebende Schuld contrahirt, hat die Commission die gehörige Vorschreibung und Evidenzhaltung der Vorschußgeschäfte und beren vertragsmäßige Ubwicklung zu überwachen, dann die darüber ausgesertigten Urkunden zu contrasigniren;

b) daß mit der bestehenden consolidirten Staatsschuld, sowie mit den zur nicht gemeinsamen schwebenden Schuld gehörigen Cautionen und Depositen gesehmäßig gebart werde; daß genau im Sinne der gesehlichen Bestimmungen die Berzinsung, sowie die Berzlosung, die bare Aurückahlung oder die börsemäßige Einlösung

^{*)} Richtiger foll es lauten: Berordnung vom 27. October 1865. Sieh' Rote *), C (Seite 204).

stattfinde, und daß die für die Berginsung und Capitalsrudzahlung gewidmeten Mittel ihrer Bestimmung gemäß verwendet werden:

c) daß die Durchführung der Convertirung und Unificirung der consolidirten Schuld in der gesetlich vorgeschriebenen Beise vollzogen werde:

d) bag die vom Reichsrathe bewilligten Jahresbeitrage zu bem Erforberniße ber Staatsschulb an bas Reichs-Finanzministerium geleistet werben.

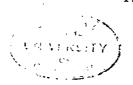
- §. 11. Der Reichs-Kinanzminister, dann der Kinanzminister der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder sind nach ihrem Birtungsfreise verpflichtet, die Commission rechtzeitig von allen Beränderungen im Stande der consolidirten, beziehungsweise nicht gemeinfamen schwebenden Schuld und ber Berginfung, bann von bem Reitpuncte, wann die Drucklegung von Creditseffecten, sowie die Bertilgung eingelöster und unbrauchbarer Creditseffecten ftattfindet, ebenfo rudfichtlich aller abgeschloffenen Vorschufgeschäfte in Renntniß zu feten, ibr die bezüglich der letteren ausgefertigten Urtunden zur Contrafignirung und nach erfolgter Rudzahlung zur Unbrauchbarmachung und Löschung vorzulegen, sowie die Borlage der zur Controle erforderlichen Nachweisungen von sämmtlichen betheiligten Caffen und Memtern, bann Rechnungsbepartements und Buchhaltungen unmittelbar an bie Commission zu veranlassen. *)
- §. 12. Die Commission ist berechtigt, von dem Stande der consolidirten und nicht gemeinsamen schwebenden Schuld nach den barüber geführten Büchern und Vormertungen jederzeit Renntnig zu nehmen und sich von der Unbrauchbarmachung durch Durchschlagung, sowie von ber seinerzeitigen Vertilgung ber bar zurudgezahlten ober borsemäßig eingelöften, bann ber im Bege ber Convertirung und Bermechslung gegen neue eingegangene Creditseffecten, einschließlich der Binfencoupons und Quittungen, die Ueberzeugung zu verschaffen.
- §. 13. Wenn mit Bustimmung bes Reichsrathes ein neues Anlehen aufgenommen wird, **) hat die Commission die Gintragung besselben in das Hauptbuch der Staatsschuld, sowie die Ausfertigung der Staatsschuldverschreibungen zu überwachen.

Bum Beichen ber von ber Commission geubten Controle werben alle in Folge eines neuen Anlehens oder der Convertirung hinguszu-

gebenden Schuldurfunden mit der Claufel:

"Kür die Staatsschulben-Controlcommission des Reichsrathes" versehen, welche mit der Namensstampiglie des Prafidenten und eines Commissionsmitgliedes unterfertiget wird.

^{**,} Sieh &. 4 bes Gefetes vom 24. December 1867, Seite 99.



^{*)} Sieh' bas Berzeichniß Seite 215.

- §. 14. Die Commission hat mit Schluß eines jeden Semesters einen Ausweis über ben Stand ber confolidirten Staatsschulb, ber nicht gemeinsamen schwebenden Schuld, der Grundentlastungsschulden und der consolidirten Landesschulden von den im Reichsrathe vertretenen Abnigreichen und Ländern, dann hiervon abgesondert über die gemeinsame schwebende Staatsschuld einschließlich der Bartial-Hypothekar-Anweisungen zu verfassen und im amtlichen Theile der Wiener Reitung zu veröffentlichen.
- §. 15. Die Commission hat, so oft sie es angemessen erachtet, jedoch alljährlich mindestens Einmal, über ihre Wahrnehmungen bem Sause der Abgeordneten Bericht zu erstatten und die erforderlichen Antrage vorzulegen, welches hieruber feine Befchluffe faffen und bieselben mit ben Borlagen ber Commission an das Herrenhaus leiten wird.

Findet die Commission zu einer Zeit, in der der Reichsrath nicht versammelt ift, Berfügungen, welche von ber Finanzverwaltung ju treffen waren, für nothwendig, fo tann fie fich beghalb unmittelbar an

das Finanzministerium wenden.

Der Geschäftsverkehr ber Commission ist auf den Reichsrath, das Reichs-Finanzministerium, das Finanzministerium für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder und sämmtliche diesen untergeordneten Orgune beschränkt.

- §. 16. Dieses Geset tritt mit dem Tage ber Kundmachung in Wirksamkeit.
- §. 17. Der Finanzminister ift mit dem Bollzuge biefes Gesebes beauftragt.

Schönbrunn, am 10. Juni 1868.

Fraus Ivleph m. p.

Anereverg m. p.

Breftel m. p.

(82) Gesets vom 13. April 1870,

über die Gebarung und Controle ber confolibirten Staatsichuld.

R. G. Bl. Rr. 57, S. 110; — F. M. B. Bl. Rr. 17, S. 86.

Mit Auftimmung beiber Häuser bes Reichsrathes*) finde Ich zu verordnen, wie folgt:

Rachbem bas im Gesetze vom 10. Juni 1868, R. G. Bl. Nr. 54, **) vorgesehene Uebereinkommen mit dem Ministerium für die Länder der

als Beilage CXIII zu ben stenographischen Protocollen über die Sigungen des Ab-geordnetenhauses des Reichsrathes, V. Seffion, Bb. 2, S. 1509 abgedruckt. Die Berhandlung im Abgeordnetenhause sand am 7. April 1870 statt. (Stenographische Brotocolle über die Sigungen des Abgeordnetenhauses des Reichsrathes, II. Seffion, Bb. 5, S. 1051 und 1052.)

**) Sieh' lit. A, Seite 208.

^{*)} Der Bericht bes Bubgetausschnfes über bie Regierungsvorlage, betreffend bas Gefet über die Gebarung und Controle ber consolidirten Staatsschulb, ift

umgarischen Erone bezüglich der Gebarung der confolidirten Staatsschuld, sowie wegen ber. Bestreitung ber bezüglichen Vermaltungetoften nicht zu Stande gefommen ift, wird in theilmeifer Abanderung bes berufenen Gesetes Folgendes bestimmt:

- §. 1. Die Gebarung und Verwaltung ber consolidirten Staatsschuld wird von dem Finanzministerium der im Reicherathe vertretenen Königreiche und Länder übernommen und geführt. 1)
- S. 2. Den Ländern der ungarischen Krone steht es frei, fich bie Ueberzeugung zu verfchaffen, bag bie von biefen Landern burch bas Reichs-Finanzministerium an die t. t. Finanzverwaltung abgeführten Jahresbeiträge ihrer gesetlichen Beftimmung zugeführt werben. *)
- S. 3. Durch biefes Gefet foll meder an bem Character ber Staatsichuld noch an ben Verpflichtungen, welche ben biegfeitigen Ländern obliegen, eine Aenderung eintreten. **)
- S. 4. Der Finanzminister ist mit ber Ausführung biefes Gesetzes beauftragt.

Wien, am 13. April 1870.

Franz Joseph m. p.

Botocti m. p.

Diftler m. p.

1) S. M. Kundmachung vom 29. April 1870 (B. 1539-F. M.), betreffend bie Uebernahme ber Bermaltung ber confolibirten Staatsfoulb.

R. G. Bl. Rr. 65, S. 121; - F. M. B. Bl. Rr. 18, S. 89.

In Durchführung bes Gefetzes vom 13. April I. J., R. G. Bl. Dr. 57, wird bekannt gegeben, daß die Gebarung und Berwaltung ber consolibirten Staatsschuld mit 1. Mai 1870 an bas Kinanzministerium ber im Reicherathe vertretenen Ronigreiche und Lander übergeht.

(83) f. M. Aundmachung vom 30. Mär; 1869 (J. 683-F. M.), betreffend die Art der Ausfertigung neuer an Stelle von einzuziehenden noch unverlosten Obligationen ber Staats-Lottoaulehen ber Jahre 1860 und 1864 auszugebenben Obligationen.

R. & Bl. Nr. 37, S. 154; — F. M. B. Bl. Nr. 13, S. 74.

Es kommen Källe vor, daß wegen Devinculirung ober aus anderen Anläßen an Stelle von sofort einzuziehenden und zu tilgenden

^{*)} Die Beitrage ber bieffeitigen Reichshälfte gur consolibirten Staatsichulb (fieb' §.9, Seite 102) werben von ber Reichs-Centralcaffe und bem Rechnungs-Departement des t. und t. Reichs-Finanzministeriums zwar nicht als reelle Abfuhr, jedoch als Gegenstand ber Berrechnung behandelt, und einerseits als Quotenabsuhr in Empfang, andererseits als Dotation an die Staatsschulbencasse verbucht. F. M. Act 3. 1561-F. M. v. 3. 1870. **) Bergleiche auch die F. M. Acten B. 479-F. M. und 954-F. M. v. J. 1869.

Obligationen der Lottvanlehen der Jahre 1860 und 1864, neue, mit benselben Merkmalen versehene Obligationen auszufertigen sind.

In solchen Fällen erscheint es nicht zulässig, die auf den einzuziehenden Obligationen beigesetzte Gegenzeichnung der zur Zeit der Hinausgabe jener Anlehen bestandenen Staatsschulden-Controls-Com-missionen auf die neu auszusertigenden Obligationen zu übertragen.

Es wird daher im Vernehmen mit der Staatsschulden-Controls-Commission des Reichsrathes die Einleitung getroffen, daß in den erwähnten Fällen den neu auszusertigenden Stücken im Sinne des Geses vom 10. Juni 1868, R. G. Bl. Nr. 54*) die Gegenzeichnung der gegenwärtig bestehenden Staatsschulden = Controls = Commission des Reichsrathes beigeset werde.

Die Beisetung dieser Gegenzeichnung wird unter der folgenden Clausel: "Statt der ganz gleichartigen eingezogenen noch unverlosten Schuldverschreibung" beziehungsweise: "Statt des ganz gleichartigen

eingezogenen noch unverlosten Pramienscheines" geschehen. **)

^{*)} Sieh' Seite 208.

^{**)} Sieh' Note +), Seite 132.

Derzeichniß

der an die Staatsschulden-Controls-Commission des Reichsrathes einzusendenden den Rachweisungen. *)

Post=Rr.	Name ber Casse, des Rechnungs= Departements	Bezeichnung ber Eingabe	Frist zur Borlage
	A.	Monatliche Eingaben.	
1	R. f. Staatsfoulbencasse	Abschriften der Hauptjournale: a) über die Bargelbgebarung b) über die Obligationsgebarung	Binnen 14 Tagen nach Schluß eines jeben Monats
2	Facrechnungs = Departe= ment I bes F. M.	Ausweis über die zur Berrechnung gelangten Credits- zahlungen	Binnen 8 Wochen nach Schluß eines jeben Monats
3	Lanbeshauptcasen,Finanz= lanbescasen unb Lanbes= zahlämter	Ausweis über die Beränberungen an bem Stanbe ber Cautionen und nichtgerichtlichen Depositen, sowie über die hiervon geseisteten Zinsenzahlungen	Binnen 14 Tagen nach Schluß eines jeden Monats
4	Aerarisch=stänbische Credit= casse in Innsbrud	Ausweis über die Beränberungen im Stanbe ber Tiroler Lanbesschulb unter anmerkungsweiser Beisehung ber geleisteten Zinsenzahlungen	betto
5	Lanbeszahlämter in: Rlagenfurt Laibach Salzburg Lanbeshauptcaffe in Lems berg	Ausweise über ben Stanb und die Beränberungen an ber Bilacher Domesticalschulb Krainer Domesticalschulb Salzburger Landesichulb Ostgalizischen Raturallieferungs= und Kriegs= barlehensschulb unter anmertungsweiser Beisehung ber geleisteten Zinsenzahlungen	betto
6	R. ung. Staatscentralcaffe Budapest	Nusweis über den Stand der ung. Hoffammer- und Kirchenfilber-Lieferungsschuld	betto

^{*)} Das Finanzministerium hat mit bem Erlaße vom 11. Februar 1867, Z. 481-F. M. (F. M. B. Bl. Ar. 8, S. 56), aus Anlaß ber am 1. Jänner 1867 in Birksamkeit getretenen neuen Berrechenungs- und Sontrolsgrundfäße das Berzeichniß der Organe, welche an die Commission zur Controle der Staatsschulb besondere Nachweisungen vorzulegen haben, bekannt gegeben. Dieses Berzeichniß ist mit Berücksichtigung der im Laufe der nachgefolgten zwanzig Jahre eingetretenen Aenderungen hier abgebruckt.

Boft ≥Nr.	Rame ber Casse, bes Rechnungs= Departements	Bezeichnung ber Eingabe	Frist zur Borlage
	В	. Semestral-Eingaben.	
7	Fachrechnungs = Departe- ment I bes F. M.	Die nach ben einzelnen Schuldgattungen zu tren- nenden Ausweise über die während eines jeden Semesters eingetretenen und mit ihren Titeln genau zu bezeichnenden Beränderungen an dem Capitalienskande aller zur fundirten allgemeinen Staatsichuld gehörigen Kategorien, einschließlich der Cameral-Bassib-Capitalien	Vinnen 6 Wochen nach Schluß des Semesters
8	Fachrechnungs = Departe= ment I bes F. M.	Ausweise über ben Stand ber Grundentlakungs- schulben ber Fonde von Oft- und West-Galizien, bes Großherzogthums Kratau und der Butowina	beito
9	Rechnungs-Departements ber Finanz = Landesbe- hörben	Answeise über bie Beranberungen in bem Stanbe:	betto
		1. der Entschädigungsrenten: a) für unbehobene Consumtionsgefälle in Oberstiereich, Tirol, Steiermark, Böhmen und Mähren; b) für die Absentgelber an den Grasen Ueberader in Salzburg und über die ad a) und d) bezahleten Kenten und mit Schuß des Jahres verbliebenen Kentenrücklände. 2. der Laudemialschulb.	
10	Rechnungs = Departement ber F. Lanbesbehörbe: in Lemberg "Ling "Laibach	Ausweis über ben Stand ber unter die verschiedenen Entschädigungs-Menten einbezogenen Cameral- Bassien und Kirchen in West- gatigien und an den ostgali- zischen Studiensond an den ob d. enns. Studiensond Ausweis über die Beränderun- gen an dem Stande der Krainerischen Domestical- schliebenen Zinsen	betto
		C. Jahres-Eingaben.	
11	Fachrechnungs = Departe- ment I bes F. M.	Abschrift bes Gebarungsausweises für das I. Quartal bes laufenden Jahres (Rachtragsperiode) und bes Rechnungsabschlusses für das Borjahr (Gegenstandsjahr) bezüglich der gefammten Gebarung mit der ganzen fundirten und schwebenden Staaatsschuld unter Begründung der Disserenzen zwischen den einzelnen Titeln des Erfordernißes der Staatsschuld im Finanzgesetze und dem rechnungsmäßigen Erfolge. Ausweise über die Kickftände an Zinsen nach den einzelnen Schuldkategorien	Bis 15. Juli nach Ghluß eines jeben Jahres
			•
•		·	

Husweis über die in den Jahren 1857—1886*) bewirkten Ausmünzungen in Gold- und groben Kilber-Minzen.

			Опреп	n Rahren					
	186	.8671867		1868	1868—1886		3 n g	8ufammen	
Minzgattungen	şamınıt fiah	fammtliche Winsstütten	1. f. Seut	I. f. Sauptmungamt Bien	t. ung. Weftn und Cax	f. ung. DRangamt Aremnis und Carlsburg **)			
	₩₩.	österr. Wathr.	67+Brd*	6fert. 28abr.	Ext fields	bfterr. 284br.	String.	dfterr. 288thr.	٠.
		-	fr.	fr. fr.		ft. ftr.		£.	ž
I. Gilbermüngen.									}
Bwei Bereinsthaler-Stüde	\$7.764	83.292 00	:	:			27.764	88.898	. 5
Smei-Gulben-Stüde	835.344	1,650.688 00	<u>. </u>		106.304	202-208	8,161.367	6,808.784	·
Gin=Gulben=Gtüde	173.471.939	108,939.595 00 43.867.984 75	0 146,608.540 5 572.060	146,608.540 30 148.015	87,213.792	87,213.792	342,761.927	342,761.927 . 43,510.999 75	. 92
Levantiner-Thaler ***)	15,064.456	81,708,128 16	8 21,785.675	75 45,749.909.96	:		36,800.130	77,468.038 12	2
II. Golbmungen.									
Kronen").	701.607	1,417.417 65 5,588.840 524	· · ·	• •		· ·	701.607 794.099	1,417.417 65 5,538.840 521/2	28.55
Ducaten, vierfache ***)	180.506	8,465.715 80 68,797.166 40	0 410.852 0 8,162.746	52 7,888.858 40 16 39,181.180 80	967.486	4,643.644 86	591.858 23,462.915	11,854.078 60	g :
Acht-Gulbenftace +)					4	87,674.889 30 8,465.678 40	6,973.802	48,887.796 20 2,904.967 80	22
Bufammen. 344,798,373	344,798.373	811,559.804	811,559.804 181,2 181,247.013	13 255,875.802 46	93,609.483	182,249.904 50 619,654.869	619,654.869	699,185.011 14'/	£,
*) In den Jahren 1918—1867 wurden in Conventions-Wählprung in Desterreich ausgeprägt in Gold bei 264 Millionen Gulden, und in Gilber bei 288 Millionen Gulden, und in Gereisburg ausgelassen. — **) Ein Levantiuce-Ahaler im inneren Werthe und an eine den der	i57 wurden i1 n Wonate Ke a	n Conventions: 11 1871 warde	Wahrung in k das Wangamt	desterreich ausgeprin Garlsburg ausg	ägt in Golb B	ei 254 Welfflonen *) Ein Levantine	te-Thafer im	in Gilber b inneren Ment	.e.x
pt. s. Decodes 10. 100. s. 10. 100. s. s. s. 100. s. s. s. 100. s.	ō. ₹8. — ‡#) £	Bierfacher Duca	iten = 19 ft. 20	fr. ö. 28. – ***) G	infacher Ducate	n = 4 ft. 80 ft. 6	. 88. – †) Gin	ı Ağtguldenfti	**
*) Dieser Klisweis wurde mit Benügung der im R. G. Blatte (1867—1868) veröffentlichten Rachweisungen (Art. 24 bes Minzvertrages vom 24. Janner 1867) und der in der Zeislichrift Bufferie enthaltenen Publicationen zusammengestellt.	Benügung der thaltenen Publi	im R. G. Bla icationen zusam	tte (1857—1868) mengeftellt.	veröffentlichten Ra	ichweisungen (A	rt. 24 bes Wünzv	ertrages vom 2	4. Janner 185'	~

1886. 1)
Anni
mit
Staats duld
Der
Stard
Den
über
Ausweis

I. Allgemeine Staatsschuld. A. Consolidirte Staatsschuld obne Capitals-Rückzablung.	Umgerechnet auf ein 5%ges Capital in d. W. im Grunde bes Gefehes b. 20. Juni 1868	5º/08e8 Grunde uni 1868	Die einjährigen Rinfen (Menten) nach Abrechnung der Secuer bezissten lich in ö. W. auf	Rinfen echnung echnung echnung echnung
1. Reftere canfalibirte Stantslibi.	H.	fr.	ff.	fr.
hierher gehören 5 Categorien von auf Wiener Rährung lautenden, in Roten berzinslichen Staatsiculd- berichreibungen per 1,995.316 fl. 3 tr.	568.117	261/2	25.692	4 31/₂
2. Neuere consolibirte Convertirungsschuld. a) In Noten verzinstlich. Online of Frank.				
a) Conocentrolle un Conocentrolle Common. 1. Hierher gehören 14 Categorien von Schuldverschungen im Rennwertse von 1,796.040sft. 48 kt.	1,467.704		61.643	571/2
Letten Jinstul it verfatieben und verlegt 1.00 vo. v. o	87.297	33	:	•
b) Convertirbare auf österr. Währung lautende Schuld. Hierher gehoren Schuldverschungen breier Anlehen pr. 312.144 ft. 85 tr.	296.545	101/2	12.454	891/2
c) Einheitliche auf österr. Währung sautende Rentenschuld. Staatsschuldverschungen aus der Convertirung auf Erund des Geseges vom 20. Juni 1868	1.405,837.867	25	69,084.190	481/,
Gesammtsumme ber neueren in Roten verzinslichen Schulb	1.407,129.414	. 1/2	59,098.288	901/2
3) Ronvertirbare auf Conv. Minze lautende Schuld. Hierher gehören 6 Categorien von Obligationen pr. 264.984 ff. 26 ft.	267.382	35	11.230	51/2
b) Convertirbare auf österr. Währung sautende Schuld. Obligatienen zweier Ansehen v. J. 1864 und 1865 im Rennwerthe von 9000 st	10.300	•	438	9
c) Einheitliche auf österr. Währung sautenbe Rentenschuld. Staatsschuldverschungen aus der Convertirung auf Grund des Geseges vom 20. Juni 1868	998,601.497	20	41,941.263	891/2
Gesammfumme der neueren in Silber verzinslichen Schuld.	998,879.179	84	41,952.925	22
1) Siep' C. 224. Totalfumme ber neu eren nicht rudgahlbaren Convertirung gfoulb . 2.406,008.593	2.406,006.593	84.1/2	841/, 101,051.214	451/2

b. Sonfottotte Franksjynto gegen Fruczuptung. 1. Bur Bahlung noch nicht fällige Schuld. a) In Roten verzinstich.				•
a) Auf W. W. lautende Cameral-Passive-Capitalien ohne Berlosung pr. 1,780.232 fl b) Auf CondMinze lautende Cameral-Kassive-Capitalien ohne Berlosung	747.697 118.125	44.	2.457 1.512	• •
1. Unverlostes Capital des Lotto-Aulchens v. J. 1864. 2. Como-Ventenschießen. 8. Unverlostes Capital der Wien-Gloggniher Eisenbahn-Peioritätsschild v. J. 1845	30,843,750 43,732 630,000 385,035	.03	987,000 28,350 17,326	571/2
d) Für liquidicte Laudemial-Entiglädigungscapitalien an Erundentlastungssonde 2).	14,817.537	06	740.876	$891/_{2}$
e) Auf öfterr. Wähfrung lautend mit Berlofung: 1. Unverlostes Capital des Botto-Antópens v. I. 1860 2. " " " Prámien-Antópens v. J. 1864	160,788.600	• •	6,429.844	• •
8) In Gilber berainglich.	237,009.477	84	8,206.866	1.7
Darleben von der !. !. priv. allg. österr. Bodencreditanstalt per 60 Mill. Gulben gegen Berpfändung von unbeweglichem Staatseigenthum.	43,455.646	15	2,390.060	531/2
Gefammtjumme der gur Zahlung noch nicht fälligen Capitalien.	280,465.123	88	10,596.927	1/1
	Umgerechnet auf 6. W. nach Abzug der Gewinnstgebühren	B. nach zebühren	Hierunter haften aus der Zeit vor 1868 zu Kasten der EenteActiven in b. W.	aus ber Laften in 6. 28
2. Bur Zahlung bereits fällige, jedoch unbehobene Schulb.	ff.	냺	<u>1</u>	냺
a) Unbehobene Capitalien der Lotto-, Steuer- und alter Eisenbahnanlehen	2,141.712 1,319.336	69 5	38.056 30.645	69 35
Gefummflumme ber falligen, jeboch unbehobenen Schulb.	3,461.048	49	68.702	#

	Stand mit Enbe Juni 1886	nt 1886	Die ein jährigen Binfen in 6. 189. betragen	Zinfen in zen
, 1	F.	11.	보	趙
C. Schwesende Acuto.		- 191		
1. 3m Umlaufe befindliche Effecten.				
a) Zu 3% verzinslich gewesene, aus den Activen der Central-Finanzen rückahlbare Staatscentralcasse-Anweisungen v. J. 1842 pr. 1800 st. C. W.	1.890	•	•	•
1. Unwerzinstide. 2. Bom 27. Mai 1885 an mit 8% berginstice.	9,065.012	. 55	8,587.298	: 28 :
Summe ber im Umfauf befindlicen Effecten .	98,648.858	50	2,587.893	99
2. Cautionen und Depositen.				
(Aus den Activen der Central-Finanzen ruchgahlbar.) a) Bei der L. und L. Reichs-Centralcasse: gerichtliche Depositen	1,011.599	92	9.622	cq
b) Bei den Cassen ber im Reichstathe vertretenen Königreiche und Länder: Cautionen und Depositen (Eugezahlt dis Ende des J. 1867)	598.922	74	28.986	431/2
Hegu die Zuffen von den ju Ende Funt 1886 bei der L. ung. Staats-Eentxaltesse in Budapest gehafteten Cantionen und depositen			3.769	84
Bufammen an Cautionen und Depositen .	1,610.523	99	42.378	831/2
Kotassumme ber ich meben Schulb.	95,253.875		2,579.671	881/8

	Stand der Rentenbeträge mit Enbe Juni 1886	äge mit	Stand des hiefür verans schlagten 50/,gen Capitals mit Ende Juni 1886	Capitals (apitals	Die einjährigen Binfen nach Abzug ber Steuer betrugen	Zinfen Steuer
	14.	ij	ft.	£.	파	ä
D. Entschäbigungs-Renten.			•			
In Roten dferr. Badgrung.						
a) Fut eingezogene Confumtionagefalle in Desterreich ob ber Enns, Stetermark, Bohmen, Mahren	563.102	32	11,262.045	:	450.481	8
b) für die in Desterreich u. d. Enns bestandene Drittelsteuer und Urbarsteuer	33.643	211/	672.864	. 8	33.643	211/3
c) für Absentgelber bes Grafen v. Ueberacker in Salzburg	1.050	•	21.000	:	1.050	•
	268	16	5.363	20	268	16
	5.592	8	111.846	•	5.592	ස
f) " " " in Desterr. o. b. E.	4.704	:	94.080	:	4.704	•
. Bukammen .	608.359	92 1/2	12,167.198	50	495.739	£7./2
	Sabrlich gu leiftenbe gablung	gunjqu	Entfällt an 5º/ogem Capital	mə80,	Jährliche Zahlung in 6. KB.	ung in
	놢	2	1	ä	늁	莊
E. Bablung an die ft. bayerifche Regierung.						
In Folge des Mingener Tractates vom 14. April 1816 für den Main- und Lauder-Kreis die jäheliche Enisgabigung von 100.000 ft. Reichsvohrung oder 87.500 ft. östere. Währung in Silber	87.500	:	1,756.000	:	87.506	
`					,	

	Stand mit Ende Juni 1886 umgerechnet auf ein 50/0ges Capital in ö. VB.	nt 1886 5º/øges B.	Die ein jährigen Binsen in 5. BB.	Binsen.
	ff.	ij	뉻	±i
II. Schulden der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder.				
A. Sousosidirte Staatsschuld offne Capitalsrückzahlung.				
Stenerfreie Rente. Dbligationen auf Erund bes Gefezes vom 11. April 1881 (R. G. Bl. Rr. 38) in Roten bezginslich	162,840.700	:	8,117.085	•
Rente. Obligationen auf Erund bes Gefeges vom 18. Marz 1876 (R. G. Bl. Rr. 26) in Golb verzinstich. Im Rennwertse von 840,860.200 ft.	273,680.160		13,634.008	
B. Cousosidirte Staatsschuld gegen Capitalsrückzahlung. 1)			-	
1. Mittelft Berlofungen.				
a) In Roten.				
donnannen Requitirungs - Anlehen per 24,600,000 fl., wozzu der Skateliches in Holge der Gefeber was Keftige der Gefege vom 8. Februar 1869 und 29. Achts 1870 (R. E. W. R. R. 20 und 26.) den britten Ahell als Concurrenzbeitrag zu leisten hat ju. 8. anl dos Captial	7,164.333	831/2	858.216	661/2
Donaue Regulftungs-Anleben per 6,000,000 ff., wovon auf den laut Gefehes vom 29. Juli 1877 (B. G. Bl. Rr. 70) vom Staatskhabe zu leistenden gleichen Concurrenzbeitrag nach der biss- herigen Emission entsalten	1,984.800	:	96.240	:
Bilfen - Briefen - (Romotau-) Eifenbahnichuld auf Grund bes Gefeges vom 8. Juni 1884 (R. G. Bl. Rr. 91)	7,143.800	:	285.752	•
d) Rafferin Elifabeth. Elfenbahnichuld auf Grund bes Gefeges vom 28. Berember 1881 (R. G. Bl. Rr. 141): Abgestempelte Actien I. Emission à 200 ft. in C. R. 267.800 ft.	880.560	:	15.864	:
Sufammen .	16,518,498	331/2	756.578	\$/199

											-
:	20	20	:		:	84	431/2	*	8	•	
476.700	14.458 1.590	492.748	59.007		•	16.617	735.749	28,810.737	74.868	:	
•	: :	:	:		651/2	83	72	54	261/2	:	
11,917.500	275.400 31.800	12,234.700	1,180.140		79,403.386	332.346	14,714.988	559,389.915	1,559.315	123,545.625	
8) Bilfen-Priefen-(Komotau)-Eisenbahn-Prioritätsschuld auf Grund bes Geseges vom 8. Juni 1884 (R. G. Bl. Pr. 91). 1) Kaiserin Eisabeth-Eisenbahnschuld-auf Grund-bes Geseges vom 88. December 1881 (R. G. Br. 94).	Abgestembelte Actien II. Emission à 200 ft. Abgestempelte Actien III. Emission à 200 ft.	y) In Golf.	a) Raiferin Elifabeth-Eifenbahnfoulb auf Grund bes Geleges vom 28. December 1881 (R. G. Bf. Ar. 141). Interimsscheine dto. 31. Mai 1886	2. Dine Berlofung.	a) Darlehen der öftern. ung. Bank (fleh' Seite 80).		8) Antheil des Staatsschages von 1.5,000.000 ft. an dem Privoritäts-Anlegen der f. f. priv. Südbahn- Gesellschaft per 50,000.000 ft. zur Herstellung der Eisenbahnlinie Bilaaf-Franzenskelte und St. Keiter- Frume im Grunde der Gesehe vom 20. Mai und 27. Zuli 1869 (R. G. Bl. Nr. 85 und 188)	Gefammtfumme ber confolibitten Coulb.	C. Schwebende Schuld. a) Bei den Ländercassen Cautionen und Depositen in Roten zu 8, 4 und 6 Bercent	D. Garantirte Grundentlastungsschuld. Diese mit Obligationen bebedte Schuld beträgt 117,662.500 fl. C. W.	drouge voren Grundentalpungservöngkrönien für die unter ist, d., Eette A19 angelüptren von Staate zu sahfenden Kondenial-Enifgäbigungen ausgegeben pr. 14,816.467 fl. 69 fr. Oet Reft von 1.070 fl. 21 fr. ist mit Obligationen nicht bedeckt.

III. Gemeinsame schmebende Schutt in österr. Mährung.

Nie mit Ende Juni im Umlaufe besindlichen Ctaatsnoten betrugen
 H. 64,894 929 ft.; — à 6 ft. 110,455,595 ft.; — à 50 ft. 148,006.800 ft.
 Die Partial-Hppothetar-Anweifungen per 98,641.468 ft. 60 ft. find unter lit. d.), Seite 220 ausgewiesen

Anmerfungen.

1) Die Seite 218-224 und 226 angestührten Daten find bem von der Staatsichulben-Control-Comnission bes Reichskratbee verschleten, als Bellage zum amte lichen Zheile ber "Wiener Zeitung" vom 91. October 1886 erschienenn Ausweise über den Stand ber Staatsichuld mit Ende bes I. Semesters (Ende Juni) 1886 ") Der Ausmeis B iber bie Confolibirte rudgabilbare Chaateiculb ber im Reicherathe vertretenen Ronigreiche und Sander (Geite 222) ift mit foigendem im II. Cemefter 1896 eingetretenen Bumachie ju erganger: entnommen.

Die ein jährigen Binfen in b. B.

Umgerechnet auf ein 5%ges Capital in d. W.

Ħ	467.061 160.166 50 283.010 730.879 611.188 60	10
낦	11, 12, 14, 15, 11, 16; 11, 16; 11, 11, 11, 11, 11, 11, 11, 11, 11, 11	88,771,992 4,265,489
fr.		:
弄	8,588.940 8,080.600 5,860.800 88,988.600 150,000	286'141'88
	Ad a) Raiserin Elisabeth - Elsenbahnschald, Abgestempelte Actien I. Emisson in E. M. Ad f. Raiserin Elisabeth-Elienbahnschald f. Ebgestempelte Actien II. Emisson fl. Ad f. Raiserin Elisabeth-Elsenbahnschald f. Ebgestempelte Actien II. Emisson fl. Reug Raiser Franz Franz Freisenbahnschald aus Erund des Estes vom 8. April 1884 (R. E. M. R. El) Ad a) (Seite 2878). Raiserin Elisabeth-Elsenbahnschald und Erund des Geites vom 8. April 1884 (R. E. M.	Sufammen

Die Pflaten von ben Geite 2828, unter lit. c) und d), bann Geite 253 unter lit. o), fh, 7 a), bann Seite 224 unter lit. g) ausgeführten Effecten werben nur bon ber I. T. Chaatefcontbencaffe in Weien gegabilt,

))	Mit Ende Juni besanden sich solgende Kente. Gbligationen im Umlause	befanden	fid) folgende	Rer	rte-Obligatio	nen	im Umlaı	ufe		
			Einh	eitliche 4.20/4	Einheitliche 4.2%,oge Rente (Gel. v. 20. Juni 1868)	D. 20). Juni 1868)		Q	Ofterreichifche Rente	de Rente	
Bezeichnu	Bun	Bezeichnung ber Appoints	In Roten	in Silber	In Roten		in Silber		In Roten mit 5 Proc.	In Boten in Gold mit 5 Proc. mit 4 Proc.	In Roten	in GoD
			verzinsliche Gtüde	he Stade	verzinstic	her (verzinslicher Capitalsbetrag	8 8	berzinsti	verzinslice Stüde	verzin Capital	verzinslicher Capitalsbetrag
			,		. .	fr.	1. 17.	fr.	,		ng)	Gulben
Theillonib.	₹.	2 ft. 50 ft	5.323	628	18.907	5 6	269	'09				:
verfcreibungen	~	10 , – ,	6.396	9.495	63.960	:	94.960	·	:	:	:	:
	*		16.074	60.700	808.700	·	3,035.000	:	:	:	:	:
Ueberbringer-	_	100 " - "	787.051	1,041.983	73,705.100	:	104,198.800	:	44.801	:	4,480.100	:
Obligationen (Rinsen aegen	~	500 " — " 003	:	:	:	:	:		10.084	129.748	2,016.800	85,949.600
Coupons)	*	1.000 " - "	755.176	754.362	755,176.000	·	754,362.000	:	96.217	280.102	96,217.000	280,102.000
	- F	à 10.000 " — " · · · ·	14.830	5.587	148,800.000	:	55,870.000	:	4.391	2.528	43,910.000	85,230.000
Auf Ramen lauti gegen Quittu	tenbe unger	Auf Namen lautende Obligationen (Binsen gegen Quittungen)	fen 142.797	80.406	427,251.800	:	81,040.550		2.882	1.098	15,716.800	9,568.600
		@ n m m c	F . 1,677.647		1,952.812 1.405,313.867 60	99	998,601.497	90	168.376		413.466 162,340.700 340,860.300	340,860.200
Militär-Heirat8=(Caut	Militär-Heirats-Cautions-Erlagiceine			24.000		:	:				
		Bufammen .	п. 1,677.649		1,962.812 1.405,887.867	3	988,601.497 60	28	158.876	418.465		162,840.700 840,850.200

Sinfentermine für einheitiliche in Silber verzinsliche Bente. "	Juni " December " 1,700.000 "	Mai "November "20,600.000 " **)	April "October "	Mars "September " 5,000.000 " ***)	Februar "Angust "18	Janner und Juli je	Sievon entfallen in runden Summen auf die einzelnen Zahlungstermine:	Zusammen . 154,167.041 ft. ö. 29	16,81	48,51	. 88,83	Bas Erforderniß für die Creditzjahlun schlage vom Jahre 1887
	1,700.000 " 400.000 "	0,600.000 ,, **) — —	800.000 " 6,800.000 " *) 6,800.000 " ††)	5,000.000 ,, ***) — — —	" 15,800.000 " **) — 1,600.000 fí. †)	in Noten, in Gilber, in Golb. 500.000 fl. 17,000.000 fl. *) —	zelnen Zahlungstermine:	77.041 ft. ö. 20.	16,818.808 " " " " Golb.	48,513.879 " " " Silber	88,834.336 fl. ö. W. in Noten,	Was Erforderniß für die Creditzjahlungen (Binfen und Schuldentilgung) beträgt nach dem Noran- ze vom Jahre 1887
												nach dem Noran-

Alphabetisches Register.

Die Rahlen bebeuten bie Seiten.

21.

Abfuhr der Jahresbeiträge zur confoli: dirten Staatsichuld. 208.

- älterer Münzen. 13.

- brauchbarer Staatsnoten. 69, 71. unbrauchbarer Staatsnoten. 74,
- der abgenüßten Münzscheine. 32, 78.
- ber Rronen; Berrechnung ber Curs-bifferengen. 21.
- der Gold= und Silbermünzen seitens
- der Zollämter. 43.
 der Goldmünzen; Berrechnung der Berthsdifferenzen. 47.
- der Silberscheidemunzen v. J. 1868,

Berpadung. 35.
— sieh' auch Gelbabfuhren. Abgang am Gewichte bei ber Golbeinlöjung. 54.

Abgenütte Dingscheine, Berfahren ber Caffen mit benfelben. 32, 77.

Staatsnoten. 70.

– Obligationen; Umtausch. 121, 138.

- Blanquettengebühr für neu binausgegebene Effecten. 133.

Scheidemungen find abzuführen. 33. Abhandlungsbehörde; Ginichreiten wegen Cautions Freischreibung. 130.

Ablauf der Amortisirungsfrist. 185. Abquittirung der eingelangten Mung-

fchein=Badete. 78. ber Obligations - Binfen nach bem

Retto-Betrage. 159. Abrednung mit ber Nationalbant (öft. ung. Bant). 106.

Absichtlich geanderte Staatsnoten. 85, 91, 92.

Abtheilungsvorftände ber schuldencasse; Ertheilung mündlicher Ausfünfte. 202.

Abweichung im Feingehalte und Ge-wichte der Mungen v. J. 1857. 5, 6, 8.

- ber Scheidemungen v. 3. 1868.

- der Frankenstüde. 37.

Abzähleu der Staatsnoten bei der Umwechslung. 70. — feitens der Parteien im Caffa-

locale unter Intervention eines Caffaorganes. 94.

Abzug für fehlende Theile von Staatsnoten. 80, 83, 84, 86, 91, 93. wegen fehlenden Gewichtes bei ber

Goldeinlöfung. 54.

Administrative Berbote. 200, 201. Meltere consolidirte Staatsschuld (in Wiener=Währung). 110.

Silbermungen; fieh' Silbermungen, ältere.

Memter und Caffen; fieh' Caffen und Aemter.

Aemtliche Ausfertigungen im Bollverfahren; Agio anzusepen. 42.

Merar; bei Binculirungen im Interesse des Aerars feine Blanquettengebühr. 133, 138.

— Pfandung von Obligationszinsen zu Gunften desfelben. 201.

Aerarial = Contracts = Cautionen; Ber= fahren beim Erlage. 135.

Aerarial = Conteact8 = Cautionen; Ber = fahren bei der Rüdftellung. 136.

Merarial- und Domestical-Obligationen; Führung der Creditsbucher. 182.

Menferer Werth der Mingen. 2.

Affigirung wegen Fertigung ber Empfangsbestätigungen beim Staatsnotenverwechslungsgeschäft. 77.

Agenden der Staatsschulben = Control-Commissionen. 97, 209.

Ngio bei Berwendung bes Silbers zu Boll-Zahlungen. 39.

- in ben zollämtlichen Ausfertigungen anzusehen. 42.

— sieh' auch Aufgelb.

Agiotirung und Berwechslung ber Golbund Silbermunzen ben gollbeamten nicht gestattet. 46.

Agram; fieh' Ungarifche Caffen.

Mugemeine Staatsfchulb; fieh' Staats-

Al marco-Einlösung größerer Mung-Partien. 54.

Amortifirtes Effect ift nicht zu vertilgen. 190.

— Auftrag zur Auszahlung ober Ausfertigung eines neuen. 203.

Amortifirte Lofe; Berfahren bei der Auszahlung. 189.

 Dbligationen; sieh' Obligationen, amortisirte.

Amortifirung ber Recepiffe beim Staatsnoten = Berwechslungsgeschäfte. 75, 78.

- ber Staatsobligationen; zuständiger Gerichtshof, Gesuch um Einleitung.
- 182.
 Anfrage bes Gerichtes über ben
- Bestand des Effectes. 183.
 Amortistrungs-Edict. 184.
- — Ablauf der Amortistrungefrift. 185.
- — Neuerliche Anfrage des Gerichtes. 186.
- - wirkliches Amortisirungs-Erkenntnig. 187.
- Mussertigung neuer Obligationen. 187, 203.
- ber Krakauer Oberschlesischen Gisenbahn-Obligationen in Wien. 183.
- ber Como-Rentenscheine und National-Anlehens-Obligationen burch bas Landesgericht Wien. 183.
- ber Partial-Hypothekar-Anweisungen. 105.
- ber Controlscheine ber Partial-Hypothefar-Anweisungen. 103, 183.

Amortifirung ber auf Ueberbringer lautenben Werthpapiere. 175.

- ausgenommen sind die Theilschulbverichreibungen zu 21/2 fl. und 10 fl. 117...
- Berhinderung berfelben bei als Caution erlegten Staatslofen. 181.
- Berhinderung unterbricht die Zinsenverjährung. 170.
- von Talons aufgehoben. 193.
- eines Werthpapieres bewirkt bas Erlöschen bes Talons. 193.
- wann dieselbe bei hinausgabe neuer Couponsbogen unwirksam wird. 195.
- endgiltige; Berstänbigung der zustäns bigen Casse. 194.

Amortifirungs-Cbict; Formulare. 184. Amortifirungseinleitung; 3wed berfelben. 193.

- Angaben bezüglich ber verschiebenen Gattungen von Staats = Credits= effecten. 183.
- Berständigung der Staatsschulbencasse. 185, 186.
- wann selbe unwirksam ist. 176. — wenn das Effect wieder aufgefunden.
- wurde. 186, 190.
- behindert nicht die Verwechslung von Ueberbringer-Obligationen. 176.
- Rachschau im Creditsbuche bei Berwechslung ober Umschreibung. 177.
 auf Grundlage derselben noch keine
- Berbotevormerfung zu pflegen. 192.
 Beitpunct ber Berftanbigung ber zur
- ncuen Coupons-Ausgabe zuständigen Casse. 194.

Amortifirung &- Erfenutnif. 185, 186, 187. Amortifirung frift bei Crebitseffecten. 185, 187.

- Beginn berfelben. 176, 185.

Amortisirnugsverfahren bei Coupons. 117.

- Einftellung. 177, 186.

- wann selbes nicht stattfindet. 184, 186, 187, 189.
- Zuschriften bei auf Namen lautenden Effecten. 186.
- bei Partial-Hypothefar-Anweisungen. 184.

Amortifirungswerber hat nicht den Besits bes verlorenen Effectes nachzuweisen. 175.

— bessen Ramen ist in den gerichtlichen Berständigungen anzugeben. 186.

-- fann durch ein Berbot die Ausgahlung, Zinsenbehebung 2c. während der Amortisirungsverhandlung hindern. 193. Amfterbam; Zahlung ber Goldrente- Aufuchen wegen Umschreibung von Obli-Binfen. 139.

Amtoquittungen bei Bahlungen mittelft Coupons und in Barem. 165.

– sieh' auch Abquittirung. — Bestäti= gungen. - Empfangsbestätigungen. - Quittungen.

Amts-Recepiffe; fieh' Recepiffe. Amtsfiegel ber Devinculirungs-Ertlarung beizubruden. 125.

bei ben Recepissen über eingereichte Coupons. 143.

fieh' auch Stegel.

Amtefit ber bei einer Devinculirung vermittelnden Behörde. 128, 129.

Anerfenntniffe über geborgte Bollbetrage;

Nachweisung. 43. Anfragen im Amortisirungeverfahren.

183, 184, 185, 186. sieh' auch Austünfte.

Anlehen v. J. 1851 S. B. 111.

— v. 3. 1854. 60, 112, 164. — v. 3. 1860. 113. — v. 3. 1861. 115. — v. 3. 1864. 115, 132, 164. — v. 3. 1866 v. 60 Willionen bei der allg. öfterr. Bobencredit-Unftalt. 100, 110, 116.

– mittelst Ausgabe von Goldrente= Obligationen. 107.

– mittelst Ausgabe von 5%gen in Noten verzinslichen Obligationen. 108.

– mittelst Ausgabe von Schapscheinen. 60.

- Eintragung in das Hauptbuch der Staatsichulb. 211.

- des Staates; nicht convertirbare. 110.

– Contrahirung für gemeinschaftliche Angelegenheiten. 100.

- sieh' auch Englische Anlehen. — Lotto= anlehen. — Nationalanlehen. — Prämienanlehen. — Steueranlehen.

Anftalten, ausländische; Umichreibung von auf folche lautenden Obligationen. 124.

Anftande bei der Reviston der abgenütten Münzscheine; Haftung. 78.

- bei der Revision der unbrauchbaren Staatsnoten. 87.

bei Liquidirung von Coupons. 143, 148.

Auftellung: Cautions = Devinculirung. **13**0.

Ansnchen ber Barteien betreffs ber Convertirung von bepositirten Obligationen. 118.

gationen. 124, 125.

um Umichreibung ober Binfenfluffigmachung unterbricht die Berjahrung.

um Devinculirung von Obligationen. 125.

um Freischreibung burch ben Cautionanten, Eigenthumer 2c. 130.

wegen Sicherungemaßregeln für bie Binfenbehebung. 142.

um Ausfertigung eines Duplicates bes Binfenzahlungsbogens. 141.

fieh' auch Gingaben. -- Executions= gefuch. - Gefuch.

Anticipationsicheine; deren Ausgabe. 58. Anzahl ber Coupons und Talons; Angabe bei Berfendung und Uebernahme. 137.

Anzeige von der Ginfendung ber umguschreibenden Obligationen. 127.

bei vorichriftswidriger Durchichlagung von Coupons. 151.

Appoints der Obligationen der einheitlichen Staatsschuld. 118.

der Goldrente-Obligationen. 138.

der 5%gen Noten-Rente-Obligationen 109.

Af; Begriff besfelben. 2.

Aufenthalt bes Gigenthumers; Birfung auf die Berjährung der Obligationsginfen. 174.

Auffindung verlorner Effecten; Birfung bei Amortifirungs-Ginleitung und bei wirklicher Amortisation. 190.

Aufgaben der Staatsichulden = Control-Commission. 97, 209.

Aufgehobene Gefälle; Entichabigungsrenten. 111.

Aufgeld bei Berwendung bes Silbers zu ZoU-Zahlungen. 39.

Berechnung der Rreuzerbruchtheile. 41. Ausgleichung von Restbeträgen in Scheibemunze. 42.

Erfichtlichmachung in ben Regiftern und Journalen. 42.

Berlautbarung in ben Amtsraumen. 42.

fieh' auch Agio.

Anlehenslofe; fieh' Lottoanlehens-Obligationen. -- Lose.

Anmelden des Unfpruches auf eine Binsenrate; Unterbrechung der Berjährung. 173.

und hinterlegung ber Coupons bei nicht förmlicher Binfen-Ueberweisung. 119.

Anmelben und hinterlegung bereits Auseinanberfdreibung ber Obligationen. fälliger Coupons bei ungarischen Caffen behufs Ginlösung. 154.

- bezüglich der Hinausgabe Coupons; Unterbrechung der Berjahrung. 171, 173.

jum unmittelbaren Couponsbogen-Bezuge. 179.

Aunahme von Scheibemunge im Brivatverfehr. 15, 31, 34.

der Scheidemunzen v. J. 1868 bei Bahlung und Berwechslung. 30, 34. - von Zahlungen in Silberscheidemünze

bei Steueramtern. 33, 34.

– von Silbermünzen bei Zollzahlungen 39, 40, 41.

– ausländischer Frankenstücke zu Zoll= zahlungen. 52.

– von Coupons der allgemeinen Staatsichuld an Zahlungsstatt. 120, 162, 164.

– der Staatsnoten zum Nennwerthe. 59, 66.

- der Banknoten. 64.

- der Salinenscheine statt Bargeld bei I. f. Cassen. 105.

- von Staatslofen als Cautionen; Borsichten. 180.

Annahmewerthe ber Golbmungen v. 3. .1870 nach freiem Uebereinkommen. 37.

– ber fremben Goldmünzen. 46, 49, 51.

von Werthpapieren bei Bollsicherftellungen. 45.

Anspruchserhebung auf eine Binsenrate; Unterbrechung ber Berjährung. 173. Aufhebung der Coupons-Contirung für die Caffen außerhalb Wien.

153. Auffleben beschäbigter Staatsnoten nicht

statthaft. 74. Auflaffung ber Crebitsabtheilungen. 126,

149. Auffchrift; fieh' Affigirung.

Aufzahlungen der Parteien bei ber Convertirung. 112, 118.

Au porteur-Obligationen; fieh' Ueberbringer=Obligationen.

Auseinanderschreibung von Obligatio= nen; Ginbringungsftelle für Gingaben. 131.

– Borgang hierbei. 132. – von auf Namen lautenden Obligationen; Blanquettengebühr. 133.

der Obligationen der einheitlichen Staatsschuld. 120.

ber öfterr. Notenrente b. 3. 1881. 109.

von Goldrente=Obligationen. 138.

Ansfertigung neuer Obligationen; nach Schöpfung des Amortisations = Erfenniniffes. 187, 189.

eines neuen Credits-Effectes: Auftrag ber Direction ber Staatsichulb. 203.

Ansgleichung des Aufgeldes in Scheide= munge. 42, 49.

bei Bollzahlungen im Reisenbenverfehr. 46.

bei Binculirungen burch eine Obligation zu 50 fl. 122.

Ansgleichungsbeträge bei Rahlung mit Gold- und Silbermunzen. 53, 54.

bei ber Convertirung. 118. Austunfte über Staatenoten-Falfificate.

72. bezüglich ber Staatsichulbverichreis

bungen und beren Coupons. 183, 184, 201, 203. über Partial - Sppothetar - Anweisun-

gen. 184. über zu amortifirende Effecten; Art ber Ertheilung. 184.

über zu amortisirende Grundentla= ftungs-Obligationen. 184.

munbliche; burch die Abtheilungsvorstande der Staatsschulbencaffe. 202.

schriftliche; nur über schriftliches Gin= schreiten. 202.

fieh' auch Anfragen.

Auslagen für die gemeinsame schwebende-Schuld. 95.

Ausland; Bahlftellen für Goldrente-Binfen dafelbft. 139.

Ausländische Corporationen; Umichrei= bung von auf folche lautenden Obligationen. 124, 207.

Corporationen, Stiftungen: Epavirung. 191.

Frankenftude; Unnahme bei Boll= zahlungen. 52.

Goldmungen; Bewerthung in Silber österr. Währg. 49.

Gold- und Gilbermungen. 9, 12, 16.

Ausprägung ber Landes- und Bereinsmünzen in Silber. 1.

der Ducaten. 49.

— der 8= und 4=Guldenstücke in Gold. 36.

- neuer Scheibemunge. 27, 28, 30, 34.

Ausscheibung ber brauchbaren und unbrauchbaren Staatenoten. 71, 79, 85, 90.

Außercursfetung ausländischer Münzen. 15, 16.

Außer Umlauf gesette Münzen. 9, 22.

Austritt Defterreichs aus bem Münzvertrage v. J. 1857. 2, 50.

Answeis über bie Gebarung mit ben Rronen. 20.

- über die Ausmunzung in der dießund jenseitigen Reichshälfte. 30, 217.
- über den Umlauf der Staatsnoten. 60. - über den Stand der consolidirten
- Schuld 2c. 212.
- über ben Stand ber Staatsschuld mit Ende Juni 1886. 218.
- vierteljähriger; betreff der als Con= tracts = Cautionen erlegten Ueber= bringer-Obligationen. 136.
- über die als Caution erlegten Lottoanlehens = Obligationen. 180, 181, 182.
- fieh' auch Nachweisung.

Auszahlung überfprungener Intereffen von Obligationen. 156.

- eines amortisirten Credits-Effectes. 203.
- der Gewinnste von Staatslosen. 113, 114, 115.
- verloßter Capitalien in Amorti= sationsfällen. 189.

Antonome politische Körperschaften; Umschreibung von Obligationen. 123.

Avifi bei Berlagen und Abfuhren an Staatsnoten zwischen der Staatscentralcaffe und ben Landescaffen. 75.

über die Staatsichuldgebarung; von ben Finang-Rechnungs-Departements an das Fach = Rechnungs = Departement I. 161.

Avifirung der Gebarung der fundirten und nicht gemeinsamen schwebenden Schuld, der Barcautionen und nicht gerichtlichen Depositen. 161.

Avifofdreiben über bie Ginfendung ber umzuschreibenden Obligationen. 127.

B.

Banjaluta, Rreissteneramt; Binfenüberweisung von Obligationen und Barcautionen. 155.

Bantgouverneur; Ausfünfte über zu amortifirende Partial = Sppothetar= Unweisungen. 184.

Bantuoten; Umwechslung bes Staatspapiergelbes gegen folche. 59.

gefetliches Bahlmittel. 58. Annahme. 39. 64.

find nicht amortifirbar. 175. Rategorien derfelben. 62, 63.

auf 1 fl. öfterr. Bährg. lautend. 63. auf 5 fl. öfterr. Bährg. lautend. 64.

- Einlösung jum Rennwerthe. 62, 63.
- Einlöfung gegen Silbermunge. 63. Einberufung der auf Conventions=
- münze lautenden. 63. Uebernahme einiger auf ben Staats-
- íchas. 57.
- als Staatsnoten erklärte, 150 Dillionen. 60, 65, 67.

Bautozettel; Ginführung. 58.

Bant, ofterr. ung.; Errichtung und Brivilegium. 64.

Bartial-Sypothekar - Anweisungsgeschäft. 95.

monatliche Abrechnung. 106.

Bant-Brivilegium; Patent v. J. 1816.

- Erneuerung im J. 1841. 62. - Berlangerung. 64.

Bankvaluta; Zahlungen auf folche lautend in öfterr. Bahrg. 13.

Barausgleichung bei ber Convertirung. 118.

Barcautionen; Widmungeurfunden. 180. und nichtgerichtliche Depositen; Ginreihung unter die Staatsschulb. 161.

– Berrechnung und Avisirung. 161.

– Fachcontrole. 162.

Binfenüberweifung auf Caffen in Bosnien und der Hercegowina. 155.

Bareinlöfung ber Partial - Sppothefar-Unweisungen. 105.

Barerfat für bie fehlenden Coupons bei der Convertirung. 117.

Bare Bollficherftellungen; beren Burudftellung. 43, 45.

Bargelb-Colonne in den Journalen. 23. Bayerifche Regierung; Entichabigung. 221.

Bebedung bes Abganges an ben Staatseinnahmen im J. 1876. 107.

– im J. 1881. 108.

Befreiung von der Blanquettengebühr bei Obligations = Berwechslungen.

Befunde über die Anstände bei der Revision unbrauchbarer Staatsnoten. 87, 88.

Beginn der Berjährungsfrift bei Staatsfouldverschreibungen. 170.

Beginn ber Amortisirungefrift. 176, 185.

– des aus einer Berbotsbewilligung ermirtten Rechtes. 197.

- sieh' auch Zeitpunkt.

Behebung ber Effecten ober Coupons macht bas Amortifirungsgefuch gegenstandslos. 187.

Behörben, an welche Gingaben wegen Freischreibung u. f. w. von Obligationen zu richten finb. 131.

- welche ber Devinculirung zuzustimmen hat. 127.

- welche um Bermittlung bei Devincu-lirungen anzugeben ift. 128, 129.

- sieh' auch Berwaltungsbehörde.

- Bewilligung zur Umschreibung von Obligationen. 124.

- zur Devinculirung von Obliga= tionen. 125

- mit der Berwaltung der Staatsschuld betraute. 172.

– sieh' auch Gefällsbehörden. — Ge= richtsbehörden. — Birtungstreis.

Beibringung ber Obligationen bei ber Binfenbehebung. 142.

Beilagen der Credit :- Subjournale; Ein-

fenbung. 158, 159. Beitrag zu ben Binfen ber allgemeinen Staatsichuld feitens Ungarns. 95, 99, 100, 101, 213.

- Geitens Defterreichs. 213.

Beitrage zur Staatsschuld seitens ber beiden Reichshälften, 162, 211.

Befannte Barteien bei Zahlungen mit-telft Coupons. 162, 165.

— Borgang bei ber Prafentation

bon invigilirten Effecten. 177. - fieh' auch Unbefannte Berfonen.

Belehrung für die Cassen betreff des An= lehens v. J. 1860. 113.

Belgifche Goldfranten; Bewerthung in Silber öfterr. Bahrg. 51.

Bemeffung ber Bergutung für beschäbigte Staatenoten. 79.

Berechnung ber Golbstücke bei der Zah= lung ber Binfen ber Golbrente. 38.

- des Francs bei Ausgleichung mittelst Scheibemunge. 49.

- des Abzuges für fehlende Theile von Staatsnoten. 80, 83, 84, 86, 91, 93.

Bericht der Staatsschulden-Control-Commission. 98, 212.

Berlin; Zahlung der Goldrente = Zinsen.

Befdadigte Obligationen ober befchadigte Couponsbogen. 121, 138.

Befcabigte Obligationen Blanquettengebühr für Effecten. 133. neue hinausgegebene

fieh' auch Staatscredits-Effecten. Randeinfassung ber Coupons. 151.

Scheibemungen abzuführen. 33.

Staatsnoten, beren Umwechslung. 74. beren Einsenbung. 74.

find nicht aufzukleben. 74.

fieh' auch Staatenoten, beichadigte.

Befdabigung bes Recepiffes über eingelegte Coupons. 145.

Befcheinigungen; fieh' Abquittirung. -Umtsquittungen. — Beftätigungen. - Empfangsbeftätigungen. - Quittungen

Befchlußfähigteit ber Staatsichulben-Control-Commission. 97.

Bejdmutte Staatsnoten. 70.

Befdrantung ber Annahme von Scheibemunge im Brivatvertehr. 15, 31, 34.

ber Unnahme von Scheidemungen bei öffentlichen Caffen. 30, 33.

ber Ausprägung öfterr. Ducaten und Aufhebung biefer Beichräntung. 49,

ber Berpflichtung ber Bank gur Umwechslung der Banknoten. 62.

Beidreibung ber Lanbesmungen nach bem Batente v. J. 1857. 5. -

der Bereinsmungen nach dem Batente v. J. 1857. 6.

des Rronengelbes. 7.

ber Gilbericheibemungen v. 3. 1857.

ber Rupfericeibemungen v. 3. 1857. 7.

ber Bierfreugerftude. 27.

der Silberscheidemunzen v. J. 1868. 34.

ber ungar. Silbericheidemungen vom N. 1868. 35.

ber Frankenstücke in Golb. 36, 50. ber Ducaten. 49.

der Staatsnoten zu 1 fl. und 5 fl. österr. Währg. 65.

Beftatigung über Staatsnoten = Bergutung. 74. betreff der Convertirung von depofi-

tirten Obligationen. 118.

der Nichtverlosung von Obligationen. 137, 207.

Beftimmungen zur Regelung bes Dungmesens. 1.

über Einlösung und Berfauf bon Gold- und Silber. 53.

47.

🗕 zu 8 fl. unb 4 fl. in öfterr. Währg. 37, 38, 110.

– in= und ausländischer Goldmünzen in Silber öfterr. Währg. 49.

- der deutschen Reichsgoldmünzen. 52.

— der franz., belg., ital. und schweiz. Franten-Bolbftude in Silber öfterr. Währg. 51.

- der rumänischen Frankenstücke. 52. Bewilligung zur Umschreibung von Obligationen; Competenz. 124, 125. Bezahlung; fieh' Bahlung.

Staat¬enver= Bielit, Steueramt; wechslung. 69.

Bihac, Rreissteueramt; Binfenüberweifung bon Obligationen und Barcautionen. 155.

Blanquette zu ben jugtirten Recepiffen beim Berwechslungsgeschäft. 74, 77.

Blanquettengebühr für hinausgegebene Obligationen. 121, 122.

— für Obligationen; Befreiung. 121, 133, 138.

— bei Ueberbringer = Obligationen zu 50 ft. 122.

– bei Umwechslung, Umschreibung 2c. von Goldrente-Obligationen. 138.

- bei Devinculirung von Dienstcautionen in Staatslosen. 132.

— bei Obligations = Umwechslungen ift von den Caffen an die Staatsichulbencaffe einzusenden. 134.

- für Obligationen; Berrechnung. 134. Bodencredit-Anftalt, allg. öfterr.; Anleben von 60 Millionen. 100, 110, 116.

Bosnien, Bercegovina: Binfenübermeijung von Obligationen und Barcautionen. 155, 156.

Borfe, Biener; Beftimmungen für biefelbe. 50.

Brauchbare Staatsnoten: Behandlung der Abfuhren in solchen. 71.

— nicht zur Tilgung abzuführen. 79. Bregenz, Steueramt; Zahlstelle für Coupons. 119, 139, 154.

Zahlstelle für die Zinsenquittun= gen der Lotto-Anlehen von 1854 und 1860. 153.

Britifch-oftindische Bahrung. 3.

Bruchtheile; fieh' Areuzerbruchtheile. Brünn, Finanzlandescasse; Zahlstelle für Obligationszinsen. 119, 139, 153, 154.

— vergütet beschäbigte Staatsnoten. 80.

Bewerthung der Goldmungen. 38, 40, Bruffel; Bahlung der Goldrente-Binfen 139.

> Buchhaltungsbehörden; Einvernahme derfelben vor der Cautions-Devinculirung. 130.

> Buchftabe A als Bezeichnung ber Mungstätte Wien. 9.

> Buchzinsen aus dem Partial-Sypothefar-Anweisungsgeschäft. 95.

€.

Calo der Dufaten. 49.

Capital und Zinsen; Berjährung ber Ansprüche hierauf bei nicht rückahlbaren Schuldtiteln. 173.

rudzuzahlende ber allgem. Staatsschuld; Ausgabe von Obligationen hiefür. 107.

gebundene; Ermöchtigung ber Ber-treter zur Bornahme ber Conbertirung. 112.

verloste; Auszahlung in Amortifationsfällen. 189.

Capitals-Ausgleichsbeträge bei der Convertirung. 118.

Capitalshöhe; wenn Binfenrudftanbe biefelbe erreichen. 167, 168, 169.

Capitalsrückforderungsrecht; Staatsschuldverschreibungen ohne solches. 170, 172.

Capital Brudzahlung, ausnahmsweise bei Staatsichuldverschreibungen. 167.

Carlsburg; Ausmungungen pruft bas General-Brobiramt in Wien. 31.

Caffa=Anweifungen zu 3% und 5%. 58. Caffa-Auftrage haben auf öfterr. Bahrg. zu lauten. 17.

Caffabeamte; Uebergahlung ber eingelegten Münzscheine durch zwei Cassenbeamte. 78.

Empfangsbestätigung über von Barteien zur Bermechslung eingelegte Staatsnoten. 77.

Kertigung der Recepisse der zu verwechselnden Mungicheine. 77.

Caffa-Journale; Gold und Silber ift getrennt zu verrechnen. 55.

- Berrechnung der Scheidemunze. 56.

Caffalocal: Abzählen der Staatsnoten feitens der Parteien. 94.

Affigirung wegen Fertigung Empfangsbestätigung beim Staatsnotenvermechslungsgeschäft. 77.

- der Couponsgebarung. 150.
- Caffaftands = Ausweis; Erfichtlichma= dung von Gold, Silber, Scheibemunge und Papiergelo. 42, 43.
- Caffawerth verschiedener ausländischer Münzen. 16.
- Caffen, weldje die als Cautionen erlegten Staatspapiere zu übernehmen haben. 135, 181.
- ober Amt; Anbringung bes Gesuches megen Obligationszinsen = Bahlung gegen legalifirte Quittungen. 122.
- Beschränkung ber Annahme bon Scheidemunge. 15, 30, 31, 33, 34.
- Borfdriften für dieselben hinfichtlich bes Münzgesetzes v. J. 1858. 17.
- Berfahren mit ben abgenüpten Mungfcheinen. 32.
- Avisi über Staatsnotensendungen zwischen ber Staatscentralcaffe und ben Landescaffen. 75.
- mit der Staatsnoten-Berwechslung betraute. 69.
- mit bem Bergütungsgeschäft beschäbigter Staatenoten betraute. 80. - Manipulation mit Staatenoten-Bacte-
- ten unter dem Rreugbande des Bahl-Comité. 94.
- Belehrung für dieselben betreff des Unlehens v. J. 1860. 113.
- dürfen nicht eigenmächtig Obligationen vinculiren. 131.
- fonnen die Geschäftscautionen in Ueberbringer-Obligationen ohne Binculirung aufbewahren. 134.
- haben die Blanquettengebühr Obligations-Umwechslungen an bie Staatsichuldencaffe einzusenden. 134.
- außerhalb Wien; Zinsenzahlung der einheitlichen Staatsichulb. 143.
- Durchichlagung der Coupons. 150.
- welche von einem Berbote auf Obli= gationen ober beren Binfen zu berständigen sind. 197.
- Obliegenheiten bei einer Berbots= vormerfung auf Obligationen ober beren Binfen. 197, 199.
- und Aemter bezüglich ber Berwaltung ber Staatsschuld. 172.
- Verrechnung und Einsendung ber realifirten Creditseffecten. 157, 158.
- bei welchen Obliaationen behufs Umwechslung, Umschreibung ac. überreicht merden fonnen. 121.

- Caffa = Sicherheitsmaßregeln bezüglich | Caffen und Memter, Bahlftellen für Coupons und Binfenquittungen ber einheitlichen Staatsschuld. 119, 120.
 - als Zahlstellen für die Zinsen der Lose v. J. 1854 und 1860. 153.
 - · außerhalb Wien; von der Coupons= Contirung enthoben. 145, 146, 153.
 - Berfahren mit verjährten Coubons. 169.
 - in Bosnien und der Hercegowina; Zinsenüberweisung von Obligationen und Barcautionen. 155.
 - Annahme von Coupons der allge= meinen Staatsichulb an Bahlungs= ftatt. 162, 164.
 - Gegensperre bezüglich ber durchgeschlagenen Coupons. 165.
 - Caffen, ungarifche; Bahlftellen für Coupons der einheitlichen Staatsichuld. 119.
 - fieh' auch Finanzcassen. Finanglandescaffen. — Landeshauptcaffen. – Staatscassen. — Staatscentral-— Staatsichulbencasse. casse. Steuerämter.
 - Caffencurs; Annahme der ausländischen Frankenstüde. 51, 52.
 - der beutschen Reichsgolbmungen. 52. Caffiere; Geldverläge, Scontrirung der Sandcaffen. 150.
 - Borfichten bei Coupons-Ginlösungen. 148.
 - Caffirung wirklich amortifirter und wieder aufgefundener Obligationen. 190.
 - Cautionant; Freischreibung der Caution. **123**, 130.
 - Cautionen; Obligationen als solche ohne Saftungsband. 126, 137.
 - der Bostmeifter und Lottocollectanten in Lottoanlehens=Obligationen. 132.
 - für länger als Gin Jahr in Staatslosen. 180, 181.
 - verloste Staatspapiere hiezu nicht geeignet, 131.
 - Vorsichten bei der Annahme von Staatslosen. 137, 180.
 - Ausweis über die als solche erlegten Staatsloje. 180, 181, 182.
 - Buftimmung zur Devinculirung. 123, 127, 130.
 - für Privatzwede; nicht durch Credits= caffen eigenmächtig zu vinculiren. 131.
 - und Depositen; Ueberwachung ber Gebarung. 210.
 - fieh' auch Barcautionen. Dienstcaution. — Geschäftscaution.

Cautions-Devinculirung nur nach vollfommener Rechnungsrichtigkeit. 130.

- Competenz der Staatsschuldens casse. 123.

— — sieh' auch Devinculirungen.

Centefimi-Stude. 13.

Centralfinanzen; Liquibirungs-Commiffion zur Prüfung von beren Activa. 102.

Certificat, ämtliches; bei fehlendem Binfenzahlungsbogen bei Umschreibung. 141.

 fieh' auch Interessen=Ausstands=Cer= tificat.

Ceffion bei der Umschreibung von auf freien Namen lautenden Obligationen. 124, 126.

- bei auf Namen lautenden Obligationen; Echtheit der Unterschrift. 142.

 bei ber Umschreibung von auf autonome politische Körperschaft lautenben Obligationen. 123.

 bei ber Zinsenbehebung; Legalisirung. 142.

Ceffionär bei Cautions-Freischreibungen. 130.

Claufel für die Ungiltigfeits-Erflarung amortifirter Effecten. 190.

— für die Ungiltigfeits-Erklärung chavirter Effecten. 192.

— ber Staatsschulben = Controls = Commission auf den Staatscredits-Effecten. 204, 211, 214.

Colonne für Gulden und Kreuzer öfterr. Bährg. in ben Journalen. 23.

Commission zur Prüfung beanständeter Staatsnoten; Befunde. 87, 88.

— zur Revision der unbrauchbaren Staatsnoten; sieh Revision. — Revissions-Commission.

— zur Controle der Staatsichulb; fieh' Staatsichulden = Controlscommission. Communal-Zuschläge; fieh' Gemeinde-

Zuschläge. Como-Rentenscheine; Ausgabe. 115.

— — sind nicht convertirbar. 110.

 — Amortifirung burch bas Landes= gericht in Wien. 183.

Competenz für die Rewilligung ber Umjchreibung von Obligationen. 123, 124, 125.

- zur Amortifirung von Staatsschulbverschreibungen. 182, 183.

Confignation über die von den Finanz-Rechnungs = Departements an das Fach-Rechnungs = Depart. I. zu überfendenden Creditsjournale. 160. Confignation unleserliche ober unrichtige; über eingelegte Coupons nicht anzunehmen. 164.

Configuirung ber zur Einlösung überreichten Coupons. 143, 146, 147, 163, 165.

Confolidirte Staatsschuld; fieh' Staatsschuld, consolidirte.

Conftituirung ber Staatsschulden-Control-Commission. 97.

Contirung ber Coupons. 146, 153.

Conto-corrente-Journal; Berrechnung ber Bergütung für beschäbigte Staatsnoten. 83.

— — Summe bes Creditsjournales in dasselbe zu übertragen. 157.

Contracts-Cautionen; Binculirung. 134, 135.

— fieh' auch Cautionen. — Geschäftscautionen.

Contrasignirung ber Staatsschuld-Effecten. 68, 119, 210, 214.

— der Erlässe. 98.

Controle der Staatsschuld. 96, 204, 209.

— bezüglich der Barcautionen und nicht gerichtlichen Depositen. 162.

bezüglich der bezahlten und deponirsten Coupons. 150.

Controlscheine ber Partial-Hypothefar-Anweisungen; Formulare. 103.

— sind nicht amortisirbar. 103, 183. Controlscommission der Staatsichuld; sieh' Staatsichulden-Controlscommission. — Ungarische Enntrolscommission.

Conventionsmunge; Berhällniß zur öfterr. Bahrung. 14.

— Einterufung ber auf solche lautenden Banknoten. 63.

— Convertirung der in solcher verzinss lichen Papiere. 111.

Conventionsmünzen. 3, 13.

Convention&-Münzfuß. 3. Convertirung ber Staatsschulben; Ber-

Convertirung ber Staatsschulben; Bereinbarung mit Ungarn. 99.

— — Durchführung. 106, 109, 111, 116.

— Ueberwachung der Durchführung. 211.

- Werthsverhältniß der verschiedenen Schuldtitel. 111.

- Lette Binfentermine für die hierzu bestimmten Schuldtitel. 116.

- Aufhören der Berlofung der hiezu bestimmten Anlehen. 112.

— gebundener Capitalien; Ermächtigung ber Vertreter hierzu. 112.

Convertirung ber Dienstrautions-Obli- | Coupons 10 Stud und mehr; beren gationen. 112.

bon in Baifencaffen erliegenden Obligationen. 118.

ber Obligationen; Mitwirfung ber Steueramter. 126.

- Capitals-Ausgleichsbeträge. 118.

— Curje für Aufzahlungen der Barteien bei berfelben. 112.

- von berfelben ausgenommene Schuldtitel. 110.

- freiwillige aller Staatsobligationen (v. 3. 1858). 110.

- Operationen bezüglich der consolidir= ten Staatsschuld obliegen dem Finangministerium. 208.

Coramisirung ber Quittungen über Binsen von Gemeinde-Obligationen. 152. Corporationen; Umichreibung ber auf

folche lautenden Obligationen. 123. ausländische; Umschreibung ber auf

folche lautenden Obligationen. 124. — in Epavirungsfällen. 191.

Couponsbogen, neue; Uebernahme ber Talons. 119.

Coupons des Nationalanlehens zu Rolljahlungen. 39, 163.

allgemeinen Staatsschulb Zahlmittel. 120, 162, 164.

nach ber Annahme - soaleich Steuerzahlung durchzuschlagen. 165.

– von gerichtlich beponirten National= anlehens-Obligationen. 163.

- der Lottoanlehens-Obligationen v. J. 1860, 114,

- noch nicht fällige bei Berlosung der 1860ger Lofe. 114.

fämmtliche find beizubringen bei Auszahlung von Bewinnften der Staatslose. 115.

– sämmtliche sind beizubringen bei Con= vertirung, Um= oder Auseinanderschreibung. 117.

- bei Cautionswidmungen. 137.

— und Talon; Anzahl bei der Uebernahme von Obligationen anzugeben. 137.

- deren Amortisirung. 117.

– der einheitlichen Staatsschuld; Rahl= ftellen. 119.

- Borgang bei Einlösung. 143.

— ber Goldrente; Zahlstellen. 139.

- Berechnung der Goldstücke bei der Einlösung. 38.

- unter 10 Stud; Bezeichnung mit Namen und Wohnort des Aeberreichers. 144, 146, 163, 165.

Confignirung. 143, 146, 163, 165.

über 9 Monate, bezw. 1 Jahr fällig; beren Einlösung. 144, 145, 151.

vor der Durchschlagung zu prüfen. 148, 151,

durchgeschlagene; Gegensperre. 165.

mit unvollständig vorhandener Randeinfaffung. 151.

deponirte und noch nicht gezahlte; Obliegenheiten ber Scontrirungs-Commissionen. 149.

ber öfterr. Staatsichuldverschreibun= gen; Ginlöfung bei ungarifchen Caffen. 119, 154.

beren Beriährung. 168, 174.

Anmertung hinfichtlich ber neu hinauszugebenden; Borweisung der Obligation. 173.

Amortisirung durch das Landesgericht in Wien. 183.

Angaben bei Amortifirungseinleitung. 183.

Amortisirungsfrift. 185.

gerichtlich beponirte; hinfichtlich ber Berbote. 197.

beren Invigilirung. 178, 179.

neue bei Talon-Berluft. 194, 195.

verjährte; Verfahren ber Caffen und Memter. 169. Bogen, beschädigte; Umtausch der

Obligationen. 121, 138.

irrig nummerirte; Umtausch. 122, 203.

-Contirung. 146, 153.

-Einlösung; Obliegenheiten des liquidirenden Beamten, des Caffiers und Rournalisten. 148.

=Revisionen, abgesonderte. 149.

Convertirung der beichäbigten Staatsnoten. 74.

ber ber Bemeffung unterzogenen beschädigten Staatsnoten. 82.

Creditirte Bolle: Bahlung in Gold ober in Gilber mit Aufgeld. 45.

Creditirung fälliger Ginfuhrzollbetrage. 45.

fieh' auch Zollborgungen.

Creditsabtheilungen; beren Obliegenheiten. 124, 125, 129, 150.

deren Auflassung. 126, 149.

Creditsbücher; Bormerfung ber Art ber Zinsenzahlung von auf Namen lautenden Obligationen. 122.

Vormerfung von Sicherungsmaßregeln für die Rinfenbehebung. 142. gations-Umschreibung gegen legalisirte Unterschrift. 124

– Bormerfung von als Caution erlegten

Staatslosen. 181.

- über Coupons bei den Cassen außer= halb Wien. 146, 153.

- Haftungspflicht der Löschung einer Bormerfung dafelbft. 181.

- Berbotsvormerkungen auf Grund der bewilligten Amortifirungseinleitung. 192.

- Führung berfelben für die Aerarialund Domesticals, dann für alle Staatsobligationen. 182, 183.

Creditscaffen durfen nicht eigenmächtig vinculiren. 131.

Credits-Effecten; Drudlegung der Controls-Commission anzuzeigen. 211.

- betreff beren, in ben Wirfungsfreis ber Direction ber Staatsichulb geborenden Angelegenheiten. 202.

- Berrechnung und Ginsendung der bei den Berceptionecaffen realifirten. 157, 158.

– beschädigte; Bewilligung zum Um= tausche. 203.

fieh' auch Obligationen.

Creditsgebarung für Rechnung Staatsschuldencasse conto - correntmäßig zu verrechnen. 161.

Credits = Sofbuchhaltung; gegenwärtig Fach=Rechnungs=Departement I des F. M. 143.

Credits = Journale und Gubjournale; Berrechnung, Zusammenhang, Ein-sendung. 157, 158.
— und Subjournale nicht in die

Beilagenpadete einzuschließen. 158. fieh' auch Subjournale.

Creditspapier=Berpfändungs=Urfunden; Formulare. 45.

Credit&=Subjournale; sieh' auch Sub= journale.

Silberverläge . jür Creditegahlungen; Bahlung der Binfen. 164.

Curanden; deren eigenthümliche Obli= gationen. 125.

Curant= (grobe) Müuzen. 6.

Cursbifferengen bei ber Abfuhr von Aronen; Berrechnung. 21.

Curfe für Aufzahlungen der Parteien bei der Convertirung. 112, 118.

- sieh' auch Cassencurs.

Czernowit, Landeszahlamt; Zahlftelle für Obligationszinsen. 119, 139, 153, 154.

Creditsbücher Bormerfung wegen Obli- | Czernowit, Landeszahlamt; Bergütung beschädigter Staatsnoten. 80.

Danifche Bahrung. 3.

Darleben; fieh' Unleben.

Darleihen in flingender Munge; Berginfung und Rückzahlung. 61.

Daner; fieh' Bertragsbauer. Dedung; fieh' Bededung.

Decret der die Devinculirung vermittelnden Behörde. 128.

Deficitrente. 106.

Depositen; Cautionen ohne Binculirung als solche zu verrechnen. 135, 182.

nicht gerichtliche und Barcautionen; Berrechnung und Avisirung. 161.

— Fachcontrole. 162.

gerichtliche; Coupons von depositirten Nationalanlehens-Obligationen. 163.

– Anwendung der Berbotsvorschrift auf beponirte Obligationen. 197.

Depositencaffe bes Tilgungsfondes. 206. Depot für Staatsnoten-Bapier; Gegenfperre. 97.

Dentiche Goldmungen. 16, 52.

Deutsche Münzen; sieh' Zwei-Thaler-Stude. — Einsechstel-Thaler-Stude.

Dentiche Reichswährung; fieh' Reichswährung.

Devinculirung; Ginfchreiten durch den intestirten Gigenthumer. 127, 129.

Einschreiten durch eine andere Partei. 123, 124, 125, 128, 129.

haftung der Behörde für die Folgen

der Bewilligung. 130. wann selbe nicht vorgenommen werden fann. 129.

Einsendung der Obligationen. 127.

— von Cautionen; Competenz der Staats= schuldencasse. 123.

von Contracts-Cautionen, welche in Staatspapieren auf Namen lautend, erliegen. 136.

von Caution&=Obligationen. 121, 138.

Binsenbehebung von den aus diesem Anlasse neu ausgefertigten Obligationen. 129.

von Berlofungs-Anlehens-Obligationen. 129.

von Staatslosen; Bergütung ber Drudlegung der neuen Lofe. 132, 133.

ber Pramienscheine des Unlebens v. J. 1864. 132.

Devincusirung der Cautionen von Ge-

— im Interesse des vercautionirten Fondes. 130, 138.

bon Obligationen mit ausländ. Fibeiscommißbande. 121.

 fieh' auch Cautions-Devinculirung.— Zustimmung.

Devinculirungs-Stempel. 132.

- Urfunde. 127, 128.

Dienstraution; bei ber Binculirung kann als Ausgleichung auch eine Ueberbringer-Obligation zu 50 fl. ausgegeben werden. 122.

 zu solchen gewidmete Obligationen sind zu vinculiren. 180.

— Lotto - Anlehens = Obligationen sind zu vinculiren. 132.

Diensteautions = Obligationen; börse= mäßige Beräußerung. 206.

Differengen zwijchen bem zolltarifmäßigen und bem caffamäßigen Werthe ber Golbmungen. 47.

Dinare (serbische); zu Zollzahlungen nicht verwendbar. 47.

— deren Normalgewicht. 51.

Directer Geschäftsverkehrzwischen Staatsschulbencasse und Steueramtern. 126.

Direction ber Staatsschuld; Errichtung. 205.

 — Bestimmungen über die Geschäfts= behandlung. 208.

 — entscheibet über Recurse gegen Berfügungen der Staatsschulbencasse.
 208.

— Dbliegenheiten hinsichtlich ber Evidenz ber Staatsschulb und ber hiefür nöthigen Geldmittel, der Berlosungen, Vertilgung und Erzeugung von Staatsschuldverschungen. 206.

- Berwaltung der Staatsschuld. 172, 207.

- Dbliegenheiten bei Invigilirung von Effecten. 179.

— Competenz bezüglich ber Bewillis gung von Obligations-Umschreibuns gen. 123, 124, 127.

— Anweisung ber seit länger als 6 Jahren fälligen, mit einem abministrativen Berbot belegten Zinsen. 201.

- Ausweisung bes jährlichen Erforbernisses für die Staatsschuld. 206.

— bewilligt die Auszahlung amortifirter Effecten. 203.

bewilligt den Umtausch beschädigeter ober mit irrig nummerirtem Couponsbogen belegter Effecten, 203.

Direction ber Staatsschuld ist von ber Einleitung der Amortisirung zu verständigen. 176.

— bewilligt bie Aussertigung neuer Crebits-Effecten an Stelle amortifirter. 203

- — bewilligt Zinsenzahlung an einen Bevollmächtigten. 203.

— börsemäßige Beräußerung von Dienstrautions-Obligationen. 206.

 ertheilt ausnahmsweise die Beflätigung der nicht erfolgten Berlosung von Obligationen. 207.

— gestattet die nachträgliche Realis

sirung von Coupons. 145

— Gesuche mit legalisirter Unterschrift bezüglich der ObligationszinsenZahlung an selbe zu richten. 122.

— ertheilt Auskünfte über Staatsichuldverschreibungen. 184, 203.

- bewilligt Umschreibung von auf ausländische Corporationen lautenden Obligationen. 207, 208.

— wann selbe bei übersprungenen Obligationszinsen zu interveniren hat. 156, 203.
 — Berfügungen in Berbotsangele-

 — Berfügungen in Berbotsangelegenheiten von Staatsschuldverschreibungen und beren Zinsen. 199, 203.

 — hat Verbote auf Militär-Heiratscautionen dem Reichs-Kriegsministerium anzuzeigen. 199.

— Wirkungsfreis in Berjährungs= fragen. 174.

Dispositionsrecht bei Obligations-Umwandlungen; urkundliche Nachweijung. 121, 138.

Documente bei Aussertigung neuer Oblisgationen ober Auszahlung verloster Lose in Amortijationsfällen. 189.

Dolnj-Tuzla, Kreissteueramt; Zinsenüberweisung von Obligationen und Barcautionen. 155.

Domänenanlehen bei ber allg. öfterr. Bobencredit-Anstalt. 100, 110, 116. Donan-Regulirungs Aulehen. 222.

Dotationen beim Staatsnoten-Berwechslungsgeschäfte. 69, 75.

Dreifreuzer-Stüde. 7. Drei Monate; Realisirung von Coupons nach diesem Zeitraume, von der Ueberreichung gerechnet. 145.

Dreißig=Thaler=Tuß. 1, 3.

Drudfoften bei Devinculirung von Staatslofen. 132, 133.

Drudlegung von Credit3-Effecten ber Control3-Commission anzuzeigen.211.

Drudforten, ftreng verrechenbare; Recepiffe über gur Umwechslung eingelegte Staatsnoten. 77.

Ducaten, öfterr. 9, 26, 49, 50.

- wierfache. 54.

Duplicate in Berluft gerathener Binfen-Bahlungsbögen. 141.

Durchführungsbestimmungen zum Convertirungsgefes v. J. 1868. 116.

— betreff des allgemeinen Zolltarifes. 38.

Durchfoherte Mungftude. 7, 22, 31. Durchfolagen unbrauchbarer Staatsnoten. 71.

- ber ber Bemessung unterzogenen beichabigten Staatsnoten. 82.

der Recepisse beim Staatsnotenverswechstungs-Geschäfte. 77, 78.

— ber Coupons nach geleisteter Zahlung. 144, 145, 148.

- mach ber Annahme als Steuerzahlung. 165.

— vor der Uebergabe an den Journalisten. 148.

— feitens der Steueramter und Caffen. 150.

 — Ueberwachung durch daß Fach= Rechnungs=Depart. I. 148.

— — Borficht hierbei. 151.

- ber verlosten Lofe. 144.

— amortisirter, ungiltig erklärter Effecten. 190.

- epavirter Effecten. 192.

Durchichlagene, beschädigte Staatsnoten find nicht sogleich zu verguten. 80.

Œ.

Echtheit der Staatsnoten; Prüfung bei ber Berwechslung. 72.

der Coupons; Prüfung bei der Liquisbirung. 148.

- ber Unterschriften. 122, 124, 128, 138, 142.

Effecten der schwebenden Schuld; deren Journalifirung. 25.

— fich' Staats-Credits-Effecten. — Obligationen.

Eigenmächtige Binculirung ist ben Cassen untersagt. 131.

Eigenthum ber Obligation bei bem Anjuden um Umschreibung nachzuweisen. 124, 125.

Gigenthümer bei Ueberbringer-Obligationen ist ber Ueberbringer. 175, 176, 187, 188.

Gigenthümer der Caution; Ansuchen um Freischreibung. 130.

— Einschreiten um Devinculirungen. 123, 125, 127, 129.

 einer nicht auf freien Namen lautenben Obligation; Zinfenzahlung an bessen Bevollmächtigten. 203.

Einantwortung von Chligationen ober beren Binfen. 196.

— fieh' auch Berbot.

Einbernfung ber auf Conv. Munge lautenben Banknoten. 63.

— fieh' auch Einlösung. — Einziehung. Ginbringungsstellen für Eingaben wegen Umwechstung, Umschreibung, Freischreibung 2c. von Obligationen. 121, 125, 131.

Gingaben, periodische, an die Staatsschulden-Controls-Commission. 215.

wegen Freischreibung, Umschreibung 2c.
 von Obligationen; an welche Behörde.
 131.

Gin-Gulbenftude. 4.

Ginhalbtreuzer-Stude (Conv. Munze).

Ginheitliche Staatsschuld; Bereinbarung mit Ungarn. 99.

— fieh Staatsichulb, einheitliche. Ginjährige Cautionen in Ueberbringer-Obligationen. 134.

Ginkommenstener von Obligationszinsen. 110, 111.

— Borgang bei ber Berrechnung. 157.

Binsen sind über Abzug berselben zu quittiren. 159.

- Coupons über Abzug berfelben als Steuerzahlung anzunehmen. 165.

— sieh' Steuer.

Ginfrenzer: Stude (Conv. Münze). 13. — ungarischen Gepräges. 35.

Ginleitung der Amortifirung; wann diefelbe unwirksam ift. 176.

 — von Obligationen; Unterbrechung der Berjährung. 174.

Ginlöfung bes Golbes und Silbers. 53.

— aller bis einschl. 1856 geprägten inländ. Münzen. 13, 54.

— (Umwechslung) der seit 1848 ausges gebenen Geldzeichen. 59.

- ber Banknoten. 62, 63.

— der Hypothekar-Anweisungen. 105.

- ber Coupons ber einheitlichen Staatsichuld. 119, 143, 154.

- der Golbrente. 139, 154.

- — der 5% gen Notenrente. 109.

— — ber Lotto-Anlehen von 1854 und 1860. 154.

Einlöfung; fieh' auch Coupons. — Ein- | Empfangsichein überhinterlegte Aerarialberufung. - Einziehung.

Ginlöfungefcheine; Ausgabe. 58. Ginlofungs-Termin der Sechstreuger-

Stüde v. J. 1848 und 1849. 33. - ber Münzscheine. 32, 33.

Ginreichungsftellen behufs Umwechslung, Umschreibung 2c. von Obligationen.

Ginfadirung ber Münzen. 22.

fieh' auch Berpadungeweise.

Ginfchreiten; sieh' Ansuchen. — Gingaben. - Ezecutionsgesuch. — Gesuch.

Ginfechftel-Thaler-Stude beutichen Bepräges. 15.

Ginsendung der beschädigten Staatsnoten. 74, 83.

- der umzuschreibenden oder zu devinculirenden Obligationen. 127.

- und Berrechnung ber von den ausübenden Aemtern realifirten Creditseffecten. 157, 161.

Ginftellung des Amortifirungsverfahrens. 177, 186.

Ginvernehmen ber Rechnungsbehörben vor ber Cautions = Devinculirung.

Ginziehung des Wiener-Währung-Bapiergelbes. 59.

– der seit 1848 ausgegebenen Geld= zeichen. 59.

ber Müngicheine. 29, 59, 60.

– sieh' auch Einberufung. — Einlösung. Gifenbahnen; Mailand = Monza = Como= Bahn; Rentenicheine. 115.

Wien-Gloggniger Bahn; Uebernahme durch ben Staat. 116.

Gifenbahugefellichaften; Berbindlichteiten und Rechte der beiben Reichstheile gegenüber denselben. 102.

Emiffion I. und II. der Staatsnoten. 85, 86, 90.

Empfangsbestätigung über gur Berwechslung eingelegte Staatsnoten und Münzscheine. 77.

- über für beschädigte Staatsnoten erhaltene Bergütung. 81.

– über den Parteien abgenommene un= giltige Creditseffecten. 190, 191, 192.

- über neue Effecten im Amortisations= falle. 190.

- bei Steuerzahlungen mittelst Coupons und in Barem. 165.

- fieh' auch Abquittirung. — Amts-Beftätigungen. quittungen. Empfangsbestätigungen. - Quittungen.

Contracts-Cautionen. 135.

der Caffe über in Staatslofen erlegte Cautionen. 181.

Englisches Anlehen v. J. 1865; Convertirung i. J. 1868. 111.

Englische Bahrung; Berth bes öfterr. Gulbens. 3.

Entschäbigungsrenten für aufgehobene Gefälle; Steuer hiervon. 111.

Entwendung von Credits-Effecten: Einschreiten an die Direction der Staatsschulb. 203.

Cpavirung; Begriff, Bebingungen, Berfahren. 191.

Erfolglaffung von als Caution hinterlegten Obligationen. 126.

von Obligationen ober beren Binfen über gerichtl. Berordnung. 196.

Ertenntniffe über die Devinculirung; sieh' Zustimmung.

im Amortisirungsverfahren; fehler= hafte. 185.

gerichtliche; Bahrungs = Angabe. 11. Erklärung bezüglich der Devinculirbarfeit einer Staatsschuldverschreibung. 128, 129.

Grlag von Aerarial=Contracts=Cautionen. 136, 137.

Erlöschen der Talons. 193.

der Berginsung des Capitals bei Staatsichuldverichreibungen. 170.

Erfat der Erzeugungetoften bei abfichtlich geanderten Staatsnoten. 85, 91, 92.

Erfäte bei Cautions = Devinculirungen. 130.

Erzeugung ber Staatsnoten; Controle. 97.

von Obligationen. 206.

Erzeugungstoften ber Belbzeichen. 96. für Partial-Sypothekar-Unweisungen.

Escomptirung von Partial-Sppothekar= Anweisungen. 106.

Ctat=Subjournal für Zollgefäll; Ber= rechnung nach Gold, Silber und Bantvaluta. 43, 47.

Evibenzhaltung und Berrechnung der Aronen. 19.

der verfallenen und bezahlten Zinsen für jedes einzelne Jahr. 159.

Execution auf Namen lautender ober vinculirter Obligationen ober deren Rinsen. 196.

auf Militarheirats = Cautions = Binfen. 198, 199.

Execution, fieh' auch Berbot.

Executionegefuche; in bemfelben bie Guter bes Beflagten namhaft zu machen. 196.

- Fach=Rechnungs-Departement I; Avifi über die Creditsgebarung von den Finang = Rechnungs = Departements. 160, 161.
- Ausweis über die als Cautionen erlegten Staatslofe. 181, 182.
- Einsendung ber Binfenzahlungsbögen. 141.
- Inftruction für basfelbe. 160.
- Berzeichniß ber fiber 9 Monate fälligen Coupons. 144, 145, 151.
- Ueberwachung der Durchschlagung der Coupons. 148.
- Berrechnung ber Beiträge zur Staatsschuld. 162.

Fällige Coupons; fieh' Coupons. Falfche Münzstüde. 7, 22, 31.

– Münzscheine. 78.

- Staatsnoten: Berfahren bei Borkommen. 72.
- Rehlende Coupons bei ber Convertirung.
- bei Cautionswidmungen. 137.
- Feingehalt und Gewicht; Abweichung bei ben Münzen nach dem Batente v. 3. 1857. 2, 5, 6, 7, 8.
- der Ducaten. 9, 49.
- der Levantinerthaler. 9.
- — der Silberscheidemünzen v. J. 1868. 30, 34.
- ber öfterr. Franfenstücke in Golb. 36, 51,
- fieh' auch Abweichung.
- Keinheitsgrad (Rorn); Begriff besfel-
- Fertigung der Staats-Credits-Effecten burch bie Staatsschulben-Controls-Commission. 204.
- sieh' auch Contrasignirung
- Fibeicommigband, ausländisches; Devinculirung bon Obligationen mit solchem. 121.
- Fibeijufforische Cautionen; Bewilligung zur Ertabulirung. 130.
- Finanzcaffen; Uebernahme von Pacht-Cautionen. 135.
- Finang-Landesbehörden; Borlage von unrichtig angenommenen Coupons an dieselben. 151.

- Finang = Landesbehörben: Rechnungs= Departements; Coupons = Contirung.
- fieh' auch Rechnungs-Departemente.

Finang-Landescaffen; fieh' Caffen.

- Finanzminifter; Unzeige von Beranderungen im Stande ber consolidirten Schuld an die Controls-Commission. 211.
- Finanzministerial = Rechnunge = Departe= ment 3: hinsichtlich ber Berrechnung

ber Beiträge zur Staatsschulb. 162.
— sieh' auch Rechnungs = Departe-

- Finanzminifterium; Bewilligung Umschreibung von auf ausländische Corporationen lautenden Obligationen. 124.
- Berwaltung ber Staatsschuld. 172. 208, 209, 213.
- Entscheidung in Fällen der hemung ber Berjährung. 174.
- entscheidet in Recurfen gegen Berfügungen ber Direction ber Staatsschulb. 203, 208.

fieh' auch Wirfungsfreis.

- Fond zu ben Erzeugungstoften ber Geldzeichen. 96, 97.
- Fonde, vom Merar dotirte; Binculirung ber Obligationen. 133.
- Formulare für Sppothekar = Cautions =, und Solibarhaftungs= Widmunge=
- Erflärungen bei Bollzahlungen. 45. ber Befunde bei ber Staatsnoten-Revision. 87, 88.
- eines Recepisses für faliche Staats= noten. 73.
- für beschäbigte Staatsnoten. 73, 81.
- Empfangsbestätigung über für befchabigte Staatsnoten erhaltene Bergütung. 81.
- Staatsnoten = Berwechslungs= des Journales. 76.
- über Amts-Recepisse für eingelegte Coupons. 146.
- der Confignation über zur Einlösung überreichte Coupons. 147.
- für die Journale der Staatsschuld-Gebarung. 159.
- eines Amortifirungsebictes. 184.

France: Berechnung bei Ausgleichung mittelft Scheidemunge. 49.

Franken-Stude, öfterr.; Bewerthung bei in Silber fälligen Bahlungen. 36, 37, 38.

Franken-Stude, öfterr.; Bewerthung bei | Gegensperre gur Hauptreserve unb jum Bahlung von Goldrente-Binfen. 38, 110.

Franken-Golbftude, frang., belg., ital. und schweizerische; beren Bewerthung.

– rumänische; deren Bewerthung. 52.

Frankfurt a/M. Bahlung ber Goldrente-Binfen. 139.

Freien Ramen; fieh' Ramen, freien. Freies Dispositionsrecht; sieh' Dispositionerecht.

Freigebung bes Raufes und Berkaufes von Gold und Silber. 53.

Freischreibung von Obligationen; Ginbringungeftelle für Eingaben. 130, 131.

- Borgang hierbei. 132.

- Beibringung des Interessen-Ausftands-Certificates oder des mit der Siftirungsclaufel verfehenen Zinfenzahlungsbogens. 139, 140.

fieh' auch Devinculirung.

Freiwillige Convertirung aller Staatsobligationen. 110.

Fremde Gold- und Silbermungen; Berzeichnisse hierüber. 4.

Frift; fieh' Amortifirung, Coupons, Berjährung.

Führung der Creditbucher. 182, 183. Fundirte Staatsichuld; sieh' Staatsschuld.

G.

Galizifde Rriegsbarlebens- und Raturallieferungs-Obligationen; Creditsbücher in Lemberg. 183.

Garantie; fieh' Saftung.

Gattung ber realifirten Creditseffecten; Subjournale hiernach zu führen. 158.

Gebarung der consolidirten Staatsschulb. 208, 213.

- ber gemeinsamen schwebenben Schuld.

- fieh' Creditegebarung. - Staateschuldgebarung. Gebühr für bie Gewinnste aus Staats-

lotterien. 113.

Gebührenfreie Sinausgabe von Obligationen. 121, 138.

Gebundene Capitalien; Ermachtigung der Bertreter zur Couvertirung. 112. Gegenscheine bei Abfuhren in Goldmünzen; 43, 47.

Bapier-Depot ber Staatsnoten. 97.

bezüglich der durchschlagenen Coupons. 150, 165.

bezüglich der Cautionen. 135, 182. Gegenzeichung; fieh' Contrasignirung.

Gelbabfuhren; fieh' Abfuhren. Gelbcolonne der Journale. 25.

Gelbmittel; Evidenzhaltung ber für die Staateichulb nöthigen. 206.

Geldforten; Rachweisung der im Bollgefälle eingegangenen. 44.

Geldverläge ber Caffiere. 150.

Gelbzeichen; Ginlojung refp. Umwechslung ber feit bem Jahre 1848 ausgegebenen. 59.

Gemeinden, inländische; auf folche lautende Obligationen. 123, 125, 163.

ausländische; Umschreibung von auf solche lautenden Obligationen. 124. Gemeinde=Obligationen; Binfenquittun=

gen. 152. -Bufchläge; nicht mittelft Coupons zahlbar. 120, 162.

Gemeinfame fcwebenbe Schuld; Bebarung und Controle. 95, 106, 210.

Gemeinfamer Oberfter Rechnungshof; Controle bezüglich der Gebarung mit den Bartial-Sypothetar-Anweisungen. 106.

Gericht hat bei Berboten die betreffenden Caffen und Behörden zu verftan. digen. 197.

Gerichtlich beponirte Obligationen; Realisirung der Coupons. 163.

– Anwendung der Berbotsvorschrif= ten. 197.

Gerichtliche Erfenntniffe; fieh' Erfenntniffe.

Berbote; fieh' Berbot.

Gerichtsbehörde für Ausfertigung eines Amortisations-Edictes. 175, 182.

Einsendung von Münzfalsificaten. 22.

Bewilligung ber Binculirung von Staats-Obligationen für Brivat= zwecke. 131.

Gefchäftscantion; Ausgleichung bei ber Binculirung mit Obligationen gu 50 ft. 122.

Binculirung. 134, 135.

Staatslofe. 181, 182.

Geichäftsvertehr ber Staatsichulben-Control-Commission. 98, 212.

zwischen Staatsschuldencasse Steuerämtern. 126.

Gefchichtsmungen; Bragung. 9, 52.

Zinsenzahlung.

Gefuch, betreff ber Obligationszinfen-Bablung gegen legalifirte Quittungen. 122.

 um Amortifirungseinleitung bei Staatsobligationen; wefentliche Merkmale anzugeben. 183.

- um Amortistrungs-Ginleitung; Birfung auf die Berjährung. 174.

- um Umwechslung von Staatsnoten.

— sieh' auch Ansuchen. — Eingaben. — Executionsgesuch.

- um schriftliche Austunfte über Staats. Obligationen. 202.

Gefuchsüberreichung; Birtung bei Berboten. 197.

Gewicht; Munggewicht. 2.

- ber Münzen nach bein Batente vom Jahre 1857. 4, 5, 6, 7.

- Der Biertreugerftude, 27.

- und Feingehalt der Ducaten. 9, 50.
- ber öfterr. Gold-Frankenstude. 36, 51.

- - ber Levantinerthaler. 9.

— ber Gilberscheidemungen vom Jahre 1868. 30, 34.

— an hieran verringerte Münzen. 7, 22, 31.

- metrisches; bei ber Ausmunzung und im Berfehr mit Barteien. 54.

— sieh' auch Minimalgewicht, Rormalgewicht.

Gewichtsabgang bei Milnzen. 51.

Gewichtseinheit bei der Ausmunzung. 2. Gewinn bei Einziehung der Münzicheine. 29.

- für nicht eingelöfte Gelbzeichen. 96. Gewinnfte von Staatelofen; Auszahlung. 113, 114, 115.

Gewinnstftener bei Staatslotterie-Losen.

Gezogene Lofe; fieh' Lofe, verloste.

Giltigfeitebauer ber munblichen und fchriftlich außergerichtlichen Berbote. 200.

Giro; bei Umwandlung der Obligationen. 121, 123, 124.

Gold als Handelsmunze. 2.

— Einhebung der Bolle in foldem. 38. — Rüderstattung von Zollsicherungen in

- Hucernattung von Houngerungen in solchem. 43, 45.

Goldeinlöfung. 50.

Goldmünzen nach dem Patente vom Jahre 1857. 2, 7, 12.

— ausländische; zolltarifmäßiger und cassamäßiger Werth. 47, 48, 49, 50.

Goldmungen gu 8 fl. und 4 fl.; Einführung. 36.

— Bewerthung in Silber öft. 28. 37.
 — Bewerthung bei Zahlung ber Goldrentezinsen, 38, 110.

- Berpadung. 26.

— zu Zahlungen verwendbare. 40, 47. — fieh' Ducaten, Francs, Kronen, Mark. Goldprobe; Gebühr. 55.

Goldrente=Obligationen 4%ge; Hinausgabe. 109.

- Umschreibung,

138, 139, 154, 155. Goldzahlungen; beren Berrechnung. 139. Gold und Silber: Rauf und Berfauf

Gold und Silber; Rauf und Bertauf freigegeben. 53, 55.

— und Silbermungen; außer Umlauf gefette. 22.

— Berwechslung und Agiotirung ben Zollbeamten nicht gestattet. 46. Ebrz, Hauptsteueramt; Zahlstelle für Obligationszinsen. 119, 139, 153,

Graz, Finanzlandescajje; Zahlstelle für Obligationszinjen. 119, 139, 153, 154.

- vergütet beschäbigte Noten. 80.

Grobe Münzen (Curant-Münzen). 6. Grunbentlaftungs-Obligationen; Betrechnung der Interessen. 158.

– — als Wilitär = Heiratscautionen; 152, 199.

- - Berjährung ber Binfen. 170.

- - Austunfte bei Amortistrungen. 184.

— — Amortisirungsfrist. 185.

— — beren Coupons zur Steuerzahlung nicht geeignet. 162.

Grundentlaftungsfculb. 223.

— Controle. 210.

Grundentlaftnugszuschläge; mittelft Coupons nicht zahlbar. 120, 162.

Grundfage bes Berrechnungsmobus bezüglich ber Beitragsleiftungen zur Staatsichulb. 162.

Gulben; öfterreichische Münzeinheit. 3, 25.

Õ.

Haftung ber einzählenden Cassabeamten. 78.

— bes Staatsnoten-Bahl- und Revifionscomité. 93.

 feitens ber Staatsverwaltung für bie Echtheit ber Unterschriften. 122, 124, 138, 142. Saftung ber bie Devinculirung bewiligenden Behörde. 130.

- der die Recepisse über eingelegte Coupons fertigenden Beamten. 149. gemeinsame; für die in Geldzeichen

bestehende schwebende Schuld. 101.

Saftungspflicht betreff der Lojdung einer Bormerfung im Creditsbuche. 181. Salb-Imperials; Bewerthung in Silber ö. 23. 4º.

Sandcaffen der Caffiere; wochentliche Scontrirung. 150.

Sanbelsmunge; Rronen, Ducaten, Levantiner=Thaler. 9.

Sandfauf; Gold- und Silbereinlöfung im Rleinen. 54.

Sauptbuch ber Staatsichuld; Gintragung neuer Unleben. 204, 211.

Sauptjournal; Berrechnung in Absicht auf die Baluta. 43, 47.

Sauptmungamt Wien; Ginfendung ber Münzfalfificate an basselbe. 22.

Saupt-Obligationen. 125, 126. 133. Bauptreferve der Staatenoten; Gegensperre. 97.

Beimann G. in Breglau führt bie Bucher der Rrakauer oberschlesischen Gifenbahn=Obligationen. 183.

hemmung ber Berjährung bes Ber-ginfungsanspruches. 173, 174, 201.

Hermannstadt; sieh' ungarische Cassen. Bergegowina; Binfenüberweifung von Obligationen und Barcautionen. 155.

Sinausgabe; fieh' Ausprägung. Emission.

hinanszahlungen; Curfe bei der Convertirung. 112.

Sinterlegung von Ueberbringer=Obliga= tionen als Caution bei Aerarial= Contracten. 135.

- der Coupons bei nicht formlicher Ueberweisung. 119, 143.

Sochzeit, filberne, Ihrer t. u. t. Ma-Ausprägung einer jestäten; schichtsmünze. 52.

Sunderttheile bes Gulbens; Benennung.

Sypothefar-Anweifungen; fieh' Partial-Shvothefar-Anweisungen.

Spothetar=Cantions=, Bidmungs= und Solidarhaftungs = Erklärungen bei Zollborgungen. 45.

Jahr; Evibenghaltung ber bezahlten Binsen für jedes einzelne Jahr. 159. | — der Obligationen. 23.

Imperials, ruffifche: Normalgewicht für 500 Stüd. 50.

Judorfirung der Devinculirungs = Erklärung auf ber Obligation. 125,

Anländische Körverschaften: auf solche lautende Obligationen. 125.

Innerer Berth ber Münzen. 2. Innsbrud, Landeshauptcaffe; Bahlftelle für Coupons. 119, 139, 153, 154.

– vergütet beschädigte Coupons. 80. Inftruction für die Staatscentralcaffe bezüglich bes Umwechslungsgeschäftes. 70.

- für die Staatsnotenverwechslungs= Caffen. 69.

— für die Umwechslung unbrauchbarer und beschädigter Staatsnoten. 80, 83, 84, 85.

- für die Commission zur Revision der aus bem Umlaufe gezogenen Staats= noten. 87.

aus Anlak ber Unificirung ber Staatsschuld. 139.

bezüglich der Zinsenzahlungen bei den Creditscaffen in den Provinzen.

Anstructionen I incl. VI v. J. 1866 hinsichtlich der Staatsschuld. 159.

fieh' auch Unterricht.

Intereffen; sieh' Coupons. — Binsen. -Ausstände, unrichtige; in den Zinsen-

quittungen. 156. =Ausstands-Certificate. 139, 140. Interimsscheine auf Ueberbringer-Obli-

gationen; Amortisirung. 188. Juteftirte Gigenthumer; fieh' Gigen-

thumer, intestirte. Invigilirte Conpons; fieh' Coupons.

Invigilirung von Ueberbringer-Effecten über mündliches Ansuchen. 176, 178.

Vorgang bei Präsentation invigilirter Effecten. 177. 178.

eines Talons. 179.

Journale; Colonne für Bargelb in öfterr. Währg. 23.

fieh' auch Caffa-Journal. — Credits-Journal. — Etat-Journal. — Hauptsjournal. — Etls gungs-Journal. — Uebergabs-Journal. — Bermechslungs-Caffajournal.

Journal-Formulare bezüglich der Staats-

schuld-Gebarung. 159. Journalifirung der Effecten ber schwebenden Schuld, Bechfel, Brivatichuldverschreibungen zc. 25.

Journalifirung beim Staatsnoten-Ber- Rrafaner oberichlefische Gifenbahn-Dbliwechslungsgeschäfte. 75.

ber von den Caffen realifirten Cre-

ditseffecten. 157, 158.

Journalift; Obliegenheiten bei ber Journalisirung eingelöfter Coupons. 148. Arria nummerirter Couponsbogen bei einer Obligation; Umtausch besselben. 203.

Stalienifche Golbfranten; Bewerthung in Silber. 51.

Jugtirte Befte beim Staatsnoten-Umwechslungegeschäft; ftreng verrechenbare Drudforten. 77.

Ω.

Raifer = Franz = Joseph = Gifenbahnfculb.

Raiferin = Glifabeth = Gifenbahnichulb. 222, 223, 224.

Rafchau; fieh' Ungarische Caffen.

Rategorien ber nicht convertirbaren Staatsichulbverichreibungen. 110.

- der convertirten Schuldtitel. 111. Rauf und Bertauf bes Goldes und Gil-

bers freigegeben. 53. Rilogramm als Gewichtseinheit bei ber

Ausmunzung. 2. Rirden; Umschreibung von auf folche

lautenden Obligationen. 122, 123. Binculirung für folche nicht gebüh-

renfrei. 133. Binsenquittungen von auf folche lau-

tenden Obligationen. 152.

Rlagenfurt, Landeszahlamt; Bahlftelle für Obligationszinsen. 119, 139, 153, 154.

vergütet beschädigte Coupons. 80. Rlausenburg; sieh' Ungarische Cassen.

Rleine Boften von Gilbericheidemungen find in Padpapier zu verfiegeln. 33. Rlingende Danze; Berginfung und Riidzahlung ber in folder gegebenen Darleben. 61.

in solcher verzinsliche Coupons ber einheitlichen Staatsschulb. 120.

Rölnische feine Mart. 3.

Rorn (Feinheitsgrad); Begriff. 2. Rorperichaften; fieh' Corporationen.

Roften der Gebarung der ichmebenben Schuld. 95.

Rrafau, Sauptsteueramt; Bahlstelle für Obligationszinfen. 119, 139, 153, 154. 155.

- vergütet beschädigte Coupons. 80.

gationen und Actien; Führung ber Creditsbücher. 183.

Rremnit; Ausmungungen bafelbit bruft das General-Brobiramt in Wien. 31. Arenzbandverschluß; fieh' Rreuzspangen.

- Schleifen. — Spangen.

Rrenger: Benennung für Sunberttheil bes Gulbens. 25.

Rrenzerbeträge bei Obligationen alterer Währungen. 24.

Rrenzerbruchtheile, unzahlbare. 23.

in den Journalen und Caffe-Documenten. 25.

bei Berechnung bes Aufgelbes. 41. Rrengipangen für Staatenoten. 93, 94. Rronen; deren Ausprägung. 7, 8, 36. Bewerthung in Silber. 19, 49.

Berpadung. 26.

Aronenthaler beutschen Geprages. 15. Rupfer und Gilber; Scheibemungen-Ausprägung. 2, 6.

Rupferne Scheidemunzen; Ginführung. 4. Rupfericheibemungen; Bermehrung berfelben. 28, 29.

ungarische. 34.

- Biertreuzerstücke. 27.

– Beschräntung der Annahme im Privatvertehr. 31.

- Einlösung als Rupfermaterial. 13.

L.

Laibach, Landeszahlamt; Bahlftelle für Obligationszinfen. 119, 139, 153, 154.

vergütet beschädigte Staatsnoten. 80.

Länder; Umschreibung von auf folche lautenben Obligationen. 123.

Landescaffen; Staatenoten = Bermechelung. 69.

Bahlstellen für die Obligationszinsen. 119, 139, 153, 154.

Ginbringungeftellen für umaufchreibende Obligationen. 208.

Lanbesgericht; Berftanbigung der Staatsschuldencasse und der Direction der Staatsschuld von Amortisirungs-Einleitungen. 176.

Anfragen in Betreff ber zu amortifirenben Effecten. 183, 184, 186.

Lanbeshauptcaffen; Uebertragung bes Bemeffungs- und Bergutungegeichaftes beschäbigter Staatsnoten. 80.

Eandeshauptcaffen; auf die allgemeine Staatsschulb Bezug nehmende Gefchäfte. 126.

— Bahlstellen für die Binsen der einheitlichen Staatsschuld. 119.

— Bahlstellen für die Goldrente-Zinsen. 139.

 Bahlstellen für die Zinsen und Coupons der Staatslose von 1854 und 1860. 153, 154.

- interne Controle bezüglich ber gezahlten und ber beponirten Coupons. 150.

— Instruction II für die Staatsschuld. 126.

Laubesmünzen; Ausprägung in Silber. 1.
— in österr. Währg.; Gattungen. 4, 5.
Laubesmünzsuß (45-Gulbenfuß). 1, 2,
10, 17.

Landesmährung ift die öfterr. Bahrg. 10, 17, 28.

Landes-Bahlamter; fieh' Landeshaupt-

Landeszuschläge; mittelst Coupons nicht zahlbar. 120, 162.

Legalifirter Giro; fieh' Giro.

Legalifirte Unterschrift; sieh' Unterschrift, legalifirte. — Legalifirung.

Legalistrung von Zinsenquittungen und Cessionen. 120, 122, 142.

 ber Parteien=Unterschrift auf Wid= mungsurfunden. 135.

Lei= oder Dinar=Stücke; Normalgewicht. 50.

Lemberg, Landeshauptcasse; Zahlstelle für Obligationszinsen. 119, 139, 153, 154.

— vergütet beschädigte Staatsnoten. 80.

Levantiner = Thaler als Handelsmünze. 9, 13, 22.

- find tein Bahlmittel. 56.

— Berpactung. 26.

Letter Conpon bei Obligationen ohne Talon; Cautionswidmung. 137.

Liechteustein; Ausscheiben aus dem Münzvertrage v. J. 1857. 2.

Lieferbarteit der Goldmungen. 50.

Lieferungs-Cautionen; fieh' Cautionen.
— Geschäftscautionen.

Ling, Finanglandescasse; Zahlstelle für Obligationszinsen. 119, 139, 153, 154.

— vergütet beschädigte Staatsnoten.

Liquidatursbestimmungen bei Zinsenbehebungen gegen Vorweisung ber Obligation. 143. Liquibirende Beamte; Borgang bei Binfenquittungen mit unrichtigen Sutereffen-Ausständen. 156.

Liquidirung der Coupons; Bestimmungen hiefür. 148, 159.

— ber über 1 Jahr fälligen Coupons. 144.

— der verlosten Lose. 144.

Liquibirungs-Commission zur Prüfung der Activa der Centralfinanzen. 102. Liresstüd; Bewerthung in Silber. 49. Local; sieh' Cassalocal.

Löschung einer Cautionsvormerkung im Creditsbuche. 181.

Lofe v. J. 1834 und 1839 find verlost. 129.

- von den Jahren 1854, 1860, 1864 als Cautionen. 126.

- Angaben bei Amortifirungseinleitung. 183.

— verloste; Liquidirung. 144.

Lottoanlehen v. J. 1854; Aufnahme. 110, 111, 112.

— v. J. 1860; Aufnahme. 110, 111, 113.

— Belehrungen für die Unlehenscaffen. 113.

-- Musgabe neuer Schuldverschreis bungen nach 30 Jahren. 114.

 v. J. 1854 und 1860; Einlösung der Coupons. 153, 154.

— Zinsenüberweisung auf Cassen in Boenien und die Berzegowina. 155.

— v. J. 1854, 1860, 1864; find nicht convertirbar. 110, 163.

— ber Jahre 1854 und 1860; Steuer 20%. 111.

Lottoanlehens-Effecten; Amortisirung. 185.

 - Dbligationen; Annahme als Cautionen. 134, 180.

 — als Dienstrautionen; Cautionen der Postmeister und Lottocollectans ten sind zu vinculiren. 132.

— — nur unverloste sind vinculirbar. 180.

- – v. J. 1860; Amortifirung. 186.

— Contrasignirung der neu hinauszugebenben. 214.

Lottocollectauten; als Caution erlegte Lose zu vinculiren. 132.

M.

Mailand-Como-Rentenfcheine. 115. Maria-Therefien-Thaler; fieh' Levantiner-Thaler. Mart, Rölnische und Wiener. 3.

Martftude, deutsche; Gewicht, Bewerthung in Silber ö. 28. 50, 52.

Materialwerth; Einlösung der Münzen für denfelben. 33.

Maximum ber circulirenden Staats= papier-Geldzeichen. 67, 68, 97.

Medaillen=Prägung. 53.

Mehrgewicht bei Münzen wird nicht vergütet. 51.

Mertmale der Obligationen. 127, 183. wefentliche, ber Coupons. 151.

Metalliques, 5% ge; Art der Convertirung. 111.

Metallwährung; Ginführung. 28, 58

Metrifches Gewicht bei ber Ausmänzung und im Bertehr mit Barteien. 2, 54.

Militär=HeiratScantionen; legter Zinfentermin für bie gu convertirenden Obligationen derfelben. 117.

– Bahlstellen für die Zinsen. 120, 152.

- Zinsenpfändung. 198, 199. Minberjährige; deren eigenthümliche

Obligationen. 125. Minimalgewicht ber Goldmünzen. 40, 46, 52.

— ber Tueaten. 40, 49.

Monaco'fche Bwanzig-Francestude. 46. Moftar, Rreissteueramt; Zinsenüber= weisung von Obligationen und Barcautionen. 155.

Munbliche Ausfünfte; fieh' Ausfünfte. - Berbote; sieh' Berbote, mündliche.

Mangconvention vom 30. Juli 1838. 1, 50.

Münzducaten. 50.

Müngeinheit ift ber Gulben ö. 28. 3. Münzen; Feingehalt, Gewicht. 2.

— innerer und äußerer Werth. 2.

— welche bei Zahlungen gesetzlich gelten. 14, 18.

– von Staatscaffen nicht anzunehmende.

– durchlöcherte und falsche. 7, 22.

- Sortirung, Einzählung und Aufbewahrung. 22.

— Berpackungsweise. 26.

- fremde, Berzeichnisse hierüber. 4. Münzen=Bartien, größere; find al marco

einzulösen. 54. Mungfalfificate; Ginfendung an bas

hauptmungamt Wien. 22. Münzfuß; Begriff besselben. 2.

Munzgeset; hierauf bezügliche Vor= fchriften für die Caffen 2c. 17.

Minggewinn beim Rronengelde; Berrechnung. 20. 21.

Minzliste; Ersichtlichmachung von Ausgleichsbeträgen bei Bollzahlungen. 46.

Ming-Batent vom 1. November 1823. 3. sieh' auch Patent.

Mangpfund ift gleich 500 Grammen. 2. Mungicheine; Sinausgabe. 32.

abgenütte; Berfahren ber Caffen mit folden. 32, 77.

Einziehung. 29, 32, 33, 59, 60, 97. Mungichein-Berwechslung; Bestimmungen hierüber auch auf Staatsnoten-Berwechslung anwendbar. 77.

Dlungforten, altere; gefetlicher Werth in öfterr. Währung. 14.

Rachweifung ber im Bollgefälle eineingefloffenen. 44.

Mingftatten; Bezeichnung derfelben. 9. Bezeichnung . auf den ungarischen Mungen. 35.

Mangfinde, burchtocherte, verfälschterc. 7. Münz-Tarif v. J. 1816. 3.

Mangverluft bei den Rronen; Berrechnung. 20, 21.

bei Zahlung ber Golbrente-Coupons in Goldstüden zu 8 fl. ober 4 fl. 38. Mingvertrag vom 24. Sanner 1857. 1.

- Ausscheiden Desterreichs und bes Fürstenthums Liechtenftein. 2.

Ył.

Rachweis bes Dispositionsrechtes ber Partei bei Obligationsummandlungen. 121, 138.

Radweifung ber im Bollgefälle eingehobenen Gold-, Silber- und Scheibemunzen und Papiergeld. 44.

sieh' auch Ausweis. — Periodische Eingaben.

Rachweisungen über die Staatsschulb an die Controls-Commission vorzulegen.

Namen des Amortisationswerbers in den gerichtlichen Berständigungen anzugeben. 186.

und Wohnort der Partei; Bezeichnung bei Coupons unter 10 Stud. 144, 146, 163, 165.

auf Namen lautende Obligationen. 109, 118, 119, 128, 192.

- Sicherungsmaßregeln Binjenbehebung. 122, 201.

- Buidriften im Almortisirungs= Berfahren. 186.

– Berbot, Erecution. 196.

lautende Obligationen. 201.

Umschreibung von auf freien Namen lautenden Obligationen. 124, 127.

nicht fingirte; Umschreibung der Obligationen. 138.

Namenschiffre des liquidirenden Beamten und Caffiers auf den Coupons. 148.

Ramenftampiglie des Brafidenten ber Staatsichulden=Controls = Commission auf neu hinauszugebenden Obliga. tionen. 211.

eines Mitaliedes der Staatsschulden-Controls=Commission auf ben Staats= credits=Effecten. 204.

namensunterschrift auf den Schleifen ber unbrauchbaren Staatsnoten. 70.

Ramhaftmachung ber Guter bes Beflagten im Executionegejuche. 196.

Rationalanlehen; Berthsverhältniß bei ber Convertirung. 111.

Nationalanlehens-Coupons waren über Unmelden zahlbar. 163.

– zu Zollzahlungen. 39, 163, 164. Rationalbant, priv. öfterr .; Errichtung. 62.

Aenderungen ber Statuten. 64.

-- Uebertragung des alten Staatspapier= gelbes an biefelbe. 59.

Uebereinkommen wegen der Ausgabe von Hypothefar-Anweisungen. 105.

80 Millionen-Schuld ift nicht convertirbar. 110.

Rennwerth; nach demfelben die Obligationen zu journalisiren. 63.

Einlösung ber Banknoten. 62, 63.

Netto-Beträge der Coupons (über Abzug der Steuer). 157, 158, 165.

Rete für die Bergütungsbemeffung beschädigter Staatsnoten. 80, 83, 84, 86, 91, 93.

Rene Couponsbogen; fieh' Couponsbogen, neue.

Obligationen: fieh' Obligationen, neue.

Reufreuzer; Benennung für Sunderttheil bes Gulbens. 25.

Reun Monate; über diesen Zeitraum fällige Coupons. 144, 145, 151.

Richt auf freien Ramen lautende Obliga= tionen. 124, 125.

- Zinsenzahlung an Bevollmäch= tigte. 203.

- convertirbare Staatsschuld-Effecten. 110.

- fingirte Namen; sieh' Namen, nicht fingirte.

Ramen: Ausfünfte über auf Namen Richt gemeinsame schwebende Schuld. 106, 161.

Richthaftung ber Staatsverwaltung für Echtheit der Unterschriften auf den Obligationszinsen=Quittungen. 122. 138, 142.

Richthinausgabe ausländischer zen. 9.

Richt vollwichtige Bereinsgoldmungen. 8, 21.

Riederlandifche Silbermahrung; Berth bes öfterr. Gulbens. 3.

Norbameritanische Währung. 3.

Nordbeutsche Bährung (30-Thaler-Fuß). 1, 3.

Normalgewicht mehrerer in= und aus= ländischer Goldmungen. 50.

Norwegifche Währung. 3.

Notare; Binculirung ber von benfelben als Dienstcaution erlegten Staatslose. 132.

Roten; in solchen verzinsliche Coupons ber einheitlichen Staatsichulb. 120.

fieh' Banknoten, Staatenoten.

Rotenrente-Obligationen, öfterr., vom Jahre 1881 zu 5%. 108.

Binfenüberweisung auf bosnische Caffen. 155.

D.

Obligationen; Journalisirung nach bem Nennwerthe. 23.

älterer Bährungen; Umrechnung der Rreuzerbeträge. 24.

von der Convertirung ausgenommen. 110.

älterer Schuldtitel; zur Convertirung bestimmte. 111.

– auf Namen; sieh' Namen.

- zu 20 fl. tommen nicht mehr bor. 164.

Amortisirungsverfahren bei ben zu convertirenden. 117.

der einheitlichen Staatsschuld; Ausgabe und Berginfung. 106.

der einheitlichen Staatsschuld; Umwechslung, Umschreibung. 120.

Rinfenzahlung. 122, 143. - Berbot, Bfandung. 196.

— der Goldrente; sieh' Goldrente-Obligationen.

mit unrichtigen Couponsbogen; Umwechslung. 122, 138.

mit unrichtig nummerirten oder beschädigten Coupons. 133.

Obligationen; auf freien Namen lautend; | Umschreibung. 124.

— auf Namen lautenbe und vinculirte; Zinsenüberweisung auf Cassen in Bosnien. 155.

— auf Kirchen, Stiftungen 2c. lautend; Binsenbehebung. 152.

- Berjährung ber Binfen. 166.

— auf autonome politische Körperschaften lautend; Umschreibung. 123.

 auf eine inländische Corporation lautend. 125.

— auf ausländische Corporationen lautend; Umschreibung. 124.

- Einbringungsstelle für Devinculis rungs-Ansuchen. 125, 131.

— ber österr. Spercentigen Notenrente. 108, 109.

— abgenütte oder beschädigte; Umtausch. 121, 138.

— amortisirte; nicht mehr zu vertilgen. 190.

- amortisirte; Blanquettengebühr für neue Effecten. 122, 133.

— gerichtlich deponirte; Anwendung der Berbotsvorschriften. 197.

— Ausfertigung nach Schöpfung bes Amortisations-Erkenntnisses. 187.

— Berfahren bei der Ausfertigung in Amortisationsfällen. 189.

— verlorene und wieder aufgefundene; in Amortistrungsfällen. 190.

— verloste; nicht als Caution geeignet. 131.

— sieh' auch Creditä-Effecten. — Goldrente-Obligationen. — Inhaber-Oblis
gationen. — Lottoanlehenä-Obligationen. — Notenrente-Obligationen.
Oesterreichische Rotenrente. — RenteObligationen. — Staatä - Creditäeffecten. — Staatä-Schulbverschreibungen. — Ueberbringer-Obligationen. —
Werthpapiere.

Obligations-Colonne in ben Journalen. 25.

— =Interessen; fieh' Zinsen von Obligationen.

— -Umwanblungen; Rachweis bes freien Dispositionsrechtes bes Umwanblungswerbers. 121, 138.

Debenburg; fieh' Ungarische Cassen. Desterreich; Ausscheiben aus bem Mungvertrage v. J. 1857. 2, 50.

Desterreichische Notenrente v. J. 1881. 108, 109.

— **Währung. 3, 10, 17, 28.**

Defterreichische Bahrung; Berhaltniß zum Conventionsmung-Fuß. 14.

- Berhältniß zu ben alteren Bahrungen. 11.

 — Anwendung auf die Rechtsverhältnisse. 10.

— alle öffentlichen Rechnungen in berfelben zu führen. 10, 17.

- - Gattungen der Landes- und Bereinsmünzen. 4.

- gesetlicher Berth alterer Dungforten. 14.

Defterr.-ung. Bant; fieh' Bant, öfterr.-

Ofen; sieh' Ungarische Cassen.

Offertverhandlungen; Berfahren beim Erlage der Cautionen. 137.

Ordnungsstrafen für Richtburchschlagen ber Coupons. 150.

P.

Bachtcantionen; übernehmende Finangcaffen. 135.

— sieh auch Cautionen. — Geschäftscautionen.

Badete zu je 100 Stud Staatsnoten; Abfuhren in folden Theilpadeten. 69.

- von unbrauchbaren Staatsnoten nicht burch brauchbare zu erganzen. 69.

- von Staatsnoten unter dem Berschlusse des Zähl-Comité; beanstandete. 94.

- mit den Beilagen der Credits-Subjournale. 158.

Bachpapier; in solchem können kleine Bosten von Silberscheibemunge versiegelt an Barteien verabfolgt werben. 33.

Papierbepot für Staatsnoten; Gegensperre. 97.

Bapiergeld; Ginführung. 58.

— in Wiener-Währung. 4. — sieh' auch Staatspapiergelb.

Barenzo, Steueramt; Bahlftelle für Obligationszinfen. 119, 139, 154.

Baris: Bahlung ber Goldrente-Binfen. 139.

Bartei; wann felbe als bekannt anzufehen. 165.

um Bermittlung bei der Devinculirung ersuchen de. 128.

— Zeitpunct, von welchem an derselben bas Recht aus einer Berbotsbewilligung zukommt. 197. Barteien; Ducaten-Krägung auf beren Bartial-Sppotheker-Anweifungen; in Berlangen. 50.

Prägung von 1 fl.= und 2 fl.=Stude für dieselben. 53.

- Bahlungen in Gold an felbe im Bollverfahren. 39.

-- Zahlungen an dieselben in Goldmun-

zen zu 8 fl. und 4 fl. 37, 38. Sinausgabe und Annahme von Gilbergeld. 26.

Scheibemungen bei - Berkehr mit Steueramtern. 33

- denselben bei Scheidemünzen Berwechslung coulant entgegen zu tommen. 33.

- Einlösung von Mungen gegen Materialwerth. 33.

- Borgang bei der Umwechelung von Staatenoten. 70.

- Ueberzählung der zu verwechselnden Staatsnoten in deren Gegenwart und Ausnahme hiervon. 77.

- haben die Staatsnoten im Cassalocale abzuzählen. 94.

- Bestellung berselben bei nicht sogleicher Berwechslung. 78.

– Austünfte über Staatsnoten-Falsificate. 72.

— Eigenthums-Nachweisung einer Obligation bei ber Umschreibung. 124, 125.

– außerhalb Wien domicilirend; Devin= culirungen. 125.

Ansuchen um Ausfertigung von Duplicaten für Zinsenzahlungsbögen. 141.

- Realifirung der Courons von gericht= lich depositirten Nationalanlehens= Obkigationen. 163.

- bekannte ; bei Zahlungen mittelst Coupons. 162, 165.

fieh' auch Privatverkehr.

Bartial = Supothefar = Anmeifungen: Uebereinkommen mit der national= bank. 105.

— Berwaltungskoften. 106.

- — Formulare. 103.

- — Hinausgabe. 105. - — Erzeugungstoften. 95.

– — Berzinsung halbjährig vorhinein. 106.

- Maximalbetrag 100 Mill. 101.

– Berhältniß zu ben Staatsnoten. 67, 69, 97, 101.

– — Controle der Gebarung. 106.

— Fertigung durch die Staatsschulben-Controls-Commission. 204.

ber Beld-Colonne in öfterr. Bahrg. zu journalisiren. 25.

deren Escomptirung 106.

Angabe ber wesentlichen Mertmale bei Amortifirungseinleitung. 183, 184.

- deren Controlscheine sind nicht amortifixbar. 103, 183.

Bartial-Sppothefar-Anweisungsgeschäft beforgt die öfterr. ung. Bant. 95, 106. Batent vom 19. September 1857. 1.

betreff der Amwendung der öfterr. Bahrung auf die Rechtsverhaltniffe.

fieh' auch Müngpatent.

Batente auf die Prägung ber Ducaten Bezug habende. 49.

Batronats-Repräsentanten : Binfenquit= fungen. 152.

Baufchale für die Bermaltungstoften ber Staatsschuld seitens Ungarns. 209.

Bercentverhältuiß der Rupferscheidemunge für die bieß= und jenseitige Reichshälfte. 29.

für die Auslagen der gemeinsamen schwebenden Schuld. 95.

Berceptionscaffen; fieh' Caffen.

Bericoifche Gingaben an die Staateichulden-Controls-Commission. 215. Berfonen, verschiedene; erwirken Ber-

botsbewilligung. 197. sieh' auch Parteien.

Bfandung von Militär-Heiratscautions-Zinsen. 198, 199.

bon Obligationen oder deren Binfen. 196.

fieh' auch Berbot.

Bfrunden; Binculirung von Obligationen. 133.

Rinfenquittungen von auf folche lautenden Obligationen. 152.

Bfund; fieh' Mungpfund.

Bilfen=Briefen= (Komotau=) Gifenbahn= fculd. 222, 223.

Bolizeibehörde; Intervention bei Invigilirung. 177, 178, 179.

Bolnifche Bahrung. 11.

Boftmeifter; Cautionen in Lottoanlehens-Obligationen. 132.

Brag, Landeshauptcasse; Zahlstelle für Obligationszinsen. 119, 139, 153, 154.

- vergütet beschädigte Staatsnoten.

Braatoften bei der Gold- und Silbereinlösung. 55.

Prägung der Ducaten auf Berlangen der Parteien. 50.

Braqung ber Scheidemungen. 6.

– von 1 fl.= und 2 fl.=Stücke für Bri= vate. 53.

— von Medaillen. 53.

– sieh' auch Ausprägung.

Brämienanlehen v. J. 1864. 115, 132. Bregburg ; fieh' Ungarifche Caffen.

Bretiofen; Umrechnung bes Werthes in öfterr. Währg. 25.

Brivatbieuft; Cautionen hiefür. 131.

Private; Prägung von 1 fl.= und 2 fl.= Stude für Diefelben. 53.

Brivatschuldverschreibungen; Journalifirung derfelben. 23, 25.

Umrechnung in öft. 28. 24.

Brivatverfehr; Annahme von Scheibemunge. 15, 31, 34.

- sieh' auch Parteien.

Brivilegirte öfterr. Nationalbank; sieh' Nationalbant.

Brobe (nasse); bei Bestimmung des Feingehaltes. 2.

des Caffa- und Registerabschluffes bezüglich bes Golbes, Silbers 2c. bei Rollämtern. 42.

Brobeftudden von jur Ginlöfung gelangenden Gold- ober Gilberpoften. 54.

Brotocoll aufzunchmen, wenn Parteien durchgeschlagene Staatsnoten überreichen. 80.

Brufung der Münzen auf Feingehalt und Gewicht. 31.

- ber Coupons vor der Durchichlagung.

Quittungen für Binfen ber einheitlichen Staatsichuld. 119.

- über Goldrente-Zinsen. 138.

- über Intereffen von Gemeinde-Dbli=

gationen. 152. — sieh' auch Amtsquittungen. — Beftätigungen. - Empfangebeftätigungen. - Binfenquittungen.

Quotenabinhr, monatliche; Bur Dedung ber Beitrage für bie Staatsichulb. 102.

ዠ.

Ragufa, Steueramt; vergutet beschädigte Staatenoten. 80.

Randbucaten. 50.

Randeinfaffung der Staatenoten. 79. - bei Coupons. 151.

Raten; fieh' Binfenraten.

Recepiffe beim Mungichein = Bermechs= lungegeschäfte. 77, 78.

- (jugtirte); über zur Berwechslung eingelegte Staatenoten. 75, 77.

- für eingelegte beichäbigte Staatsnoten. 82.

– bei der Umwechslung ber Staats= noten einzuziehen. 78.

über zur Einlösung eingereichte Coupons. 144, 145, 146. 149, 151. Recepiffirung falfcher Staatenoten. 72,

beschäbigter Staatsnoten. 74, 82.

Rechnungen, öffentliche; in öfterr. Babrung zu führen. 10, 17.

Rechnungs-Departement 4 bes Finangministeriums (jest Fach-Rechnungs-Departement I). 160.

bes Reichs = Finanzministeriums; Berrechnung ber Staatsichuld-Beitrage ber beiden Reichshälften. 162.

Rednungs-Departements; Agenden bezüglich ber Staatsschulb. 145, 150, 153, 158, 159, 161.

Rechnungshof; fieh' Oberfter Rechnung ?= hof. — Gemeinsamer oberfter Rech= nungshof.

Rechnungsprobe bezüglich bes eingehobenen Golbes bei Zollämtern. 42. huungsrichtigfeit; Bebingung ber Rechnungsrichtigfeit;

Cautions-Devinculirung. 130. Recht auf ben fortlaufenben Zinfengenuß von Staats = Schuldverschreibungen.

auf die Forderung von Abgaben, Binfen; Berjährung. 166.

auf neue Binfen bei eingetretener Berjährung. 167, 168.

aus einer Berbotsbewilligung. 197. Rechtsgeschäfte ohne besonders benannte Währung. 11.

Reclamationen betreff der vom Bahl-Comité gesiegel en Staatsnoten-Bunde oder einzelner Rreugband = Badete. 94.

Recurs bei Nichtbewilligung der Um= schreibung einer Obligation. 125.

gegen Berfügungen ber Staats= schuldencasse und der Direction der Staatsichuld. 203, 208.

Reductionstabellen über das Berhältniß ber älteren Bährungen zu ber "öfterr. Währung." 11.

Regifter; fieh' Bollregifter.

Regulirung bes Mungwefens: Batent v. J. 1857. 1.

Reichscentralcaffe; hinfichtlich ber Beitrage ber beiden Reichshälften gur Staatsichuld. 162.

Staatsnotenausgabe. 93.

Reiche - Finanzminifterium; Obliegenheiten in Sachen ber Staatsichulb. 106, 208, 211.

– bezüglich der Staatsnoten. 65,

72, 81, 86, 94, 95.

- - bezüglich der Barcautionen und nicht gerichtlichen Depositen. 162.

Stellung gegenüber ben Staatsschulden-Controls-Commissionen. 97, 98.

Reichsgolbmungen; beutsche; Bewerthung in Silber. 52.

Reichshälften; jeder obliegt die Beschaffung der Gelomittel für sich. 100.

fieh' Staatsichulb.

Reichs : Rriegsminifterinm; Intervenirung bei Berboten auf Militarheirats-Cautionen. 200.

Reichsrath; Staatsschuld unter die Controle desfelben geftellt. 204.

mählt die Mitglieder ber Commission zur Controle der Staatsschuld. 96.

Reichsichaticheine : Sinausgabe. 58, 59. Reichswährung, deutsche; 2 Mart - 1 fl. ö. 23. 3.

bestandene. 11.

Reifetoftenvergutung für die Mitglieder der Staatsschulden-Controls-Commisfion. 96.

Ausgleichung Reisendenverkehr; Zollzahlungen. 46.

Remedium bei Münzen. 5. 30.

Rentenbuch; Gintragung der Rente-Obligationen. 108, 109.

Rente=Obligationen, österr., zu 5%.

- österr., zu 4% in Gold. 108. Reverse in Amortisationsfällen. 190.

Revision der abgenütten Mungicheine. 32, 78.

ber unbrauchbaren Staatsnoten. 87, 88.

- der Coupons. 149.

Revisionscommission für abgenütte Müngicheine. 78.

- sieh' auch Bahl-Comité. Unbriten in den Credits-Subjournalen für die einzelnen Jahre. 159.

Rudführungen bezüglich ber Staatsichuldgebarung im Avisowege. 162. Rudfauf der zu convertirenden Unleben.

Rudftellung; fieh' Burudftellung.

Rudzahlbare Staatsichulbtitel; Berjahbes Berginfungsanfpruches. rung 173.

Capitalien ter allgem. Staatsichulb; Ausgabe von Obligationen hiefür.

Rudzahlung und Berginfung ber in flingender Münze gegebenen Darleben. 61.

ber in ben ungar. Caffen angelegten Cautionen und Depositen. 100.

von Bollguthabungen. 45.

Rumanifche Golbfranten; Bewerthung und Minimalgewicht. 52.

Ruffifche Silbermahrung; 20 öfterreichischen Gulbens. 3. Werth bes

Salinen in Gmui ben, Auffee und Hallein; Sicherstellung für die Partial-Spothefar-Anweisungen. 105.

Salinenicheine ; fieh' Bartial-Sppothefar-Anweisungen.

Salzburg, Landeszahlamt; Rahlftelle für Obligationeginfen. 119, 139, 153, 154.

vergütet beschädigte Staatsnoten. 80.

Schatscheine, öfterr., im Betrage von 25 Millionen. 60.

- 20 Millionen. 61.

— 10 Millionen. 61.

Scheibemunge; Uebereinkommen Ungarn wegen Ausprägung. 28.

Ausgleichung des Aufgeldes. 42.

Berechnung des Francs bei der Ausgleichung mittelft solchen. 49.

Bragung nach einem leichteren Mungfuße. 6.

tupferne; Ginführung. 4.

Ausprägung in Silber und Rupfer. 2.

Ausprägung in Silber nach dem Patente v. J. 1857. 6.

Beschränfung der Annahme im Privatverfehre. 15, 30, 31, 34.

ftart abgenütte und beschädigte. 33.

in der Journals-Colonne der Bantvaluta zu verrechnen. 56.

Scheibe= und Probegebuhren bei ber Gold- und Silbereinlöfung. 54.

Schleifen; fieh' Spangen. Schriftliche Ausfünfte; fieh' Ausfünfte.

außergerichtliche Berbote; fieh' Ber-

Schrott; Begriff besfelben. 2.

Sould, ichwebenbe; fich' Staatsichuld. - confolidirte; fieh' Staatsichuld.

Schwedische Währung. 3.

Somcigerifche Goldfranten; Bewerthung in Silber ö. 28. 51.

Scontrirung der deponirten und noch nicht gezahlten Coupons. 149.

– der bezahlten Coupons. 150.

— Borgang. 157, 177.

- wochentliche; der Sandcaffen der Cassiere. 150.

Scontrirungsoperate; Brufung hinfichtlich ber Creditsgebarung. 161.

Sechstreuzerstude mit der Rahreszahl 1848 und 1849. 29, 33.

Serajevo, Landescaffe, Rreissteueramt; Binfenüberweifung von Obligationen und Barcautionen. 155.

Serbifche Goldmungen. 47.

Sicherheitsmaßregeln; fieh' Borfichtsmagregeln.

Sicherftellungen; fieh' Roll - Sicherstellungen.

Siegel bei der Umidreibung ber auf autonome politische Rorperschaften lautenden Obligationen. 123.

– der Kirche oder Pfründe bei Zinsenquittungen. 152.

fieh' auch Amtsfiegel.

Siegelgelb im Bollverfahren; Ginhebung in Gold. 38.

Silber: Ausprägung der Landes- und Bereinsmüngen. 1.

- Einhebung der Rölle in solchem. 38,

— Rollzahlungen in solchem mit Aufgeld; Berrechnung. 42, 43.

Silberanlehen vom 1. Februar 1854 und v. J. 1864. 111.

Silbercurant; frang., belg., ital. und schweiz. 3.

Silbereinlöfung. 53.

Silbermunge; Berrechnung in ben Journalen. 55.

– in solcher verzinsliche Coupons der einheitlichen Staatsichuld. 120.

- Bestimmung des Feingehaltes. 2.

- v. 3. 1857; Abweichung im Feingehalt und Gewicht. 5.

– ältere; gesetlicher Werth in öfterr. Bährung. 14.

Umwechslung, Abfuhr und Umschmelzung. 13.

– zu Zollzahlungen zugelassene. 39, 40, 41.

- Ausgleichungsbeträge bei Rahlung mit solchen. 53, 54.

Silbermunge: Berpadung. 26.

fieh' auch Landesmungen. - Mungen. - Silberscheidemunzen. — Bereins=

Silberne Hochzeit Ihrer f. und f. Majestäten; Ausprägung einer Geschichtsmunge. 52.

Silberprobe; Gebühr. 55.

Silberrente-Obligationen; Binfenüberweisung auf bosnifche Caffen. 155.

Silbericheidemunzen nach dem Patente v. N. 1857. 6.

ältere; gefeslicher Werth in öfterr. Bährung. 14.

v. J. 1868; Gewicht und Feingehalt, Berpactung. 30, 34, 35.

Unnahme bei Bahlungen feitens der Steueramter. 33.

– kleine Bosten in Backpapier zu ver= fiegeln. 33.

fieh' auch Sechstreuzerstücke.

Silberverlage zu Creditszahlungen. 164. Silbermährung. 1, 3.

Silberwerth ber Bereinsgolbmungen. 7.

zolltarifmäßiger und cassamäßiger. ber Golbmungen. 48.

fieh' auch Werth. — Bewerthung.

- Wiederaufnahme derfelben durch die Bank. 64.

- von Barteien ohne Rücksicht auf Berpadung anzunehmen. 26.

Silber und Gold; Werthsverhältnig. 51.

- - Kauf und Berkauf freigegeben. 53. - und Goldeinlösung. 53-55.

Goldmünzen, – und ausländische: Berthebegrengung. 16.

- tarifmäßiger Werth bei Bolljahlungen. 39.

– und Rupfer; Ausprägung der Scheide= mungen. 2.

Siftirung (zeitweilige) ber Ginlöfung ber Banknoten gegen vollwerthige Gilbermunge. 63.

Siftirungsclaufel in den Obligations= zinfen-Bahlungebogen. 139, 140.

Soldi austriaci. 25.

Sovereigns; Bewerthung in Silber ö. 23. 49, 51.

Spangen; mit ber Namensunterschrift bes haftungspflichtigen Caffabeamten versehen. 70, 71.

- sieh' auch Kreuzspangen. — Schleifen. Sparcaffe, Erfte öfterr. Darleben. 223.

- böhmische in Brag Darlehen. 224. Sparcaffebucher; beren Journalifirung. 25.

Speciesthaler. 3.

Staatscaffen; Annahme ausland. Fran- | Staatsnoten, beschäbigte; Bergutungsfenftude. 52.

bei benfelben nicht anzunehmenbe Münzen. 49.

fieh' auch Caffen. - Staatscentralcaffe. - Steueramter.

Staatecentralcaffe; Journalscolonnen für Gold, Silber und Bankvaluta.

Abfuhr ber alteren Silbermungen an dieselbe. 13.

Staatsnotenverwechs-— besorgt das lungsgeschäft. 70.

— besorgt die Staatsnotenausgabe. 68, 69.

- Abfuhr ber Beitrage gur Staats= schuld. 162.

Staats-Creditseffecten; fieh' Credits= effecten. — Obligationen.

Staatsbepofitencaffe. 206.

Staatelofe; fieh' Lofe.

Staatelotterien; Bebuhr für Gewinnfte aus jolchen. 113.

Staats-Lottoanleben; fieh' Lotto-Unlehens-Obligationen.

Staatenoten; Erflarung ber Banfnoten à 1 fl. und 5 fl. als Staatsnoten. 57.

Berhaltnig zu den Partial-Sypothefar-Unweisungen. 67, 69, 97, 101, 106.

— Ueberwachung der Umlaufsmenge.

-- Bermehrung nur im Ginvernehmen beiber Reichshälften zulässig. 101, 102.

— gesetliches Zahlmittel. 66.

gu 1 fl. v. J. 1866 und 1881; Beschreibung. 65, 91.

- — Umwechslung. 90.

— zu 5 fl. v. J. 1866 und v. J. 1881; Ausgabe, Beschreibung. 65, 85.

– — Umwechslung. 84.

— zu 50 fl. v. J. 1866 und v. J. 1884; Ausgabe, Beichreibung. 66, 92.

– — Umwechslung. 91.

— Umwechslung geringerer gegen höhere Noten. 69. - brauchbare und unbrauchbare: auszu-

icheiden. 85, 90.

- brauchbare; nicht zur Tilgung abauführen. 79, 90.

– beschädigte; nicht aufzukleben. 74.

- -- wenn ein Zweifel über die Echtheit obwaltet. 81, 86, 91, 92.

Bemessung ber Bergütung. 79. Sieh' auch Berechnung des Abzuges für fehlende Theile.

- Reitvunct der Beraütuna. 82.

betrag auf benfelben angumerten. 84,

Empfangsbeftätigung über erhaltene Bergütung. 81.

Durchichlagung. 82.

Berechnung des Abzuges für fehlende Theile. 80, 83, 84, 86, 91, 93. absichtlich geanderte. 85, 91, 92.

- zusammengeklebte. 89, 90, 92.

mit herausgeschnittenen Streifen ober zusammengefest aus folden. 83, 86. -Atelier; Befund über die Bergutung

beschädigter Staatsnoten. 88.

-Falfificate an das Reichs-Finangminifterium vorzulegen. 72, 81, 86.

-Hauptreferve; Gegensperre. 97. - - Umlauj; unter Garantie beiber Reichshälften. 101.

Bermechslung; fieh' Bermechslung. -Umwechelung.

-Bermechslungsgeschäft; Inftruction. 69.

Staatspapiergelb; Ginführung. 57, 58. ift nicht amortifirbar. 175.

Staatsichulb; Regelung ber Tilgung berfelben. 203.

ift unter die Controle bes Reichsrathes gestellt. 204.

Eintragung neuer Unleben in bas Hauptbuch der Staatsschuld. 211.

mit beren Berwaltung betraute Behörden. 172.

Bermaltungsauslagen für diefelbe. 95. jährl. Erforderniß für diefelbe. 206.

Formulare für die Journale. 159. ichwebende in Geldzeichen; haftung

beiber Reichstheile. 101.

Verrechnungsmodus bezüglich Beiträge der beiden Reichshälften. 162.

Convertirung in eine einheitliche Rentenschuld. 99.

nicht convertirbare Schuldtitel. 99. monatliche Quoten-Abfuhr. 102.

80-Millionen-Schuld an die Bank. 60.

Instruction anläglich ber Unificirung derselben. 139.

Instructionen I incl. VI v. J. 1866. 159.

allgemeine: Beitrag Ungarns. 99,

Convertirung ber Schuldtitel berselben. 106.

Annahme ber Coupons an Bablung&statt. 162, 164.

Staatsschuld, einheitliche; Hinausgabe ber Obligationen. 106, 118.

— Ausstellung, Contrasignirung und Berzinsung ber Oligationen. 110, 119.

— Binsenquittungen und Coupons ber Obligationen. 119, 120, 121, 122, 154.

- Umwechslung, Umschreibung 2c. ber Obligationen biefer Schuld. 120.

 — Appoints der Umwechslung, Giri, Einbringungsstellen für die Umwechslung. 121.

- - Legalifirung ber Zinfenquittungen. 120, 122.

— Bahlungen ber Coupons und Binfenquittungen außerhalb Wien. 143.

- - Coupons-Contirung. 145.

- Umschreibung von Obligationen derselben, welche auf Corporationen lauten. 123.
- gemeinsame, schwebende; in Staats= noten. 101.
- — Gebarung und Controle. 95.
- confolidirte. 207, 208, 209, 210, 212, 213.

Staatsschulbencasse; directer Geschäftsverkehr mit den Steuerämtern. 126.

- Berwaltung der Staatsschuld. 172.
- Zahlstelle für Obligationszinsen. 119, 120, 139, 154.
- besorgt die Freischreibung, Umschreibung, Berwechslung von Obligationen. 121, 124, 127, 132, 138, 208.
- besorgt die Devinculirung. 123, 127. — wann selbe zur Hinausgabe von Obli-
- gationen zu 50 fl. ermächtigt ist. 122.

— Berrechnung der Obligations=Blan= quetten-Gebühren. 134.

 Borgang bei Berwechslung, Umschreisbung von Effecten, bezüglich beren bie Umortistungseinleitung ober Invigislirung vorgemerkt ift. 177.

- von den Amortisirungseinleitungen zu verständigen. 176, 185, 186. - Stampiglirung und Durchschlagung

amortisirter Effecten. 190.

— Berfahren bei Richtvorlage der mit der Sistirungsclausel zu versehenden Linsenzahlungsbögen. 140.

— führt die Zinsenüberweisungen durch.

- Liquidirung ber über 1 Jahr fälligen Coupons und ber gezogenen Lofe.
- ertheilt die Bestätigung der nicht erfolgten Berlosung von Obligationen. 137, 207.

Staatsschulbencaffe; hat eine vorschriftswidrige Couponsdurchichlagung anzuzeigen. 151.

Ueberstemplung verjährter Coupons.

169, 170.

 Borgang, wenn der Bollzugeauftrag bei Berboten nicht binnen 4 Bochen einlangt. 197.

- Creditsgebarung für Rechnung derfelben conto-correntmäßig zu verrechnen. 161.

hinsichtlich ber Beiträge ber beiben

Reichshälften zur Staatsschulb. 162.
— mündliche Austünfte durch die Abthei-Lungsvorstände. 202.

_ harf mit Baharhan aber

 barf mit Behörden oder Parteien über Staatsobligationen nicht correspondiren. 202.

Staatsichniben-Commission; Ginsetzung und Obliegenheiten derselben. 204.

— =Controld=Commission des Reichs= rathes v. J. 1862. 204.

— — v. J. 1865. 204, 205.

- - \mathfrak{v} . \mathfrak{J} . 1868. 96, 205, 209, 210.

— Ueberwachung der Umlaufsmenge der Staatsnoten. 59, 95, 97.

— Fertigung von Staatscredits-Effecten. 204.

— periodische Eingaben an dieselbe. 215.

Staatsfculben-Direction; fieh' Direction ber Staatsschulb.

Staatsschulbentilgungsfond; fieh' Tilgungsfond.

Staatsschuld = Gebarung; Berrechnung und Avifirung. 161.

Staatsichulbverichreibungen; Fertigung burch bie Staatsichulben-Controls-Commission. 204.

— Führung der Creditsbücher. 182, 183.

— und deren Coupons; Ausfünfte. 183, 184.

- Amortisirungsfrist. 185.

- verjährte; Anzeige an die Direction der Staatsschuld. 172.

— Erlöschung der Berzinsung. 170.

- Berjahrung der Binfen. 166.

— fieh' auch Obligationen.

Staatsfchuldwesen; Fach = Rechnungs-Departement I (früher Rechnungs-Departement 4). 160.

Stammcapital bei Obligationen hinsichtlich ber Berjährung. 166.

Stampiglie für verjährte Coupons; Staatsschulbencasse. 170.

- für eingelöfte Coupons. 151.

132

für die Ungiltigkeits-Clausel amortifirter Effecten. 190.

fieh' auch Namensstampiglie.

Stempel bei Ginichreiten um ichriftliche Ausfünfte über Staatsobligationen.

bei Duplicaten von Zinsenzahlungsbögen. 141.

- bei Convertirungen. 118.

— bei Zinsenquittungen. 119, 138, 142, 152.

- bei Legalisirungen. 121, 122.

Eintommenfteuer. Stener; fieh' Steuern.

Steueramter : Beichrantung ber Annahme ber Silbericheidemungen. 30, 33, 34.

burfen Gilberscheibemunge an Barteien im Bermechslungsmege abgeben, aber nicht aufnehmen. 33.

waren Rahlstellen für die Rinsen bes National=Anlehens. 163.

Geschäftsverkehr mit – directer Staatsschuldencasse. 126.

– Einlösung der Coupons der einheit= lichen Staatsschuld. 119, 154.

- Bahlstellen für Zinsenquittungen ber einheitlichen Staatsschuld. 120.

– Einlösung der Coupons der Gold= rente. 139, 154.

– Rahlstellen für die Zinsenquittungen ber Goldrente. 139.

— Zahlstellen für die Zinsenquittungen der Lotto-Anlehen von 1854 u. 1860. 153.

— Einlösung der Coupons der Lotto= Anlehen von 1854 und 1860. 154.

– Annahme der Coupons der allgemei= nen Staatsschuld an Rahlungsstatt. 162, 164.

Intereffenüberweisung, Binfenfiftis rung, Bermechelung ber Obligationen. 126, 155.

- Duplicate von Zinsenzahlungsbögen. 141.

- Durchschlagung der Coupons. 150. – Einbringungsstellen für umzuschrei-

bende Obligationen. 208. – Credit8=Subjournale mit Beilagen

einzusenden. 159. - Berrechnung und Einsendung der realisirten Creditseffecten. 157, 158.

Instruction III für die Staatsschuld. **126**, 159.

- ungarische; sieh' Ungarische Steuerämter.

Stampiglie für die Binculirungsclaufel. | Steneranleben v. 3. 1861 und 1864. 110, 115, 164.

Berrechnung der Theilichuldverschreibungen. 157.

Steuerfreiheit ber Binfen ber öfterr. Goldrente-Obligationen v. 3. 1876.

der öfterr. Notenrente-Obligationen v. 3. 1881. 108.

Steuern von den Coupons und Lotteriegewinnsten ber allgemeinen Staatsschuld. 100.

und Buschläge I. f.; Bahlung mittelft Coupons der allgemeinen Staats= schulb. 162.

Stenerzahlungen mittelft Coupons. 120, 162, 163, 164, 165.

Stiftungen; Umschreibung von auf folche lautenden Obligationen. 123.

Ausgleichung bei Binculirungen mittelft einer Obligation zu 50 fl. 122.

Binculirung für folche nicht gebührenfrei. 133.

inländische; auf solche lautende Obligationen. 125, 163.

ausländische; Umschreibungen von auf solche lautenden Obligationen. 124.

- in Epavirungsfällen. 191.

geiftliche; Binfenquittungen von auf jolche lautenden Obligationen. 152.

Strafen; fieh' Ordnungsftrafen.

Strazza; Eintragung bei Coupons= Realisirungen. 148.

Streifen, ausgeschnitten aus Staatsnoten ober zusammengesett aus solchen. 83, 86.

Subjournale bezüglich der Creditsgebarungen. 157, 158, 159, 165.

Sfibbahn. Prioritätsanlehen, Untheil bes Staotes. 223.

Südbentiche Bahrung (521/2=Bulben= Fuß). 1, 3.

T.

Tabelle über Bewerthung und Minimalgewicht der Goldmungen. 40.

der zolltarifmäßigen und caffamäßi= gen Werthe der Goldmungen. 48.

Tag und Stunde bes Ginlangens ift auf dem gerichtlichen Berbote feitens ber Caffe anzumerken. 199.

Talons: Ginführung berfelben. 193.

- bei Cautionswidmungen beizubringen. 137.

Talous; Uebernahme bei Umwechslung gegen neue Couponsbogen. 119.

- Bornahme ber Invigilirung. 179.

— Amortifirung. 193, 194.

Tarif für bie Gold- und Silbereinlösungspreise. 55.

Tarifirung mehrerer in- und ausländis icher Goldmungen. 49.

Tarifmäßiger Berth der Gilber- und Goldmungen bei Bollzahlungen. 39. Tanfenbtheilung bes Mungpfundes. 2.

Temesvar; fieh Ungarifche Caffen. Termin ber Bergutungsleiftung für teichabigte Staatsnoten. 82.

- jur Einlösung ber Münzscheine. 32, 33.

Thaler; fieh' Bereinsthaler.

Thalerstude bes Bierzehn-Thaler-Fußes. 15.

Theilpadete; fieh' Badete.

Theilichuldverschungen bes Anlehens v. J. 1861 und 1864. 115, 157, 164.

— ber Obligationen ber einheitlichen Staatsschulb. 118, 119.

- zu 2½ fl. und 10 fl. nicht amortisirs bar. 117.

Theilftude ober Bielfache von Goldmunzen. 49.

Theilzahlungen bei beschädigten Staats= noten. 74.

Tilgung der Staatsschuld; Regelung bers selben. 203.

— ber bei Cassen einlangenden invigissirten, epavirten ober amortisisten Urberbringer schfecten. 177, 178, 191, 192.

- rechtegiltig amortisirter Creditseffecten. 190.

— sieh' auch Cassirung. — Bertilgung. Tilgungsfond, allgemeiner; Errichtung. 205, 206.

- Commission zur Controle desselben. 205.

- Bermögen besfelben. 205.

Tilgungsjournal; Uebergabe ber verlosten Lose mittelft besselben. 144.

Tilgungsrente. 106, 107.

Travnit, Areissteueramt; Zinsenüberweisung von Obligationen und Barcautionen. 155.

Erieft, Finanglandescaffe; Bahlftelle für Obligationszinfen. 119,139, 153, 154.

- - vergütet beschädigte Staatsnoten. 80.

Triplicate von in Berluft gerathenen Zinsenzahlungsbögen. 141.

Trappau, Landeszahlamt; Zahlstelle für Coupons. 119, 139, 153, 154.

— vergütet beschädigte Staatsnoten. 80. Türfische Goldlire. 51.

Entelarbehörde; Zustimmung bei der Umschreibung der Obligationen. 123.

u.

Ueberbringer eines Ueberbringer-Effectes wird als der Eigenthümer angenommen. 175, 176, 187, 188.

- — Hinausgabe neuer Coupons. 194,

195.

— -Cffecten; Berständigung der Staatsschulbencasse von einer Amortisirungseinleitung. 185.

- — von in fremben Staaten gemachten Anlehen; Amortisirung. 188.

— als Caution bei Aerarial-Constracten. 135.

— Blanquettengebühr bei ber Berwechslung. 132.

— — Berjährung ber Zinsen. 168, 171. — — beren Amortisirung. 175.

Uebereintommen v. J. 1863 zwischen bem Staate und ber Nationalbant. 60.

— mit der öfterr.-ung. Bant in Betreff ber Salinenscheine. 105.

— mit Ungarn wegen Ausprägung neuer Scheibemunze. 28.

— Beitragsleistung Ungarns zu ben Lasten ber allgemeinen Staatsschulb. 99.

Hebergabs: Confignation; fieh' Confignation.

Uebergabsjournal für verloste Lose und über 1 Jahr fällige Coupons. 144, 145.

llebernahme der Banknoten zu 1 fl. und 5 fl. auf den Staatsschat. 57.

— von Geschäftscautionen; durch welche Casse. 135.

Nebernahms-Bestätigung von Obligationen; Zahl der Coupons und Talons anzugeben. 137.

Ueberreichung von Obligationen behufs Umwechslung, Umschreibung u. s. w. in und außerhalb Wien. 121.

Nebersprungene Interessen von Obligationen; Auszahlung. 156, 203.

Heberstemplung verjährter Coupons bei ber Staatsschulbencasse. 169.

Ueberwachung ber Umlaufsmenge ber Staatsnoten. 59, 68, 97.

Aleberwelfung von Binfenzahlungen an Amwechslung von Staatsnoten alterer bie Caffen. 109, 119, 120, 129, 145, **153**, 15ŏ, **16**3.

einer mit Berbot belegten Bahlung auf eine andere Casse. 199.

fieh' auch Binfenüberweifung.

Uebergahlungen von Bergütungsbeträgen für beschädigte Staatsnoten. 83.

Neberzählung von Staatsnoten unter Spangen ärar. Cassen. 71.

ber eingelegten Staatsnoten in Wegenwart ber Parteien. 77.

Umlauf ber Staatsnoten; was als solcher zu bezeichnen ift. 68, 69.

- Ausweis hierüber. 60, 97.

Umlaufsmenge ber Staatsnoten. 60, 67, **·68**, 97.

Umprägungefoften bei nicht vollwichtigen Goldmünzen. 8.

älterer Bährungen auf Umrethnung öfterreichische Bahrung. 11, 24, 25. Umfchreibung von Obligationen. 120,

124, 125, 208.

Ginbringungsftelle für Gingaben. 131, 132, 208.

- Birkung bes Ansuchens auf Berjährung. 171, 178.

- Belegung mit allen Coupons. 117.

Nachschau im Creditsbuche wegen Amortistrungseinleitung ober Invigilirung. 177.

- Blanquettengebühr. 133.

Interessen = Ausstands = Certificat, eventuell mit ber Siftirungsclaufel zu versehender Binfenzahlungsbogen. 139, 140.

- von auf ausländische Corporationen lautenden Obligationen. 124, 207.

oder Devinculirung von Staatsschulbverschreibungen; wann selbe nicht vor= genommen werden fann. 129.

- der öfterr. Notenrente v. J. 1881. 109.

- der Goldrente-Obligationen. 138.

- sieh' auch Umwechslung.

Umtaufch beschädigter ober mit irrig nummerirten Coupons belegter Credits=Effecten. 203.

fieh' auch Umwechslung.

Umwandlung ber Schuldtitel in eine einheitliche Rentenschuld. 99.

sieh' auch Convertirung.

Umwechelung älterer Silbermunzen. 13.

- von Scheidemunze in größeren Be= trägen. 15, 33.

– resp. Einlösung ber seit 1848 ausgegebenen Geldzeichen. 59.

Emission. 65.

geringerer Staatsnoten gegen bobere.

unbrauchbarer Staatsnoten gegen brauchbare. 69, 84, 90, 91.

ber pppothefar-Unweisungen. 105.

der Obligationen der öfterr. Rotenrente v. J. 1881 109.

der Obligationen der einheitlichen Staats chulb. 120, 123. von Goldrente-Obligationen. 138.

sieh' auch Beschränkung. — Cassen. — Steueramter. - Umichreibung. Bermechelung.

Unaunehmbarkeit von Coupons; erft später wahrgenommen. 151.

Unbefannte Berfonen; Borgang bei ber Brafentation invigilirter Effecten. 177, 178.

Unbrauchbare Staatsnoten; Umwechs-lung gegen brauchbare. 69, 70, 71.

Unechte Staatsnoten; Berfahren bei Bortommen. 72.

Münzen; fieh' Falfificate.

Ungarifte Cameralguter; Berpfandung bei der allg. öfterr. Bobencredit-Unftalt. 100, 116.

Caffen; Bahlftellen für Coupons ber einheitlichen Staatsschulb. 119.

Bahlftellen für die Binfen ber Staatslose von 1854 und 1860. 153.

Binfen von öfterr. Goldrente-Obligationen werden bei benfelben nicht gezahlt. 139.

Binfenüberweisung mittelft Bahlungsbögen. 155.

Contrelcommission; Ueberwachung ber Berwendung der Jahresbeiträße zur Staatsschuld. 209.

Münzen; Bestimmungen über Wappen und Aufschriften. 35.

Müngstätten; Prägung von Ducaten.

Steueramter; Bahlftellen für Coupons der einheitlichen Staatsschulb. 119.

Rahlstellen für die Coupons der Lotto-Anlehen von 1854 und 1860. 153.

Binsenüberweisung auf Grund der Interessenzahlungsbogen. 155.

Ungarn; Anweisungen auf die Landeseinfünfte. 59.

Uebereinkommen wegen Ausprägung von Scheidemunze. 28.

Ausprägung ber Scheibemungen v. 3. 1868. 34.

Unparn; Uebereinkommen wegen Bei- Unperzinsliche Schuld bes Staates ist trag zui den Laften ber Staatsichulb. 95, 991

überwacht die richtige Berwendung bes ungar. Beitrages zur Staatsichulb. 213.

Midzahlung ber bort angelegten Cautionen und Depositen. 100.

- 8 fl. und 4 fl. Stüde in Gold. 36, 38.

Form, Gehalt und Gewicht ber Goldmünzen: 50.

Ungiltigfeite-Claufel! bei amortisirten Effecten. 190.

- bei epavirten Effecten: 192:

Unificirung ber Staatsschuld; Instruction. 199:

fieh' Convertirung.

Universal' - Staatefdulbencaffe; fieh' Stanteichuldencaffe:

Unrichtige Couponsbogen; fieh' ponsbogen, unrichtige.

Interessen-Ausstände in ben Binsen+ quittungen. 156.

Unterbrechung ber Berjahrung bes Berzinsungsanspruches. 170, 171, 173.

ber Berjährung ber einzelnen Binfenraten. 173, 174.

Unterbrechungsgrunde für die Berjahrung. 171, 173, 174.

Unterricht für die Staatsichuldencaffe v. 3. 1851. 140.

für die Creditsabtheilungen v. J. 1851. 140.

- für die Steuerämter v. J. 1851. 141.

- fieh' auch Instruction. Unterschrift der Cessionen bei Obligatio-

nen auf Namen. 142. der Amtsrecepisse über eingereichte

Compons. 144. – der Bartei auf Widmungsurkunden;

Legalisirung berselben. 135.

- legalisirte; Obligations-Umschreibung gegen folche dießbezügliche Bormerfung. 124.

Unterschriften auf ben Binsenquittungen. 122, 124, 138, 142.

Untersuchung frember Müngen zweifelhaften Werthes. 4.

Unverantwortlichkeit der Mitglieder den Staatsichulden = Control = Commission wegen ihrer Aeußerungen und Abftimmung. 97.

Unverjährte Binfen bei Erlofchen des Berzinsungsanspruches. 171.

Unverweilte Inempfangftellung ber an die Creditsabtheilungen gelangten Coupons und Binfenquittungen. 150. nicht convextirbar 110.

Unwirksamwerben bes Amortisirungs= verfahrens im Falle ber Hinausgabe neuer Coupons. 195,

Ungahlbaro Areuzerbruchtheile. 23. Ungulaffigfeit von Berbotsvormerfungen auf Grund der bewilligten Amorti-

firungseinleitung. 192.

Urfunde; Devinculirunge-Extlärung, in einer folchen. 125.

bezüglich ber Zustimmung ber berufenen Behörde zur Debinculirung. 127, 128.

Urtunden bezüglich des Eigenthumes ber Obligation bei bem Unfuchen wegen Umschreibung. 124, 125.

Urkundliche Nachweifung bes freien Dispositionsrechtes bei Obligations-Umwandlungen. 121, 138.

B.

Babien; Bibmungeurtunde. 180 ..

Baluta. 3.

in welcher Bollguthabungen rückuzahlen find. 45.

Beränderungen im Stande der confoli= birten Schuld ber Control&-Commijfion anzuzeigen. 211.

Beräußerung von Obligationen eines vercautionirten Fondes; Devinculis rung zu biefem Zwede. 130.

borfemäßige; von Dienstcautions-Obligationen. 206.

Berbot der Berwechslung und Agiotirung von Gold- und Gilbermungen durch Bollbeamte. 46.

ber eigenmächtigen Binculirung feitens der Creditscaffen. 131.

auf Namen lautende oder vinculirte Obligationen. 196, 197.

auf Obligationszinsen; Realisirung der Zinsen zu Gerichtshanden. 201.

der Zinsenzahlung nebst der Ginleitung zur Amortisirung. 174.

gerichtliches, unterbricht nicht die Binsenverjährung. 201.

gerichtliches; hiedurch nothwendig gewordene Berfügungen durch die Direction der Staatsschuld. 203.

Berbote ichriftlich außergerichtliche; Giltigkeitsdauer. 200.

Urten derfelben. 200.

mundliche; Erforderniß hierzu und Giltigfeitsbauer. 200.

Berbote; Wirkung derfelben auf die Berjährung für das Obligations-Stamm-Berjährung der Obligationszinsen. 200, 201.

Berbots-Angelegenheiten für Staatsobligationen und beren Binfen; Birfungefreis ber Direction ber Staatsschuld. 199.

- - Grwirkung seitens des Amortisationswerbers. 193.

– **=Bewilligung;** das hierdurch erwirkte Recht lauft vom Zeitpuncte ber Buftellung an die Caffe. 197.

- zu Gunften verschiedener Berfonen in nämlicher Sache. 197.

– Berordnungen gerichtliche; Oblie= genheiten der Caffen bei deren Ginlangen. 199.

- und Executions-Berordnungen find bei einer gahlungsüberweisung ber überwiesenen Caffe befannt zu geben. 199.

- - Bormertungen auf Grund der bewilligten Amortifirungseinleitung find nicht zulässig. 192.

Bereinigte Ginlofungs- und Tilgungs-Deputation. 58.

Bereinsgoldmungen. 7, 8, 19, 21.

- in österr. Währung; Gattungen. 1, 4, 6.

Evidenzhaltung und Berrechnung. 19. - Annahmewerth in österr. Währg. 14.

- werben nicht mehr geprägt. 4. Bereinsthaler; beren Ginführung. 1.

ausländischen Gepräges. 15.

Berfälfchte Müngftude. 7, 22, 31.

Bergleichungs=Tabelle des zolltarifmäßi= gen und caffamäßigen Werthes ber Goldmünzen. 48.

Bergütung bes Gewichtsabganges bei Münzen. 51.

von Gold und Silber bei ber Einlösung. 54.

beschäbigter Staatsnoten. 74, 79, 83, 84, 85, 90, 91, 93.

Berjährte Coupons; Berfahren der Casfen und Aemter. 169.

Staatsichuldverschreibungen; Anzeige an die Direction der Staatsschuld. 172.

Berjährung der Unsprüche auf Capital und Binfen bei rudzahlbaren Staatsschuldtiteln. 173.

— der Obligationszinsen nach 6 Jahren. 166, 167, 168.

hemmung oder Unterbrechung. 169, 170, 171.

be3 Berginsungsanspruches. 171, 173.

capital nach 30 Jahren. 166.

der Obligationszinsen; Wirkung ber Berbote hierauf. 200, 201.

— der Zinsen von Grundentlastungs-Obligationen. 170.

Berjährungsfragen; Birtungstreis ber Direction ber Staatsschulb. 174.

Berjährungsfrift; Beginn bei Staats= schuldverschreibungen. 170.

Bertauf bes Golbes und Silbers. 53. Berlage der mit Creditszahlungen be-

trauten Beamten. 150.

fieh' Dotationen.

Berlagsergäuzungen der Cassiere. 150. Berlantbarung bes Aufgeldes in ben Amtsräumen. 42.

bes letten Binfenzahlungstermines für zu convertirende Schuldtitel. 116. Berlorenes Recepisse über faliche oder beschädigte Staatsnoten. 75.

Berlosbare Obligationen sind jene v. J. 1854, 1860 und 1864. 137.

Staatsschuldverschreibungen find nicht convertirbar. 110.

Berloste Capitalien; Auszahlung in Amortisationsfällen. 189.

Lofe; fieh' Lofe, verloste.

 Staatspapiere find nicht als Caution anzunehmen. 131.

Berlofung der Obligationen obliegt der Direction ber Staatsichulb. 203, 206.

des Lotto-Anlehens v. J. 1854. 113. – bes Lotto-Anlehens v. J. 1860. 114.

- der Prämienscheine des Anlehens v. J. 1864. 115.

Berluft des Recepiffes über eingelegte Coupons. 145.

Bermehrung ber Staatsnoten nur im Einvernehmen beiber Reichstheile. 101, 102.

Bermittlung einer Behörde bei Obligations-Devinculirungen. 128, 129.

Bermuthung, gesetzliche; bezüglich der Währung. 11.

Berordnungen, gerichtliche; wegen Berbot auf Obligationen oder deren Binfen. 196.

Berpackungsweise der Münzen. 26.

ber Silberscheidemungen v. J. 1868.

Berrechung der Gilbermungen. 55.

der Kronen. 19.

– des Goldes bei Zahlung der Zinsen ber Goldrente. 139.

der Bollzahlungen nach Gold und Bapier. 42.

Berrechnung ber in Silber mit Aufgeld eingehobenen Bollgebühren. 43.

— ber Differenzen zwischen dem zolltarifmäßigen und dem cassamäßigen Berthe der Goldmünzen. 47.

— der Scheidemunze in der Journals-Colonne für Bant-Baluta. 56.

 ber Bergütungsbeträge für beschäs bigte Staatsnoten. 74, 83.

— der Obligations-Blanquettengebühren und der Druckfosten für Staatslose. 134.

— ber Obligationszinsen nach Abzug der Einkommensteuer. 157.

— ber Creditsgebarung für Rechnung ber Staatsschulbencasse. 161.

— und Einsendung der von den ausübenden Aemtern realisirten Eredits-Effecten. 157, 158.

- ber ohne Binculirung depositirten Cautionseffecten. 135, 182.

— ber Grundentlastungs = Obligations= Zinsen 158.

Berrechungsmobus hinfichtlich ber Beitrage ber beiben Reichshalften gur Staatsschulb. 162.

Bersendung von Obligationen; Anzahl ber Coupons anzugeben. 137.

Berftändigung ber Staatsschulbencasse über Amortisirungs - Einleitungen. 186, 194.

Bertilgung ber Staatsnoten; Controle. 97.

— der eingelösten Obligationen durch die Direction der Staatsschuld. 206.

- von Creditseffecten; Controls-Commission. 211.

— sieh' auch Cassirung. — Tilgung. Bertrags-Cautionen; sieh' Cautionen. — Contracts-Cautionen. — Geschäftscautionen. — Lachtcautionen.

— Binculirung nicht ausgeschlossen. 135.

Bertreter gebundener Capitalien; Ermächtigung hinsichtlich ber Convertirung. 112.

Berwaltung ber gemeinsamen schwebenben und nicht gemeinsamen schwebenben Schulb. 106.

- ber consolidirten Staatsschuld. 207.

— der Staatsschuld; hiermit betraute Behörden. 172.

Berwaltungsauslagen ber Staatsschulb. 95, 209.

Berwaltungsbehörbe; Binculirung einer Geschäftscaution über beren Berlangen. 135.

Berwechslung ber Scheibemungen v. J. 1868. 30, 34.

— von Scheidemünzen; Coulance gegen bie Barteien. 33.

— von Staatsnoten gegen geringere oder höhere. 69.

— größerer Partien von Staatsnoten. 77.

— von Ueberbringer Dbligationen; Blanquettengebühr. 132.

— von Ueberbringer = Obligationen bei eingeleiteter Amortisirung. 176, 190.

— und Agiotirung ber Golds und Sils bermünzen ben Zollbeamten nicht gestattet. 46.

- fieh' auch Umwechslung.

Berwechslungs-Caffajournal. 75, 76.

Berzeichniß ber als Zahlmittel in öfterr. Bährg. geltenben Münzen. 14.

— der zu Zollzahlungen verwendbaren Goldmünzen. 40, 48.

— der zu Bollzahlungen zugelassenen Silbermünzen. 41.

— ber an die Staatsschulden-Controls-Commission zu liesernden periodischen Eingaben. 215.

- über fremde Gold- und Silbermunzen. 4.

 über vergütete beschädigte Staats= noten. 82, 84.

über die länger als 9 Monate, bezw.
 1 Jahr fälligen Coupons. 144, 145, 151.

Berzinsliche Ueberbringer-Obligationen als Contracts-Cautionen. 137.

Berzinfung bes Lottoanlehens v. J. 1854. 113.

– des Lottoanlehens v. J. 1860. 114.

— der Partial-Hypothekar-Anweisungen. 105, 106.

— ber Obligationen ber Staatsschulb. 108, 110.

— der Staatsschuld; Beitragsleistung Ungarns. 99, 101.

— und Rückahlung der in klingender Münze gegebenen Darlehen. 61.

— sieh' auch Coupons. — Interessen. — Zinsen. — Zinsenzahlung.

Berginfungsanfpruch; Berjährung. 170. Bielfache ober Theilstücke von Goldmungen. 49.

Bierfache Ducaten; Pragung beim Saupt= munzamte in Wien. 54.

Bierfreuger-Stüde. 7, 27, 35. Biertelgulben-Stüde. 4. Bierzehn-Thaler-Ruß. 1, 15.

Binculirte Obligationen gehören zu ben | Barmertung; fieh' auch Berbot. nicht auf freien Ramen loutenben Obligationen. 125, 134.

Blanquettengebühr für neu binausgegebene Effecten. 133.

- Berbot, Execution. 192, 196. Binculirung, eigenmächtige; ben Crebitecassen untersagt. 131.

- wann Obligationen zu 50 fl. hinausgegeben werben. 122.

· im Intereffe des Merars; feine Blanquettengebühr. 121, 133, 138.

der als Diensteaution erlegten Staats= Lose. 132.

- der zu Dienstcautionen gewidmeten Obligationen. 180.

– perloste Staatspapiere hiezu nicht geeignet. 131, 180.

von Geschäftscautionen; nicht unbe-

bingt nothwendig. 134.
- für Privatdienste; Bewilligung burch die Berichtsbehörden. 131.

- für Stiftungen, Rirchen, Pfrunden nicht gebührenfrei. 133.

Bincufirungsclaufel; Stampiglie für dieselbe. 132.

Bollmacht bei Freischreibungs-Anfuchen für Cautionen. 130.

Ballaugsauftrag ber ber Caffe vorge-festen Behörbe bei Berboten. 197.

wenn selber binnen 4 Bochen nicht einlangt. 197.

Borgang bei ber Frei-, Umschreibung 2c. von Obligationen. 132.

Borlaufiges Amortifirungs-Erfenntnift. 186.

Bormertung betreff ber Gebarung mit den Aronen. 19.

in den Creditsbüchern; Obligations-Umschreibung gegen legalisirte Unterschrift. 124.

der Art der Zinsenzahlung von auf Namen lautenben Obligationen auf bem Creditsbuche. 122.

- ber Sicherheitsmaßregeln bei ber Zinsenbehebung in den Credits- und Liquidationsbuchern. 143.

– über die für hinterlegte Compons ausgefertigten Recepiffe. 149.

- ber Obligations - Jutereffenfistirung.

— bezüglich ber zur Conponszahlung überwiesenen Obligationen. 146, 158.

- bei als Caution exlegten Staatslosen im Creditsbuche. 181.

gerichtlicher Berbote bei ben Coffen. 197.

Borrath der Staatsnoten; Controle. 97. Borfchreibung der zur Realiffrung über-wiesenen Caupons. 143.

ber gegen förmliche Neberweisung außerhalb Wien zahlbaren Coupons.

Borfdriften für die Caffen 2c. in Bezug auf bas Munggejes v. 3. 1858. 17.

(altere) über Binculirung und Devinculirung. 127.

Borfcuggeschäfte ber Finanzverwaltung: Controls - Commission. 210, 211.

Borficht bei Annahme und Durchschlagen ber Coupone. 151.

Borfichtsmagregeln bei ber Binfenbehebung und Umidreibung von Obligationen; Bormerfung in den Crebitsbüchern. 142.

Vormerfung in den Liquidationsbüchern. 143

bei der Annahme von Cautionen ohne Binculum. 137.

Bormeifung ber Obligation bei ber Binfenzahlung. 122, 142. ber Obligation bei Behebung von

überfprungenen Rinfen. 156.

233.

Waggeld im Rollverjahren; Einhebung in Gold. 38.

Bahl der Mitglieder für die Staatsschulden=Control=Commission. 96.

Bahrung; Begriff berfelben. 3, 4. wenn folde bei Gelbbetragen niche angegeben ift. 11.

fieh' auch Conventions-Bahrung. Landeswährung. - Defterreichische Bahrung. — Reichs-Bahrung. Biener Bahrung.

Baifencaffen; Umrechnung ber Privatschuldscheine in öfterr. Bahrg. 24.

Ansuchen betreff ber Convertixung; dortselbst erliegenden Obligationen. 118.

Wechsel in der Getd-Colonne in österr Bährg. zu journalisiren. 25.

Berth, innerer und außerer, der Munzen. 2.

des öfterr. Gulbens nach ben fremdläudischen Behrungen. 3.

der Bereins-Münzen. 7, 19.

- der 8 fl.= und 4 fl.=Goldstücke. 51.

Werth, gefetlicher, verschiebener alterer Dtangforten. 14.

— der zu Bollzahlungen verwendbaren Münzen. 40, 41, 48.

— sieh' auch Bewerthung. — Silberwerth. — Tarismäßiger Werth.

Werthpapiere; Bezeichnung der in öfterr. Währg. umgerechneten Rreuzer. 24.

- als Bollficherftellungen. 45.

— Gattungen berfelben zur Leiftung ber Zollsicherstellung. 45.

- fieh' auch Obligationen.

Werths-Begrenzung ausländischer Goldund Silbermunzen. 16.

— Berhältniß zwischen Silber und Golb. 51.

- bei der Convertirung der ver-

Befentliche Merkmale; fieh' Merkmale, wefentliche.

Bidmungsurfunde nur bei Cautionseffecten ohne Binculirung. 135, 180. 181.

- entfällt bei Barcautionen. 180.

— Unterschrift ber Partei zu legalifiren. 135.

— bei Militär = Heiratscautionen; hin= sichtlich ber Berbote. 200.

Bien; Umwechslung, Umschreibung 2c. von Obligationen bei ber Staats-fculbencaffe. 121.

 Devinculirung ber Obligationen von außerhalb Bien wohnenden Parteien. 125.

Wiener feine Mark. 3.

— Landesgericht; sieh' Landesgericht Wien.

- Bahrung-Bapiergelb. 4, 59.

- Geteidemungen außer Umlauf gefest. 9.

— in derselben verzinsliche Staatsschulb, nicht convertirbar. 110.

Bien-Gloggniger Gifenbahn; Uebernahme burch ben Staat. 116.

— =Obligationen; Creditsbücher in Wien. 184.

— Prioritätsschuld ist nicht convertirbar. 110.

Wirkliches Amortifirungs = Erkenntniß.

Birlungstreis des Finanzministers (im Bernehmen mit dem Handelsminister) in Absicht auf den Münzberkehr. 16.

— des Finanzministeriums bei Umschreis bung von Obligationen. 124, 125.

fieh' auch Direction der Staatsschulb.
 Staatsschulbencasse.

3

Bählgelb entfällt bei Erhebung von depofitirten Obligationen anlählich ber Convertirung. 118.

Bahlmittel, gefehliche; als folche geltenbe Munggattungen. 14.

Bahlftellen für die Zinsen von Obligationen der Staatsschuld. 119, 120, 139. Bahlung mittelst Scheidemungen v. J. 1868. 30.

ber Obligationszinsen gegen legalifirte Quittungen ober Borweisung der

Obligation. 122.

- hierbei gesetlich geltende Manzen. 18.
- in ausländischer Silbermunze. 12.

Bahlungs-Anweifung; für verloste Lofe. 144.

— für über 1 Jahr fällige Coupons. 145. Zahlungs-Bogen für Obligationszinsen; Siftirungsclausel. 139, 140.

— bei Militär-Heiratscautionen. 152. 3851- und Revisionscomité für Staatsnoten; Haftung. 93.

Bara, Landeszahlamt; Bahlstelle für Coupons. 119, 139, 153, 154.

— — vergütet beschädigte Staatsnoten. 80.

Behn · Francs - Ducaten; ungar. Gold - munge. 50.

Behnkrenzer-Stüde v. J. 1868. 34, 36. Beitpnuct des Einlangens der gerichtlichen Berbote bei der Casse auf denselben anzumerken. 199.

 von welchem an einer Partei bas Recht aus einer Berbotsbewilligung zufommt. 197.

— sieh' auch Beginn.

Berriffene Staatsnoten. 70.

Bettelgelb im Bollverfahren; Einhebung in Golb. 38.

Beugniffe über ben Fortbestand auslänbischer Corporationen bei Zinfenbehebung von österr. Obligationen. 191.

Ziehnngen ber Lose bes Anlehens v. J. 1854. 113.

- ber Lose bes Anlehens v. J. 1860.

— ber Prämienscheine v. J. 1864. 115. Binsen ber allgemeinen Staatsschulb; Beitrag Ungarns. 99.

— für allfällig neu zu contrahirende gemeinschaftliche Anlehen. 101.

— Erreichung der Capitalshohe. 167, 168, 169.

Binfen, bezahlte; Evidenzhaltung berfelben für jebes einzelne Jahr. 159.

- nach Abzug der Einkommensteuer zu berrechnen. 157.

– ber Lotto-Anlehens-Obligationen von 1854 und 1860; Zahlstellen. 153.

- ber auf Namen lautenden Obligationen. 119.

- der Salinenscheine find 1/2 jährig vorhinein fällig. 106.

– der Obligationen der einheitlichen Staatsschuld. 110.

– der österr. Rente-Obligationen. 108.

- von Goldrente = Obligationen. 138, 139, 152.

- Berechnung der Goldstücke. 38, 47, 110.

- von Militär-Heiratscautionen. 120, 152, 198.

- von in ungar. Cassen angelegten Cautionen, 100.

von Obligationen verjähren nach 6 Jahren. 166, 168.

- Unterbrechung ber Berjahrung. 201.

– Realisirung der mit Berbot beleg= ten zu Gerichtshanden. 201.

- Berbot, Execution. 196, 197.

– übersprungene; deren Auszahlung. 156, 203.

- unverjährte; bei Erlöschen bes Berginfungsanfpruches. 171.

- =Ausstands = Certificate; unverweilt an die Staatsschulbencaffe zu fenden. 140.

Sieh' auch Interessen-Ausstands-Certificate.

-Behebung von anläglich der Umichreibung neu ausgefertigten Obligationen. 129.

– — Staatsobligationen ; Borsichts=

magregeln. 142.

- von öfterr. Obligationen burch ausländische Corporationen; Zeugniß über ben Beftand ber Corporation.

Bezugerecht; Unverjährbarfeit aufgehoben. 171.

-Fluffigmachung; Ansuchen hierum unterbricht die Berjährung. 171,

- - - Dnittung; beren Ueberreichung unterbricht die Berjährung. 170.

– der einheitlichen Staatsschuld; Legalisirung. 120, 122.

- und Cessionen; Legalisirung. 122, 142.

Binfen=Quittungen haben über den nach Abzug der Steuer resultirenden Netto= betrag zu lauten. 159.

mit unrichtigen Interessen-Ausftänden. 156.

· Echtheit bezüglich der Unterschriften. 122, 138, 142.

- von auf Kirchen, Stiftungen 2c. lautenden Obligationen. 152.

- rüdficitlich der Stempelpflicht. 152.

-Rate; Anmelben bes Anspruches bierauf unterbricht bie Berjährung. 173.

- beren Berjährung. 167, 168, 170, 171, 173.

-Ruditande in ber Sohe bes Capitals. 167, 168, 169.

.Siftirung von Obligationen; Steuerämter. 126, 140, 141.

-Termine für die zur Convertirung bestimmten Schuldtitel. 116.

= Ueberweifung der einheitlichen Rente. 154.

- der österr. Notenrente v. J. 1881. 109.

- der österr. Goldrente auf unga= rische Cassen unzulässig. 139.

— von Staatsichuldverschreibungen und Barcautionen auf Caffen in Bosnien und der Herzegowina. 155.

- mittelft Ueberweisungsverzeich= niffen. 155.

- hat die Staatsschuldencasse durchzuführen. 156.

- Sich' auch Ueberweisung.

-Bahlung von den Obligationen der einheitlichen Staatsschuld. 110.

nod – Theilichuldverschreibungen. 119.

- von auf Namen lautenden Obligationen. 122.

– bei nicht auf freien Namen lau≈ tenden Obligationen an den Bevollmächtigten bes Gigenthumers. 203.

– von Goldrente=Obligationen im Auslande. 139.

-Bahlungsbogen; Siftirungsclaufel. 139.

– — in der Hand eines Dritten. 141. - fehlender; bei Frei= oder Um= schreibung von Obligationen. 140.

verlorener und nachträglich gefundener. 141.

und Capitalszahlungen; beren Journalisirung. 23.

Binstermine ber Obligationen ber einheitlichen Staatsichulb. 119.

Boll-Beamte: Berbot ber Bermechelung | Burudfiellung von baren Bollficherftelund Agioticung von Gold- und Silbermungen. 46.

-Borgungen; täglich nachzuweisen. 43. – Formulare für Sppothekar=Cau=

tions-, Widmungs- und Solitarhafiungs-Erflarungen. 45.

– sieh' auch Creditirung.

- - **Gefäll; Berrechnung im Cauptjou**rnal und im Etat-Eubjournal bezuglich ber Baluta. 43, 47.

-Guthabungen; Budjahlung berfel-

ben. 45.

-Regifter: Berrechnung ber Bolle nach Gold und Papier. 42.

Cicherficlungen, bare; beren Burud. ftellung. 43, 45.

– Annahmewerth der Werthpapiere. 45.

-Tarif tes öfterr. ung. Bollgebietes.

Tarismäßiger und cassamäßiger Werth ber Goldmungen. 47, 48.

-Berfahren; Zahlungen in Gold- und Silbermungen. 39.

- - Bahlungen; hiezu verwent bare Goldmunzen. 38, 40, 48.

— deren Berrechnung. 42.

– hiezu verwendbare Silbermünzen. 39, 40, 41.

- beren Berrechnung. 42, 43.

- serbische Dinare hiezu nicht vermendbar. 47.

– Annahme ausländ. Frankenstücke. 52.

- Levantinerthaler nicht anzunehmen. 56.

Bolle find Steuern im meiteften Sinne des Wortes. 164.

- Einhebung in Goldmünzen. 38.

creditirte; Zahlung in Gold ober in Silber mit Aufgelb. 45.

Burechnungsverzeichniffe für die Creditszahlungen. 165.

lungen in Golb. 43, 45.

- von Aerarial - Contracts - Cautio nen. 136, 182.

Bufammengeflebte Ctaatenoten. 89, 90,

Zusammenschreibung ze. von Obligationen; Ginbringungoftelle für Gingaben. 120, 131.

– Borgang hierbei. 132.

– der Obligationen ter öfterr. Notenrente v. J. 1881. 109.

ber Golbrente-Obligationen. 138.

Bufchläge, nicht landesfürstliche; Bahlung mit Coupons der einheitlichen Staatsschuld nicht zulässig. 120.

Buftellung ber gerichtlichen Berordnungen bei Berboten auf Obligationen ober beren Binfen. 197, 199.

Buftimmung gur Devinculirung ober Umschreibung von Obligationen. 123,

125, 127, 128, 130. Zwangscurs. 1, 3, 59, 63, 64, 66.

Zwauziger älteren Eepräges nicht mit ben Zwanzigern neueren Geprages zu vermengen. 22.

Zwanzig-France-Ducaten: ungar. Goldmunze. 50.

Bwanzig-Franceftude fürftl. Monaco' ichen Gepräges. 46.

- Bewerthung in Silber ö. 28. 49. Zwanzigfrenzer:Stüde v. J. 1868, 34.

- v. J. 1868; Verpadungsweise. **35, 36**.

Awed ber Amortisirungseinleitung. 193. Bweifel in die Echtheit der Devinculirungs-Zustimmung. 128.

Zwei-Gulbenftfide. 4, 52.

Zweifreuzer-Stücke (Conventionsmünze).

3weithaler : Stude beutschen Geprages. 15.

Zweinnbfünfzig = einhalb = Gnlben = Fuß. 1, 3.







14 DAY USE RETURN TO DESK FROM WHICH BORROWED

LOAN DEPT.

This book is due on the last date stamped below, or on the date to which renewed.

Renewed books are subject to immediate recall.

RECD LD
DEC 13 1962

LD 21A-50m-3,'62 (C7097s10)476B General Library University of California Berkeley



